The Wayback Machine - https://web.archive.org/web/20241205102945/https://www.mao-projekt.de/BRD…
Zur Hauptübersicht der Datenbank MAO Zur nächsten Zwischenübersicht

November 1967

Materialien zur Analyse von Opposition

Von Jürgen Schröder, Berlin

Die Datenbank MAO ist ein vollständig selbstfinanziertes Projekt. Unterstützen Sie uns durch

Spenden

Der November 1967 wird hier im Spiegel der oppositionellen Gruppierungen und ihrer Publikationen dargestellt, wobei die benutzten Quellen keineswegs erschöpfend sind und der Ergänzung bedürfen.

Der Protest gegen den Rechtsextremismus und die Neuformierung der Nationalsozialisten in Gestalt der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), die in Hannover ihren Bundesparteitag abhielt, ist eines der Aktionsfelder, mit denen sich die bundesdeutsche Linke im November 1967 an zahlreichen Orten befasste, wobei auch an den Hochschulen der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) der NPD den professoralen Gesinnungskameraden Rückendeckung zu bieten versuchte, die von den Studenten angegriffen wurden, wobei vor allem die Rektoratsfeier an der Universität Hamburg am 9. November 1967 bundesweites Aufsehen erregte.

Infrage gestellt wurden damals die Privilegien der Ordinarien, gegen die Mitbestimmungskonzepte entwickelt wurden, aber auch die Lehrinhalte wurden im Rahmen der Kritischen Universität (KU) mit Gegenkonzepten bzw. Ergänzungen bedacht. Rudi Dutschke als prominentester Vertreter des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) trat an mehreren Orten auf.

An den beiden Berliner Universitäten beginnen im November die Arbeitskreise der Kritischen Universität (KU) aber auch der Wahlkampf zu den Studentenparlamenten, wobei die rechten Gruppen mit aufwändig gestalteten Flugblättern auftreten. Der Springer-Verlag, gegen den die Kampagne weiterläuft, wird als Förderer des Faschismus, aber auch dieser rechten Gruppen verstanden. Ähnlich war die Entwicklung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Die linken Studentengruppen reagierten darauf mit der Bildung von gemeinsamen Kandidatenlisten.

Während in Berlin einerseits Kurras, der Schütze vom 2. Juni 1967 freigesprochen wird, steht kurz danach Fritz Teufel vor Gericht, wogegen sich Studenten aller Hochschulen zu einer Demonstration formieren, bei der es zu Ausschreitungen kommt. Wenige Tage zuvor kam es auch bei der feierlichen Rektoratsübergabe an der Technischen Universität Berlin zu Störungen.

Fortgesetzt wird der Protest gegen Vietnamkrieg, aber auch gegen die Militärjunta in Griechenland. Anhand von Che Guevara wurden Fragen der bolivianischen Revolution diskutiert und auch für den Kampf gegen die Notstandsgesetze (NSG) beginnt im November 1967 eine weitere Phase der verstärkten Aufklärung.

Während weltweit in den kommunistischen Parteien die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der KP Chinas und den Freunden der KPdSU ausgetragen wird, werden im deutschsprachigen Raum gerade erst Gruppen gegründet und Kontakte zwischen ihnen geknüpft, wobei teils auch schon ein Parteianspruch erhoben wird, wie durch die Marxistisch-leninistische Partei Österreichs (MLPÖ) und die bundesdeutsche Freie Sozialistische Partei / Marxisten-Leninisten (FSP/ML) bzw. dieser weiterhin postuliert wird, wie durch die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), während der 'Rote Morgen' noch ohne herausgebende Gruppe erscheint, und auch der linkssozialistische Initiativausschuss zur Gründung einer Sozialistischen Partei (IA) sich noch keineswegs als Partei sieht.

Während eine Neugründung der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) noch abgelehnt wird, wird in Baden-Württemberg mit der Demokratischen Linken (DL) eine Partei gebildet, in der sich sowohl die Anhänger der illegalen KPD als auch linkssozialdemokratische und trotzkische Kräfte vereinigen. Andere Trotzkisten, wie die Gruppe der 'Internationalen Arbeiterkorrespondenz' (IAK) dagegen publizieren bereits eigenständig, unterhalten aber zugleich auch eine Fraktionsarbeit in der Sozialdemokratie. Gedacht wird von ihnen anlässlich des 50. Jahrestags der Oktoberrevolution 1917 in Russland.

Auszug aus der Datenbank "Materialien zur Analyse von Opposition" (MAO)

November 1967:
Die el-Tajmoi el-Thorie el-Iraki fi Europa-Almania (Irakische revolutionäre Gruppierung in Europa-Sektion BRD/Westberlin - TTIA, vgl. Mai 1973) berichtet von der Irakischen KP (IKP - vgl. Sept. 1967, Aug. 1969), dass im Parteikampf diesen Monat das ZK ausgeschlossen worden sei.
Quelle: Alnasier Sdr.Nr. , o. O. Mai 1973

November 1967:
Die 'Prawda' bezeichnet, laut KPD/ML-ZB, die Neugründung der KPD unter einem veränderten Namen als 'vergifteten Köder', und schreibt u.a.:"
Mit dem Gerede über die 'Bildung einer neuen KP' versucht Bonn, die demokratische und fortschrittliche Öffentlichkeit des Landes irre zu führen."
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 23, Bochum 12.8.1970

November 1967:
Mit der UNO-Sicherheitsrats-Resolution vom November 1967, die vermutlich den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten fordert, befaßt sich u.a. der Parteivorstand (PV) der DKP (vgl. 6.9.1972).

Die LgdI der KPD (vgl. 19.6.1972) berichtet über die SU:"
Im Jahre 1967 unterzeichnete die UdSSR eine Weltsicherheitsresolution, durch die sie den Staat Israel als solchen anerkannte und mit der sie sich für eine politische Lösung des Problems einsetzte. Das beinhaltete, daß die Sowjetunion einem sofortigen Frieden zustimmte, der Israel zu einem sofortigen Truppenabzug verpflichtete, aber die Stadt Jerusalem und die Golan-Höhen in der Hand der Zionisten belassen sollte."
Q: Internationale Solidarität Nr. 5, Berlin 1972, S. 10; DKP-PV: Gewaltpolitik bekämpfen. Konflikte friedlich lösen, Düsseldorf 6.9.1972, S. 1

November 1967:
Die KP Indonesiens (vgl. Okt. 1966, 1968) entwickelt, laut KPD/ML-ZK, ein neues Programm, welches die drei Banner:
- Aufbau einer m.-l. Partei frei von Subjektivismus, Opportunismus und Revisionismus,
- bewaffneter agrarrevolutionärer Kampf des Volkes unter Führung der Partei und
- revolutionäre Einheitsfront gegen Feudalismus, bürokratischen Imperialismus, gestützt auf das Klassenbündnis der Arbeiter mit den armen Bauern unter Führung der Partei erhoben habe.
In der KPI existiere neben einer marxistisch-leninistischen Gruppe auch das Komitee der KPI/Übersee mit Sitz in Moskau, welches die Linie der KPI vor dem Putsch am 30.9.1965, als chinesische Linie bezeichnete und für die Einheitsfront mit Sukarno und Suharto eintrete.
Q: Roter Morgen Nr. 8, Hamburg 1970

November 1967:
Laut Schlomann/Friedlingstein besucht Günter Ackermann, Vorsitzender der FSP/ML auf Einladung des 1. Sekretärs der MLPÖ, Franz Strobl, die neugegründete Organisation in Österreich.
Q: Schlomann, Friedrich Wilhelm; Friedlingstein, Paulette: Die Maoisten, Frankfurt 1970, S. 248

November 1967:
Es erscheint die Nr. 11 (vgl. Okt. 1967, Dez. 1967) von 'Zivil' - Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer mit dem Leitartikel "Zum Volkstrauertag", über die Rolle des Volkstrauertages, von Pfarrer W. Kratz.

Weitere Artikel sind:
- "Direkte Aktion in formalen Demokratien. Berlin: Die Lehren der Demonstrationen gegen die Diktatur in Persien", über den 2. Juni 1967, von Theodor Ebert, eine Fortsetzung aus Nr. 10;
- "Neues: Westharz, Dortmund", über eine Versammlung der Gruppe Westharz des Verbandes Ende Juni zum Thema Israel, die Juden und Palästina, an der auch einige Araber teilnahmen, sowie über den gewerkschaftlichen Antikriegstag in Dortmund (vgl. 30.8.1967);
- "Pax Christi auf neuen Wegen" über ein Konzil von katholischen Kriegsdienstverweigerern, von Walter Dirks;
- "Um eine gute Hoffnung ärmer. IdK verhindert Fusion", über die Internationale der Kriegsdienstgegner;
- "Zur Abschaffung des Prüfungsverfahrens", über "fragwürdige Verfahren zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer";
- "Zahl der Wehrdienstverweigerer verdreifacht", über Wehrpflicht und Wehrdienstverweigerung;
- "Militarismus", über "Bekenntnisse eines reuigen Sünders"; sowie

- "Kommentar zum Gesetz über den zivilen Ersatzdienst", über einen Artikel vom Ministerrat a. D. Hermann Bues.

Geworben wird für die 'Spektrum' - Zeitschrift für Chanson, Folklore, Protest, eine erste Ausgabe soll im November erscheinen, sowie für Bücher aus dem Hermann Luchterhand Verlag.
Q: Zivil Nr. 11, Stuttgart Nov. 1967

November 1967:
Vermutlich im November erscheint das Flugblatt "Freiheit oder Anarchie? Deutsche Studenten fragen: Happenings oder Studieren?" mit einer Erklärung des Coburger Konvents (CK) der Landsmannschaften und Turnerschaften an deutschen Hochschulen zu den Vorgängen u.a. an der FU Berlin.
Q: CK: Freiheit oder Anarchie? Deutsche Studenten fragen: Happenings oder Studieren?, O. O. O. J. (1967)

Nov. 67 ?

FREIHEIT

oder ANARCHIE ?

Deutsche Studenten fragen:

Happenings oder Studieren ...?

Der Coburger Convent
der Landsmannschaften und Turnerschaften an deutschen Hochschulen

distanziert sich von den Vorgängen, die sich, von studentischen Kreisen ausgehend, im staatspolitischen und hochschulpolitischen Raum ereignet haben, und übergibt der Öffentlichkeit folgende

Erklärung

1. **Wir vermögen nicht** die Inszenatoren der verschiedenen Vorgänge, die inzwischen die Mehrzahl der deutschen Hochschulen beunruhigen, von der Verantwortlichkeit — auch der Folgen — freizusprechen. Wir sind darum gezwungen, besonders die Berliner Ereignisse unter diesem Aspekt zu sehen. Es geht hier nicht um Schuld, sondern um Erkenntnis von Ursache und Wirkung, von Vorwand und Absicht.

   Wir sind überzeugt, daß für unsere Universitäten und Hochschulen, für unsere Professoren und Studenten und nicht zuletzt für die Rechte der Studentenschaft eine ernste Gefahr besteht, wenn wir weiterhin studentischen Gruppierungen erlauben, Hochschulpolitik und Staatspolitik nach Belieben zu verwechseln, wenn wir weiterhin der Irreführung der Studenten zusehen.

2. **Das Mandat der Studentenvertreter** beschränkt sich auf die studentische Selbstverwaltung. Wir sprechen den Allgemeinen Studentenausschüssen (ASTA) sowie dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) aufgrund ihrer derzeitigen Verfassungen das Recht ab, zu politischen Fragen, die über den Rahmen der Hochschulpolitik hinausgehen, Stellung zu nehmen.

   Unter „Politisierung der Studenten" kann für uns nur das begrüßenswerte, konstruktive Interesse des einzelnen Studenten an den politischen und gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit verstanden werden. Art, Weg und Richtung muß dem Studenten selbst und der jeweiligen Reife seiner Einsicht, Zusammenhänge zu erkennen und deren Ursachen und Wirkungen zu unterscheiden, überlassen bleiben.

3. **Sicherlich ist Freiheit wertlos,** wenn sie nicht auch die Freiheit zu irren bedeutet. Wir verabscheuen jedoch die von einer studentischen Minderheit als erstrebenswert verkündete Auffassung und Haltung, wonach Unruhe und Aufstand mit Provokation, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch und Ordnungsstörung Aufgabe des deutschen Studenten sei.

   Unsere Grundsätze zeigen einen anderen Weg.
   Sie lassen ebensowenig Raum für eine neurotische außerparlamentarische studentische Terror-Opposition wie für leninistische, maoistische oder anarchistische Ideologien.

Unsere Toleranz hat eine Selbsterhaltungsgrenze an der Intoleranz!

4. Wenn wir auch die hochschulgerechte Mitwirkung der studentischen Vertretungen bejahen, so lehnen wir die Forderung des Verbandes Deutscher Studentenschaften ab, diese Mitwirkung der Studenten — Hochschulbürger auf Zeit! — zur unbeschränkten Mitbestimmung oder gar zur Rätedemokratie auszuweiten.

   Wir wollen auch in einer reformierten deutschen Universität das grundlegende Verhältnis — Professor zu Studierendem als des Lehrenden zum Lernenden — ohne Ärgernis erhalten wissen. Das sind wir uns selbst und unserem Berufsziel schuldig.

   Die Tätigkeit der Fachschaften scheint uns für die Mitwirkung an der Reform der Lehre eine ebenso ausreichende Garantie wie die Tätigkeit des VDS selbst für die umfassende s o z i a l e Betreuung der Studierenden als satzungsgerechte Aufgaben.

5. **Wir wissen** um die ebenso glanz- wie leidvolle Geschichte unseres Vaterlandes und wir wissen auch um den politischen Irrtum unserer Vorfahren. Wir glauben jedoch, unseren Vätern und Großvätern Respekt zollen zu müssen für den Wiederaufbau Deutschlands nach 1945. Ohne diese von der Welt bewunderte Leistung würden viele heute überhaupt nicht oder nicht so sorglos als Nutznießer studieren können.

6. **Wir kennen** die aus der Teilung Deutschlands entstandenen Mängel im Staatsapparat, wir kennen die trotz mancher Anstrengungen noch bestehenden Mängel im Hochschulbereich, wir glauben jedoch an andere Möglichkeiten der Kritik, an andere Möglichkeiten, diese Unzulänglichkeiten zu beheben. Der Weg dorthin führt über unsere verantwortungsbewußte, demokratische, parlamentarische Legislative und die ihr auf dem Boden bewahrenden Rechts verantwortliche Executive.

7. **Wir sind** eine Gemeinschaft von Studenten aus allen Schichten unseres Volkes, die sich Familie, Beruf und Staat verpflichtet fühlt. Wir wollen und werden auch ohne Diffamierer des Staatsoberhauptes, ohne überhebliche Professorenkritiker und auch ohne preisende Schilderungen staatlicher Zerrbilder und östlicher Ideologien nach unseren eigenen Gesetzen leben und wirken.

8. **Selbsterziehung als Dienst an uns selbst,** Haltung, Anstand, Achtung gegenüber anderen, uneigennützige und gebebereite Gemeinschaftsarbeit am Volk und im Volk sind dabei die wesentlichen Mittel unserer Betätigung.

So sehen wir das Privileg des Studiums und die für jeden von uns daraus erwachsenden Pflichten!

Coburger Convent
der Landsmannschaften und Turnerschaften an deutschen Hochschulen

Der Präsidialausschuß

2. 11. 6

VERHANDLUNG GEGEN KURRAS

3. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 537
7. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 537
8. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 817
10. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 537
14. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 537
15. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 817

WEITERE VERHANDLUNGEN (immer Amtsgericht Tiergarten)

Datum	Uhrzeit	Angeklagter	Anklage	Saal
7.11.	9.oo	Möllendorf	Widerstand gegen Staatsgewalt am 2. Juni	138
7.11	1o.oo	Waninger	Widerstand gegen Staatsgewalt am 2. Juni	Erweit. bau 49
8.11.	9.oo	Rummel	Dehnicke-Steckbrief	101
9.11.	9.15	Semmler Hemmer Compart	Eier auf Amerika-Haus bei Ostermarsch	501
13.11	9.45	Bockhagen	Dehnicke-Steckbrief	736
15.11.	9.oo	Pelte	Widerstand gegen Staatsgewalt bei Humphrey-Besuch	Erweit. bau 52
27.11.	9.oo	Teufel	Landfriedensbruch am 2. Juni	500
28.11.	9.oo	Schlotterer	Eier am Kranzler bei Ostermarsch	101
28.11.	15.oo	Beierlein	Widerstand gegen Staatsgewalt bei Ostermarsch	105

Amtsgericht Tiergarten
1 Berlin 21, Turmstr. 91

AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN -

KOMMILITONINNEN UND KOMMILITONEN !

In diesen Tagen häufen sich die öffentlichen Gerichtsverhandlungen gegen Studenten!

Der Fall Teufel hat uns deutlich gezeigt, daß die Unabhängigkeit der Rechtsprechung von der Exekutive nur noch auf dem Papier steht: in einem Verfahren vor einiger Zeit wurde ein Angeklagter verurteilt, obwohl sich keiner der Polizisten, die den Angeklagten festgenommen hatten, an ihn, den Ort und die Zeit der Verhaftung erinnern konnten. Dem Gericht genügte als Beweis, daß der Einsatzleiter meinte, an dem betreffenden Tage seien alle Verhaftungen durch seine Beamten rechtmäßig gewesen!

Es wird immer klarer, daß Westberliner Gerichte in politischen Verfahren nur deshalb verurteilen, um das Vorgehen der Polizei nachträglich zu rechtfertigen.

Aus diesem Grunde fordert Sie der Allgemeine Studentenausschuß auf, die umseitig aufgeführten Gerichtstermine zu besuchen, um so eine größtmögliche Öffentlichkeit der Prozesse zu gewährleisten. Da die Termine sich teilweise überschneiden, fordern wir Sie auf, andere Verhandlungen zu besuchen, falls zu der vorgesehenen Verhandlung kein Publikum mehr zugelassen wird.

Zu gegebener Zeit wird der AStA eine Informationsveranstaltung über die politischen Prozesse durchführen.

gez. Helmut Giesa
- Referent der
Politischen Abt. -

bitte wenden!

AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN

3. NOV. 1967

Zwölf-Punkte-Erklärung von Professoren der Freien Universität

Die Freie Universität Berlin steht am Beginn eines Semesters, in dem wichtige Entscheidungen für ihre künftige Entwicklung zu treffen sind. In dieser Situation geben die Unterzeichneten folgende Erklärung ab:

I.

1. Seit einiger Zeit ist ein großer Teil der Studenten in wachsendem Maße von kritischer Unruhe erfaßt, der die akademischen und politischen Autoritäten oft eher hilflos oder mit rein administrativen Maßnahmen begegnet sind. Wir sind von der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen überzeugt und bitten deshalb alle Studenten und alle Kollegen, sich für diese Aufgabe auf Grund ihrer hochschul- und gesellschaftspolitischen Verantwortung mit aller Kraft einzusetzen.

2. Reform der Hochschule und Reform der Gesellschaft sind miteinander verknüpft. Beide Bereiche bedürfen einer besseren Verwirklichung der Demokratie im Ganzen und in ihren Teilen. Diese Aufgabe fordert auch die Mitarbeit der Parteien, der Presse und der anderen Organe der öffentlichen Meinung.

3. Will die Hochschule die auch ihr obliegende Aufgabe der Erhaltung und Entwicklung einer freien Gesellschaft erfüllen — und nicht wieder verfehlen wie vor und nach 1933 —, so muß sie sich zu ihrer politischen Verantwortung bekennen. Wir begrüßen das darauf zielende politische Engagement der Studenten und rufen alle Mitglieder der Universität zur Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für Hochschule und Gesellschaft auf.

II.

4. Die vordringlichste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir in einer wirksameren Förderung der Studien- und Hochschulreform. Das kann nur in Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden geschehen. Wir erkennen an, daß wichtige Initiativen und Anregungen aus den Kreisen der Studenten gekommen sind.

5. Wir sind der Auffassung, daß die Diskussion des vom Senator für Wissenschaft und Kunst vorgelegten Entwurfes eines Universitätsgesetzes künftig in größerer Öffentlichkeit und in Kommissionen aus Vertretern aller Universitätsmitglieder geführt werden sollte.

6. Wir setzen uns für einen Ausbau des Berliner Modells unter verstärkter Mitbestimmung des akademischen Mittelbaus und der Studenten in allen Gremien und Institutionen der Universität ein. Die konkreten Vorschläge zur Organisation der Hochschule in der Veröffentlichung „Was will der AStA der Freien Universität?" von Anfang Mai 1967 sollten in die Diskussionen einbezogen werden.

7. Wir treten weiterhin ein für eine größere Differenzierung und Flexibilität der Studiengänge, für eine Verstärkung des Tutorensystems, für neue Formen der Lehrveranstaltungen, für eine Beschränkung des Disziplinarrechts und für eine Überprüfung der traditionellen Verfahren bei Habilitation und Berufung; wir halten eine befristete Immatrikulation für ein unzureichendes Mittel der Studienreform.

8. Die Hochschulreform verlangt ihre Ergänzung durch eine Reform des gesamten Bildungswesens, die auch sozialen Benachteiligungen entgegenwirkt. Diese Reform ist die Vorbedingung für die in einer Demokratie unerläßliche Erweiterung des Sachverstandes und des politischen Urteilsvermögens aller Mitbürger.

III.

9. Das Projekt einer „Kritischen Universität" wird von Studenten als Beitrag zur Hochschulreform betrachtet. Wir begrüßen alle studentischen Veranstaltungen, in denen die Tendenz zur wissenschaftlichen Kritik und zum methodischen Experiment sichtbar wird. Nicht in die Universität gehören jedoch Veranstaltungen, die Wissenschaft in bloße Legitimation vorab festgelegter Meinungen und Aktionen verfälschen.

10. Wir halten es für richtig, vorerst administrative Maßnahmen gegen die „Kritische Universität" zu unterlassen und sich statt dessen mit ihr offen auseinanderzusetzen.

IV.

11. Wir warnen vor einer Versteifung in extreme Haltungen, die beide Seiten isolieren und schließlich zur Gewaltanwendung führen muß.

12. Die Unterzeichneten werden im Sinne dieser Erklärung nach besten Kräften tätig sein.

Sie wünschen die Diskussion mit den Studenten.

Sie bitten alle Kollegen und Mitarbeiter, ihrerseits für die Verwirklichung der in dieser Erklärung enthaltenen Vorstellungen und Vorschläge einzutreten.

Helmut Arndt, Horst Baader, Wolfgang Baumgart, Richard F. Behrendt, Herwig Blankertz, Dieter Claessens, Fritz Dickmann, Wilhelmine Dreißig, Fritz Eberhard, Jörg Eichler, Kurt Elsner, Gert von Eynern, Wolfgang Fischer, Ossip K. Flechtheim, Carl Föhl, Carl-Ludwig Furck, Helmut Gollwitzer, Karl Peter Grotemeyer, Klaus Günther, Hans R. Guggisberg, Heinrich Matthias Heinrichs, Hans Hörmann, Klaus Holzkamp, Walter G. Kühne, Georg Kümmel, Eberhard Lämmert, Rudolf Lennert, Karl Heinz Lindenberger, Erich Loos, Peter Christian Ludz, Renate Mayntz-Trier, Lukas-Felix Müller, Hans Münzner, Charles H. Nichols, Walter Pabst, Fritz Penzlin, Fritz Peus, Horst Sanmann, Alexander Schwan, Kurt Sontheimer, Rudolf Stephan, Peter Szondi, Jacob Taubes, Werner Theis, Klaus Urich, Peter Wapnewski, Wilhelm Weischedel, Wolfgang Wetzel, Siegfried Wilking, Gilbert Ziebura.

D 3. NOV. 1967

ABK ABK ABK ABK ABK ABK

DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT BERLINER KLINIKER
veröffentlicht einen Text von Wolfgang Landsberg, der am 17.10.1967 zum 1. ASTA-Vorsitzenden gewählt wurde, nicht um für den Inhalt zu werben, sondern um die Absichten des ASTA-Vorsitzenden deutlich zu machen.

DIESER STUDENTENVERTRETER VERTRITT SIE NACH INNEN UND AUSSEN. (§ 25, I, Satzung der Studentenschaft der FU).

Dies ist der vollständige Text, der in den "Informationen für Studentenvertreter Nr. 4" vom ASTA veröffentlich wurde (Oktober 1967). (Die Unterstreichungen stammen von uns):

THESEN ZUM SINN VON KOMMISSION ZUM EXPERIMENT

0.0 Form und Inhalt sind untrennbar. Das gleiche Objekt in Forschung und Lehre bedingt in beidem die gleiche Form.

0.1 Studium ist Einübung in Wissenschaftlichkeit, d.h. ration methodologisches Arbeiten.

0.2 Studienreform ist nicht Reform der Einübung, sondern hat diese zum Ziel.

0.3 Wissenschaft ist nicht statisch. Somit ist das Studium dynamisch.

0.4 Studienreformerische Konzepte orientieren sich am Metaphysischen, dem Kanon einer statischen Wissenschaft.

1.0 Creative Kommissionen (Der Mensch unter dem Gesetz)

1.1 Erarbeitung neuer Prüfungsordnungen erfolgt ohne Kenntnis, Erprobung und Analyse alternativer Modelle; d.h. irrational wird etwas geändert, was ob seiner Irrationalität geändert wird.

1.2 Diese Änderung wird institutionalisiert. Prüfungsordnunge werden zur Norm des Studiums (selbstverantwortlich natürlich), d.h. dieses Studium wird metaphysisch, denn die Norm wird als solche nicht in Frage gestellt.

1.3 Die Ergebnisse sind formal. Man nennt eine Übung zwar Arbeitsgruppe, die geübte Langeweile bleibt jedoch erhalten. Eine als Übung titulierte Arbeitsgruppe wäre mir lieber.

1.4 Im clinch mit Autoritäten werden aus uns Objekte gemacht, die noch besser manipuliert werden können. Fernab der Öffentlichkeit und der Betroffenen ist man sich selbst genug.

2.0 Anregende Kommissionen (Hundert Blumen)

2.1 Diskussionen über die jetztige Studiensitutation öffnen den Blick für andersartige Lehrveranstaltungen in der Form der Anleitungsveranstaltungen.

2.2 Die Kommissionen sind für die experimentelle Verwirklichung der unter 2.1 gewonnenen Anregungen verantwortlich.

2.3 Die dadurch erzielte Bewußtseinsänderung der Dozenten ist für die weitere Demokratisierung (Abbau der Ordinarienuniversität z.B.) zu nutzen.

2.4 Wir müssen die Kommissionen zu Stoßtrupps gegen autoritäre Strukturen innerhalb und außerhalb (Landesprüfungsamt z.B.) der Universität manipulieren.

3.0 Permanente Revolution im Hörsaal (Demonstration am Obj

3.1 Die immer wieder geforderte Öffentlichkeit wird nicht eingeladen; ihr muß verholfen werden, das Unbehagen zu verbalisieren.

3.2 Die Unruhe entzündet sich am Objekt, d.h. in der Vorlesung. Diese wird zum Dialog erklärt. Man ist mit seinem Unbehagen nicht allein.

3.3 Verdrängte Unruhe, die sich dann an Hausordnungen entlädt, gleicht kindlichen Trotzreaktionen. Der Klassenfeind hat das erkannt. 3.1 ist unsere Strategie.

3.4 Dem Eintritt in den Stand der Akademiker wird die Maske vom Gesicht gerissen. Prüfungen werden visitiert und rezensiert.

Wolfgang Landsberg

Der Autor dieses Traktates "vertritt die Studentenschaft nach innen und aussen". (§ 25, I, Satzung der Studentenschaft der FU).

0 2 NOV 1

REPRÄSENTATIVE KOMPONENTEN

Die gewählten Vertreter des Volkes sind an Beschlüsse der Vertretenen nicht gebunden, ihnen ist es vielmehr aufgegeben, dem zu selbständigen Aktionen unfähigen Volk bereitsgetroffene politische Entscheidungen zur nachträglichen Billigung vorzulegen. Im eigenen Interesse des Volkes werden politische Streitfragen nicht mehr vom Volk, sondern für das Volk gestellt und entschieden.

Alles für das Volk, nichts durch das Volk !

Das Volk braucht Repräsentanten, um sein wahres Interesse zu erkennen:

> "Wenn ein Volk im Einklang mit seinem wahren Interesse regiert werden soll, bedarf es eines Mittlers, der ihm den Zugang zur Erkenntnis des Gemeinwohls ermöglicht: nur als repräsentiertes Volk weiß ein Volk, was es will."(Ernst Fraenkel: Deutschland und die westl. Demokratien, Stuttg. 1964, S.77)

Sollte das Volk doch einmal auf unerklärliche Weise auf die Idee kommen, die von politisch verantwortlichen Stellen getroffenen Entscheidungen zu mißbilligen, so kann es sich dabei gar nicht um sein wahre und echte Meinung handeln, sondern nur um seine gemeine Meinung, die im Prozeß der politischen Willensbildung nicht zu suchen hat:

> "Nur wenn eine gemeine Meinung wenigstens einer der Mindestanforderungen genügt, die in einer konkreten politischen Einheit den consensus omnium gefunden hat, kann sie erwarten, als maßgeblicher Faktor des Prozesses der politischen Willensbildung Beachtung zu finden..."(E.Fraenkel: Öffentliche Meinung u. internat. Politik, S.14)

Von dieser Einsicht her haben uns unsere Vertreter in unserem wohlverstandenem eigenen Interesse lediglich zur Entscheidung solcher Fragen aufzurufen, "die vom Blickpunkt des Staatsinteresses aus als politisch relevant erscheinen."(E.Fraenkel: Deutschland...,S.79) Denn sonst bestünde die Gefahr, daß "das plebiszitäre Element nicht nur bei der Entscheidung einer von politisch verantwortlichen Stelle formulierten Frage in Erscheinung tritt, sondern sich auch auf die Formulierung politisch unverantwortlicher Fragen erstreckt." (Fraenkel, aaO, S.14)

Hat das versammelte Volk also das verfassungsmäßig garantierte Recht über die von den Repräsentanten gefällten Entscheidungen nachträglich zu beschließen, so ist es den Repräsentanten zum Wohle der Untergebenen aufgegeben, diese Beschlüsse in der richtigen Weise zu interpretieren.

Das Ganze stellt sich am Otto-Suhr-Institut so dar:
(Lutz Rininsland im Info-Dienst Nr.94 v. 24.10.67)

- Der "Fachschaftsvertretung (ist) aufgegeben, eine Interpretation des (von der Vollversammlung mit Mehrheit verabschiedeten) Antrages vorzunehmen." (Es handelt sich um den Antrag von Herrn Schulte der auf der Vollversammlung am 19.10. mit Mehrheit beschlossen wurde.)

- "Die Fachschaftssprecher werden die Argumente der Vollversammlung auf der Lehrstuhlinhaberbesprechung vortragen."

- "Sie (die Studenten des OSI) sollten dann der Fachschaftsvertretur durch einen wesentlich stärkeren Besuch klarmachen, daß Beschlüsse der Vollversammlung für die Sprecher bindend sind, und nicht eine Sache der Interpretation."

- Die geringe Wahlbeteiligung bei seiner Wahl im Dezember 1966 hat f Rinsinsland die Konsequenz, "daß ich (R.) meine Aufgabe so betrach tet habe, daß mir kein detaillierter Auftrag erteilt wurde, sonder ich bestrebt sein mußte, ein von mir selbst angenommenes Interesse der Studentenschaft des OSI zu vertreten."(Info-Dinest Nr.92). (Hervorhebungen von uns)

Wir dürfen uns glücklich schätzen, daß am OSI die von Fraenkel postu lierten Normen der repräsentativen Demokratie endlich von der Fach- schaft mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung gebracht wurden. Wir danken unserer Fachschaft, daß sie die wahre Wirklichkeit der repräsentativen Demokratie auf fortschrittliche Weise praktiziert, wir werden uns ernsthaft zu fragen haben, ob der von der Vollversammlung beschlossene Antrag unser eigentliches Interesse oder nur unsere gemeine Meinung ausdrückt. Wir bitten deshalb inständig die Fachschaft insbesondere Herrn Rininsland, uns bei der Lösung dieser Farge und bei der Interpretation dieses Antrages mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, da wir unser eigenes Interesse nicht selbständig erkennen und deshalb die Beschlüsse der Vollversammlung für die Fachschaft nicht bindend sein können.

Rainer Dietrich Mitgl. d. Ältestenrats 1967/68
Eike Schweichel " " " "
Rolf Niemann " " " " , Stellv. Fachsch.sp
1965

Jutta v.d. Brelie " " " "
Andreas Wiesand Stellv. Fachschaftssprecher 1966
Axel Schulte
Georg Herrmann
Hahs Joachim Funke
Nils Kadritzke
Margret Wirth
Günther Schmidt
Tilman Brucker

03. NOV. 1967

KOMMILITONINNEN UND KOMMILITONEN !

In diesen Tagen häufen sich die öffentlichen Gerichtsverhandlungen gegen Studenten!

Der Fall Teufel hat uns deutlich gezeigt, daß die Unabhängigkeit der Rechtsprechung von der Exekutive nur noch auf dem Papier steht: in einem Verfahren vor einiger Zeit wurde ein Angeklagter verurteilt, obwohl sich keiner der Polizisten, die den Angeklagten festgenommen hatten, an ihn, den Ort und die Zeit der Verhaftung erinnern konnten. Dem Gericht genügte als Beweis, daß der Einsatzleiter meinte, an dem betreffenden Tage seien alle Verhaftungen durch seine Beamten rechtmäßig gewesen!

Es wird immer klarer, daß Westberliner Gerichte in politischen Verfahren nur deshalb verurteilen, um das Vorgehen der Polizei nachträglich zu rechtfertigen.

Aus diesem Grunde fordert Sie der Allgemeine Studentenausschuß auf, die umseitig aufgeführten Gerichtstermine zu besuchen, um so eine größtmögliche Öffentlichkeit der Prozesse zu gewährleisten. Da die Termine sich teilweise überschneiden, fordern wir Sie auf, andere Verhandlungen zu besuchen, falls zu der vorgesehenen Verhandlung kein Publikum mehr zugelassen wird.

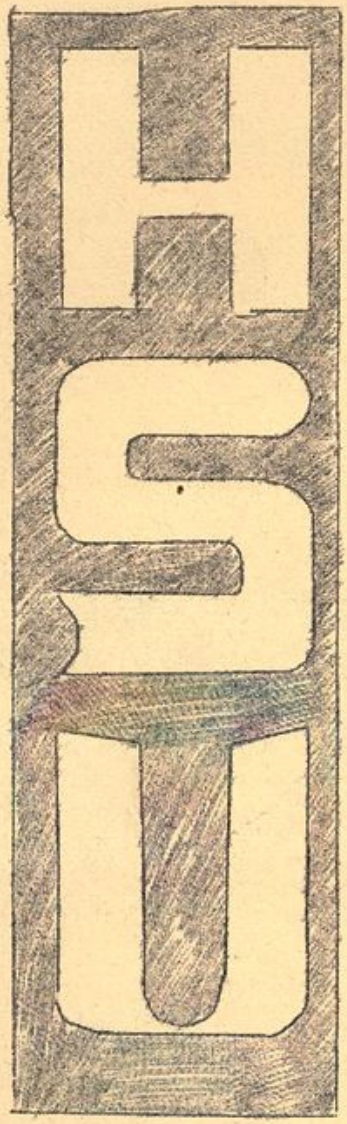
Zu gegebener Zeit wird der AStA eine Informationsveranstaltung über die politischen Prozesse durchführen.

gez. Helmut Giesa
- Referent der
Politischen Abt. -

bitte wenden!

FHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN

0 1. NOV. 196



****

Sicher haben auch Sie schon davon gelesen oder gehört, daß angeblichauf der ganzen WELT und in allen Universitäten wilde Haufen von"progressiven , kritisch-rationalen Kräften" (d.h. also linksradikale Elemente) dem geistigen und gesellschaftlichen Fortschritt endlich zum Siege verhelfen wollen.

Sogar unsere ehrwürdige Universität, leuchtendes Symbol des freien Teils der Deutschen Reichshauptstadt, die von damals wirklich fortschrittlichen Studenten im Angesicht eines lebensmordenden Kommunismus mühsam aufgebaut wurde ,soll von dieser "weltumspannenden Aktion mündiger Staatsbürger" nicht verschont bleiben.

Wie sind nun aber die Ereignisse an der FU in den letzten Jahren und Monaten, auch das Ereignis einer sogenannten "kritischen Universität", richtig zu beurteilen?

Wie soll man sich zu den verschiedenen Protestaktionen, zu den Kommunarden-Happenings und zu so einer völlig absurden, im wahrsten Sinne des WALDEN-wortes LINKS-VOM-GEISTE stehenden Idee einer Kritischen Universität stellen?
Wie hoch ist diese "permanente Revolution" von Minderjährigen, deren Führer RUDI und deren BIBEL MAOs SCHRIFTEN heißen, eigentlich zu bewerten?

****

Auf keinem Fall in diesem Stil, aber doch engagiert setzt sich die HSU mit der Frage einer Permanenten Revolution auseinander.
Auch auf ihrem Immatrikulations-Tee.
Alle Neuimmatrikulierten und Interessenten und Neugierigen sind herzlich eingeladen, auf diesem Abend bei TEE und Würstchen die HSU kennenzulernen.

MITTWOCH 1.11. 20h

Klubhaus FU Goethestr. 49
U-Bahn Krumme Lanke

IMMITEE DER HSU

Semestereinführungsabend

HSU-AK.

1: HOCHSCHULARBEITSKREIS Leitung: ANDREAS WIESAND
****

Die nächste Konventswahl wird wahrscheinlich die bedeutsamste in der Geschichte der FU sein, von Kandidaten und Abgeordneten wird mehr verlangt werden als je zuvor.

Die HSU veranstaltet deshalb zusammen mit einer größeren Zahl von unabhängigen Kandidaten einen AK, der vor allem der formalen und inhaltlichen Gestaltung eines gemeinsamen Wahlkampfes dienen soll. Teilnehmer bzw. Interessenten, die auch nur 2-4- Stunden in der Woche für so eine Hochschulpolitische Arbeit aufwenden könnten, werden ganz dringend gesucht!

Information gibt: A.WIESAND , 1.Vors. der HSU, BERLIN 30, KEITHstr.36/8
auch zu erreichen (auf jeden Fall)
in der STUD.VERTRETG. PHIL.FAK Ihnestr. 22 (Keller)

2: "THEORIE DER RADIKALEN DEMOKRATIE" Leitung: Eberhard WESCHE
****

Sitzungen bisher jeden Donnerstag, Ihnestr. 22 (Keller, Stud.Vertrg.) Auch hier werden noch dringend Teilnehmer gesucht. Besondere Vorbedingungen für eine Teilnahme werden nicht gestellt.

Informationen über A.WIESAND, Ihnestr. 22 (täglich zu erreichen!)
********** **** ********** ******** ** ********* **********

E 5902
verfilmt 1.11.67

Wir teilen Ihnen mit, daß sich an der FU der

NHB Nationaldemokratischer Hochschulbund

konstituiert hat. Nachdem der NHB an 14 Universitäten und Hochschulen Westdeutschlands seine Tätigkeit aufgenommen hat, haben wir beschlossen, auch in Berlin aktiv zu werden. Ein Antrag auf Zulassung wurde beim Rektor eingereicht.

Den Bornierten unter Ihnen, welche meinen, uns aufgrund des Wörtchens „national" als „Neonazis" qualifizieren zu können, empfehlen wir einen sachlichen Dialog mit uns. Wir sind jederzeit dazu bereit.

Hier eine Auswahl unserer Forderungen auf hochschulpolitischem Gebiet:

- Ausreichende finanzielle Sicherstellung des Studiums für alle Studenten!
- Stärkere Förderung der Forschung (wer heute an der Forschung spart, gefährdet die Volkswirtschaft von morgen)!
- Bereitstellung von genügend vollwertigen Studienplätzen und, sobald wie möglich, von genügend vollwertigen Professoren!
- Keinen Fachschulbetrieb, sondern umfassende akademische Bildung ohne zu enge Begrenzung des Studienganges!
- Schaffung eines Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, welches auch verantwortlich ist für die Durchführung einer Hochschulreform an allen Universitäten und Hochschulen!

. . . und auf allgemeinpolitischem Gebiet:

- Einstellung der Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln!
- Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk, Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid zur Förderung direkter Demokratie!
- Neugliederung des Bundesgebietes gem. Art. 29 GG!
- Herstellung einer Einheit von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit!
- Gesetzliche Unterbindung der Konzentration von mehr als 5 v. H. der Gesamtauflage aller Zeitungen in einer Hand!

Wir stellen unsere Forderungen zur Diskussion und erwarten Ihre Stellungnahme!

Wir rufen Sie auf:

Helfen Sie mit, den Einfluß der destruktiven Kräfte an der Universität und in der Gesellschaft zu brechen!

Der NHB will all denjenigen Studenten, welche bereit sind, konstruktiv mitzuarbeiten, eine Orientierungsmöglichkeit bieten. Wenn Sie sich für den NHB interessieren, wenn Sie Kontakt mit uns wünschen, so wenden Sie sich an:

Rüdiger Krauß, FU-Vorsitzender des NHB
1 Berlin 38, Potsdamer Chaussee 31-33, Haus 10, Tel. 84 32 71

NHB - NHB - NHB - NHB - NHB - NHB - NHB - NHB - NHB

Verantwortlich für den Inhalt:
Bruno Wolfgang Berlin

Krause-Druck Berlin

E5702

Mittwoch, 1.11.67, 14-18 Uhr, Audi-Max, Gründungsversammlung der Kritischen Universität

GEHT ES DER KRITISCHEN UNIVERSITÄT WIRKLICH UM HOCHSCHULREFORM?

Im endgültigen Programm der Studienveranstaltungen der Kritischen Universität für das WS 1967/68 zeigt der AStA das Gegenteil:

> "Sie (die Kritische Universität) entwickelt sich in dem Maße von der Kritischen zur Gegenuniversität, in dem ihre Arbeit und deren Ergebnisse direkt als gesellschaftliche Kampfmittel eingesetzt werden können. Es muß der Kritischen Universität gelingen, den aufkeimenden Widerstand unter den arbeitenden Massen dieser Stadt theoretisch zu artikulieren und damit praktisch voranzutreiben." (S.41)

Es geht dem AStA, den gewählten Vertretern der Studenten, also nicht mehr um das Studium:

> "Gerade weil das Zusammenspiel der Bürokratien des Staates, der Kapitalisten und der Gewerkschaftsspitze in unserer Stadt so umfassend ist, werden die ersten spontanen Abwehrkämpfe der Arbeiter das System im ganzen in Frage stellen, wird im Klassenkampf das Bild der Gegengesellschaft aufblitzen. In diesem Augenblick wird die auf Praxis gerichtete Universität zur umwälzenden, zur Gegenuniversität.
>
> Faßt man diese Möglichkeit eines unverhüllten Klassenkampfes ins Auge, so muß die Funktion der dann zur Gegenuniversität gewordenen Kritischen Universität innerhalb dieses Kampfes gesehen werden." (S.41)

Wenn wir den Initiatoren der Kritischen Universität nicht entschieden entgegentreten, steht unser Studium und mehr auf dem Spiel!

Auf der Gründungsversammlung sollen Beschlüsse gefaßt werden. Sie dürfen nicht von den Befürwortern der Kritischen Universität allein gefaßt werden!

Der AStA will sich einmal mehr durch plebiszitäre Abstimmungen unter Gleichgesinnten eine Legitimation verschaffen. Das muß verhindert werden!

Gehen Sie zur Gründungsversammlung!

Bleiben Sie bis zur Beschlußfassung!
Ihre Meinung muß vertreten sein!

stud. phil. Eckard Düwal
cand. med. Wolf Jacob
cand. med. Peter Otte
cand. chem. Peter Paulsen
cand. chem. Gerhard Schaefer
stud. phil. Claudia Schmölder
cand. med. Holger Strohscheer
stud. phil. Helmut Ulrich

1.11.67 E0702

Willkommen an der KRITISCHEN UNIVERSITÄT !

Sie sind heute dem Aufruf gefolgt, an der Gründungsfeier der KRITISCHEN UNIVERSITÄT teilzunehmen - wir danken Ihnen dafür. Sie haben damit unter Beweis gestellt, daß Sie sich nicht manipulieren lassen und jederzeit in der Lage sind, sich ein eigenes Urteil zu machen und vorurteilsfrei zu handeln.
Das ist gut, genügt aber auf die Dauer nicht. Wer die politischen Widersprüche in unserer Zeit korrekt lösen will, muß auch ein solides politisches Wissen haben, denn nicht immer sind die verwickelten Fragen einfach "instinktmäßig" zu lösen. So ist beispielsweise der Schah ein Mörder und Henker, aber nur solange, bis er die Waffen zur Unterdrückung seines Volkes beim Weltfriedenslager eingekauft hat. Ein anderes Beispiel: Unser aller Herzen schlagen für das ruhmreiche, tapfere, blutende Vietnam. Nur imperialistische Waffenfabrikanten profitieren davon, daß dort Bomben auf friedliche Dörfer und Städte fallen, Napalm und Phosphor vom nächtlichen Himmel regnen, Frauen und Kinder sterben müssen. Deshalb kann unsere Forderung nur lauten: Frieden für Vietnam, schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam.
Sie werden an der KRITISCHEN UNIVERSITÄT lernen, zu diesen und ähnlichen Schlußfolgerungen zu kommen. Sie werden dadurch Ihr Wissen vertiefen und sich eine progressive Ignoranz aneignen können. Kein Tabu wird ungebrochen bleiben, alles wird enthüllt werden, vom Spitzeldienst bis zum Rollkommando. Natürlich ist auch die KRITISCHE UNIVERSITÄT auf Ihre Mitarbeit angewiesen, im Seminar und auf dem Ku-Damm.
Liebe Krikin, lieber Kriko! Die vor Ihnen stehenden Aufgaben sind wahrhaft groß. Nur einer gewissen geistigen Elite wird begreiflich sein, daß der Sozialismus zeitweilig mit den Argumenten der "Nationalzeitung" arbeiten muß, (Springer, Vietnam, Nazi-Kiesinger) daß ein griechisches Ensemble mit Krawall und ein ostdeutsches Brecht-Ensemble mit Beifall begrüßt werden muß. Politische Prostitution ist eben nicht jedermanns Sache.
Natürlich gibt es auch Leute, denen dies alles nicht paßt. Diese Leute (Krikos nennen sie: Reaktionäre) wollen ein neues, fortschrittliches Hochschulgesetz, inzenieren keine Happenings und nörgeln sogar am Asta herum.
Bei Ihnen wird es liegen, für wen Sie sich entscheiden wollen: Für die KRITISCHE Universität oder die FREIE UNIVERSITÄT.
Wenn Sie Lust und Ideen haben, an der Hochschulreform mitarbeiten wollen und manchmal sogar etwas Zeit für praktische, verantwortliche Mitarbeit aufbringen können, dann schreiben Sie an die Fraktion der CDU im Schöneberger Rathaus.

Drohbriefe, Anklageschriften und andere Liebesbriefe sind an den Verantwortlichen für dieses Flugblatt zu richten: K. Garnatz, OSI

Entwurf eines Organisationsmodells

Am 24.9.1967 fand eine Versammlung statt, zu der die Arbeitsgrupp
und die AStA der beteiligten Hochschulen Delegierte entsandt hatt
Entsprechend einem Entwurf und der daran anschließenden Diskussio
wurde ein Organisationsschema für die KU von den Anwesenden akzep
Im Vordergrund der Überlegungen stand die verantwortliche Mitarbe
aller Beteiligten, die permanente Diskussion und Überprüfung der
Ziele der KU sowie ein Mindestmaß an Organisation, das dennoch di
Koordinierungsaufgaben erfüllen kann.
Die Arbeitskreise bestimmen Thema und Arbeitsweise selbst.
Die Vollversammlung ist das oberste Organ der Kritischen Universi
Sie soll abwechselnd in der Freien Universität und der Technische
Universität einberufen werden. Sie besteht aus allen Anwesenden,
mitarbeiten wollen. Sie kann einberufen werden vom Initiativaus-
schuß, von einem Drittel der Mitglieder des Delegiertenrates, von
drei Arbeitskreisen und von einem AStA. Die Vollversammlung tritt
mindestens zweimal im Semester zusammen. Sie kann die Beschlüsse
anderer Gremien aufheben. Jede Arbeitsgruppe entsendet zwei Dele-
gierte in den Delegiertenrat. Diese Delegierten sollen im Turnus
von verschiedenen Arbeitskreisteilnehmern gestellt werden. Der
Delegiertenrat tagt alle drei Wochen. Zu dieser Sitzung sollen
Protokolle aus den Arbeitsgruppen vorliegen.
Der Delegiertenrat tagt öffentlich.
Der Initiativausschuß ist das Exekutivorgan, das die Arbeit zwisch
den Vollversammlungen wahrnimmt. Er hat die Aufgabe, das endgültig
Verzeichnis vorzubereiten, Räume zu besorgen, Veranstaltungen vorz
bereiten und Werbung für die KU zu betreiben. Er vertritt die KU i
der Öffentlichkeit. Er koordiniert die Planung und Durchführung vo
Arbeitskreisen. Er besteht aus 6 von den Delegierten gewählten Mit
gliedern, aus je zwei Vertretern des AStA der Freien Universität
und der Studentenvertretung der Technischen Universität sowie je
einem Vertreter der AStA der Kirchlichen Hochschule und der Pädago
gischen Hochschule. Die Kirchliche Hochschule, die Pädagogische
Hochschule und die Hochschule für Bildende Künste sind assoziierte
Mitglieder.
In dem Initiativausschuß haben die Studentenvertreter der Technisc
Universität und der Freien Universität ein Vetorecht, das nur durc
die Vollversammlung aufgehoben werden kann. Denn Konflikte inner-
halb der KU sollen durch Diskussion und nicht durch administrative
Maßnahmen durch die Studentenvertretung gelöst werden.

1.11.67 Eote

DER LEBENSLAUF EINES LINKS-KOMMILITONEN IN EINEM ENTSCHEIDENDEN STADIUM NIEDERGESCHRIEBEN VON J. CHEMNITZER, SED-BEZIRKSLEITER, IN "FREIE ERDE"

"Ich komme in einen Kuhstall und sehe, daß die Kühe sehr dreckig sind. Ich frage, wieviel Pfleger im Stall sind und wer davon Genosse ist. Die Antwort: fünf Pfleger, davon ein Genosse. Aber die Kühe, die der Genosse betreute, waren genauso dreckig wie die anderen. Ich frage den Genossen: Was hältst du von der führenden Rolle der Partei? Die Antwort: Ich werde den Werktätigen die Politik unserer Partei erläutern und Vorträge halten."

Sprach´s, verließ das Paradies, um die FU heimzusuchen und zur Gründung einer KU (H) beizutragen.

uwe-m. troppenz
stud. iur.

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Wintersemester 1967/68

VORTRÄGE ÜBER THEMEN AUS DEM BEREICH DER SEXUALITÄT

mit Diskussion

Freitag

3. November 1967	1. Empfängnisverhütung
1o. November 1967	2. Sexuelle Vorurteile und Tabus in unserer Gesellschaft (sog. Perversionen, kulturelle Vergleiche, Relativität der Normen, Begriff der Natürlichkeit)
17. November 1967	3. Formen des Sexualverhaltens - vorcheliche Sexualität (medizinische Aspekte, Aspekte der Persönlichkeit, Real-Verhalten)
1. Dezember 1967	4. Sexualität und Erziehung (Aufklärung, Einfluß von Elternhaus und Schule, Kulturvergleich)
8. Dezember 1967	5. Störungen des Geschlechtsverkehrs Impotenz und Frigidität
15. Dezember 1967	6. Kontaktstörungen

Wiederholungen

19. Januar 1968	Empfängnisverhütung (1.)
26. Januar 1968	Sexuelle Vorurteile und Tabus in unserer Gesellschaft (2.)

Zeit: 19.oo Uhr s.t.

Ort: Raum 1o2
Wi.-So. Fakultät

1.11.67

Foto2

... gästeabend...gästeabend...gästeabend...gästeabend...

FEUERZANGEN BOWLE

zeit: donnerstag, 02.11.67
20 hct

ort: berlin-steglitz
brentanostr.52

veranstalter:
Burschenschaft TEUTONIA
tel.: 76 46 50

Wollen Sie dabei sein? Dann besuchen Sie uns bitte in unserer gemütlichen Kellerkneipe !

Burschenschaft Teutonia zu Jena
in Berlin
1 Berlin 41 (Steglitz)
Brentanostr. 52 · Tel: 76 46 50

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB
SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

WAHLKAMPF DER VERSCHLEIERUNGEN!!

Glücklicherweise ist der FU-Wahlkampf immer noch politischer als die Sympathiewerbung der Parteien anläßlich der Wahlen.

Dennoch: So mancher Programmpunkt gleicht sich jetzt auf allen Flugblättern - die Disziplinargerichtsbarkeit z.B., vor Jahren noch heftig umstritten, wird heute von Rechten wie Linken gemeinsam abgelehnt.

Nach welchen Gesichtspunkten sollten Sie sich also entscheiden?

Wir meinen:
nicht nach dem Aussehen,
nicht allein nach kurzen Kandidatenvorstellungen und
nicht nach einem politischen Profil nur für zwei Wahlkampfwochen!

sondern:
Der Wähler soll sich aufgrund der Politik der vergangenen Legislaturperioden für die Kandidaten einer politischen Gruppierung entscheiden, weil nur durch diese die Kontinuität einer effektvollen Konventsarbeit gewährleistet wird.
Wer die Hochschulpolitik des neuen Konvents beurteilen will, muß die politischen Aktivitäten der Kandidaten und ihrer Hochschulgruppen bewerten.

Wir sind:
im Konvent und ASTA
in Vollversammlungen und durch Aktionen in der Öffentlichkeit,
durch Presseerklärungen, Memoranden und Dokumentationen
hervorgetreten.

bitte wenden

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS
SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

SHB SH B SHB SHB SHB SHB SHB

Aktion 20. Konvent

ist doch nur eine Wahlkampfbezeichnung für RCDS und Co.

VAWU

nennen sich die "Burschen" und andere "Unpolitische", wenn sie gewählt werden wollen.

Wir glauben, eine gute Politik gemacht zu haben. Also fordern wir Sie auf, diejenigen zu wählen, die sich als Mitglieder unserer Verbände zu unseren politischen Aktionen bekennen.

verantw. Knut Langenbach

SHB SH B SHB SHB SHB SHB

SDS SDS SDS SDS SDS SDS

4 FRAGEN UND EINE BITTE AN PROF. LÖWENTHAL

Wilfried Gottschalch verglich in einem Beitrag für das "Extra-Blatt" die Wahlen in Westberlin mit denen in Polen. Er übersah die ungehinderte Propaganda der SED-W., die sehr wohl die "gesellschaftspolitische Grundordnung umgestalten" will.

FRAGE: Hält Richard Löwenthal eine journalistische Oberflächlichkeit bereits für ein Kennzeichen der "Gegner unserer freiheitlichen Demokratie"?

In einem Referat bei der Eröffnung der Kritischen Universität hat Gottschalch unsere Gesellschaft als Gesellschaft des "organisierten, des formierten Kapitalismus" bezeichnet, und ergänzt, formierter Kapitalismus sei latenter Faschismus.

FRAGE: Ist das Resultat einer wissenschaftlichen Analyse, die sich auf die Forschungsergebnisse Hilferdings, Barans und Sweezys stützen kann, ein Attentat auf die "freiheitliche Demokratie"? Ist nicht vielmehr eine Grundordnung problematisch, die die Formierung des Kapitalismus gestattet und latenten wie virulenten Faschismus erträgt?

In derselben Rede beklagte Gottschalch den Zustand und die Praxis des westdeutschen Parlaments. Man mag gegen Gottschalch den Vorwurf erheben, er habe mit seinen Aussagen wenig Originelles zur Debatte über das Dilemma des Paralamentarismus beigetragen. Tatsächlich haben schon 1910 die Sozialistischen Monatshefte (Organ des reformistischen Flügels der SPD) das Parlament einen "Registrierapparat außerparlamentarischer Kraftübungen" genannt und bekanntlich hat Laski diese alte Kritik [illegible] formiert, als er das Parlament als eine "Registriermaschine parlamentfremder Entscheidungen" bezeichnete. Leibholz, heute Richter am Bundesverfassungsgericht, übernahm diese These und Viola Bethusy-Huc hat sie empirisch verifiziert.

FRAGE: Ist Löwenthal - ein ausgezeichneter Analytiker internationaler Konflikte - zeitlich so überfordert, daß er innenpolitische Konflikte nicht zur Kenntnis nehmen kann und ihm die Beurteilung dieser Probleme zur bloßen Gesinnungsfrage wird?

Als "freiheitlicher Demokrat" tritt Löwenthal für das Recht Gottschalchs ein, seine Meinung zu äußern und hat "Bedenken dagegen ausgesprochen, daß man diese Meinungsäußerung zur Grundlage eines Disziplinarverfahrens gemacht hat".

FRAGE: Will Löwenthal, der ein Disziplinarverfahren gegen Gottschalch ablehnt, die Freiheit von Lehre und Forschung nur an der Pädagogischen Hochschule, nicht aber am OSI gelten lassen?

Wilfried Gottschalch ist in vielerlei Hinsicht Paul Sering * geistig verwandt.

Gottschalch interpretierte den Begriff "Organisierter Kapitalismus"in seiner KU-Rede:" Die Bezeichnung 'organisierter Kapitalismus' meint, daß die Phase des Unternehmerkapitalismus abgelöst ist von der Phase des Monopolkapitalismus, in dem nicht mehr einzelne Unternehmer relativ offen und durchsichtig miteinander konkurrieren, sondern komplexe Kapitalorganisationen den Wettbewerb ... heimlich weitertreiben".

---

* Unter diesem Namen schrieb Richard Löwenthal noch [illegible]

Sering charakterisierte die Entwicklung der bürgerlichen produktionsweise so: "Anstelle einer Vielfalt von frei konkurrierenden Egentümer-Kapitalisten tritt auf der einen Seite eine Vielzahl von Abhängigen Unternehmungen und eine noch größere Anzahl von zu Rentiers reduzierten Eigentümern, auf der anderen Seite eine begrenzte Anzahl von industriellen und finanziellen Oligarchien..."

Gottschalch: "...so legalisieren die Parlamente längst und anderswo gefaßte Beschlüsse. Die Unternehmerorganisationen wissen das auch. Sie schicken deshalb nur noch ihre zweite Führungsgarnitur in die Parlamente."

Sering: "Das Monopol ist ... kein 'rein ökonomischer' Phänomen im Sinne der klassischen Theorie der Marktwirtschaft - es ist seiner Natur nach eine organisierte wirtschaftliche Machtstellung, ein Organ privater Wirtschaftspolitik. Als solches tendiert das Monopol von vornherein zur Beeinflussung des Staates.... Im kapitalistischen Staat haben die Monopolkapitalisten normalerweise genügend Einfluss auf den Staatsapparat und die regierende Partei, um ihre Forderung durchzusetzen..."

WIR BITTEN RICHARD LÖWENTHAL, SICH FÜR EINEN LEHRAUFTRAG AN

P A U L S E R I N G ZU VERWENDEN.

Johannes Agnoli	Udo Kollenberg	Dietrich Staritz
Wolfgang Arns	Ekkehard Krippendorff	Gerhard Tersteegen
Leon Bieber	Joachim Leppack	Winfried Trempenau
Gert Börnsen	Sigrun Marks	Jürgen Treulieb
Wieland Eschenhagen	Walter Momper	Andreas Wiesand
Hans-Joachim Funke	Wolfgang Müller	Bodo Zeuner
Gerhard Heckmann	Rolf Niemann	
Georg Herrmann	Gerald Scheidler	
Ulrich Huttenlocher	Günter Schmidt	
	Eike Schweichel	
	Hans-Joachim Siepmann	

Prof. Löwenthal: EIN "KRITISCHER BÜRGER" DER FU GEGEN DIE KU

Prof. Löwenthal beteiligte sich am 9.11.1967 an einer Veranstaltung der "Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker" über das Thema "Freie Universität - Kritische Universität". Diese Veranstaltung zeichnete sich gerade durch die Eigenschaften aus, die sonst der KU vorgeworfen werden: Einseitigkeit und Manipulation. Die drei eingeladenen Professoren waren alle als Gegner der KU bekannt: Prof. Knaur, (Mitverfasser des Gutachtens zur KU, dessen diffamierenden u. unwissenschaftlichen Charakter Prof. Gollwitzer u. Prof. Szondi inzwischen in Gegengutachten nachgewiesen haben), Prof. Löwenthal (Berater der Gutachter Knaur u. Borinski, deren Stellungnahme er nachträglich mit einer kleinen Einschränkung ausdrücklich billigte) u. Prof. Herzog (Jurist). Alle drei polemisierten gegen die KU.

Prof. Löwenthal, dessen stetige Forderung nach offener Auseinandersetzung verschiedener theoretischer u. politischer Positionen bekannt ist (auf der genannten Veranstaltung bezeichnete er sich als "kritischer Bürger der Freien Universität" machte sich durch seine Teilnahme an dieser Propagandaveranstaltung wiederum unglaubwürdig.

Nach seiner Meinung werden in der KU die Probleme im Rahmen einer bereits "vorgegebenen Weltanschauung" diskutiert, d.h. die KU habe die "Einseitigkeit zum Prinzip" erhoben. So ist nach Löwenthal die KU "eine Form des Verrats an der Verantwortung des Intellektuellen"

Absehen davon, daß Prof. Löwenthal weder mit dem Verzeichnis der KU noch an ihrer bisherigen Praxis beweisen kann, was bereits eine unwissenschaftliche Haltung ist, u. die Behauptung als politische Diffamierung ausweist, macht er sich selbst durch die Teilnahme an einer manipulierten Veranstaltung des intellektuellen Verrats schuldig.
Aber damit nicht genug: er spielte die Arbeitsgemeinschaft "Imperialismus u. Entwicklungsprobleme" am Otto-Suhr-Institut gegen die KU aus. Mit den Hinweis auf die Notwendigkeit der Diskussion stellte er diese Reihe als "reale Alternative" zur KU hin. Den inneren Widerspruch seiner Argumentation scheint er nicht bemerkt zu haben, als er darauf hinwies, daß die OSI-Veranstaltung als selbständige Parallelveranstaltung zu einem KU-Arbeitskreis im Verzeichnis der KU erwähnt sei. (Dies wurde übrigens mit seiner nachträglichen Billigung veranlaßt) Wie kann Herr Prof. Löwenthal es billigen, daß eine von ihm als Vorbild für eine kritische Auseinandersetzung bezeichnete Reihe in den Verzeichnis eines Unternehmens erscheint, das er als 'intellektuellen Verrat' abgestempelt hat.
Die Fachschaft des OSI als Veranstalter der Arbeitsgemeinschaft "Imperialismus u. Entwicklungsprobleme" stellt fest:

1. Daß es nicht der Wahrheit entspricht, wenn Prof. Löwenthal behauptet, er veranstalte die genannte Reihe mit der Fachschaft. Der Fall liegt umgekehrt. Die Studenten des OSI veranstalten diese Reihe unter Mitwirkung von Prof. Löwenthal.
2. Die Arbeitsgemeinschaft entstand aus studentischer Kritik an einer von Prof. Löwenthal im Sommersemester 1967 organisierten Vortragsreihe über Südostsien. Diese Kritik ist nicht zu trennen von dem allgemeinen Protest der Studentenschaft der FU über Hochschule, Studiengang u. Lehrveranstaltungen, der dann naxh den Ereignissen des 2. Juni zum Projekt der KU führte. Es gibt also inhaltliche Übereinstimmungen mit dem Anliegen der KU, was schon aus dem gemeinsamen Ursprung hervorgeht.

Die Fachschaft des OSI erklärt, daß die Arbeitsgemeinschaft "Imperialismus u. Entwicklungsprobleme" die kritische Auseinandersetzung mit Problemen zum Ziel hat, die im ordentlichen Lehrbetrieb bisher vernachlässigt wurden. Die Veranstalter haben damit keine Gegenveranstaltung zur KU intendiert.
Sie verbittet es sich, daß Prof. Löwenthal, der damals die Kritik an seiner Vorlesungsreihe von SS 1967 aufgegriffen u. sich zur Mitarbeit bereit erklärt hatte, jetzt diese Veranstaltungsreihe für seine Machenschaften gegen die KU mißbraucht. Die Fachschaft u. der Ältestenrat des OSI erklären sich mit der KU solidarisch.

E. Schweichel (stellv. Ältestenratvorsitzender)
verantw.: G. Tersteegen (stellv. Fachschaftsprecher)

23. Nov 6

Dokumentation

zum Vorfall am 12.11.1967 in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche

Am 20. September 1967 wurde der Evang. Studentengemeinde die Entscheidung des Gemeindekirchenrates der Kaiser-Wilhelm- Gedächtnis-Kirche mitgeteilt, daß künftig gemeinsame Studentengottesdienste der ESGs an der TU, der PH, der KiHo und der FU Berlin nicht in der Kaiser-Wilh.-Gedächtnis-Kirche (KWG) abgehalten werden dürften. Nachdem die ESGs nach dem 2. Juni politisch besonders dadurch hervorgetreten war, daß sie in der berliner Bevölkerung um Verständnis für das studentische Engagement und der daraus resultierenden Protesthaltung warb, ist es unverständlich, daß der Gemeindekirchenrat (GKR) der KWG den evangelischen Studentengemeinden die Abendmahlsgottesdienste in der KWG untersagte. Nach dieser Maßnahme vom September sind zahlreiche Versuche sowohl durch die Studentenpfarrer als auch durch einzelne Mitglieder der Studentengemeinden unternommen worden, die Aufhebung dieser administrativen Maßnahme zu erreichen. Zu einem klärenden Gespräch mit den ESGs fand sich der zuständige GKR nicht bereit.

In dieser Situation entschloß sich das Mitglied und der ehemalige Vertrauensstudent der ESG/FU, Karl-Heinz Schmidt, vor Beginn des Hauptgottesdienstes am 12.11.67 um 10 Uhr von der Kanzel der KWG aus, sich direkt an die versammelte Gemeinde mit sinngemäß folgenden Worten zu wenden:

> Liebe Schwestern und Brüder! Außerordentliche Umstände zwingen mich heute, in dieser außergewöhnlichen Form an Sie heranzutreten. Der GKR dieser Kirche hat für alle ev.Studentengemeinden West-Berlins das Verbot ausgesprochen, in der KWG weiterhin Gottesdienste abzuhalten. Im Jahre 1967, in dem die evangelische Kirche in Deutschland das 450.Jubiläum der Reformation feiert, wird damit der Versuch unternommen, eine Minderheit von Gemeindemitgliedern aus offensichtlich politischen Motiven mit Maßregeln der Kirchenzucht zu disziplinieren. Ich bitte den GKR, ernsthaft zu prüfen, ob er es verantworten kann, das ohnehin äußerst angespannte Verhältnis zwischen Bevölkerung und Studentenschaft Berlins dadurch weiter zu verschärfen. Ich bitte den GKR, den gefaßten Beschluß rückgängig zu machen. [1]

Bei seinen letzten Worten wurde der Kommilitone von zwei herbeieilenden Kirchendienern gewaltsam von der Kanzel gestoßen und im Polizeigriff durch den Kirchenraum abgeführt. Dem 2.AStA-Vorsitzenden, Bernhard Wilhelmer, gelang es, dieses gewaltsame Vorgehen zu fotografieren, da er bereits eine derartige Reaktion befürchtet hatte, als er von der Aktion durch Karl-Heinz Schmidt Kenntnis erhielt. Nachdem bereits drei Fotos gemacht waren, erhielt er im Inneren des Gotteshauses einen Schlag auf die Kamera und ins Gesicht und fiel zu Boden. Vom 2.AStA-Vorsitzenden wurde Strafantrag gegen den Kirchendiener wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung gestellt. Wie bei der Deutschen Presseagentur festgestellt wurde, war der gezielte Faustschlag auf die Kamera erfolgreich; die Fotos, die als Beweismaterial hätten dienen können, sind durch die Zerstörung des Apparates unbrauchbar geworden.

Nach dem Gottesdienst aller ESGs West-Berlins, der in die Mensa der Technischen Universität verlegt und um 20 Uhr von Prof Gollwitzer gehalten wurde, nahmen die Versammelten zu den Vorfällen Stellung. Dabei wurde folgender Beschluß gefaßt und dem GKR der KWG zugesandt:

> Die im Anschluß an den Studentengottesdienst am 12.November 1967 im Studentenhaus der Technischen Universität Versammel-

1) Kar-Heinz Schmidt versichert, daß diese Rede sinngemäß dem entspricht, was er in der KWG gesagt habe.

10.11.67

AN DIE WESTBERLINER BEVÖLKERUNG!

Seit über 200 Tagen herrschen in Griechenland Terror und Gewalt. Die faschistische Militärjunta bleibt weiterhin sowohl im Inneren Griechenlands wie auch international isoliert.

Sie muß immer mehr den Terror gegen das griechischie Volk verstärken, damit sie sich an der Macht halten kann. Obwohl sie den unmittelbaren Auswirkungen einer faschistischen Diktatur ausgesetzt sind, leisten die griechischen Demokraten immer entschiedener Widerstand. Die demokratische Bewegung im griechischen Volk soll durch brutale Verfolgung, Verhaftungen und Massenprozesse unterdrückt werden. In diesen Tagen finden in Athen und Saloniki zwei Prozesse gegen 72 griechische Widerstandskämpfer statt. Einer der Mitangeklagten, der weltberühmte Komponist und Politiker, Mikis T h e o d o r a k i s (Alexis Sorbas) befindet sich z.Zt. in größter Lebensgefahr. Nach dem offiziellen medizinischen Gutachten, soll er sich bereits im "koma-ähnlichen Zustand" befinden und "jeder Transport seinen Tod bedeuten" können.

Die Tatsache, daß dieser Zustand des 42jährigen Theodorakis während der Untersuchungshaft im berüchtigten Athener Polizei-Gefängnis in der Bouboulinas Straße herbeigeführt wurde, deutet auf die Behandlung hin, die Theodorakis, genau wie vielen andren politischen Häftlingen, zuteil wurde. Wir rufen alle demokratisch gesinnten Bürger dieser Stadt auf, sich für die REttung von Mikis Theodorakis und der anderen griechischen politischen Häftlinge einzusetzen, Fordern Sie, daß die Bundesregierung und der Senat von Westberlin Stellung nimmt zu den verbrecherischen Vorhaben der griechischen Diktatoren und nicht ihren Unterstützung zukommen läßt. Während sich die demokratischen Europäischen Staaten eindeutig gegen die Militärjunta ausgesprochen haben, ist die Militärhilfe der Bundesregierung im Rahmen der NATO nicht unterbrochen worden.

Ähnlich wie in der Bundesrepublik wird von der griechischen Militärmission versucht, die Kooperation Westberliner Behörden bei der Verfolgung engagierter griechischer Oppositioneller zu erreichen.

Stellen Sie sich auf die Seite der griechischen Demokraten, indem Sie nicht zulassen, daß griechische Bewohner dieser Stadt dem Terror der Militärjunta ausgeliefert werden.

Gemeinschaft der Griechen e.V.
Verein griechischer Studenten und Akademiker in Berlin
AStA der FU
Studentenvertretung der TU
Fachschaftsvertretung Architektur an der TU
AStA PH
Kampagne für Abrüstung
Falken
Republikanischer Club
Gewerkschaftliche Studenten gemeinde
Sozialdemokratischer Hochschulbund
Liberaler Studentenbund Deutschland
Humanistische Union
Sozialistischer Deutscher Studentenbund
Demokratischer katholischer Arbeitskreis
Evangelische Studentengemeinde

Berlin, den 17. November 1967

10.11.

Gerd Weghorn: Gegendarstellung

WARUM DIFFAMIERT L.RININSLAND?

1.Der Sachverhalt:
Herr R. führt in seiner bösartigen Polemik gegen die ad-hoc Gruppe eine Aussage von mir an, die in dieser Form und mit der von R. unterstellten Intention nicht vorgebracht worden ist. Ich hatte in meiner Beurteilung der Lage am OSI, die zu meinem Fazit führte, daß gegenwärtig weder im Lehrkörper noch im Gros der Studentenschaft die Bereitschaft zu einer Studienreform in unserem Sinne bestehe, eine Differenzierung der typischen Haltungen auch im Lehrkörper versucht.Ich meinte zwei Motivationen dieser ablehnenden Haltung feststellen zu können: Ein Teil des Lehrkörpers versuche, der objektiven Zwanlage, der sich das OSI durch einen Massenandrang von Politolog konfrontiert sieht, durch eine weitgehend reglementierte Ausbi zu begegnen dung, und deshalb schon theoretisch nicht in der Lage sein könn die von uns intendierte umfassende Studienreform mitzuvollzieh das mangelnde Interesse an Experiment und Diskussion als Vorbe dingung einer wirklichen Prüfungsordnungs-Reform,versuchte ich durch eine traditionalistische Grundhaltung, die"konservativ bis faschistoid" sei, zu erklären. Die Diskussion über den letten Begriff ergab eine Ablehnung desselben, weil dieser,historisch vorbelastet, den Sachverhalt nicht treffen kann.

2. Die Stellungnahme:
Was intendiert Herr R. mit dieser Wiedergabe einer aus dem Kontex gelösten, von mir hypothetisch-provokativ verstandenen Aussage? Da er oftmals Teilnehmer unserer für jeden offenstehenden Sitzungen in der ESG (Montags 13,30) gewesen ist, hätte er - wenn ihm an einer sachlichen Kritik liegen würde mich nochmal um eine Stellungnahme gebeten. Denn:
Lutz Rininsland war nicht bis zum Ende der Diskussion anwesend gewesen!
Er weiß aus diesem Grunde auch detailliert um die einzelnen Schritte unserer ernsthaften Bemühungen, die Studienreform-Diskussion anzuregen und durch Projekte zu konkretisieren. Ihren Niederschlag haben diese Aktivitäten auch in den Info-Diensten 93-97 und in den Studienreform-Papern ihren Niederschlag gefunden (Vorschläge zur Lehrplangestaltung, Fragebogen zur Zwischenprüfung, Konzeption einer Gruppe zur"empirischen Analyse der Studienbedingungen am OSI").An diesen Taten sollte die Gruppe gemessen werden, und auch diesbezüglich hätten wir an H errn R. in der Vollversammlung einige Fragen zu stellen, die - soweit es bei ihm möglich ist - sachlich zu beantworten wären.
FRAGE 1: Warum diffamiert Lutz Rininsland?

Gerd Weghorn

E0702

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Studentenvertretung
Math.-Nat. Fakultät
-Der Wahlkreisleiter-

1 Berlin 33, den 16.11.67
Hüninger Str. 44
Tel.: 76 90 3344

Sind Sie im 2. Studiensemester? 1)

Wollen Sie im nächsten Jahr neben Ihrem anstrengenden Studium auch Kenntnisse und Erfahrungen im Umgang mit Menschen sammeln?

Wollen Sie, daß es an Ihrer Universität demokratisch zugeht ?

Wollen Sie so studieren, daß es Ihnen auch Spaß und Freude bereitet?

Ja? DANN SOLLTEN SIE KANDIDIEREN ! 2)

Wollen Sie, daß der Rektor bestimmt, wer Sie vertritt ? 3)

Möchten Sie in einer Stadt und an einer Universität studieren, wo A.C. Springer unwidersprochen zum Progrom hetzen darf? 4)

Möchten Sie, daß an der FU Friedhofsruhe einzieht und alte Herren (etablierte Autoritäten) bestimmen, wofür Sie demonstrieren dürf

Wollen Sie den Konvent arbeitsunfähig machen und dazu beitragen, daß alle Übergriffe schweigend erduldet werden ?

Ja ? DANN SOLLTEN SIE NICHT KANDIDIEREN

1) § 6 Abs. III. der Satzung der Studentenschaft bestimmt: "Das passive Wahlrecht haben diejenigen Studenten, die mindestens im zweiten Studiensemester stehen, mit Ausnahm der Studenten, deren Zugehörigkeit zur Studentenschaft vo Ablauf der Wahlperiode endet."

3) Rektor Lieber in einem während der Urabstimmung verteilte Flugblatt: "Wenn die Studentenschaft den Konventsbeschluß verwirft, ...(also den Studentenvertretern das Mißtrauen ausspricht)... - dann aber auch nur dann - wäre der Weg frei von Disziplinarverfahren,-..,abzusehen."

2) Den umseitig abgedruckten Kandidatenmeldebogen können Sie bis morgen (17.11.) im Konventsbüro, Garystr.20 oder bei mir (Adresse siehe Kopf) abgeben.

4) BILD forderte am 14.12.66: "Polizeihiebe auf Krawallköpfe um den möglicherweise doch vorhandenen Grips locker zu machen".

5) Sollten Sie mit dem politischen Teil dieses Flugblattes nicht einverstanden sein, so kann ich Ihnen nur empfehlen zu kandidieren.

gez. Hans Gellhardt
-Wahlkreisleiter -

Ich erkläre hiemit meine Kandidatur für die Wahlen zum
20.Konvent der Freien Universität Berlin

im Wahlkreis .....
(Fakultät)

Bitte deutlich schreiben!

Name:..... Geb.Datum:.....
Vorname:..... Geb.Ort:.....
Wohnung:..... Matrikel.Nr.:.....
..... Semesterzahl:.....
Telefon:..... Immatrikuliert am:.....
Fachrichtung:.....

....
(eigenhändige Unterschrift)

Erfroderlich: 2 Bilder á 7/10; weiß/glänzend/hart

Fragen, um deren Beantwortung für die Wahlzeitung alle Kandidaten
für die Wahlen zum 20.Konvent gebeten werden:

1. Name und Vorname:.....
2. Alter (in Jahren):.....
3. Semesterzahl:.....
4. Fakultät:..... Fachrichtung:.....
5. Gehören Sie einer studentischen Gemeinschaft oder Verbindung an
.....

5a)Wenn ja, welcher? .....

Kurzgefaßter Lebenslauf mit besonderer Berücksichtigung eventueller
früherer Mitarbeit in der Studentenvertretung und Ihrer Anregungen
und Vorstellungen für die Arbeit des 20. Konvents.
(Länge allerhöchstens 10 Schreibmaschinenzeilen)

KANDIDIEREN SIE !
KANDIDIEREN SIE !
KANDIDIEREN SIE !

UMSEITIG IST EIN (benutzbarer) KANDIDATENMELDEBOGEN ABGEDRUCKT

FÜLLEN SIE IHN BITTE AUS UND GEBEN SIE IHN IM KONVENTSBÜRO AB (Garystraße 20, bis zum 15.Nov.1967)

VERGESSEN SIE DIE BEIDEN FOTOGRAFIEN NICHT !!!

K A N D I D I E R E N

K A N D I D I E R E N

K A N D I D I E R E N

SIE
SIE
SIE

Ich erkläre hiermit meine Kandidatur für die Wahlen (Nahwahlen) zum 20. Konvent der Freien Universität Berlin

im Wahlkreis .....
(Fakultät)

Bitte deutlich schreiben!

Name:..... Geb.Datum:.....

Vorname:..... Geb.Ort:.....

Wohnung:..... Matr.-Nr.:.....

..... Semesterzahl(mind.2):.....

Telefon:..... Immatrikuliert am:.....

Fachrichtung:.....

.....
(eigenhändige Unterschrift)

Erforderlich: 2 BILDER à 7/10; weiß/gränzend/hart

Fragen, um deren Beantwortung für die Wahlzeitung alle Kandidaten für die Wahlen zum 20. Konvent gebeten werden:

---

1. Name und Vorname: .....

2. Alter (in Jahren):.....

3. Semesterzahl (insges.):.....

4. Fakultät:..... Fachrichtung:.....

5. Gehören Sie einer studentischen Gemeinschaft oder Verbindung an?

   .....

   Wenn ja, welcher?.....

Kurzgefaßter Lebenslauf mit besonderer Berücksichtigung eventueller früherer Mitarbeit in der Studentenvertretung und Ihrer Anregungen und Vorstellungen für die Arbeit des 20. Konvents.
(Länge allerhöchstens 10 Schreibmaschinenzeilen)

E 0702 10.11.

ARBEITSGEMEINSCHAFT FREIE UNIVERSITÄT

Wollen Sie eine freie Universität?

frei von ideologischer Verkrampfung
frei durch verantwortungsvolle Konventsarbeit
frei für echte Studienreform

Wir wenden uns gegen eine ASTA - Politik, die besonders in diesem Jahr erheblichen Schaden verursacht hat.

Stimmen Sie mit uns überein,

- ...daß durch die Politik des ASTA die Studienreform blockiert wurde;
- ...daß der ASTA eine „KU" propagiert, die lediglich ein neues Forum für seine einseitige politische Richtung darstellen soll;
- ...daß Sie mit Ihrem Zwangsbeitrag die gesellschafts=politischen Aktivitäten des ASTA finanzieren;

dann stärken Sie die OPPOSITION.

Kandidieren Sie für den nächsten Konvent!

DIE ALTERNATIVE AFU

Melden Sie sich bei folgenden Kommilitonen für die

Jur.-Fak.:	Wolfgang Hackel	1 Berlin 30, Fugger Str. 23
Math.-Nath.:	Uwe Niesstrath	1 Berlin 21, Heidestr. 37
Med.-Fak.:	Georg Frenzel	1 Berlin 21, Heidestr. 39
Phil.-Fak.:	Klaus Hoffmann	1 Berlin 65, Schwyzer Str. 22
Wiso.-Fak.:	Ekkehard Kittner	1 Berlin 62, Monumentenstr. 9

A U S Z U G aus dem Programm der A F U

Die Politik der gegenwartigen Studentenvertretung an der FU begreift sich als Modellfall für die politische Prxis der außerparlamentarischen Opposition. Jhre maßgeblichen Vertreter streben die Umwandlung der Gesellschaft in eine "sozialistische" an. Durch die Darstellung und Provokation von Jnteressenkolisionen in der Hochschule wird versucht, ein Konfliktbewußtsein zu erzeugen und dieses zu einer Demonstration von Klassenkampfsituation auszunutzen. Jn der Argumentatin wird von den bestehenden Mißständen an der Hochschule ausgegangen. Diese sollen als "exemplarisches Moment der allgemeinen Strukturkrise in der westdeutschen Gesellschaft begriffen werden." Der Erfolg der studentischen Hochschulpolitik wird nicht "an den zugestandenen Mitbestimmungsrechten, an der Verhinderung reaktionarer Reformen, sondern an der in diesem Kampf zu gewinnenden Solidarisierung und gemeinsamen politischen Aktionen der verschiedenen oppositionellen Gruppierungen in der Gesellschaft" bemessen.

Ziel der Arbeitsgemeinschaft Freie Universitat ist dagegen:
- die Verbesserung der Arbeitssituation an der Universitat
- die soziale Sicherung der Studenten

Durch die Jdentifikation legitimer studentischer Anliegen aber mit gesellschaftsrevolutionären Parolen, die nicht von der gesamten Studentenschaft getragen werden, werden notwendige Reformen in der Hochschule erschwert, wenn nicht gar verhindert.

Wir betrachten u.a. als wesentliche Forderungen in der Hochschulreformdiskussion und treten ein für:
- Sicherung der Kontinuität in der akademischen Selbstverwaltung durch Einführung des Präsidialsystems
- Schaffung eines Organs der Gesamtuniversitat zur Kontrolle des Präsidenten
- eine sachgerechte nach den verschiedenen Aufgaben der einzelnen Universitatsorgane differenzierte, aber angemessene Beteiligung der Studenten und Assistenten an der akademischen Selbstverwaltung
- Errichtung ständiger Ausschüsse für 1. Haushaltsangelegenheiten und Finanplanung 2. Struktur- und Hochschulreformangelegenheiten 3. Ausbildungs- und Studienreformangelegenheiten
- Ablösung des gegenwärtigen studentischen Disziplinarrechts durch Erlaß einer Hausordnung, der alle Mitglieder der Universitat gleichermaßen unterworfen sind.

Die Studienreformdiskussion kann nur fachbezogen betrieben werden. Wir legen besonderen Wert auf die Berücksichtigung folgender Studienreformmaßnahmen:

Beschrankung der stofflichen Anforderungen des Studiums zugunsten einer Konzentration auf die Systematik des Faches; Ordnung des Studienganges durch alternative Studienpläne; Jntensivierung der Studienberatung, auch für Examenssemester.

Die Studentenschaft sollte als Gliedkörperschaft des öffentlichen Rechts innerhalb der Hochschulen konstituiert werden. Jhr soll ein festumrissener Aufgabenreich zugeordnet werden.

Zur sozialen Sicherung der Studenten fordern wir:

Ein umfassendes Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes; Einbeziehung der Studenten in den Kreis der gegen Krankheit pflichtversicherten Personen; Abbau der Gemeinschaftsideologie im studentischen Wohnheimbau, um größeren Wohnraum zu sichern; Bau von Wohnraum für Studentenehepaare.

Vor Verabschiedung des Ausbildungsförderungsgesetzes fordern wir: Erhöhung des Förderungsmeßbetrages auf 420,--DM; Anhebung der Freibetrage; durchgehende Förderung auch in der vorlesungsfreien Zeit; Abbau des Zwangsdarlehnens; Ausbau der Studienförderung zu einer sozialen Förderung ohne Eignungskriterien; Einschluß der Studentenehe in die soziale Förderung.

NACHRICHTEN AUS DEM

KONVENT

HERAUSGEGEBEN VOM KONVENTSVORSTAND DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

Stellungnahme des Konvents zur Einleitung der Überprüfung der Förderungswürdigkeit des SDS durch den Akademischen Senat

Verabschiedet am 10. November 1967 - - - - - - - - - -

A. Zu dem was der Akademische Senat sagt:

Dieser Teil beschränkt sich auf eine formale Untersuchung der Ausführungen des Senatsausschusses, die Grundlage des Senatsbeschlusses waren (s. Brief des Rektors v. 6.6.1967). Untersucht werden zunächst das methodische Vorgehen des Senatsausschusses bei der Prüfung der Frage, ob der SDS noch förderungswürdig sei, dann die unter Nr. 1-6 gewürdigten Sachverhalte.

1. Das methodische Vorgehen des Senatsausschusses

"Bei der Prüfung, ob die Förderungswürdigkeit des SDS widerrufen werden kann, wird man somit die positiven Seiten seiner Tätigkeit mit den Vorfällen der letzten Zeit vergleichen und dann entscheiden müssen, ob alles in allem noch ein förderungswürdiger Beitrag vorliegt." (S. 2 oben). Diese Beschreibung des eigenen Vorgehens fällt dadurch auf, daß der Senatsausschuß die "positiven Seiten der Tätigkeit des SDS" nicht mit den "negativen" vergleichen will, sondern mit "den Vorfällen der letzten Zeit". Damit dokumentiert er zwei eigene Vorurteile: einmal, daß "die Vorfälle der letzten Zeit" negativ zu beurteilen seien, zum anderen, daß sie "der Tätigkeit des SDS" zuzurechnen seien. Auffällig ist weiterhin, daß der Senatsausschuß, während er auf zwei 3/4 Seiten sechs Punkte zur "negativen Seite der Tätigkeit des SDS" aufführt, zur "positiven" nur auszuführen weiß: "Auch der SDS betätigt sich durch Vorträge, Diskussionen usw. Zahlreiche seiner Veranstaltungen sind sicherlich als positiv zu werten" (S. 1 unten). Dabei erhält der zweite Satz durch die Formulierungen "zahlreiche" und "sicherlich" noch eindeutig abwertenden Aussagewert. Ein Vergleich zwischen den "positiven Seiten der Tätigkeit des SDS" und "den Vorfällen der letzten Zeit", den anzustellen der Senatsausschuß sich selbst vorschreibt, erfolgt aus dem einfachen Grunde nicht, weil diese "positive Seite" überhaupt nicht erfaßt und gewertet wird. Dem Dilemma, gegen die eigene methodische Leitlinie zu verstoßen, begegnet der Senatsausschuß nicht ohne Geschick. Nach Aufführung der Vorfälle 1-6 stellt er fest: "alle geschilderten Aktionen stellen keine Beiträge zu einer sachlichen Auseinandersetzung um gesellschaftliche, politische und universitäre Probleme dar. Sie sind so negativ, daß sie die positiven Seiten der Tätigkeit des SDS überwiegen. (S. 5). Damit attestiert er dem SDS ein "negativum absolutum", das durch kein mögliches "positivum" aufgewogen werden könnte.

Eine Zusammenfassung der Untersuchung ergibt, daß das Vorgehen des Senatsausschusses nicht dem einer Prüfung, sondern dem eines Versuchs, Vorurteile zu bestätigen, entspricht.

2. Die Punkte 1-6

Den Vorfällen Nr. 1 sowie 3-6 ist gemeinsam, daß sie nicht Organe, sondern einzelne Mitglieder des SDS betreffen. Der Notwendigkeit, den Beweis zu führen, daß Handlungen von Einzelmitgliedern der Verbandstätigkeit zuzurechnen seien, hat sich der Senatsausschuß bereits eingangs durch ein "Vor-Urteil" (s.o. 1) weitgehend enthoben. Daß sich die Meinungs- und Willensbildung in einem Verband von den Mitgliedern zu den Organen hin vollzieht und nicht umgekehrt, scheint für den Senatsausschuß unvorstellbar zu sein. Zu den Vorfällen Nr. 3 und 5 wird darüberhinaus auf eine fehlende oder mangelhafte Distanzierung der Organe des SDS verwiesen. Dieses Verfahren ist unzulässig; denn solange deutlich ist, daß Einzelpersonen verantwortlich sind, besteht nicht die geringste Notwendigkeit, das noch einmal ausdrücklich festzustellen. Eine solche Notwendigkeit hat der SDS jedoch augenscheinlich gesehen. Als Mitglieder Flugblätter verteilten, die "handfeste Beleidigungen" enthielten und mit dem Verbandsnamen unterzeichnet waren (Vorfall Nr. 6): Die entsprechenden Mitglieder wurden ausgeschlossen. Welcher Logik entsprechend, der Senatsausschuß auch diese Maßnahme negativ bewertet, ist unerfindlich. Obwohl eine Distanzierung der Verbandsorgane von Handlungen einzelner Mitglieder nicht als notwendig erachtet werden kann, muß darauf verwiesen werden, daß der SDS sich von Vorfall Nr. 1 (Plakataktion) distanziert hat, was verschwiegen wird, ebenso auch von Nr. 3 (Diskussion mit dem Rektor) was zwar erwähnt, aber wegen inhaltlicher politischer Äußerungen als "halbe Rechtfertigung" gewertet wird. Außerdem wird hier darauf verwiesen, daß sich zwar der Landesverband, nicht aber die Gruppe distanziert habe. Was dieser Hinweis beweisen soll, bleibt unverständlich, besonders da dem Senatsausschuß nicht entgangen sein kann, daß der Gruppenvorsitzende dem Landesvorstand angehört.
Die Behandlung vorliegender oder fehlender Distanzierungen muß insgesamt so gewertet werden, daß der Senatsausschuß das Verhalten der Organe des SDS in dieser Frage, wie es auch immer sein möge, negativ wertet.
Zu den Vorfällen Nr. 1 sowie 3-6 insgesamt ist festzustellen, daß sie der Tätigkeit des SDS als Verband nicht zugerechnet werden können.

Der Vorfall Nr. 2, ein Flugblatt, in dem der SDS das Gutachten des Wissenschaftsrates kritisiert, veranlaßt den Senatsausschuß zu folgender Einlassung: "Dieses Flugblatt ist gewiß für die hier zu untersuchende Frage der Förderungswürdigkeit nicht sehr bedeutsam; aber man darf doch bezweifeln, ob man seinen Inhalt als die (Hervorhebung im Text) Art der Auseinandersetzung innerhalb der Universität und der Studentenschaft ansehen kann, die um der Sache willen erforderlich ist und folglich durch die Universität gefördert werden sollte." (S. 3 oben) Die Bedeutung, daß das Flugblatt gewiß ... nicht sehr bedeutsam" sei, ist schon deshalb ungebührlich, weil der Senatsausschuß es sonst sicherlich nicht erwähnt hätte. Darüberhinaus ist die Herausgabe des Flugblattes die einzige Aktion des SDS als Verband, die in den sechs Punkten aufgeführt wird. Was an dem Flugblatt beanstandet wird, verschweigt der Senatsausschuß.

Die einzige, der vom Senatsausschuß aufgeführten Aktivitäten, die dem SDS als Verband zuzurechnen ist, zeichnet sich dadurch aus, daß sie die oppositionelle Haltung des SDS gegenüber den herrschenden politischen Kreisen dokumentiert.

-3-

B. Zu dem was der Akademische Senat meint:

1. Angesichts dieser fadenscheinigen Argumentation auf die sich der Akademische Senat in seinem Beschluß vom 31.5.1967 stützt, muß man fragen, ob er, der sonst um formale Argumente zur Begründung seiner Politik nie verlegen war, nun auch auf diese verzichtet und sich allein auf eine letztinstanzliche Entscheidungsgewalt in diesem Verfahren verlassen will.
Für diese Offenheit müßte man ihm dankbar sein. Noch offener aber und zugleich klarer, hätte der Akademische Senat argumentieren können, hätte er dargelegt, welche Funktion sein Beschluß in der gegenwärtigen Auseinandersetzung an der FU erfüllt. Dem kommt der AS aber nicht nach, und so obliegt es wieder einmal dem Konvent, den hochschulpolitischen Charakter des Senatsbeschlusses aufzuzeigen.

Der AS dokumentiert in dieser Frage ebenso wie in der Auseinandersetzung um die Kritische Universität sein völliges Unverständnis gegenüber einem sich in der Studentenschaft vollziehenden Prozeß der Bewußtwerdung der eigenen Lage in dieser Gesellschaft und damit in dieser Universität.

Immer mehr Studenten streben danach, anstatt nur Objekte auch Subjekt ihrer Gesellschaft und ihrer Universität zu werden. Sie kommen damit zwangsläufig mit der etablierten Ordinarienuniversität in Konflikt, die, will sie sich selbst bewahren, ein solches Streben nicht zulassen kann.

Der SDS ist mitbedingender und mitabhängiger Teil dieses Prozesses; anders ist die Anzahl der an Sit-ins teilnehmenden Studenten, der Ausgang der Urabstimmung dieses Jahres, sowie die studentische Solidarität nach dem 2. Juni nicht erklärlich.
Daß der Akademische Senat ihn für den alleinigen und unabhängigen Faktor dieses Prozesses hält, unterstreicht nur eindrücklich sein Unverständnis gegenüber diesem Phänomen. Daß er die von dem seit Jahren gegen die Studenten hetzenden Springer angebotene Verschwörungstheorie bereitwillig übernimmt, weist überdies sein mangelndes kritisches Potential aus - verwundern kann es nicht.
Maßnahmen gegen die kritisch gewordene Studentenschaft richten sich dabei gegen administrative bestimmbare Personengruppen, in diesem Fall gegen des SDS. Ähnlich sie bei dem Versuch, durch disziplinarische Maßnahmen gegen studentische Sprecher, die Studenten einzuschüchtern, verrät sich darin, die Hilflosigkeit von Bürokraten angesichts allgemein gewordener Kritik.

Im Falle der Studienreformkommission auf Universitätsebene, die ähnliche Kritik am Wissenschaftsrats-Gutachten übt wie der AStA und auch der SDS, war es dem AS nicht möglich, eine Agententheorie aufzustellen und aus ihr die administrativen Konsequenzen zu ziehen. In diesem Fall behalf er sich damit, die Arbeitsergebnisse der Kommission zu ignorieren (was AS nicht darin hindert, eben diese Studienreformkommission, die aufgrund massiver Forderungen der Studenten gebildet wurde, immer wieder als Beweis seiner Reformwilligkeit anzuführen.)
Mit den beiden Taktiken versucht der AS eine Kritik abzuwehren, die sich nicht damit begnügt, die schlimmsten Folgen der bestehenden Universitätsstruktur aufzuweisen und Anleitungen zu deren Beseitigung zu geben und dadurch das Bestehen eben dieser Universitätsstruktur zu sichern, sondern die die grundlegenden Mängel dieser Struktur nennt und damit zu einer Gefahr für eine hierarchisch-autoritär strukturierte Universität wird, weil sie nicht zuläßt, daß diese ihren Bestand festigt, indem sie ihre anachronistische Organisationsform zeitgemäßen Varianten autoritärer Herrschaftsformen

-4-

anpaßt. Die Gefahr, die Bestrebungen zur Demokratisierung von Gesellschaft und Hochschule für die Erhaltung der tradierten Ordinarienuniversität bedeuten, ahnt der AS richtig. In der Wahrnehmung ihrer Interessen und der Interessen einer bildungspolitisch nach dem Willen von kapitalistischer und staatlicher Bürokratie formierten Gesellschaft wendet er sich konsequenterweise gegen die Stellungnahmen des SDS zum Wissenschaftsratsgutachtens, das den Ordinarien als der letzte rettende Anker für ihre Privilegien erschien.

Wenn die Förderungswürdigkeit eines studentischen Verbandes danach bemessen wird, ob dieser die privilegierten Interessen der Ordinarien fördert, dann gewinnt der Beschluß des AS eine gewisse Plausibilität.

Der Konvent aber, als Organ der Studentenschaft, die vertreten durch den AStA, sich andere Prinzipien als die der Ordinarienuniversität zur Grundlage ihrer Politik gemacht hat, sieht in dem Aufruf des SDS zu einer Universitätsrevolte, die "nicht der Universität, wohl aber den überholten Formen und Inhalten eines von der Universitätsbürokratie autoritär verwalteten Universitätsmodells" (SDS Flugblatt) den Kampf ansagt, einen förderungswürdigeren Beitrag zur positiven Veränderung des status quo als in der bisherigen Politik des AS, die nur auf dessen Erhaltung abziehlte.

3. Dem Kompromiß zwischen Ordinarien und den kapitalistischen und staatlichen Bürokratien entspricht es, daß der Akademische Senat im SDS die politisierte Studentenschaft angreift, die sich für die Demokratisierung der Gesellschaft einsetzt. Dabei stehen die Vietnamaktivitäten des SDS im Vordergrund. Darin liegt der Versuch, die Kritik am wissenschaftlichen Selbstverständnis der tradierten Universität abzuwehren.

Die Förderung politischer Studentenverbände beinhaltet die Regelung eines bestimmten, von der Universität akzeptierten Verhältnisses von Politik und Wissenschaft. Dieses Verhältnis ist bislang verschwommen geblieben. Der Versuch, dem SDS die Förderungswürdigkeit zu entziehen, ist eine negative Abgrenzung dieses Verhältnisses und damit eine Bestimmung desselben; es ist der Versuch, die Ansätze zwischen Wissenschaft und Politik ein Verhältnis von einander entsprechender Theorie und Praxis herzustellen, als mit der Idee von der Universität vereinbar zu deklarieren.

Die Entwicklung dieser Ansätze zu einer neuen Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft hat nicht den SDS zum Bewegzentrum, sondern die seit mehreren Jahren zu beobachtende Studentenbewegung an der FU. Diese Studentenbewegung ist nicht durch den SDS in diese Richtung verwiesen worden, sondern durch die Widersprüche in Universität und Gesellschaft. Das administrative Exkommunizieren dieser Entwicklung, exemplarisch am SDS versucht, würde also auf ein Verbot der intellektuellen Reflexion stattfindender historischer Entwicklungen herauslaufen.

Jeder aufmerksame Beobachter der Studentenbewegung kann feststellen, daß nicht ein besonderes Drängen nach größerer Verantwortlichkeit die Studenten veranlaßte, die politische Verantwortung der Wissenschaft in den Mittelpunkt der Reflexion zu rücken, vielmehr war es das, insbesondere durch die Atombewaffnung, die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg hervorgerufene Erschrecken der Studenten vor der Möglichkeit, genauso unverantwortlich zu versagen wie die Väter-Generation während des Faschismus. Nicht ein SDS, der wie andere das etablierte Verhältnis von Politik und Wissenschaft angesichts von Völkermord in Vietnam in Frage stellt, ist dem Konvent verdächtig, sondern die Indifferenz des etablierten Wissenschaft-Verständnis vor diesem politischen Verbrechen.

An der Radikalisierung der Frage nach der politischen Verantwortung der Universität, die längst keine akademische Frage mehr ist, sondern um die in der FU inzwischen praktische Auseinandersetzungen geführt werden, hat zweifellos der SDS mitgewirkt. Aber diese Radikalisierung entspricht dem radikaler gewordenen Widerspruch, der in der Indifferenz von Wissenschaft gegenüber Politik liegt. Deswegen könnte es nur Ausdruck bornierten Bürokratismus sein, einer historisch zugespitzten Krise des universitären Wissenschaftsverständnisses dadurch zu begegnen, daß man den als Kritik auftretenden Ausdruck dieser Krise personalisiert, um ihm verbieten zu können. Darin verriete sich nicht allein Geistfeindschaft; es wäre zugleich der Sisyphos-Versuch, die Räder der Geschichte nach rückwärts zu bewegen.

Vielleicht vermag es ein so in der Nähe stattfindendes grausige Ereignisses wie die Erschießung Ohnesorgs, auch den nicht-studentischen Bürgern der FU die Augen zu öffnen, daß die Frage nach gesellschaftlicher Verantwortung die Universität nicht weiterer Repression, sondern engagierter Auseinandersetzung in der Universität bedarf, einer Auseinandersetzung, die notwendigerweise nicht

allein auf die Formen beschränkt bleiben kann, die das traditionelle Wissenschaftsverständnis zur Voraussetzung haben. Dazu ist die Beibehaltung der Förderungswürdigkeit des SDS eine unabdingbare Voraussetzung. Der Konvent gibt dem Akademischen Senat zu bedenken, daß der 2. Juni jede Illussion darüber zerstört hat, auf welche Seite sich schlägt, wer auch nur zur partiellen Illegalisierung demokratischer Teile der Studentenbewegung beiträgt.

4. Der am 31. Mai d. J. vom Akademischen Senat befürwortete Entzug der Zulassung des SDS als förderungswürdige Vereinigung an der FU war der - durch das Verhalten des Rektors und des Reg. Bürgermeisters nach den Ereignissen des 2. Juni bereits überbotene - Höhepunkt einer gegen die Studenten verhängten Restriktionspolitik vom demokratiefeindlichen Staat und willfähiger Universität.

Studentische Selbst- und Mitverwaltung und das Institut der Förderungswürdigkeit studentischer Vereinigungen verdanken ihre Verankerung in der FU-Satzung dem antifaschistischen und antistalinistischen Charakter der Gründung dieser Universität. Während des Kalten Krieges und durch die Einpassung Westberlins in die gesellschaftspolitische Struktur der Bundesrepublik wurde der politische Gründungscharakter der FU verdrängt.

Es kann daher nicht überraschen, daß in der Folge sowohl die Studentenvertretung als auch die als förderungswürdig anerkannten Studentischen Vereinigungen immer dann vom Rektor und Akademischen Senat im Verein mit der politischen Spitze dieser Stadt unter Druck gesetzt wurden, wenn sie nonkonformistisch eine Einlösung des Berliner Modells verlangte oder Kritik, an den restaurativen Tendenzen in unssrer Gesellscaaft übten. Konsequent wurden administrative Maßnahmen immer dann verhängt, wenn die politischen Aktivitäten von AStA und Studentischen Vereinigungen die auf gesellschaftliche Praxis zielende Dimension des Berliner Modells wieder aufschließen wollten.

Das Gutachten der Senatskommission ist ein erneutes Beispiel für diese von der Universitätsbürokratie vollzogene Reduzierung "freier umfassender Bildung". (Satzung der Studentenschaft der FUB, Präambel), die eine wissenschaftliche Orientierung im Handeln meint, auf die privatistisch verstandene "Anregungen zum eigenen Nachdenken usw." (S. 1 des Gutachtens), auf die ethische Dimension von Takt und Haltung, die den Studenten als Persönlichkeitsmerkmale des Akademikers abverlangt werden.

Dem "eigenen Nachdenken" der Studenten entsprechen:

1958 Anläßlich einer beabsichtigten Urabstimmung zur Atombewaffnung Einsetzung eines Senatsausschusses zur Prüfung von "Zweckmäßigkeit, Form und Zulässigkeit beabsichtigter politischer Meinungsäußerungen von Organen der FU" (Maulkorbausschuß)

1958 Versuch des Rektors, die Rede des AStA-Vorsitzenden zur 10-Jahres-Feier an der FU zu zensieren.

1958 Verbot einer Sammlung für algerische Studenten in den Hörsälen der FU

1959 Verbot einer Unterschriftensammlung zur staatlichen Beschäftigung von NS-Richtern, Staatsanwälten etc. durch den Rektor.

1959 Beschränkung der Teilnehmerberechtigung bei einem Forum mit Linus Pauling auf Immatrikulierte durch den Rektor

1960 Gutachten des Senats-Rechtsausschusses, der das politische Mandat der Studentenschaft aufhebt.

1962 Grundsätzliches Verbot einer Algerien-Sammlung durch den Rektor mit Hinweis auf das Gutachten von 1960.

1962 Genehmigung einer Sammlung für DDR-Studenten durch den Rektor.

1962 Verbot einer Unterschriftensammlung gegen die Behandlung von Flüchtlingen in Hongkong durch die britischen Behörden.

1965 Kuby-Krippendorff

1966 Beschluß des Akademischen Senats, für keine politischen Veranstaltungen Räume zur Verfügung zu stellen.

1966 Disziplinarverfahren gegen 5 Studenten, die am sit-in des 19.4. teilnahmen
Disziplinarverfahren gegen die "Kommune I"

1967 3.6. Schließung des HFB für eine Protestversammlung der Studenten gegen den Versuch, dem SDS die Förderungswürdigkeit zu entziehen.
3.6. Schließung des HFB für die Studenten, die die Ereignisse des 2. Juni diskutieren wollen.

Für den Konvent, der darüber "nachgedacht" hat, ist deutlich, daß der Akademische Senat vor einer Alternative steht:

Er kann die Linie dieser Restriktionspolitik auch im Hinblick auf die Förderungwürdigkeit des SDS fortzusetzen, oder er kann die Kette dieser Restriktionen zu zerbrechen beginnen, indem er den politischen Charakter der FU-Gründung aufnimmt und mit den Studenten weiter entwickelt. Dem würde es entsprechen, die Förderungswürdigkeit des SDS nicht anzutasten.

Der Konvent beschließt:

Der Konvent sieht keine Veranlassung, die Zulassung der SDS-Gruppe an der FU - als förderungswürdige Vereinigung an der Freien Universität zu widerrufen. Der Konvent weist darauf hin, daß der Akademische Senat in dieser Frage vor einer wichtigen Entscheidung steht:

Fährt der Akademische Senat fort, den Studenten legale Möglichkeiten ihrer Praxis umfassenden wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu rauben, so zwingt er die Studenten, künftig Entscheidungen des Akademischen Senats als Maßnahmen einer illegitim gewordenen Autorität zu betrachten und zu behandeln.

E0702

AWiSo AWiSo AWiSo AWiSo AWiSo AWiSo

Hat keiner von Ihnen etwas gegen die Kritische Universität einzuwenden, wie sie die 'Politische Abteilung' des AStA (so jetzt auf dem Deckblatt des endgültigen Programms der KU für das WS 67/68, im Provisorischen Verzeichnis vom Juli 67 noch 'Hochschulabteilung') zu etablieren sucht?

Sind Sie alle der Meinung, daß Che Guevara für 'uns Westberliner Studenten' die 'notwendige Einheit von Theorie und Praxis' ausgedrückt habe? Meinen Sie alle, daß der AStA berechtigt sei, derartige Telegramme im Namen der Studentenschaft der FU zu verschicken?

Warum hört man nichts mehr von denjenigen, denen wir als politisch Unabhängigen bei den letzten Konventswahlen unsere Stimmen gegeben haben? Sind sie inzwischen alle 'umfunktioniert' worden - oder waren sie es von Anfang an, ohne uns davon wissen zu lassen?

Sollte sich nicht der 20. Konvent darum bemühen, zur Lösung der Probleme der Hochschul- und Studienreform unmittelbar beizutragen, statt diese wie seine Vorgänger zur Verfolgung allgemeinpolitischer Ziele auszunutzen?

Wir arbeiten für einen

K R I T I S C H E N 20. K O N V E N T

Tragen Sie dazu bei, daß er zustandekommt. Arbeiten Sie mit uns, kandidieren Sie!
Schreiben Sie uns. Wenn Sie kandidieren wollen, sofort - bis spätestens 13.11. (letzter Meldetag im Konventsbüro 15.11., d.h. Nächster Mittwoch).

Arbeitsgemeinschaft der Wirtschafts-
u. Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Senden Sie diesen Abschnitt bitte an
Katharina Frowein, 1 Berlin 37, Bogotaer Str. 4

Ich möchte für den 20. Konvent kandidieren:
Ich bin interessiert an der Arbeit der AWiSo:

Name: Adresse: Matr.Nr.

Eo 702
~ 9-11-67

AStA - Außenreferat - AStA - Außenreferat - AStA - Außenreferat--

wie man form-gerecht (nicht)ausgewiesen wird

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND + WEST BERLIN =

T U N N E L P L A T Z AUSLÄNDISCHER G E H E I M D I E N S T E????

PODIUMSDISKUSSION

W O C H E N E N D S E M I N A R (mit voller Verpflegung)

AUSLÄNDER UND DEUTSCHE HERZLICH EINGELADEN

MASSSTAB EINER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT ???!!!!

WO? WANN
WOCHENENDSEMINAR Sonnabend/ Sonntag im Klubhaus der FU BUS
Goethestr. 49, U-Bahn bis Krumme Lanke, A3

AUSLÄNDERRECHT

PROGRAMM UND DISKUSSIONSTEILNEHMER SIEHE RÜCKSEITE

ANMELDUNG im Außenreferat des AStA GARYSTR. 20

Sprechstunden TÄGLICH 12-14h

Eigenbeitrag: DM 2,--

P r o g r a m m

Freitag, den 10. Nov. 1967

20.00 h Podiumsdiskussion im Henry-Ford-Bau, Hörsaal B

Dr. Hans H. Heldmann

Oberregierungsrat Dr. Menges

Dr. Peter Kasprzyk

Rechtsanwalt Mahler - Diskussionsleitung

N. N. - Innensenat - Meyer-Z

Kann das deutsche Ausländergesetz als ausreichend reformiert gelten, den Ansprüchen einer demokratischen Gesellschaft zu genügen ?

Sonnabend, den 11. Nov. 1967

15.00 h Dr. Hans H. Heldmann:
Kritik des Ausländergesetzes und seiner Anwendung anhand einiger Erfahrungen

Anschließend Diskussion

18.00 h Abendessen

19.00 h Besprechung einer Dokumentation über die Situation des Ausländers in der BRD

Sonntag, den 12. Nov. 1967

10.30 h Oberregierungsrat Dr. Menges
Die rechtliche Situation des Ausländers in der BRD - die Vorgeschichte des Ausländergesetzes

Anschließend Diskussion

13.00 h Mittagessen

14.30 h Dr. Peter Kasprzyk:
Politische Betätigung von Ausländern; Beschränkungen durch die BRD und Behörden des Heimatlandes

16.00 h Kaffee

16.30 h Oberregierungsrat Dr. Menges
Kommentar zum Ausländergesetz - das Verwaltungsermessen

18.30 h Abendessen

Berlin, 7,11,67

Die Alternative zu Springer?

Der "EXTRA-Dienst" möchte dies sein. Wäre er es, müßte man dies rückhaltlos begrüßen. Diese Alternative sieht jedoch so aus:
In seiner Nummer 48 verbreitet der "EXTRA-Dienst" ein Protokoll von der Pressekonferenz des Staatssicherheitsdienstes der DDR in welchem behauptet wird, ich wäre Agent des CIA und hätte mithilfe der TUSMA Studenten dazu mißbraucht, durch fingierte Autoüberführungen Spionagematerial in die DDR einzuschleusen. Als mein Mitarbeiter wird ein Herr Wordel genannt.
Ich kenne weder diesen Herrn noch habe ich jemals etwas mit dem CIA in meinem Leben zu tun gehabt. Der Staatssicherheitsdienst der DDR hat offensichtlich wieder einmal den erstbesten Namen genommen um propagandistisch notwendige "Vorkommnisse" im "Agentenpfuhl Westberlin" zu "beweisen".

> Ich bezahle DM 1000.- (eintausend) demjenigen, der mir den Wahrheitsbeweis antritt!

Wenn es beim "Extra-Dienst" üblich wird Pressemeldungen aus Ostberlin kritiklos zu übernehmen und zu publizieren, was ist dann damit gewonnen, daß es ihn gibt? Das gleiche, was wir Springer vorwerfen, gilt dann -mit anderem Vorzeichen- für ihn.

cand.rer.nat.
Reinhard Furrer

ve.

6. 11. 62 Eö

K A N D I D I E R E N S I E K A N D I D I E R E N S I E K A N D I

1. Für eine engagierte Wissenschaft
2. Für Abschaffung der Zwangsexmatrikulation
3. Für Studienreform
4. Für Abschaffung des Disziplinarrechts
5. Für Reduzierung der Massenvorlesungen
6. Für Abbau nicht - funktionaler Herrschaft
7. Für Demokratisierung der Hochschulen
8. Für Ausbau einer familienunabhängigen Stipendienvergab

Die Humanistische Studenten - Union veranstaltet zusamm
mit einer größeren Zahl von unabhängigen Kandidaten, a
auch mit Ihnen, einen Arbeitskreis, der vor allem der
malen und inhaltlichen Gestaltung eines gemeinsamen Wa
kampfes dienen soll. Teilnehmer bzw. Interessenten, di
auch nur 2 - 4 Stunden in der Woche für solche hochsch
politische Arbeit aufbringen könnten, werden dringend
gesucht.

am Montag, den 6. November 19:30 st. wird in der Studentenvertret
der Philosophischen Fakultät, Ihnestraße 22, im Keller, gegenüb
der Theaterkasse die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises
abgehalten werden.

HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSUSHSU HSU HSU HSU HSU HSU SHU SHU HSU HSU HSU H

Name: Vorname:

Fakultät:

Fachrichtung:

Anschrift: Tel:

HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU H

HUMANISTISCHE STUDENTEN UNION

1 Berlin 30
Keithstr. 36-38 / Apt. 140
Andreas Wiesand
Tel.: 7690497 (tagsüber)

E0702

6.11.

Sie sollten sich jetzt wirklich entschließen, für den

20. KONVENT

zu kandidieren ! Am 15. 11. ist nämlich Meldeschluß.

Einerseits: Diesmal wird es schwerer als je zuvor bei einer Konventswahl. Von Kandidaten und Abgeordneten wird viel verlangt.

Andrerseits: So schlimm ist es auch wieder nicht, denn:

wir helfen Ihnen !

(ZU GEWINNEN, NATÜRLICH !)

Für einige fortschrittliche

UNABHÄNGIGE

ist in unserem"Wahlkuratorium" noch Platz. Besonders gern gesehen sind Mitmenschen, die in die PROPAGANDAABTEILUNG noch ein wenig unkonventionelle PHANTASIE einbringen können. Übrigens - keine Angst! Auch als Unabhängiger werden Sie bei uns nicht

vergewaltigt!

Folgende zwei TERMINE sollten Sie einhalten, wenn Sie im nächsten Jahr STUDENTISCHE INTERESSENVERTRETUNG mitgestalten wollen: HEUTE - MONTAG, den 6. 11.

und MITTWOCH, den 8. 11.

um → 19.30 UHR!

In der STUDENTENVERTRETUNG der PH II: FAK.

IHNESTR. 22 (Keller, gegenüber der THEATERKASSE)

HSU WAHLKURATORIUM HSU WAHLKURATORIUM HSU WAHLKURATORIUM HSU WAHLKURATORIUM

K R I T I S C H E U N I V E R S I T Ä T

c/o AStA der FU, Berlin 33, Garystr.2o, Tel. 7 69 o4 21

"BITTE LESEN SIE BEIDE TEXTE GENAU UND URTEILEN SIE SELBST"
Diese Empfehlung übergab der R e k t o r der FU Anfang Oktober der universitären Öffentlichkeit. Er meinte das von K n a u e r/ B o r i n s k i erstellte und in 1o ooo Ex. vertriebene Gutachten von 2o Seiten über das Provisorische Verzeichnis der KU (3o S.) und den ersten Beschluß des A k a d e m i s c h e n S e n a t s vom 18.September.- Am 25.Oktober bedauerte der neue Akademische Senat, daß eine umfassende inneruniversitäre Diskussion nicht ver= wirklicht werden konnte.

"-OB DIE BEDENKEN, DIE GEGEN DAS PROJEKT DER KRITISCHEN UNIVERSITÄT ERHOBEN WERDEN, AUS DER LUFT GEGRIFFEN SIND"(ebd.)

-ist u.E. kritisch zu beurteilen
n i c h t b l o ß durch Teilnahme an der Gründungsversammlung und danach durch Metternichsche Spitzel, die die Universitätsverwaltung informieren für deren Entscheidungen "in Bezug auf die einzelne an= gemeldete Veranstaltung" (Senats-Beschluß vom 25.X.67);
s o n d e r n
1) t h e o r e t i s c h: indem man die Senatsbeschlüsse und das Gutachten Knauer/Borinski mit den beiden Texten vergleicht, die in= zwischen als Verzeichnisse und als Programm der KU erschienen sind (Das neue Verzeichnis enthält Diskussionsbeiträge und Ankündigungen im Umfang von 76 Seiten);
2) e m p i r i s c h: indem man die Arbeitskreise der KU besucht un seine Kritik in den Arbeitskreisen, den Delegierten-Versammlungen u in den Voll-Versammlungen zum Ausdruck bringt. Im übrigen besteht f jeweils 7 Interessenten die Möglichkeit, selber einen Arbeitskreis in der KU zu beginnen. Sie werden sich lediglich der öffentlichen Kritik der übrigen KU-Teilnehmer zu stellen haben (vgl.Beschluß der Gründungs-Vollversammlung vom 1.November zum Organisationsmodell; KU II,S.8/9 mit Zusätzen).

NUR VON DEN "SEITEN 4o/41" ZU SPRECHEN, IST MEHR ALS EINSEITIG

Der Diskussionsbeitrag "Die Gegenuniversität in der Kritischen Uni= versität"(S.4o/42) wurde fälschlich verabsolutiert als dogmatisches Ziel der KU und von denen aus dem Medium rationaler Diskussion entf ernt, die bei der ersten Vollversammlung aufgeblasen die Parole in Feld schickten: KU-Parteihochschule des SDS:K.O.; die Gegner einer Rätedemokratie zeigten sich als Gegner des Kritischen Elements in der KU.

bitte wenden!

EIN WOCHENENDSEMINAR AM 25./26.XI.67 IM KLUBHAUS ZEHLENDORF, Goethestr. 49, wird mit der Diskussion über die Situation West-Berlins beginnen. Das Programm des Arbeitskreises

(7) West-Berliner Wirtschaftskrise und Sozialpolitik wird anhand vorliegender Analysen und Prognosen bestimmt werden.

Folgende Arbeitskreise sind anzukündigen:

5 Entwicklungspolitik und Wissenschaft: Freitags 18 Uhr Otto-Suhr-Institut; 33, Ihnestr. 21, Raum D
6 Das Modell Kuba: ab 12.11., 15 Uhr ESG-33, Gelfertstr. 45
9 Politische Sprache: Sonnabends ~~14.30~~ 16.XI.,11 Uhr Republikanischer Club 31, Wielandstr. 27 II
10 Sexualität und Herrschaft: Mittwoch 20 Uhr, Studentenvertretung Phil.Fak., Ihnestr. 22, Keller
12 Arbeitsmedizin: ab 15.11., 19 h, 31, Joachim-Fr.-Str.30 (b/Bacia)
13 Medizin ohne Menschlichkeit: Freitags 18 h, aber 1. Sitzung 11.11. 18 h, 31, Holsteinische Str. 27 (b/Eberl)
15 Psychosomatische Medizin: Donnerstags 16 h, ESG, 33, Gelfertstr.45
17 Mitbestimmung Schüler: Donnerstags 20 h, 12, Knesebeckstr. 68/69 I
18 Konkrete Didaktik: Donnerstag 19 h, 30, Bülowstr. 73 IV
20 Architektur und Gesellschaft: ab 16.11., 30 h, Stud.vertr. TU
21 Rechtsstaat und Demokratie: ab 13.11., 30 h, Jur.Fak. Hs. 211
22 Keynessche Theorie: Donnerstags 18 h, WiSoFak., Hs. 101
23 Verschüttete Aufklärung, Gruppe 4: ab 10.11., 18 h, Germ.Sem.Clubr
Gruppe 3: ab 9.11., 19 h, " " "
Weitere Ankündigungen am Schwarzen Brett der Institutsvertretung

24 Kritik der akademischen Psychologie: Termin ab 15.11.im Inst.o. KU 8
27 Marcuse und die Theologie: Mittwochs 20 h, ESG, Gelfertstr. 45
31-33 offizielle Veranstaltungen der Pädagogischen Hochschule, 46, Malteser Str. 74
31 Strategie und Taktik politischer Aktionals didaktisches Problem: Plenardiskussion ververlegt auf Freitags 15-17 h; um 17-19 h tggen drei Arbeitsgruppen, u.z. über Guerilla-Taktik, über die Russische Revolution und über die Situation von Berkeley
34 (noch festzulegen) Literatur-Theorie- Roland Barthes, Lukacs u.a.

19 Westberliner Lehrpläne: ab 1o.XI.67, 18.3o Uhr Evang.Stud.Gem., 33,Gelfertstr.45

ENDGÜLTIG

letzter Termin

für Kandidatenmeldungen

FREITAG 17. Nov.

17 h

Verlängerung bis 19. Nov. ist eine Fehlinformation

Christian Müller
Hauptwahlleiter

CTTC - SUHR - INSTITUT
Der Geschäftsführende Direktor
Prof. Dr. Alexander Schwan

Berlin, den 16. Nov. 1967

ZUM VORGEHEN DER "AD - HOC - GRUPPE"

In den letzten Tagen haben die "Ad-hoc-Gruppe" bzw. einige ihrer Mitglieder drei Studienreform-papers und ein gegen Herrn Prof. Löwenthal gerichtetes Flugblatt veröffentlicht. Ohne die darin vorgebrachte Kritik pauschal verwerfen zu wollen, möchte ich doch klarmachen, dass einige von der Ad-hoc-Gruppe gewählte und in den Flugblättern zum Ausdruck kommende Praktiken aufs äusserste verwundern müssen und alle Angehörigen des Otto-Suhr-Instituts, nicht zuletzt die Studierenden, bedenklich stimmen sollten.

Ich frage:

- Wie kann es geschehen, dass der Stellvertretende Ältestenratsvorsitzende, Herr Schweichel, in missbräuchlicher Ausnutzung der schweren Erkrankung des 1. Fachschaftssprechers sich herausnimmt, für die Fachschaft zu sprechen und in ihrem Namen Herrn Löwenthal in ungehörigem Ton anzugreifen und sich solidarisch mit der "Kritischen Universität" zu erklären?

- Was geht vor sich, wenn die Ad-hoc-Gruppe auf Vorschlag der Fachschaft und auf meine Einladung vier (statt zwei) ihrer Mitglieder zu einer Hearing mit der Paritätischen Kommission entsendet, bei dem sich ergibt, dass die Situation bezüglich der Weiterbehandlung der vorgelegten neuen Prüfungsordnung noch völlig offen ist, und dann andere Mitglieder im Namen der ganzen Ad-hoc-Gruppe ein "Studienreform-paper (No. 3) unterzeichnen, in dem der Paritätischen Kommission Praktiken und Absichten unterstellt werden, über deren Unrichtigkeit die vier abgesandten Mitglieder die Gruppe hätten informieren können, und in dem gegen die Prüfungsordnung in einer Weise polemisiert wird, als hätte es das Hearing nie gegeben? Wer kann da noch als verantwortlicher Gesprächspartner gelten, mit dem wir uns auseinandersetzen könnten?

- Warum weichen die "papers" immer noch einer inhaltlichen, detaillierten und begründeten Kritik der vorgelegten neuen Prüfungsordnung (mit konkreten Belegen für die Behauptung, dass sie keine wesentlichen Verbesserungen bringe) aus, obwohl meine Kollegen und ich in einer Besprechung am Freitag, dem 10.11., und während des erwähnten Hearings - beide von jeweils 2 1/2 Stunden - wiederholt und nachdrücklich dazu aufgefordert haben? Wir haben versichert, dass wir eine solche konkrete und begründete Kritik ernsthaft prüfen und uns mit ihr konfrontieren würden. Stattdessen hören wir immer wieder nur pauschale und vage Anschuldigungen und Verurteilungen. Wohl noch nie ist im CSI von studentischer Seite so grundsätzliche Kritik so naiv, unvorbereitet, unspezifiziert, anmassend und bar aller Selbstkritik vorgebracht worden. Wie sollen wir diese Haltung als Basis einer Auseinandersetzung akzeptieren, in der jede Seite klare Vorstellungen unterbreiten, sich aber auch infragestellen lassen muss?

- Wieso startet die Ad-hoc-Gruppe eine Fragebogenaktion über die Studienbedingungen am OSI, ohne sich mit denjenigen von uns in Verbindung gesetzt zu haben, die sich - auf Antrag dieser Gruppe - bereit erklärten,

eine Übung zu diesem Thema im kommenden Semester durchzuführen? Für diese Übung müsste die Fragebogenaktion Material erbringen. Ist man an der Realisierung eigener Vorschläge vielleicht nicht mehr interessiert, sobald wir positiv darauf eingegangen sind? Ich frage nach den Verantwortlichen für Planung, Durchführung und Kontrolle solcher Untersuchungen.

Angesichts der genannten Beispiele für Verfahrensarten der Ad-hoc-Gruppe stellt sich die grundlegende Frage, ob diese Gruppe ihre Kritik substantiell und in konstruktiver Absicht oder vage, hinhaltend und in destruktiver Tendenz vorbringen will. Von der Beantwortung dieser Frage und ihres Erweises in der Praxis wird abhängen, wie positiv oder negativ diese Kritik zu würdigen ist und ob Folgerungen aus ihr gezogen werden können. Erst wenn hierüber mehr Klarheit gewonnen werden kann, vermögen wir weiter inhaltlich mit der Gruppe zu diskutieren. Ebenso wie wir tragen auch alle Studenten des CSI Verantwortung dafür, diese Frage zu prüfen und entsprechend aktiv zu werden. Das Otto-Suhr-Institut ist nicht nur Sache der Professoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Ad-hoc-Gruppe, sondern Ihrer aller Angelegenheit!

Prof. Dr. Alexander Schwan

AKTION 67

Arbeitsgemeinschaft für aktive Hochschulpolitik

INFORMATION + INFORMATION + INFORMATION + INFORMATION + INFORMATION + INFORMA

Warum Streit mit dem Kanzler ?

AKTION 67 begrüßt die Vollversammlung, weil hier die Studentenschaft in aller Öffentlichkeit Gelegenheit hat, Gründe und Hintergründe der Krise zu diskutieren.
Sieht man von allen persönlichen Querelen - Strafandrohungen, Pressekonferenzen etc. - ab, so sind dies die Tatsachen:

1) Der Kanzler hat unberechtigterweise durch seine Drohung mit Schadensersatzprozessen wegen des KVB-Beschlusses in die Willensbildung des Studentenparlaments eingegriffen.
2) Der Kanzler hat dem Asta-Vorsitzenden in einer wichtigen Angelegenheit bewußt die Unwahrheit gesagt.
3) In der Wohnheim-Frage hat der Kanzler dem Studentenparlament und der Studentenschaft die Reife abgesprochen, in solchen Fragen mitentscheiden zu können.

Wie hat die offizielle Studentenvertretung darauf reagiert?

1) Sie hat den Eingriff in die Studentische Selbstverwaltung zurückgewiesen und Rektor, Senat und Kultusminister angerufen.
   Dieses Vorgehen war richtig.
2) Darüber hinaus ist ein Sonderdruck der "perspektiven" erschienen, in dem neben sachlichen Beiträgen auch das "Gutachten" eines "renommierten" Diplom-Psychologen abgedruckt war.
   Mit diesem "Gutachten" wurde die Ebene einer sachlichen Auseinandersetzung verlassen und ausschließlich in unseriöser Weise auf die Person des Kanzlers abgestellt.
   AKTION 67 billigt nicht die Ansicht des Kanzlers, ist aber der Meinung, daß mit diesem "Gutachten" den besseren Argumenten der Studenten ein schlechter Dienst erwiesen wurde. Mit diesem

taktlosen Vorgehen wurde u.a. verhindert, daß auch viele Professoren sich in der Sache auf die Seite der Studentenschaft stellten. Erreicht wurde bei den Professoren nur eine negative Solidarisierung mit dem Kanzler gegen die Studentenvertretung. Eine gute Chance wurde so leichtfertig vertan. AKTION 67 bedauert, daß sich Rektor und Senat bisher nicht mit den sachlichen Vorwürfen der Studentenschaft gegen den Kanzler befaßt haben, obwohl der Streit schon seit Monaten besteh

3) SDS, SHB, LSD und HSU haben in Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit ein gemeinsames Flugblatt ausgegeben, in dem der Rücktritt des Kanzlers gefordert wird.
Obwohl AKTION 67 nicht verkennt, daß es nicht nur um juristische sondern auch um politische Fragen geht, ist die Rücktrittsforderung maßlos und wirklichkeitsfremd.

4) Mit Beschimpfungen des Kanzlers wie "erzreaktionärer Schelm" (SDS-Bubenberger) und "Exponent reaktionärer Bürokratie" (SDS-Simon) disqualifiziert man sich nur selbst und fällt den Studenten, die man angeblich vertreten will, in den Rücken.

KONSEQUENZEN : In dieser Situation braucht die Kölner Studentenscha Studentenvertreter, die hart, aber sachlich die Freiheit der Student schen Selbstverwaltung verteidigen, nicht aber unüberlegte Eiferer, die letztlich doch nicht zu ihren großen Reden stehen können.
AKTION 67 wird Ihnen bei der Wahl zum 13. SP vom 11. - 15. Dezember geeignete Studentenvertreter vorschlagen.
Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Ihre Kandidaten der AKTION 67

WiSo-Fak.:	Thomas Koester, Karin Krieger, Christoper Mahembe, Gerhard Seinsche, Jörg Staufenbiel, Victor Stier
jur. Fak.:	Hubertus Kretschmer, Franz-Georg Rips, Joachim Weiler
phil.Fak.:	Jürgen Eberle, Manfred Hoss, Helmuth Kluger, Christoph Peck
med. Fak.:	Erwin Esch, Rolf Keymer, Arend Rahner, Gottfried Schnell
math-nat.Fak.:	Felicitas Allweins, Dieter Kleinofen, Wilma Weyrather, Aurobindo Xavier

E0102

AN DIE WESTBERLINER BEVÖLKERUNG!

Seit über 200 Tagen herrschen in Griechenland Terror und Gewalt. Die faschistische Militärjunta bleibt weiterhin sowohl im Inneren Griechenlands wie auch international isoliert.

Sie muß immer mehr den Terror gegen das griechischie Volk verstärken, damit sie sich an der Macht halten kann. Obwohl sie den unmittelbaren Auswirkungen einer faschistischen Diktatur ausgesetzt sind, leisten die griechischen Demokraten immer entschiedener Widerstand. Die demokratische Bewegung im griechischen Volk soll durch brutale Verfolgung, Verhaftungen und Massenprozesse unterdrückt werden. In diesen Tagen finden in Athen und Saloniki zwei Prozesse gegen 72 griechische Widerstandskämpfer statt. Einer der Mitangeklagten, der weltberühmte Komponist und Politiker, Mikis T h e o d o r a k i s (Alexis Sorbas) befindet sich z.Zt. in größter Lebensgefahr. Nach dem offiziellen medizinischen Gutachten, soll er sich bereits im "koma-ähnlichen Zustand" befinden und "jeder Transport seinen Tod bedeuten" können.

Die Tatsache, daß dieser Zustand des 42jährigen Theodorakis während der Untersuchungshaft im berüchtigten Athener Polizei-Gefängnis in der Bouboulinas Straße herbeigeführt wurde, deutet auf die Behandlung hin, die Theodorakis, genau wie vielen andren politischen Häftlingen, zuteil wurde. Wir rufen alle demokratisch gesinnten Bürger dieser Stadt auf, sich für die REttung von Mikis Theodorakis und der anderen griechischen politischen Häftlinge einzusetzen, Fordern Sie, daß die Bundesregierung und der Senat von Westberlin Stellung nimmt zu den verbrecherischen Vorhaben der griechischen Diktatoren und nicht ihnen Unterstützung zukommen läßt. Während sich die demokratischen Europäischen Staaten eindeutig gegen die Militärjunta ausgesprochen haben, ist die Militärhilfe der Bundesregierung im Rahmen der NATO nicht unterbrochen worden.

Ähnlich wie in der Bundesrepublik wird von der griechischen Militärmission versucht, die Kooperation Westberliner Behörden bei der Verfolgung engagierter griechischer Oppositioneller zu erreichen.

Stellen Sie sich auf die Seite der griechischen Demokraten, indem Sie nicht zulassen, daß griechische Bewohner dieser Stadt dem Terror der Militärjunta ausgeliefert werden.

Gemeinschaft der Griechen e.V.
Verein griechischer Studenten und Akademiker in Berlin
AStA der FU
Studentenvertretung der TU
Fachschaftsvertretung Architektur an der TU
AStA PH
Kampagne für Abrüstung
Falken
Republikanischer Club
Gewerkschaftliche Studenten gemeinde
Sozialdemokratischer Hochschulbund
Liberaler Studentenbund Deutschlan
Humanistische Union
Sozialistischer Deutscher Studente bund
Demokratischer katholischer Arbeitskreis
Evangelische Studentengemeinde

Berlin, den 17. November 1967

E 0402

Außerparlamentarische OPPOSITION

EXTRA

Flugblatt Nr. 3
Mitte November 1967

Warum sind wir hier in Westberlin gegen Notstandsmaßnahmen?

Warum unterstützen wir die Kundgebung des DGB?

Unsere Gewerkschaften in den westdeutschen Ländern treten mit großer Energie für die DGB-Beschlüsse in Sachen Notstandsgesetze ein. Nur in unserer Stadt herrschte bislang eine merkwürdige Stille, obwohl die Anti-Notstands-Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hier unter dem Funkturm beschlossen worden ist.

Viele Kollegen meinen: Uns geht das ohnehin nichts an. Wir leben hier noch unter Besatzungsstatut. Das Abgeordnetenhaus kann solche gefährlichen Gesetze sowieso nicht erlassen.

Anfangs schien es, als ob der DGB-Landesvorstand unter Vorsitz des Kollegen Sicke auch dieser Meinung ist. Schließlich ist der Kollege Sickert nicht nur DGB-Vorsitze der in Westberlin, sondern auch noch Präsident des Abgeordnetenhauses. Er ist, wie ein Teil seiner Freunde in der SPD, für die Notstandsgesetze und gegen die Anti-Notstandsbeschlüsse des DGB-Kongresses.

Um so erfreulicher ist es, daß der DGB-Landesvorstand nunmehr sein Schweigen gebrochen hat und den Kollegen Waldemar Reuter vom Bundesvorstand für eine Anti-Notstandskundgebung in Westberlin gewinnen konnte. Sie muß eine unmißverständlich Demonstration gegen alle Diktaturgesetze, gegen die Gefährdung unseres demokratisen Lebens durch Sondervollmachten kleiner Herrschaftsgruppen werden. Wir wollen dabei nicht hinter unseren westdeutschen Kollegen zurückstehen.

Es ist falsch anzunehmen, daß wir hier in Westberlin vor Notstandsregelungen sicher sind: Am 1. Oktober 1965 erließ die Alliierte Kommandantur einen Befehl (BKO) an de Senat. Darin heißt es wörtlich:

"1. In Berlin sind alle notwendigen Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, mit denen Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung, ihre Wohnungen, Arbeitsstätten u die für die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse wichtigen Einrichtungen und Güter den Wirkungen bewaffneter Angriffe geschützt werden können".

Das hört sich ganz schön an, ist aber glatter Unsinn, reinste Volkssturm-Ideologie. oder was könnte uns hier in Westberlin gegen "bewaffnete Angriffe" schützen? Diese alliierte Befehl wurde vom Senat erbeten, weil man auch auf dem Gebiet der Notstand gesetze mit den Ländern der Bundesrepublik "gleichgestellt" sein wollte. Dieser Bef ist eine Generalvollmacht - wenn auch unter Besatzungskontrolle -, in die alles hinei gepreßt werden könnte, was auch in Bonn getan wird. Dieser Befehl würde im Anwen

dungsfalle auch alle gewerkschaftlichen Freiheiten mit einem Schlage beseitigen, Diens verpflichtungen ermöglichen, das Streikrecht und die Tarifautonomie aufheben, die Betriebe und die Belegschaften einer quasi militärischen Kontrolle unterstellen usw.

Weiter heißt es in der BKO:

"2. Maßnahmen im Sinne der Nr. 1 sind insbesondere solche
a) zur Warnung vor den Gefahren bewaffneter Angriffe,
b) zur Einrichtung eines Selbstschutzes,
c) zur Errichtung von Schutzräumen für die Bevölkerung und von Schutzbauten für lebenswichtige Betriebe, Anlagen und Einrichtungen,
d) zur Sicherung und Erhaltung von Kulturgut und
e) zur Einrichtung eines Zivilschutz-Hilfsdienstes für die Beseitigung und Milderun der Wirkungen bewaffneter Angriffe."

Seit 1965 gibt es beim Innensenator einen Planungsstab, der die Durchführung dieses Notstandsbefehls vorbereitet. Die Luftschutzbunker - noch stehen ein paar aus Hitlers Tagen - existieren zum Teil schon auf dem Reißbrett. Die Anordnung, Gasmasken, Erkennungsblechmarken für Kinder (!) und ähnlichen makabren Klimbim anzuschaffen, liegen schon in den Senats-Schubläden. Und die Beschlagnahme privater PKW könnte in Westberlin genau so vorgenommen werden wie in Hamburg oder in München.

Warum man in Bonn dennoch weiter ist als in unserem Rathaus? Weil dieser "Spaß" hi in Westberlin Milliarden kosten würde - die man nicht hat. Darum muß man sich noch Zeit lassen. Für uns allerdings ist das kein Grund, auf die "Stunde des Senats" tatenlo zu warten. Denn dieser Senat unter seinem neuen Regierenden Bürgermeister scheint auch zu dieser Torheit fähig zu sein.

Wir möchten im übrigen wissen, warum bereits die wichtigsten Brücken in unserer Stadt mit Sprengkammern versehen worden sind. Wer will sich denn da wohin zurückziehen?

Westberlin kann nicht in Luftschutzbunkern überleben, so dick ihre Mauern auch sein mögen. Uns helfen keine Sprengkammern. Wir brauchen dringend jeden Pfennig für die Schaffung neuer, moderner Arbeitsplätze, damit wir auch in zehn, zwanzig und dreißig Jahren unsere Existenz sichern können. Nur so schaffen wir uns wirkliche Sicherheit.

Westberlin braucht keine Gasmasken, sondern eine reale demokratische Ordnung. Die aber wird durch Notstandsmaßnahmen schon jetzt untergraben.

Westberlin kann nur überleben, wenn das politische Risiko, das diese Stadt umgibt, he gesetzt wird. Es muß ein neues Arrangement mit seinen Nachbarn suchen. Eine neue Ostpolitik aber wird durch Notstandshysterie endgültig torpediert.

Wir fordern:

Statt der Luftschutzbunker wollen wir neue Krankenhäuser und Schulen, neue Fabri und Wohnungen. Keinen Pfennig für Notstandsmaßnahmen und ihre Planer. Kollege Sickert, Präsident des Abgeordnetenhauses, soll seiner gewerkschaftlichen Pflicht genügen und alle bisherigen Notstandsplanungen offenlegen, damit die Öffentlichkeit sich endlich ein klares Bild machen kann.

Kommt alle zur Kundgebung des DGB in den Sportpalast. Arbeitnehmer und Studenten: Demonstriert gemeinsam! Montag, 20. November, 18 Uhr (Einlaß ab 17 Uhr).

Verantwortlich für diese Flugschrift: Carl L. Guggomos. Weitere, regelmäßige Informationen über die Außerparlamentarische Opposition erhalten Sie durch den zweimal in der Woche erscheinenden "Berliner EXTRA-Dienst" zum monatlichen Abonnementspreis von 5 DM (einschl. Porto) über seinen Verlag in Berlin 15, Wielandstraße 27.

OTTO - SUHR - INSTITUT
Der Geschäftsführende Direktor
Prof. Dr. Alexander Schwan

Berlin, den 16. Nov. 1967

[redacted]

ZUM VORGEHEN DER "AD - HOC - GRUPPE"

In den letzten Tagen haben die "Ad-hoc-Gruppe" bzw. einige ihrer Mitglieder drei Studienreform-papers und ein gegen Herrn Prof. Löwenthal gerichtetes Flugblatt veröffentlicht. Ohne die darin vorgebrachte Kritik pauschal verwerfen zu wollen, möchte ich doch klarmachen, dass einige von der Ad-hoc-Gruppe gewählte und in den Flugblättern zum Ausdruck kommende Praktiken aufs äusserste verwundern müssen und alle Angehörigen des Otto-Suhr-Instituts, nicht zuletzt die Studierenden, bedenklich stimmen sollten.

Ich frage:

- Wie kann es geschehen, dass der Stellvertretende Ältestenratsvorsitzende, Herr Schweichel, in missbräuchlicher Ausnutzung der schweren Erkrankung des 1. Fachschaftssprechers sich herausnimmt, für die Fachschaft zu sprechen und in ihrem Namen Herrn Löwenthal in ungehörigem Ton anzugreifen und sich solidarisch mit der "Kritischen Universität" zu erklären?

- Was geht vor sich, wenn die Ad-hoc-Gruppe auf Vorschlag der Fachschaft und auf meine Einladung vier (statt zwei) ihrer Mitglieder zu einem Hearing mit der Paritätischen Kommission entsendet, bei dem sich gibt, dass die Situation bezüglich der Weiterbehandlung der vorgelegten neuen Prüfungsordnung noch völlig offen ist, und dann andere Mitglieder im Namen der ganzen Ad-hoc-Gruppe ein "Studienreform-paper (No. ... unterzeichnen, in dem der Paritätischen Kommission Praktiken und Absichten unterstellt werden, über deren Unrichtigkeit die vier abgesandten Mitglieder die Gruppe hätten informieren können, und in dem gegen die Prüfungsordnung in einer Weise polemisiert wird, als hätte es das Hearing nie gegeben? Wer kann da noch als verantwortlicher Gesprächspartner gelten, mit dem wir uns auseinandersetzen könnten

- Warum weichen die "papers" immer noch einer inhaltlichen, detaillierten und begründeten Kritik der vorgelegten neuen Prüfungsordnung (mit konkreten Belegen für die Behauptung, dass sie keine wesentlichen Verbesserungen bringe) aus, obwohl meine Kollegen und ich in einer Besprechung am Freitag, dem 10.11., und während des erwähnten Hearings - beide von jeweils 2 1/2 Stunden - wiederholt und nachdrücklich dazu aufgefordert haben? Wir haben versichert, dass wir eine solche konkrete und begründete Kritik ernsthaft prüfen und uns mit ihr konfrontieren würden. Stattdessen hören wir immer wieder nur pauschale und vage Anschuldigungen und Verurteilungen. Wohl noch nie ist im OSI von studentischer Seite so grundsätzliche Kritik so naiv, unvorbereitet, unspezifiziert, anmassend und bar aller Selbstkritik vorgebracht worden. Wie sollen wir diese Haltung als Basis einer Auseinandersetzung akzeptieren, in der jede Seite klare Vorstellungen unterbreiten, sich aber auch infragestellen lassen muss?

- Wieso startet die Ad-hoc-Gruppe eine Fragebogenaktion über die Studienbedingungen am OSI, ohne sich mit denjenigen von uns in Verbindung gesetzt zu haben, die sich - auf Antrag dieser Gruppe - bereit erklärten

eine Übung zu diesem Thema im kommenden Semester durchzuführen
Für diese Übung müsste die Fragebogenaktion Material erbringen. Is
man an der Realisierung eigener Vorschläge vielleicht nicht mehr inte
essiert, sobald wir positiv darauf eingegangen sind? Ich frage nach de
Verantwortlichen für Planung, Durchführung und Kontrolle solcher
Untersuchungen.

Angesichts der genannten Beispiele für Verfahrensarten der Ad-hoc-Gru
stellt sich die grundlegende Frage, ob diese Gruppe ihre Kritik substan
tiell und in konstruktiver Absicht oder vage, hinhaltend und in destruktiv
Tendenz vorbringen will. Von der Beantwortung dieser Frage und ihres
Erweises in der Praxis wird abhängen, wie positiv oder negativ diese Kr
zu würdigen ist und ob Folgerungen aus ihr gezogen werden können. Ersi
wenn hierüber mehr Klarheit gewonnen werden kann, vermögen wir weite
inhaltlich mit der Gruppe zu diskutieren. Ebenso wie wir tragen auch al
Studenten des CSI Verantwortung dafür, diese Frage zu prüfen und ents
chend aktiv zu werden. Das Otto-Suhr-Institut ist nicht nur Sache der P
fessoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Ad-hoc-Gruppe, s
Ihrer aller Angelegenheit!

Prof. Dr. Alexander Schwan

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, 14. Nov. 1967
Garystr. 2o
Tel.: 76 9o 421

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Am 9. November 1967 begannen in Bonn die öffentlichen Hearings zu den Notstandsgesetzen. Die ersten Personen, die angehört wurden, sind Professoren und Staatsrechtler, und diese waren in der Mehrzahl der Ansicht, Notstandsgesetze seien an und für sich gar nicht abzulehnen, allerdings bedeute der Regierungsentwurf eine schwerwiegende Kompetenzbeschneidung der Legislative, nämlich durch die Konstruktion eines Notparlaments; damit sei die Macht bei wenigen Auserwählten konzentriert und demokratische Kontrolle der Spitze durch die Basis sei nicht mehr gewährleistet.

In denselben Hearings wurde allerdings auch klar, daß es nicht mehr darauf ankommen kann, eine Kontrolle der Exekutive durchzuführen, denn Innenminister Lücke, Notstandsapologet der Regierung, gab bekannt, die Alliierten hätten bereits vor 5 Jahren mitgeteilt, eine deutsche Notstandsverfassung müsse nicht zwangsläufig zur Aufgabe der alliierten Vorbehaltsrechte führen. Aber gerade damit hatte die Bundesregierung jahrelang argumentiert: Notstandsgesetze würden der Bundesrepublik endlich die lang ersehnte Souveränität schenken.

Diese permanente Verschleierung von Tatsachen durch die Bundesregierung läßt die professorale Argumentation während des Hearings in sich zusammenfallen: Kontrolle der Regierung wird bewußt unmöglich gemacht!
Deshalb können wir nicht die Liberalisierung der Notstandsgesetze fordern, sondern
- Zurücknahme der einfachen Notstandsgesetze,
- Nichtverabschiedung der Notstandsverfassung,
- Beendigung aller Notstandsvorbereitungen,
- Auflösung von Werkschutzorganisationen

Der AStA der Freien Universität ruft deshalb die Studentenschaft und alle demokratischen Bürger Westberlins auf, sich der Kampagne gegen die Notstandsgesetze anzuschließen!

Ab morgen wird der Text des "Manifestes der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze" verteilt, und wir fordern Sie auf, dieses Manifest unterschrieben im AStA abzugeben.

gez. Helmut Giesa
Referent

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politische Abteilung -

1 Berlin 33, den 13.11.67
Garystr. 20
Tel.: 7690 421

Liebe Kommilitonen!

HEUTE 20.15 UHR
AUDI-MAX

1)

FRAGEN AN DEN PARLAMENTARISCHEN UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß hat seinen Bericht vorgelegt und im wesentlichen die Rechtfertigungstheorie der ehemaligen Regierungsspitze unserer Stadt übernommen! Ist damit der 2. Juni ad acta gelegt?
Unsere Antwort kann nur sein: nein!
Im Kurras-Prozeß scheint die Wahrheitssuche unheimlich kompliziert zu sein, Fritz Teufel sitzt noch immer in Untersuchungshaft, die Staatsanwaltschaft hat eine ganze Lawine von politischen Prozessen in Bewegung gesetzt.

Da der Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschuß bis jetzt offizielle Stellungnahme der Verantwortlichen unserer Stadt ist, müssen wir uns mit ihm auseinandersetzen, um ihn als Hintergrund der laufenden politischen Prozesse zu begreifen.

Kommen Sie heute abend!

Gerd Löffler und Lothar Vortisch, Vorsitzender, bzw. Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, werden Rede und Antwort stehen müssen.

Informationen finden Sie im FU-SPIEGEL Nr. 60 und in der VDS-Stellungnahme, die an der Mensa verkauft wird!

Helmut Gies
- Referent -

FRAGEN AN DEN
PARLAMENTARISCHEN
UNTERSUCHUNSAUSSCH

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, 13.11.67
Garystr. 2o
Tel. : 76 9o 2246

Liebe Kommilitonen!

In den Nachrichten aus dem Verlagshaus Axel Springer Nr. 2 vom August 1967 heißt es, daß das Verhältnis zwischen Studentenschaft und Öffentlichkeit gestört sei und in der weisen Einsicht, daß Springer die Öffentlichkeit darstellt, wird das gestörte Verhältnis zwischen Studenten und der Presse untersucht. Diese Analyse gipfelt in folgenden Erkenntnissen:

1) Die gesamte Berliner Presse hat den Ereignissen nach dem 2. Juni eine Berichterstattung zuteil werden lassen, die an Umfang diejenige über den Korea-Krieg beträchtlich übertrifft.

2) Die in der Springer-Verlagsgruppe erscheinenden Zeitungen haben im großen und ganzen die Interessen der öffentlichen Ordnung vertreten, jedoch auch Kritik an dem Verhalten von Polizisten geübt und vor allem zwischen ordentlichen und radikalen Studenten unterschieden.

3) Die bei Springer erscheinenden Zeitungen verfolgen keine eigene Linie: alle anderen Berliner Zeitungen haben den gleichen Grundtenor der Berichterstattung.

Mit diesen und ähnlichen Pamphleten überschwemmt das Verlagshaus Axel Springer seit neuestem sämtliche Organisationen, Lobbies und pressure groups und inszeniert so "Springers Springer Kampagne": Dies ist die Reaktion auf die Anti-Springer-Kampagne der außerparlamentarischen Opposition.

Um das Problem Springer eingehend zu studieren, führt der AStA am 18./19. November 1967 im Klbuhaus der FU, Berlin 37, Goethestr. 49, ein Wochenendseminar über "Pressekonzentration in Berlin" durch.

Anmeldung im AStA erforderlich!

Unkostenbeitrag DM 2,--

Programm siehe Rückseite

gez. Helmut Giesa
Referent

18./19. November 1967

PRESSEKONZENTRATION IN BERLIN

18. November 1967, Samstag

11.oo Uhr	Bernd Jansen "Zur Situation der Presse in Berlin - Entwicklung des Springer-Konzerns - Springers Einfluß auf den Zeitungsmarkt - Zuliefererindustrie - Anzeigengeschäft
13.oo Uhr	Mittagessen und Kaffee
14.3o Uhr	Eberhard Sommer "Pressekonzentration und Meinungsfreiheit - verfassungsrechtliche Aspekte"
17.oo Uhr	Hans-Joachim Hameister "Das Verhältnis von Selbstverständnis der Berliner und seine Darstellung in der Springer presse, dargestellt an der Leserbriefpolitik"
19.oo Uhr	Abendessen

19. November 1967, Sonntag

11.oo Uhr	N.N. "Der Einfluß des Springer-Konzerns auf den Staatsapparat - Versagen der Kontrollinstanzen - Manipulation der Öffentlichkeit
13.oo Uhr	Mittagessen und Kaffee
15.oo Uhr	Karl-Joachim Heimann "Überwindung des Kalten Krieges und Konstruktion des inneren Feindes - Antikommunismus und Minoritäten"
17.3o Uhr	"Möglichkeiten einer Entflechtung" Karl-Heinz Stanzick "Empfehlungen der Pressekommission" Rudi Dutschke "Funktion und Möglichkeiten direkter Aktionen und genossenschaftliche Organisation des Konzerns" anschließend Diskussion mit Jansen und Dutschke
19.3o Uhr	Abendessen

.-.-.-.-

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, 14. Nov. 1967
Garystr. 2o
Tel.: 76 9o 421

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Am 9. November 1967 begannen in Bonn die öffentlichen Hearings zu den **Notstandsgesetzen.** Die ersten Personen, die angehört wurden, sind Professoren und Staatsrechtler, und diese waren in der Mehrzahl der Ansicht, Notstandsgesetze seien an und für sich gar nicht abzulehnen, allerdings bedeute der Regierungsentwurf eine schwerwiegende Kompetenzbeschneidung der Legislative, nämlich durch die Konstruktion eines Notparlaments; damit sei die Macht bei wenigen Auserwählten konzentriert und demokratische Kontrolle der Spitze durch die Basis sei nicht mehr gewährleistet.

In denselben Hearings wurde allerdings auch klar, daß es nicht mehr darauf **ankommen** kann, eine Kontrolle der Exekutive durchzuführen, denn Innenminister Lücke, Notstandsapologet der Regierung, gab bekannt, die Alliierten hätten bereits vor 5 Jahren mitgeteilt, eine deutsche Notstandsverfassung müsse nicht zwangsläufig zur Aufgabe der alliierten Vorbehaltsrechte führen. Aber gerade damit hatte die Bundesregierung jahrelang argumentiert: Notstandsgesetze würden der Bundesrepublik endlich die lang ersehnte Souveränität schenken.

Diese permanente Verschleierung von Tatsachen durch die Bundesregierung läßt die professorale Argumentation während des Hearings in sich zusammenfallen: Kontrolle der Regierung wird bewußt unmöglich gemacht!
Deshalb können wir nicht die Liberalisierung der Notstandsgesetze fordern, sondern
- Zurücknahme der einfachen Notstandsgesetze,
- Nichtverabschiedung der Notstandsverfassung,
- Beendigung aller Notstandsvorbereitungen,
- Auflösung von Werkschutzorganisationen

Der AStA der Freien Universität ruft deshalb die Studentenschaft und alle demokratischen Bürger Westberlins auf, sich der Kampagne gegen die Notstandsgesetze anzuschließen!

Ab morgen wird der Text des "Manifestes der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze" verteilt, und wir fordern Sie auf, dieses Manifest unterschrieben im AStA abzugeben.

gez. Helmut Giesa
Referent

18./19. November 1967

PRESSEKONZENTRATION IN BERLIN

18. November 1967, Samstag

11.oo Uhr	Bernd Jansen "Zur Situation der Presse in Berlin - Entwicklung des Springer-Konzerns - Springers Einfluß auf den Zeitungsmarkt - Zuliefererindustrie - Anzeigengeschäft
13.oo Uhr	Mittagessen und Kaffee
14.3o Uhr	Eberhard Sommer "Pressekonzentration und Meinungsfreiheit - verfassungsrechtliche Aspekte"
17.oo Uhr	Hans-Joachim Hameister "Das Verhältnis von Selbstverständnis der Berliner und seine Darstellung in der Springerpresse, dargestellt an der Leserbriefpolitik"
19.oo Uhr	Abendessen

19. November 1967, Sonntag

11.oo Uhr	N.N. "Der Einfluß des Springer-Konzerns auf den Staatsapparat - Versagen der Kontrollinstanzen - Manipulation der Öffentlichkeit
13.oo Uhr	Mittagessen und Kaffee
15.oo Uhr	Karl-Joachim Heimann "Überwindung des Kalten Krieges und Konstruktion des inneren Feindes - Antikommunismus und Minoritäten"
17.3o Uhr	"Möglichkeiten einer Entflechtung" Karl-Heinz Stanzick "Empfehlungen der Pressekommission" Rudi Dutschke "Funktion und Möglichkeiten direkter Aktionen und genossenschaftliche Organisation des Konzerns" anschließend Diskussion mit Jansen und Dutschke
19.3o Uhr	Abendessen

.-.-.-.-

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, 13.11.67
Garystr. 2o
Tel. : 76 9o 2246

Liebe Kommilitonen!

In den Nachrichten aus dem Verlagshaus Axel Springer Nr. 2 vom August 1967 heißt es, daß das Verhältnis zwischen Studentenschaft und Öffentlichkeit gestört sei und in der weisen Einsicht, daß Springer die Öffentlichkeit darstellt, wird das gestörte Verhältnis zwischen Studenten und der Presse untersucht. Diese Analyse gipfelt in folgenden Erkenntnissen:

1) Die gesamte Berliner Presse hat den Ereignissen nach dem 2. Juni eine Berichterstattung zuteil werden lassen, die an Umfang diejenige über den Korea-Krieg beträchtlich übertrifft.

2) Die in der Springer-Verlagsgruppe erscheinenden Zeitungen haben im großen und ganzen die Interessen der öffentlichen Ordnung vertreten, jedoch auch Kritik an dem Verhalten von Polizisten geübt und vor allem zwischen ordentlichen und radikalen Studenten unterschieden.

3) Die bei Springer erscheinenden Zeitungen verfolgen keine eigene Linie: alle anderen Berliner Zeitungen haben den gleichen Grundtenor der Berichterstattung.

Mit diesen und ähnlichen Pamphleten überschwemmt das Verlagshaus Axel Springer seit neuestem sämtliche Organisationen, Lobbies und pressure groups und inszeniert so "Springers Springer Kampagne": Dies ist die Reaktion auf die Anti-Springer-Kampagne der außerparlamentarischen Opposition.

Um das Problem Springer eingehend zu studieren, führt der AStA am 18./19. November 1967 im Klubhaus der FU, Berlin 37, Goethestr. 49, ein Wochenendseminar über "Pressekonzentration in Berlin" durch.

Anmeldung im AStA erforderlich!

Unkostenbeitrag DM 2,--

Programm siehe Rückseite

gez. Helmut Giesa
Referent

Studentenpfarrer Karl-Behrnd Hasselmann
1 Berlin 33
Gelfertstr. 45

24.11.1967

INFORMATIONSBRIEF NR. 6

Liebe Freunde!

Just aus Westdeutschland zurück, sehe ich auf dem Schreibtisch in der ESG noch den Brief an die Gemeinden liegen, den Kurras- und Teufel-Prozeß betreffend. Der Brief ist deshalb so wichtig, weil wir als die Hauptaufgabe unserer Informationsarbeit die Unterrichtung der Berliner Gemeinden intensivieren wollen. Er muß also heute noch weg; ich kann Ihnen aber leider diesen Brief nicht mehr beilegen.

Gleichfalls auf dem Schreibtisch der ESG finde ich die Ankündigung, am Montag Moabit den Teufel auszutreiben. Erlauben Sie Ihrem Popen und seien Sie ihm nicht allzu böse, wenn ich all denen, die vorhaben vor dem Justizpalast zu demonstrieren, ganz dringend sagen und Sie herzlich bitten möchte, nicht zu provozieren. Ich selbst werde auch dasein; wir sollten es unbedingt vermeiden, uns in irgendeiner Weise mit der Polizei anzulegen.

Im übrigen bringe ich aus Bochum außer der Nachricht eines unglaublichen Echos unserer Auseinandersetzung mit der KWG den Vorschlag eines Verlages mit, so schnell wie möglich ein Buch über die letzten Jahre der ESG/FU zu schreiben. Dieses Projekt wird zunächst von einigen Alten und Uralten zunächst durchgesprochen, ehe ich Ihnen weiteres bekanntgebe.

Die Auseinandersetzung mit der KWG ist noch nicht in dem Stadium, daß ich Sie über klare Entscheidungen unterrichten könnte. Heute, Freitag, den 24.11., wird der hoffentlich letzte Gesprächsversuch mit dieser Gemeinde sein.

Sonntag, den 26.11., predigt Pfarrer Graf zu Lynar über das 5. Gebot; Pfarrer Tietz wird am 3.12. die Reihe mit einer Predigt über das 6. Gebot fortsetzen.

Alle Arbeitskreise werden in der kommenden Woche wieder voll arbeit also auch meine in dieser Woche ausgefallenen am Mittwoch und Freit Fräulein Schönknecht weist mich auf den Arbeitskreis "Entwicklungsländer" hin, der am 29.11., 20 Uhr, in der Limonenstraße stattfinde sie referiert über "Schwarzafrika als Modellfall für die Erziehungs und Bildungsprobleme". Missionsinspektor Seeberg von der Goßner-Mission wird als Gast anwesend sein.

Für den Dienstagabend stehen zwei Fragen zur Debatte, die kurzfrist entschieden werden müssen; alle, die Referate über das KU-Programm übernommen haben, bitte ich, an diesem Abend dazusein, damit wir die Analyse des Programms zum Abschluß bringen. Es ist aber auch möglich, daß die Auseinandersetzung mit der KWG-Gemeinde eine schnelle und klare Entscheidung von uns verlangt. Deshalb sollten auch alle, die in dieser Hinsicht Interesse haben, dasein. Ich werd einige Vorschläge zur weiteren Verhandlung dieser Streitfrage vorle

Das wär's. Mit allen guten Wünschen für bessere Nerven am Montag

Ihr

Karl-Behrnd Hasselmann.

E F S +++ E F S +++ E F S +++ E F S +++ E F S

24. NOV. 19

EUROPÄISCH - FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND

HEUTE 20.00 UHR HEUTE

Freitag,
24.November 1967

Prof.Dr.Heinrich S c h n e i d e r

"Europa und die deutsche Frage"

im Europa-Haus Berlin
Berlin-Grunewald, Bismarckallee 46/48
Fahrverbindung: Bus a 19, a 17 bis Hagenplatz

Wir möchten mit Ihnen u.a. folgendes diskutieren:

1. Wäre eine Anerkennung der D D R im nationalstaatlichen Rahmen ein Beitrag für eine Politik zur europäischen Friedensordnung ?

2. Wir werden den Status quo in der Deutschlandpolitik nur verlassen, wenn wir den Status quo in Europa anerkennen. Die Garantierung der gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa muß als eine unabdingbare Voraussetzung für eine gesamteuropäische Politik betrachtet werden.

3. Deutschland wird sich als europäische Nation nur verwirklichen, wenn wir Deutsche über die Nation hinausdenken.

Wir erwarten Sie heute Abend um 2o.oo Uhr.

Romin Reich
Vorsitzender der FU-Gruppe

EUROPÄISCH - FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND
Europa Haus Berlin +++ Telefon 89 61 13

24. Nov

GLÜCKWÜNSCHE FÜR DIE POLITISCHE JUSTIZ

in der Weimarer Republik

In der Zeit von 1918 - 1922 wurden 376 politische Morde begangen:

354 Morde von Rechten — 22 Morde von Linken

Gesühnt oder teilweise gesühnt wurden:

28 Morde der Rechten — 18 Morde der Linken

Dauer der Einsperrungen je Mord:

4 Monate bei Rechten — 15 Jahre bei Linken

---

in der Bundesrepublik

Wegen Beihilfe zum Mord in 300 000 Fällen, begangen während des Dritten Reiches in Ungarn, wurde der NS-Verbrecher Krumrey zu insgesamt 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

1956 wurde der Funktionär der "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" und Mitglied der KPD zu 2 Jahren Gefängnis und Nebenstrafen verurteilt.
Grund: Verbrechen und Vergehen der Förderung einer verfassungsverräterischen Vereinigung, Geheimbündelei, Teilnahme an einer kriminellen Vereinigung in verfassungsverräterischer Absicht und einfache Mitgliedschaft in der KPD.
1963 wurde die Strafe auf ein Jahr neun Monate Gefängnis reduziert.

---

in Westberlin

Nov. 1967: Karl-Heinz Kurras wird von der Anklage der fahrlässigen Tötung, begangen an dem Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni, freigesprochen

i n d u b i o p r o r e o

Juni - Nov. 1967: Fritz Teufel, angeklagt des schweren Landfriedensbruch, seit ca. 140 Tagen Untersuchunshaft

i n d u b i o p r o j u s t i t i a

BZ Meint: WER TERROR PRODUZIERT, MUSS HÄRTE IN KAUF NEHMEN

Kommilitonen, kommt am

Montag, 27. November 1967
ins Audi Max
um 10.30 Uhr

SDS Landesverband Berlin 24. November 1967 SDS Landesverband

E07.2 21-11-6

Studienreform-kommission der WISO: Sachliche Nebensache

WISO-WAHLKURATORIUM
2. Flugblatt

Am 22. Juni 66 veranstalteten 3.000 Kommilitonen ein 10-stündiges sit-in im HFB. Der Grund war: Einführung der Zwangsexmatrikulation an zwei Fakultäten und die versuchte politische Bevormundung der Studentenschaft durch den Rektor.

Der Erfolg des sit-ins: Rücknahme der "Raumvergabe-Richtlinien" und Einrichtung von paritätischen Kommissionen auf allen Ebenen zur Beratung und Durchführung einer umfassenden Hochschul- und Studienreform. Der erste ernsthafte Anlauf der Universität zur überfälligen Selbstreform war durch studentischen Massenprotest erreicht worden.

WAS GESCHAH SEITDEM AN DER FU ?.

In allen Fakultäten und vielen Fächern wurden Kommisionen eingerichtet, die die Vorschläge einer paritätischen Zentralkommission aufgreifen und für ihre Fachgebiete konkretisieren sollten. Über 100 Kommilitonen arbeiteten im letzten WS an diesem Unternehmen mit.

* Die Kommission auf Universitätsebene hat Januar 67 ein Gutachten den Empfehlungen des Wissenschaftsrates herausgebracht. Darin wurde eine umfassende Kritik an dessen Konzeption geübt und gleichzeitig die Möglichkeit einer Hochschulreform nach wissenschaftlichen Prinzipien aufgewiesen. Die Zwangsexmatrikulation wurde strikt abgelehnt. Erfolg? .... KEINER: Die Zwangsexmatrikulation an der Jur. und Med.Fak. besteht bis heute. Ein professorales Mitglied der Kommission bezeichnet heute die Verhandlungsergebnisse als "unverbindli[illegible]". Der Vorsitzende der Kommission, Prof. Borinski, postulier[illegible] in seinem Gutachten zur KU einen so do[illegible]tisch einseitigen, unkritischen Begriff von Wissenschaft[illegible]ne erfolgreiche Fortführung dieser Reformkommissio[illegible] mehr erwartet werden kann.

* Die meisten [illegible]missionen auf Fakultäts- und Fachebe[illegible] sind [illegible]nzwischen s[illegible] entsch[illegible]fen. Weil die [illegible]ommissionen ohnehin [illegible]ine Kompeten[illegible] haben - und die Professore[illegible] wenig Zeit.

WAS GESCH[illegible] SEITDE[illegible] AN DER WISO ?

An der Wis[illegible]este[illegible] eine paritätische [illegible]on bis heute. Ihr gehören an[illegible] Pro[illegible], 4 Stud., 1 Assist.[illegible]agte achtmal. Damit hat sich d[illegible] WiSo-[illegible]rofessorenschaft als [illegible]geschlossen erwiesen. Die Beschl[illegible]se wa[illegible]:

+ Stellungn[illegible]me zum Gu[illegible]achten des Wissenschaftsrates (Einrichtung großer Forschun[illegible]institute wurde z.B. vorgeschlagen).
+ Die Fachabteilu[illegible]n sollen Studienpläne ausarbeiten
+ Eine Kommission soll zeitliche Vorlesungsüberschneidungen prüfen und Terminänderungen vorschlagen.

aber ...

aber...

+ Zur entscheidenden Frage der Durchführung und Kontrolle von Lehrexperimenten konnte in der Kommission nichts beschlossen werden, weil solche Reformen "den Ordinarien selbst überlassen bleiben müßten!"
+ Der Beschluß der Kommission, ihre Existenz im neuen Hochschulgesetz zu institutionalisieren, wurde von der HOHEN FAKULTÄT abgewiesen, weil eine so verbindliche Regelung den Ordinarien zu weit geht.

Sachlich, ABER NEBENSÄCHLICH!

Die Arbeit der WiSo-Kommission brachte einige kleinere Ergebnisse (siehe oben). Das soll vermerkt werden. Diese Kommission stell aber ein besonders gutes Beispiel dafür dar, wie studentischer Reformeifer in ein kompetenzloses und unverbindliches Diskussionsforum geleitet werden kann. Die wichtigeren Initiativen der Studentenvertretung wurden nicht weiter behandelt. Die entscheidenden Fragen der Fakultätsreform wurden noch nicht einmal angeschnitten:

* Strukturreform der WiSo, Einführung von Departments, Mitbestimmung der Assistenten an den Institutshaushalten und Forschungsprojekten.
* Inhaltliche Neuzusammenstellung und Bestandsaufnahme der Lehrinhalte, Kritik der Propädeutik-Skripten, Kritik der Didaktik.

Die"Aktion 2o. Konvent", die VAFU (die "Basta"-Leute) und die Unpolitischen empfehlen uns: Seid sachlich, seid nicht so radikal, dann kommt die Hochschulreform.

Das ist blanker Hohn oder schlichte Naivität!

Deshalb: STATT UNPOLITISCHER NAIVITÄT: HOCHSCHULPOLITISCHE KONZEPTION!

Deshalb: STATT FLOSKELN ÜBER SACHLICHE ARBEIT: TATSÄCHLICHE ARBEIT!

Deshalb: IHRE KANDIDATEN:

Horst Arndt (-)
Hannelore Börgel (BDV)
Hans Utz Foerderreuther (-)
Günter Greiff (BDV)
Stefan Grzimek (SHB)
Günter Hedderich (SPD)
Frank Herterich (SPD)
Bernhard Klingmüller (SDS)
Franz Ring (LSD)
Gerd Rüder (BDV)
Rolf Rosenbrock (BDV)
Eike Schweichel (SDS)
Siegfried Stahn (SHB)
Peter Strotmann (SDS)
Klaus J. Walsleben (SPD)
Gerd Weghorn (SDS)
Hans J. Ziesing (-)

23. NOV.

Außerparlamentarische OPPOSITION

EXTRA

(Verantwortlich für diese Flugschrift: Carl L. Guggomos. Regelmäßige Informationen über die Außerparlamentarische Opposition erhalten Sie durch den zweimal wöchentlich erscheinenden "Berliner EXTRA-Dienst" über seinen Verlag in Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon: 883 40 74)

Flugblatt Nr. 4
Ende November 1967

Kurras darf wieder

Todesschütze Kurras, Obermeister der Politischen Polizei, ist freigesprochen worden. Der Schuldige am Tode des Studenten Benno Ohnesorg ist wieder im Dienst. Kurras darf nun wieder das Grundgesetz hüten und oppositionelle Studenten beschnüffeln, ihre Versammlungen überwachen, an Greiftrupps gegen unliebsame Demonstranten teilnehmen, sie prügeln und über den Asphalt schleifen. Der Prozeßliebling von Moabit wird nun wieder seine Dienstpistole im Schulterhalfter tragen und seine amerikanisch lizensierte Zweitpistole (die ihm auch während des Prozesses niemand abnahm) sorgfältig pflegen können. Für's nächste Mal. Kurras und seine Pistolen werden noch gebraucht. Mackie Kurras, dem man nichts beweisen konnte, wird bald wieder "Störer" aufstöbern und "Rädelsführer" festnehmen dürfen. Seht Euch vor, Ihr linksoppositionellen Halunken, Kurras geht um, Kurras schützt den Staat, Pistolen-Kurras fackelt da nicht lange.

Und am kommenden Montag geht es gegen den Studenten Fritz Teufel. Da kann Moabit zeigen, was in unserer Justiz steckt. An Teufels Fingern klebt zwar kein Polizisten-Blut, nicht einmal solches von Studenten. Aber am Anti-Schah-Demonstranten Teufel muß nun ein Exempel statuiert werden. Ob der Teufel einen Stein geworfen hat, wie zwei Polizisten behaupten, oder nicht, ist wurscht (wie der anständige Berliner sagt). Mag ja sein, daß beide Polizisten gelogen haben, daß es Fotos gibt, die das glatte Gegenteil beweisen. Glaubt denn wirklich jemand, Moabit würde so einen Linksintellektuellen ein halbes Jahr lang einsperren, um ihn dann laufen zu lassen? Dieser Teufel wird mindestens ein halbes Jahr Gefängnis bekommen - ohne Bewährung, versteht sich. Wenn nicht wegen Steinwurfs, dann eben deshalb, weil er überhaupt an der Schah-Demonstration teilgenommen hat. In unserer ordentlichen Demokratie ist auch das Landfriedensbruch.

Dafür sorgt schon Landgerichtsdirektor Pahl. Kennen Sie Pahl? Pahl wird Teufel richten. Berufs-Rechtssprecher Pahl hat einen sicheren Rechtssinn: Er war der Richter im Thyssenbank-Prozeß. Ein paar der kleinen Fische saßen dort über fünf Jahre lang in Untersuchungshaft, bis die Europäische Menschenrechtskommission die Bundesregierung deshalb verklagte. Aber die zentrale Figur dieses Skandals, bei dem immerhin ein Schaden von 18 Millionen DM entstand, der Kudamm-Bankier Ernst Decot, wurde eben erst außer Strafverfolgung gesetzt, ohne je einen Tag im Knast verbracht zu haben. Der Mann wurde ja auch bloß beschuldigt, sich lumpige 6 Millionen DM zum Schaden der Thyssenbank in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben. Weil Decot nun wieder Ehrenmann seiner Klasse sein darf, hat Klasse-Richter Pahl Zeit für Teufel. Und das wird wieder eine schwere Arbeit für Pahl.

Helfen wir Pahl dabei. Am kommenden Montag ab 14 Uhr im Moabiter Justizpalast.

Die Teufels-Austreibung

EIN MÄRCHEN DER 1002. JUNINACHT

ES WAR EINMAL EIN HERRSCHER AUS DEM MORGEN-LAND, DER HIESS: DAS LICHT DER ARIER

ALS ER EINES NACHTS AUF REISEN WAR, ERSCHIEN IHM...

... DER TEUFEL

DOCH

RAUSCHEBA

PETRUS!

...LAG PLÖTZLICH EINER TOT AM BODEN

DAS IST JA WIE BEI MIR IN TEHERAN!

AUCH DIESER DEMONSTRANT WAR MIT DEM TEUFEL IM BUNDE. DER SASS DERWEIL FAUL HERUM UND LIESS DIE ANDEREN MACHEN.

SITZ-STREIK!

DAS WURMTE DIE POLIZISTEN. SIE ZERRTEN IHN HE-RAUS

SCHLIESSLICH FIEL ALLEN EIN STEIN VOM HERZEN:

STEIN-WERFER HATTEN WIR NOCH NICHT!

DAS HATTE DER TEUFEL DAVON. MERKE: WER BEIM SCHAH SITZT, SITZT AUCH IN MOABIT:

ZWISCHENDURCH LIESS MAN IHN KURZ FREI

ZUM RASIEREN

DER BART IST AB!

JETZT SETZT IHM DIE JUSTIZ DAS MESSER AN DIE KEHLE

RICHTER PAHL

25. NOV. 1967

JA ZUR POLITISCHEN VERANTWORTUNG!

WISO-WAHLKURATORIUM

Die "Aktion 20. Konvent" und "VAFU" bestreiten der Studentenvertretung die Berechtigung politische Beschlüsse zu fassen.

Wir stellen fest:

* Konvent, 19.1.1950: "Die Studentenvertretung der FU hat den bisher von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg aufmerksam verfolgt und ist der Meinung, daß sie sich der Haltung der Bundesregierung anschließen kann."
* 19./20.12.1950: Die Studentenschaft spricht sich in einer Urabstimmung für einen deutschen Wehrbeitrag aus.
* Konvent, 2.2.1951: Der Konvent erklärt sich solidarisch mit der Wiedervereinigungspolitik Konrad Adenauers.
* Konvent, 15.5.1957: Der Konvent appeliert an die Atommächte, die Atomwaffenversuche einzustellen.

Die Reihe ließe sich verlängern. Es war von jeher unbestrittenes Recht einer politisch mündigen Studentenschaft zu entscheidenden staatspolitischen Angelegenheiten Erklärungen abzugeben.

UND HEUTE?

Seit die Studentenschaft der herrschenden politischen Meinung zunehmend kritischer gegenüberstand, tauchte die Frage auf, ob sie zu Stellungnahmen berechtigt sei. Auf einmal sollte die Studentensc nur noch für Mensa-Essen und Studienreform "zuständig" sein. Tender Mit formaljuristischer Argumentation soll ein kritisches Element in der Gesellschaft mundtot gemacht werden. Es wird eine irrationale weil willkürliche Trennung eingeführt: hier "sachliche" Entscheidun da "politische" Entscheidung! Wir meinen: Jede Entscheidung eines öffentlichen Gremiums ist eine politische Entscheidung!

Wer den Zusammenhang von "sachlich" und "politisch" nicht reflektiert, denkt kurzsichtig. Aber er denkt bequem. Bequem und gefahrl für diejenigen, die kritische Infragestellung ihrer politischen und gesellschaftlichen Position fürchten müssen.

Auch ein Verwaltungsgerichtsurteil kann daran nichts ändern. Es wurde Revision eingelegt, weil es in keiner Hinsicht (auch in juristischer nicht!) einer Überprüfung standhält.

Wer ist zuständig für politisches Denken?

Der 19. Konvent faßte u.a. folgende politische Beschlüsse:

Er protestierte

* gegen die Machtergreifung des Militätrs in Griechenland

* gegen den amerikanischen Vernichtungskrieg in Vietnam

Er begrüßte

* den Widerstand des DGB gegen die Notstandsgesetze

Nach Ansicht der Rechten und der "Unpolitischen" ist das RADIKALISMUS! Nach ihrer Ansicht sind solche Beschlüsse VERBOTEN!

Sie basteln eifrig an Springers Buh-Männern (Radikal ist, wer sich gegen den Vietnamkrieg und Notstandsgesetze engagiert) und behaupten: Eine politische Studentenvertretung könne ihren Aufgaben nicht nachkommen.

Das Gegenteil ist der Fall! Der Konvent erfüllte seine satzungsgemäßen Aufgaben. Davon mag sich jeder überzeugen. (WISO-Abgeordnete der Rechten waren aber auf kaum einer Fakultätsausschuß-Sitzung zu sehen!)

Die Frage ist nicht: Wollen wir einen politischen oder unpolitischen Konvent? Die Frage ist: In welchem Sinn ist der Konvent politisch?

Die Frage ist nicht: Muß die Studentenvertretung sachlich arbeiten oder politisch diskutieren? Die Frage ist: Hat sie eine diskutable Konzeption?

Fragen sie die Kandidaten nach ihrer politischen Meinung!

Wählen sie bewußt politisch! Politisch wählen sie sowieso. Nur Bewußtsein vom eigenem Tun kann aber Mündigkeit heißen.

Wir sagen: Ja zur politischen Veranwortung der Studentenschaft!

Horst Arndt (-)
Hannelore Börgel (BDV)
Hans Utz Foerderreuther (-)
Günter Greiff (BDV)
Stefan Grzimek (SHB)
Günter Hedderich (SPD)
Frank Herterich (SPD)
Bernhard Klingmüller (SDS)
Franz Ring (LSD)
Gerd Röder (BDV)
Rolf Rosenbrock (BDV)
Eike Schweichel (SDS)
Siegfried Stahn (SHB)
Peter Strotmann (SDS)
Klaus J.Walsleben (SPD)
Gerd Woghorn (SDS)
Hans J. Ziesing (-)

Allgemeiner Studentenausschuß Berlin, den 25.11.

An die Mitglieder des Lehrkörpers der
Juristischen Fakultät

Die Situation in der Berliner Justiz besonders seit dem 2. Juni beunruhigt die Studentenschaft. Die Art der Rechtsprechung in den letzten Wochen erscheint uns eindeutig eine politische Parteinahme der Gerichte zu zeigen. Während ein bereits vielfach angezweifeltes psychatrisches Gutachten singulär und ohne weitere Überprüfung zur Begründung des Freispruches des Todesschützen Kurras benutzt wurde, wird zur gleichen Zeit der Demonstrant Fritz Teufel auf widersprüchliche Zeugenaussagen zweier Polizisten hin bisher vier Monate in Untersuchungshaft gehalten, und werden Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition wegen der Verteilung von Flugblättern durch Strafbefehl zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

Es geht den Studenten und den mit ihnen von der tiefgreifenden Bedeutung dieser Ereignisse überzeugten Professoren und Assistenten nicht um die Frage der Aburteilung von Kurras. Es geht uns im Grunde auch nicht so sehr darum zu prüfen, nach welchen Kriterien in Einzelfällen Urteil gesprochen wurde. Uns scheint viel wichtiger die Fragenach dem Anspruch und der Aufgabe, dem Selbstverständnis und der objektiven politischen Situation des deutschen Richtersund damit die Frage nach dem Ursprung des von uns so kritisierten Verhaltens der Berliner Justiz.

Liegt die Verantwortung für die Geisteshaltung nicht nur einzelner Richter, sonders des gesamten Justizapparatesnicht auch vor allem bei seiner Ausbildungsstätte, der Juristischen Fakultät, deren Theoretiker immer noch festhalten an der Formel von der Unabhängigen Dritten Gewalt und nicht kritisch unter Berücksichtigung von sozialpsychologischen, soziologischen und politischen Fragestellungen lehren?

Es ist an der Zeit, daß die Jurististische Fakultät die daraus auch für sie entstehende Gefahr erkennt. Die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Kritik des Bestehenden muß gewährleistet sein. Bestehen die Mitglieder der Universität nicht auf der Durchsetzung dieses demokratischen Grundrechtes, geben sie sich damit selbst auf.

Deshalb haben Studenten, Professoren und Assistenten für Montag, den 27. November, eine Vollversammlung einberufen, auf der diese Problemediskutiert werden sollen. Wir bitten Sie daher auch im Falle einer negativen Entscheidung des Akademischen Senats, am Motag Ihre Lehrveranstaltungen zugunsten der Vollversammlung im Auditorium Maximum um 10.30 Uhr ausfallen zu lassen und selbst dort zu erscheinen.

Hochachtungsvoll

gez. Marianne Henkel

VOLLVERSAMMLUNG

Schielende Justiz?

10:30 h audi max

heute

ARBEITSNIEDER-

LEGUNG

E0702
23.11.67

Der RCDS fragt - Der RCDS fragt

den engagierten CDU-Reformer

Dr. Helmut Kohl

Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz

zur: # Zukunft der CDU als Reformpartei

Dr. Helmut Kohl ist . . .

. . . bekannt für wissenschaftliche Planung der Politik
. . . bekannt für moderne Kulturpolitik
. . . undoktrinär und aufgeschlossen
. . . bereit zur Diskussion

Mit: **Klaus Franke,** MdA.
Jürgen Bernd Runge, Vorsitzender des RCDS-FU
Benno Ennker, Stellv. Vorsitzender des RCDS-FU
Leitung: **Roland Wagner**

Überprüfen Sie eventuelle Klischees und Vorurteile. Kommen Sie am Donnerstag, dem 23. November, um 20 Uhr ins Auditorium Maximum und diskutieren Sie mit uns. - Fragen Sie den RCDS und Dr. Helmut Kohl.

Druck: Albert Hentrich, Berlin-Steglitz

E07.2

O F F E N E R B R I E F

der Studentenvertretungen an die Rektoren der TU, FU, PH, KiHo, HfBK

Ew. Magnifizenzen!

Wie die Debatten des Abgeordnetenhauses nach dem 2. Juni gezeigt haben, ist die Legislative nicht in der Lage, sich mit den berechtigten Protesten der demokratischen Opposition auseinanderzusetzen. Sie beschränkt sich vielmehr darauf, das Verhalten der Exekutive nachträglich zu sanktionieren:

Der Bericht des Parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses, der die Rechtfertigung vom damaligen Innensenator Büsch übernommen hat, wurde ohne inhaltliche Diskussion und unter Strafandrohung als offizielle Version über die Ereignisse des 2. Juni akzeptiert.

Die Androhung von Schnellgerichten und der Erlaß eines generellen Demonstrationsverbotes durch die Exekutive widersprechen einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und stellen den Gipfelpunkt einer längeren Entwicklung dar.

Die Rechtsprechung der letzten Wochen hat eindeutig die politische Parteinahme der Gerichte gezeigt. Während ein bereits vielfach angezweifeltes psychiatrisches Gutachten singulär und ohne weitere Überprüfung zur Begründung des Freispruches des Todesschützen Kurras benutzt wurde, wird zur gleichen Zeit der Demonstrant Fritz Teufel auf widersprüchliche Zeugenaussagen zweier Polizisten hin bisher vier Monate in Untersuchungshaft gehalten, und werden Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition wegen der Verteilung von Flugblättern ohne Prozeß zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. Die Beweisführung der Gerichte orientiert sich einseitig an der politischen Haltung der jeweils Angeklagten.

Exekutive, Legislative und die "Dritte Gewalt" haben versagt. Hand in Hand versuchen sie kritisch oppositionelle Bestrebungen zu unterdrücken.

Es ist an der Zeit, daß die Hochschulen die daraus auch für sie entstehende Gefahr erkennen. Die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Kritik des Bestehenden muß gewährleistet sein. Bestehen die Hochschulen nicht auf der Durchsetzung dieses demokratischen Grundrechtes, geben sie sich selbst auf.

Daher bitten wir Ew. Magnifizenzen, den Lehrbetrieb am Montag, den 27. November 1967, einzustellen, um der Studentenschaft die Möglichkeit zu geben, in einer Veranstaltung aller Berliner Studenten die aktuelle Situation zu beraten.

Die Studentenvertretungen

Berlin, den 23. 11. 1967

Schon jetzt notieren: MONTAG, 27. November 1967, um 10. 30 Uhr

HENRY-FORD-BAU der FU

E0702

STUDENTENVERTRETUNG der TECHNISCHEN und der FREIEN UNIVERSITÄT

PRESSEKONZENTRATION IN BERLIN

PODIUMSDISKUSSION

DISKUSSIONSBEITRÄGE wurden vorbereitet:

BERND RABEHL und CHRISTIAN SEMLER: Die Losung – Enteignet Springer

PETER SCHNEIDER: Ziel und Funktion des Springertribunals

KUNO HELLMANN: Springers Springerkampagne

RUDI DUTSCHKE: Die Notwendigkeit des antimanipulativen Kampfes

DONNERSTAG, 23. NOV. 19.30 UHR

TECHNISCHE UNIVERSITÄT, STRAßE des 17. JUNI, HORSAAL HE 101

AXEL SPRINGER VERLAG GmbH WURDEN GEBETEN, DISKUSSIONSBEITRÄGE ZU BENENNEN!

Studentenvertretung der Freien Universität

DOKUMENTATION GRIECHENLAND

zusammengestellt und vorgetragen von Mitgliedern des

BERLINER ENSEMBLE

MONTAG, 27. Nov.

AUDI — MAX

20 15 UHR

Eintritt: DM 2,--

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

Studentenvertretung
Allgemeiner Studentenausschuß
- 1. Vorsitzender -

1 Berlin 33 (Dahlem), den 21.11.1967
Garystraße 20
Telefon: 76 90 2027
[Vermittlung: 76 90 1]
La / Wi

Sr. Magnifizenz
dem Rektor der
Freien Universität Berlin
Herrn Professor Dr. Ewald Harndt

1 B e r l i n 33

Ihnestr. 24

Ew. Magnifizenz !

Der WELT vom 18. Nov. d.J. entnehme ich, anläßlich eines Gesprächs zwischen Ihnen und der Journalistin Voß-Dietrich folgende Passage:
'Während er nach wie vor bereit sei, mit der Studentenvertretung zu sprechen, scheine offenbar auf der anderen Seite dieses Entgegenkommen im Augenblick nicht vorhanden zu sein. Dafür war offenbar etwas anderes vorhanden, die Absicht, die angeblich "braune" Vergangenheit des neuen Rektors bloßzustellen.'
Im TAGESSPIEGEL vom 19. Nov. d.J. wurde eine Äußerung von Ihnen abgedruckt, nach der Sie sogar gesagt haben sollen:
'"Die Studentenvertretung stört diese Gemeinschaft, weil sie sie nicht will."'
Bereits zwölf Stunden nach meiner Wahl habe ich in meiner Gratulation zu Ew. Magnifizenz' Amtsübernahme die Notwendigkeit von Gesprächen über die anstehenden Probleme betont. Nach zwölf Tagen erhielt ich Ihre Antwort, deren Stil und Inhalt einem Schreiben Ihres Vorgängers an meinen Vorgänger ähnelt, und kaum "den Willen zur Zusammenarbeit" Ihrerseits erkennen läßt. Daraufhin habe ich Sie mit meinem Schreiben vom 14. Nov. mit dezidierten Themen um einen Termin für eine Unterredung gebeten; der Konventsvorsitzende, Herr Lefévre, hat bei Ihnen am 17. Nov. in dieser Sache noch einmal mündlich angefragt. Es war Ihnen bisher innerhalb von 8 Tagen nicht möglich, zu einem drängenden Thema, wie der Universitätsordnung, für ein gemeinsames Gespräch einen Termin vorzuschlagen. Ich glaube kaum, daß mir deshalb der fehlende Wille zur Zusammenarbeit unterstellt werden kann.

- 2

Ihre Bemerkung über die Nachforschungen bezüglich Ihrer "braunen" Vergangenheit kann ich nur so erklären, daß Ew. Magnifizenz sich ohne Kenntnis der Sachlage dazu geäußert hat: Recherchen dieser Art sind vom Allgemeinen Studentenausschuß niemals angestellt worden. Im Gegenteil ist vielmehr wahr, daß ich nie an Ihrer Integrität bezüglich Ihrer Tätigkeiten während des nationalsozialistischen Regimes gezweifelt habe, und zwar auf Grund eines in meinem Bekanntenkreise dargestellten Berichts einer Ihrer Schülerinnen. Dies habe ich dann den Studenten, die mich nach Ihrer Wahl daraufhin ansprachen, eindeutig gesagt. Es muß jedoch betont werden, daß heute derartige Nachforschungen prinzipiell nicht unumgänglich sind und ihre Peinlichkeit weder den Rechercheuren noch den unbegründet Recherchierten anzulasten sind, sondern vielmehr einen Vorwurf an eine Gesellschaft darstellen, die solche Nachforschungen trotz der Greuel des Faschismus notwendig macht, wie es die Dokumentation der Studentenvertretung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät bereits eindeutig bewiesen hat.

Zu Ew. Magnifizenz Ausführungen muß ich demnach feststellen, daß sowohl der angeblich fehlende Wille zur Zusammenarbeit als auch die Unterstellung bezüglich Ihrer Vergangenheit die Funktion haben, die inneruniversitäre Situation zu verschärfen. Um dies zu verhindern, bitte ich Ew. Magnifizenz dringend um eine Richtigstellung in der Presse. Ich werde mir erlauben, einen Durchschlag dieses Schreibens der Presse zu übergeben.

Hochachtungsvoll

Joh. W. Landsberg

(Johann Wolfgang Landsberg)
- 1. AStA-Vorsitzender -

Nachdem Magnifizenz sich diesbezüglich noch nicht öffentlich geäußert hat, was er in einem Gespräch mit dem AStA am 23.11. auch bereits ablehnte, die Presse die gegen mich erhobenen Beschuldigungen nicht berichtigt hatte und ich während des Wahlkampfs mehrfach auf die Artikel in der WELT und im TAGESSPIEGEL angesprochen wurde, sah ich mich gezwungen, diesen Brief der Studentenschaft bekanntzugeben.

gez. Landsberg

Foto 2
21.11.64

LETZTE MELDUNG:

KURRAS

freigesprochen

ASTA

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

APOMADA*

3

Allgemein-politisches Mandat des AStA

- **Keiner bestreitet** den studentischen Vereinigungen und den einzelnen Studenten das Recht, zu Fragen allgemein-politischen Inhalts Stellung zu nehmen.
- **Keiner bestreitet,** daß es Pflicht der Studentenschaft und ihrer Organe ist, an hochschulpolitischen Aufgaben mitzuarbeiten.
- **Keiner bestreitet,** daß der AStA die Aufgabe hat, politische **Informations**veranstaltungen im Rahmen der wissenschaftlichen Ausbildung durchzuführen.

ABER:

Jeder Student muß seine Verantwortung für eigene politische Entscheidungen behalten und darf nicht seine politische Mündigkeit an AStA und Konvent verlieren.

DENN:

- Auf Grund seiner Immatrikulation ist der Student zwangsweise Mitglied des Organs „Studentenschaft".
- Beschlüsse der Studentenvertretung sind für jeden Studenten bindend (§ 14, IV der Satzung der Studentenschaft)
- Die Anmaßung des allgemein-politischen Mandats durch AStA und Konvent ist daher nach geltendem Recht unzulässig (Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts vom 17. 10. 1967, Aktenzeichen VG II A 17. 67) und führt zwangsläufig zur politischen Entmündigung des Einzelnen.
- Die rechtswidrige Anwendung des allgemein-politischen Mandats dient AStA und Konvent als Vollmacht zur Durchsetzung gesellschafts-revolutionärer Ziele.

Wir fordern die Beschränkung des politischen Mandats auf den hochschulpolitischen Bereich und verurteilen darüber hinaus die Gleichschaltung der politischen Meinungen an der Freien Universität.

Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN)
Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur)
Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fak. (APhil)
Arbeitsgemeinschaft an der WiSo-Fakultät (AWiSo)

Auskunft erteilt:
Johannes Epping Tel.: 76 07 38

21. 11. 1967

* **Wir sind nicht für APOMADA, dafür ist jeder selber da!**

Fortsetzung folgt!!

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

[redacted]

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politisches Referat -

1 Berlin 33, den 21.11.1967
Garystr. 20
Tel.: 7690 421

SOLIDARITÄT

Zahlreiche Studenten hatten das Pech, nach den Demonstrationen vom 2. Juni oder durch andere politische Aktionen in die Maschinerie der Berliner Justiz zu geraten.

Sie fielen bei der Demonstration Greiftrupps zum Opfer oder sie sagten als Zeugen aus (und bekannten damit ihre Teilnahme) oder sie waren schon Rädelsführer, bevor sie überhaupt demonstrierten.

Die ersten Prozesse sind bereits über die Bühne gegangen. Ohne studentische Öffentlichkeit, teilweise ohne Verhandlung, im Schnellverfahren, wurden die Angeklagten abgeurteilt.

Wir stehen dem bislang hilflos und unbeteiligt gegenüber. Im Vertrauen auf die Gerechtigkeit oder auch nur aus Bequemlichkeit sind wir unserem geordneten Studium nachgegangen, während unsere Kommilitonen im Moabiter Justizpalast allein der Justizbürokratie gegenüberstehen.

Die Studenten und die übrigen Mitglieder der Berliner Hochschulen müssen versuchen, die wegen politischer Delikte angeklagten Kommilitonen wirksam zu unterstützen.

An Verfahren sind noch zu erwarten bzw. haben in den letzten Woche stattgefunden:

- 35 Verfahren wegen der Demonstrationen gegen den Film "africa adio" (Anklage: Hausfriedensbruch, Auflauf, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung, Körperverletzung und zwei Fälle, bei denen "die strafbare Handlung nicht erkennbar" ist). Verurteilt wurde zu Geldstrafen bis zu 200 DM, in fast allen Fällen wurde Berufung eingelegt.
- 25 - 30 Verfahren wegen der Spaziergangdemonstration Dezember 1966 (Anklage: Übertretung von Verkehrsvorschriften und Widerstand gegen die Staatsgewalt).
- ca. 50 Verfahren Teilnahme an den Demonstrationen vom 2. Juni (Anklage: Landfriedensbruch etc.)
- 12 Verfahren wegen der Verteilung des "Steckbriefes" Dr. Dieter Dehnicke (Generalstaatsanwalt). Bislang sind drei Strafbefehle ohne mündliche Verhandlung ergangen (drei Monate Gefängnis ohne Bewährungen). Dagegen wurde Einspruch erhoben.

Kommilitonen, die bereit sind an der Vorbereitung und Durchführung politischer Aktionen teilzunehmen, mögen sich im Politischen Referat des AStA melden.

AStA der FU
AStA der TU

6. DEZ. 196

Studenten über ihre Probleme

Diese den Studentenschaften zur Verfügung gestellte Rubrik erscheint regelmäßig in jeder Dienstagausgabe unserer Zeitung. Für den Inhalt der darin veröffentlichten Artikel übernimmt unsere Redaktion nicht die Verantwortung; Sie liegt bei der jeweils unterzeichnenden Studentenvertretung oder Studentengruppe. Die heute unterzeichnenden Vereinigten Arbeitsgemeinschaften an der FU sind ein Zusammenschluß der Arbeitsgemeinschaften verschiedener Fakultäten, der sich aus Anlaß der 20. Konventswahl gebildet hat.

Die Herausgeber

Studentische Opposition gegen AStA und Konvent

Die Freie Universität Berlin steht in Gefahr, zum Kampfmittel politischer Auseinandersetzung zu werden. Programm der Kritischen Universität, S. 41: „Sie (die Kritische Universität — Die Verfasser) entwickelt sich in dem Maße von der Kritischen zur Gegenuniversität, in dem ihre Arbeit und deren Ergebnisse direkt als gesellschaftliche Kampfmittel eingesetzt werden können. Es muß der Kritischen Universität gelingen, den aufkeimenden Widerstand unter den arbeitenden Massen dieser Stadt theoretisch zu artikulieren und damit praktisch voranzutreiben." Fragt man Vertreter der „Kritischen Universität", warum sie ihre politischen Ziele nicht durch Zusammenarbeit mit einer Partei oder durch Parteineugründung zu erreichen versuchen, so kann man hören, das sei aussichtslos. Tatsächlich zeigen die vergangenen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und den an sie angelehnten politischen Hochschulgruppen, daß die Parteien nicht gewillt sind, auf die Vorstellungen der radikalen Gruppen in dem von diesen gewünschten Maße einzugehen.

Angesichts ihrer Erfolglosigkeit sind diese studentischen Hochschulgruppen dazu übergegangen, das Renommee der Universität als Stätte wissenschaftlicher Forschung und Lehre dazu zu benutzen, ihre revolutionären politischen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen durchzusetzen. Dies geschah in der Weise, daß sich die Organe der Studentenschaft (AStA und Konvent) innerhalb der bestehenden Universität ein politisches Mandat anmaßten (Vietnam-Beschluß, Notstands-Brief an die Alliierten, Che-Guevara-Telegramm, usw.). Da die Rechtsaufsicht diesen Anspruch in Frage stellt, versuchen sie unter dem Vorwand der Studienreform durch Gründung der „Kritischen Universität" ein Organ der Studentenschaft zu errichten, das nicht den rechtlichen Beschränkungen der bereits bestehenden Organe unterliegt.

In den letzten Jahren haben im Konvent die ideologisch ausgerichteten Studentengruppen Einheitsfronten gebildet. Die Studenten aber, die nicht in politischen Hochschulgruppen organisiert sind — diese sind in der Mehrzahl — und die die Universität in erster Linie zur wissenschaftlichen Ausbildung besuchen, kandidierten nur vereinzelt. Diese Kandidaten haben keine Unterstützung gefunden und konnten sich gegenüber den taktischen Maßnahmen der aktiven Politiker im Konvent nicht behaupten. Sie wurden entweder von den politischen Gruppen eingemeindet oder resignierten und kamen ihrem Mandat nicht mehr nach. Um zu gewährleisten, daß die Studentenvertretung eine repräsentative Vertretung der Studenten wird und nicht Sprachrohr politischer Gruppen bleibt, haben sich an den verschiedenen Fakultäten Arbeitsgemeinschaften gebildet, deren Anliegen eine sachbezogene Hochschulpolitik ist. Jene Arbeitsgemeinschaften — Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK), Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN), Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur), Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fakultät (APhil) und Arbeitsgemeinschaft an der WiSo-Fakultät (AWiSo) — haben sich nun zusammengeschlossen zu den „Vereinigten Arbeitsgemeinschaften an der Freien Universität".

Die augenblickliche Aufgabe der Vereinigten Arbeitsgemeinschaften besteht darin: 1. Probleme der Universität zu diskutieren, 2. Kandidaten aufzustellen, die eine sachgerechte Hochschulpolitik anstreben, 3. die Kandidaten im Wahlkampf zu unterstützen und 4. den gewählten Kandidaten im Konvent Rückhalt zu geben. Das hochschulpolitische Programm bezieht sich auf folgende Punkte: Versachlichung der Diskussion, die durch revolutionäre Bewegungen entgleist ist; Kritik innerhalb der Universität aber nicht als Gegenuniversität, deshalb Rückverlagerung der Kritik in die Universität selbst; verantwortungsbewußte Arbeit in der Hochschul- und Studienreform; Sicherung der sozialen und rechtlichen Stellung der Studenten; Trennung der Aufgaben von Studentenvertretung und studentischen Hochschulgruppen.

Vereinigte Arbeitsgemeinschaften an der Freien Universität
Im Auftrag Johannes Epping

Sonderdruck aus DER TAGESSPIEGEL
Nr. 6750 vom 21. November 1967

21. NOV. 1967

K U R R A S F R E I G E S P R O C H E N ! ! !

O F F E N E R B R I E F A N D E N A S T A

Am Montag beginnt der Prozess gegen Fritz Teufel.
Obwohl inzwischen hinreichend klar ist, daß Fritz Teufel keine Steine geworfen hat, daß Fritz Teufel zwischen anderen Demonstranten sitzend festgenommen wurde (im Gegensatz zu den Aussagen der beteiligten Beamten) soll hier exemplarisch ein Verfahren gegen "den demonstrierenden Studenten" durchgeführt werden.
Die Justiz wird ganz sicher herausfinden, daß Teufel nicht einfach auf der Straße gesessen hat, sondern daß er rädelsführend dasaß.
Wir sind uns darüber im Klaren, daß wir weder politische Prozesse, noch Verurteilungen unserer Kommilitonen, noch auch die Vollstreckung der Urteile verhindern können. Wir haben aber die Möglichkeit, unübersehbar unsere Solidarität mit jenen Kommilitonen zu bekunden, die mehr oder weniger zufällig exemplarisch für uns alle bestraft werden sollen.

Wir fordern deshalb den ASTA auf, beim Rektor eine allgemeine Arbeitsniederlegung an der FU für kommenden Montag zu beantragen, um damit den Studenten die Möglichkeit zu geben, am Montag vormittag gleichzeitig mit dem Beginn des Teufelprozesses im Audi Max über das Verhältnis der Universität zu den anstehenden politischen Prozessen zu diskutieren.
Wir bitten den ASTA, diese Veranstaltung zu organisieren.

Argument Club DIS GSG HSU LSD Freunde der Publizistik SDS

K U R R A S F R E I G E S P R O C H E N ! ! !

21. Nov 67

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

KURRAS FREIGESPROCHEN,

PROTEST GEGEN FRITZ TEUFEL!

Demonstrant Fritz Teufel, der als Rädelsführer angeblich Steine warf, sitzt seit über 2 0 0 Tagen in Untersuchungshaft. Seine Unschuld ist durch zahlreiche Zeugenaussagen glaubhaft belegt. Die Anklage stützt sich lediglich auf die widersprüchlichen Angaben zweier Polizeibeamter.

Polizeiobermeister Kurras erschoß den Studenten Benno Ohnesorg. Er saß nicht in Untersuchungshaft. Er wurde von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen.

Die Justiz stützt damit nachträglich die Liquidierung der Demonstrationsfreih it und des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch Methoden des Polizeiterrors.

Demonstrationsteilnehmer werden als Rädelsführer gebrandmarkt und exemplarisch bestraft!

Elementare Grundrechte sind in Berlin zugunsten eines demokratiefeindlichen Prinzips der Ruhe und Ordnung außer Kraft gesetzt! Die Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur bedroht - sie ist aufgehoben!

Der SHB fordert:

Am Montag, den 25.11. sollen die Mitglieder der FU anstelle der Lehrveranstaltungen öffentliche Diskussionen über "Politische Justiz und Rechtsstaatlichkeit" durchführen.

Rektor, Akademischer Senat und die Studentenvertretung sollen sich gemeinsam für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

verantw. S. Stahn

24 nov. 196

KONVENT UND KRITISCHE UNIVERSITAT

Was die Universität 1945 nicht geleistet hat, muß die Student
schaft jetzt nachholen.
Obwohl sich nach dem Zusammenbruch die grundsätzliche Frage n
dem Verhältnis der deutschen Universität zum Staat und ihre A
gaben in der Gesellschaft dringender denn je stellt - ihr Sch
gen und Mißbrauchtwerden während des Dritten Reichs war die K
sequenz einer "wertfreien" Wissenschaft - beharrt sie auf die
alten Selbstverständnis, zog nach 1945 lediglich vorübergehen
personelle Konsequenzen und beschenkte die Studentenschaft mi
einer leerlaufenden Selbstverwaltung.
Ende der 50er Jahre wurde der Ablauf des Universitätsbetriebs
gefährdet, Vorlesungen und Seminare waren überfüllt, Lehrmitt
unzureichend, der Lehrkörper zu klein etc. Dieser Misere woll
man auf Kosten der Studierenden durch Maßnahmen Herr werden,
in der Zwangsexmatrikulation gipfelten. D.h. administrative R
nung des Studiums sollte den Universitätsbetrieb rationalisie
ohne ihre Struktur und die Inhalte der universitären Wissensc
ten anzutasten. Als 1966 an der med.Fak. der FU Zwangsexmatri
kation eingeführt wurde, an der jur.Fak. verschärfte Bestimmu
gen erlassen wurden, kam es zum sit-in am 22./23.6.1966, wo d
Studenten die Forderung nach paritätisch besetzten Kommission
durchsetzten, die Modelle zur Studienreform entwickeln sollte
Die Reformpläne, die in diesen Kommissionen von Studenten vor
legt wurden, konnten nicht in die Praxis umgesetzt werden, we
nur wenige Ordinarien bereit waren, diese Vorschläge zu verwi
lichen. Von pragmatischen Einzelheiten abgesehen, gab es kein
Änderungen. Von studentischer Seite konnte es darauf nur eine
Antwort geben: Selbstorganisierung in der KRITISCHEN UNIVERSI

Auf dem sit-in war sich die Studentenschaft über den Zusammen
hang von autoritären Herrschaftsformen in Universität und Ges
schaft klar. In der damals angenommenen Resolution heißt es:

> Was hier in Berlin vor sich geht, ist ebenso wie in der
> Gesellschaft ein Konflikt, dessen Zentralgegenstand weder
> längeres Studium noch mehr Urlaub ist, sondern der Abbau
> oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokra-
> tischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wissenschaft, die in ihrem eigenen Bereich, dem der Universit
die Herrschaftsverhältnisse der Gesellschaft kritiklos reprod
ziert, ist zur Kritik dieser Gesellschaft unfähig. Diese Unfä
keit zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit nach dem 2.JU
Die akademische Wissenschaft konnte dem Entsetzen und der Em-
pörung, die die Studenten und weite Teile der Professorenscha
angesichts dieses ersten Versuchs der physischen Liquidierung
der außerparlamentarischen Opposition erfüllten, zu keinem
wissenschaftlichen Ausdruck verhelfen. Ausgearbeitete Modelle
und angesammeltes Wissen vieler Jahre erwiesen sich als irre-
levant angesichts der konkreten Gewalt.

b.w.

SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*S

Studenten, die die Aggressivität des Systems gegenüber unbequ
Abweichlern am eigenen Leib erlebt hatten, gründeten die KU a
den Versuch, die spontanen Regungen gegenüber den Ereignissen
auf den Begriff zu bringen.
Die akademische Wissenschaft wirft der KU vor, sie suche nur
nach Begründungen für vorgegebene Ergebnisse.
-Jawohl, die Ergebnisse sind vorgegeben, aber nicht durch uns
Belieben, sondern durch die Maßnahmen der Herrschaftsorgane i
Staat und Universität. Durch die Untersuchung und Denunzierun
der Herrschaftsmechanismen in unserer Gesellschaft stellt sic
die Wissenschaft der KU bewußt auf die Seite der Unterdrückte
und Ausgebeuteten, und erneuert damit die durch die etablierte
Wissenschaft verratene Tradition wirklich kritischer Vernunft.

Aufgabe des neuen Konvent muß es sein, die KRITISCHE UNIVERSI-
TÄT in jeder Weise zu unterstützen, als ein Beispiel von Stu-
dienreform, die nicht durch "Maßnahmen" verordnet wurde, sonde
die sich bildete und weiter bildet im Prozeß des Begreifens
unserer historischen Situation.

SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*S

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

S O N N A B E D , 18.11.67 15.00 UHR

tagen folgende Arbeitskreise der Kritischen Universität in den Räumen der Studentenvertretung der Math.-Nat. Fakultät, Hüninger Str. 44 (Dahlem):

ZUR IDEOLOGIE DER NATURWISSENSCHAFTEN IN DER SCHULE

DIE IDEOLOGIE DER WERTFREIHEIT IN DEN NATURWISSENSCHAFTEN

PRÜFUNGSKRITIK IN DEN NATURWISSENSCHAFTEN

Was soll am kommenden Sonnabend getan werden?

Einführung in die einzelnen Themen.
Literatur wird angegeben werden, teilweise verteilt.
Untergruppen sollen gebildet werden, die sich mit einzelnen Fragen und Themen beschäftigen sollen.

WICHTIG : Im Arbeitskreis "Prüfungskritik in den Naturwissenschaften" werden Prüfungen des Landesprüfungsamtes besucht. Studenten, die nicht am Arbeitskreis teilnehmen wollen, dafür aber einigen Prüfungen beiwohnen wollen, können sich in der Studentenvertretung der Math.-Nat. Fakultät, Hüninger Str. 44, melden.

KRITISCHE UNIVERSITÄT KRITISCHE UNIVERSITÄT KRITISCHE UNIVERSITÄT

Sonnabend, den 18.11.67 15.00 Uhr

U KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

November 1967:
Die November-Ausgabe des 'Roten Morgen' - Marxistisch-Leninistische Monatszeitschrift erscheint (vgl. Sept. 1967, Dez. 1967). Sie trägt keine fortlaufende Nummer mehr. Erstmals enthält die Ausgabe ein Impressum. Danach ist der Herausgeber und verantwortlicher Redakteur, Ernst Aust aus Hamburg. Die Erscheinungsweise der Zeitung soll vorläufig monatlich sein.

Im Leitartikel "Unser Beitrag zum Roten Oktober" wird ausgeführt:"
In diesen Tagen und Wochen feieren Kommunisten in aller Welt den 50.Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Als der Panzerkreuzer Aurora durch einen Schuß das Signal zum Sturz auf das Winterpalais gab, brach eine wahrhaft neue Epoche der Weltgeschichte an. Die Völker der Sowjetunion begannen das Joch des Imperialismus abzuschütteln, und Millionen und aber Millionen Menschen in aller Welt begrüßten voller Hoffnung dieses Ereignis. Jahre vergingen, in der Sowjetunion wurde der Sozialismus errichtet und gewaltige wirtschaftliche Erfolge erzielt. Im großen Vaterländischen Krieg wehrte die Sowjetunion den Ansturm des Faschismus ab und bewies die große ihr innewohnende Kraft. Die von Lenin geführte Große Oktoberrevolution war eine gewaltige Revolution, die dem Weltproletariat den Weg zur Befreiung und zum Sozialismus eröffnete. Auch China und andere sozialistischen Länder erlangten die Befreiung auf dem Weg der Oktoberrevolution. Die Tragik war, durch den frühen Tod Lenins begünstigt, daß es in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution zu keiner Revolution auf ideologischem Gebiet kam und daher in späterer Folge zum Auftauchen des chrustschowschen Revisionismus, der die sozialistische Sowjetunion in einen revisionistischen Staat verwandelte … Gerade jetzt, anläßlich der Feiern zur Oktoberrevolution, rufen sie lautstark nach 'Einheit', um ihre Spaltertätigkeit zu verdecken, und geben sich als die wahrhaften Verteidiger des Marxismus-Leninismus aus. Die Masche ist wirklich nicht neu. Der Revisionismus ist der Todfeind des Marxismus … Wir grüßen anläßlich der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unsere sowjetischen Genossen und das sowjetische Volk … Unser Beitrag zum Roten Oktober aber
wird sein, im Sinne des Marxismus-Leninismus den Geist der fünf Kühnheiten zu
entfalten: Kühnheit des Denkens, Kühnheit der Rede, Kühnheit der Tat,
Kühnheit des Vorstoßes und Kühnheit der Revolution."

Weitere Artikel sind:
- Die größten Spalter der Geschichte,
- Viele Vietnams,
- Die heilige Allianz zwischen Imperialisten und Revisionisten,
- US-Lakaien das Maul gestopft.

In einem Artikel, der von E. Aust unterzeichnet ist, heißt es zum 'Roten Morgen' u.a.:"
Man sagte, ich gebe den 'Roten Morgen' heraus. Ich gab ihn nicht heraus. Jetzt gebe ich ihn heraus. Das heißt, ich zeichne für seinen Inhalt verantwortlich … Wir fürchten die Diskussion nicht. Wir wollen sie! Es wird sich zeigen, wer recht und wer unrecht hat. Was weitaus schwieriger für uns sein wird, ist, die Herausgabe der Zeitschrift zu sichern. Vorläufig erscheint sie einmal im Monat. Natürlich wünschen wir uns, die Zeitung könnte gedruckt, vierzehntägig oder gar wöchentlich erscheinen … So wie die Lage ist, werden wir weder Anzeigen noch Zuschüsse von irgendeiner Seite erhalten. Die Zeitung wird genau mit dem finanziert, was wir von unserem Lohn oder Gehalt abzweigen können, und was der Verkaufserlös erbringt … Deshalb unser eindringlicher Appell an alle: Helft mit, die Zeitschrift durch Verkauf zu verbreiten."

Aus Hamburg wird berichtet vom Besuch eines chinesischen Schiffes (vgl. 29.9.1967).
Q: Roter Morgen, Hamburg Nov. 1967

November 1967:
Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei (IA) gibt die Nummer 56 des 'Informationsbriefes' (IB) heraus (vgl. Okt. 1967, Dez. 1967). Er enthält die Artikel:
- F. Zimmermann:"Die Linke stellt die Weichen" [über eine zweitägige Konferenz der außerparlamentarischen Opposition in Frankfurt/M.]
- Dieter Schütt: Über die Geringschätzung von Emotionen [Leserbrief und Anmerkung der Redaktion dazu]
- B. M. [Leserbrief zu Herbert Marcuse und eine Anmerkung der Redaktion dazu]
- W. Lauritz: Haben wir Dutschke falsch interpretiert?
Q: Initiativausschuss zur Gründung einer Sozialistischen Partei: Informationsbrief, Nr. 56, Bergisch-Gladbach November 1967

Informationsbrief

Herausgeber: Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei

Postanschrift: Siegfried Markowski, 507 Bergisch Gladbach
Tel.: 59618 Bergisch Gladbach Dornröschenpfad 3
Postscheckkonto: 157 163, Postscheckamt Köln

Nr. 56 Einzelpreis DM -,50 incl. Porto November 1967

"Die Linke stellt die Weichen"

Unter der obigen Überschrift erschien in der "Frankfurter Rundschau" v. 31.10.1967 ein Artikel, den wir nachstehend in vollem Wortlaut veröffentlichen:

"Maßgebliche sozialistische Kräfte der außerparlamentarischen Opposition stellten am vergangenen Wochenende in Frankfurt a.M. die Weichen für ihr künftiges Vorgehen. Eine zweitägige Konferenz, zu der unter anderen der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, der Frankfurter Professor Habermas, der Sekretär des Kuratoriums "Notstand der Demokratie", Schauer, der Sekretär der "Kampagne für Abrüstung", Vack, und der SDS-Bundesvorsitzende Wolf eingeladen hatten, schloß mit einer Absage an Pläne zur Gründung einer neuen Partei, links von der SPD. Man verspreche sich nichts von neu organisierten Zusammenschlüssen, hieß es. Erforderlich sei dagegen örtliche Zusammenarbeit zur Vorbereitung und Durchführung politischer Aktionen - wobei man sich vorstellt, daß Zahl und Umfang der Aktionen steigen, Anlässe und Formen wechseln werden. Überörtlich hält man alles, was über Erfahrungsaustausch und Koordination hinausgeht, **für überflüssig** oder sogar für schädlich.

Dieser Weichenstellung wird erhebliche Bedeutung beigemessen, weil die Konferenz fast alle Strömungen der außerparlamentarischen Linken vereinigt, repräsentiert unter anderen durch so unterschiedliche Exponenten wie der Marburger Professor Abendroth, das DFU-Direktoriumsmitglied Knorr, den Berliner SDS-Theoretiker Dutschke und den IG-Metall-Chefredakteur Moneta.

In theoretischen Fragen traten zahlreiche Differenzen zutage, namentlich stießen sich manche Teilnehmer daran, daß die studentische Opposition, als deren theoretischer Sprecher neben Dutschke der Frankfurter Soziologe Negt in Erscheinung trat, die Bedeutung der organisierten Arbeitnehmerschaft unterschätze. In Fragen der Praxis zeigten sich jedoch kaum Meinungsverschiedenheiten. So bestand auch Einvernehmen darüber, daß sich die intellektuelle Linke künftig insbesondere mit Problemen der Einkommenspolitik beschäftigen müsse, um die Arbeitnehmer in ihren Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern und mit der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik wirksam unterstützen zu können; dabei ging man von der Erwartung aus, daß sich diese

Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten und Jahren weiter verschärfen werden."

Der Bericht der FR bestätigt nur, was wir in den Artikel "Platzhalter der KPD" (IB Nr. 51/52 Juni/Juli) bereits berichtet und interpretiert haben.

Auf den ersten Blick ist es wahrlich entmutigend, daß hier tatsächlich eine "SOZIALISTISCHE FRONT" auf breiter Grundlage entstanden ist, allerdings eine Front der linken Reaktionäre und Parteiverhinderer. [Es ist für den "Initiativausschuß" kein Trost, wenn wir feststellen müssen, daß wir nahezu die einzige Gruppierung in der BR sind, die in konsequenter Form sozialistische Politik vertritt im Gegensatz zu denjenigen Gruppierungen, die zwar dem Namen nach dem Sozialismus verbunden sind, die Frage nach der politischen Macht als Grundbedingung zur Durchsetzung einer sozialistischen Ordnung aus ihren Konzeptionen aber gestrichen haben.

Wir betonen nocheinmal: Es gibt vom marxistischen Standpunkt aus keine stichhaltigen Argumente gegen die Gründung einer sozialistischen Partei! Der ganze Opportunismus, die ganze Feigheit, Unfähigkeit, der ganze Schwachsinn der Parteiverhinderer ist offensichtlich!]

Selbst konservativ-bürgerliche Journalisten und Politiker haben das in bestechender und bewundernswerter Weise erkannt, wofür folgende Zeilen aus der evangelisch-konservativen Zeitung "Christ und Welt" (Nr. 43/67) bürgen mögen, die Johannes Gross schrieb:

> "Diese außerparlamentarische Opposition jüngsten Datums ist in der Tat prinzipiell ernst zu nehmen, weil sie zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die Legalität, die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung theoretisch in Frage stellt. Praktisch ernst zu nehmen ist sie allerdings so wenig wie die außerparlamentarischen Aktionen der Ära Adenauer. Sie hat keine Führung, keine erkennbare organisatorische Struktur, und es gelingt ihr nicht, einen konkreten Feind zu bestimmen. Ohne diese Bestimmung bleibt aber jede Opposition von Anfang an verloren. (Unterstreichungen von uns - die Red.).
>
> Die Parole "Alles ist Mist" drückt einen Gemütszustand aus, aber keine Marschrichtung. Der richtige Revolutionär erzeugt den Sturm auf die Bastille, zieht in die Generalstände ein, unterwirft sie dem revolutionären Willen und läßt dem König den Kopf abschlagen. Wer heute sich in prinzipielle Opposition begibt und grundlegende Umgestaltung beabsichtigt, muß die Symbole des Establishments zerschlagen und sich sein Machtinstrument dienstbar machen. Davon weiß die außerparlamentarische Opposition gar nichts. Sie kennt die Symbole nicht einmal und nicht die Zentren der Macht. Sie weiß nicht einmal, daß nur Bürgerkriege von der Provinz her gewonnen werden, Umstürze aber nur in der Hauptstadt. Und Berlin ist, wie wir alle zu gut wissen, an der äußersten Peripherie der Bundesrepublik.
>
> Es bleibt also dabei, daß es gegen die Große Koalition keine Opposition gibt, keine parlamentarische und keine außerparlamentarische. Innerhalb des politischen Systems kann es gegen die Große Koalition keine Opposition geben, und außerhalb des politischen Systems könnte es Opposition nur als revolutionäre Bewegung geben, für die die Revolutionäre

fehlen." (Unterstreichungen von uns - die Red.).

Wahrlich, ist die "linke Politik" der Abendroth, Knorr, Dutschke, Enzensberger und wie sie heißen mögen, treffender zu charakterisieren? Wohl kaum!

Die "örtliche Zusammenarbeit zur Vorbereitung politischer Aktionen" dieser Leute ist ohne das Ziel, eine breitere Basis herzustellen, um eine Partei gründen zu können, einen Dreck wert.

Die "linke Opposition", die keine ist, dient den Herrschenden als willkommener Popanz, der beschworen wird, um den erschreckten Bürgern klar zu machen, wie gut doch die Notstandsgesetze sind. Sie dient dazu, die Aktivitäten reaktionärer Kreise und Kräfte wie z.B. rechter Studenten usw. anzuspornen.

Die linke Opposition, wäre sie wirklich eine, würde natürlich auch verteufelt werden, jedoch hätte sie sich dies "ehrlich verdient".

Über die Abendroth, Knorr, Habermas, Schauer und Vack haben wir uns wirklich keine Illusionen mehr gemacht. Enttäuschend ist, daß intelligente und begabte Leute wie Dutschke und Enzensberger auf die reaktionäre Taktik der Erstgenannten hereinfallen. Es wäre unter den gegebenen Umständen besser, Dutschke würde sich nur um den Berliner SDS, Enzensberger um seinen Beruf kümmern, anstatt in der politischen Praxis sich zu Handlangern der KP-Steigbügelhalter zu degradieren. Eine Rolle, die ihren politischen Potenzen bestimmt nicht angemessen ist.

Es ist gewiß nicht so, wir haben das schon zig mal wiederholt, daß wir glauben, man brauche nur die einzelnen "linken" Organisationen zusammenschließen und die sozialistische Partei wäre fertig. Dies würde steriles Apparatdenken bedeuten. Wir haben eine "SOZIALISTISCHE FRONT" als Vehikel dazu verstanden, eine sozialistische Bewegung von da aus, wo ihre potentiellen Träger sind, von der Arbeiterschaft aus, ins Leben zu rufen.

Wir haben auch viele Male betont, daß durch das effektive Nichtvorhandensein einer Arbeiterbewegung die bestehenden Verhältnisse in all ihren Äußerungen lebensbedrohende, extrem enthumanisierende Formen angenommen haben, wobei die ihnen innewohnende Eigengesetzlichkeit zur Katastrophe führen muß, wenn ihr keine retardierenden Elemente entgegengesetzt werden. Das einzige reale entgegenwirkende Element ist bewußt geführter Klassenkampf.

"Man verspreche sich nichts von neu organisierten Zusammenschlüssen", heißt es. Verspricht man sich dann logischerweise etwas davon, daß die Arbeiterschaft weiterhin kein politisches Organ im weitesten Sinne besitzt, ihre Klasseninteressen durchzusetzen? Verspricht man sich etwas davon, daß man die Arbeiterschaft sich selbst überläßt und nicht gegen ihre umfassende Ausbeutung in geistiger, seelischer und materieller Hinsicht kämpft?

Verspricht man sich etwas davon, "ohne Führung, ohne erkennbare organisatorische Struktur" zu bleiben, als "Opposition, die es nur als revolutionäre Bewegung geben" kann, sich selbst auszuschalten?

Vielleicht verspricht man sich etwas davon, weiterhin sich in der Phrase zu erschöpfen, den Arbeitern fehle das Klassenbewußtsein, anstatt dieses Klassenbewußtsein in der Arbeiter-

schaft dadurch zu wecken, daß man ihr die Kenntnisse dessen, was ist, vermittelt. Dies jedoch setzt den Willen voraus, das Bestehende zu überwinden. Dann nämlich erst erhält Klassenbewußtsein einen konkreten Inhalt und Sinn, bleibt keine Phrase oder leeres Zitat. Solange der Arbeiter als Subjekt unbewußt vermittelt bleibt, solange schlägt die Notwendigkeit einer Veränderung nicht in bewußt geführte Praxis um, solange auch bleibt die Arbeiterschaft manipulierbares Objekt von Ausbeutung , Pervertierung und inhumaner Vermassung. Erst die Einsicht in ihre Objektstellung läßt die Arbeiterschaft zum Subjekt, zum Träger ihrer eigenen Entwicklung werden.

Anstatt also alles zu tun, um der Arbeiterschaft ein klassenpolitisches Instrument in der Organisationsform einer radikalen sozialistischen Partei zu schaffen, anstatt also radikal zu sein im Marxschen Sinne, nämlich "radikal sein heißt, das Übel an der Wurzel fassen", will sich diese kümmerliche "Linke Opposition" um die "Probleme der Einkommenspolitik" kümmern.!!

Die Probleme der Einkommenspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Kampf gegen die Notstandsgesetze und das Alibi der Linken, den Krieg in Vietnam, sind gewiß von erheblicher Bedeutung. Diese Kämpfe sind aber letztlich nur glaubwürdig und sinnvoll, wenn man den Massen erklärt, daß alle diese Dinge Ausfluß des kapitalistischen Systems sind und dieses System abgeschafft werden muß. Der erste Schritt hierzu kann wiederum nur in der allumfassenden Organisation der Arbeiterklasse getan werden.

Es gibt in der BR leider nur wenige Genossen, die ihre politische Zielsetzung nach dem o.A. ausrichten. Das Münchener Abkommen der "linken Opposition", für das wir keine Verantwortung tragen, wird uns jedoch von unserer politischen Zielsetzung nicht abbringen.

Die Bedeutung des I.A. war - so vielfältig auch die Hindernisse sind, die seiner Arbeit im Wege stehen - noch nie so groß als zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Wir sind jedoch auch mehr als je zuvor auf unsere Genossen und Leser und deren Initiativen und Propaganda für unseren Standpunkt angewiesen.

Jeder Genosse, der unseren Standpunkt als seinen eigenen propagiert, leistet wertvollere politische Arbeit als die Abendroth, der DFU-Schiffbrüchige Knorr, der Trotzkist Moneta, Schauer, Wolf und wie sie heißen mögen!

F. Zimmermann

- - - - - - - - - - - - - -

Leser schreiben uns:

Über die Geringschätzung von Emotionen

Unsere Genossen leben in der Gefahr, daß sie die Dinge zu sehr versachlichen. Ihr rethorischer Ausdruck rationalen Denkens läßt sie fern ab von der Wirklichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, zu Sektierern werden, die ständig, (genau wie bei der KPD) den Aufbau nach innen richten, die Sammlung der Rationalisten anstreben und sich damit zufrieden geben. Ja, zufrieden geben: denn sie verweigern eine konstruktive Aussage

und sehen die Alternative im "alles erklärenden" dialektischen Materialismus, der schon dafür sorgt, daß der Rationalismus sich auch eines Tages beim Volk durchsetzt.....

Unsere lieben Genossen haben tatsächlich alles begriffen und fühlen sich der KPD überlegen, weil sie aus deren Stagnation herausgebrochen sind, kommen aber nicht auf die Idee, diese Stagnation näher zu untersuchen. Ihr Ausbruch richtet sich in erster Linie gegen die untolerante Methode der Partei: innerhalb ihres Machtbereiches die Stagnation zu begründen. Unsere Genossen wollen wirklich eine freie marxistische Orientierung und sind bemüht, die Begriffe der Kritik und Selbstkritik zu verstehen. Insofern sind sie keine dogmatischen Sektierer und darum spreche ich auch von "unseren" Genossen.

Da für sie aber der Rationalismus die Lehre Nr. 1 ist, kann ich nicht umhin, diesen grundfalschen Standpunkt zu kritisieren. Sie stehen dem Volk zu pessimistisch gegenüber, glauben an gar nichts mehr an diesem manipulierten Volk und sehen nicht die geringste linke Potenz. Im Kampf der Marxisten um das Volk - und dieser Kampf ist der Beitrag zum dialektischen Materialismus - muß man die emotionalen Gesichtspunkte an die erste Stelle setzen. Nur durch die Förderung des Emotionalen kann man den Rationalismus allumfassend verwirklichen.

Die Linken und die Rechten hatten vor 1933 die gleiche Ausgangsposition; da die Rechte jedoch mit Emotionen operierte, konnte sie schließlich siegen und die Linke zerschlagen. Und es war ihr dann sogar möglich, ohne Rationalismus - der ihr ja fremd ist - zu regieren.

Wenn einige Genossen meinen, heute seien die Menschen befreit oder "geheilt" von emotionalem Denken und für sie sei jedes Pathos ein Tabu, dann irren sie sich. Die moderne Werbepsychologie auf dem ökonomischen Sektor arbeitet ausschließlich mit diesen Methoden. Je besser diese Methoden angewandt werden, um so besser verkaufen die Kapitalisten ihre Waren. So arbeitet auch die herrschende Klassenpartei mit rein emotionalen Propagandamethoden, die besonders bei der weiblichen Bevölkerung ihre Wirkung nicht verfehlen. Die rein an die Vernunft appellierenden Werbesprüche der Linken verhallen jedoch im leeren Raum. Man könnte noch hunderte Beispiele anführen, die beweisen, daß Emotionen in der Dialektik basierende Notwendigkeiten sind. Ohne Emotionen wird ein rationelles Denken unmöglich.

In diesem Zusammenhang sei ein Artikel von Günter B a r t s c h über die Philosophie Mao Tse tungs erwähnt, in dem es heißt:

> "Nach Lenin erlangen wir Erkenntnis durch Wiederspiegelung der Realität im Bewußtsein. Laut Mao vollzieht sich die Erkenntnis nicht reflexhaft, sondern sie passiert die Schwellen mehrerer Stufen. Nach ihm findet die Wiederspiegelung nur auf emotionalen Stufen der Empfindungen statt, die dem Denken erst den Anschauungs- und Erfahrungsstoff liefern. Während Lenin die passive Seite des menschlichen Geistes unterstreicht, der die Wirklichkeit registriere oder fotographiere, spielt Mao eine ausgesprochen aktivistische Rolle. Mao unterschied 1937 zwei Stufen der Erkenntnis - die emotionale der Empfindungen und Eindrücke sowie die Stufe der rationalen Erkenntnis als eine solche des Begriffs, des Urteils und des Schlusses. Er schrieb:

"Die logische Erkenntnis unterscheidet sich von der Sinneserkenntnis dadurch, daß die emotionale Erkenntnis nur einzelne Seiten, Erscheinungen und den äußeren Zusammenhang der Dinge, die logische Erkenntnis dagegen, die einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeutet, das Allgemeine, das Wesen und den inneren Zusammenhang der Dinge erfaßt. Das Emotionale und das Rationale sind ihrem Charakter nach verschieden, jedoch sind sie nicht voneinander zu trennen, da sie sich auf der Grundlage der Praxis vereinen."

Dieter Schütt, Hamburg

Anmerkung der Redaktion: Leserzuschriften stimmen oft mehr oder weniger nicht mit unserer Meinung überein. Trotzdem ist es für uns selbstverständlich, daß wir auch Zuschriften veröffentlichen, mit deren Inhalt wir nicht konform gehen, wenn sie uns als Diskussionsgrundlage geeignet erscheinen und uns der notwendige Platz in unseren IB zur Verfügung steht.

Dank dem Genossen Schütt für seinen Artikel. Das Motiv seiner Ansichten dürfte in einer verständlichen Ungeduld über die scheinbar permanente Erfolglosigkeit linker Agitation und Propaganda zu suchen sein. Vielleicht hatte der Gen. Sch. sich schon oft über die Linke geärgert, die stereotyp irgendwelche "marxistischen" Formeln herunterleierten und damit nur bewiesen, daß sie eben keine Marxisten waren, die die gesellschaftliche Wirklichkeit in etwa in den Griff bekamen.

Soweit, so gut. Gen. Sch. jedoch scheint von einem Extrem ins andere gefallen zu sein, wenn er sich über die "Versachlichung der Dinge" mokiert, wenn er einen Gegensatz zwischen dem "irrationalen, emotional ansprechbaren Volk" auf der einen Seite und den "rationalen Marxisten" auf der anderen Seite konstruiert!

Sind es nicht unsere Klassengegner, die die Wirklichkeit der kritischen Vernunft mit einer irrationalistischen Theorie der Gesellschaft zu verneinen suchen? Bloch schloß seine Rede in Frankfurt zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels mit dem Ausruf: "Es lebe die kritische Vernunft"! Es sollte doch eine Pflicht für jeden Marxisten sein, wo immer er dazu Gelegenheit hat, mitzuhelfen, die "Dinge" durchsichtig zu machen, auf daß sie verstanden werden können.

Der formal konstruktive Wille einer Persönlichkeit oder einer Gruppe, irgend etwas zu ändern, genügt nicht. An der Art, wie die Masse einer Ideologie anhängt oder nicht anhängt, erweist sich die reale Kritik der Rationalität und Geschichtlichkeit der Denkweisen. Jene Ideen, die den Bedürfnissen einer komplexen und organischen geschichtlichen Periode entsprechen, werden sich schließlich durchsetzen, auch wenn sie viele Zwischenphasen durchlaufen.

Mit anderen Worten: die Verbreitung neuer Anschauungen erfolgt aus politischen, in letzter Instanz gesellschaftlichen Gründen, wobei das organisatorische Element dieses Prozesses eine sehr große Rolle spielt.

Die Befangenheit vieler Menschen in irrationalen Ideen, Anschauungen usw. entspricht doch der Irrationalität des spätkapitalistischen Systems an sich. Will der Gen. Sch. etwa die Befreiung des Menschen durch bzw. in einer geplanten, vernünftigen und freien Gesellschaft, einer Gesellschaft, die aller vernünftigen, rationalen Potenzen bedarf, durch Emotionen und Irrationalismen erreichen? Wohl kaum.

Lesen wir nochmal den berühmten Satz von Marx aus dem Vorwort von "Zur Kritik der politischen Ökonomie", der da lautet:

> "In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebenso wenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen erklären".

Es ist ja nicht so, daß die Bourgeoisie erklärt, ihre Theorie der Gesellschaft sei irrationalistisch. Sie setzt vielmehr vor die Autonomie der Vernunft irrationale Gegebenheiten ("Naturrecht", "menschliche Würde", "Volkstum", "Ganzheit", "existenzielle Sachverhalte" usw.) von denen die Vernunft kausal, funktional oder organisch abhängig ist. In der Irrationalität bürgerlicher Ideologien und Theorien offenbart sich das Bestreben des Systems, möglichst rational das irrationale System irrational zu rechtfertigen und zu erhalten. Das liest sich recht kompliziert, ist aber ein einfacher Tatbestand, wenn man sich die Dialektik der Begriffe vor Augen hält.

Betrachten wir z.B. die christliche Religion. Sie war bis zu einer gewissen geschichtlichen Periode und unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen eine "Notwendigkeit", eine notwendige Form des Willens der Volksmassen. Sie war eine bestimmte Form der Rationalität der Welt und des Lebens und schuf den allgemeinen Rahmen für die reale praktische Tätigkeit.

Der Gen. Schütt hat in seinem Beitrag eine Reihe von Problemen angeschnitten, die hier nicht behandelt werden können. Man müßte z.B. damit beginnen, den Vernunftbegriff zu erläutern, denn die Vernunft war und ist ja ebenfalls historischen und gesellschaftlichen Bedingungen unterworfen. Seine Behauptung, die Linken und die Rechten hätten vor 1933 die gleichen Ausgangspositionen gehabt und der Faschismus habe nur gesiegt, weil er mit Emotionen operierte, ist eine falsche und unzulässige Verallgemeinerung.

Trotzdem glauben wir zu verstehen, was der Gen. Sch. zum Ausdruck bringen wollte. Die Marxisten müssen, so meint er vielleicht, mehr als bisher in ihrer Argumentation auf die Gefühle, Wünsche und Bedürfnisse der Massen eingehen. Die Schwierigkeit liegt jedoch darin, daß viele dieser Gefühle, Wünsche und Bedürfnisse der Menschen unfrei sind, entstanden in einer entfremdeten Gesellschaft. Auch manche Wünsche und Bedürfnisse von Individuen, welche zur Einordnung in den antagonistischen Arbeitsprozeß erzogen worden sind, müssen kritisiert werden.

Die rationalistische Theorie der Gesellschaft ist wesentlich kritisch: sie stellt die Gesellschaft unter die Idee einer theoretischen und praktischen, positiven und negativen Kritik. Leitfaden dieser Kritik ist einerseits die gegebene Daseins-Situation des Menschen als eines vernünftigen Lebewesens, d.h. eines Lebewesens, dem die freie, durch das erkennende Wissen geführte Selbstgestaltung seines Daseins auf-

gegeben ist - und andererseits der gegebene Stand der Produktivkräfte und die ihm entsprechenden bzw. widersprechenden Produktionsverhältnisse, als der Maßstab für die jeweils realisierbaren Möglichkeiten der vernünftigen Selbstgestaltung der Gesellschaft.

Marxisten müssen unterscheiden lernen zwischen echten, positiven Gefühlen der Menschen und negativen, unechten. So müssen die vor allem unter der Arbeiterschaft weit verbreiteten antikapitalistischen Gefühle ausgenutzt und klarer formuliert werden.

Jenen, die da glauben, die Wirklichkeit ließe sich nur anerkennen, müssen wir entgegenhalten, daß wir sie erkennen und entsprechend handeln können.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Gen. B.M. schrieb uns:

Genossen!

Den IB Nr. 53/54 (Aug./Sept.) halte ich als Ganzes wieder für eine großartige und kämpferische Ausgabe, die ich mit grossem Interesse gelesen habe.

Eurer totalen Akzeptierung ("u.E. vertritt Marcuse einen richtigen Standpunkt") der in diesem IB zitierten Aussagen von Marcuse kann ich mich jedoch auf gar keinen Fall anschließen! Und zwar in folgendem (I.B. S. 10):

> "Der Guerillakampf als solcher stellt keine fatale Bedrohung des Systems dar: auf die Dauer kann er der technischen "Endlösung" nicht standhalten. Das System behält sich die Entscheidung vor, ob und wann es den "Sieg" durch totale Verbrennung und totale Vergiftung beschließen wird. Die "Endlösung" in Vietnam wäre die endliche Sicherung der Macht des Kapitals, das seine Interessen mit Hilfe von Militär- und Besitzdiktaturen weiter ausdehnen und die sozialistischen Länder zu immer angestrengterer Verteidigung (oder zu ohnmächtiger Neutralität) zwingen würde".

Wie - in aller Welt - könnt Ihr solches defätistisches Geschwätz nicht nur nicht zurückweisen, sondern sogar als "richtig" annehmen??!!

Morgen ist der 21. 10., vor Tagen schon begann der Sturm gegen die vietnamesische, die laotische ....US-Aggression. Vietnam allein ist noch nicht "endgelöst", trotzdem wächst in den USA (und eben nicht nur hier) der Widerstand gegen die Fortführung (geschweige Endlösung) allein des Vietnam-Krieges in solch gewaltigem Ausmaß an, daß man bald von Aufständen wird sprechen können. Zudem hätte ein "endgelöstes" - und das wäre nur auf atomarem bzw. nuklearem Wege zu erreichen - Vietnam absolut keinen wirtschaftlichen Wert für das (imperialistische) System und der strategische wäre recht zweifelhaft; die stationierten Kräfte wären neben dem langen Versorgungsweg dem dauernden, mächtigen Druck der Nachbarvölker ausgesetzt. Weiterhin würde der revolutionäre Prozeß auf der ganzen Welt schon emotionell aktiviert werden. Die "Endlösung" gar im Weltmaßstab wäre um ein vielfaches "unmöglicher", ja schlechtweg sinnlos.

Auch Herr Marcuse gehört letztlich i.S. des "unfrommen", doch großartigen Artikels des Gen. Lauritz (I.B. 53/54) in den Kreis unserer gottbefohlenen Linksintellektuellen. Ein solcher Defätis-

mus ist eine Beleidigung aller Völker, die im Kampf gegen den Imperialismus stehen!!

Anm. d. Redaktion:

Ebenfalls Dank dem Gen. B.M. für seine Zuschrift. Seine Schimpferei über den "Defätisten" Marcuse auf chinesisch hilft jedoch nicht weiter, das Problem, in diesem Falle das zitierte Interview von Marcuse, richtig zu erfassen.

Wir müssen also nicht das "Geschwätz" von Herbert Marcuse, wohl aber die Ansicht des Gen. B.M. zurückweisen, womit ja wohl zum Ausdruck gebracht sein dürfte, daß wir nach wie vor die Ansicht von Marcuse für richtig halten. Warum?

Nun, Gen. B.M. übersah den ebenfalls im IB zitierten, völlig richtigen Nachsatz von Marcuse, der in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung ist:

> "Diese Tendenz kann nur gebrochen werden, wenn der Widerstand der Opfer des Neokolonialismus eine Stütze findet in der "Gesellschaft im Überfluß" selbst, in der Metropole des Spätkapitalismus und in den von der Metropole in ihrer Selbständigkeit bedrohten schwächeren kapitalistischen Ländern. In den kapitalistischen Ländern des europäischen Kontinents jedenfalls bleibt die politische Reaktivierung der Arbeiterbewegung im internationalen Rahmen Voraussetzung für die Wirksamkeit der Gegenbewegung".

Eine einseitige Betrachtung des Guerillakampfes und seiner Möglichkeiten und der antiimperialistischen Aktionen in den USA und den kapitalistischen europäischen Ländern führt notwendigerweise zu einseitigen Ergebnissen!

Gen. B.M. bestätigt unbewußt die Richtigkeit der Auffassung von Marcuse, wenn er davon schreibt, daß die Protestbewegungen gegen die US-Aggression in Vietnam in den USA und nicht nur hier immer mehr an Umfang zunehmen. Gewiß bedeuten selbst diese polizeilich genehmigten Demonstrationen keine unmittelbare materielle Hilfe für das vietnamesische Volk, jedoch sollte man die moralischen Auswirkungen nicht übersehen, die z.B. darin bestehen, daß die US-Soldaten, die in ihren Zeitungen und Zeitschriften vom ständig anwachsenden Widerstand und Protest in aller Welt gegen den Krieg in Vietnam lesen, darob in ihrem Kampfeswillen nicht gerade gestärkt werden.

Darüber hinaus könnte eine organisierte, antiimperialistische Arbeiterschaft z.B. in der BR sehr konkrete Aktionen starten, um dagegen zu protestieren, daß die Bundesregierung die USA in Vietnam unterstützt.

Es redet sich so leicht daher vom "heldenhaften Kampf" des vietnamesischen Volkes. Dabei vergißt man, daß dieses Volk schon seit über 25 Jahren blutet und was dies konkret für die Menschen bedeutet.

Die amerikanische Eskalation macht nicht halt. Les Temps Modernes schrieben schon völlig zu recht im August 1966:

> Ihre nächsten Schritte zielen auf die Zerstörung der gesamten sozialen Ordnung der DRV: die amerikanische Luftwaffe bereitet sich darauf vor, die Deiche des Roten Flusses in die Luft zu sprengen - und somit den gesamten Reisanbau im Tonkingebiet und einen großen Teil der 10 Millionen Einwohner des Deltas zu vernichten; die amerikanische Infanterie

bereitet sich auf eine Invasion an der nordvietnamesischen Küste vor.

> ....Die Vereinigten Staaten gehen bewußt das Risiko eines Weltkrieges ein, da sie, angesichts der inneren Spaltung des sozialistischen Lagers, dieses Risiko sehr klein halten. Ihr Ziel....geht weit über Vietnam hinaus.

Der Nachweis, so die französische Zeitung, daß jede Anstrengung vergeblich sein wird, die vom amerikanischen Imperialismus auferlegten sozialen und internationalen Verhältnisse zu ändern, ist noch nicht ganz erbracht, aber er ist auf dem besten Wege dazu. "Seit sechs Jahren befindet sich der Imperialismus auf der ganzen Welt in der Offensive, er setzt Regimes ab und ein, in Santo Domingo, in Brasilien, in West- und Zentralafrika, in Indonesien, in Bolivien, in Argentinien.... Im Kielwasser der amerikanischen Aggression gegen Vietnam rückt auf allen Fronten die wildeste und finsterste Reaktion heran, ohne daß die Wilson, Brandt, Mitterand, Mollet, Nenni, die so höflich protestieren - denn Johnson, nicht wahr, ist ein Mann, der leicht in Zorn gerät, und man braucht doch sein Ohr, um das große Amerika zu beeinflussen - ohne daß sie sich alle bewußt sind, daß der Imperialismus bei diesem Tempo bald ihrer treuen Dienste wird entraten können."

"Die USA sind davon überzeugt, daß die UdSSR bis zuletzt vor einer Kraftprobe zurückschrecken wird. Sie glauben, daß eine Provokation gegen China das sowjetische Lager nicht von der Stelle bewegen wird. Sie meinen, China dazu zwingen zu können, daß es entweder durch eine passive Haltung angesichts der Vernichtung und Besetzung der DRV das Gesicht verliert, oder daß es ihnen durch seine Reaktionen den Anlaß liefert, seine Atomzentren zu zerstören und, falls das nicht genügt, die chinesischen Städte in Leichenfelder zu verwandeln. Sie rechnen damit, daß die UdSSR danach freudig die blutige Hand Amerikas ergreifen und mit ihm, im Weltmaßstab, ein neues Münchner Abkommen unterzeichnen wird.

Jede neue Aggression gegen die DRV verringert den Handlungsspielraum des soz. Lagers und rückt den Zeitpunkt näher, da es in das schlimmste Dilemma getrieben sein wird: in die allgemeine Kapitulation oder den allgemeinen Krieg."

.." Öffentlich erklären, daß es eine Grenze gibt, jenseits derer man Schlag für Schlag heimzahlen wird; sich dabei der Unterstützung all der Völker versichern, die von den amerikanischen Schlächtereien ebenso angewidert sind wie von ihrem eigenen Unvermögen, dem vietnamesischen Volk zu Hilfe zu kommen, das sich für sie alle schlägt; heute willentlich das Risiko des Kriegs auf sich zu nehmen: Das ist das sicherste Mittel, um zu verhindern, daß man morgen nur die Wahl hat zwischen einem erzwungenen Krieg und der Zerstörung aller revolutionären Staaten und Bewegungen in Asien und anderswo."

Soweit das französische Blatt, zitiert aus "Kursbuch" Nr. 9.

Wir sind überzeugt, daß der Gen. B.M. ebenfalls der Meinung ist, daß das vietnamesische Volk in seinem Kampf nur wird bestehen können, wenn es sich

1. auf seine eigenen Kräfte stützt,
2. weitgehende Unterstützung der Länder des soz. Lagers und der VR China erhält und

3. durch Kampfmaßnahmen jeder Art gegen die US-Aggression in den kapitalistischen Ländern und den USA direkt und indirekt unterstützt wird.

Der "Defätismus" von Marcuse besteht so bei Lichte besehen darin, daß er besonders den o.a. Punkt 3 für notwendig erachtet. wir auch.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Haben wir Dutschke falsch interpretiert?

Ein geschätzter Leser aus Berlin schrieb uns:

"Im neuen IB... unterläuft dem Gen. Lauritz in seinem Artikel "Tote in Berlin" eine .... Vereinfachung in Bezug auf Dutschke.
Niemals würde Dutschke zugeben, daß revolutionäre Aktionen ohne die Arbeiterklasse zu machen sind. Die kritische Universität war als Barackenuniversität in Siemensstadt geplant, gerade um mit Arbeitern Verbindung aufnehmen zu können. Die SDS-Genossen arbeiten in Gewerkschaftsgruppen und schlagen sich mit den Vorständen herum. Sickert ist einige Male ganz schön auf die Nase gefallen, was nicht geschehen wäre, wenn wir nicht an diesen Gewerkschaftsdiskussionen teilgenommen und Vorarbeit geleistet hätten.

Ich entsinne mich der Diskussion am 17. Juni in der Neuen Welt, als man Dutschke und uns vorwarf, wir würden eine für Arbeiter unverständliche Sprache reden. Dutschke gab das selbstkritisch zu. Wir versuchen das zu ändern durch Flugblattaktionen, z.B.: Dann steht man da. Manche Arbeiter und "Bus- und Taxifahrer" würden einen am liebsten totschlagen, andere Arbeiter kommen und sagen: ist aber dufte, daß ihr das macht. Gib gleich mal einen ganzen Stoß, die verteile ich im Betrieb. Dann kommt die Polizei und man steht allein. Natürlich haben wir es im Augenblick noch leichter als jeder Arbeiter. Wir werden noch nicht sofort von der Uni geworfen.

Fetischisierung der Studenten oder des SDS liegt uns fern. Das besorgt die Springerpresse mit ihren Radikalinski- und Minderheitenparolen und ihrer Rädelsführertheorie.

Daß eine elitäre Gefahr besteht, könnte ich nicht ganz abstreiten. Aber auch zur Elite würde Disziplin gehören und mit der ist es nicht weit her.....
Dutschkes Vorwurf der Fetischisierung der Arbeiter richtet sich, so meine ich, vor allen Dingen gegen die SED, die unter Klassenbewußtsein nur das von ihr manipulierte Arbeiterbewußtsein verstehen will. In der SED ist man wieder wer. DDR-Bürgerlichkeit ist Trumpf und man will sich durchaus von den "verlodderten" Studenten unterscheiden. ....

Am Schöneberger Rathaus stand am 21.10. ein dufter Spruch:

Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten!

Soweit der Berliner Genosse. Wir sind für jede direkte Information dankbar, auch wenn sie mit Kritik an uns verbunden ist.
Ich muß zugeben, daß sich mein Vorwurf an Dutschke, er

spreche von der "Fetischisierung der Arbeiter" in meiner kurzen Betrachtung "Tote in Berlin" (IB Nr. 55) usw. usf. auf eine Meldung der "Frankfurter Rundschau" über den SDS-Kongreß in Frankfurt stützt. Trotzdem kann das keine stichhaltige Begründung oder Entschuldigung sein, denn ich hätte berücksichtigen müssen, daß Dutschke im SPIEGEL ja ebenfalls ausführte, eine kritische Universität sei geplant, um gemeinsam mit Arbeitern aktuelle Themen und Aktionen durchzusprechen.

Mein Vorwurf an Dutschke, er gerate in Gefahr, anstatt der Arbeiter die Studenten oder den SDS zu tabuisieren, dürfte also nicht gerechtfertigt sein. Das ist gut so, sowohl für die Studenten als auch die Arbeiter.

Ich habe mir geschworen, Presseberichten gegenüber noch skeptischer und kritischer zu sein. Einen Vorwurf kann ich jedoch unseren Berliner Genossen und Lesern nicht ersparen: es wäre wünschenswert, daß sie uns besser informieren, was in Berlin vorgeht, so daß wir nicht (oder nicht nur) auf Berichte der bürgerlichen Presse angewiesen sind.

W. Lauritz

- - - - - - - - - - - - - - - -

November 1967:
Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Heidelberg gibt das 'forum academicum' - Heidelberger Studentenzeitschrift Nr. 5 (vgl. Juli 1966, Dez. 1967) heraus mit einem Bild von Che Guevara sowie den Artikeln und Beiträgen:
- "NHB - Kommilitonen! Uns reichts!" zu den Angriffen des NHB auf das 'forum academicum', von Frank

Pohlers;
- "Kronstadt 1921 oder die Dritte Revolution" von Gerhard H. Kurz;
- "Räte contra Bürokratie" von Volker Wagner;
- "Erneste Ché Guevara. Die Askese des Aufstands" von C. B. Gutiérrez;
- "Zum Prozeß gegen Regis Debray" von Günter Mangold;
- "Der geprellte Swinegel und die unermüdlichen Hasen. Historische Spekulationen über eine soziologische Definition des 'Intellektuellen'" von H. G. Schmierer;
- "Die Brötchen des Herrn Hahn. Bemerkungen zum Entwurf eines 'sehr hilfreichen, zeitgemäßen, und bedeutsamen Gesetz(es)" zum Hochschulgesetz (HG);
- "aufgeschnitten" zu Büchern; sowie
- "Springer-Dossier oder das Quentchen Macht".
Q: forum academicum Nr. 5, Heidelberg Nov. 1967

November 1967:
Im November erscheint, nach einer handschriftlichen Datierung, in Tübingen die Flugblattserie 'Notstand - Tübinger Informationsblätter', die zu den Bundestagshearings am 9.11.1967 herausgegeben wird von der Aktionsgemeinschaft gegen die Gefahren der Hochschulgesetzgebung (AGN), die besteht aus dem AStA der Universität, der ESG, der HSU, dem LSD, dem RCDS, dem SDS und dem SHB, zu den Themen:
- 1. "Wie plant die grosse Koalition den 'Notstand?'";
- 2. "Inkraftsetzung, Kontrolle und Beendigung des Notstands";
- 3. "Die Beschränkung des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnisses";
- 4. "Dienstverpflichtung und Notstandgesetzgebung";
- 5. "Der innere Notstand (Artikel 91)";
- 6. "Der Gemeinsame Ausschuß" zum Notparlament; sowie
- 7. "Die alliierten Vorbehaltsrechte".
Q: AGN: Notstand - Tübinger Informationsblätter Nr. 1-7, Tübingen o. J. (1967)

November 1967:
An der LMU München erscheint vermutlich im November das Flugblatt "Wer ist die MSU?" zur Münchner Studenten Union der CSU, welches auf deren Verbindungen zur CSU, dem RCDS, der Katholischen Studentengemeinde (KSG) und dem Cartellverband (CV) hinweist.
Q: Ress, Ulrike: Wer ist die MSU?, München O. J. (1967)

Wer ist die MSU?

Als „modern-sachlich-unabhängig" präsentierte sich kürzlich eine Wahlgruppierung „Münchner Studenten Union" in einer 40-seitigen Broschüre, und es „haben Schlagworte wie 'rechts' und 'links' hier keine Bedeutung". Eine umso größere Bedeutung kommt allerdings dem Schlagwort „fortschrittliche Mitte" zu.

Hat der studentische Wähler nicht das Recht zu erfahren, wer sich hinter der MSU verbirgt? Oder will die MSU bewußt verschleiern, welchen studentischen Verbänden ihre Kandidaten angehören? Warum geben die MSU-Kandidaten nicht an, daß sie in der überwiegenden Mehrheit einer Korporation oder dem RCDS bzw. der CSU angehören? Ist es nicht eine Lüge, wenn politisch eindeutig festgelegte Kandidaten sich als unabhängig und unpolitisch bezeichnen? Ist das „Sachlichkeit"? Auf welch „moderne" Weise finanziert die MSU ihren aufwendigen Wahlkampf? Von seiten der MSU ist bereits soviel mit Polemiken, Unterstellungen, falschen Behauptungen und offenen Lügen gearbeitet worden (ist das die Form wie die kath. Korporationen und der RCDS ihr Christentum praktizieren?), daß die Gefahr groß ist, ebenfalls zu polemisieren. Daher soll der Beweis, daß die MSU weder „unabhängig" ist, noch die „fortschrittliche Mitte" vertritt, nur an Hand von Dokumenten geführt werden:

Die MSU vor 10 Monaten

Aus dem Wahlflugblatt der MSU zur Konventswahl im Januar 1967:

> „Die Kandidaten der MSU . . . werden unterstützt vom CV (Cartellverband der farbentragenden kath. Verbindungen),
> EFS (Europ. Föderal. Studentenverband),
> KV (Kartellverband der nicht farbentragenden kath. Verbindungen),
> RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten),
> UV (Unitas Verband),
> KHG (Kath. Hochschulgemeinde)."

Da der KHG sämtliche katholische Studierende an d Universität angehören, protestierten mehrere k der MWG (Münchner Wahlgemeinschaft) kandid rende katholische Studenten mit Erfolg gegen d Unterstützung der MSU durch die KHG. Bei d jetzigen Konventswahl gibt die MSU nicht mehr welche dieser Gruppierungen sie unterstützt.

RCDS und KSG

Zitate aus der „Anlage 1 zum Rundschreiben d KSG an die Senioren und Leiter der kath. Studente gruppen": (Mai 1967):

> „. . . bei den letzten Konventswahlen wurd von den Verbindungen kaum Kandidaten nom niert. Dazu mußte der gesamte Wahlkampf u die damit verbundene Arbeit vom **RCDS** - Vo sitzenden und zwei seiner persönlichen Freun allein getragen werden. Finanzielle Unterstützu kam von keiner Seite. Der **KSG - Vorstand** w dazu auch nicht in der Lage, weil zu viele Ve bindungen ihrer Beitragspflicht nicht nachkom men . . . Bei der letzten Versammlung wurde fo gendes angeregt: a) Eröffnung eines Kontos f die MSU (bereits erfolgt: Bayer. Raiffeisenkas MSU 6680). Rechtzeitige Aufstellung und B kanntgabe einer Kandidatenliste für alle Verbi dungen der KSG (intern) . . . "

Die „Badische Volkszeitung" vom 27. 7. 67 gibt ei Meldung der KNA (Kath. Nachrichtenagentur) wi der, die sich auf eine Erklärung der „Katholisch Studentenverbindungen im CV" bezieht:

> „Der CV will mit allen Studenten, besonders m denen, die in kath. und ev. Verbänden organisie sind, bei den künftigen Wahlen der studen schen Vertretungen eng zusammen arbeiten . In Berlin, Köln und München seien entsprechende Aktionen für die Wahlen im Wintersemest eingeleitet."

Die CSU lädt ein . . .

Von einem Kommilitonen („Ich bin zwar CSU- und JU-Mitglied, hoffe aber, daß die MWG die Wahlen gewinnt . . . ") wurde der MWG ein Rundschreiben der CSU vom 6. 11. 67 zugeschickt:

„An der Münchner Universität haben die radikalen Linksaußengruppen (SDS und LSD vereint in der MWG) trotz einer Minimitgliederzahl von etwa 200 bei einer Gesamtstudentenzahl von 23.000 Studenten die Macht im Konvent und im AStA. Wir können es uns nicht mehr leisten, an den Hochschulen abseits zu stehen, wenn die Studentenorgane mit Zwangsbeiträgen der Studenten immer offener Aufruhr und Marxismus predigen. Wir müssen uns geschlossen an der Universität engagieren . . . Der Bezirksgruppenausschuß der Jungen Union München hat am 2. 11. 67 ohne Gegenstimme beschlossen:

1) Die JU München unterstützt offiziell die Wahlliste der Münchner Studentenunion (MSU)!

2) Die Mitglieder der JU werden gebeten, si geschlossen für eine Kandidatur bei der MS zur Verfügung zu stellen, da jede Zersplit rung unserer Sache schadet.

Jeder, der sich als Kandidat oder Wahlkam helfer zur Verfügung stellen will, soll sich Büro der MSU, 8 M 23, Ohmstr. 9 bei „Arbei kreis für Gesellschaft und Politik" Telefon 3373 (Mo - Fr 10 bis 13 Uhr, unregelmäßig auch 14 - Uhr) melden.

Die Junge Union München lädt alle, die sich f eine Mitarbeit bei der MSU interessieren, am Do nerstag, den 9. November 1967 um 18,30 in den Sa der CSU - Landesleitung, München, Lazarettstr. ein."

CV und Studenten

Der CV hat über 33.000 Mitglieder; von diesen M gliedern sind Studenten nur etwa 10.000.

Entscheiden Sie selbst, ob die MSU unabhängig ist von der KSG, vom CV und anderen Verbindungen, vom RCDS und von der CSU!

Verantwortlich: Ulrike Ress, 8 M 13, Barerstr. 46

Druck: Dr. J. Herp, 8 M 13, Amalienstr.

November 1967:
Der AStA der LMU München gibt vermutlich im November das Flugblatt "Was tut der AStA? Was will der AStA?" heraus, u.a. zur Forderung nach Urabstimmung.
Q: LMU-AStA: Was tut der AStA? Was will der AStA?, München 1967

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS
DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN – ASTA

1967

Was tut der AStA?
Was will der AStA?

Öffentlichkeit der Arbeit des AStA

Die Ziele und die Arbeit des AStA sind jedem Studenten bekannt. Der AStA versucht seit einem halben Jahr die öffentliche Diskussion über alle anstehenden Probleme in großem Stil in Gang zu bringen. Der AStA ist nicht der Meinung, daß er in jedem Fall die Interessen der Studenten von vornherein kennt, sondern daß es hierzu einer intensiven Kommunikation zwischen dem AStA und der studentischen Öffentlichkeit bedarf. Deshalb hat sich der AStA um eine stärkere Information aller Studenten vor allem über aktuelle Probleme durch die sogenannte „Schnellinformation" bemüht. Die Kommunikation darf jedoch nicht einseitig verlaufen, sondern die Studenten müssen ihrerseits dem AStA Anregungen und Vorschläge übermitteln können. Nur in der freien Diskussion in Versammlungen können die Einzelerfahrungen integriert und auf eine Abstraktionsebene gehoben werden, wo sie als Grundlage für die Arbeit des Konvents und des AStA dienen können.

Da in der gegenwärtigen Situation jedoch die Entscheidungen selber von Repräsentanten (= Konvent) gefällt werden müssen, ist es wegen des sich dort entwickelnden Eigeninteresses und der sich besonders bei konservativen Konventsmitgliedern bildenden Anmaßung einer Elitefunktion notwendig, ein Korrektiv zu AStA und Konvent zu schaffen in Form einer

Urabstimmung.

Über elementare wichtige Fragen, soll die Studentenschaft selber in Form einer Abstimmung entscheiden. Der AStA ist der Meinung, daß er selber nicht einen solchen Sachverstand besitzt, daß seine Entscheidungen nicht bisweilen einer direkten Bestätigung durch die Studentenschaft bedürften. Wegen der Kosten und Arbeit wird eine Urabstimmung natürlich nur bei sehr bedeutenden Entscheidungen sinnvoll sein. Der Satzungsentwurf des AStA sieht daher für die neue Satzung die Möglichkeit einer Urabstimmung vor.

Die Minderheit des Konvents sprach sich grundsätzlich gegen eine Urabstimmung aus, weil den einfachen Studenten der Sachverstand abgehe. Um die Urabstimmung praktisch unwirksam zu machen, verlangte man dann, daß eine Urabstimmung nur dann Erfolg hat, wenn sich 40 % der Abstimmungsberechtigten für den Antrag aussprechen. Die in München bisher erreichte höchste Wahlbeteiligung liegt auf keinen Fall über 60 %. Bei einer solchen Beteiligung müßten trotzdem 2/3 der Stimmen für den Antrag sein, um die vorgeschlagenen 40 % der Abstimmungsberechtigten zu erreichen. Der Konvent und der AStA sind der Meinung, daß hier denen, die sich an Entscheidungen nicht beteiligen wollen, die eigentliche Entscheidung übertragen wird. Jeder der nicht abstimmt, wird indirekt als Neinstimme gezählt.

So würde die Minderheit der Stimmen zur Mehrheit ummanipuliert!

Bei allen Wahlen und Abstimmungen ist es selbstverständlich, daß diejenigen entscheiden, die sich aktiv beteiligen, d.h. zur Wahl oder Abstimmung gehen. Wer sich nicht beteiligt, verzichtet nach demokratischem Brauch auf sein Entscheidungsrecht. Die Mehrheit des Konvents war dennoch bereit, mit der Minderheit einen Kompromiß zu schließen und eine Mindestbeteiligung von 50 % für eine erfolgreiche Urabstimmung vorzuschreiben. In der 2. Lesung der neuen Satzung der Studentenschaft hat der Konvent mit 2/3 Mehrheit folgenden Passus beschlossen: „Die Urabstimmung ist erfolgreich, wenn sich die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für den Antrag aussprechen, mindestens jedoch 50 % der Abstimmungsberechtigten teilnehmen." (3.47 der neuen Satzung)

Fachschaftsarbeit

Es gibt im Rahmen der Studentenschaft Probleme, die allgemeiner überfachlicher Natur und daher Aufgabe von AStA und Konvent sind. Die tägliche Arbeit der Studenten spielt sich jedoch in den Seminaren, Instituten und Laboren ab. Hier eine wirksame Studentenvertretung zu besitzen, ist für den Studenten wesentlich. Die Fachschaftsvertretungen müssen daher aus einer Organisation für „Human relations" und Bälle bzw. Floßfahrten in wirksame Interessenvertretungen der Studenten bei der Studienreform und der Organisation der Institute umfunktioniert werden. Auf dem vom AStA erstmals veranstalteten Fachschaftsseminar, an dem Vertreter fast aller Fachschaften teilgenommen haben, wurden nicht nur erfreuliche Ansätze zu einer Umorientierung in einzelnen Fachschaften festgestellt, sondern es wurde auch eine Grundlage gelegt für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Fachschaften und AStA.

Studienbezogene Arbeit

Der AStA sieht seine Arbeit studienbezogen, das Hochschulreferat des AStA ist die wichtigste Abteilung. Nur so können die Interessen der Studenten bei der sich abzeichnenden Studienreform, die eine Rationalisierung und Beschränkung auf technokratisches Fachwissen zu bringen droht, wirksam vertreten werden.

Der AStA hat eine umfangreiche Stellungnahme zum „Wissenschaftsratsgutachten zur Studienreform" ausgearbeitet (Information 2/67). Durch seine entschiedene Haltung gegenüber dem obrigkeitsstaatlichen Entwurf der Staatsregierung für ein Bayer. Hochschulgesetz und Dank der Einsatzbereitschaft aller Studenten, die in einer großen Demonstration diese Haltung des AStA billigten und dadurch zum Erfolg verhalfen, wurde der damalige Entwurf abgesetzt.

Durch die beharrlichen Bemühungen und detaillierten Vorschläge des AStA ist es gelungen, das schriftliche Rückmelde- und Belegverfahren durchzusetzen.

Mitwirkung der Studenten in der Universität

Durch die fundierte Sachkenntnis der Studentenvertreter ist das Ansehen der Studentenvertreter in den akademischen Gremien größer denn je und das, obwohl die studentischen Interessen noch nie so entschieden dort vertreten wurden wie vom jetzigen AStA. Der Erfolg blieb daher auch hier nicht aus: die Universität ist bereit, den Studenten im Senat Sitz und Stimme zu geben in allen Angelegenheiten außer Berufungen sowie persönlichen Angelegenheiten des Lehrkörpers und die studentische Mitwirkung nicht mehr wie bisher auf sogenannte studentische Angelegenheiten zu beschränken. Die Professoren sind zwar immer noch nicht bereit, die Fragen der Studienreform in paritätischen Studienreformkommissionen zu diskutieren, aber sie haben eingesehen, daß nicht mehr in allen Fragen über die Köpfe der Studenten hinweg entschieden werden kann.

Daß das Verhältnis zwischen dem AStA und Magnifizenz Kotter dennoch oder gerade wegen der offenen Diskussion aller Gegensätzlichkeiten stets ausgezeichnet war und sich Prof. Kotter am Ende seiner Amtszeit in vielen Punkten den studentischen Vorstellungen angenähert hatte, beweist die Richtigkeit der Politik des AStA! Wir hoffen auf ein ähnliches Verhältnis zum neuen Rektor, Magnifizenz Becker!

Politische Verantwortung der Studentenschaft

Seit einem Jahr versucht der AStA eine neue Konzeption von politischer Bildung durchzuführen. Die Studenten müssen gerade bei politischen Veranstaltungen wegkommen von ihrer rein rezeptiven Rolle, in denen sie sich ihre politischen Meinungen von mehr oder weniger prominenten Rednern vortragen lassen, wobei sie hinterher noch Fragen an ihn richten können. Die öffentliche Diskussion der Fragen durch alle Studenten ohne einen besonders hervorgehobenen Redner ist die adaequate Form von politischen Veranstaltungen, da der AStA sich kein Mandat zur „politischen Bildung" der Studenten anmaßen darf. Zudem wird versucht, das Problem der Gesellschaftsbezogenheit der Wissenschaft und der einzelnen Studienfächer stärker in das Programm der politischen Veranstaltungen einzubauen, also fachbezogene politische Probleme zu behandeln.

Der AStA hat sich gemäß den Beschlüssen des „Verbandes Deutscher Studentenschaften" (VDS) stets zu einer gesellschaftlichen Verantwortung seiner Tätigkeit bekannt, und sich daher für die Erhaltung und Festigung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der BRD eingesetzt. Die Grundrechte des Grundgesetzes gelten auch für unsere ausländischen Kommilitonen. Daher hat sich der AStA für unsere persischen, griechischen und koreanischen Kommilitonen eingesetzt, deren Freiheitsrechte in ihren Heimatländern mißachtet und die selbst in der Bundesrepublik mit Wissen und teilweise sogar Unterstützung unserer Behörden, von den jeweiligen Geheimdiensten überwacht, bespitzelt, bedroht und schließlich sogar entführt werden. Es zeigt sich in der Praxis, daß die studentischen Forderungen nach wissenschaftlicher Freiheit, Chancengleichheit für alle im Bildungswesen und Teilnahme aller Gruppen an der Verwaltung der Wissenschaft nur auf der Grundlage einer demokratischen Gesellschaft möglich ist. Daher ist hier ein Engagement des AStA unerläßlich.

Ein Erfolg des AStA auf diesem Gebiet ist das garantierte Recht des AStA und aller Studentengruppen, in den Räumen der Universität politische Veranstaltungen abzuhalten, sofern die freie Diskussion aller Teilnehmer gesichert ist. Die Verweigerung dieses Rechtes war an verschiedenen Hochschulen der Anlaß zu heftigsten Auseinandersetzungen zwischen dem Rektor und der Studentenschaft. Auch Magnifizenz Kotter und der Senat haben sich zur gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft und der Universität für eine demokratische Grundordnung bekannt und schärfsten Protest gegen die Verletzung der Grundrechte der ausländischen Studierenden gewandt, als der Koreaner KIM aus seiner Wohnung nach Südkorea verschleppt wurde.

Soziale Selbsthilfe?

Der AStA sieht seine Hauptaufgabe in der erfolgreichen Vertretung der Studenten und in der Verwirklichung von Reformplänen, die u.a. eine grundsätzliche Besserung der sozialen Situation der Studenten bringen und damit soziale Selbsthilfe weitgehend überflüssig machen werden (z. B. durch eine allgemeine kostendeckende, familien-unabhängige Ausbildungsförderung).

Der AStA sieht aber die Notwendigkeit parallel zu dieser langfristigen Planung kurzfristige Maßnahmen durchzuführen, die geeignet sind, die finanzielle Benachteiligung des Studenten teilweise auszugleichen. Der AStA wird aber immer wieder darauf hinweisen, daß diese Maßnahmen Übergangscharakter haben müssen.

Ihre Mitarbeit!

Wenn diese Ansätze einer fruchtbaren Arbeit weitergeführt werden sollen, brauchen wir Ihre Kritik und Ihre Vorschläge. Vor allem weiß der AStA noch nicht genau, ob seine Informationsarbeit in Form und Ausmaß Ihren Informationsbedürfnissen entspricht. Bitte, geben Sie uns Anregungen dazu!

AStA DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Verantwortlich für den Inhalt: Reiner Jendis, 8 München 23, Belgradstr. 36/III.

November 1967:
An der FU Berlin gibt Kuratorium zur Erhaltung der Freiheit von Forschung und Lehre an der FU laut einer handschriftlichen Datierung im November das Flugblatt "Solidarität mit Lieber" heraus zur Kritischen Universität (KU).
Q: Kuratorium zur Erhaltung der Freiheit von Forschung und Lehre an der FU: Solidarität mit Lieber, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Nov. 67

SOLIDARITÄT MIT LIEBER

Wir haben uns hier zusammengefunden, um über die KU zu beraten. Wir sitzen hier draußen, weil wir in einigen nebensächlichen Dingen nicht mit den Großen dieser Uni übereinstimmen.

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Wir können nicht verstehen, wie wegen einer solchen Kleinigkeit die fruchtbare Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden aufs Spielgesetzt wird; wir können dies nicht verstehen auf dem Hintergrund einer Bedrohung dieser unserer Uni, die sich, latent und geschickt getarnt, seit 18 Jahren unbemerkt von den führenden Köpfen unserer Uni, und damit meine ich Studenten und Professoren etabliert hat.

Ich meine die RIAS-Funkuniversität.

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Diese sogenannte Universität betreibt Wissenschaft ohne Ritus, ohne Habilitation und Hausordnung. Diese außerdahlemer Uni besitzt kein Albertz-Kuratorium und keine Disziplinarordnung. Sie ist der Ort ständiger ungestrafter Provokation von Seiten einer kleinen Gruppe linksradikaler, professoraler Rädelsführer. Diese Freizeit-Uni stellt ehrwürdige und bewährte Tradition in Frage - man soll sie sogar ohne Abi hören dürfen - sie macht Bewußtsein und Selbstverständnis unseres Rektors und seiner Uni wanken.

Deshalb fordert die hier versammelte Studentenschaft:

1. Solidarisierung zwischen KU und FU zur gemeinsamen Niederschlagung der Provokation der RIAS-Uni!
2. Der ehemalige FU-Gründungsassi Dr. Lieber wird KU-Gründungsrektor! Der Initiator des FU-SPIEGEL - Preisausschreibens "Robe für den Rektor" Uni-Direx Völz erarbeitet die KU-Ornate.
3. Einrichtung der von den Notstandsgesetzen geforderten FU-Betriebskampfgruppe zur Selbstverteidigung des Rektors und seiner Uni Autonomie!

Wir erwarten von dem Uni-Gesetz endlich die Institutionalisierung einer wertfreien Wissenschaft, die wertfrei bleiben muß und nicht politisiert werden darf, weil sie sonst ihre Werte verliert.

DER FU
KURATORIUM ZUR ERHALTUNG DER FREIHEIT VON FORSCHUNG UND LEHRE AN

November 1967:
An der FU Berlin wird vermutlich im November zum Seminar 18 der Kritischen Universität (KU), "Konkrete Didaktik: Theorie und Praxis politischer Bildung" eingeladen.
Q: KU Seminar 18, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

KU KU KU KU KU KU KU KU KUKU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

SEMINAR 18 SEMINAR 18 SEMINAR 18 SEMINAR 18 SEMINAR 18

HABEN SIE SCHON EIN THEMA FÜRS PHILOSO-
PHICUM ?

WERDEN SIE IN DER SCHULE GEMEINSCHAFTS-
KUNDE UNTERRICHTEN ?

SIND SIE IN DER ARBEITERBILDUNG , IN DER
ERWACHSENENBILDUNG TÄTIG ?

SIND SIE REFERENT FÜR POLITISCHE BILDUNG

DANN KOMMEN SIE ZUM SEMINAR 18 :

"Konkrete Didaktik: Theorie und Praxis politischer Bildung"

JEDEN DONNERSTAG , 19 UHR, Schöneberg, Bülowstr.73, IV.St. c/o W
Tel.13 42 31

WIR WOLLEN :INFORMIEREN
EINIGE POSITIONEN DER POLITISCHEN BILDUNG
KRITISCH REFLEKTIEREN
UNTERRICHTSMODELLE ERARBEITEN UND ERPROBE
(IN DER SCHULE IN DER GEWERKSCHAFTSARBEI
EINEN BEITRAG ZUR POLITISCHEN BILDUNG
VERÖFFENTLICHEN

SEMINAR 18SEMINAR 18SEMINAR 18SEMINAR 18SEMINAR 18SEMINAR 18SEMIN
KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU K U KU KU KU KU KU KU KU KU K

November 1967:
An der FU Berlin wird vermutlich im November zum Arbeitskreis 34 der Kritischen Universität (KU), "Theorie einer demokratischen Literatur. Literatur und Totalität - totale Literatur" eingeladen.
Q: KU: Ak 34 Theorie einer demokratischen Literatur. Literatur und Totalität - totale Literatur, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

Ak 34 Teorie einer demokratischen Literatur
Literatur und Totalität - totaleLiteratur

I Die Zeit der ~~Xx~~ Ästhetik ist vorbei.
Die Philosophie wurde von Marx auf die Füße gestellt, für die Literatu
ist etwas Ähnliches noch kaum geleistet.

2 Ausgehend von <u>inhaltlich</u> progressiven Analysen (z.B. Sartre: Was ist die Literatur, Brdcht: Kleines Organon) werden wir unseren Ausgangspunkt <u>inhaltlich</u> diskutieren.

3 Mit Hilfe von Arbeiten des Strukturalismus (z.B.Barthes, Goldmann) und über sie hinausgehend werden wir die sonst im Abendland und seinen Anhängseln kaum gezogenen Konsequenzen auf die <u>Form</u> der literarischen Produktion diskutieren (Die hier noch mögliche Trennung Inhalt - Form ist nicht unsere Schuld).

4 Daran schließen sich an kritische Exemplifikationen: gedacht ist z.B. an eine Kritik von Monstrositäten wie "sozialer" und "sozialistischer Realismus", von zeitgenössischer westdeutscher Literatur(Johnson, Gras von sogenannter Arbeiterliteratur(s. Almanach Welt der Arbeit), von traditioneller marxistischer Literaturtheorie(Lukacs etc).
Es geht um eine fundamentale Kritik von Kategorien, die ost- wie westl für die traditionelle Literatur konstitutiv sind: Fiktion, Symbol, Sti Eingeschlossen ist eine kritische Betrachtung dessen, was zur Gesamter scheinung der Literatur gehört: Auffassung von Kritik, von Autor, von Leser, von "Kultur" ganz allgemein.Z.B.wird sich der Roman als eine mi Demokratie nicht vereinbare Form erweisen.

5 Schließlich geht es um eine systematische Darstellung einer Theorie de Literatur, die, in Verbindung mit einer Theorie der Demokratie, die Sprachfähigkeit und -möglichkeit der Menschen in einer demokratischen Gesellschaft ~~xwx~~(und in der Arbeit auf sie hin) zum Gegenstand hat.Literatur aus der sogenannten Dritten Welt wird einbezogen, der fast lächerlich gewordene Begriff "Weltliteratur" wird auf seine mögliche Bas hin untersucht. So kämen wir auf eine Theorie der permanenten Revoluti in der Literautr.

6 Das Ziel des Ak ist damit angegeben: es kann durch die praktische Arbeit und die Teilnehmer verändert werden.

Wenden Sie sich postalisch an Werner Rügemer I B 45 Curtiusstr.57 .
Vorläufig donnerstags I9 Uhr Keller Ihnestr. 22 .

November 1967:
Der SDS Frankfurt gibt vermutlich im November das Flugblatt "Uncle Sam wants you nigger" zur Agitation der GI's der US-Army heraus. Verbreitet wird dieses auch durch den SDS Tübingen.

Vermutlich zu diesem Flugblatt erscheinen vermutlich in Tübingen die Hinweise "Beim Verteilen beachten" vom Revolutionskomité.
Q: SDS: Uncle Sam wants you nigger, Frankfurt o. J. (1967); Revolutionskomité: Beim Verteilen beachten, O. O. O. J.

Uncle Sam wants YOU nigger

You are a member of the world's highest paid black mercenary army

Fight for Freedom...(in Viet Nam)

SUPPORT WHITE POWER
TRAVEL TO VIET NAM
YOU MIGHT GET A MEDAL

RECEIVE VALUABLE TRAINING
IN THE SKILLS OF KILLING OF
OTHER OPPRESSED PEOPLE

Die Nigger Die - you can't die fast enough in the ghettos.

Do you want to go to Vietnam?

OF COURSE, SOME GI'S WANT TO GO TO VIETNAM

They still believe what Under Secretary Georg Ball said in 1961:
„The Guerillas (Viet Cong) . . . are poorly trained and equipped and not motivated by deep convictions".
They still believe the claim which McNamara made in 1963 when he said he was „optimistic as to the progress that can be made in the coming year". — They still believe that America is fighting for democracy in Vietnam. But very few of the soldiers who believe this have been to Vietnam.
Yet most of the GI's who have been to Vietnam realize that the Vietcong are highly motivated and good soldiers, that the only progress made since 1963 has been the increase in American troops fighting in Vietnam, and that democracy is the last thing that is being fought for in Vietnam.

BUT MOST GI'S WANT TO COME HOME FROM VIETNAM

As one GI wrote in a letter to a newspaper: „I have just returned from Vietnam to Japan for the remainder of my tour overseas. I have been a hawk but my views have changed as the war drags on. I can't help thinking that something is wrong". — Or another to Senator Fulbright: "I wonder if we can ever put these people back together as fast as we are blowing them apart". — Or as General Shoup, the former Marines Commandant, said: "I don't think the whole of South East Asia, as related to the present and future safety and freedom of the people of this country, is worth the life or limb of a single American".

AND SOME GI'S HAVE LEFT THE ARMY INSTEAD OF GOING TO VIETNAM

Groups in Western Europe that help deserters with lodgings and jobs expect that 1.000 soldiers will leave the army this year, as the London Telegraph reported. — Der Spiegel wrote that the American command in Stuttgart said that every month 60 men left the army in Europe. The Manchester Guardian reported that there were 2.000 deserters living in Sweden, France and other countries which provide refuge for American soldiers. — The Americans who left the army will not add their limbs to those more than 100.000 already wounded or killed in Vietnam. Those who left the army and live somewhere in Europe have found friends who help American soldiers find jobs and housing.
They contacted the Comité Viet Nam National at 6 rue Lalande in Paris XV, the Mouvement de la paix at 35 rue de Clichy in Paris or the FNL Kontoret at Palsunds Gatan 8 in Stockholm SV. Or they were sent to safe places from the Quaker Center at rue Adrian Lachenal in Zuerich/Switzerland, the Provos in Amsterdam or the Socialist Youth at Haarlemmerhouttuinen 74, or the Danish Forlaget Tema at A Boulevarden 45 in Copenhagen 5.

In Munich you find your friends in the IdK (War Resistors International), Martin-Greif-Straße 3, the Campaign for Democracy and Disarmament, Elvirastr. 3, the Vietnam Committee for Freedom and Liberation Struggle and in the SDS, Knorrstraße 29; in Augsburg in the Campaign for Democracy und Disarmament, Milchberg 9.

Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: SDS Frankfurt, 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Str. 5, Tel. 776422
Postscheckkonto: Frankfurt 19434 (for financial help), Eigendruck Selbstverlag

Beim Verteilen beachten:

Der soziologische und kulturelle Abgrund zwischen bürgerlichen deutsch en oder amerikanischen Studenten und dem einfachen amerikanischen Soldaten sollte weder dramatisiert noch übersehen werden. Das bedeutet: Inpolitischen oder moralischen Begriffen formulierte Appelle müssen bei xxx Adressaten zwangsläufig Abneigung hervorrufen, denen solche Kategorien bestenfalls nichts bedeuten, schlimmstenfalls als Zeichen des Privilegs gelten. Ebenso schädlich ist die unvermittelte Identifizierung mit dem"leidenden" Neger, dem armen oder ausgebeuteten Amerikaner. Die amerikanische Ausbeutung, dies kann nicht genug betont werden, wird nur selten als ein Druck von außen empfunden, sie verinnerlicht sich in dem Teufelskreis von Schuldgefühl und zu unterdrückender Aggression. Bei den Armeeangehörigen wird dieser Kreislauf von Schuld und Aggression so intensivirt, daß die Selbstzerstörung zum Strukturprinzip wird, daß die gesamte Persönlichkeitsstruktur nur den Zweck hat, ständig nach außen Gewalt und Zerstörung zu tragen. Unter diesen Voraussetzungen hat es keinen Sinn, sich mit dem Soldaten auf eine formale Argumentaxtion einzulassen. Natürlich kannst dux besser reden als er.(Wahrscheinlich sogar in der englischen Sprache.) Zwecklos ist auch die sokratis che Diskussionsmethode, die das Ziel des Gesprächs von Anfang an kennt und auf Grund der Manipulation funktioniert. Am sinnvollsten ist es, den Soldaten zum Reden zu bringen.und ihm zuzuhören. Wirklich zuzuhören - denn du kannst auf diese Weise mehr über ihn und seine Umwelt erfahren, als dux glaubst. Z.B.: daß sein Leben nicht erst in der Armee die reine Hölle war, sondern daß es ihm auch vorher nicht viel besser ging.- in Georgia, in Watts, in den Kohlegebieten der Appalachen, in Detroit, Philadelphia, New York. Z.B.: daß er nur so wenige und so schwierige Möglichkeiten der Wahl hat, daß auch dux ihm nur eine so unerfreuliche und riskante Alternative bieten kannst, daß die Wahrheit, die du ihm vermitteln willst, ihn so leicht von innen oder außen zerstören kann (und dux dich daher, nicht wundern darfst, wenn er dich am liebsten verprügeln möchte). Es gibt aber eine echte Demut, die nicht von Schuldkomplexen, sondern von einem Gefühl der Ungerechtigkeit getragen ist: diese Einstellung ist Voraussetzung eines jeden Kontakts mit xxx dem amerikansiche Uniform tragenden "Opfer". Versuche ihm nicht in deiner Haltung und Unterhaltung zu zeigen, daß sein Leiden sozial bestimmt, also allgemein ist, beweise ihm vielmehr, daß es Menschen gibt, die ihn als Individuum anerkennen (selbst wenn dieserBeweis nur darin besteht, ihm aufmerksam zuzuhören).

Das Revolutionskomité.

November 1967:
Es erscheint die Nr. 21 (vgl. Mai 1967, Okt. 1968) von 'Politikon' - Göttinger Studentenzeitschrift für Niedersachsen mit der Schlagzeile: "Examen auf dem Prüfstand" und dem zugehörigen Artikel "Examen".

Weitere Artikel sind:
- "Faschismus bei Springers. Bemerkungen zu Texten und Karikaturen aus dem Hause Springer";
- "Krönender Abschluss. Studium und Examen";
- "Prüfungen an Hochschulen";
- "An unsere Leser. Gegendarstellung des Göttinger Studenten-Anzeigers";
- "Prüfungsangst und Prüfungssystem";
- "Geschichte in Göttingen - Ein Studium wert?";
- "Zucht in Wort und Schrift. Zu den Prüfungsvorstellungen für Germanisten";
- "Gewohnheitsrechtliche Übungen. Die Prüfungsordnung für Diplom- Sozialwirte";
- "Entschuldigen Sie, wenn ich lache! Interview mit dem Dekan der philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Frhr. Von Stackelberg über das geplante kleine Latinum für Realschullehrer";
- "Die Meinung eines Altphilologen. Gespräch mit Prof. Dr. Hentig über das Latinum für Realschullehrer";
- "Zur Studienreform bei den Volkswirten. Beispiel eines pragmatischen Modells";
- "Mittelalterlich";
- "Reform des Medizinstudiums";
- "27 Buchstaben. Die seltsamen Reformvorstellungen S. Magnifizenz";
- "K(l)eine Experimente. Hochschuldidaktik, Prüfungswesen und Studentenpolitik"; sowie
- "New American Cinema".

Geworben wird u. a. für Bücher der Europäischen Verlagsanstalt, für den Alfred-Metzner-Verlag, Bernhard-Graefe-Verlag, den Athenäum Verlag in Frankfurt/M., für den S. Fischer Verlag, für den Westdeutschen Verlag, für den Suhrkamp-Verlag, für die Büchergilde Gutenberg, für die Universitätsliteratur Peppmüller, für die Universitätsbuchhandlung Dr. Ludwig Häntzschel, für die Akademische Buchhandlung Calvör und für Deuerlich. Buchhandlung für Universitätswissenschaft und schöne Literatur. Dazu gibt es eine Rubrik mit "Neuen Büchern". U. a.: Klaus Mehnert: Der deutsche Standort, und Andre Gorz: Zur Strategie der Arbeiterbewegung in Neokapitalismus. Rezensiert wird u. a.: Hans-Peter Schwarz: Vom Reich nur Bundesrepublik.
Q: Politikon Nr. 21, Göttingen Nov. 1967

November 1967:
An der TH Hannover erscheinen die 'AStA-Mitteilungen' Nr. 12 (vgl. Okt. 1967, Dez. 1967) fälschlich datiert auf Oktober mit einer Auflage von 2 500 Stück unter der Schlagzeile "'Einheitsstudiengebühr DM 150.-' Gucken die Studenten in die Röhre?" und folgendem Inhalt:
- "Einheitsstudiengebühr";
- "Grußwort des 1. AStA-Vorsitzenden";
- "Ein leuchtendes Beispiel" zum Studentenwerk in Schweden, von Gerd Försch;
- "Gegen Rechtsradikalismus und politische Instinktlosigkeit. 1 000 Betriebsräte und Vertrauensleute gegen NPD-Parteitag in Hannover" vom 10. bis 12.11.1967, von Friedrich Theilmann;
- "Notstand der Notstandsverfassung" zu den Notstandsgesetzen (NSG) mit einer Presseerklärung des VDS und einer Resolution der Studentenschaft;
- "Viel Ruhe, viel Ordnung, wenig Freiheit" von Christian Schütze, aus der 'Süddeutschen Zeitung';
- "Ausstellungsbesprechungen";
- "Liegt das DSW im Todeskampf? Oder: Wie man einen gordischen Knoten in Salami-Taktik angeht" zum Deutschen Studentenwerk, von Eberhard Jänsch;
- "Aus dem Studentenwerk Hannover", von Eberhard Jänsch;
- "Akademischen Jahresfeier 1. Juli 1967 Ansprache des 1. AStA-Vorsitzenden Gerd Förch";
- "Mitteilungen aus den Lehrstühlen";
- "Kritische Universität Berlin" zur KU, von Gerd Förch;
- "Politisierung der Hochschule. Zur Hochschulpolitik des SDS I";
- "Regierungserklärung" des AStA von Gerd Förch;
- "Leserbriefe"; sowie
- "Ball International, 8. Juli 1967 in der Mensa".
Q: TH Hannover: AStA-Mitteilungen Nr. 12, Hannover "Oktober" 1967

November 1967:
Der AStA der Uni Kiel gibt die Nr. 6 der 'Skizze' (vgl. Juli 1967, Jan. 1968) - Studentenzeitung an der

Universität Kiel - heraus mit den Artikeln:
- "Dr. Ernesto Guevara" zu dessen Tod;
- "Vor 150 Jahren. Wartburgfest" von Kurt Hintze;
- "Rezension: Prof. Trappe";
- "Beiträge zum Thema" zu den Rezensionen;
- "Friedhofsruhe" zur Springer-Kampagne, von Hanjo Berg;
- "'Enteignet Springer' jetzt" von Kurt Hintze;
- "'Aufklärung und Aktion' - die politische Theorie der radikalen Studentenbewegung in Berlin" von F. R.;
- "Ahlers und die Vendetta" von Hisso;
- "Bücken, Herr Domann!" von Jörg-Peter, AStA-Vorsitzender;
- "Neue Bücher";
- "Probleme der Neuordnung des Medizinstudiums" von Peter Schmidt;
- "Assistenten in den Senat. Bericht von einem höchst merkwürdigen wahlergebnis" von Friedrich Ortmann;
- "Zur Konstituierung eines hochschulkritischen Arbeitskreises" von Jürgen Klüwer;
- "Oper in Kiel" von G. Matz;
- "Über einen neuen blumenreichen Weg informiert Sie Hisso in einem Gespräch mit einem Hippie. Wie es weitergeht, konnte aber auch er nicht feststellen";
- "Ich rauchte Haschisch" von H. A.;
- "Theater in Kiel" von Kurt Hintze und h.b.;
- ein Offener Brief des RCDS Schleswig-Holstein an den Landtagsvizepräsidenten Schwinkowski zu seiner Tätigkeit für das Verlagshaus Springer; sowie
- ein Comic.
Q: Skizze Nr. 6, Kiel Nov. 1967

November 1967:
Nach einem Bericht von 'GDS' erscheint im November/Dezember 1967 die Nr. 4/5 der 'Spartacus-Briefe' (vgl. Sept. 1967).
Untertitel: "Stimme der Marxisten-Leninisten in der KPD von NRW". Dieser Untertitel taucht erstmalig auf. Schwerpunktmäßig beschäftigt sich die Ausgabe mit der russischen Oktoberrevolution von 1917 und mit der deutschen Novemberrevolution von 1918.
Q: Gegen die Strömung Nr. 2, Frankfurt 1975

November 1967:
Laut 'BSZ' spricht Rudi Dutschke auf einem Einführungsabend des Bochumer SDS in der Ruhr-Universität (RUB) vor ca. 800 Zuhörern.
*Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 14, Bochum **.**.1967, S. 1*

01.11.1967:
An der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Der Lebenslauf eines Links-Kommilitonen…", zur Gründungsfeier der Kritischen Universität (KU).
Q: Troppens, Uwe-M.: Der Lebenslauf eines Links-Kommilitonen…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

1.11.67 Eote

DER LEBENSLAUF EINES LINKS-KOMMILITONEN IN EINEM ENTSCHEIDENDEN STADIUM NIEDERGESCHRIEBEN VON J. CHEMNITZER, SED-BEZIRKSLEITER, IN "FREIE ERDE"

"Ich komme in einen Kuhstall und sehe, daß die Kühe sehr dreckig sind. Ich frage, wieviel Pfleger im Stall sind und wer davon Genosse ist. Die Antwort: fünf Pfleger, davon ein Genosse. Aber die Kühe, die der Genosse betreute, waren genauso dreckig wie die anderen. Ich frage den Genossen: Was hältst du von der führenden Rolle der Partei? Die Antwort: Ich werde den Werktätigen die Politik unserer Partei erläutern und Vorträge halten."

Sprach´s, verließ das Paradies, um die FU heimzusuchen und zur Gründung einer KU (H) beizutragen.

uwe-m. troppenz
stud. iur.

01.11.1967:
An der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt das HSU "Kandidieren Sie", das zur Kandidatur für den Konvent auffordert und zum Arbeitskreis dafür am 6.11.1967 um 19..30 Uhr einlädt.
Q: HSU: Kandidieren Sie, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

6. 11. 62 Eö

K A N D I D I E R E N S I E K A N D I D I E R E N S I E K A N D I

1. Für eine engagierte Wissenschaft
2. Für Abschaffung der Zwangsexmatrikulation
3. Für Studienreform
4. Für Abschaffung des Disziplinarrechts
5. Für Reduzierung der Massenvorlesungen
6. Für Abbau nicht - funktionaler Herrschaft
7. Für Demokratisierung der Hochschulen
8. Für Ausbau einer familienunabhängigen Stipendienvergab

Die Humanistische Studenten - Union veranstaltet zusamm
mit einer größeren Zahl von unabhängigen Kandidaten, a
auch mit Ihnen, einen Arbeitskreis, der vor allem der
malen und inhaltlichen Gestaltung eines gemeinsamen Wa
kampfes dienen soll. Teilnehmer bzw. Interessenten, di
auch nur 2 - 4 Stunden in der Woche für solche hochsch
politische Arbeit aufbringen könnten, werden dringend
gesucht.

am Montag, den 6. November 19:30 st. wird in der Studentenvertret
der Philosophischen Fakultät, Ihnestraße 22, im Keller, gegenüb
der Theaterkasse die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises
abgehalten werden.

HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSUSHSU HSU HSU HSU HSU HSU SHU SHU HSU HSU HSU H

Name: Vorname:

Fakultät:

Fachrichtung:

Anschrift: Tel:

HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU HSU H

01.11.1967:
An der TU Berlin erscheint vermutlich Mitte dieser Woche das "1. APA-Flugblatt Universitätstage" zu den Hochschultagen vom 7. bis. 10.11.1967.
Q: APA: 1. Flugblatt Universitätstage, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

----APA TU -----APA TU -----APA TU -----APA TU -----APA TU ------

1. APA-FLUGBLATT
UNIVERSITÄT STAGE

DIE ETABLIERTE UNIVERSITÄT

AUSBILDUNGSANSTALT DES APOLITISCHEN MITLÄUFERS

1. Die herrschenden Schichten unserer Leistungsgesellschaft in Staat und Wirtschaft haben ein Interesse daran, den Arbeiter ind Angestellten, den Techniker und Wissenschaftler über seine gesellschaftliche Position im Unklaren zu lassen und ihm die Mit-Verfügung über die Ergebnisse seiner Arbeit vorzuenthalten.

2. Leitende Politiker und Industrielle beanspruchen eine höhere funktionale Autorität (Adenauer gegenüber den Göttinger Professoren) und spiegeln damit vor, der Produzent wissenschaftlicher Forschungsergebnisse sei für sein wissenschaftliches Handeln nicht mehr verantwortlich.

3. Seit Mitte des 19. Jhd. kapselt sich der Wissenschaftler in einer "Sphäre reiner Wissenschaftlichkeit" von seiner Umwelt ab. Es ist e i n Ergebnis dieser geistigen Abkapselung, daß der Mensch im 2o. Jhd. in ein an Gewinnmaximierung orientiertes Zwangssystem eingegliedert und zu den Praktiken der technischen Kriegsführung sowie der technsichen Bewältigung von Massenexekutionen herangezogen wird.

4. Die hierarchische Ordnung des privatkapitalistischen Betriebes ist das Modell der autoritären Universität. (Die Professoren, die als Kompradoren der bestehenden Machtzentren von Staatsbürokratie und Kapitla fungieren, übersehen das sie betreffende gesellschaftliche Berugssystem nicht mehr, sie sind deshalb moralisch unschuldig.)

DER FASCHISMUS DER 3oger und 4oger JAHRE ENTSPRANG DEM LANGEN HISTORISCHEN PROZESS VON DER ENTMÜNDIGUNG (Vorenthalten von Entscheidungsgewalt) ZUR SELBSTENTMÜNDIGUNG (Anerkennung des Prinzips der "Reinen Wissenschaftlichkeit") UND ZU IRRATIONALER AUTORITÄTSGLÄUBIGKEIT (Übernahme vorgeschriebener Wertsysteme).

DIE UNIVERSITÄT ÜBERNAHM DAS PRINZIP EINER "NEUTRALEN WISSENSCHAFT"UND WURDE SO ZUM HANDLANGER DES JEWEILS MÄCHTIGSTEN. SIE PRODUZIERTE ALS POLITISCH WILLENLOSEN ABER ARBEITSFREUDIGEN DEN TECHNIKER.

!!!!!!!!! !!!!!!DAS SYSTEM IST HEUTE NOCH DASSELBE!!!!!!!!!!!!!!

Die technische Universität darf nicht länger eine

AUSBILDUNGSANSTALT des APOLITISCHEN MITLÄUFERS sein!!!!!!!

Deshalb veranstaltet die Studentenvertretung der TU vom

7.11. bis 1o.11. UNIVERSITÄTSTAGE

unter dem Thema

HOSCHSCHULE UND GESELLSCHAFT

Deshalb: muß die reale Situation des Wissenschaftlers und der Universität kritisch analysiert werden.

- soll durch die Universitätstage die bestehenden Machtverhältnisse in Universität und Staat aufgedeckt und aufgeklärt werden.
- muß die Einbeziehung gesellschaftspolitischer Wissensbereiche zu einem festen Element unserer Ausbildung werden, das die falsch gesetzten Akzente eines auf reines Bildungsprestige gerichteten Humanistischen Studiums korrigiert.
- muß die Herrschaft der Ordinarienminderheit an der Universität und das syndikalistische Zusammenspiel von Industrie- und Ordinarieninteressen beseitigt und die Demokratie in der Hochschule hergestellt werden.

Die Themen der Universitätstage werden von Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland behandelt. Sie weiter zu führen wird Aufgabe der K r i t i s c h e n U n i v e r s i t ä t sein!

Haben Sie schon gemerkt, daß diese Universitätstage allein von der Studentenschaft getragen werden und Rektor und Akademischer Senat sich bezeichnenderweise daran nicht beteiligen.

Aktionskomitee für Politische Arbeit an der TU

01.11.1967:
An der TU Berlin erscheint vermutlich Mitte dieser Woche ein Klebezettel der UAG gegen die Kritische Universität (KU).
Q: UAG: Im Bauche…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

01.11.1967:
An der FU Berlin erscheint das Flugblatt "Willkommen an der KRITISCHEN UNIVERSITÄT!", das auf der Gründungsfeier der KU verteilt wird und zur Mitarbeit in der CDU aufruft.
Q: Garnatz, K.: Willkommen an der KRITISCHEN UNIVERSITÄT!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

1.11.67 E0702

Willkommen an der KRITISCHEN UNIVERSITÄT !

Sie sind heute dem Aufruf gefolgt, an der Gründungsfeier der KRITISCHEN UNIVERSITÄT teilzunehmen - wir danken Ihnen dafür. Sie haben damit unter Beweis gestellt, daß Sie sich nicht manipulieren lassen und jederzeit in der Lage sind, sich ein eigenes Urteil zu machen und vorurteilsfrei zu handeln.
Das ist gut, genügt aber auf die Dauer nicht. Wer die politischen Widersprüche in unserer Zeit korrekt lösen will, muß auch ein solides politisches Wissen haben, denn nicht immer sind die verwickelten Fragen einfach "instinktmäßig" zu lösen. So ist beispielsweise der Schah ein Mörder und Henker, aber nur solange, bis er die Waffen zur Unterdrückung seines Volkes beim Weltfriedenslager eingekauft hat. Ein anderes Beispiel: Unser aller Herzen schlagen für das ruhmreiche, tapfere, blutende Vietnam. Nur imperialistische Waffenfabrikanten profitieren davon, daß dort Bomben auf friedliche Dörfer und Städte fallen, Napalm und Phosphor vom nächtlichen Himmel regnen, Frauen und Kinder sterben müssen. Deshalb kann unsere Forderung nur lauten: Frieden für Vietnam, schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam.
Sie werden an der KRITISCHEN UNIVERSITÄT lernen, zu diesen und ähnlichen Schlußfolgerungen zu kommen. Sie werden dadurch Ihr Wissen vertiefen und sich eine progressive Ignoranz aneignen können. Kein Tabu wird ungebrochen bleiben, alles wird enthüllt werden, vom Spitzeldienst bis zum Rollkommando. Natürlich ist auch die KRITISCHE UNIVERSITÄT auf Ihre Mitarbeit angewiesen, im Seminar und auf dem Ku-Damm.
Liebe Krikin, lieber Kriko! Die vor Ihnen stehenden Aufgaben sind wahrhaft groß. Nur einer gewissen geistigen Elite wird begreiflich sein, daß der Sozialismus zeitweilig mit den Argumenten der "Nationalzeitung" arbeiten muß, (Springer, Vietnam, Nazi-Kiesinger) daß ein griechisches Ensemble mit Krawall und ein ostdeutsches Brecht-Ensemble mit Beifall begrüßt werden muß. Politische Prostitution ist eben nicht jedermanns Sache.
Natürlich gibt es auch Leute, denen dies alles nicht paßt. Diese Leute (Krikos nennen sie: Reaktionäre) wollen ein neues, fortschrittliches Hochschulgesetz, inzenieren keine Happenings und nörgeln sogar am Asta herum.
Bei Ihnen wird es liegen, für wen Sie sich entscheiden wollen: Für die KRITISCHE Universität oder die FREIE UNIVERSITÄT.
Wenn Sie Lust und Ideen haben, an der Hochschulreform mitarbeiten wollen und manchmal sogar etwas Zeit für praktische, verantwortliche Mitarbeit aufbringen können, dann schreiben Sie an die Fraktion der CDU im Schöneberger Rathaus.

Drohbriefe, Anklageschriften und andere Liebesbriefe sind an den Verantwortlichen für dieses Flugblatt zu richten: K. Garnatz, OSI

01.11.1967:
An der FU Berlin gibt, laut einer handschriftlichen Datierung heute, der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) der NPD mit einem Handzettel seine Konstituierung bekannt.
Q: NHB: Wir teilen Ihnen mit…, Berlin O. J. (1967)

E 5702
verfilmt 1.11.67

Wir teilen Ihnen mit, daß sich an der FU der

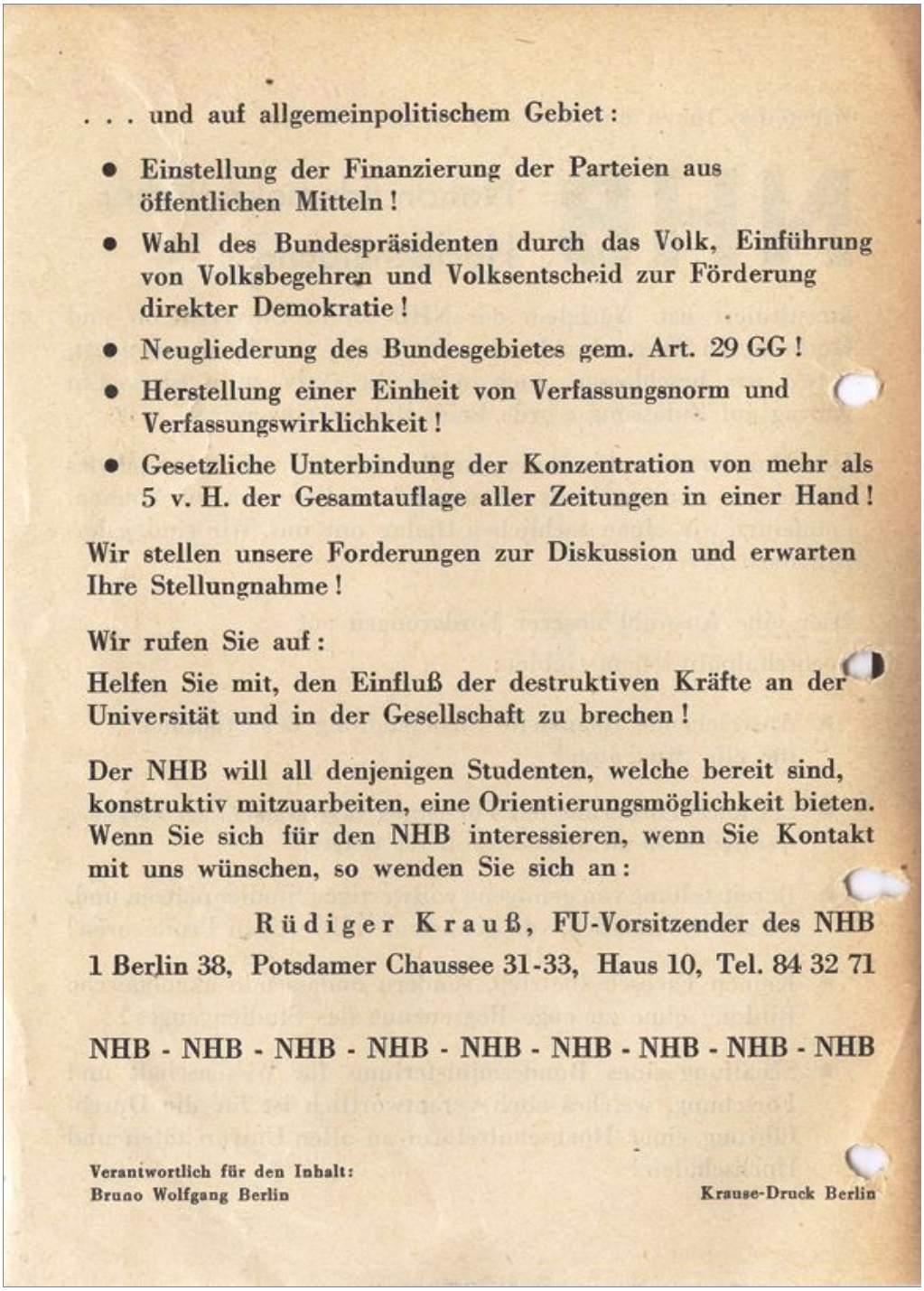
NHB Nationaldemokratischer Hochschulbund

konstituiert hat. Nachdem der NHB an 14 Universitäten und Hochschulen Westdeutschlands seine Tätigkeit aufgenommen hat, haben wir beschlossen, auch in Berlin aktiv zu werden. Ein Antrag auf Zulassung wurde beim Rektor eingereicht.

Den Bornierten unter Ihnen, welche meinen, uns aufgrund des Wörtchens „national" als „Neonazis" qualifizieren zu können, empfehlen wir einen sachlichen Dialog mit uns. Wir sind jederzeit dazu bereit.

Hier eine Auswahl unserer Forderungen auf hochschulpolitischem Gebiet:

- Ausreichende finanzielle Sicherstellung des Studiums für alle Studenten!
- Stärkere Förderung der Forschung (wer heute an der Forschung spart, gefährdet die Volkswirtschaft von morgen)!
- Bereitstellung von genügend vollwertigen Studienplätzen und, sobald wie möglich, von genügend vollwertigen Professoren!
- Keinen Fachschulbetrieb, sondern umfassende akademische Bildung ohne zu enge Begrenzung des Studienganges!
- Schaffung eines Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, welches auch verantwortlich ist für die Durchführung einer Hochschulreform an allen Universitäten und Hochschulen!



. . . und auf allgemeinpolitischem Gebiet:

- Einstellung der Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln!
- Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk, Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid zur Förderung direkter Demokratie!
- Neugliederung des Bundesgebietes gem. Art. 29 GG!
- Herstellung einer Einheit von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit!
- Gesetzliche Unterbindung der Konzentration von mehr als 5 v. H. der Gesamtauflage aller Zeitungen in einer Hand!

Wir stellen unsere Forderungen zur Diskussion und erwarten Ihre Stellungnahme!

Wir rufen Sie auf:

Helfen Sie mit, den Einfluß der destruktiven Kräfte an der Universität und in der Gesellschaft zu brechen!

Der NHB will all denjenigen Studenten, welche bereit sind, konstruktiv mitzuarbeiten, eine Orientierungsmöglichkeit bieten. Wenn Sie sich für den NHB interessieren, wenn Sie Kontakt mit uns wünschen, so wenden Sie sich an:

Rüdiger Krauß, FU-Vorsitzender des NHB

1 Berlin 38, Potsdamer Chaussee 31-33, Haus 10, Tel. 84 32 71

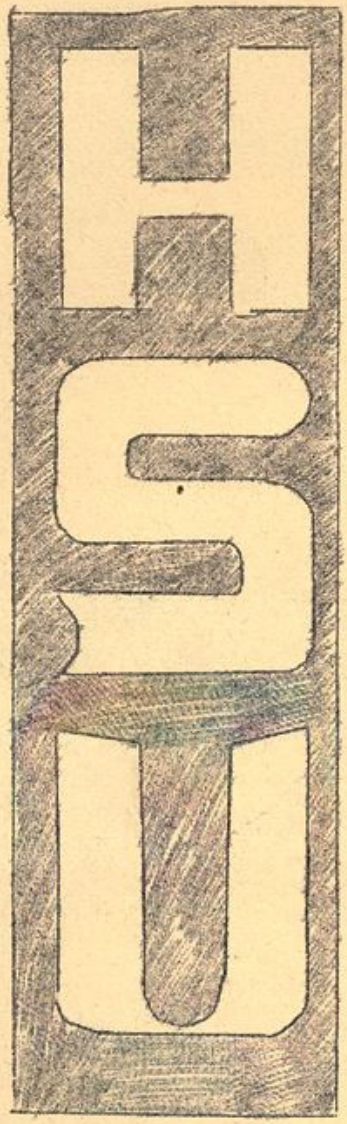
NHB - NHB - NHB - NHB - NHB - NHB - NHB - NHB - NHB

Verantwortlich für den Inhalt:
Bruno Wolfgang Berlin

Krause-Druck Berlin

01.11.1967:
An der FU Berlin lud die HSU für heute ins Klubhaus der FU ein zu ihrem Semestereinführungsabend für Neuimmatrikulierte und andere Interessierte.
Q: HSU: HSU, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

0 1. NOV. 196



****

Sicher haben auch Sie schon davon gelesen oder gehört, daß angeblichauf der ganzen WELT und in allen Universitäten wilde Haufen von"progressiven , kritisch-rationalen Kräften" (d.h. also linksradikale Elemente) dem geistigen und gesellschaftlichen Fortschritt endlich zum Siege verhelfen wollen.

Sogar unsere ehrwürdige Universität, leuchtendes Symbol des freien Teils der Deutschen Reichshauptstadt, die von damals wirklich fortschrittlichen Studenten im Angesicht eines lebensmordenden Kommunismus mühsam aufgebaut wurde ,soll von dieser "weltumspannenden Aktion mündiger Staatsbürger" nicht verschont bleiben.

Wie sind nun aber die Ereignisse an der FU in den letzten Jahren und Monaten, auch das Ereignis einer sogenannten "kritischen Universität", richtig zu beurteilen?

Wie soll man sich zu den verschiedenen Protestaktionen, zu den Kommunarden-Happenings und zu so einer völlig absurden, im wahrsten Sinne des WALDEN-wortes LINKS-VOM-GEISTE stehenden Idee einer Kritischen Universität stellen?
Wie hoch ist diese "permanente Revolution" von Minderjährigen, deren Führer RUDI und deren BIBEL MAOs SCHRIFTEN heißen, eigentlich zu bewerten?

****

Auf keinem Fall in diesem Stil, aber doch engagiert setzt sich die HSU mit der Frage einer Permanenten Revolution auseinander.
Auch auf ihrem Immatrikulations-Tee.
Alle Neuimmatrikulierten und Interessenten und Neugierigen sind herzlich eingeladen, auf diesem Abend bei TEE und Würstchen die HSU kennenzulernen.

MITTWOCH 1.11. 20h

Klubhaus FU Goethestr. 49
U-Bahn Krumme Lanke

IMMITEE DER HSU

Semestereinführungsabend

HSU-AK.

1: HOCHSCHULARBEITSKREIS Leitung: ANDREAS WIESAND
****

Die nächste Konventswahl wird wahrscheinlich die bedeutsamste in der Geschichte der FU sein, von Kandidaten und Abgeordneten wird mehr verlangt werden als je zuvor.

Die HSU veranstaltet deshalb zusammen mit einer größeren Zahl von unabhängigen Kandidaten einen AK, der vor allem der formalen und inhaltlichen Gestaltung eines gemeinsamen Wahlkampfes dienen soll. Teilnehmer bzw. Interessenten, die auch nur 2-4- Stunden in der Woche für so eine Hochschulpolitische Arbeit aufwenden könnten, werden ganz dringend gesucht!

Information gibt: A.WIESAND , 1.Vors. der HSU, BERLIN 30, KEITHstr.36/8
auch zu erreichen (auf jeden Fall)
in der STUD.VERTRETG. PHIL.FAK Ihnestr. 22 (Keller)

2: "THEORIE DER RADIKALEN DEMOKRATIE" Leitung: Eberhard WESCHE
****

Sitzungen bisher jeden Donnerstag, Ihnestr. 22 (Keller, Stud.Vertrg.) Auch hier werden noch dringend Teilnehmer gesucht. Besondere Vorbedingungen für eine Teilnahme werden nicht gestellt.

Informationen über A.WIESAND, Ihnestr. 22 (täglich zu erreichen!)
********** **** ********** ******** ** ********* **********

02.11.1967:
Der SDS Tübingen gibt für die Bechtoldt-Vorlesung sein 'Vietnam-Info' Nr. 1 (vgl. 8.11.1967) heraus unter der Überschrift "Wahrheitsfindung könnte ein kollektiver Prozeß sein".
Q: SDS: Vietnam-Info Nr. 1, Tübingen 2.11.1967

Wahrheitsfindung könnte ein kollektiver Prozeß sein.

'Am 11.Nov.1945 löste Ho Chi Minh die Kommunistische Partei Indochinas auf.' (Bechtoldt).

Im Januar 1946 fanden in Vietnam allgemeine Wahlen statt,von denen Beobachter,"darunter auch Amerikaner",zugaben,daß sie "unter völlig normalen Bedingungen verliefen".(Sheldon,Status of Vietnam,in :Far Eastern Survey,18.12.1946).Den bürgerlichen Nationalisten waren 7o von über 4oo Parlamentssitzen zugestanden worden.Sie wußten,"daß sie in einem normalen fairen Wahlkampf noch nicht einmal 7o Sitze (...) gewinnen würden."(B.Fall,Le Viet Minh,1945-196o,Paris 196o,S.45ff.). - Mehr als 9o% aller Stimmen wurden für die Kandidaten der Viet Minh abgegeben.

'Rückeroberung des Kolonialbesitzes durch die Union Française.'(Bechtoldt).

Bereits Ende 1945 standen 5o ooo französische Soldaten in Vietnam.Nach einem Generalstreik gegen die fr nzösischen Übergriffe erweiterte General Leclerc mit japanischer (!) Unterstützung die 'Sicherheitszone' um Saigon.Nach einem Eingriff französischer Kolonialbeamter in die vietnamesische Zollhoheit (11.Nov.1946) und nachdem sie daraufhin von vietnamesischer Miliz beschossen worden waren,stellten die Franzosen am 23.Nov.1946 ein Ultimatu m:Räumung Haiphongs innerhalb von 2 Stunden - wenige Stunden darauf bombardierten die Franzosen Haiphong (G.K.Tanham,Communist Revolutionary Warfare, London 1962,S.6).Am Abend dieses Tages wurden in Haiphong 6 ooo Tote gezählt.(Ph.Devillers,Histoire du Vietnam,de 194o à 1952,Paris 1952,S.125).

'Bei aller Hilfe der USA für die Franzosen ginge es ihnen darum,"Schluß zu machen mit der Kolonialherrschaft","vernünftige Formen des Übergangs zu finden."' (Bechtoldt).

"Bidault verstand Dulles bei 2 verschiedenen Gelegenheiten dahingehend,daß er ihnen den Einsatz amerikanischer Atombomben im Indochina - Krieg durch französische Streitkräfte angeboten habe.Nach Bidaults Angaben fallen beide Angebote in die Zeit vor dem Fall von Dien Bien Phu."(Coblentz,G.u. Drummond,R.:Duell am Abgrund.John Foster Dulles u.d.amerik. Außenpolitik,1953-1959,Köln-Berlin 1961,S.388). Dieser Plan der amerikanischen Regierung scheiterte am Einspruch der französischen und britischen Regierung.

B.W.

Bereits 1949 leisteten die USA militärische Hilfe für die Franzosen in Vietnam. Im Mai 1950 kamen die ersten 23. Mill. Dollar 'Wirtschaftshilfe'. (Vgl. Times Magazine, 31. Mai 1950). Am 12. Oktober 1952 traf das 200. Schiff mit US-Militärhilfe in Saigon ein. Ende 1953 trugen die USA bereits 80 % der französischen Kriegskosten. (Vgl. u.a. B. Fall, The two Vietnams, New York-London, 1964, S. 468).

'Außer China habe jede Nuklearmacht den Satz von Clausewitz durch die Atombombe in Frage gestellt.' (Bechtoldt).

Mao Tse Tung 1938: "Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik! In diesem Sinne ist der Krieg Politik und ist der Krieg eine politische Aktion." (Über den langdauernden Krieg, S. 152).
Mao Tse Tung 1957: "Was die imperialistischen Länder angeht, so sollten wir ... jeden möglichen Krieg vermeiden." (Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke, S. 75).

'In diesem Krieg ginge es um einen "Wettlauf der Durchdringung Chinas" '. (Bechtoldt).

Geht es nicht um den Grundwiderspruch imperialistischer Interessen - einerseits China militärisch einzuschließen, andererseits China für die Märkte des Kapitals zu öffnen ? (Vgl. Che Guevara, Brief an die Tricontinentale).

'Ist es nur "Tragik dieses Landes, an dieser geographischen Position zu liegen" ' (Bechtoldt) ?

Ist es dann nicht 'Tragik' der imperialistischen Länder Interessen, auf dem Wege zur Kolonialisierung immer wieder auf Völker zu treffen ?

Sozialistischer Deutscher Studentenbund Tübingen (SDS)

02.11.1967:
Der AStA der Universität Göttingen gibt seine 'Göttinger Nachrichten' (GN) Nr. 5 (vgl. 25.10.1967, 16.11.1967) heraus mit dem Leitartikel "Nicht genug Demokratie an der Universität. 2 000 Studenten beim teach-in - keine Urabstimmung".

Weitere Artikel sind:
- "Nach der 1. Runde" zur Mitbestimmung;
- "Immatrikulation: Hitze unter dem Pelz";
- "Ungerechte Pauschale" zur Studiengebühr;
- "Assistenten wachen auf";
- "Was die Hochschulgruppen meine: SHB: das Verhältnis zur SPD";
- "Studentenratssitzung vom 25.10.1967. Einigkeit - aber keine Konzepte";
- "Mit Gerichtsurteilen gegen politische Betätigung" zur FU Berlin;
- "Vietnam-Demonstration - eine große Pleite" zum 20.10.1967;
- "Professor Schöne: 'Die KU mach ich selbst'" aus der Germanistik;
- "Studienberatung noch unzulänglich. Oft nur Anpassung an bestehende Schwierigkeiten";
- "Pädagogen in die Gewerkschaft" zur GEW;
- "Leserbrief. Wartburgfest wie erwartet"; sowie
- "Rufnamen unterstreichen".
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 5, Göttingen 2.11.1967

02.11.1967:
An der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, ein Flugblatt der Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker mit einem Text des 1. AStA-Vorsitzenden, Wolfgang Landsberg: Thesen zum Sinn von Kommission zum Experiment".
Q: ABK: Die Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

D 3. NOV. 1967

ABK ABK ABK ABK ABK ABK

DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT BERLINER KLINIKER
veröffentlicht einen Text von Wolfgang Landsberg, der am 17.10.1967 zum 1. ASTA-Vorsitzenden gewählt wurde, nicht um für den Inhalt zu werben, sondern um die Absichten des ASTA-Vorsitzenden deutlich zu machen.

DIESER STUDENTENVERTRETER VERTRITT SIE NACH INNEN UND AUSSEN. (§ 25, I, Satzung der Studentenschaft der FU).

Dies ist der vollständige Text, der in den "Informationen für Studentenvertreter Nr. 4" vom ASTA veröffentlich wurde (Oktober 1967). (Die Unterstreichungen stammen von uns):

THESEN ZUM SINN VON KOMMISSION ZUM EXPERIMENT

0.0 Form und Inhalt sind untrennbar. Das gleiche Objekt in Forschung und Lehre bedingt in beidem die gleiche Form.

0.1 Studium ist Einübung in Wissenschaftlichkeit, d.h. ration methodologisches Arbeiten.

0.2 Studienreform ist nicht Reform der Einübung, sondern hat diese zum Ziel.

0.3 Wissenschaft ist nicht statisch. Somit ist das Studium dynamisch.

0.4 Studienreformerische Konzepte orientieren sich am Metaphysischen, dem Kanon einer statischen Wissenschaft.

1.0 Creative Kommissionen (Der Mensch unter dem Gesetz)

1.1 Erarbeitung neuer Prüfungsordnungen erfolgt ohne Kenntnis, Erprobung und Analyse alternativer Modelle; d.h. irrational wird etwas geändert, was ob seiner Irrationalität geändert wird.

1.2 Diese Änderung wird institutionalisiert. Prüfungsordnunge werden zur Norm des Studiums (selbstverantwortlich natürlich), d.h. dieses Studium wird metaphysisch, denn die Norm wird als solche nicht in Frage gestellt.

1.3 Die Ergebnisse sind formal. Man nennt eine Übung zwar Arbeitsgruppe, die geübte Langeweile bleibt jedoch erhalten. Eine als Übung titulierte Arbeitsgruppe wäre mir lieber.

1.4 Im clinch mit Autoritäten werden aus uns Objekte gemacht, die noch besser manipuliert werden können. Fernab der Öffentlichkeit und der Betroffenen ist man sich selbst genug.

2.0 Anregende Kommissionen (Hundert Blumen)

2.1 Diskussionen über die jetztige Studiensitutation öffnen den Blick für andersartige Lehrveranstaltungen in der Form der Anleitungsveranstaltungen.

2.2 Die Kommissionen sind für die experimentelle Verwirklichung der unter 2.1 gewonnenen Anregungen verantwortlich.

2.3 Die dadurch erzielte Bewußtseinsänderung der Dozenten ist für die weitere Demokratisierung (Abbau der Ordinarienuniversität z.B.) zu nutzen.

2.4 Wir müssen die Kommissionen zu Stoßtrupps gegen autoritäre Strukturen innerhalb und außerhalb (Landesprüfungsamt z.B.) der Universität manipulieren.

3.0 Permanente Revolution im Hörsaal (Demonstration am Ob

3.1 Die immer wieder geforderte Öffentlichkeit wird nicht eingeladen; ihr muß verholfen werden, das Unbehagen zu verbalisieren.

3.2 Die Unruhe entzündet sich am Objekt, d.h. in der Vorlesung. Diese wird zum Dialog erklärt. Man ist mit seinem Unbehagen nicht allein.

3.3 Verdrängte Unruhe, die sich dann an Hausordnungen entlädt, gleicht kindlichen Trotzreaktionen. Der Klassenfeind hat das erkannt. 3.1 ist unsere Strategie.

3.4 Dem Eintritt in den Stand der Akademiker wird die Maske vom Gesicht gerissen. Prüfungen werden visitiert und rezensiert.

Wolfgang Landsberg

Der Autor dieses Traktates "vertritt die Studentenschaft nach innen und aussen". (§ 25, I, Satzung der Studentenschaft der FU).

02.11.1967:
Am OSI der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Repräsentative Komponenten" zur Fachschaft, die die Beschlüsse der VV lediglich interpretieren, aber nicht unbedingt durchsetzen wolle.
Q: Dietrich, Rainer et. al: Repräsentative Komponenten, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

0 7 NOV 1

R E P R Ä S E N T A T I V E K O M P O N E N T E N

Die gewählten Vertreter des Volkes sind an Beschlüsse der Vertretenen nicht gebunden, ihnen ist es vielmehr aufgegeben, dem zu selbständigen Aktionen unfähigen Volk bereitsgetroffene politische Entscheidungen zur nachträglichen Billigung vorzulegen. Im eigenen Interesse des Volkes werden politische Streitfragen nicht mehr vom Volk, sondern für das Volk gestellt und entschieden.

Alles für das Volk, nichts durch das Volk !

Das Volk braucht Repräsentanten, um sein wahres Interesse zu erkennen:

> "Wenn ein Volk im Einklang mit seinem wahren Interesse regiert werden soll, bedarf es eines Mittlers, der ihm den Zugang zur Erkenntnis des Gemeinwohls ermöglicht: nur als repräsentiertes Volk weiß ein Volk, was es will."(Ernst Fraenkel: Deutschland und die westl. Demokratien, Stuttg. 1964, S.77)

Sollte das Volk doch einmal auf unerklärliche Weise auf die Idee kommen, die von politisch verantwortlichen Stellen getroffenen Entscheidungen zu mißbilligen, so kann es sich dabei gar nicht um sein wahre und echte Meinung handeln, sondern nur um seine gemeine Meinung, die im Prozeß der politischen Willensbildung nicht zu suchen hat:

> "Nur wenn eine gemeine Meinung wenigstens einer der Mindestanforderungen genügt, die in einer konkreten politischen Einheit den consensus omnium gefunden hat, kann sie erwarten, als maßgeblicher Faktor des Prozesses der politischen Willensbildung Beachtung zu finden..."(E.Fraenkel: Öffentliche Meinung u. internat. Politik, S.14)

Von dieser Einsicht her haben uns unsere Vertreter in unserem wohlverstandenem eigenen Interesse lediglich zur Entscheidung solcher Fragen aufzurufen, "die vom Blickpunkt des Staatsinteresses aus als politisch relevant erscheinen."(E.Fraenkel: Deutschland...,S.79) Denn sonst bestünde die Gefahr, daß "das plebiszitäre Element nicht nur bei der Entscheidung einer von politisch verantwortlichen Stelle formulierten Frage in Erscheinung tritt, sondern sich auch auf die Formulierung politisch unverantwortlicher Fragen erstreckt." (Fraenkel, aaO, S.14)

Hat das versammelte Volk also das verfassungsmäßig garantierte Recht über die von den Repräsentanten gefällten Entscheidungen nachträglich zu beschließen, so ist es den Repräsentanten zum Wohle der Untergebenen aufgegeben, diese Beschlüsse in der richtigen Weise zu interpretieren.

Das Ganze stellt sich am Otto-Suhr-Institut so dar:
(Lutz Rininsland im Info-Dienst Nr.94 v. 24.10.67)

- Der "Fachschaftsvertretung (ist) aufgegeben, eine Interpretation des (von der Vollversammlung mit Mehrheit verabschiedeten) Antrages vorzunehmen." (Es handelt sich um den Antrag von Herrn Schulte der auf der Vollversammlung am 19.10. mit Mehrheit beschlossen wurde.)

- "Die Fachschaftssprecher werden die Argumente der Vollversammlung auf der Lehrstuhlinhaberbesprechung vortragen."
- "Sie (die Studenten des OSI) sollten dann der Fachschaftsvertretur durch einen wesentlich stärkeren Besuch klarmachen, daß Beschlüsse der Vollversammlung für die Sprecher bindend sind, und nicht eine Sache der Interpretation."
- Die geringe Wahlbeteiligung bei seiner Wahl im Dezember 1966 hat f Rinsinsland die Konsequenz, "daß ich (R.) meine Aufgabe so betrach tet habe, daß mir kein detaillierter Auftrag erteilt wurde, sonder ich bestrebt sein mußte, ein von mir selbst angenommenes Interesse der Studentenschaft des OSI zu vertreten."(Info-Dinest Nr.92). (Hervorhebungen von uns)

Wir dürfen uns glücklich schätzen, daß am OSI die von Fraenkel postu lierten Normen der repräsentativen Demokratie endlich von der Fach- schaft mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung gebracht wurden. Wir danken unserer Fachschaft, daß sie die wahre Wirklichkeit der repräsentativen Demokratie auf fortschrittliche Weise praktiziert, wir werden uns ernsthaft zu fragen haben, ob der von der Vollversammlung beschlossene Antrag unser eigentliches Interesse oder nur unsere gemeine Meinung ausdrückt. Wir bitten deshalb inständig die Fachschaft insbesondere Herrn Rininsland, uns bei der Lösung dieser Farge und bei der Interpretation dieses Antrages mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, da wir unser eigenes Interesse nicht selbständig erkennen und deshalb die Beschlüsse der Vollversammlung für die Fachschaft nicht bindend sein können.

Rainer Dietrich Mitgl. d. Ältestenrats 1967/68
Eike Schweichel " " " "
Rolf Niemann " " " " , Stellv. Fachsch.sp
1965

Jutta v.d. Brelie " " " "
Andreas Wiesand Stellv. Fachschaftssprecher 1966
Axel Schulte
Georg Herrmann
Hans Joachim Funke
Nils Kadritzke
Margret Wirth
Günther Schmidt
Tilman Brucker

02.11.1967:
An der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Kommilitoninnen und Kommilitonen!" des AStA FU zum morgen beginnenden Prozess gegen Kurras.

Bekanntgegeben werden weitere Prozesstermine, zu deren Besuch aufgefordert wird.
Q: AStA FU: Kommilitoninnen und Kommilitonen!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

KOMMILITONINNEN UND KOMMILITONEN !

In diesen Tagen häufen sich die öffentlichen Gerichtsverhandlungen gegen Studenten!

Der Fall Teufel hat uns deutlich gezeigt, daß die Unabhängigkeit der Rechtsprechung von der Exekutive nur noch auf dem Papier steht: in einem Verfahren vor einiger Zeit wurde ein Angeklagter verurteilt, obwohl sich keiner der Polizisten, die den Angeklagten festgenommen hatten, an ihn, den Ort und die Zeit der Verhaftung erinnern konnten. Dem Gericht genügte als Beweis, daß der Einsatzleiter meinte, an dem betreffenden Tage seien alle Verhaftungen durch seine Beamten rechtmäßig gewesen!

Es wird immer klarer, daß Westberliner Gerichte in politischen Verfahren nur deshalb verurteilen, um das Vorgehen der Polizei nachträglich zu rechtfertigen.

Aus diesem Grunde fordert Sie der Allgemeine Studentenausschuß auf, die umseitig aufgeführten Gerichtstermine zu besuchen, um so eine größtmögliche Öffentlichkeit der Prozesse zu gewährleisten. Da die Termine sich teilweise überschneiden, fordern wir Sie auf, andere Verhandlungen zu besuchen, falls zu der vorgesehenen Verhandlung kein Publikum mehr zugelassen wird.

Zu gegebener Zeit wird der AStA eine Informationsveranstaltung über die politischen Prozesse durchführen.

gez. Helmut Giesa
- Referent der
Politischen Abt. -

bitte wenden!

AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN

2. 11. 6

VERHANDLUNG GEGEN KURRAS

3. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 537
7. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 537
8. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 817
10. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 537
14. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 537
15. Nov. um 9.oo Uhr in Saal 817

WEITERE VERHANDLUNGEN (immer Amtsgericht Tiergarten)

Datum	Uhrzeit	Angeklagter	Anklage	Saal
7.11.	9.oo	Möllendorf	Widerstand gegen Staatsgewalt am 2. Juni	138
7.11	1o.oo	Waninger	Widerstand gegen Staatsgewalt am 2. Juni	Erweit. bau 49
8.11.	9.oo	Rummel	Dehnicke-Steckbrief	101
9.11.	9.15	Semmler Hemmer Compart	Eier auf Amerika-Haus bei Ostermarsch	501
13.11	9.45	Bockhagen	Dehnicke-Steckbrief	736
15.11.	9.oo	Pelte	Widerstand gegen Staatsgewalt bei Humphrey-Besuch	Erweit. bau 52
27.11.	9.oo	Teufel	Landfriedensbruch am 2. Juni	500
28.11.	9.oo	Schlotterer	Eier am Kranzler bei Ostermarsch	101
28.11.	15.oo	Beierlein	Widerstand gegen Staatsgewalt bei Ostermarsch	105

Amtsgericht Tiergarten
1 Berlin 21, Turmstr. 91

AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN - AUFHEBEN -

02.11.1967:
An der FU Berlin lud die Burschenschaft Teutonia für heute zum Gästeabend zur Feuerzangenbowle in ihre Kellerkneipe in der Brentanostraße 52 in Steglitz ein.
Q: Burschenschaft Teutonia: Gästeabend, Berlin O. J. (1967)

1.11.67

Foto2

... gästeabend...gästeabend...gästeabend...gästeabend...

FEUERZANGEN BOWLE

zeit: donnerstag, 02.11.67
20 hct

ort: berlin-steglitz
brentanostr.52

veranstalter:
Burschenschaft TEUTONIA
tel.: 76 46 50

Wollen Sie dabei sein? Dann besuchen Sie uns bitte in unserer gemütlichen Kellerkneipe !

Burschenschaft Teutonia zu Jena
in Berlin
1 Berlin 41 (Steglitz)
Brentanostr. 52 · Tel: 76 46 50

03.11.1967:
An der FU Berlin soll heute der erste einer Reihe von wöchentlichen Vorträgen "über Themen aus dem Bereich der Sexualität" zum Thema Empfängnisverhütung gehalten werden, wozu der AStA mit einem Flugblatt einlud.
Q: AStA FU: Vorträgen "über Themen aus dem Bereich der Sexualität, Berlin O. J. (1967)

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Wintersemester 1967/68

VORTRÄGE ÜBER THEMEN AUS DEM BEREICH DER SEXUALITÄT

mit Diskussion

Freitag

3. November 1967	1. Empfängnisverhütung
1o. November 1967	2. Sexuelle Vorurteile und Tabus in unserer Gesellschaft (sog. Perversionen, kulturelle Vergleiche, Relativität der Normen, Begriff der Natürlichkeit)
17. November 1967	3. Formen des Sexualverhaltens - vorcheliche Sexualität (medizinische Aspekte, Aspekte der Persönlichkeit, Real-Verhalten)
1. Dezember 1967	4. Sexualität und Erziehung (Aufklärung, Einfluß von Elternhaus und Schule, Kulturvergleich)
8. Dezember 1967	5. Störungen des Geschlechtsverkehrs Impotenz und Frigidität
15. Dezember 1967	6. Kontaktstörungen

Wiederholungen

19. Januar 1968	Empfängnisverhütung (1.)
26. Januar 1968	Sexuelle Vorurteile und Tabus in unserer Gesellschaft (2.)

Zeit: 19.oo Uhr s.t.

Ort: Raum 1o2
Wi.-So. Fakultät

04.11.1967:
Im WDR wird, laut Peter Schütt (vgl. 20.11.1967), die Kritische Universität (KU) im Kommentar von Roland H. Wiegenstein als Durchbrechen der politischen enge Westberlins gelobt.
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 14

06.11.1967:
Das der KPD nahestehende Afrikakomitee (vgl. 14.8.1972) berichtet über Zimbabwe (vgl. 11.11.1965, 1970):"
Mit einem Gesetz reservierte das Regime die schönsten Parks, Kinos, Schwimmbäder und Kneipen und die besten Wohngebiete für die Weißen; dort wohnende Afrikaner werden vertrieben."
Q: NVK: Olympiaillustrierte, Bonn o.J. (1972), S. 8

06.11.1967:
In "Der Neuen Welt" in Berlin-Neukölln wird der Film "50 Jahre Oktober. Eine kritische Würdigung" gezeigt.
*Q: Berliner Extra Dienst Nr. 48, Berlin ***1967, S. 3*

06.11.1967:
An der FU Berlin lädt die HSU heute für den Abend mit einem Flugblatt ein zu ihrem Arbeitskreis zu den Wahlen zum 20. Konvent bzw. zum Wahlkuratorium.
Q: HSU: 20. Konvent, Berlin O. J. (6.11.1967)

HUMANISTISCHE STUDENTEN UNION

1 Berlin 30
Keithstr. 36-38 / Apt. 140
Andreas Wiesand
Tel.: 7690497 (tagsüber)

E0702

6.11.

Sie sollten sich jetzt wirklich entschließen, für den

20. KONVENT

zu kandidieren ! Am 15. 11. ist nämlich Meldeschluß.

Einerseits: Diesmal wird es schwerer als je zuvor bei einer Konventswahl. Von Kandidaten und Abgeordneten wird viel verlangt.

Andrerseits: So schlimm ist es auch wieder nicht, denn:

wir helfen Ihnen !

(ZU GEWINNEN, NATÜRLICH !)

Für einige fortschrittliche

UNABHÄNGIGE

ist in unserem"Wahlkuratorium" noch Platz. Besonders gern gesehen sind Mitmenschen, die in die PROPAGANDAABTEILUNG noch ein wenig unkonventionelle PHANTASIE einbringen können. Übrigens - keine Angst! Auch als Unabhängiger werden Sie bei uns nicht

vergewaltigt!

Folgende zwei TERMINE sollten Sie einhalten, wenn Sie im nächsten Jahr STUDENTISCHE INTERESSENVERTRETUNG mitgestalten wollen: HEUTE - MONTAG, den 6. 11.

und MITTWOCH, den 8. 11.

um → 19.30 UHR!

In der STUDENTENVERTRETUNG der PH II: FAK.

IHNESTR. 22 (Keller, gegenüber der THEATERKASSE)

HSU WAHLKURATORIUM HSU WAHLKURATORIUM HSU WAHLKURATORIUM HSU WAHLKURATORIUM

06.11.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Kandidieren Sie!", das zur Kandidatur für den Konvent auffordert.
Q: N. N.: Kandidieren Sie!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

KANDIDIEREN SIE !
KANDIDIEREN SIE !
KANDIDIEREN SIE !

UMSEITIG IST EIN (benutzbarer) KANDIDATENMELDEBOGEN ABGEDRUCKT

FÜLLEN SIE IHN BITTE AUS UND GEBEN SIE IHN IM KONVENTSBÜRO AB (Garystraße 20, bis zum 15.Nov.1967)

VERGESSEN SIE DIE BEIDEN FOTOGRAFIEN NICHT !!!

K A N D I D I E R E N

K A N D I D I E R E N

K A N D I D I E R E N

SIE
SIE
SIE

Ich erkläre hiermit meine Kandidatur für die Wahlen (Nahwahlen) zum 20. Konvent der Freien Universität Berlin

im Wahlkreis .....
(Fakultät)

Bitte deutlich schreiben!

Name:..... Geb.Datum:.....

Vorname:..... Geb.Ort:.....

Wohnung:..... Matr.-Nr.:.....

..... Semesterzahl(mind.2):.....

Telefon:..... Immatrikuliert am:.....

Fachrichtung:.....

.....
(eigenhändige Unterschrift)

Erforderlich: 2 BILDER à 7/10; weiß/gränzend/hart

Fragen, um deren Beantwortung für die Wahlzeitung alle Kandidaten für die Wahlen zum 20. Konvent gebeten werden:

---

1. Name und Vorname: .....

2. Alter (in Jahren):.....

3. Semesterzahl (insges.):.....

4. Fakultät:..... Fachrichtung:.....

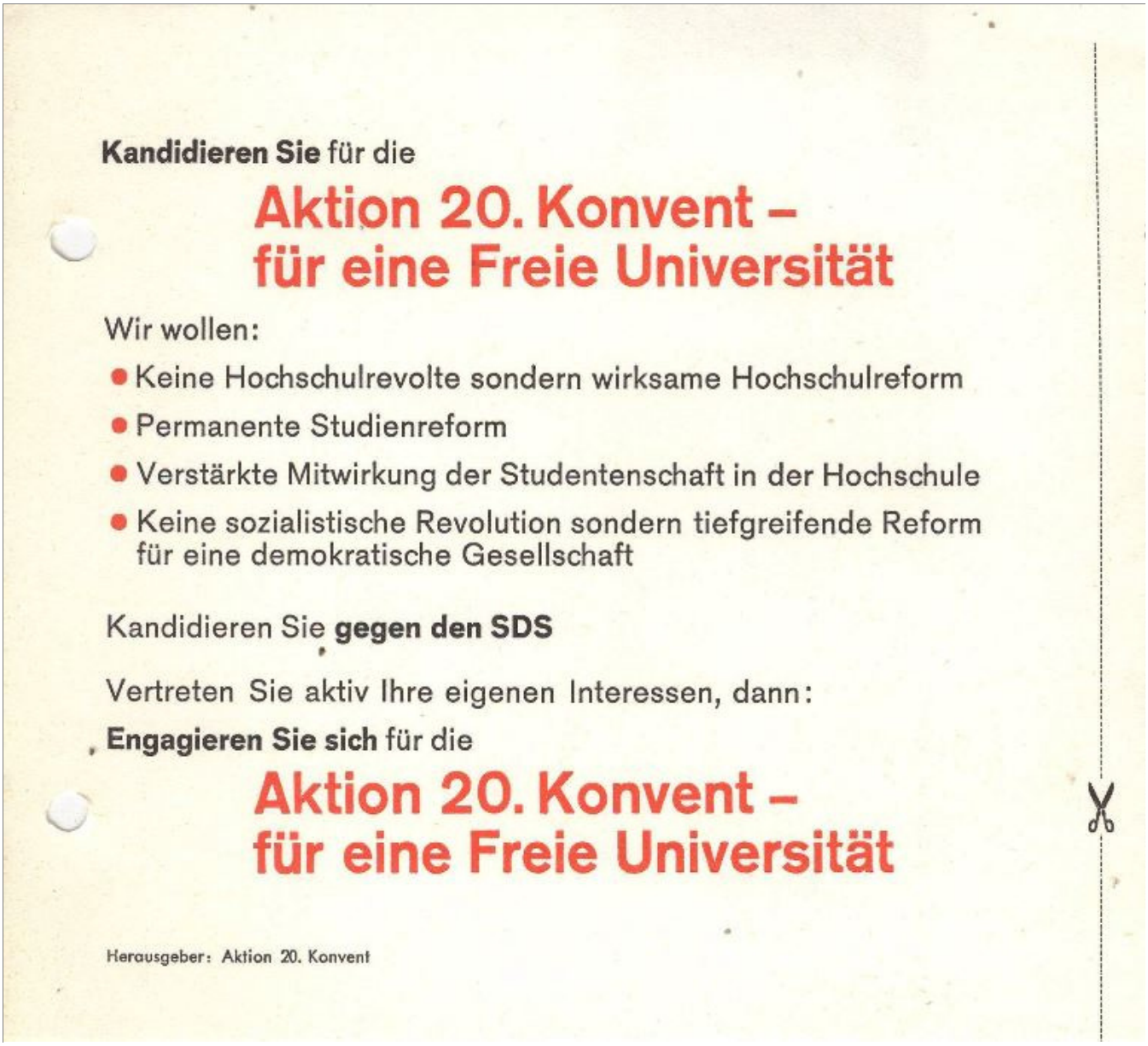
5. Gehören Sie einer studentischen Gemeinschaft oder Verbindung an?

   .....

   Wenn ja, welcher?.....

Kurzgefaßter Lebenslauf mit besonderer Berücksichtigung eventueller früherer Mitarbeit in der Studentenvertretung und Ihrer Anregungen und Vorstellungen für die Arbeit des 20. Konvents.
(Länge allerhöchstens 10 Schreibmaschinenzeilen)

06.11.1967:
An der FU Berlin ruft die Aktion 20. Konvent vermutlich in dieser Woche mit einem Handzettel zur Kandidatur für den 20. Konvent auf.
Q: Aktion 20. Konvent: Kandidieren Sie, O. O. (Berlin) O. J. (1967)



Kandidieren Sie für die

Aktion 20. Konvent – für eine Freie Universität

Wir wollen:

- Keine Hochschulrevolte sondern wirksame Hochschulreform
- Permanente Studienreform
- Verstärkte Mitwirkung der Studentenschaft in der Hochschule
- Keine sozialistische Revolution sondern tiefgreifende Reform für eine demokratische Gesellschaft

Kandidieren Sie **gegen den SDS**

Vertreten Sie aktiv Ihre eigenen Interessen, dann:

Engagieren Sie sich für die

Aktion 20. Konvent – für eine Freie Universität

Herausgeber: Aktion 20. Konvent

06.11.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche das Flugblatt '"Bitte lesen Sie beide Texte genau und urteilen Sie selbst'" der KU, in dem zahlreiche Arbeitskreise bekanntgegeben und zum Wochenendseminar am 25./26.11.1967 eingeladen wird.
Q: KU: 'Bitte lesen Sie beide Texte genau und urteilen Sie selbst', Berlin O. J. (1967)

K R I T I S C H E U N I V E R S I T Ä T

c/o AStA der FU, Berlin 33, Garystr.2o, Tel. 7 69 o4 21

"BITTE LESEN SIE BEIDE TEXTE GENAU UND URTEILEN SIE SELBST"
Diese Empfehlung übergab der R e k t o r der FU Anfang Oktober der universitären Öffentlichkeit. Er meinte das von K n a u e r/ B o r i n s k i erstellte und in 1o ooo Ex. vertriebene Gutachten von 2o Seiten über das Provisorische Verzeichnis der KU (3o S.) und den ersten Beschluß des A k a d e m i s c h e n S e n a t s vom 18.September.- Am 25.Oktober bedauerte der neue Akademische Senat, daß eine umfassende inneruniversitäre Diskussion nicht ver= wirklicht werden konnte.

"-OB DIE BEDENKEN, DIE GEGEN DAS PROJEKT DER KRITISCHEN UNIVERSITÄT ERHOBEN WERDEN, AUS DER LUFT GEGRIFFEN SIND"(ebd.)

-ist u.E. kritisch zu beurteilen
n i c h t b l o ß durch Teilnahme an der Gründungsversammlung und danach durch Metternichsche Spitzel, die die Universitätsverwaltung informieren für deren Entscheidungen "in Bezug auf die einzelne an= gemeldete Veranstaltung" (Senats-Beschluß vom 25.X.67);
s o n d e r n
1) t h e o r e t i s c h: indem man die Senatsbeschlüsse und das Gutachten Knauer/Borinski mit den beiden Texten vergleicht, die in= zwischen als Verzeichnisse und als Programm der KU erschienen sind (Das neue Verzeichnis enthält Diskussionsbeiträge und Ankündigungen im Umfang von 76 Seiten);
2) e m p i r i s c h: indem man die Arbeitskreise der KU besucht un seine Kritik in den Arbeitskreisen, den Delegierten-Versammlungen u in den Voll-Versammlungen zum Ausdruck bringt. Im übrigen besteht f jeweils 7 Interessenten die Möglichkeit, selber einen Arbeitskreis in der KU zu beginnen. Sie werden sich lediglich der öffentlichen Kritik der übrigen KU-Teilnehmer zu stellen haben (vgl.Beschluß der Gründungs-Vollversammlung vom 1.November zum Organisationsmodell; KU II,S.8/9 mit Zusätzen).

NUR VON DEN "SEITEN 4o/41" ZU SPRECHEN, IST MEHR ALS EINSEITIG

Der Diskussionsbeitrag "Die Gegenuniversität in der Kritischen Uni= versität"(S.4o/42) wurde fälschlich verabsolutiert als dogmatisches Ziel der KU und von denen aus dem Medium rationaler Diskussion entf ernt, die bei der ersten Vollversammlung aufgeblasen die Parole in Feld schickten: KU-Parteihochschule des SDS:K.O.; die Gegner einer Rätedemokratie zeigten sich als Gegner des Kritischen Elements in der KU.

bitte wenden!

EIN WOCHENENDSEMINAR AM 25./26.XI.67 IM KLUBHAUS ZEHLENDORF, Goethestr. 49, wird mit der Diskussion über die Situation West-Berlins beginnen. Das Programm des Arbeitskreises

(7) West-Berliner Wirtschaftskrise und Sozialpolitik wird anhand vorliegender Analysen und Prognosen bestimmt werden.

Folgende Arbeitskreise sind anzukündigen:

5 Entwicklungspolitik und Wissenschaft: Freitags 18 Uhr Otto-Suhr-Institut; 33, Ihnestr. 21, Raum D
6 Das Modell Kuba: ab 12.11., 15 Uhr ESG-33, Gelfertstr. 45
9 Politische Sprache: Sonnabends ~~14.30~~ 16.XI.,11 Uhr Republikanischer Club 31, Wielandstr. 27 II
10 Sexualität und Herrschaft: Mittwoch 20 Uhr, Studentenvertretung Phil.Fak., Ihnestr. 22, Keller
12 Arbeitsmedizin: ab 15.11., 19 h, 31, Joachim-Fr.-Str.30 (b/Bacia)
13 Medizin ohne Menschlichkeit: Freitags 18 h, aber 1. Sitzung 11.11. 18 h, 31, Holsteinische Str. 27 (b/Eberl)
15 Psychosomatische Medizin: Donnerstags 16 h, ESG, 33, Gelfertstr.45
17 Mitbestimmung Schüler: Donnerstags 20 h, 12, Knesebeckstr. 68/69 I
18 Konkrete Didaktik: Donnerstag 19 h, 30, Bülowstr. 73 IV
20 Architektur und Gesellschaft: ab 16.11., 30 h, Stud.vertr. TU
21 Rechtsstaat und Demokratie: ab 13.11., 30 h, Jur.Fak. Hs. 211
22 Keynessche Theorie: Donnerstags 18 h, WiSoFak., Hs. 101
23 Verschüttete Aufklärung, Gruppe 4: ab 10.11., 18 h, Germ.Sem.Clubr
Gruppe 3: ab 9.11., 19 h, " " "
Weitere Ankündigungen am Schwarzen Brett der Institutsvertretung

24 Kritik der akademischen Psychologie: Termin ab 15.11.im Inst.o. KU 8
27 Marcuse und die Theologie: Mittwochs 20 h, ESG, Gelfertstr. 45
31-33 offizielle Veranstaltungen der Pädagogischen Hochschule, 46, Malteser Str. 74
31 Strategie und Taktik politischer Aktionals didaktisches Problem: Plenardiskussion ververlegt auf Freitags 15-17 h; um 17-19 h tggen drei Arbeitsgruppen, u.z. über Guerilla-Taktik, über die Russische Revolution und über die Situation von Berkeley
34 (noch festzulegen) Literatur-Theorie- Roland Barthes, Lukacs u.a.

19 Westberliner Lehrpläne: ab 1o.XI.67, 18.3o Uhr Evang.Stud.Gem., 33,Gelfertstr.45

06.11.1967:
An der FU Berlin ruft die Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fakultät (APhil) in dieser Woche mit einem Flugblatt zur Mitarbeit und zur Kandidatur für den 20. Konvent auf.
Q: APhil: Hat keiner von Ihnen…, Berlin O. J. (1967)

6-12.67

APhil APhil APhil APhil APhil APhil

Hat keiner von Ihnen etwas gegen die Kritische Universität einzuwenden, wie sie die 'Politische Abteilung' des AStA (so jetzt auf dem Deckblatt des endgültigen Programms der KU für das WS 67/68, im Provisorischen Verzeichnis vom Juli 67 noch 'Hochschulabteilung') zu etablieren sucht?

Sind Sie alle der Meinung, daß Che Guevara für 'uns Westberliner Studenten' die 'notwendige Einheit von Theorie und Praxis' ausgedrückt habe? Meinen Sie alle, daß der AStA berechtigt sei, derartige Telegramme im Namen der Studentenschaft der FU zu verschicken?

Warum hört man nichts mehr von denjenigen, denen wir als politisch Unabhängigen bei den letzten Konventswahlen unserer Stimmen gegeben haben? Sind sie inzwischen alle 'umfunktioniert' worden - oder waren sie es von Anfang an, ohne uns davon wissen zu lassen?

Sollte sich nicht der 20. Konvent darum bemühen, zur Lösung der Probleme der Hochschul- und Studienreform unmittelbar beizutragen, statt diese wie seine Vorgänger zur Verfolgung allgemeinpolitischer Ziele auszunutzen?

Wir arbeiten für einen

K R I T I S C H E N 20. K O N V E N T

Tragen Sie dazu bei, daß er zustandekommt. Arbeiten Sie mit uns, kandidieren Sie!
Schreiben Sie uns. Wenn Sie kandidieren wollen, sofort - bis spätestens 13.11. (letzter Meldetag im Konventsbüro 15.11., d.h. nächster Mittwoch).

Arbeitsgemeinschaft der
Philosophischen Fakultät

Senden Sie diesen Abschnitt bitte an
Eckard Düwal, 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 19

Ich möchte für den 20. Konvent kandidieren:
Ich bin interessiert an der Arbeit der APhil:

Name: Adresse: matr. Nr.

06.11.1967:
An der TU Berlin gibt der Organisationsausschuß der Studentenvertretung (SV) und der politischen Hochschulgruppen ESG, GSG, LSD, RCDS, SHB und APA vermutlich Anfang dieser Woche das "Programm der Universitätstage" heraus.
Q: Organisationsausschuß: Programm der Universitätstage, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Organisationsausschuß der Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin und der politischen Hochschulgruppen (ESG GSG LSD RCDS SHB APA)

Programm der Universitätstage Termin: 7. - 11. November 1967

"Hochschule und Gesellschaft"

Dienstag, 7.11.67	17.oo	"Die Freiheit der Wissenschaft und die politische Funktion der Universität" Grundsatzreferat: N.N.
	20.oo	"Technische Elite - angepaßte Elite" Prof. Goldschmidt, Berlin
Mittwoch, 8.11.67	17.oo	"Hochschuldidaktik" Prof. E. Velema, Twent
	20.oo	"Technische Hochschule und die gegenwärtig Machtverhältnisse in der Gesellschaft" Referat: André Gorz, Paris
Donnerstag, 9.11.67	17.oo	"Departmentsystem" Prof. Wild, München Helmut Krauch, Heidelbe
	20.oo	"Hochschule und Demokratie" Dr. Negt, Frankfurt
		Symposion "Hochschule und Demokratie" mit Mitgliedern der TU, der Parteien, Gewerkschaften und Industrie, Leitung: Prof. Goldschmidt
Freitag, 10.11.67	17.oo	"Hochschulgesamtplan" Dipl.Volkswirt Angermann, Heidelberg
	20.oo	Podiumsdiskussion zum Hochschulgesetz mit Mitgliedern der TU u.a.

06.11.1967:
An der TU Berlin geben die Studentenvertretung (SV) und die Hochschulgruppen ESG, GSG, LSD, RCDS, SHB und APA vermutlich Anfang dieser Woche das "Programm der Universitätstage" heraus.
Q: SV, ESG, GSG, LSD, SHB, RCDS, APA: Programm der Universitätstage, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Doubl
S/48

Die STUDENTENVERTRETUNG der Technischen Universität Berlin
und die Hochschulgruppen
ESG GSG LSD SHB RCDS APA

U N I V E R S I T Ä T S T A G E der TU-STUDENTENSCHAFT

Termin: 7. bis 1o.November 1967

"HOCHSCHULE UND GESELLSCHAFT"

Di.,7.11.67	17.oo	"Die Freiheit der Wissenschaft und die politische Funktion der Universität" Grundsatzreferat: Prof.Brückner,Hannover
	2o.oo	"Technische Elite - angepaßte Elite" Prof.Goldschmidt,Berlin
Mi.,8.11.67	18.oo	"Hochschuldidaktik" Prof.E.Velema,Twente
	2o.oo	"Forschung und Gesellschaft" Dr.H.Krauch,Heidelberg
Do., 9.11.67	17.oo	Department- u.Abteilungssysteme "Strukturprobleme von physikalischen Lehr-und Forschungseinrichtungen an deutschen Hochschulen" Prof.Wild, München Physik departement
		"Organisationsprobleme der Forschung in Hochschulen, gezeigt am Beispiel der Raumordnungs-Forschung an der ETH Zürich" Prof.J.Maurer, Zürich
	2o.oo	Symposion "Hochschule und Demokratie" Einleitendes Referat: Dr.O.Negt,Frankfurt
		Diskussionspartner:Mitglieder der TU-B, der FU, der Parteien, der Gewerkschaft und Industrie (Dr.Tuchel,Düsseldorf, L.Pinkall, Frau Dr.v.Brentano, Dr.Negt, Prof.Klages,Prof.Schwan) Diskussionsleitung:Prof.Goldschmidt
Fr.,1o.11.67	17.oo	Hochschulgesamtplan Dipl.-Volkswirt Angermann,Heidelberg
	2o.oo	Podiumsdiskussion zum Hochschulgesetz mit Senator Stein, Mitgliedern der TU,u.a

---

06.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Studentenvertretung (SV) vermutlich Anfang dieser Woche ihre "Information Nr. 1 zu den Universitätstagen der TU-Studentenschaft" heraus.
Q: SV TU: Information Nr. 1 zu den Universitätstagen der TU-Studentenschaft, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Universitäts-tage der TU-Studentenschaft

Studentenvertretung der Technischen Universität
- Der Vorstand -

INFORMATION Nr. 1 zu den Universitätstagen der TU-Studentenschaft

Am Dienstag, den 7.11.1967, 17 Uhr s.t. im HE 101, hält Professor Brückner, TH Hannover, das Grundsatzreferat der Universitätstage

" DIE FREIHEIT DER WISSENSCHAFT UND DIE POLITISCHE FUNKTION DER UNIVERSITÄT "!

1. *Ein neues Universitätsgesetz kann nicht geschaffen werden ohne eine Konzeption zur Reform der inneren Struktur der Universität.*
2. *Die innere Struktur der Universität kann nicht festgelegt werden ohne eine Definition der Aufgaben und der Position der Universität in der heutigen und morgigen Gesellschaft.*
3. *Die Aufgaben der Universität können nicht definiert werden ohne eine Erörterung der Bedeutung von Wissenschaft in einer hochindustrialisierten Welt. - Für eine Technische Universität ist diese Erörterung besonders wesentlich.*

Wissenschaft ist heute ein nicht zu leugender politischer Machtfaktor. Damit stellt auch die Universität, deren Hauptaufgabe es ist, Wissenschaft zu betreiben und zu lehren, einen politischen Machtfaktor dar.

Wenn die Universität dies nicht begreift oder es leugnet, wird sie manipulierbares Instrument in den Händen außeruniversitärer Machtgruppen, sei es der Staat, sei es Militär oder Industrie. Sie wird unfähig, über Berechtigung oder Nichtberechtigung der Forderungen, die von außen an sie gestellt werden, zu entscheiden und damit unfähig, sich aus eigener Kraft zu reformieren.

Eine Universität, die das unreflektiert geschehen läßt, ist weder a u t o n o m noch f r e i in Forschung und Lehre.

Die Autonomie und die Freiheit der Universität kann nicht in Neutralität und Passivität bestehen, sondern nur in dem Recht und der Pflicht, auf Grund eines wissenschaftlichen und politischen Bewußtseins
- sich selbst inhaltlich und methodisch zu reformieren -
- sich selbst zu demokratisieren -
- und demokratisch auf die Gesellschaft einzuwirken.

Peter BRÜCKNER ist "politischer Psychologe". Er beschäftigt sich besonders mit der Analyse des politischen Bewußtseins des Einzelnen und der Wirkung dieses Bewußtseins auf die Demokratie. Sein neuestes Buch (zusammen mit Johannes Agnoli) behandelt die "Transformation der Demokratie" in Repression, die dem Einzelnen unbewußt ist und deshalb durch eine "Avantgarde" bewußt gemacht werden muß. (Siehe "ANRISSE" Nr. 60, S.7)

PROGRAMM DER UNIVERSITÄTSTAGE siehe "ANRISSE" Nr.60 und die Plakate.

VERANSTALTER

Studentenvertretung der Technischen Universität
Evangelische Studentengemeinde
Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft
Liberaler Studentenbund
Ring Christlich Demokratischer Studenten
Sozialdemokratischer Hochschulbund
Aktionskomitee für Politische Arbeit an der TU

06.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft (GSG) vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Universitätstage der TU-Studentenschaft" heraus.
Q: GSG: Universitätstage der TU-Studentenschaft, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG

GSG - Information

Universitätstage der TU - Studentenschaft

Kann es eine "unpolitische" Universität geben?

Die Abhängigkeiten zwischen Universität und Gesellschaft, zwischen Wissenschaft und Politik sind stärker denn je. Die Wissenschaft ist die formende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Wissenschaftliche Beratung der Politik und politische Planung wissenschaftlicher Forschung sind Selbstverständlichkeiten.
Die Propagierung des "Unpolitischen als Wesensmerkmal der deutschen Universität" (Abendroth) kann nur als Verschleierung tatsächlicher Zusammenhänge und bestehender Interessenlagen verstanden werden.

In der Vergangenheit hatte die Universität eine durchaus politische Funktion. Sie wurde ihr gerecht durch die kritiklose Akklamation der jeweils bestehenden Herrschaftsverhältnisse, eine Haltung, die durch die Verbannung der Politik aus der rationalen Wissenschaft in das Reich der nur subjektiv erfaßbaren "Werte und Ideale" gefördert wurde. Die Unterstützung und Formulierung imperialistischer Ziele und Forderungen der Wilhelminischen Ära durch namhafte Gelehrte ist heute geradezu peinlich, ganz zu schweigen von der "braunen Universität".

Die Forderung "reiner Wissenschaftlichkeit" zeigt heute offen ihren ideologischen Charakter. Daher ist es notwendig, daß die Universität sich ihrer gesellschaftlichen Rolle bewußt wird, daß sie ihre politische Situation einer dauernden rationalen Kritik unterzieht und die politischen Voraussetzungen, Funktionen und Wirkungen ihrer wissenschaftlichen Forschung überprüft und kontrolliert.

INFORMIEREN SIE SICH !
KOMMEN SIE ZU DEN UNIVERSITÄTSTAGEN DER STUDENTENSCHAFT !

Wir verweisen besonders auf das Grundsatzreferat von Prof. Brückner mit dem Thema:

" Die Freiheit der Wissenschaft und die politische Funktion d.Universi
(Dienstag 7.11.67 um 17 Uhr, Raum HE 101

Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft

Die STUDENTENVERTRETUNG der Technischen Universität Berlin
und die Hochschulgruppen
ESG GSG LSD SHB RCDS APA

U N I V E R S I T Ä T S T A G E der TU-STUDENTENSCHAFT

Termin: 7. bis 10. November 1967

"HOCHSCHULE UND GESELLSCHAFT"

Di., 7.11.67	17.oo	"Die Freiheit der Wissenschaft und die politische Funktion der Universität" Grundsatzreferat: Prof. Brückner, Hann.
	20.oo	"Technische Elite-angepaßte Elite" Prof. Goldschmidt, Berlin
Mi., 8.11.67	18.oo	"Hochschuldidaktik" Prof. E. Velema, Twente
	20.oo	"Forschung und Gesellschaft" Dr. H. Krauch, Heidelberg
Do., 9.11.67	17.oo	Department- u. Abteilungssysteme - Strukturprobleme von physikalischen Lehr- und Forschungseinrichtungen an deutschen Hochschulen Prof. Wild, München - Physik-Department
		"Organisationsprobleme der Forschung in Hochschulen", gezeigt am Beispiel der Raumordnungs-Forschung an der ETH Zürich, Prof. J. Maurer, Zürich
	20.oo	Symposion "Hochschule und Demokratie" Einleitendes Referat: Dr. O. Negt, Frankfurt Diskussionspartner: Mitglieder der TU, der FU, der Parteien, der Gewerkschaft und Industrie, L. Pinkall, Frau Dr. v. Brentano, Dr. Negt, Prof. Klages, Prof. Schwan) Diskussionsleitung: Prof. Goldschmidt
Fr.,10.11.67	17.oo	Hochschulgesamtplan Dipl.-Volkswirt Angermann, Heidelberg
	20.oo	Podiumsdiskussion zum Hochschulgesetz mit Senator Stein, Prof. Rossow, a. Mitglieder der TU, u.a.

Alle Veranstaltungen finden im HE 101 statt.

06.11.1967:
An der TU Berlin gibt der SDS vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Positionen zu den Hochschultagen der TU-Studentenschaft" heraus.
Q: SDS TU: Positionen zu den Hochschultagen der TU-Studentenschaft, Berlin O. J. (1967)

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND - GRUPPE AN DER TU

Positionen zu den Hochschultagen der TU-Studentenschaft

"DIE FREIHEIT DER WISSENSCHAFT UND DIE POLITISCHE FUNKTION DER UNIVERSITÄT "

1. Die Freiheit der Wissenschaft

Begrifflich enthält die Parole von der "Freiheit der Wissenschaft" zwei Aspekte, die sich jedoch bei näherem Hinsehen als Fiktionen ihrem Anspruch nach und als Herrschaftselemente ihrem gesellschaftlich-politischen Gehalt nach erweisen:

1. Die Freiheit von Forschung und Lehre
2. Die innere Wertfreiheit der Wissenschaft.

Als Fiktionen deshalb, weil die abstrakten Postulate der Freiheit der Wissenschaft ohne Zusammenhang mit der Rolle der Wissenschaft in der gesellschaftlichen Realität der technischen Leistungsgesellschaft durchdacht werden.
Der Anspruch der Freiheit von Forschung und Lehre kann nämlich gar nicht aufrechterhalten werden, wenn die Wissenschaft als ein ökonomischer "Produktionsfaktor", als Vehikel für technischen Fortschritt, begriffen wird, also in der Leistungsgesellschaft um eine neue, ihrem idealistischen Selbstverständnis entgegengesetzte Dimension ökonomischer Anforderungen erweitert ist.
Die praktische Konsequenz dieser Ökonomisierung der Wissenschaft ist z.B. die allenthalben geübte Vergabe von zweckgebundenen Forschungsaufträgen seitens der Industrie, des Staates und der Verbände.
Da aber ohne Bereitstellung der erforderlichen Mittel keine ernsthafte Forschung möglich ist, wird die Richtung der Forschung von den Geldgebern bestimmt, das heißt die Wissenschaft wird unter den Bedingungen ihrer meteriellen Abhängigkeit von wirtschaftlichen Erfordernissen und Interessen kanalisiert und damit der beanspruchten Freiheit beraubt.
Auf eben diese Weise wird die Freiheit der Lehre zur Fiktion, weil auch die Lehre sich an den ökonomischen Erfordernissen der Gesellschaft orientieren muß, insofern als sie eine Aufgabe als "Produktionsfaktor" für qualifizierte Arbeitskräfte zu erfüllen hat. Unter der Bedingung der ökonomischen Verwertbarkeit der Lehre ist diese von vornherein inhaltlich weitgehend festgelegt, d.h. auf die Vermittlung von Fachwissen reduziert, für dessen kritische, interdisziplinäre Reflexion kein Raum bleibt.

Die Forderung innerer Wertfreiheit der Wissenschaft ist im Grunde nichts anderes als der Versuch, die Wissenschaft frei zu machen
von einer kritischen, interdisziplinären Reflexion (welche geradezu zum Kriterium der Wissenschaftlichkeit gemacht werden müßte),
für die Akzeptierung von verbindlichen Wertsetzungen, die der Wissenschaft im nachhinein von außen aufgetragen werden.
Die Aneignung und Verwertung der wissenschaftlichen Ergebnisse erfolgt keineswegs "wertfrei" durch die politischen und ökonomischen Machtzentren der Gesellschaft, die der Wissenschaft die Wertfreiheit als Selbstbeschränkung auferlegen.

2. Die politische Funktion der Universität

Der Universität kommt in der spätkapitalistischen Gesellschaft eine doppelte Funktion zu:

Erstens dient ihre Produktion für den Markt, die Ausbildung qualifizierter Arbeitskraft und die Bereitstellung verwertbarer Forschungsergebnisse, dem Gesamtinteresse der Gesellschaft an ständiger Steigerung der Leistungsfähigkeit ihres Produktions- und Distributionsapparates.

b.w.

Zweitens dient in dieser Gesellschaft jede nur denkbare Form der Perfektionierung des Leistungsapparates zugleich der Absicherung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die ihrerseits dem rationalen Einsatz dieses Apparates im Dienste des Menschen im Wege stehen.

Daher darf sich die Autonomie der Universität heute nicht erschöpfen in einer formalen Neutralität, die sich aus einer juristischen Unabhängigkeit vom Staat ableitet.

Die Autonomie der Universität muß heute inhaltlich neu bestimmt werden als Freiheit von der Manipulierung durch gesellschaftliche Gruppeninteressen.

Gewinnt die Universität durch Selbstreflexion die Distanz von den gesellschaftlichen Gruppeninteressen zurück, so erlangt der historische Anspruch der Wissenschaft neues Gewicht, der sich auf die Aufklärung menschlicher Lebensverhältnisse richtet. Nur auf diesem Wege kann die Universität wieder Zugang zu dem ursprünglichen Selbstverständnis der Wissenschaft finden: KRITISCHE RATIONALITÄT IM DIENSTE DES MENSCHEN ZU SEIN.

"TECHNISCHE ELITE - ANGEPASSTE ELITE"

Der Begriff der Elite impliziert einerseits eine besondere Leistungsbefähigung und andererseits eine entsprechend privilegierte gesellschaftliche Stellung. Das unpolitische Elitebewußtsein muß sich aber selbst in Frage stellen, wenn es seine politisch-gesellschaftliche Relevanz erkennt. Denn die Privilegien der Elite sind in Wahrheit nur Konzessionen der Herrschenden, und in dem Maße, in dem den Konzessionierten die Konzessioniertheit ihres gesellschaftlichen Status bewußt wird, stellt sich ihnen die Wahl zwischen Anpassung und Verweigerung.

Es zeigt sich, daß die von der Hochschule produzierte technische Intelligenz keineswegs an der Herrschaft über die politischen und wirtschaftlichen Machtzentren beteiligt ist, sondern allenfalls die Funktionäre für die Interessen der wirklichen Herren stellt, die als "graue Eminenzen" im Halbdunkel von Staat und Wirtschaft bleiben. Diese findet man weder im Parlament noch in den Ministerien, sondern in den Spitzengremien der Unternehmerverbände, der Banken und Industriekonzerne.

Die Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Systems drückt sich aus im Waren-Charakter der menschlichen Arbeit, einschließlich der Arbeit der technischen Funktionärselite. Die scheinbare Sachbezogenheit des Produktionsprozesses und seine scheinbare Wertneutralität dienen in Wahrheit lediglich dazu, den tatsächlichen Zwangscharakter der Arbeit zu verschleiern.

In der arbeitsteiligen Gesellschaft, in der jeder nur Teilwissen und Teilfähigkeiten erwerben und anwenden kann, wird Rationalität ersetzt durch den Glauben an die Rationalität des Gesellschaftssystems und der sozialen und technischen Prozesse. Dieser Glaube verfestigt sich und setzt sich fort in der kritiklosen Bejahung des herrschenden Systems, und steht damit zu jeder beliebigen Manipulation zur Verfügung. Im Ergebnis führt dieser Zwangsmechanismus intellektueller Verelendung zu Anpassung und Unterordnung unter einen Arbeitsprozess, der nur im Detail verständlich bleibt.

Die Forderung muß daher sein, daß der Ingenieur seinen Sachverstand nicht blindlings zu beliebigem Gebrauch an ein Herrschaftssystem verkauft, das ihn, unkontrollierbar, nach Bedarf mißbrauchen kann. Vielmehr muß das Selbstverständnis seiner Arbeit politisch sein:
KRITISCHE RATIONALITÄT IM DIENSTE DES MENSCHEN.

Sozialistischer
Deutscher
Studentenbund
Gruppe an der TU Berlin

06.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft (GSG) vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Universitätstage der TU-Studenten" heraus.
Q: GSG: Universitätstage der TU-Studenten, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

GSG-Information

UNIVERSITÄTSTAGE DER TU-STUDENTEN

Die Studentenvertretung führt in Zusammenarbeit mit politischen Hochschulgruppen (ESG, GSG, LSD, RCDS, SHB) erstmalig Universitätstage durch unter dem Thema:

" HOCHSCHULE UND GESELLSCHAFT"

Warum Universitätstage ?

Wir wollen nicht feiern, sondern arbeiten. Wir wollen zeigen, daß Universitäten Institutionen politischen Charakters sind, daß es eine Autonomie der Universitäten wohl im Mittelalter geben konnte, daß es sie aber heute nicht mehr gibt. Die sogenannte Freiheit der Forschung und Lehre ist mit den Interessen und Bedürfnissen der industriellen Gesellschaft unvereinbar.

Wir wollen kritisch über die Organisationsstruktur der Universitäten diskutieren. Es genügt nicht, nur darüber nachzudenken, wie sich die Universität an die Leistungsgesellschaft anpassen sollte, wie sie den Ausstoß an Nachwuchskräften optimal gestalten könnte, wie die Institute besser organisiert werden könnten. Wir wollen auch deutlich machen, daß unsere Universität heute noch weitgehend patriarchalisch organisiert ist: nach dem Muster eines mittelalterlichen Handwerkbetriebes in Meister, Gesellen und Lehrlinge. Wir bestreiten nicht die natürliche Differenz zwischen Lehrenden und Lernenden. Wir bestreiten aber, daß daraus für alle Bereiche Weisungsbefugnisse hergeleitet werden können. Lehrende und Lernende müssen echte Partner sein.

Wir wollen Demokratisierung in der Universität. Nicht einflußlose Mitberatung, sondern echte Mitbestimmung in allen die Studenten betreffenden Fragen. Wir wollen, daß die Studenten- und Assistentenschaft von ihrem Mitspracherecht in Universitätsangelegenheiten Gebrauch machen.

Wir wollen deshalb öffentlich über das neue Berliner Universitätsgesetz diskutieren. Dazu sind Vertreter der Parteien, des Vereins Deutscher Ingenieure, der Gewerkschaften und Fachleute für die Hochschulgesetzgebung eingeladen.

Wir wollen der Öffentlichkeit klarmachen, daß auch TU-Studenten politisch und demokratisch denken und handeln können.

Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft

06.11.1967:
An der TU Berlin gibt die ESG vermutlich Anfang dieser Woche das "Programm der Universitätstage" heraus mit einer Rückseite, in der sie ihre Teilnahme begründet.
Q: ESG TU: Programm der Universitätstage, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Die STUDENTENVERTRETUNG der Technischen Universität Berlin
und die Hochschulgruppen
ESG GSG LSD SHB RCDS APA

U N I V E R S I T Ä T S T A G E der TU-STUDENTENSCHAFT

Termin: 7. bis 1o.November 1967

"HOCHSCHULE UND GESELLSCHAFT"

Di.,7.11.67	17.oo	"Die Freiheit der Wissenschaft und die politische Funktion der Universität" Grundsatzreferat: Prof.Brückner,Hannover
	2o.oo	"Technische Elite - angepaßte Elite" Prof.Goldschmidt,Berlin
Mi.,8.11.67	18.oo	"Hochschuldidaktik" Prof.E.Velema,Twente
	2o.oo	"Forschung und Gesellschaft" Dr.H.Krauch,Heidelberg
Do., 9.11.67	17.oo	Department- u.Abteilungssysteme Strukturprobleme von physikalischen Lehr-und Forschungseinrichtungen an deutschen Hochschulen" Prof.Wild, München Physik departement
		"Organisationsprobleme der Forschung in Hochschulen, gezeigt am Beispiel der Raumordnungs-Forschung an der ETH Zürich" Prof.J.Maurer, Zürich
	2o.oo	Symposion "Hochschule und Demokratie" Einleitendes Referat: Dr.O.Negt,Frankfurt
		Diskussionspartner:Mitglieder der TU-B, der FU, der Parteien, der Gewerkschaft und Industrie (Dr.Tuchel,Düsseldorf, L.Pinkall, Frau Dr.v.Brentano, Dr.Negt, Prof.Klages,Prof.Schwan) Diskussionsleitung:Prof.Goldschmidt
Fr.,1o.11.67	17.oo	Hochschulgesamtplan Dipl.-Volkswirt Angermann,Heidelberg
	2o.oo	Podiumsdiskussion zum Hochschulgesetz mit Senator Stein, Mitgliedern der TU,u.a.

ESG TU - ESG TU - ESG TU - ESG TU - ESG TU - ESG TU -

Betr.: Universitätstage der TU-Studenten vom 7. - 11.11.1967

Die Evangelische Studentengemeinde beteiligt sich an den Universitätstagen. Was hat sie in dieser Sache zwischen den politischen Hochschulgruppen zu suchen? Die Antwort ergibt sich aus den Problembeschreibungen.

1. Es ist nachgerade ein Allgemeinplatz geworden, daß die hierarchische Betriebsstruktur der deutschen Universitäten, die wissenschaftliche Arbeit mehr hindert als fördert. Das entspricht zwar der herrschenden Betriebsstruktur in Industrie und Wirtschaft. Aber auch dort fängt man an zu begreifen, daß Kooperation wichtiger ist als Subordination.

2. Man ist dabei, Studiengänge und Prüfungsordnungen zu verbessern Gut. Aber die Reform hat Schneckentempo eingeschlagen. Teilweise kommt sie kaum zur Geltung. Man ist sich uneinig über die Reformkriterien: Beschleunigung der Produktion von Fachkräften - Arbeitsentlastung der Universität - Förderung der akademischen Allgemeinbildung - Einübung in selbständigem kritischen Denken und Arbeiten. Welche Kriterien haben Priorität? Wer setzt sie fest und entscheidet?

3. Die Technische Universität dient der freien Forschung und Lehre. Damit hat sie politische Funktionen. Aber verdeckt diese Funktionen mit dem Schleier aus Fachausbildung und "reiner Wissenschaftlichkeit". Sie diskutiert nicht, welche Aufgaben in der Gesellschaft sie wahrnimmt und welche sie wahrnehmen sollte. Ihre Freiheit gewinnt sie nicht in der Trennung von Wissenschaft und Gesellschaft, sondern in der Reflexion über ihren gesellschaftlichen Zusammenhang.

Eine Universität, die ihre Freiheit und Wissenschaftlichkeit ernstnimmt, muß über diese Fragen öffentlich diskutieren. Und Studenten, die glauben, mitverantwortliche Universitätsbürger und nicht konzessionierte Anstaltsbenutzer zu sein, müssen mitdiskutieren und sich reformieren.
Es geht um den vernünftigen Gebrauch unserer Vernunft. Es geht um die Mitverantwortung für die künftige Gestalt unserer Universität. Es geht um die Gewährleistung von Menschlichkeit, auch durch bessere Organisationen und Institutionen. Darum beteiligt sich die Evangelische Studentengemeinde an den Universitätstagen. Darum fordern wir Sie auf, sich gleichfalls zu beteiligen!

ESG TU - ESG TU - ESG TU - ESG TU - ESG TU - ESG TU -

06.11.1967:
An der TU Berlin gibt der SHB vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Der SHB meint…" Nr. 2 heraus zum Thema "Techniker in der Kritischen Universität" (KU).
Q: SHB TU: Der SHB meint… Nr. 2 Techniker in der Kritischen Universität, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Der SHB meint ...

SOZIALDEMOKRATISCHER
HOCHSCHULBUND
Gruppe an der TU Berlin

2

TECHNIKER in der KRITISCHEN UNIVERSITÄT

Die Kritische Universität (KU) wurde am 1. November 1967 durch eine Vollversammlung in der FU gegründet. Ihr Organisationsstatut sieht vor, daß die TU neben der FU ein gleichberechtigter Partner ist und somit großen Einfluß ausüben kann. Es ist vorgesehen, daß die Vollversammlung abwechselnd in den Räumen der FU und der TU stattfindet. Auch die übrigen Hochschulen beteiligen sich.

Wir, die Studenten der TU, sollten uns unserer gesellschaftlichen und politischen Rolle im "unpolitischen" Wirtschaftsprozeß bewußt sein. Hervorstechendes Beispiel: Techniker in militärischer und paramilitärischer Industrie, z.B. Flugzeugbau, Elektronik; Vernichtung der eignen Arbeit durch das bewußte Einplanen der Kurzlebigkeit von Industriegütern.

Diesen Brauch der Wissenschaft und Wirtschaft als möglichen Mißbrauch zu erkennen und ihm zu begegnen, unsere zukünftige Funktion als Akademiker in der Gesellschaft zu klären, soll Aufgabe der KU sein.

Die Kritische Universität findet die prinzipielle Unterstützung des SHB.

Wir fordern Studenten, Assistenten und Professoren der TU auf, sich aktiv an den Arbeitsgruppen zu beteiligen.

Wir schlagen Ihnen z.B. folgende Arbeitsgruppen der KU vor:

Technische Intelligenz und Gesellschaft

Architektur und Gesellschaft

Konservative Revolution in der Nationalökonomie - Kritik der Keynesschen Theorie

Die Ideologie der Wertfreiheit in der Naturwissenschaften

07.11.1967:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität sein 'Info' Nr. 72 (vgl. 28.7.1967, 30.11.1967) heraus mit dem Leitartikel "Hochschulhalbplan. Hochschulgesetz im Widerspruch zu Dahrendorfs Gesamtplan".

Weitere Artikel sind:
- "Kultusminister Hahn und das Hochschulgesetz" zur ersten Lesung des HG;
- "Studienförderung nach dem Honnefer Modell";
- "WR-Empfehlungen verfehlt" mit einer Stellungnahme des VDS dazu;
- "Mitteilungen des Sozialreferats";
- "STP-Bericht";
- "Vermittlungsprovisionen…";
- "Sozialgebühren erhöht"; sowie
- "Wahlfälschung?" zugunsten des RCDS im Wahlkreis Mathematik / Physik / Astronomie.

Geworben wird für Knut Nevermann: Der 2. Juni 1967, das im AStA erhältlich ist.
Q: AStA Uni: Info Nr. 72, Heidelberg 7.11.1967

07.11.1967:
An der FU Berlin gibt Reinhard Furrer das Flugblatt "Die Alternative zu Springer?" heraus.
Q: Furrer, Reinhard: Die Alternative zu Springer?, O. O. (Berlin) 7.11.1967

Berlin, 7,11,67

Die Alternative zu Springer?

Der "EXTRA-Dienst" möchte dies sein. Wäre er es, müßte man dies rückhaltlos begrüßen. Diese Alternative sieht jedoch so aus:
In seiner Nummer 48 verbreitet der "EXTRA-Dienst" ein Protokoll von der Pressekonferenz des Staatssicherheitsdienstes der DDR in welchem behauptet wird, ich wäre Agent des CIA und hätte mithilfe der TUSMA Studenten dazu mißbraucht, durch fingierte Autoüberführungen Spionagematerial in die DDR einzuschleusen. Als mein Mitarbeiter wird ein Herr Wordel genannt.
Ich kenne weder diesen Herrn noch habe ich jemals etwas mit dem CIA in meinem Leben zu tun gehabt. Der Staatssicherheitsdienst der DDR hat offensichtlich wieder einmal den erstbesten Namen genommen um propagandistisch notwendige "Vorkommnisse" im "Agentenpfuhl Westberlin" zu "beweisen".

Ich bezahle DM 1000.- (eintausend) demjenigen, der mir den Wahrheitsbeweis antritt!

Wenn es beim "Extra-Dienst" üblich wird Pressemeldungen aus Ostberlin kritiklos zu übernehmen und zu publizieren, was ist dann damit gewonnen, daß es ihn gibt? Das gleiche, was wir Springer vorwerfen, gilt dann -mit anderem Vorzeichen- für ihn.

cand.rer.nat.
Reinhard Furrer

ve.

07.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Unabhängige Aktionsgemeinschaft ein Flugblatt zur von ihr initiierten Unterschriftensammlung für eine Urabstimmung über die Auflösung des Studentenparlaments (StP) heraus.
Q: UAG: Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!, Berlin 7.11.1967

UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Die von der UAG initiierte Unterschriftensammlung ist beim Stand von 3042 dem Fakultätenrat eingereicht worden. Damit läuft seit Dienstag, dem 31. Okt. 1967, die in der Satzung der Studentenschaft festgelegte Frist von 30 Tagen, innerhalb der die Urabstimmung abgeschlossen sein muß.

Wir halten eine Urabstimmung über die Auflösung des Parlamentes für unbedingt erforderlich. Dabei hat uns die Arbeitsweise des Parlamentes in den letzten Wochen noch bestärkt.

Urteilen Sie selbst:

Parlamentssitzung am Montag, dem 30.10.1967

Durch Zufall erfuhren Parlamentarier von einem zweiten Telegramm, das am gleichen Tage wie das Guevara-Telegramm abgeschickt worden war, aber bisher vom Vorstand verschwiegen wurde. Hier der Wortlaut:

> Sorrow about the death of a Tokyo student. In spite of terror in both capitals, Berlin und Tokyo, continue protest against aid for US agression by our administrations. Solidarity with FLN.

Ein Mißtrauensantrag gegen den Vorstand wurde folgendermaßen entschieden: 28 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Damit war der Vorstand Läpple/Stahl abgewählt. Neue Kandidaten konnten nicht gefunden werden.

Ein Antrag über die Auflösung des Parlamentes fand
34 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Da die notwendige 2/3 Mehrheit nicht erreicht wurde, zog ein Teil der Abgeordneten aus und machte damit das Parlament beschlußunfähig.

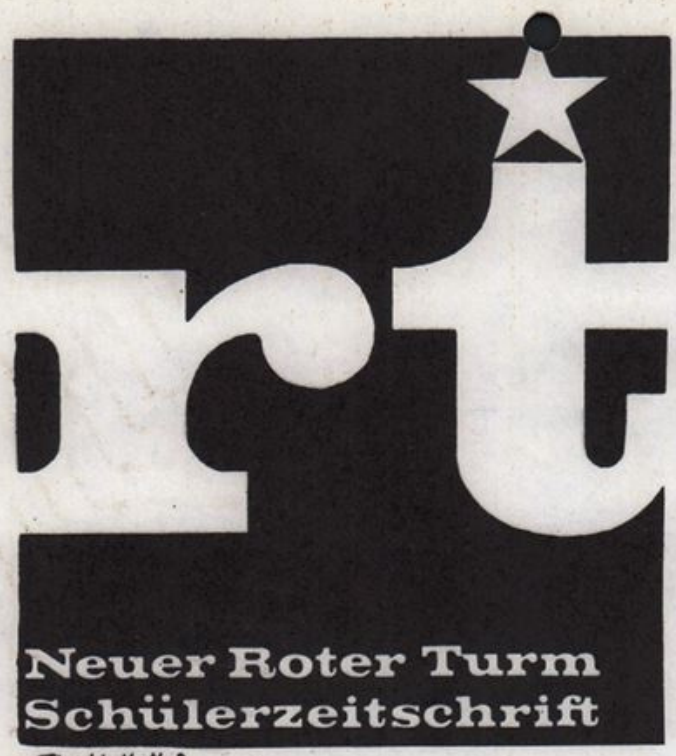
Parlamentssitzung am Freitag, dem 2.11.1967

Ein Beschluß über die Mitarbeit der Studentenvertretung an der Kritischen Universität wurde mit großer Mehrheit gebilligt.
Ein erneuter Antrag über die Auflösung des Parlamentes fand wiederum nicht die erforderliche 2/3 Mehrheit. Das Ergebnis 34 : 22 : 1.
Schließlich wurde ein neuer Vorstand gewählt. 1. Vorsitzender wurde der drei Tage vorher durch einen Mißtrauensantrag als 1. Vorsitzender abgewählte Dieter Läpple. 2. Vorsitzender wurde Hubert Borns.

Solche Parlamentsarbeit findet nicht unsere Zustimmung! Deshalb stimmen auch Sie mit "Ja" zur Auflösung des Parlamentes in der Urabstimmung.

Berlin, den 7.11.1967 Unabhängige Aktionsgemeinschaft

07.11.1967:
Zu diesem Tage erscheint in Berlin das Neue Rote Turm Flugblatt Nr. 2 '7.11.1917 - 7.11.67 - 50 Jahre danach', welches unterzeichnet ist mit Redaktion Neuer Roter Turm - Unabhängige Schülerzeitschrift und SJD KV Schöneberg.
Q: Neuer Roter Turm/SJD KV Schöneberg: 7.11.1917 - 7.11.67. 50 Jahre danach, Berlin O. J. (1967)



Flugblatt Nr. 2

7. November 1917 - 7. November 1967

50 JAHRE DANACH

Vor 50 Jahren, am 7. November 1917, übernahm die Bolschewistische Partei die Macht in Rußland - die erste siegreiche proletarische Revolution der Weltgeschichte. Im November 1917 schickte sich das russische Proletariat an, den Sozialismus aufzubauen.

Ein halbes Jahrhundert ist vergangen. Ist aber die Menschheit, ist die Sowjetunion seither dem Sozialismus nähergekommen ? Gewiß, in etlichen Teilen der Erde ist inzwischen die Herrschaft des Kapitalismus gebrochen worden. Aber können wir das gesellschaftliche Regime in irgendeinem dieser Länder, von Ostasien bis zur Karibischen See, anhand der marxistischen Kriterien allen Ernstes als sozialistisch bezeichnen?

Nach einem halben Jahrhundert Aufbau des Sozialismus ist nicht etwa der Staat als Zwangsorgan des Proletariats gegenüber der besiegten Bourgeoisie abgestorben, wie es Marx und Lenin erwartet hatten, sondern hat sich stattdessen als Zwangsapparat einer politisch und materiell privilegierten Bürokratenkaste über das Proletariat erhoben und macht bisher nicht die geringsten Anstalten, absterben zu wollen. Ein halbes Jahrhundert nach dem Roten Oktober sind die Sowjets, die Organe der demokratischen Diktatur der Arbeiterklasse, zu unpolitischen, machtlosen Schwatzbuden vom Niveau westberliner Bezirksverordnetenversammlungen verkommen. Die Bolschewistische Partei Lenins und Trotzkis, die Partei der Oktoberrevolution, ist ein Asyl für die Mittelmäßigkeit und ein Tummelplatz für Postenjäger geworden. Und andererseits ist es doch dem armseligen, bäuerlichen Rußland gelungen, in dieser Zeit zur zweitstärksten Industriemacht der Welt emporzusteigen !

Entgegen den Erwartung
tarische Revolution nic
wickelten Land gesiegt
sche Theorie allerdings
haben Rosa Luxemburg
"permanenten Revoluti
vermutlich zuerst in ei
würde, nämlich Rußlan

Für Marx und Lenin wa
nur als Welttevolution
klärt der IV. Weltkong
"daß die proletarische
Landes vollständig sieg
als Weltrevolution sieg
lution in den anderen
schuldet durch die fals
jetrußland blieb eine
lagerte Festung.

Dies war - nach dem
lands und den durch d
gen - die wichtigste
ausbildung einer ökono
kratenkaste, die sich
politischen Macht bera
ersetzt durch die Dikt

In der warenproduziere
benden Gesellschaft er

auszunutzen, um sich einen möglichst großen Anteil an den knappen Gütern zu sichern. Der Aufstieg der privilegierten Sowjetbürokratie findet ihren politischen Ausdruck im Aufstieg jenes Prototyps eines Apparatschiks, Josef Stalin, und in seinem Sieg über die Linke Opposition, die er physisch liquidieren ließ, einschließlich ihres Führers Leo Trotzki. Die Aufzählung all der Greuel, all der historischen Verbrechen und jedes Verrats an der Weltrevolution, die auf das Konto Stalin-Bürokratie gehen, ersparen wir uns, ein jedes ist zu düsterster Berühmtheit gelangt.

Nach dem Willen der sowjetamtlichen Historiographie endet die verschämt so genannte "Periode des Personenkults" mit Stalins Tod 1953. Die Auswüchse, die "Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit " sollen seit dem "Tauwetter", seit der "Liberalisierung" ein Ende gefunden haben.

Aber hat diese "Liberalisierung" etwas mit der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft, mit einer Rückkehr zur Rätedemokratie zu tun?

Ganz und gar nicht. Die "Liberalisierung" ist nicht mehr und nicht weniger als der Reflex einer Machtverschiebung innerhalb der Bürokratenkaste; sie kommt hahezu ausschließlich der mittleren Schicht der Bürokratie, den Technokraten im Wirtschaftsapparat und der Intelligentsia zugute, deren spezifisches Gewicht in der Sowjetgesellschaft dank des großen technischen Fortschritts enorm angewachsen ist und die daher der "zentralen Bürokratie", nämlich dem Partei-, Staats- und Militätapparat, einen Teil ihrer politischen Prärogativen abtrotzen konnte. Das Proletariat bleibt politisch ebenso entmündigt wie zuvor; von Rätedemokratie keine Spur, worüber auch der gestiegene Lebensstandard nicht hinwegtrösten kann.

Aber gerade in diesem Aufstieg der Wirtschafts-Technokraten liegt heute, fünfzig Jahre nach dem Roten Oktober, die Hauptgefahr für die Erungenschaften der Oktoberrevolution. Die spontane, nicht recht bewußte Tendenz dieser Gesellschaftsschicht ist, wie bereits die Libermanschen Reformen deutlich gemacht haben, die Rückkehr zum Profitprinzip, die Aushöhlung des Plansystem und die allmähliche Rückkehr zur Marktwirtschaft - das alles im Namen der "Effektivität". Heute, ein halbes Jahrhundert nach der Oktoberrevolution, zeichnet sich ein weiteres Mal die reale Möglichkeit einer kapitalistischen Restauration in der Sowjetunion ab, dem ersten Arbeiterstaat der Geschichte.

Die Gefahr, daß sich diese Möglichkeit zu einer wirklichen Tendenz verdichtet, würde sich angesichts neuer, entscheidender Siege der Weltrevolution bedeutend vermindern. Ebendies mag der Hauptgrund für die mehr als zögernde Haltung der Sowjetbürokratie gegenüber den revoltuionären Bewegungen vor allem in der neokolonialen Welt sein; dies ist auch der Grund für ihren unablässigen Versuch eines Arrangements mit der US-Regierung.

Aber machen wir uns keine Illusionen : Die Gefahr einer kapitalistischen Restauration in der Sowjetunion kann letzten Endes und endgültig nur durch die politische Entmachtung der Büro-

07.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) berichtet von der Rektoratsfeier (vgl. 9.11.1967), dass heute im 'AStA-Info' Nr. 5 geplante studentische Diskussionsversuche bekannt gemacht werden.
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 5

07.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) berichtet:"
Eine Gruppe SDS-Mitglieder zog angeheitert über den Campus. Man feierte immerhin die glorreiche Revolution: 50 Jahre Roter Oktober. In der Hand schwenkte einer verstohlen einen Eimer. Wo SDS-ler sind, ist die Polizei nicht weit. Was wollen sie mit dem Eimer? Die Gruppe wird in Polizeigewahrsam genommen - aber ch: Im Eimer stecken 10 trockene Pinsel! So ein hinterlistiger SDS! Unter Entschuldigungen darf das Häuflein ins Quartier zurück. - Doch siehe, die Zäune prangen in bunter Bemalung. Wer kennt die Täter?"

Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtet von der Rektoratsfeier am 9.11.1967 über die Polizeiübergriffe und:"
Schon zwei Tage vorher waren auf dem Universitätsgelände sieben Studenten vorläufig festgenommen worden, weil sie im Verdacht standen, 'Enteignet Springer' auf einen Bauzaun geschrieben zu haben".

Über die studentischen Vollversammlungen berichtet Schütt:"
Die erste spontane und unvorbereitete Studentenversammlung trat unmittelbar nach der Rektoratsfeier am 9. November 1967 zusammen und beschloß sofort, eine Urabstimmung über den Rektor durchzuführen."
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 7; Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 386f

08.11.1967:
Der SDS Tübingen gibt für die Bechtoldt-Vorlesung sein 'Vietnam-Info' Nr. 2 (vgl. 2.11.1967, 15.11.1967) heraus unter der Überschrift "Wir wollen diskutieren!". Laut einer handschriftlichen Datierung ebenfalls heute wird auch eine Bibliographie verteilt.
Q: SDS: Vietnam-Info Nr. 2, Tübingen 8.11.1967; SDS: Bibliographische Hinweise zu 'Vietnam', Tübingen o. J. (1967)

Vietnam Info 2 8.11.196

W I R W O L L E N D I S K U T I E R E N !

Herr Bechtoldt hat in seiner Vorlesung die Genfer Abkommen von 1954 ü Indochina in einer Weise dargestellt, die es ihm erlaubt, diese Abkomme als juristisch völlig irrelevant abzutun.

Herr Bechtoldt erklärt:
"Es hat niemand durch dieses Papier irgendwelche Pflichten oder Verantwortung übernommen."

Damit unterschlägt Herr Bechtoldt, daß selbst konservative Völkerrecht den verpflichtenden Charakter des Abkommens nicht bestreiten. Die Republik (Süd-) Vietnam ist als Rechtsnachfolgerin Frankreichs an das Waffenstillstandsabkommen und an die Schlußdeklaration gebunden.

"Der südvietnamesische Protest war rechtlich irrelevant. Die südvietnamesische Regierung hat das Waffenstillstandsabkommen durch die Annahm einer gesteigerten Waffenhilfe von den USA verletzt. Ebenso liegt in d Zulassung des United Military Assistance Command und darin, daß sich a rikanisches Militärpersonal in hoher Zahl in Südvietnam aufhält, eine letzung des Artikels 19, der die Einrichtung ausländischer Militärstüt punkte verbietet." (W. Rudolph, Völkerrechtliche Aspekte des Vietnam-Kon flikts, 1967, S. 26.). Ferner sind die militärischen Operationen sowie de Unterstützung durch Südvietnam auf Nordvietnam völkerrechtswidrig. (Vg Rudolph, aaO, S. 37).

Herr Bechtoldt unterschlägt auch, aus welchem Grund die USA nicht bereit waren, die Genfer Abkommen zu unterzeichnen. Kaum 6 Wochen nach Abschluß der Genfer Verhandlungen hoben die USA in Manila den Südostasienpakt (SEATO) aus der Taufe, mit dessen Hilfe sie sich das 'Recht' nahmen, jederzeit in Südostasien militärisch zu intervenieren, auch in Ländern, die nicht Mitglied dieses Paktes sind - wie z.B. Südvietnam.

Die von Herrn Bechtoldt präsentierte 'objektive' Darstellung des Genf Abkommens als weder verpflichtend noch verbindlich für die USA impliziert von vornherein die These von der amerikanischen Intervention als Verteidigung der 'Freien Welt'. Die Absicht dieser Implikation kann nur sein, das Gerede von der 'wertfreien Wissenschaft' zur ideologisch Rechtfertigung der amerikanischen Agression in Vietnam zu mißbrauchen

D A R Ü B E R W O L L E N W I R D I S K U T I E R E N !

Donnerstag 10.00 - 12.00 Uhr, Hörsaal im Schlachthof .

Sozialistischer Deutscher Studentenbund Tübingen SDS

[8. 11. 67]

Bibliographische Hinweise zu 'Vietnam'. Zusammengestellt von Sozialistischen Deutschen Studentenbund Tübingen SDS .

Abosch, Heinz: Dokumentation Vietnam. In: Blätter f. deutsche u. internat. Politik. Jg. 10, Okt. 1965, H. 10, pp 850-858.

Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft. Probleme der Entwicklungsländer. (I, II, III). Hefte: Nr. 34, 36, 38.

Baran, Paul A.: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. Luchterhand. Neuwied, Berlin. 1966. (Soziolog. Texte Bd 42).

ders.: Unterdrückung und Fortschritt. Suhrkamp. Frankfurt/M. 1966. (edit: suhrkamp Bd 179).

Browne, Malcolm W.: The New Face of War... London. Cassell. 1965. Pessimistische Bilanz hinsichtlich des US-'Engagements' in Südvietnam. Deutsche Übers. liegt inzwischen vor: M. W. Browne: Das neue Gesicht des Krieges. Huber V. Frauenfeld u. Stuttgart.

Buttinger, Joseph: The smaller Dragon. A political history of Vietnam. New York. Praeger. 1958. Weitausholende geschichtliche Darstell

Burchett, Wilfred G.: Partisanen contra Generale. Südvietnam 1964-67. Berlin. Volk u. Welt. 3. erw. Aufl. 1967.

ders.: Vietnam North. New York. International Publishers. 1966. Australischer Journalist. Längere Aufenthalte bei der FLN und i Nordvietnam. Schilderung des Widerstandskampfes des vietnames. V kes gegen innere und äußere Unterdrückung; ausführliche Darstel der Anfänge der FLN.

Chesneaux, Jean: Geschichte Vietnams. Berlin. Rütten und Loening. 1963. Teilweise kritische Sicht - vor allem der französ. Kolonialherr schaft gegenüber. Materialreich. Mit einem Kapitel über Südvietnam seit 1954.

Che Guevara: ... Schaffen wir zwei, drei, vie Vietnams Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAAL. Berl Oberbaumpresse. 1967.

Devillers, Philippe: Histoire du Viet-Nam de 1940 à 1950. Paris. Seuil. 1952. Katholisch antikommunistisch geprägte Sicht.

Fall, Bernard B.: Street without Joy: From the Indochina War to the War Viet-Nam. Harrisburg, Pa., Stackpole. 4. erw. A. 1964. Engl. Ausgabe: Pall Mall Press. London. In dieser 3 zusätzliche Kapitel zur 1. A v. 1961 enthalten; diese werden in einer Rez. v. P. J. Honey (China Quarterly, 1964, Nr. 17, pp 258-260) dem engl. Leser ausdrücklich abgeraten, überhaupt erst zu lesen(!)). (Kritik an US Politik).

ders.: The two Viet-Nams: A political and Military Analysis. New York. Praeger. 1963. Grundlegende Analyse mit ausführl. Quellenangaben.

ders.: Viet-Nam Witness: 1953-1966. New York. Praeger. 1966.

ders.: Dschungelkrieg. Neckargemünd. 1965. Fall galt als der wohl beste Kenner der Probleme und der jüngsten Entwicklung in Vietnam. Bis zu seinen Tod (im Verlauf von Kampfhandlungen in Südvietnam 1966) hat der Prof. f. politische Wissenschaften an der Howard Univ. (Washington) zahlreiche Artikel und Bücher publiziert.

Fanon, F.: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M. Suhrkamp. 1966.

Gettleman, Marvin E. (Hg.): Vietnam: History, Documents and Opinions on a World Major Crisis. New York. Fawcett World Library. 2. A. 1966. Zusammenstellg. aus Büchern u. Artikeln, Dokumenten zu Hintergrun und Verlauf des 1. Indochinakrieges, Genfer Konferenz, der Diktat Diems und dem wachsenden US Einfluß.

Halberstam, David: The Making of a Quagmire. New York. Random House. 1965 Gekürzte deutsche Ausgabe: Vietnam oder wird der Dschungel ent laubt ? Rowohlt Taschenbuch. (rororo aktuell) Bd 840. Okt. 1965. Schilderung der Ereignisse in Südvietnam bis zum Sturz Diems durch den amerikan. Korrespondenten der New York Times. (1961-64

Horlemann,J.u.Gäng,P.:Vietnam - Genesis eines Konflikts. Suhrkamp. Frankfurt/M.1966.edition suhrkamp Bd 173.
Gründliche und materialreiche Untersuchung;knappe Darstellung der Geschichte Vietnams.Beste in dtsch.Sprache vorliegende Analyse.Aus führliche Quellenangaben und Bibliographie.

Künzli,Arnold:Vietnam - wie es dazu kam.Evangelische Zeitbuchreihe. Polis Bd 22.Zürich.1965. Gute Ergänzung zu Horlemann/Gäng.

Kux,E.u.Kung,J.C.:Die Satelliten Pekings - Nordvietnam,Nordkorea. Stuttgart.Kohlhammer.1964. Antikommunistische Sicht;Kux,Schweizer Dozent und Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung,gibt wirtschaftl.u.polit.Überblick über die Entwicklung Nordvietnams bis 1964.(Vgl.die Berichte von Burchett,s.o.).(vgl.Fall,s.o.).

Lacouture,Jean:Le Viet-Nam entre deux Paix. Paris.Seuil.1965.Geschichte der polit.u.militär.Entwicklung in Vietnam seit der Genfer Konferenz von 1954.Fundierte Information.

Mecklin,John:Mission in Torment. New York.Doubleday.1965.Kritisch entlarvender Bericht über die US Politik in Südvietnam von einem ehemaligen hohen Beamten des US Informationsdienstes in Saigon 1962 - 64.

Scigliano,Robert:South Vietnam:Nation under Stress. Boston.Houghton. 1963.Ausführliche Darstellung der Diem Diktatur bis zu deren Sturz.

Snow,Edgar:Gast am anderen Ufer.Rotchina heute. München.Kindler.1964. Eine der besten Darstellungen der chinesischen Geschichte seit der Revolution von 1949.Ausführliche Darstellung des Verhältnisses China zu Vietnam.

Steinhaus,Kurt:Vietnam.Zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution.Frankfurt/M.Verlag neue kritik.1965.

Zur Situation 'Vietnam' als 'Modellfall' in der 3.Welt :Kursbuch Nr.2,6 und 9.

Ausführlichste Betrachtung der Sozialstruktur und des Agrarproblems findet sich in:

Nguyen Kien:Le Sud-Vietnam depuis Dien Bien Phu. Paris.Maspéro.1963.

08.11.1967:
An der TU Berlin erscheint das Flugblatt "Die TU schläft !!!" der Redaktion der 'Anrisse' zur geringen Beteiligung an den gestrigen ersten Veranstaltungen der Universitätstage.
Q: 'Anrisse'-Redaktion: Die TU schläft !!!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Anrisse-Provokation Anrisse-Provokation Anrisse-Provokation Anrisse-Provokation

D I E TU S C H L Ä F T !!!

Gestern abend fanden die beiden ersten Vorträge im Rahmen der

HOCHSCHULTAGE DER STUDENTENSCHAFT DER TU

statt.

Diskutiert wurde:
Die Stellung des Ingenieurs in der Gesellschaft als "Funktionselite", die nur Werkzeug ist in den Händen anderer, die die Entscheidungen treffen.
Die Stellung der Universität in der Gesellschaft als einer abhängigen Produktionsstätte für hochqualifizierte Fachleute ohne jedes Mitspracherecht.

----- WAREN SIE DABEI??? -----
----- -----
----- BETRIFFT SIE DAS??? -----
----- -----
----- SCHLAFEN SIE??? -----

Im Hörsaal HE 101 können 1500 Personen zuhören.

Es waren etwa 300 da.

DIE ANDERN SCHLAFEN IMMER NOCH!!!

Heute abend haben Sie Gelegenheit, das Gerücht von der schlafenden TU zu widerlegen.

18^{00} Uhr Prof. E.Velema, Twente
"HOCHSCHULDIDAKTIK"

20^{00} Uhr Dr. H.Krauch, Heidelberg
"FORSCHUNG UND GESELLSCHAFT"

Die "ANRISSE" - Redaktion

08.11.1967:
An der TU Berlin lädt die Studentenvertretung zur Veranstaltung "Forschung und Gesellschaft" im Rahmen der Universitätstage ein.
Q: SV TU: Universitätstage der TU-Studentenschaft, Berlin 8.11.1967

U N I V E R S I T Ä T S T A G E der TU-STUDENTENSCHAFT

Heute, 20.oo Uhr hält Dr. Helmut Krauch einen Vortrag:

"FORSCHUNG UND GESELLSCHAFT"

Forschung und Forschungsergebnisse stellen in einer hochindustrialisierten Gesellschaft einen politisch wesentlichen Machtfaktor dar.

- Es gilt zu untersuchen, welchen Anteil an zukunftsweisender Forschung die Universität und Technischen Hochschulen heute haben, welche Forschungszweige aus der Universität ausgegliedert wurden und werden, und welche Konsequenzen diese Entwicklung für die Gesellschaft ebenso wie für die Universität haben.

- Es gilt zu untersuchen, wie groß der tatsächliche Einfluß von Staat, Industrie und Wirtschaft auf die Forschung in der Universität ist, wie weit er berechtigt oder unberechtigt ist. Es ist zu untersuchen, ob trotz des Einflusses von Staat und Industrie durch Lenkung, Planung und Mittelvergabe die Freiheit der Forschung noch gewährleistet sein kann.

- Es gilt zu untersuchen, welche Forschungsgebiete heute das Monopol bestimmter vom Staat eingesetzter Institute oder bestimmter Industriezweige darstellen. Für noch wichtigere Forschungsbereiche haben einzelne Nationen Forschungs- und damit Ausnutzungsmonopol. (Elementarteilchenphysik, Kernwaffen, Weltraumforschung)

- Für die Universität gilt es, zu untersuchen, wie hier Forschung betrieben wird, ob die hierarchische Gliederung der Institutsbetriebe der Forschungstätigkeit nicht hinderlich ist,
  -ob durch die Monopolstellung des Ordinarius die freie Konkurrenz in Forschung und Lehre nicht ausgeschaltet wird,
  -ob die Forschungsinhalte nicht zu sehr auf die Bedürfnisse einer Person, des Ordinarius, zugeschnitten sind.

- Es gilt zu untersuchen, bei wem Verantwortlichkeit für Forschungsinhalte und Forschungsergebnisse liegen kann, ob ausschließlich beim Geldgeber oder ob bei allen an der Forschung Beteiligten.

HEUTE 18.oo Uhr im HE 101
Prof. E. VELEMA, Unterrichtsforschungsinstitut Twente
Thema: " H o c h s c h u l d i d a k t i k "

Biographische Angaben

Helmut K r a u c h, geboren 1927, ist Leiter der Studiengruppe für Systemforschung in Heidelberg. Er studierte Naturwissenschaften und arbeitete von 1953 bis 1956 am Max-Planck-Institut für medizinische Forschung, Abteilung Chemie, in Heidelberg. Promotion in Chemie 1956. 1956 - 57 Fulbright Stipendium (Arbeiten über Reaktionsmechanismen an der Yale University sowie über strahlenchemische Reaktionen am Brookhaven National Laboratory). Darauf Arbeiten über die Anwendung von Großstrahlenquellen in der chemischen Technik. Im Auftrag des RKW leitete er 1962 eine Untersuchung über Forschungsplanung in den USA. Seit Oktober 1963 Mitarbeiter des Center for the Study of Democratic Institutions, Santa Barbara, California. 1966/67 Gastprofessor für Forschungsplanung an der University of California, Berkeley, California.

Literaturhinweise:

Helmut Krauch: "Planspiele für die Zukunft"
in "Die Neue Gesellschaft" 13/1966

Helmut Krauch: "Umfang und Förderungsmethoden der Technischen Entwicklung im Europäischen Ausland und in den USA" in VDI-Zs 108/1966

Helmut Krauch: "Wege und Ziele der Systemforschung"
Dortmund 1963

Helmut Krauch, Werner Kunz, Horst Rittel u.a.
"Forschungsplanung, eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute"
München: Oldenburg V, 1966

8. 11. 1967

Studentenvertretung der [illegible] Berlin

- Der Vorstand -

Heute 20.oo Uhr im HE 101
Dr. H. KRAUCH
Thema: [illegible]

08.11.1967:
In Hamburg erscheint das 'Hamburger Extrablatt' Nr. 4 (vgl. 25.10.1967, 22.11.1967) mit einem Leitartikel "Weihnachten im Eimer" zum Abbau betrieblicher Sozialleistungen und Kürzung der Akkordlöhne. Aus Pinneberg wird in "Schlechter Rat für 35 000 DM" berichtet von der Einführung von Zeitschreibuhren zwecks Akkordüberwachung bei Ilo Rockwell (IGM-Bereich). Aus Schweinfurt wird berichtet von FAG Kugelfischer. Der Artikel "Im Streik einig" berichtet über Streiks in bei AEG Mülheim-Saarn, bei der Risch KG Bergisch-Gladbach und bei Rheinstahl-Hanomag Hannover.

Der Artikel "Preis der Freiheit" beginnt mit dem Satz: "Der Arbeitsfriede ist bedroht." und berichtet über die ÖTV bzw. den Öffentlichen Dienst, vom Streikbeschluss der Metaller in Baden-Württemberg und vom Streik bei Daimler-Benz sowie allgemein vom Abbau betrieblicher Sozialleistungen. 119 Firmen seien diesbezüglich auf einer schwarzen Liste der IG Metall bzw. in deren Weißbuch vom Oktober 1967 aufgeführt. Aus dem Bezirk Plettenberg-Werdohl wird berichtet aus einem Metallbetrieb: "Firma droht. Wer Urlaub will, muß gehen". Aus Rothenburg ob der Tauber wird berichtet von der Firma H. Weber im Artikel "Ein Mann wollte nicht krankfeiern. Dank der Firma: Rausgeschmissen!".

Aus Hamburg wird berichtet über die Lackfabrik Dr. Back & Co. im Artikel "Ein Lehrer ging in deutsche Betriebe. Er wollte wissen, was seine Schüler nach der Schulzeit lernen: Denken verboten".

Gefragt wird zur Enzyklika 'Populorum Progressio', die das Privateigentum hinterfragte: "Ist der Papst rot?". Aus Griechenland kommt ein Patakos-Zitat von der KZ-Insel Jaros.

Es erscheinen Leserbriefe von Joachim Pieplow, Hamburg sowie von K. D. Walgenbach von der Lila Eule Bremen eine Ablehnung des Verkaufs eben dort.

Geworben wird für die Buchhandlung Hermann Laatzen, HH 36, Warburgstr. 18 mit Filiale am Stephansplatz.
Q: Hamburger Extrablatt Nr. 4, Hamburg 8.11.1967

EXTRA

HAMBURGER EXTRABLATT

-,10

Nr. 4/67 8. Nov. erscheint 14tägig

Die Konjunkturflaute zeigt Folgen. Beim Betriebsk
schon begonnen. Der Ton ist vielerorts wieder rauh. W
es sich. Häufig zum Schaden seiner Gesundheit. Viele
Sozialleistungen ab: Die Milch für schwangere Frauen, d
wird. Die gestrichenen Fahrgeldzuschüsse. Das billige Ka
rer wird. Auch die übertariflichen Leistungen wurden g
die Akkordlöhne um 20 Prozent und mehr. Der Arbe
Geld: Er ist nicht mehr das Lieblingskind der Wirtschaft

Weihnacl im Eim

Für den Lagerarbeiter K. und seine Familie fällt Weihnachten aus. Ebenso trifft es den kaufmännischen Angestellten Hans B. und seine Frau. Auch sie machen sich Sorgen um das Fest.

„Wir werden uns einschränken müssen. Der Baum wird kleiner werden und unsere Jüngste, die Sabine, muß mit ihrem Lieblingswunsch, einer Puppenküche, halt noch warten. Auf größere Geschenke und Anschaffungen werden wir ganz verzichten."

Hans B. ist enttäuscht. Ihm wie dem Lagerarbeiter K. wurde das Weihnachtsgeld von ihren Firmen in Karlsruhe gestrichen.

Weiter auf S. 2

Schlechter Rat für 35 000 DM

Pinneberg. Der Hamburger Arbeitgeberverband ist ein teurer Verein. Seinem Mitglied Ilo-Rockwell in Pinneberg kostete er durch einen falschen Rat 35.000 DM.

Der Schaden entstand der Pinneberger Motorenfabrik, als sich Dr. Balfans, Rechtsexperte des Arbeitgeberverbandes, in Verhandlungen zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat bei Ilo-Rockwell einmischte.

Es ging um die Aufstellung von Zeitschreibuhren. Mit ihnen sollte die Akkordarbeit genauer und häufiger kontrolliert werden.

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz kann eine solche Neuerung nicht ohne die Zustimmung des Betriebsrates eingeführt werden.

Rechtsexperte Dr. Balfans kam und behauptete: Es geht auch ohne!

Weiter auf Seite 3

Ist der Papst rot ?

Lesen Sie den Bericht auf Seite 3

EXTRA-REPORT

Im Betrieb denken verboten

Bericht auf Seite 4

PARDON enthüllt:

GELOBT SEI, WAS SCHARF MAC

Damen dienen Deutschlands Dichtern

■ **Die Katinka-Memoiren**
Was unterscheidet Swetlana Stalin von Katinka Berija? Nichts. Beide schreiben.

■ **Kann ein Christ Soldat sein?**
Unterricht im Töten in der Bundeswehr.

■ Z
Die
dem
Den

Im Streik einig

Hamburg. Die Rechnung ohne den Wirt machten einige Industrieunternehmen. Sie wollten bei ihren Arbeitern erhebliche Akkord- und Gratisfikationskürzungen durchsetzen. Aber daraus wurde nichts. Die Arbeiter wußten sich zu wehren. Sie legten die Arbeit nieder und demonstrierten. Dabei wurden sie von zahlreichen Kollegen in der Bundesrepublik unterstützt. Die nachfolgenden Beispiele machen das deutlich.

Saarn. Drei Tage lang streikten die Arbeiter der AEG Saarn, weil ihnen von der Betriebsleitung eine 20prozentige Akkordkürzung zugemutet wurde. Die Beschäftigten von drei Mühlheimer Betrieben legten aus Sympathie für die Streikenden ebenfalls die Arbeit nieder.

Bergisch-Gladbach. Erfolg hatten die Arbeiter der Firma Risch KG, denen das Weihnachtsgeld gestrichen werden wollte. Nach einem Sitzstreik, an dem sich auch Arbeiter anderer Firmen beteiligten, wurde ihnen das Weihnachtsgeld wieder zuerkannt.

Hannover. Die Rheinstahl-Hanomag AG in Hannover wollte die Einkommen aller Beschäftigten um fünfeinhalb Prozent kürzen. Die Arbeiter waren damit nicht einverstanden. Als Gegenangebot wollten sie auf ihr Weihnachtsgeld verzichten.

Dreimal traten die Arbeiter darauf in den Proteststreik. Schließlich zog die Werksleitung ihre Forderung zurück. Mit freiwilligen Spenden hatten Hannoversche Arbeiter ihre Streikenden Kollegen unterstützt.

119 Firmen auf der schwarz

Kämpfen ohne Bandagen: van Hüllen, IG Metall

Preis der Fre

Der Arbeitsfriede ist bedroht.

- Die Verhandlungen zwischen der „Öffentlichen Hand" und der Gewerkschaft ÖTV sind zum dritten Mal gescheitert.
- Die Metallarbeiter in Baden-Württemberg haben den Streik beschlossen.
- Bei Mercedes-Benz traten sie in den Warnstreik.

Die Arbeitgeber kündigten Aussperrungen und scharfe Gegenmaßnahmen an. Prof. Dr. Ing. Siegfried Balke, Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände: „Je härter die Gegenmaßnahmen sind, desto kürzer wird der Streik sein. Einen politischen Schiedsspruch würde ich nicht begrüßen.

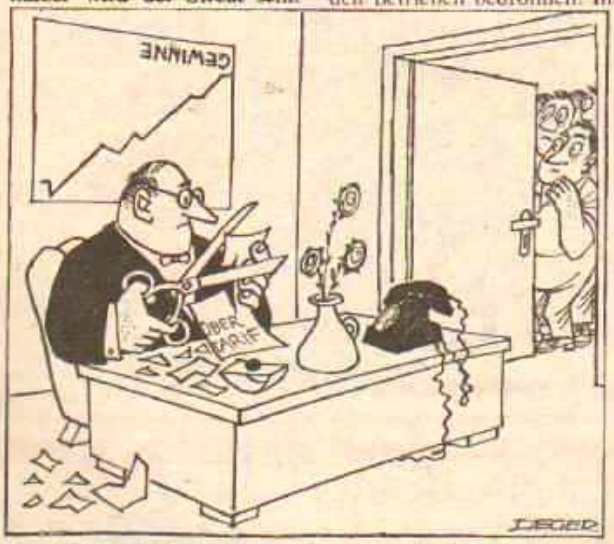
Es geht um den Abbau übertariflicher Löhne und freiwilliger Sozialleistungen in vielen Betrieben.

Die Arbeitgeber behaupten: es handelt sich - mit Ausnahme einiger „schwarzer Schafe" - bei den Kürzungen nur um Abbau von „Konjunkturpuffern." Ein „Preis der Freiheit" müsse in Wirtschaftskrisen gezahlt werden.

Die Gewerkschaften: der „Preis der Freiheit" wird einseitig von den Arbeitnehmern gezahlt.

Die IG Metall hat zu den Vorfällen der letzten Monate zwei Weißbücher veröffentlicht. Danach ist die Entwicklung der Verhältnisse in den Betrieben bedrohlich. Im einzelnen werden folgend Beispiele sinkender Unter nehmermoral genannt:

- **Kürzungen der Akkordver dienste und Zulagen. Ab stufung in niedrigere Lohn gruppen (übertarifliche Verdienstbestandteile),**
- **Verstöße gegen tariflich Bestimmungen,**
- **Streichung oder Kürzun von Essen- und Bekle dungsgeld, Weihnachts-Gr tifikationen, Erholungs**



Unser lieber Betriebsfamilienvater wird sich doch nicht in die eigenen Finger schneiden . . . ?

Schwarzes

Das zweite Weißbuch vom Oktober 1967 nennt 109 Betriebe der Metallindustrie. In ihnen wurden Lohn- und Gehaltskürzungen durchge führt. 11,1 Prozent aller Me tallarbeiter sind von den Kür zungen betroffen. Die Ein kommensverluste erreichen nach den Ermittlungen der IG Metall bis zu 20 oder 30 Prozent.

119 Firmen sind im „Schwarze Firmen ABC" als besonders krasse Beispiele für unsoziales Verhalten ge nannt. Darunter sind bekannte Großunternehmen.

Die Gewerkschaften: Wir fordern keine kostensteigern-

Weihn im E

Fortsetzung v. S. 1

Anderen ergeht es ähnlich. In Sterkrade hoffen und warten die 8000 Beschäftigten der Gutehoffnungshütte AG noch immer darauf, daß die Unter-

Leserbriefe

Vermutlich eifern Sie den Ausgaben des Berliner Extrablattes nach und denken auch an die Rolle der linken Opposition Westberlins, welche mittlerweile im Extra-Dienst und Re- der formalen. Was sich auf Grafik, Umbruch, Aufmachung und die Art

Paul P.P. VI

Ist der Papst rot?

Bei den Wirtschaftsbossen sinkt der Kurswert der katholischen Kirche. Schuld daran ist der Papst. Paul VI hat in einem Rundbrief die Profitgier der Unternehmer angeprangert.

In der Enzyklika „Populorum Progressio" schreibt der Oberhirte der katholischen Kirche: „Zum Unglück hat sich mit den neuen Formen des Lebens ein System verbunden, das den Profit als den eigentlichen Motor des wirtschaftlichen Fortschritts betrachtet ... das Eigentum an den Produktionsgütern als ein absolutes Recht ... ohne entsprechende Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber."

Dagegen muckten die Industriekapitäne auf.

Philipp Herder-Dorneich, wissenschaftlicher Berater der katholischen Unternehmer: „Was geht uns eigentlich die Enzyklika an?"

Er und einige seiner Berufskollegen hatten sich die christliche Nächstenliebe anders vorgestellt. Nicht so wie der Papst, in dessen Rundbrief steht: „Das Privateigentum ist also für niemand ein unumschränktes Recht. Niemand kann ... seinen Überfluß ausschließlich für sich gebrauchen."

Eher so, wie es der CDU- Abgeordnete Missbach in seinen „Vertraulichen Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft" formulierte: „Machen Sie sich bereit, Ihren Betrieb in der bevorstehenden Konjunkturabschwächung von zahlreichem Sozialklimbim zu befreien. Was Ihnen der Boom abgetrotzt hat, kann jetzt allmählich wieder verschwinden bzw. gesenkt werden. (Beihilfen, Fahrgelder, Zuschüsse zum Kantinenessen u. s. w.)"

Das anscheinend so solide Bündnis zwischen Altar und Industrie hat einen Riß bekommen. Plötzlich befürchten einige Unternehmer kommunistische Umtriebe unter schwarzen Priesterröcken.

Foto: dpa

Das, was man für die politische Führung hielt, verkündete die Frohbotschaft: Die Konjunktur haben wir im Griff, es kann nichts passieren. Das, was man für Wissenschaft hielt, verkündete Wachstumsprognosen und erklärte Krisenfurcht für ein Ammenmärchen.

Walter Wannenmacher

Bergarbeiter an der Ruhr protestieren gegen die Schließung ihrer Zechen.

Ein Mann wollte nicht krankfeiern.

Dank der Firma:

Rausgeschmissen!

Rothenburg / Tauber. Der beinamputierte Lutz Böhm (Name wurde von der Red. geändert) leistete

Er humpelte jeden Tag in die Firma und baute sich, aus Metallabfällen ein Gestell, auf dem er seinen

ner Firma H. Weber in Rothenburg:

Sehr geehrter Herr Böhm. Wie Sie sicher

Firma Wer Urla muß g

Plettenberg. Urlaub ist seit dem Nachlassen der Ko cher Anspruch mehr. Er wir währt. Oder auch nicht!

Bei einer metallverarbeitenden Firma im Bezirk Plettenberg-Verdohl zum Beispiel.

Diese Firma kündigte langjährigen Mitarbeitern aus sehr fadenscheinigen Gründen. Gleichzeitig mit der Arbeit verlieren sie auch ihre Werkswohnung.

Schlechter Ra

Fortsetzung v.S. 1

Geschäftsführer Lothar Conrad glaubte ihm. Er ließ die Uhren aufstellen und kündigte an: Wer seine Lohnkarte

EXTRA
HAMBURGER EXTRABLATT
-,10
Nr. 4 8. Nov. 67

ZITAT

Mi-en-leh, in der Verbannung, fütterte den ganzen Winter von seinem Fenster aus die Vögel. Sie sind darauf angewiesen, sagte er, sie haben nichts zu fressen und können keinen Verein bilden.

Bertolt Brecht

Herausgeber und Chefredakteur Rüdiger Freiherr von Hanxleden, Hamburg-Altona, Königstr. 30
Produktion: Peter P. Dahl

Redaktion: Hans Joachim Wükening (verantwortlich)
Mitarbeiter: Gerhard Has, Hans Peter Herbst, Hans Jürgen Plaumann, Günter Schlenska, Thomas Schwieger, Rolf Stegelmeyer, Helma Weber, Mathias Wessel.
Anzeigen: Heinrich Havekost.
Verlag: Hamburger Extrablatt Tel. 22-73-46
Commerzbank Hamburg Kto.-Nr. 38/67264

Rollenoffset: Rundschau GmbH & Co, KG Itzehoe

Ein Lehrer ging in deutsche Betriebe. Er wollte wiss

Schüler nach der Schulzeit lernen:

Denken verbo

HAMBURG. Karl, mit dem ich während meines Vier-Wochen-Gastspiels bei Dr. „Back" u. Co, Lackfabrik in Hamburg, die Kessel beschickte, war stocksauer. Die Firmenleitung bezahlte in diesem Jahr den Zwangsurlaub nach Himmelfahrt nicht mehr, seine „Picasso-Euter" (Milchtüten) mußte er von nun an selbst bezahlen, und jetzt suchte er in seiner Lohntüte nach der Lohnerhöhung.

„Da haben wir jetzt etwa dreißig Pfennige mehr Tariflohn", beschwerte er sich, „und in meiner Tüte ist nicht ein einziger Groschen mehr. Die haben mir die Erhöhung glatt auf meine Zulagen angerechnet. Da schuftet man zwölf Stunden in jeder Schicht, kann manchmal vor Dampf nicht atmen, und dann diese Bescherung! Du hast es gut, Du kannst nach vier Wochen wieder abhauen."

Am Anfang dieser Woche stand ein guter Rat meines Kollegen Jürgen, der schon einige Jahre bei Dr. „Back" u.Co. arbeitete: „Merk Dir eins: hier mußt Du dir das Mitdenken abgewöhnen!" Und ich habe in diesen vier Wochen nicht ein einziges Mal erlebt, daß ein Arbeiter um seine Meinung gefragt wäre.

Die Meinung eines Meisters dazu: „Demokratie ist in der Politik ja ganz schön - im Betrieb ist, wie soll ich sagen, mehr Diktatur wichtiger."

Der Betriebsrat war denn auch das, was die Arbeiter einen „Unternehmer-Betriebsrat" nannten. Der Personalchef: „Warum sollen die Mitarbeiter zum Betriebsrat gehen? Meine Tür steht jedem offen." Der Betriebsrat tagt nur, wenn der Personalchef ihn zusammenruft.

Nur einmal habe ich eine eigenständige Aktion einiger Arbeiter beobachten können, und zwar als sich ein NPD-Mitglied im Betrieb sein Parteiabzeichen an den Schutzhelm steckte. Einige Gewerkschaftsmitglieder protestierten, indem sie ihrerseits ihr IG-Metall-Abzeichen am Helm trugen.

Prompt kam ein Verbot von der Firmenleitung: „Wegen Beschädigung von Firmeneigentum."

Angetippt

Gymnasien

Nur 6,4 Prozent Arbeiterkinder absolvieren Gymnasien; Angestelltenkinder dagegen stellen ein Drittel, Kinder von Selbständigen (einschließlich Freiberufliche) 30,7 Prozent. Das ergab eine Ermittlung des Statistischen Bundesamtes für 1965 in den 13. Klassen.

Gute Griechen

„Ich bin der Führer dieser Revolution. Ihr seid Gefangene und ihr wißt warum: weil ihr keine guten Griechen seid, Ihr seid hier, damit ihr gute Griechen werdet. Nur gute Greichen dürfen zu ihren Familien zurückkehren. die anderen müssen hierbleiben, bis diese Insel, die seit Tausenden von Jahren ausgedörrt und

Beleidigung

Athen. Der Rechtsanwalt Georg Tjimas wurde von einem Athener Militärgericht zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, König Konstantin „beleidigt" zu haben. Rechtsanwalt Tjimas hatte Postkarten an den König und die Regierungsmitglieder geschickt, in denen er sie beschuldigte, die Demokratie zu unterdrücken.

Zitat

Eine Invasion von Marienkäfern überflutete die Tische und Bänke am Strand und vor den Restaurationsbetrieben des Ostseebades Travemünde. Sie fielen von den Bäumen und krabbelten überall auf dem Boden umher. Die Käfer kamen vermutlich aus der Zone.

Herbert Read, Kunst und Gesellschaft. 144 Seiten, 42 Tafeln, 12 Textabbild., Leinen (früher 19,80 DM) 7,95. DM. „Dieses Buch ist für die angelsächsische Welt ein Standardwerk über die Beziehungen zwischen Kunst und Gesellschaft."

Zeitgemäßes aus der Literarischen Welt von 1925 - 1932. Herausgegeben von WILLY HAAS, Lexikonformat, 525 Seiten, mit einem Personenverzeichnis, Leinen (früher DM 39,80) nur 9,80 DM

Hans Mayer
Romantik.
24,50) nur 1
stück und Fo
Bandes ‚Von

Oscar Wilde.
pert Hart-Davi
Band I: Briefe
kungen (412 S

09.11.1967:
An der TU Berlin findet im Rahmen der Universitätstage eine Podiumsdiskussion zum Thema "Hochschule und Demokratie" statt.
Q: N. N.: Universitätstage der TU-Studentenschaft, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

U N I V E R S I T Ä T S T A G E der TU-STUDENTENSCHAFT

17.oo und 2o.oo Uhr im HE lol

D A S G E H T A U C H S I E A N !

" DIE DEMOKRATISIERUNG DER UNIVERSITÄT "

P O D I U M S D I S K U S S I O N

zum Thema

"HOCHSCHULE UND DEMOKRATIE"

Einleitendes Kurzreferat: Dr. O. N e g t, Frankfurt

Es diskutieren:

Prof. Schwan (FU/SPD)

Prof. Klages (TU)

Frau Dr.v.Brentano (FU)

Lothar Pinkall (IG Metall)

H. Lummer (MdA, CDU)

Dr.O. Negt

Diskussionsleitung: Prof. D. Goldschmidt (FU)

- -

Am Nachmittag, 17.oo Uhr, HE lol

geben Ihnen Prof.Wild vom Physik-Department-München (das"Mössbauerdepartment") und Prof.Maurer vom Raumforschungsinstitut der ETH - Zürich

Berichte über ihre Erfahrungen mit dem kollegial geführten

" A B T E I L U N G S S Y S T E M",

das das Lehrstuhlprinzip ablösen soll,

das alle Beteiligten: Professoren, Dezenten, Assistenten und Studenten am Entscheidungsprozess beteiligt.

09.11.1967:
Es erscheint die 'Hannoversche Studentenzeitung' (HSZ - vgl. 27.4.1970), herausgegeben von hannoverschen Studenten für hannoversche Bürger Nr. 1 zum Preis von 20 Pfennig mit dem Leitartikel "Rechtsradikalismus politische Instinktlosigkeit. 1 000 Betriebsräte gegen NPD-Parteitag in Hannover".

Weitere Artikel sind:
- "Eine neue Zeitung?" von Gerd Förch;
- "Deutschland, Deutschland über alles… Der neue Nationalismus in der Bundesrepublik" von Wolfgang Lenk;
- "Mitbürger!" ein Aufruf des Kuratoriums "Schutz der Demokratie" gegen den NPD-Parteitag;
- "Establishment unterliegt Rebellen. Die Diskussion zwischen Studenten und Publizisten zur Frankfurter Buchmesse" von Peter Limmert;
- "Vordruck" ein Gedicht von Erich Fried;
- "Was Opposition ist, bestimmt der Staat. Spanien: Polizei ging mit Wasserwerfern gegen Arbeiter und Studenten vor";
- "Keine Anklage gegen Kommune" zur Kommune 1 in Berlin;
- "Ist der Staat arbeiterfeindlich? 'Aktion Bildungswerbung' für Chancengleichheit in der Ausbildung";
- "'Frontbewährung' für Unbequeme. Saigon will opponierende Studenten zur Strafe gegen Vietcong einsetzen";
- "Resolution der Gruppe 47" zu Springer;
- "Onkel Ho sollte hochleben. Vietnamdemonstrationen am 21. Oktober in Hannover / Internationale Solidaritätskundgebung", bei der das Amerikahaus belagert wurde, von Ernst Zorer, mit zwei Bildern aus Berlin;
- "Teufel tippte tagelang…" zu dessen Vietnamflugblättern im Untersuchungsgefängnis in Berlin, von Stefan Postius;
- "Demokratie verträgt keinen Cäsar. Springer: Gleichschaltung der Presse im organisierten Kapitalismus";
- "Kongreß Rechtsradikalismus" am 10.11.1967; sowie
- "Viel Ordnung, wenig Freiheit" von Christian Schütze.
Q: Hannoversche Studentenzeitung Nr. 1, Hannover 9.11.1967

09.11.1967:
An der Universität Hamburg kommt es auf der heutigen Rektoratsfeier zu studentischen Protesten (vgl. 7.11.1967), u.a. mit einem Spruchband "Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren". Die Professoren ziehen aus. Professor Spuler, Direktor des orientalischen Seminars, äußert gegenüber den Protestierenden: "Ihr gehört alle ins KZ" und wird trotz kollegialer Ehrenerklärungen beurlaubt (vgl. Feb. 1968). Der Theologe Thielicke sah "postpubertäre Schübe" bei den Protestierenden sowie ein "ungezogenes Verhalten".

Von den Folgen (vgl. 10.11.1967) berichtet auch der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967).

Laut Peter Schütt (vgl. März 1968) waren die studentischen Slogans geprägt von den Parolen der Demonstration der Dortmunder Bergleute, u.a. von der Zeche Hansa. Das Spruchband "Unter den Talaren - Muff von 1000 Jahren" sei in der Springerpresse verfälscht worden zu "Unter den Talaren - Muff von hundert Jahren". Nach einem AStA-Bericht waren, laut Schütt, "mindestens zwanzig Angehörige der Hamburger Kriminalpolizei anwesend, sie fügten fünf Studenten, sämtlich SDSler, durch Fausthiebe empfindliche Verletzungen zu und sperrten einen Kommilitonen für die Dauer der Feier kurzerhand in den Keller des Audimax."
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 380ff; Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 5;Göttinger Nachrichten Nr. 6, Göttingen 16.11.1967, S. 1

CWSH

Mao und die Göttinger Polizei (Seite 3)

gn göttinge

1. Jahrgang, Nr. 6 Meldungen und Meinungen aus der Studentenschaft, herausgegeben

Bissig, Demagogisch, Faschistisch?

GN sitzt als armer Sünder auf der Anklagebank: Es hat die Atmosphäre vergiftet und die Studenten aufgehetzt, sein Vokabular ist demagogisch und faschistisch, es verzerrt die Tatsachen: kurzum: GN ist unsachlich.

Geht man diesem Vorwurf nach, so stellt sich zumeist heraus, daß man GN nicht falsche Berichterstattung zum Vorwurf macht (sollte sie vorgekommen sein, dann bedauert GN das selbst am meisten), aber man nimmt Anstoß an den prononcierten und bisweilen bissigen Kommentaren. Doch man möge bedenken, was GN ist: „Meldungen und Meinungen aus der Studentenschaft, herausgegeben vom AStA" heißt es im Untertitel. Damit wären der Standpunkt und die Interessen gekennzeichnet, die GN vertritt. Wir sind nicht „neutral". Wir wissen, daß Erkenntnis und Interesse eng verflochten sind. Weder die Auswahl der Fakten noch ihre Anordnung ist ohne Orientierung am eigenen Standpunkt denkbar. Machen wir uns nichts vor: Verfaßte die Professorenschaft eine Zeitung, dann käme in jeder Darstellung von Ereignissen die Interessenlage des Verfassers – und

Är
Wa

Komp

Droht de eventuel dersetzu dentenra Es ging Senats h zur beat Wahlrech tion, kon durchzut

Der Rek Professo die Abs wahlver ment de meine F positiv, nem Wa stimmen

Eine de derspräc sitätsstru in Faku sitätsver Wahlord

Darstellung von Ereignissen die Interessenlage des Verfassers – und das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Bewahrung des Status quo – zum Ausdruck, so wie jetzt der Reformwille der Studenten auf jeder GN-Seite.

Aber die konträren Interessen sind nicht gleichwertig. Auch wenn man die Zahlenverhältnisse außer acht läßt, darf man behaupten, daß die Interessen der studentischen Seite einen größeren Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben. Die hierarchische Struktur der Universität, unter der die Studenten leiden und für deren Beseitigung sie kämpfen, ist zugleich das Grundübel der heutigen Universität. Fiele sie, dann stünde es besser um die gesamte Forschung und Lehre.

Soweit unser Standpunkt. Da aber die Gegenseite auf dem ihren beharrt oder nur geringfügige Konzessionen macht, steht Interesse gegen Interesse. Es wäre Euphemismus, den vorhandenen Konflikt leugnen zu wollen. Wenn die GN die – weitgehend apolitischen – Studenten auf diese Situation aufmerksam macht und zugleich auf ihre eigene Interessenlage, dann hat das mit Demagogie weniger zu tun als mit jener vom Rektor oft beschworenen Aufklärung. Freilich nicht so sehr mit ihrer deutschen Spielart, die im Literarischen steckenblieb, als mit der westeuropäischen, die nicht bereit war, politische Abstinenz zu üben.

GN richtet seine Polemik primär gegen eine Institution, nicht gegen einzelne Professoren (wenn es auch angesichts mancher Vertreter dieser Spezies difficile est satiram non scribere). Die Gegenseite scheint sich allerdings in eine Vielzahl ungemein empfindsamer Privatpersonen atomisiert zu haben, von denen jede den feinsten, oft gar nicht gegen sie gerichteten Nadelstich wehleidig bejammert. Jegliches Verallgemeinerungs- und Abstraktionsvermögen scheint abhanden gekommen zu sein. Dann wird freilich jede Kritik, und sei sie noch so berechtigt, als Demagogie empfunden. Die bloße Tatsache, daß einer etwas öffentlich über einen Professor zu sagen wagt, gilt als Sakrileg. Doch wenn das so ist, dann geht es vielleicht wie im Märchen von des Kaisers neuen Kleider. Wenn GN laut verkündet, was alle sehen, was aber keiner zu wissen wagt, nämlich daß auch Professoren Menschen sind, dann könnte das ebenfalls als ein Stück Aufklärung gelten **Georg August**

Die Professoren zogen aus

Hamburg zeigte wie man es machen könnte

Weltstadtniveau

„Unter den Talaren Muff von tausend Jahren" – ein Transparent mit dieser Aufschrift wurde dem Aufzug der Professoren in feierlichen Festkostümen vorangetragen, von protestierenden Studenten beim Rektoratswechsel an der Hamburger Universität. Die Reden des scheidenden und des neuen Rektors wurden durch Zwischenrufe, Gezische und lautstarke Mißfallenskundgebungen unterbrochen. Man wollte endlich die längst fällige Diskussion über Hochschulreform in Gang setzen. Aber die Diskussion gab es nicht, nicht nur bei der Rektoratsübergabe, sondern schon am nächsten Morgen wurde ein bereits zugesichertes teach-in (Thema „Kritik der reinen Universität"), auf dem der Rektor und zwei weitere Professoren sprechen wollten, ohne Angabe von Gründen vom Rektorat abgesagt. Der Hamburger Schulsenator konnte sich die Tumulte nicht anders erklären, als dadurch, daß Berliner Studenten als Protest-Gehilfen die Organisation ferngesteuert hätten. Die Verantwortlichen, 2 Mitglieder des letzten AStA, der vorjährige „Parlamentspräsident und Jens Litten (2. Bundesvorsitzender des SHB), rechtfertigen die Zwischenfälle damit, daß bisher alle Bemühungen der Studenten um eine wirksame Hochschulreform gescheitert seien und sie sich nun „nicht länger mit internen Zusicherungen und öffentlichen Deklarationen begnügen" könnten.

Nachdem Auszug der Professoren diskutierten die Studenten alleine weiter und beauftragten den AStA, in einer Urabstimmung zu klären, ob die Studenten diesen neuen Rektor als Rektor anerkennen. Der AStA – so wurde uns mitgeteilt – wird die Urabstimmung durchführen. Schon in Göttingen haben zu Semesterbeginn die „Zeichen auf Sturm" gestanden, wie ein bekannter Journalist formulierte – sie sind jedoch vergleichsweise harmlos, betrachtet man die Ereignisse in Hamburg. Im provinziellen Göttingen scheinen schon Flugblätter und Zeitungen, in denen Protest ausgedrückt wird, zu genügen, um von den Professoren als Kampfansage gewertet zuwerden. „georg müller"

Kultusminis den Studen

Göttingen, rdm. – Die Korporierten im Studentenrat wurden das erste Mal richtig aktiv. Unter „Entwicklungshilfe" einiger unabhängiger Studentenparlamentarier stellte die ICC-Gruppe im SR einen Mißtrauensantrag gegen den Vorsitzenden des AStA, Eßbach. Grund: dessen Unterschrift unter ein Manifest gegen die Notstandsgesetzgebung, das der sozialdemokratische SR-Abgeordnete Wruck als "Pamphlet" bezeichnete.

ICC-Flugblätter und eine Beschwerde des „Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS) an den Kultusminister, der AStA und SR politische Beschlüsse untersagen soll, waren dem Mißtrauensantrag vorausgegangen. Beide Gruppen behaupteten, durch seine Unterschrift habe sich der AStA ein politisches (S. S. 2: RCDS . . .) Mandat angemaßt, daß ihm nicht zustehe, weil es gegen die Satzung der Studentenschaft und der Universität verstoße. Diese Argumente – gestärkt durch die Anschuldigung ungenügender Information des SR durch den AStA – trugen die ICC-Sprecher auch im Studentenrat vor. Die Mehrheit des SR schien allerdings eine politische – oder auch

10.11.1967:
Die Aktion Lateinamerika (ALA) Freiburg (vgl. 2.7.1973) berichtet aus Guatemala über rechte Terrorakte u.a. gegen "aktive Mitglieder anerkannter Linksparteien (Miguel Angel Riviera Santos, Sekretär der 'Partido Revolucionario' (PR, d.Vf.) in Mixco, wurde entführt und in Santa Rosa am 10.November 1967 ermordet)."
Q: Aktion Lateinamerika Nr. 1, Freiburg 1973, S. 14

10.11.1967:
In Hannover soll der Bundesparteitag der NPD beginnen, der bis zum 12.11.1967 dauert. 1 000 Betriebsräte und Vertrauensleute protestieren. Laut 'HAZ' demonstrieren etwa 8 000 Menschen.

Der AStA der TH Hannover und der SDS Hannover organisieren dagegen den Kongreß

"Rechtsradikalismus in der BRD".
Q: Hannoversche Studentenzeitung Nr. 1, Hannover 9.11.1967, S. 1 und 4; TH Hannover: AStA-Mitteilungen Nr. 12 und 13, Hannover "Oktober" 1967 bzw. Dez. 1967, S. 6 und 8 bzw. S. 2ff und 21

10.11.1967:
In Berlin veröffentlichen die Evangelischen Studentengemeinden (ESG) ein Flugblatt "Achtung! Eilige Mitteilung!" zur Verlegung des Abendmahlsgottesdienstes am 12.11.1967 von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche (KWG) in das Studentenhaus der TU.
Q: ESG: Achtung! Eilige Mitteilung!, Berlin 10.11.1967

ACHTUNG ! EILIGE MITTEILUNG !

EVANGELISCHE STUDENTENGEMEINDEN IN BERLIN (WEST)

Die evangelischen Studentenpfarrer geben bekannt:

Der für den kommenden Sonntag, 12. November 1967, 20 Uhr, angekündigte gemeinsame Abendmahlsgottesdienst aller Evangelischen Studentengemeinden in West-Berlin mit Professor Helmut Gollwitzer kann nicht in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche stattfinden. Er wird daher in dem Großen Saal des Altbaus des TU-Studentenhauses am Steinplatz, Berlin 12, Hardenbergstr. 34, stattfinden.

Begründung: Der Gemeindekirchenrat der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche hat den Antrag der Studentengemeinden vom 1. September 1967, die Kirche für eine Reihe von Gottesdiensten der Studentengemeinden zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Seinen am 20. September 1967 mitgeteilten Beschluß begründet der Gemeindekirchenrat damit, er halte es zur Zeit nicht für möglich, "die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche für eigene Gottesdienste der Evangelischen Studentengemeinde zur Verfügung zu stellen, weil wir das Verhalten der Evangelischen Studentengemeinde in der jüngsten Zeit nicht ohne Kritik und Widerspruch hinnehmen können". Die Hoffnung der Studentengemeinden auf eine Revision dieses Beschlusses hat sich trotz verschiedener Bemühungen bis heute nicht erfüllt. Der Gemeindekirchenrat hat in seiner gestrigen Sitzung lediglich Gespräche mit Vertretern der Studentengemeinden für die zweite Novemberhälfte in Aussicht gestellt.

Die Studentenpfarrer sind bestürzt darüber, daß durch diese Haltung des Gemeindekirchenrates die Gemeinschaft in unserer Kirche ernsthaft in Frage gestellt wird.

Berlin, Freitag den 10. November 1967, 11.oo Uhr.

10.11.1967:
An der FU Berlin beginnt ein Wochenendseminar des AStA-Außenreferat zum Ausländerrecht, das mit einem Flugblatt "wie man form-gerecht (nicht) ausgewiesen wird" angekündigt wurde.
Q: AStA FU-Außenreferat: wie man form-gerecht (nicht) ausgewiesen wird, Berlin O. J. (1967)

Eo 702
~ 9-11-67

AStA - Außenreferat - AStA - Außenreferat - AStA - Außenreferat--

wie man form-gerecht (nicht)ausgewiesen wird

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND + WEST BERLIN =

T U N N E L P L A T Z AUSLÄNDISCHER G E H E I M D I E N S T E????

PODIUMSDISKUSSION

W O C H E N E N D S E M I N A R (mit voller Verpflegung)

AUSLÄNDER UND DEUTSCHE HERZLICH EINGELADEN

MASSSTAB EINER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT ???!!!!

WO? WANN
WOCHENENDSEMINAR Sonnabend/ Sonntag im Klubhaus der FU BUS
Goethestr. 49, U-Bahn bis Krumme Lanke, A3

AUSLÄNDERRECHT

PROGRAMM UND DISKUSSIONSTEILNEHMER SIEHE RÜCKSEITE

ANMELDUNG im Außenreferat des AStA GARYSTR. 20

Sprechstunden TÄGLICH 12-14h

Eigenbeitrag: DM 2,--

P r o g r a m m

Freitag, den 10. Nov. 1967

20.00 h Podiumsdiskussion im Henry-Ford-Bau, Hörsaal B

Dr. Hans H. Heldmann

Oberregierungsrat Dr. Menges

Dr. Peter Kasprzyk

Rechtsanwalt Mahler - Diskussionsleitung

N. N. - Innensenat - Meyer-Z

Kann das deutsche Ausländergesetz als ausreichend reformiert gelten, den Ansprüchen einer demokratischen Gesellschaft zu genügen ?

Sonnabend, den 11. Nov. 1967

15.00 h Dr. Hans H. Heldmann:
Kritik des Ausländergesetzes und seiner Anwendung anhand einiger Erfahrungen

Anschließend Diskussion

18.00 h Abendessen

19.00 h Besprechung einer Dokumentation über die Situation des Ausländers in der BRD

Sonntag, den 12. Nov. 1967

10.30 h Oberregierungsrat Dr. Menges
Die rechtliche Situation des Ausländers in der BRD - die Vorgeschichte des Ausländergesetzes

Anschließend Diskussion

13.00 h Mittagessen

14.30 h Dr. Peter Kasprzyk:
Politische Betätigung von Ausländern; Beschränkungen durch die BRD und Behörden des Heimatlandes

16.00 h Kaffee

16.30 h Oberregierungsrat Dr. Menges
Kommentar zum Ausländergesetz - das Verwaltungsermessen

18.30 h Abendessen

10.11.1967:
An der FU Berlin beschließt der Konvent die "Stellungnahme des Konvents zur Einleitung der Überprüfung der Förderungswürdigkeit des SDS durch den Akademischen Senat", die keine Veranlassung sieht, die Förderungswürdigkeit des SDS zu widerrufen.
Q: Nachrichten aus dem Konvent: Stellungnahme des Konvents zur Einleitung der Überprüfung der Förderungswürdigkeit des SDS durch den Akademischen Senat, Berlin O. J. (1967)

NACHRICHTEN AUS DEM

KONVENT

HERAUSGEGEBEN VOM KONVENTSVORSTAND DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

Stellungnahme des Konvents zur Einleitung der Überprüfung der Förderungswürdigkeit des SDS durch den Akademischen Senat

Verabschiedet am 10. November 1967 - - - - - - - - - -

A. Zu dem was der Akademische Senat sagt:

Dieser Teil beschränkt sich auf eine formale Untersuchung der Ausführungen des Senatsausschusses, die Grundlage des Senatsbeschlusses waren (s. Brief des Rektors v. 6.6.1967). Untersucht werden zunächst das methodische Vorgehen des Senatsausschusses bei der Prüfung der Frage, ob der SDS noch förderungswürdig sei, dann die unter Nr. 1-6 gewürdigten Sachverhalte.

1. Das methodische Vorgehen des Senatsausschusses

"Bei der Prüfung, ob die Förderungswürdigkeit des SDS widerrufen werden kann, wird man somit die positiven Seiten seiner Tätigkeit mit den Vorfällen der letzten Zeit vergleichen und dann entscheiden müssen, ob alles in allem noch ein förderungswürdiger Beitrag vorliegt." (S. 2 oben). Diese Beschreibung des eigenen Vorgehens fällt dadurch auf, daß der Senatsausschuß die "positiven Seiten der Tätigkeit des SDS" nicht mit den "negativen" vergleichen will, sondern mit "den Vorfällen der letzten Zeit". Damit dokumentiert er zwei eigene Vorurteile: einmal, daß "die Vorfälle der letzten Zeit" negativ zu beurteilen seien, zum anderen, daß sie "der Tätigkeit des SDS" zuzurechnen seien. Auffällig ist weiterhin, daß der Senatsausschuß, während er auf zwei 3/4 Seiten sechs Punkte zur "negativen Seite der Tätigkeit des SDS" aufführt, zur "positiven" nur auszuführen weiß: "Auch der SDS betätigt sich durch Vorträge, Diskussionen usw. Zahlreiche seiner Veranstaltungen sind sicherlich als positiv zu werten" (S. 1 unten). Dabei erhält der zweite Satz durch die Formulierungen "zahlreiche" und "sicherlich" noch eindeutig abwertenden Aussagewert. Ein Vergleich zwischen den "positiven Seiten der Tätigkeit des SDS" und "den Vorfällen der letzten Zeit", den anzustellen der Senatsausschuß sich selbst vorschreibt, erfolgt aus dem einfachen Grunde nicht, weil diese "positive Seite" überhaupt nicht erfaßt und gewertet wird. Dem Dilemma, gegen die eigene methodische Leitlinie zu verstoßen, begegnet der Senatsausschuß nicht ohne Geschick. Nach Aufführung der Vorfälle 1-6 stellt er fest: "alle geschilderten Aktionen stellen keine Beiträge zu einer sachlichen Auseinandersetzung um gesellschaftliche, politische und universitäre Probleme dar. Sie sind so negativ, daß sie die positiven Seiten der Tätigkeit des SDS überwiegen. (S. 5). Damit attestiert er dem SDS ein "negativum absolutum", das durch kein mögliches "positivum" aufgewogen werden könnte.

Eine Zusammenfassung der Untersuchung ergibt, daß das Vorgehen des Senatsausschusses nicht dem einer Prüfung, sondern dem eines Versuchs, Vorurteile zu bestätigen, entspricht.

2. Die Punkte 1-6

Den Vorfällen Nr. 1 sowie 3-6 ist gemeinsam, daß sie nicht Organe, sondern einzelne Mitglieder des SDS betreffen. Der Notwendigkeit, den Beweis zu führen, daß Handlungen von Einzelmitgliedern der Verbandstätigkeit zuzurechnen seien, hat sich der Senatsausschuß bereits eingangs durch ein "Vor-Urteil" (s.o. 1) weitgehend enthoben. Daß sich die Meinungs- und Willensbildung in einem Verband von den Mitgliedern zu den Organen hin vollzieht und nicht umgekehrt, scheint für den Senatsausschuß unvorstellbar zu sein. Zu den Vorfällen Nr. 3 und 5 wird darüberhinaus auf eine fehlende oder mangelhafte Distanzierung der Organe des SDS verwiesen. Dieses Verfahren ist unzulässig; denn solange deutlich ist, daß Einzelpersonen verantwortlich sind, besteht nicht die geringste Notwendigkeit, das noch einmal ausdrücklich festzustellen. Eine solche Notwendigkeit hat der SDS jedoch augenscheinlich gesehen. Als Mitglieder Flugblätter verteilten, die "handfeste Beleidigungen" enthielten und mit dem Verbandsnamen unterzeichnet waren (Vorfall Nr. 6): Die entsprechenden Mitglieder wurden ausgeschlossen. Welcher Logik entsprechend, der Senatsausschuß auch diese Maßnahme negativ bewertet, ist unerfindlich. Obwohl eine Distanzierung der Verbandsorgane von Handlungen einzelner Mitglieder nicht als notwendig erachtet werden kann, muß darauf verwiesen werden, daß der SDS sich von Vorfall Nr. 1 (Plakataktion) distanziert hat, was verschwiegen wird, ebenso auch von Nr. 3 (Diskussion mit dem Rektor) was zwar erwähnt, aber wegen inhaltlicher politischer Äußerungen als "halbe Rechtfertigung" gewertet wird. Außerdem wird hier darauf verwiesen, daß sich zwar der Landesverband, nicht aber die Gruppe distanziert habe. Was dieser Hinweis beweisen soll, bleibt unverständlich, besonders da dem Senatsausschuß nicht entgangen sein kann, daß der Gruppenvorsitzende dem Landesvorstand angehört.
Die Behandlung vorliegender oder fehlender Distanzierungen muß insgesamt so gewertet werden, daß der Senatsausschuß das Verhalten der Organe des SDS in dieser Frage, wie es auch immer sein möge, negativ wertet.
Zu den Vorfällen Nr. 1 sowie 3-6 insgesamt ist festzustellen, daß sie der Tätigkeit des SDS als Verband nicht zugerechnet werden können.

Der Vorfall Nr. 2, ein Flugblatt, in dem der SDS das Gutachten des Wissenschaftsrates kritisiert, veranlaßt den Senatsausschuß zu folgender Einlassung: "Dieses Flugblatt ist gewiß für die hier zu untersuchende Frage der Förderungswürdigkeit nicht sehr bedeutsam; aber man darf doch bezweifeln, ob man seinen Inhalt als die (Hervorhebung im Text) Art der Auseinandersetzung innerhalb der Universität und der Studentenschaft ansehen kann, die um der Sache willen erforderlich ist und folglich durch die Universität gefördert werden sollte." (S. 3 oben) Die Bedeutung, daß das Flugblatt gewiß ... nicht sehr bedeutsam" sei, ist schon deshalb ungebührlich, weil der Senatsausschuß es sonst sicherlich nicht erwähnt hätte. Darüberhinaus ist die Herausgabe des Flugblattes die einzige Aktion des SDS als Verband, die in den sechs Punkten aufgeführt wird. Was an dem Flugblatt beanstandet wird, verschweigt der Senatsausschuß.

Die einzige, der vom Senatsausschuß aufgeführten Aktivitäten, die dem SDS als Verband zuzurechnen ist, zeichnet sich dadurch aus, daß sie die oppositionelle Haltung des SDS gegenüber den herrschenden politischen Kreisen dokumentiert.

-3-

B. Zu dem was der Akademische Senat meint:

1. Angesichts dieser fadenscheinigen Argumentation auf die sich der Akademische Senat in seinem Beschluß vom 31.5.1967 stützt, muß man fragen, ob er, der sonst um formale Argumente zur Begründung seiner Politik nie verlegen war, nun auch auf diese verzichtet und sich allein auf eine letztinstanzliche Entscheidungsgewalt in diesem Verfahren verlassen will.
Für diese Offenheit müßte man ihm dankbar sein. Noch offener aber und zugleich klarer, hätte der Akademische Senat argumentieren können, hätte er dargelegt, welche Funktion sein Beschluß in der gegenwärtigen Auseinandersetzung an der FU erfüllt. Dem kommt der AS aber nicht nach, und so obliegt es wieder einmal dem Konvent, den hochschulpolitischen Charakter des Senatsbeschlusses aufzuzeigen.

Der AS dokumentiert in dieser Frage ebenso wie in der Auseinandersetzung um die Kritische Universität sein völliges Unverständnis gegenüber einem sich in der Studentenschaft vollziehenden Prozeß der Bewußtwerdung der eigenen Lage in dieser Gesellschaft und damit in dieser Universität.

Immer mehr Studenten streben danach, anstatt nur Objekte auch Subjekt ihrer Gesellschaft und ihrer Universität zu werden. Sie kommen damit zwangsläufig mit der etablierten Ordinarienuniversität in Konflikt, die, will sie sich selbst bewahren, ein solches Streben nicht zulassen kann.

Der SDS ist mitbedingender und mitabhängiger Teil dieses Prozesses; anders ist die Anzahl der an Sit-ins teilnehmenden Studenten, der Ausgang der Urabstimmung dieses Jahres, sowie die studentische Solidarität nach dem 2. Juni nicht erklärlich.
Daß der Akademische Senat ihn für den alleinigen und unabhängigen Faktor dieses Prozesses hält, unterstreicht nur eindrücklich sein Unverständnis gegenüber diesem Phänomen. Daß er die von dem seit Jahren gegen die Studenten hetzenden Springer angebotene Verschwörungstheorie bereitwillig übernimmt, weist überdies sein mangelndes kritisches Potential aus - verwundern kann es nicht.
Maßnahmen gegen die kritisch gewordene Studentenschaft richten sich dabei gegen administrative bestimmbare Personengruppen, in diesem Fall gegen des SDS. Ähnlich sie bei dem Versuch, durch disziplinarische Maßnahmen gegen studentische Sprecher, die Studenten einzuschüchtern, verrät sich darin, die Hilflosigkeit von Bürokraten angesichts allgemein gewordener Kritik.

Im Falle der Studienreformkommission auf Universitätsebene, die ähnliche Kritik am Wissenschaftsrats-Gutachten übt wie der AStA und auch der SDS, war es dem AS nicht möglich, eine Agententheorie aufzustellen und aus ihr die administrativen Konsequenzen zu ziehen. In diesem Fall behalf er sich damit, die Arbeitsergebnisse der Kommission zu ignorieren (was AS nicht darin hindert, eben diese Studienreformkommission, die aufgrund massiver Forderungen der Studenten gebildet wurde, immer wieder als Beweis seiner Reformwilligkeit anzuführen.)
Mit den beiden Taktiken versucht der AS eine Kritik abzuwehren, die sich nicht damit begnügt, die schlimmsten Folgen der bestehenden Universitätsstruktur aufzuweisen und Anleitungen zu deren Beseitigung zu geben und dadurch das Bestehen eben dieser Universitätsstruktur zu sichern, sondern die die grundlegenden Mängel dieser Struktur nennt und damit zu einer Gefahr für eine hierarchisch-autoritär strukturierte Universität wird, weil sie nicht zuläßt, daß diese ihren Bestand festigt, indem sie ihre anachronistische Organisationsform zeitgemäßen Varianten autoritärer Herrschaftsformen

-4-

anpaßt. Die Gefahr, die Bestrebungen zur Demokratisierung von Gesellschaft und Hochschule für die Erhaltung der tradierten Ordinarienuniversität bedeuten, ahnt der AS richtig. In der Wahrnehmung ihrer Interessen und der Interessen einer bildungspolitisch nach dem Willen von kapitalistischer und staatlicher Bürokratie formierten Gesellschaft wendet er sich konsequenterweise gegen die Stellungnahmen des SDS zum Wissenschaftsratsgutachtens, das den Ordinarien als der letzte rettende Anker für ihre Privilegien erschien.

Wenn die Förderungswürdigkeit eines studentischen Verbandes danach bemessen wird, ob dieser die privilegierten Interessen der Ordinarien fördert, dann gewinnt der Beschluß des AS eine gewisse Plausibilität.

Der Konvent aber, als Organ der Studentenschaft, die vertreten durch den AStA, sich andere Prinzipien als die der Ordinarienuniversität zur Grundlage ihrer Politik gemacht hat, sieht in dem Aufruf des SDS zu einer Universitätsrevolte, die "nicht der Universität, wohl aber den überholten Formen und Inhalten eines von der Universitätsbürokratie autoritär verwalteten Universitätsmodells" (SDS Flugblatt) den Kampf ansagt, einen förderungswürdigeren Beitrag zur positiven Veränderung des status quo als in der bisherigen Politik des AS, die nur auf dessen Erhaltung abziehlte.

3. Dem Kompromiß zwischen Ordinarien und den kapitalistischen und staatlichen Bürokratien entspricht es, daß der Akademische Senat im SDS die politisierte Studentenschaft angreift, die sich für die Demokratisierung der Gesellschaft einsetzt. Dabei stehen die Vietnamaktivitäten des SDS im Vordergrund. Darin liegt der Versuch, die Kritik am wissenschaftlichen Selbstverständnis der tradierten Universität abzuwehren.

Die Förderung politischer Studentenverbände beinhaltet die Regelung eines bestimmten, von der Universität akzeptierten Verhältnisses von Politik und Wissenschaft. Dieses Verhältnis ist bislang verschwommen geblieben. Der Versuch, dem SDS die Förderungswürdigkeit zu entziehen, ist eine negative Abgrenzung dieses Verhältnisses und damit eine Bestimmung desselben; es ist der Versuch, die Ansätze zwischen Wissenschaft und Politik ein Verhältnis von einander entsprechender Theorie und Praxis herzustellen, als mit der Idee von der Universität vereinbar zu deklarieren.

Die Entwicklung dieser Ansätze zu einer neuen Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft hat nicht den SDS zum Bewegzentrum, sondern die seit mehreren Jahren zu beobachtende Studentenbewegung an der FU. Diese Studentenbewegung ist nicht durch den SDS in diese Richtung verwiesen worden, sondern durch die Widersprüche in Universität und Gesellschaft. Das administrative Exkommunizieren dieser Entwicklung, exemplarisch am SDS versucht, würde also auf ein Verbot der intellektuellen Reflexion stattfindender historischer Entwicklungen herauslaufen.

Jeder aufmerksame Beobachter der Studentenbewegung kann feststellen, daß nicht ein besonderes Drängen nach größerer Verantwortlichkeit die Studenten veranlaßte, die politische Verantwortung der Wissenschaft in den Mittelpunkt der Reflexion zu rücken, vielmehr war es das, insbesondere durch die Atombewaffnung, die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg hervorgerufene Erschrecken der Studenten vor der Möglichkeit, genauso unverantwortlich zu versagen wie die Väter-Generation während des Faschismus. Nicht ein SDS, der wie andere das etablierte Verhältnis von Politik und Wissenschaft angesichts von Völkermord in Vietnam in Frage stellt, ist dem Konvent verdächtig, sondern die Indifferenz des etablierten Wissenschaft-Verständnis vor diesem politischen Verbrechen.

An der Radikalisierung der Frage nach der politischen Verantwortung der Universität, die längst keine akademische Frage mehr ist, sondern um die in der FU inzwischen praktische Auseinandersetzungen geführt werden, hat zweifellos der SDS mitgewirkt. Aber diese Radikalisierung entspricht dem radikaler gewordenen Widerspruch, der in der Indifferenz von Wissenschaft gegenüber Politik liegt. Deswegen könnte es nur Ausdruck bornierten Bürokratismus sein, einer historisch zugespitzten Krise des universitären Wissenschaftsverständnisses dadurch zu begegnen, daß man den als Kritik auftretenden Ausdruck dieser Krise personalisiert, um ihm verbieten zu können. Darin verriete sich nicht allein Geistfeindschaft; es wäre zugleich der Sisyphos-Versuch, die Räder der Geschichte nach rückwärts zu bewegen.

Vielleicht vermag es ein so in der Nähe stattfindendes grausige Ereignisses wie die Erschießung Ohnesorgs, auch den nicht-studentischen Bürgern der FU die Augen zu öffnen, daß die Frage nach gesellschaftlicher Verantwortung die Universität nicht weiterer Repression, sondern engagierter Auseinandersetzung in der Universität bedarf, einer Auseinandersetzung, die notwendigerweise nicht

allein auf die Formen beschränkt bleiben kann, die das traditionelle Wissenschaftsverständnis zur Voraussetzung haben. Dazu ist die Beibehaltung der Förderungswürdigkeit des SDS eine unabdingbare Voraussetzung. Der Konvent gibt dem Akademischen Senat zu bedenken, daß der 2. Juni jede Illussion darüber zerstört hat, auf welche Seite sich schlägt, wer auch nur zur partiellen Illegalisierung demokratischer Teile der Studentenbewegung beiträgt.

4. Der am 31. Mai d. J. vom Akademischen Senat befürwortete Entzug der Zulassung des SDS als förderungswürdige Vereinigung an der FU war der - durch das Verhalten des Rektors und des Reg. Bürgermeisters nach den Ereignissen des 2. Juni bereits überbotene - Höhepunkt einer gegen die Studenten verhängten Restriktionspolitik vom demokratiefeindlichen Staat und willfähiger Universität.

Studentische Selbst- und Mitverwaltung und das Institut der Förderungswürdigkeit studentischer Vereinigungen verdanken ihre Verankerung in der FU-Satzung dem antifaschistischen und antistalinistischen Charakter der Gründung dieser Universität. Während des Kalten Krieges und durch die Einpassung Westberlins in die gesellschaftspolitische Struktur der Bundesrepublik wurde der politische Gründungscharakter der FU verdrängt.

Es kann daher nicht überraschen, daß in der Folge sowohl die Studentenvertretung als auch die als förderungswürdig anerkannten Studentischen Vereinigungen immer dann vom Rektor und Akademischen Senat im Verein mit der politischen Spitze dieser Stadt unter Druck gesetzt wurden, wenn sie nonkonformistisch eine Einlösung des Berliner Modells verlangte oder Kritik, an den restaurativen Tendenzen in unssrer Gesellscaaft übten. Konsequent wurden administrative Maßnahmen immer dann verhängt, wenn die politischen Aktivitäten von AStA und Studentischen Vereinigungen die auf gesellschaftliche Praxis zielende Dimension des Berliner Modells wieder aufschließen wollten.

Das Gutachten der Senatskommission ist ein erneutes Beispiel für diese von der Universitätsbürokratie vollzogene Reduzierung "freier umfassender Bildung". (Satzung der Studentenschaft der FUB, Präambel), die eine wissenschaftliche Orientierung im Handeln meint, auf die privatistisch verstandene "Anregungen zum eigenen Nachdenken usw." (S. 1 des Gutachtens), auf die ethische Dimension von Takt und Haltung, die den Studenten als Persönlichkeitsmerkmale des Akademikers abverlangt werden.

Dem "eigenen Nachdenken" der Studenten entsprechen:

1958 Anläßlich einer beabsichtigten Urabstimmung zur Atombewaffnung Einsetzung eines Senatsausschusses zur Prüfung von "Zweckmäßigkeit, Form und Zulässigkeit beabsichtigter politischer Meinungsäußerungen von Organen der FU" (Maulkorbausschuß)

1958 Versuch des Rektors, die Rede des AStA-Vorsitzenden zur 10-Jahres-Feier an der FU zu zensieren.

1958 Verbot einer Sammlung für algerische Studenten in den Hörsälen der FU

1959 Verbot einer Unterschriftensammlung zur staatlichen Beschäftigung von NS-Richtern, Staatsanwälten etc. durch den Rektor.

1959 Beschränkung der Teilnehmerberechtigung bei einem Forum mit Linus Pauling auf Immatrikulierte durch den Rektor

1960 Gutachten des Senats-Rechtsausschusses, der das politische Mandat der Studentenschaft aufhebt.

1962 Grundsätzliches Verbot einer Algerien-Sammlung durch den Rektor mit Hinweis auf das Gutachten von 1960.

1962 Genehmigung einer Sammlung für DDR-Studenten durch den Rektor.

1962 Verbot einer Unterschriftensammlung gegen die Behandlung von Flüchtlingen in Hongkong durch die britischen Behörden.

1965 Kuby-Krippendorff

1966 Beschluß des Akademischen Senats, für keine politischen Veranstaltungen Räume zur Verfügung zu stellen.

1966 Disziplinarverfahren gegen 5 Studenten, die am sit-in des 19.4. teilnahmen
Disziplinarverfahren gegen die "Kommune I"

1967 3.6. Schließung des HFB für eine Protestversammlung der Studenten gegen den Versuch, dem SDS die Förderungswürdigkeit zu entziehen.
3.6. Schließung des HFB für die Studenten, die die Ereignisse des 2. Juni diskutieren wollen.

Für den Konvent, der darüber "nachgedacht" hat, ist deutlich, daß der Akademische Senat vor einer Alternative steht:

Er kann die Linie dieser Restriktionspolitik auch im Hinblick auf die Förderungwürdigkeit des SDS fortzusetzen, oder er kann die Kette dieser Restriktionen zu zerbrechen beginnen, indem er den politischen Charakter der FU-Gründung aufnimmt und mit den Studenten weiter entwickelt. Dem würde es entsprechen, die Förderungswürdigkeit des SDS nicht anzutasten.

Der Konvent beschließt:

Der Konvent sieht keine Veranlassung, die Zulassung der SDS-Gruppe an der FU - als förderungswürdige Vereinigung an der Freien Universität zu widerrufen. Der Konvent weist darauf hin, daß der Akademische Senat in dieser Frage vor einer wichtigen Entscheidung steht:

Fährt der Akademische Senat fort, den Studenten legale Möglichkeiten ihrer Praxis umfassenden wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu rauben, so zwingt er die Studenten, künftig Entscheidungen des Akademischen Senats als Maßnahmen einer illegitim gewordenen Autorität zu betrachten und zu behandeln.

10.11.1967:
An der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Wollen sie eine freie Universität?" der Arbeitsgemeinschaft Freie Universität (AFU) mit einem Auszug aus dem Programm der AFU und dem Aufruf, zum Konvent zu kandidieren.
Q: AFU: Wollen sie eine freie Universität?, Berlin O. J. (1967)

E 0702 10.11.

ARBEITSGEMEINSCHAFT FREIE UNIVERSITÄT

Wollen Sie eine freie Universität?

frei von ideologischer Verkrampfung
frei durch verantwortungsvolle Konventsarbeit
frei für echte Studienreform

Wir wenden uns gegen eine ASTA - Politik, die besonders in diesem Jahr erheblichen Schaden verursacht hat.

Stimmen Sie mit uns überein,

- ...daß durch die Politik des ASTA die Studienreform blockiert wurde;
- ...daß der ASTA eine „KU" propagiert, die lediglich ein neues Forum für seine einseitige politische Richtung darstellen soll;
- ...daß Sie mit Ihrem Zwangsbeitrag die gesellschafts=politischen Aktivitäten des ASTA finanzieren;

dann stärken Sie die OPPOSITION.

Kandidieren Sie für den nächsten Konvent!

DIE ALTERNATIVE AFU

Melden Sie sich bei folgenden Kommilitonen für die

Jur.-Fak.:	Wolfgang Hackel	1 Berlin 30, Fugger Str. 23
Math.-Nath.:	Uwe Niesstrath	1 Berlin 21, Heidestr. 37
Med.-Fak.:	Georg Frenzel	1 Berlin 21, Heidestr. 39
Phil.-Fak.:	Klaus Hoffmann	1 Berlin 65, Schwyzer Str. 22
Wiso.-Fak.:	Ekkehard Kittner	1 Berlin 62, Monumentenstr. 9

A U S Z U G aus dem Programm der A F U

Die Politik der gegenwartigen Studentenvertretung an der FU begreift sich als Modellfall für die politische Prxis der außerparlamentarischen Opposition. Jhre maßgeblichen Vertreter streben die Umwandlung der Gesellschaft in eine "sozialistische" an. Durch die Darstellung und Provokation von Jnteressenkolisionen in der Hochschule wird versucht, ein Konfliktbewußtsein zu erzeugen und dieses zu einer Demonstration von Klassenkampfsituation auszunutzen. Jn der Argumentatin wird von den bestehenden Mißständen an der Hochschule ausgegangen. Diese sollen als "exemplarisches Moment der allgemeinen Strukturkrise in der westdeutschen Gesellschaft begriffen werden." Der Erfolg der studentischen Hochschulpolitik wird nicht "an den zugestandenen Mitbestimmungsrechten, an der Verhinderung reaktionarer Reformen, sondern an der in diesem Kampf zu gewinnenden Solidarisierung und gemeinsamen politischen Aktionen der verschiedenen oppositionellen Gruppierungen in der Gesellschaft" bemessen.

Ziel der Arbeitsgemeinschaft Freie Universitat ist dagegen:
- die Verbesserung der Arbeitssituation an der Universitat
- die soziale Sicherung der Studenten

Durch die Jdentifikation legitimer studentischer Anliegen aber mit gesellschaftsrevolutionären Parolen, die nicht von der gesamten Studentenschaft getragen werden, werden notwendige Reformen in der Hochschule erschwert, wenn nicht gar verhindert.

Wir betrachten u.a. als wesentliche Forderungen in der Hochschulreformdiskussion und treten ein für:
- Sicherung der Kontinuität in der akademischen Selbstverwaltung durch Einführung des Präsidialsystems
- Schaffung eines Organs der Gesamtuniversitat zur Kontrolle des Präsidenten
- eine sachgerechte nach den verschiedenen Aufgaben der einzelnen Universitatsorgane differenzierte, aber angemessene Beteiligung der Studenten und Assistenten an der akademischen Selbstverwaltung
- Errichtung ständiger Ausschüsse für 1. Haushaltsangelegenheiten und Finanplanung 2. Struktur- und Hochschulreformangelegenheiten 3. Ausbildungs- und Studienreformangelegenheiten
- Ablösung des gegenwärtigen studentischen Disziplinarrechts durch Erlaß einer Hausordnung, der alle Mitglieder der Universitat gleichermaßen unterworfen sind.

Die Studienreformdiskussion kann nur fachbezogen betrieben werden. Wir legen besonderen Wert auf die Berücksichtigung folgender Studienreformmaßnahmen:

Beschrankung der stofflichen Anforderungen des Studiums zugunsten einer Konzentration auf die Systematik des Faches; Ordnung des Studienganges durch alternative Studienpläne; Jntensivierung der Studienberatung, auch für Examenssemester.

Die Studentenschaft sollte als Gliedkörperschaft des öffentlichen Rechts innerhalb der Hochschulen konstituiert werden. Jhr soll ein festumrissener Aufgabenreich zugeordnet werden.

Zur sozialen Sicherung der Studenten fordern wir:

Ein umfassendes Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes; Einbeziehung der Studenten in den Kreis der gegen Krankheit pflichtversicherten Personen; Abbau der Gemeinschaftsideologie im studentischen Wohnheimbau, um größeren Wohnraum zu sichern; Bau von Wohnraum für Studentenehepaare.

Vor Verabschiedung des Ausbildungsförderungsgesetzes fordern wir: Erhöhung des Förderungsmeßbetrages auf 420,--DM; Anhebung der Freibetrage; durchgehende Förderung auch in der vorlesungsfreien Zeit; Abbau des Zwangsdarlehnens; Ausbau der Studienförderung zu einer sozialen Förderung ohne Eignungskriterien; Einschluß der Studentenehe in die soziale Förderung.

10.11.1967:
An der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, ein Flugblatt Arbeitsgemeinschaft Wiso (AWiso) mit dem Aufruf, zum Konvent zu kandidieren.
Q: AWiso: Hat keiner von Ihnen…, Berlin O. J. (1967)

E0702

AWiSo AWiSo AWiSo AWiSo AWiSo AWiSo

Hat keiner von Ihnen etwas gegen die Kritische Universität einzuwenden, wie sie die 'Politische Abteilung' des AStA (so jetzt auf dem Deckblatt des endgültigen Programms der KU für das WS 67/68, im Provisorischen Verzeichnis vom Juli 67 noch 'Hochschulabteilung') zu etablieren sucht?

Sind Sie alle der Meinung, daß Che Guevara für 'uns Westberliner Studenten' die 'notwendige Einheit von Theorie und Praxis' ausgedrückt habe? Meinen Sie alle, daß der AStA berechtigt sei, derartige Telegramme im Namen der Studentenschaft der FU zu verschicken?

Warum hört man nichts mehr von denjenigen, denen wir als politisch Unabhängigen bei den letzten Konventswahlen unsere Stimmen gegeben haben? Sind sie inzwischen alle 'umfunktioniert' worden - oder waren sie es von Anfang an, ohne uns davon wissen zu lassen?

Sollte sich nicht der 20. Konvent darum bemühen, zur Lösung der Probleme der Hochschul- und Studienreform unmittelbar beizutragen, statt diese wie seine Vorgänger zur Verfolgung allgemeinpolitischer Ziele auszunutzen?

Wir arbeiten für einen

K R I T I S C H E N 20. K O N V E N T

Tragen Sie dazu bei, daß er zustandekommt. Arbeiten Sie mit uns, kandidieren Sie!
Schreiben Sie uns. Wenn Sie kandidieren wollen, sofort - bis spätestens 13.11. (letzter Meldetag im Konventsbüro 15.11., d.h. Nächster Mittwoch).

Arbeitsgemeinschaft der Wirtschafts-
u. Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Senden Sie diesen Abschnitt bitte an
Katharina Frowein, 1 Berlin 37, Bogotaer Str. 4

Ich möchte für den 20. Konvent kandidieren:
Ich bin interessiert an der Arbeit der AWiSo:

Name: Adresse: Matr.Nr.

10.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Studentenvertretung (SV) später eine "Information Universitätstage der TU-Studentenschaft" heraus mit dem Manuskript der heutigen Sendung des RIAS, deren Redaktion Dr. Walter Kirchner übernahm, zu diesem Thema.

Angekündigt wird ein Buch zu den Universitätstagen.
Q: SV TU: Information Universitätstage der TU-Studentenschaft, Berlin O. J. (1967)

10.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) berichtet von den Folgen der Rektoratsfeier (vgl. 9.11.1967), dass heute im 'Hamburger Abendblatt' die Schlagzeile "Studenten schockieren Professoren" erscheint, während die Aktion in einer Wandzeitung als 'historische Stunde' der Universität Hamburg bezeichnet wurde.
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 5

11.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) berichtet von den Folgen der der Rektoratsfeier (vgl. 10.11.1967, 12.11.1967), dass Bürgermeister Weichmann heute in der 'Welt' zwar die Form der studentischen Proteste verurteile, die Forderungen aber als legitim ansehe.
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 5

12.11.1967:
In Berlin erscheint später eine "Dokumentation zum Vorfall am 12.11.1967 in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche" bei dem ein Mitglied der ESG vor der Predigt eine Rede hielt, von der uns nur die erste Seite vorlag.
Q: N. N.: Dokumentation zum Vorfall am 12.11.1967 in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

23. Nov 6

Dokumentation

zum Vorfall am 12.11.1967 in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche

Am 20. September 1967 wurde der Evang. Studentengemeinde die Entscheidung des Gemeindekirchenrates der Kaiser-Wilhelm- Gedächtnis-Kirche mitgeteilt, daß künftig gemeinsame Studentengottesdienste der ESGs an der TU, der PH, der KiHo und der FU Berlin nicht in der Kaiser-Wilh.-Gedächtnis-Kirche (KWG) abgehalten werden dürften. Nachdem die ESGs nach dem 2. Juni politisch besonders dadurch hervorgetreten war, daß sie in der berliner Bevölkerung um Verständnis für das studentische Engagement und der daraus resultierenden Protesthaltung warb, ist es unverständlich, daß der Gemeindekirchenrat (GKR) der KWG den evangelischen Studentengemeinden die Abendmahlsgottesdienste in der KWG untersagte. Nach dieser Maßnahme vom September sind zahlreiche Versuche sowohl durch die Studentenpfarrer als auch durch einzelne Mitglieder der Studentengemeinden unternommen worden, die Aufhebung dieser administrativen Maßnahme zu erreichen. Zu einem klärenden Gespräch mit den ESGs fand sich der zuständige GKR nicht bereit.

In dieser Situation entschloß sich das Mitglied und der ehemalige Vertrauensstudent der ESG/FU, Karl-Heinz Schmidt, vor Beginn des Hauptgottesdienstes am 12.11.67 um 10 Uhr von der Kanzel der KWG aus, sich direkt an die versammelte Gemeinde mit sinngemäß folgenden Worten zu wenden:

> Liebe Schwestern und Brüder! Außerordentliche Umstände zwingen mich heute, in dieser außergewöhnlichen Form an Sie heranzutreten. Der GKR dieser Kirche hat für alle ev.Studentengemeinden West-Berlins das Verbot ausgesprochen, in der KWG weiterhin Gottesdienste abzuhalten. Im Jahre 1967, in dem die evangelische Kirche in Deutschland das 450.Jubiläum der Reformation feiert, wird damit der Versuch unternommen, eine Minderheit von Gemeindemitgliedern aus offensichtlich politischen Motiven mit Maßregeln der Kirchenzucht zu disziplinieren. Ich bitte den GKR, ernsthaft zu prüfen, ob er es verantworten kann, das ohnehin äußerst angespannte Verhältnis zwischen Bevölkerung und Studentenschaft Berlins dadurch weiter zu verschärfen. Ich bitte den GKR, den gefaßten Beschluß rückgängig zu machen. [1]

Bei seinen letzten Worten wurde der Kommilitone von zwei herbeieilenden Kirchendienern gewaltsam von der Kanzel gestoßen und im Polizeigriff durch den Kirchenraum abgeführt. Dem 2.AStA-Vorsitzenden, Bernhard Wilhelmer, gelang es, dieses gewaltsame Vorgehen zu fotografieren, da er bereits eine derartige Reaktion befürchtet hatte, als er von der Aktion durch Karl-Heinz Schmidt Kenntnis erhielt. Nachdem bereits drei Fotos gemacht waren, erhielt er im Inneren des Gotteshauses einen Schlag auf die Kamera und ins Gesicht und fiel zu Boden. Vom 2.AStA-Vorsitzenden wurde Strafantrag gegen den Kirchendiener wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung gestellt. Wie bei der Deutschen Presseagentur festgestellt wurde, war der gezielte Faustschlag auf die Kamera erfolgreich; die Fotos, die als Beweismaterial hätten dienen können, sind durch die Zerstörung des Apparates unbrauchbar geworden.

Nach dem Gottesdienst aller ESGs West-Berlins, der in die Mensa der Technischen Universität verlegt und um 20 Uhr von Prof Gollwitzer gehalten wurde, nahmen die Versammelten zu den Vorfällen Stellung. Dabei wurde folgender Beschluß gefaßt und dem GKR der KWG zugesandt:

> Die im Anschluß an den Studentengottesdienst am 12.November 1967 im Studentenhaus der Technischen Universität Versammel-

1) Kar-Heinz Schmidt versichert, daß diese Rede sinngemäß dem entspricht, was er in der KWG gesagt habe.

12.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) berichtet von den Folgen der Rektoratsfeier (vgl. 11.11.1967, 13.11.1967), dass heute in der 'Welt' von vier Initiatoren der Proteste die studentischen Forderungen vorgestellt werden.
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 5

13.11.1967:
Der Vorsitzende des AStA der LMU München, Rolf Pohle, hält auf der heutigen Immatrikulationsfeier eine Rede, die auch als Flugblatt "Universität und Gesellschaft" verbreitet wird. Gefordert wird in der ersten These das politische Mandat der Studentenschaft, wobei auf die politischen Aktivitäten des Rektors und der Universität in den letzten Jahren verwiesen wird. Die zweite These stellt eine Erniedrigung der Universität fest, wenn diese sich nicht "klar dem herrschenden Selbstverständnis in gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen" entgegensetze. Hierzu solle auch Ausbildung und Forschung auf die "gesamtgesellschaftlichen oder studentischen Interessen" statt auf diejenigen von Industrie und Kirche ausgerichtet werden.
Q: LMU-AStA: Universität und Gesellschaft, München 13.11.1967

Studentenvertretung der
Universität München
8 München 23
Leopoldstr. 15

München, den 13.11.67

Rede des AstA-Vorsitzenden der Universität München,
Rolf Pohle, zur Immatrikulationsfeier am 13. November 1967

Universität und Gesellschaft

Meine Damen und Herren,

seit einigen Monaten stehen die Studentenschaften der Bundesrepublik im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Waren die Vorstellungen der Studenten über eine demokratische Hochschule in einer demokratischen Gesellschaft früher bestenfalls in der Aktenablage der Verantwortlichen verschwunden, so sorgte die Solidarität der Studenten bei öffentlichen Aktionen der verschiedensten Arten dafür, daß man reagieren muß. Jeder auf seine Weise: die Polizei wurde - teilweise unter Anwendung nackter und verschleierter Gewalt - gegen studentische Demonstranten eingesetzt; Parteien bestritten sich, mißliebigen Studentenverbänden durch Streichung der direkten oder staatlichen Zuschüsse die finanzielle Grundlage für ihre Tätigkeit zu nehmen; der Großteil der Presse erinnerte sich seines Wortschatzes aus der Vergangenheit und sprach dort von studentischem "Terror", wo nicht die Spur von Gewaltanwendung vorlag. War die FU Berlin 1949 als "Bollwerk" gegen den Kommunismus, also eindeutig unter politischen Vorzeichen gegründet worden, so bestritt jüngst das Verwaltungsgericht Berlin dem AStA der FU Berlin das Recht zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, die weder zur Universität und deren Einrichtungen noch zu den spezifischen Angelegenheiten der Studentenschaft als Gemeinschaft der Studierenden Bezug hätten. Mit einer ähnlichen Klage vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen sieht sich nicht nur der AStA der Universität Tübingen konfrontiert. Auch gegen den AStA unserer Universität lief vor kurzem beim Rektor eine Beschwerde ein, weil er die Bevölkerung aufgerufen hatte, sich in die Listen für das Volksbegehren "Christliche Gemeinschaftsschule" einzutragen und weil er studentische Organisationen in München und auf dem Land für diese Volksbegehren organisiert hatte.
Auf diese Maßnahmen staatlicher Stellen, der Gerichte oder gesellschaftlicher Institutionen können wir nur wirkungsvoll reagieren, wenn wir die Studentenschaft nicht als von der Gesellschaft isolierte, eigentlich außerhalb der Gesellschaft stehende Gruppierung betrachten. Der Angelpunkt beispielsweise für eine Diskussion über die gesellschaftliche Verantwortlichkeit der Studentenschaft - in der Öffentlichkeit fälschlicherweise immer noch "politisches Mandat" genannt -, wahrgenommen sowohl von einzelnen Studenten und Studentengruppen als auch von der Gesamtvertretung der Studenten - dieser Angelpunkt liegt nicht im Verhältnis des einzelnen Studenten zu den Studentengruppen und zur Studentenvertretung. Denn obwohl wir alle "Zwangsmitglieder" der Bundesrepublik Deutschland sind, und obwohl Parlament und Bundesregierung als Vertretung der Bevölkerung inhaltlich weit weniger legitimiert sind als die entsprechenden Gremien der Studentenschaft,

bestreitet niemand dem Bundestag oder der Regierung das Recht neben anderen Gruppierungen, etwa den Parteien, politische Stellungnahmen abzugeben und politische Aktionen durchzuführen. Die gesellschaftliche Verantwortung der Studentenschaft ergibt sich vielmehr aus der gesellschaftlichen Verantwortung der Hochschule, deren Teil die Studentenschaft ist.

Mit zwei Thesen zum Verhältnis von Universität und Gesellschaft möchte ich deshalb zur Diskussion um die gesellschaftliche Verantwortlichkeit der Studentenschaft beitragen.

1. Ungeachtet ihres unpolitischen Selbstverständnisses war die deutsche Universität in der Vergangenheit in dem Sinne politisch, daß sie sowohl zu politischen Tagesfragen als auch zu Grundfragen unserer Gesellschaftsordnung Stellung bezog. Ungeachtet ihres unpolitischen Selbstverständnisses sind auch gegenwärtig die Universitäten der Bundesrepublik politisch.

   Betrachten wir zunächst die Humboldtschen Universitäten zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Ihre Prinzipien - bekannt unter den Schlagwörtern "Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden" bzw. "Einsamkeit und Freiheit" - waren zugleich wissenschaftliche, vom Wissenschaftsprozess her geforderte, und zugleich demokratische, deren Verwirklichung dem Staat und den gesellschaftlichen Institutionen angesonnen wurde. Wenn die von Humboldt geforderte "freie Kommunikation gleicher und autonomer Individien" in einem ununterbrochenen, sich selbst immer wieder belebenden, aber ungezwungenen und absichtslosen Zusammenwirken von "Lehrenden und Lernenden" nur höchst unvollkommen die Praxis der damaligen Universitäten bestimmte, so lag das daran, daß Humboldt mit dem philosophischen I dealismus der damaliger Zeit die "Idee des Kulturstaates", die Vorstellung eines zukünftigenvernünftigen, nach den gleichen Prinzipien wie die Universität aufgebauten Staates, gleichsetzte mit dem damals bestehenden absolutistisch-aufklärerischen preußischen Staat. Hier liegt die Wurzel des unpolitischen Selbstverständnisses der deutschen Universität: Politik und Gesellschaftsprobleme werden vermittels der "Idee des Kulturstaates" in den Bereich der "Ideale" verwiesen, die wissenschaftlicher Kritik nicht zugänglich sind. Die Auswirkungen eines solchen Selbstverständnisses, das ja auch heute noch die Universitäten der Bundesrepublik beherrscht, auf Universität und Gesellschaft beschreibt der Frankfurter Soziologe Jürgen Habermas: "Die Ideale hängen so hoch, daß sie einer ungerührten Praxis als Alibi dienen können." Die ungerührte Praxis zu Humboldts Zeiten: Weitherhin blieb die Universität die Staatsanstalt unter Fachaufsicht des Kultusministeriums, bis 1838 war das Vorschlagsrecht der Professoren bei Berufungen gegenüber dem Kultusministerium gesetzlich nicht verankert. Daß bis zur mißglückten bürgerlichen Revolution 1848 von den deutschen Universitäten unter den Vorzeichen "Einheit und Freiheit" die politische Emanzipationsbewegung des Bürgertums gegen die Verbindung von Thron und Altar "in der Heiligen Allianz" in starkem Maße unterstützt wurde - wenn diese Bewegung nicht überh upt ihren Ursprung an den neuen Universitäten fand - dafür brauche ich wohl keine Einzelzitate anführen. Ich erinnere einerseits an die Entstehung der sich als Gesamtvertretung der Studenten verstehenden Burschenschaften, d e ihren Höhepunkt in den 2 Wartburgfesten erreichten. Zum anderen genügt der Hinweis darauf, daß heute noch die Frankfurter Nationalversammlung von 1848 als das "Frankfurter Professorenparlament" bezeichnet wird.

Zugunsten seiner ökonomischen Emanzipation in der Gründerzeit verzichtete nach 1848 das Bürgertum auf seine politische Emanzipation und schloß seinen Frieden mit den sich immer mehr verfestigenden oligarchischen Herrschaftsinstitutionen im deutschen Raum. Ausgehend hauptsächlich von einer Ordnung des preussischen Kultusministeriums wurden an den Universitäten die heute noch bestehenden Institute gegründet, die nach dem Führerprinzip aufgebaut sind. Der Widerspruch dieser hierarchischen Struktur, die sich im preussischen Anstalts- und Militärstaat, aber auch in Handel und Großindustrie bewährt hatte und von dort übernommen wurde, zu den Humboldtschen Prinzipien wurde kaum zur Kenntnis genommen - "die Ideen hingen zu hoch". Während Max Weber in seiner 1919 erschienenen Schrift "Wissenschaft als Beruf" diese Entwicklung historisierend betrachtet und konstatiert: "Innerlich ebenso wie äußerlich ist die alte Universitätsverfassung fiktiv geworden", wird sie heute von der offiziellen Universitätsideologie praktisch damit gerechtfertigt, daß auch die staatliche Bürokratie und die Betriebe in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die gleiche Struktur aufweisen. In der letzten Woche erklärte mir ein Professor, dem gegenüber ich die studentische Forderung zu vertreten hatte, daß neben den 50 Professoren in der betreffenden Fakultät auch ein einziger Studentenvertreter stimmberechtigt anwesend sein sollte: Viele Banklehrlinge hätten ja auch Abitur; wenn wir so etwas forderten, könnten die Lehrlinge kommen und fordern, im Aufsichtsrat einer Bank sitzen zu dürfen. Diese unreflektierte Haltung gegenüber Fragen der inneren Struktur unserer Hochschulen ist kein Einzelbeispiel. Der Münsteraner Soziologe Helmut Schelsky gebraucht in seinem bekannten Buch über die deutsche Universität mit dem Titel: "Einsamkeit und Freiheit" nur ein akademisches Vokabular, wenn er die gegenwärtige Institutsverfassung zwar nicht als "naturgesetzlichen Zwangsablauf" rechtfertigt, wohl aber als eine "Handlungsform", die von der Sachlage her...unausweichlich angesonnen wird".

Auch nach außen hin war die Universität der zweiten Hälfte des 19.Jahrhunderts und der Wilhelminschen Ära keineswegs unpolitisch; maßgebend für die Wissenschaft war vielmehr das politische Weltbild des allein mit dem Bildungsprivileg einer Universitätsausbildung ausgestatteten Bürgertums. Dieses Weltbild war bestimmt von dem Gedanken einer aristokratischen oder oligarchischen Führungselite und der Treue gegenüber Vaterland und Obrigkeit. Es bildete sich die selbstverständliche Annahme heraus, Stellungnahmen zur Politik im Sinne der Obrigkeit seien keine politische Stellungnahmen, sondern entsprächen der "natürlichen Treuepflicht der Universität gegenüber Staat bzw. Kaiser.

Daß die deutsche Universität bereit war, auch zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen, soweit sie mit der Obrigkeit übereinstimmten, dafür sind die "wahrhaft erstaunlichen Ausführungen selbst freiheitlichster und liberalster Wissenschaftler im ersten Weltkrieg" ein Beispiel, "die heute wirklich Dokumente von ungewöhnlicher Peinlichkeit darstellen" (so der Bildungswissenschaftler Prof. Becker).

In der Zeit der Weimarer Republik, in der die Obrigkeit im bisherigen Sinne plötzlich nicht mehr da war, das Bildungsprivileg des Bürgertums jedoch erhalten blieb, entwickelten sich die Universitäten zu Brutstätten und Hochburgen der präfaschistischen antisemitischen und nationalistischen Gedanken, mit denen man gegen die Weimarer Demokratie ankämpfte. Interessierte Kreise wollen uns heute weismachen, die damalige Studentenschaft, die beispielsweise in Preussen schon 1927 wegen ihres Rassismus aufgelöst wurde, habe die liberalen oder gar demokratischen Professoren im Verein mit reaktionären gesellschaftlichen Gruppierungen unter Druck gesetzt. Die Reden von Professoren und Rektoren zu Reichsgründungsfeiern oder aus anderen entsprechenden Anlässen in der Weimarer Zeit strafen diese Meinung Lügen. Zitate von Professoren und Rektoren aus dem dritten Reich zu bringen, die die weitgehende Unterwerfung der Universität unter den nationalsozialistischen Staat erweisen, wäre vergeudete Zeit. Daß angesichts der bestehenden Hochschulstruktur die generelle Einführung des Führerprinzips ebenso wenig auf nennenswerten Widerstand stieß wie die Reduzierung der Studentenzahlen von 1930 bis 1935 auf ungefähr die Hälfte sowie die Entfernung von ca. 10 % der Professorenschaft aus der Hochschule zu Beginn der Diktatur, zeigt das Ausmaß der Unterwerfung der Universitäten unter das Naziregime.

Sprach man noch in der frühen Nachkriegszeit auch unter dem Druck der "Umerziehungspläne" der Alliierten von einer Neuregelung des Verhältnisses von Universität und Gesellschaft, bemühte man sich damals noch, z.B. in Freiburg in Zusammenarbeit mit den neugegründeten freien politischen Studentengruppen, um ein gesellschaftsbezogenes "studium generale" und um eine Studienreform auf den einzelnen Fachgebieten, die den Inhalt der Lehre betrafen, so setzte zu Beginn der 50er Jahre die Restaurierung der überkommenen Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft ein: Massive Unterstützung und Neubelebung des alten Korporationswesens durch die"alten Herren", die vielfach Professoren und - wie in München - Rektoren waren, während der allgemeinen Studentenvertretung nur minimalste Mitspracherechte eingeräumt wurden; völliger Abbau des "studium universale" (gerade ab diesem Semester ist der letzte Rest des "studium universale", die besondere Erwähnung einzelner gesellschaftsbezogener Vorlesungen im Vorlesungsverzeichnis am Anfang der Vorlesungsankündigungen, aufgrund eines Senatsbeschlusses abgeschafft worden); Diskussion fast aller wichtigen Fragen unserer Hochschule unter den Professoren hinter verschlossenen Türen, während die nur vereinzelt zugezogener Studentenvertreter -die zu striktester Geheimhaltung verpflichtet - allenfalls als demokratisches Feigenblatt dienen können, usw.

Den Beweis dafür, daß Stellungnahmen zu politischen Tagesfragen und Grundfragen unserer Gesellschaftsordnung für die heutige Universität eine Selbstverständlichkeit sind, möchte ich nicht so sehr mit Beispielen aus der ferneren Vergangenheit führen. Es genügt zu wissen, daß mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1958 an unserer Universität der lateinische Spruch angebracht werden sollte: "Dulce et decorum est pro patria mori" (süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben), was dann allerdings aufgrund der scharfen Proteste von Studenten und in der Öffentlichkeit unterblieb.

Ich nehme vielmehr einige Ereignisse aus der Amtszeit des jetzigen Prorektors, Prof.Kotter, heraus:

- Der Rektor war im Sommersemester letzten Jahres Schirmherr von "sing-out-66, einer Veranstaltung der Moralischen Aufrüstung", die der ideologischen Vorbereitung und Rechtfertigung kriegerischer Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus dient und einem völlig irrationalen Antikommunismus das Wort redet: Im Informationsdienst der"Moralischen Aufrüstung" vom 31.Oktober diesen Jahres beispielsweise wird der Einsatz für die Ziele der Vietcong in Vietnam mit dem Einsatz für die Ziele des Hitler-Krieges verglichen.

- Der Rektor hieß die "Deutschlandstiftung e.V." in den Räumen unserer Universität willkommen, eine Vereinigung, deren einflußreichster Mann der rechtsgerichtete, allseits bekannte Kurt Ziesel ist, eine Vereinigung, die Schreiber für die"National- und Soldatenzeitung" mit Preisen dekorierte.

- Der Rektor nahm an dem Empfang für den Schah im Juni diesen Jahres in München teil, während ein am Geschwister-Scholl-Mahnmal in unserer Universität niedergelegter Kranz für die Opfer des Schah-Regimes auf seine Anweisung entfernt wurde und unsere persischen Kommilitonen für die Zeit des Schah-Besuches Aufenthaltsverbot in München hatten.

- Der Rektor war Veranstalter einer "Gedenkstunde" zum Jahrestag des 20.Juli, auf der ein General der Bundeswehr zum Thema: "Nationalbewußtsein in der Welt von heute" sprach.

- Obwohl der bayerische Landtag über mindestens 2 Hochschulgesetzentwürfe, nämlich den der CSU bzw. der Regierung und den der SPD, zu entscheiden haben wird, beschloß der Akademische Senat im Mai diesen Jahres nur zu dem CSU- bzw. Regierungsentwurf eine gesonderte offizielle Stellungnahme abzugeben.

- Auf Bitte der Studentenvertretung hin protestierte der Rektor anläßlich einer Kundgebung in der Universität gegen die Entführung mehrerer südkoreanischer Kommilitonen aus der Bundesrepublik.
Trotz alledem hält die Universität ihr unpolitisches Selbstverständnis aufrecht. Sie kann sich ebenso wie die Universität im Bismarck-Reich unpolitisch verstehen, weil sie - wie auch die obengenannten Beispiele zeigen - fast ausschließlich Stellungnahmen zur Politik im Sinne der Obrigkeit abgibt, die sie nicht als politische Stellungnahmen wertet, sondern als "natürliche Treuepflicht". So ergeben sich für die Universität beispielsweise bei Veranstaltungen der Deutschlandstiftung der Gesellschaft für Auslandskunde oder der katholischen Akademie in den Räumen der Universität im Gegensatz zu Veranstaltungen des AStA zusammen mit der Gewerkschaftsjugend und den Jungsozialisten anläßlich des Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges kaum Schwierigkeiten. Dieselbe Universsität, die für sich in Anspruch nimmt, nur zum Hochschulgesetz einer Partei Stellung zu nehmen, fordert den AStA auf, "binnen einer Woche" die Gründe "darzulegen, warum er das Volksbegehren christlicher Gemeinschaftsschule" unterstützt hat.

Ich komme zu meiner zweiten These:

2. Entschließt sich die Universität nicht, ihr Selbstverständnis von Struktur und Aufgaben der Universität in einer demokratischen Gesellschaft klar dem herrschenden Selbstverständnis in gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen entgegenzusetzen, dann erniedrigt sie sich selbst zu einer Veranstaltung der herrschenden Kräfte in Staat und Gesellschaft."

Die abstrakte Begründung für diese Behauptung kann eigentlich schon den zu meiner ersten These angeführten Zusammenhängen zwischen demokratischen und wissenschaftlichen Prinzipien und den Ausführungen über das Versagen einer sich als unpolitisch verstehenden Universität entnommen werden.
An dieser Stelle möchte ich nur einige Beispiele dafür anführen, wie sehr unsere Universitäten - laut Definition im"Preußischen Allgemeinen Landrecht" des 18. Jhs. "Veranstaltungen des Staates" - nunmehr "Veranstaltungen der herrschenden Kräfte in Staat und Gesellschaft" geworden sind.

Nehmen wir von den Gremien,die die allgemeine Wissenschaftspolitik bestimmen, das bedeutendste, nämlich den Wissenschaftsrat, heraus und und untersuchen seine personelle Zusammensetzung, so finden wir neben vielen Ordinarien und Vertretern der Ministerialbürokratie fünf sogenannte "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens":Alle fünf sind Vertreter der Wirtschaft. Weder Vertreter der Gewerkschaften, noch Vertreter der Nicht-Ordinarien - sie leisten heute bekanntlich den Großteil der Arbeit in Forschung und Lehre - noch gar wir Studenten - die wir zweifellos von den "Studienreform"-Empfehlungen am meisten betroffen sind - finden sich in diesen Gremien.Die Liste der Ehrenbürger und Ehrensenatoren an unserer Universität - im Vorlesungsverzeichnis abgedruckt - ist ein Spiegelbild dieser Verhältnisse: Über die Hälfte sind Bankinhaber und -direktoren sowie Vertreter der Großindustrie.
So ist es kein Wunder, daß die Auswahl der Forschungsgegenstände und die Ausbildung der Studenten weniger von gesamtgesellschaftlichen oder studentischen Interessen als von den Bedürfnissen der genannten Machtgruppen Großindustrie - Ministerialbürokratie - Ordinarien bestimmt werden - in Bayern kommt noch die Kirche dazu.

- Die mittelalterlichen Verhältnisse im Strafvollzug der Bundesrepublik stören die Juristen unserer Universität kaum; stattdessen stehen in Forschung und Ausbildung teilweise aus dem letzten Jahrhundert entlehnte rechtsdogmatische Spielereien im Vordergrund.

- Statt die Möglichkeiten des Abbaus hierarchischer Strukturen in den Betrieben in der Bürokratie und in den Hochschulen selbst zu untersuchen, plant das Kartell der der Bürokraten, Industriemagnaten und Ordinarien eine wirtschaftswissenschaftliche Hochschule in Augsburg, die der Züchtung von "Top-Managern" dienen soll.

- Die Münchener Germanistik hat es bis heute nicht für nötig erachtet, sich kritisch mit der verhängnisvollen Vergangenheit ihrer Disziplin auseinanderzusetzen und treibt weiterhin ihr l'art pour l'art der der werkimmanenten Interpretation, anstatt sich beispielsweise

der Korrumpierung des öffentlichen Bewußtseins und der systematischen Volksverdummung durch die Zeitungen des Springer-Konzerns und ähnlicher Presseorgane zuzuwenden.

- Keine einzige Vorlesung der medizinischen Fakultät hat die sozialen Ursachen von Krankheiten zum Gegenstand.

Dieser Negativkatalog ließe sich auf alle Fachbereiche erweitern. Angesichts dieser Abhängigkeit der Universität bei der Auswahl der Forschungsgegenstände nimmt es nicht wunder, daß die einseitige Art der Wissensvermittlung - Prototyp die Vorlesungen - durch hochschuldidaktische Forschungen an unserer Universität nicht einmal in Frage gestellt werden kann.

Die Studentenschaft hat jahrelang versucht, den Mißständen an unseren Universitäten über die herkömmlichen Institutionen zu begegnen. Sie hat die umfangreichsten und fundiertesten Reformvorschläge der Nachkriegszeit vorgelegt. Sie kann aus den erfolglosen Bemühungen auf diesem Weg durch rationale Argumentation und über die Instituionen - will sie nicht resignieren - nur den Schluß ziehen, daß sie einen anderen Weg beschreiten muß: Den der eigenen Aktion. Von Berlin ausgehend werden in der nächsten Zeit zahlreiche Studentenschaften in der Bundesrepublik eigene Arbeitskreise, Seminar und Diskussionsforen einrichten, um so die verhinderte demokratische Studien- und Hochschulreform exemplarisch auf einzelnen Fachgebieten vorwegzunehmen. Hier in München ist ein germanistischer Arbeitskreis gegründet worden. Ein "Studentischer Arbeitskreis Kritischer Katholizismus" wird sich mit dem Verhältnis von Theologie und Gesellschaft auseinandersetzen. Ähnliche Unternehmungen gibt es bereits bei den Staatswirten und den Soziologen, andere Fachschaften werden in Kürze diesen Beispielen folgen.

Es liegt an Ihnen, die Sie neu an dieser Universität sind, ob Sie sich weiterhin falsche Berufserwartungen vorgaukeln lassen wollen und dann das unbefriedigende Studium in Erwartung einer späteren Führungsposition in Kauf nehmen, oder ob Sie in der Erkenntnis, daß diese Führungspositionen nur einem verschwindend geringen Teil von Ihnen offenstehen werden, schon jetzt zur Schaffung einer demokratischen Hochschule und einer demokratischen Gesellschaft beitragen.

13.11.1967:
In Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche das Flugblatt 'Außerparlamentarische Opposition Extra' Nr. 3 (vgl. 23.11.1967) datiert auf Mitte November unter der Überschrift "Warum sind wie hier in Westberlin gegen Notstandsmaßnahmen? Warum unterstützen wir die Kundgebung des DGB?" mit dem Aufruf zur Kundgebung am 20.11.1967 im Sportpalast.
Q: Außerparlamentarische Opposition Extra Nr. 3, Berlin Mitte November 1967

E 0402

Außerparlamentarische OPPOSITION

EXTRA

Flugblatt Nr. 3
Mitte November 1967

Warum sind wir hier in Westberlin gegen Notstandsmaßnahmen?

Warum unterstützen wir die Kundgebung des DGB?

Unsere Gewerkschaften in den westdeutschen Ländern treten mit großer Energie für die DGB-Beschlüsse in Sachen Notstandsgesetze ein. Nur in unserer Stadt herrschte bislang eine merkwürdige Stille, obwohl die Anti-Notstands-Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hier unter dem Funkturm beschlossen worden ist.

Viele Kollegen meinen: Uns geht das ohnehin nichts an. Wir leben hier noch unter Besatzungsstatut. Das Abgeordnetenhaus kann solche gefährlichen Gesetze sowieso nicht erlassen.

Anfangs schien es, als ob der DGB-Landesvorstand unter Vorsitz des Kollegen Sicke auch dieser Meinung ist. Schließlich ist der Kollege Sickert nicht nur DGB-Vorsitze der in Westberlin, sondern auch noch Präsident des Abgeordnetenhauses. Er ist, wie ein Teil seiner Freunde in der SPD, für die Notstandsgesetze und gegen die Anti-Notstandsbeschlüsse des DGB-Kongresses.

Um so erfreulicher ist es, daß der DGB-Landesvorstand nunmehr sein Schweigen gebrochen hat und den Kollegen Waldemar Reuter vom Bundesvorstand für eine Anti-Notstandskundgebung in Westberlin gewinnen konnte. Sie muß eine unmißverständlich Demonstration gegen alle Diktaturgesetze, gegen die Gefährdung unseres demokratisen Lebens durch Sondervollmachten kleiner Herrschaftsgruppen werden. Wir wollen dabei nicht hinter unseren westdeutschen Kollegen zurückstehen.

Es ist falsch anzunehmen, daß wir hier in Westberlin vor Notstandsregelungen sicher sind: Am 1. Oktober 1965 erließ die Alliierte Kommandantur einen Befehl (BKO) an de Senat. Darin heißt es wörtlich:

"1. In Berlin sind alle notwendigen Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, mit denen Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung, ihre Wohnungen, Arbeitsstätten u die für die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse wichtigen Einrichtungen und Güter den Wirkungen bewaffneter Angriffe geschützt werden können".

Das hört sich ganz schön an, ist aber glatter Unsinn, reinste Volkssturm-Ideologie. oder was könnte uns hier in Westberlin gegen "bewaffnete Angriffe" schützen? Diese alliierte Befehl wurde vom Senat erbeten, weil man auch auf dem Gebiet der Notstand gesetze mit den Ländern der Bundesrepublik "gleichgestellt" sein wollte. Dieser Bef ist eine Generalvollmacht - wenn auch unter Besatzungskontrolle -, in die alles hinei gepreßt werden könnte, was auch in Bonn getan wird. Dieser Befehl würde im Anwen

dungsfalle auch alle gewerkschaftlichen Freiheiten mit einem Schlage beseitigen, Diens verpflichtungen ermöglichen, das Streikrecht und die Tarifautonomie aufheben, die Betriebe und die Belegschaften einer quasi militärischen Kontrolle unterstellen usw.

Weiter heißt es in der BKO:

"2. Maßnahmen im Sinne der Nr. 1 sind insbesondere solche
a) zur Warnung vor den Gefahren bewaffneter Angriffe,
b) zur Einrichtung eines Selbstschutzes,
c) zur Errichtung von Schutzräumen für die Bevölkerung und von Schutzbauten für lebenswichtige Betriebe, Anlagen und Einrichtungen,
d) zur Sicherung und Erhaltung von Kulturgut und
e) zur Einrichtung eines Zivilschutz-Hilfsdienstes für die Beseitigung und Milderun der Wirkungen bewaffneter Angriffe."

Seit 1965 gibt es beim Innensenator einen Planungsstab, der die Durchführung dieses Notstandsbefehls vorbereitet. Die Luftschutzbunker - noch stehen ein paar aus Hitlers Tagen - existieren zum Teil schon auf dem Reißbrett. Die Anordnung, Gasmasken, Erkennungsblechmarken für Kinder (!) und ähnlichen makabren Klimbim anzuschaffen, liegen schon in den Senats-Schubläden. Und die Beschlagnahme privater PKW könnte in Westberlin genau so vorgenommen werden wie in Hamburg oder in München.

Warum man in Bonn dennoch weiter ist als in unserem Rathaus? Weil dieser "Spaß" hi in Westberlin Milliarden kosten würde - die man nicht hat. Darum muß man sich noch Zeit lassen. Für uns allerdings ist das kein Grund, auf die "Stunde des Senats" tatenlo zu warten. Denn dieser Senat unter seinem neuen Regierenden Bürgermeister scheint auch zu dieser Torheit fähig zu sein.

Wir möchten im übrigen wissen, warum bereits die wichtigsten Brücken in unserer Stadt mit Sprengkammern versehen worden sind. Wer will sich denn da wohin zurückziehen?

Westberlin kann nicht in Luftschutzbunkern überleben, so dick ihre Mauern auch sein mögen. Uns helfen keine Sprengkammern. Wir brauchen dringend jeden Pfennig für die Schaffung neuer, moderner Arbeitsplätze, damit wir auch in zehn, zwanzig und dreißig Jahren unsere Existenz sichern können. Nur so schaffen wir uns wirkliche Sicherheit.

Westberlin braucht keine Gasmasken, sondern eine reale demokratische Ordnung. Die aber wird durch Notstandsmaßnahmen schon jetzt untergraben.

Westberlin kann nur überleben, wenn das politische Risiko, das diese Stadt umgibt, he gesetzt wird. Es muß ein neues Arrangement mit seinen Nachbarn suchen. Eine neue Ostpolitik aber wird durch Notstandshysterie endgültig torpediert.

Wir fordern:

Statt der Luftschutzbunker wollen wir neue Krankenhäuser und Schulen, neue Fabri und Wohnungen. Keinen Pfennig für Notstandsmaßnahmen und ihre Planer. Kollege Sickert, Präsident des Abgeordnetenhauses, soll seiner gewerkschaftlichen Pflicht genügen und alle bisherigen Notstandsplanungen offenlegen, damit die Öffentlichkeit sich endlich ein klares Bild machen kann.

Kommt alle zur Kundgebung des DGB in den Sportpalast. Arbeitnehmer und Studenten: Demonstriert gemeinsam! Montag, 20. November, 18 Uhr (Einlaß ab 17 Uhr).

Verantwortlich für diese Flugschrift: Carl L. Guggomos. Weitere, regelmäßige Informationen über die Außerparlamentarische Opposition erhalten Sie durch den zweimal in der Woche erscheinenden "Berliner EXTRA-Dienst" zum monatlichen Abonnementspreis von 5 DM (einschl. Porto) über seinen Verlag in Berlin 15, Wielandstraße 27.

13.11.1967:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt "Fragen an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss" heraus zu dessen Bericht über den 2. Juni 1967 mit der Einladung zur Veranstaltung mit zwei Mitgliedern des Ausschusses am Abend.

Auf der Rückseite wird zum Wochenendseminar "Pressekonzentration in Berlin" zum Springer-Verlag am 18./19.11.1967 eingeladen.
Q: AStA FU: Fragen an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Berlin 13.11.1967

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politische Abteilung -

1 Berlin 33, den 13.11.67
Garystr. 20
Tel.: 7690 421

Liebe Kommilitonen!

HEUTE 20.15 UHR
AUDI-MAX

1)

FRAGEN AN DEN PARLAMENTARISCHEN UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß hat seinen Bericht vorgelegt und im wesentlichen die Rechtfertigungstheorie der ehemaligen Regierungsspitze unserer Stadt übernommen! Ist damit der 2. Juni ad acta gelegt?
Unsere Antwort kann nur sein: nein!
Im Kurras-Prozeß scheint die Wahrheitssuche unheimlich kompliziert zu sein, Fritz Teufel sitzt noch immer in Untersuchungshaft, die Staatsanwaltschaft hat eine ganze Lawine von politischen Prozessen in Bewegung gesetzt.

Da der Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschuß bis jetzt offizielle Stellungnahme der Verantwortlichen unserer Stadt ist, müssen wir uns mit ihm auseinandersetzen, um ihn als Hintergrund der laufenden politischen Prozesse zu begreifen.

Kommen Sie heute abend!

Gerd Löffler und Lothar Vortisch, Vorsitzender, bzw. Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, werden Rede und Antwort stehen müssen.

Informationen finden Sie im FU-SPIEGEL Nr. 60 und in der VDS-Stellungnahme, die an der Mensa verkauft wird!

Helmut Gies
- Referent -

FRAGEN AN DEN
PARLAMENTARISCHEN
UNTERSUCHUNSAUSSCH

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, 13.11.67
Garystr. 2o
Tel. : 76 9o 2246

Liebe Kommilitonen!

In den Nachrichten aus dem Verlagshaus Axel Springer Nr. 2 vom August 1967 heißt es, daß das Verhältnis zwischen Studentenschaft und Öffentlichkeit gestört sei und in der weisen Einsicht, daß Springer die Öffentlichkeit darstellt, wird das gestörte Verhältnis zwischen Studenten und der Presse untersucht. Diese Analyse gipfelt in folgenden Erkenntnissen:

1) Die gesamte Berliner Presse hat den Ereignissen nach dem 2. Juni eine Berichterstattung zuteil werden lassen, die an Umfang diejenige über den Korea-Krieg beträchtlich übertrifft.

2) Die in der Springer-Verlagsgruppe erscheinenden Zeitungen haben im großen und ganzen die Interessen der öffentlichen Ordnung vertreten, jedoch auch Kritik an dem Verhalten von Polizisten geübt und vor allem zwischen ordentlichen und radikalen Studenten unterschieden.

3) Die bei Springer erscheinenden Zeitungen verfolgen keine eigene Linie: alle anderen Berliner Zeitungen haben den gleichen Grundtenor der Berichterstattung.

Mit diesen und ähnlichen Pamphleten überschwemmt das Verlagshaus Axel Springer seit neuestem sämtliche Organisationen, Lobbies und pressure groups und inszeniert so "Springers Springer Kampagne": Dies ist die Reaktion auf die Anti-Springer-Kampagne der außerparlamentarischen Opposition.

Um das Problem Springer eingehend zu studieren, führt der AStA am 18./19. November 1967 im Klbuhaus der FU, Berlin 37, Goethestr. 49, ein Wochenendseminar über "Pressekonzentration in Berlin" durch.

Anmeldung im AStA erforderlich!

Unkostenbeitrag DM 2,--

Programm siehe Rückseite

gez. Helmut Giesa
Referent

13.11.1967:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt heraus zu den 'Nachrichten aus dem Verlagshaus Springer' Nr. 2 vom August, die sich dem 2. Juni und der Rolle der Springerpresse widmen.

Es wird zum Wochenendseminar "Pressekonzentration in Berlin" zum Springer-Verlag am 18./19.11.1967 eingeladen und dessen Ablauf bekanntgegeben.
Q: AStA FU: Liebe Kommilitonen!, Berlin 13.11.1967

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, 13.11.67
Garystr. 2o
Tel. : 76 9o 2246

Liebe Kommilitonen!

In den Nachrichten aus dem Verlagshaus Axel Springer Nr. 2 vom August 1967 heißt es, daß das Verhältnis zwischen Studentenschaft und Öffentlichkeit gestört sei und in der weisen Einsicht, daß Springer die Öffentlichkeit darstellt, wird das gestörte Verhältnis zwischen Studenten und der Presse untersucht. Diese Analyse gipfelt in folgenden Erkenntnissen:

1) Die gesamte Berliner Presse hat den Ereignissen nach dem 2. Juni eine Berichterstattung zuteil werden lassen, die an Umfang diejenige über den Korea-Krieg beträchtlich übertrifft.

2) Die in der Springer-Verlagsgruppe erscheinenden Zeitungen haben im großen und ganzen die Interessen der öffentlichen Ordnung vertreten, jedoch auch Kritik an dem Verhalten von Polizisten geübt und vor allem zwischen ordentlichen und radikalen Studenten unterschieden.

3) Die bei Springer erscheinenden Zeitungen verfolgen keine eigene Linie: alle anderen Berliner Zeitungen haben den gleichen Grundtenor der Berichterstattung.

Mit diesen und ähnlichen Pamphleten überschwemmt das Verlagshaus Axel Springer seit neuestem sämtliche Organisationen, Lobbies und pressure groups und inszeniert so "Springers Springer Kampagne": Dies ist die Reaktion auf die Anti-Springer-Kampagne der außerparlamentarischen Opposition.

Um das Problem Springer eingehend zu studieren, führt der AStA am 18./19. November 1967 im Klubhaus der FU, Berlin 37, Goethestr. 49, ein Wochenendseminar über "Pressekonzentration in Berlin" durch.

Anmeldung im AStA erforderlich!

Unkostenbeitrag DM 2,--

Programm siehe Rückseite

gez. Helmut Giesa
Referent

18./19. November 1967

PRESSEKONZENTRATION IN BERLIN

18. November 1967, Samstag

11.oo Uhr	Bernd Jansen "Zur Situation der Presse in Berlin - Entwicklung des Springer-Konzerns - Springers Einfluß auf den Zeitungsmarkt - Zuliefererindustrie - Anzeigengeschäft
13.oo Uhr	Mittagessen und Kaffee
14.3o Uhr	Eberhard Sommer "Pressekonzentration und Meinungsfreiheit - verfassungsrechtliche Aspekte"
17.oo Uhr	Hans-Joachim Hameister "Das Verhältnis von Selbstverständnis der Berliner und seine Darstellung in der Springerpresse, dargestellt an der Leserbriefpolitik"
19.oo Uhr	Abendessen

19. November 1967, Sonntag

11.oo Uhr	N.N. "Der Einfluß des Springer-Konzerns auf den Staatsapparat - Versagen der Kontrollinstanzen - Manipulation der Öffentlichkeit
13.oo Uhr	Mittagessen und Kaffee
15.oo Uhr	Karl-Joachim Heimann "Überwindung des Kalten Krieges und Konstruktion des inneren Feindes - Antikommunismus und Minoritäten"
17.3o Uhr	"Möglichkeiten einer Entflechtung" Karl-Heinz Stanzick "Empfehlungen der Pressekommission" Rudi Dutschke "Funktion und Möglichkeiten direkter Aktionen und genossenschaftliche Organisation des Konzerns" anschließend Diskussion mit Jansen und Dutschke
19.3o Uhr	Abendessen

.-.-.-.-

13.11.1967:
An der FU Berlin gibt die KU vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt heraus zu den Arbeitskreisen "Zur Ideologie der Naturwissenschaften in der Schule", "Die Ideologie der Wertfreiheit in den Naturwissenschaften" und "Prüfungskritik in den Naturwissenschaften", die am 18.11.1967 in den Räumen der Studentenvertretung der Math.-Nat.-Fakultät tagen sollen.
Q: KU: Sonnabend, 18.11.67 15.00 Uhr, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

S O N N A B E D , 18.11.67 15.00 UHR

tagen folgende Arbeitskreise der Kritischen Universität in den Räumen der Studentenvertretung der Math.-Nat. Fakultät, Hüninger Str. 44 (Dahlem):

ZUR IDEOLOGIE DER NATURWISSENSCHAFTEN IN DER SCHULE

DIE IDEOLOGIE DER WERTFREIHEIT IN DEN NATURWISSENSCHAFTEN

PRÜFUNGSKRITIK IN DEN NATURWISSENSCHAFTEN

Was soll am kommenden Sonnabend getan werden?

Einführung in die einzelnen Themen.
Literatur wird angegeben werden, teilweise verteilt.
Untergruppen sollen gebildet werden, die sich mit einzelnen Fragen und Themen beschäftigen sollen.

WICHTIG : Im Arbeitskreis "Prüfungskritik in den Naturwissenschaften" werden Prüfungen des Landesprüfungsamtes besucht. Studenten, die nicht am Arbeitskreis teilnehmen wollen, dafür aber einigen Prüfungen beiwohnen wollen, können sich in der Studentenvertretung der Math.-Nat. Fakultät, Hüninger Str. 44, melden.

KRITISCHE UNIVERSITÄT KRITISCHE UNIVERSITÄT KRITISCHE UNIVERSITÄT

Sonnabend, den 18.11.67 15.00 Uhr

U KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

Aus dem Vorlesungsverzeichnis der KRITISCHEN UNIVERSITÄT

DIE IDEOLOGIE DER WERTFREIHEIT IN DEN NATURWISSENSCHAFTEN

a) Der Begriff der Wertfreiheit (Versuch einer Definition)
b) Der Wertfreiheitsbegriff in der Geschichte der Naturwissenschaften
   Die Ursachen seiner Entstehung
   Hat der Begriff zur progressiven Entwicklung der Naturwissenschaften beigetragen?
   Wie änderte sich die Stellung des Naturwissenschaftlers nach der Entstehung des Wertfreiheitsbegriffes?
c) Die Auswirkungen innerhalb der modernen Naturwissenschaft
   Die Entwicklung der Atombombe
   Die Rolle der IG-Farben im Dritten Reich
   Die amerikanische Rüstungsforschung am Beispiel des Vietnamkrieges
   Die neueren genetischen Forschungen der Biologie
d) Kritik des Selbstverständnisses der Naturwissenschaft
   Die Funktion des Begriffes Wertfreiheit der Naturwissenschaften in der heutigen Gesellschaft
   Ist der Begriff der Wertfreiheit angesichts der gesellschaftlichen Struktur noch sinnvoll?
   Die Verantwortung der Naturwissenschaftler an den Auswirkungen ihrer Forschungsergebnisse
   Naturwissenschaft ohne Wertgreiheitsbegriff

An dieser Arbeitsgruppe sollten außer Naturwissenschaftlern noch Soziologen, Historiker, Politilogen und Philosophen teilnehmen.

Außer den o.e. Personen sind aber auch alle anderen Studenten eingeladen, sich an diesem sowie an allen anderen Arbeitskreisen der KRITISCHEN UNIVERSITÄT zu beteiligen.

S O N N A B E N D , 18.11.67 15.00 Uhr

Hüninger Str. 44 (Dahlem)

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU K U KU KU KU KU KU KU KU KU KU

13.11.1967:
An der FU Berlin geben die Vereinigten Arbeitsgemeinschaften (VAFU) vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "(B)AstA" heraus, in der sie ihre Gründung bekanntgeben.
Q: VAFU: (B)AStA, Berlin O. J. (1967)

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

(B)AStA

Verloren haben AStA und Konvent ihre Legitimation als studentische Interessenvertretung.

Vernachlässigt haben sie die unmittelbaren Anliegen der Studenten.

Versäumt haben sie, die Studien- und Hochschulstrukturreform sinnvoll voranzutreiben.

Vergriffen haben sie sich in der Wahl der Revolution als Instrument der Veränderung.

Deshalb haben sich spontan an den Fakultäten der FU selbständige Arbeitsgemeinschaften gebildet. Diese haben sich jetzt in einer Organisation zusammengefunden.

„Vereinigte Arbeitsgemeinschaften an der FU"

Sie setzen sich vor allem für folgendes hochschulpolitische Programm ein:

- **Sinnvolle Erweiterung des Berliner Modells durch konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Mitgliedern der Universität.**
- **Unverzügliche Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Hochschulgesetzentwurf.**
- **Kritische Bestandsaufnahme und Weiterführung der Arbeit der Studienreformkommissionen.**
- **Erprobung neuer Formen von Lehrveranstaltungen.**
- **Einführung interfakultativer Gemeinschaftskollegs, die aktuelle Probleme der Fächer und ihrer Grenzgebiete behandeln.**
- **Verbesserung der Förderungsbedingungen in einem Ausbildungsförderungsgesetz.**
- **Abschaffung des bestehenden Disziplinarrechts.**

Unterstützen Sie uns in der Verwirklichung dieses Programms!

Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN)
Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur)
Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fak. (APhil)
Arbeitsgemeinschaft an der WiSo-Fakultät (AWiSo)

Auskunft erteilt:

Joachim Petermann
1 Berlin 47, Rodacher Weg 7
773 68 23

Fortsetzung folgt!!

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

13.11.1967:
An der FU Berlin gibt die Studentenvertretung der Math.-Nat. Fakultät vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt "Zwangsexmatrikulation?!?" heraus zur Sitzung der Fakultätsvertretung am 15.11.1967, auf der die neue Uniordnung beraten werden soll.
Q: FU-SV Math.-Nat.Fak: Zwangsexmatrikulation?!?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Z W A N G S E X M A T R I K U L A T I O N ? ! ? ! ? ! ? ! ?

Am 24.5.66 faßte der Konvent den Beschluß, eine Urabstimmung durchzuführen. Alle Studenten sollten die Möglichkeit haben, sich über befristete Zulassung und Zwangsexmatrikulation zu äußern. Diese Urabstimmung wurde verboten. Aus Protest fand daher am 22.6.67 das erste sit-in an der FU statt. Durch diesen massiven Protest setzten die Studenten die Einführung der Studienreformkommissionen durch. Die Zwangsexmatrikulation an der Juristischen und Medizinischen Fakultät wurde allerdings nicht aufgehoben.

Studienreform ist ein dynamischer Prozeß. Jede Reformmaßnahme wird so verstanden als Experiment, daß sich bewähren muß. In der Praxis muß festgestellt werden, ob die Ergebnisse gut oder schlecht sind; vom Grünen Tisch läßt sich der Erfolg nicht dekretieren. Um diese Experimente durchführen zu können, ist also ein Spielraum innerhalb des Studiums notwendig.

Der notwendige Spielraum soll nun, ehe in mehr als Einzelfällen praktische Reformen angelaufen sind, beschnitten werden. Der Rechtsausschuß des Akademischen Senats hat eine Änderung der Universitätsordnung vorgeschlagen. 3 §§ sind auf der Rückseite abgedruckt. Zusammen mit den z.T. schon verabschiedeten Diplomrahmenprüfungsordnungen bedeuten sie, daß Studenten, wenn sie ihre Diplomvorprüfung nicht nach 4, spätestens 5 Semestern abgelegt haben, zwangsexmatrikuliert werden können, entsprechendes gilt beim Diplom oder Staatsexamen. Es werden straffe Studienpläne erlassen. Schulmäßig soll das Studium bis zum Vordiplom abrollen, die Universität wird zur Fabrik, nur auf reibungslosen Ausstoß von Spezialisten bedacht. Durch Kurieren an Symptomen sollen die eigentlichen Mängel verdeckt werden; die überalterten Strukturen der Hochschule werden nicht angetatsten.

Am Mittwoch, den 15.11.67, wird die Fakultätsvertretung der Math.-Nat. Fakultät über die neue Uniordnung beraten. Über die Ergebnisse werden Sie informiert. Andere Fakultäten beraten auch über diesen Entwurf, dann wird dieser wieder an den Akademischen Senat gehen, der endgültig einen Beschluß fassen wird.

Was wird der AStA und der Konvent unternehmen, damit die Zwangsexmatrikulation nicht generell an der FU eingeführt wird?

Welche Maßnahmen können Studenten und Studentenvertretung treffen, um diesen administrativen Zwangsmaßnahmen entgegenzuwirken?

Fragen Sie die Kandidaten für den 20. Konvent !

N E I N zur befristeten Zulassung !

N E I N zur Zwangsexmatrikulation !

Studentenvertretung der Math.-Nat. Fakultät

b.w.

Entwurf des Rechtsausschusses des Akademischen Senats

§ 3 Die Zulassung

I. Der Bewerber wird für die Dauer eines ordnungsgemäßen Studiums in einer Fakultät für eine Fachrichtung oder für ein oder mehrere Fächer zugelassen.

II. Die Zulassung darf nur versagt werden, wenn
a) die Zahl der Studienplätze nicht ausreicht,
b) der Bewerber bereits an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule erfolglos studiert hat.

III. In dem ablehnenden Bescheid ist der Grund anzugeben.

§ 4 Erlöschung der Zulassung

I. Die Zulassung erlischt,
a) wenn ihr keine Immatrikulation folgt,
b) wenn der Student eine in seinem Fach vorgesehene Prüfung endgültig nicht bestanden hat,
c) wenn sie widerrufen wird.

II. Die Zulassung muß widerrufen werden, wenn ihre Vorraussetzungen nicht vorlagen.

III. Die Zulassung kann widerrufen werden, wenn der Student einen in seinem Fach vorgesehenen Leistungsnachweis nicht erbringt oder sich einer vorgesehenen Prüfung nicht unterzieht. In welchen Fächern und in welcher Zeit Leistungsnachweise zu erbringen und Prüfungen abzulegen sind, bestimmt die Fakultät, soweit dies nicht schon durch Prüfungsordnungen geregelt ist. Bei interfakultären Instituten tritt an die Stelle der Fakultät das zuständige Institutsorgan.

IV. Erlischt die Zulassung, so ist unverzüglich die Exmatrikulation zu beantragen.

§ 5 Zulassungsausschuß

I. Über die Zulassung und ihrem Widerruf entscheidet der Zulassungsausschuß der Fakultät mit Stimmenmehrheit.

II. Der Zulassungsausschuß setzt sich zusammen aus
a) dem Dekan oder einem von ihm bestellten Vertreter
b) einem Hochschullehrer
c) einem Studenten.

Die Fakultät kann mehrere Zulassungsausschüsse einsetzen.

III. Über die Zulassung ausländischer Bewerber entscheidet der Rektor im Einvernehmen mit dem Dekan oder einem von ihm bestellten Vertreter.

Der formale Rahmen der

ZWANGSEXMATRIKULATION

13.11.1967:
An der TU Berlin wird auf der Sitzung des Studentenparlaments (StP) ein Antrag des Vorstands angenommen, dass anläßlich der Rektoratsübergabe kein Fachvortrag, sondern ein Vortrag zur Hochschulreform und zum Universitätsgesetz gehalten werden solle.
Q: Läpple / Borns: Antrag Vorstand zur 5. a.o. Parlamentssitzung am 13.11.67, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Antrag Vorstand

zur 5.a.o.Parlamentssitzung am 13.11.67

(vom Fakultätenrat angenommen)

Das Parlament bittet Magnifizenz Weichselberger aus Anlass der feierlichen Rektoratsübergabe, nicht, wie bisher üblich, einen Fachvortrag zu halten, sondern der gegenwärtigen Hochschulsituation entsprechend in einem Vortrag auf die anstehenden Probleme unserer Universität einzugehen, speziell auf Fragen einer Hochschulreform und auf den Beitrag der Technischen Universität zum Universitätsgesetzentwurf.

Dieter Läpple
Hubert Borns

13.11.1967:
An der TU Berlin geben die Abgeordneten der Fachschaft Wirtschaftsingenieure, Margit und Brun Osterlohn sowie Hubert Wolf vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt "Parlamentskrise?" heraus.
Q: Osterloh, Margit et al.: Parlamentskrise?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Doebr.

P A R L A M E N T S K R I S E ?

20.Okt.: Das Studentenparlament spricht dem Vorstand das Vertrauen aus

30.Okt.: Das Studentenparlament zwingt den Vorstand zum Rücktritt

E i n W i d e r s p r u c h ?

Der Vorstand unterzeichnete gleichzeitig mit dem umstrittenen Guevara-Telegramm ein weiteres Telegramm nach Tokio mit folgendem Wortlaut:

> "Sorrow about the death of a Tokyo student. In spite of terrors in both capitals Berlin and Tokyo - continue protest against aid for US-agression by our administrations.
> Solidarity with FLN."

Dieser Text wurde einigen Parlamentariern kurz vor der Sitzung am 30.Okt. zugetragen. Ließ sich das Guevara-Telegramm noch durch Interpretationen entschärfen - hier sind wohl keine Mißverständnisse mehr möglich.

Einen erst kurze Zeit im Amt befindlichen Vorstand kann man Fehlgriffe bis zu einem gewissen Maß nachsehen. Hier jedoch wurde das Maß überschritten:
Der Vorstand
- "vergaß" das Tokio-Telgramm in seinen beiden Vorstandsberichten, eine Tatsache , die unglaublich erscheint in Anbetracht der Aufregung, die das Guevara-Telegramm verursachte.
- bezeichnete in der Parlamentssitzung am 30.10. die Diskussion über das Tokio-Telegramm, die ihm offensichtlich unangenehm war, als "ganz lustig"(Stahl) und als "Quasselei"(Laepple).

Telgramminhalt und offensichtliche Mißachtung des Parlaments ließen keine Wahl: Der Vorstand mußte gehen.

<u>Versagen des Parlaments?</u>

Ja, meinten einige der Unterlegenen und forderten die Selbstauflösung des Parlaments. Sie argumentieren:
- Das Parlament habe sich als nicht arbeitsfähig erwiesen.
- Die Unsicherheit im Hinblick auf die politische Verantwortung von Parlament und Studentenvertretung könne nur durch politische Neuwahlen beseitigt werden.

Wir fragen:
- Sagen die Antragsteller "arbeitsunfähig" und meinen "unfähig, unsere politischen Anschauungen zu teilen"?
- Warum fiel den Antragstellern diese Unsicherheit erst <u>nach</u> ihrer Abstimmungsniederlage auf und nicht schon bei der Diskussion um das Guevara-Telegramm?
- Wer hat die Unsicherheit verursacht - diejenigen, die eine politische Verantwortung nur insoweit für gegeben halten, als sie dem Willen der Gesamtstudentenschaft entspricht, oder diejenigen, die Äußerungen des Vorstandes begrüßen, die offensichtlich im Widerspruch zur Meinung der Mehrheit der Studenten stehen?
- Haben sich nicht diejenigen zur parlamentarischen Arbeit unwillig gezeigt, die, nachdem sie ihre Meinung im Parlament nicht durchsetzen konnten, es durch demonstrativen Auszug arbeitsunfähig machten?

Wir meinen, es gibt keine Krise des Parlaments, es gibt nur den gescheiterten Versuch einiger Abgeordneter, das Parlament für ihre politischen Ziele einzuspannen.

Margit Osterloh, Brun Osterloh, Hubert Wolf
Abgeordnete der Fachschaft Wi.-Ing.

13.11.1967:
An der TU Berlin gibt der SHB vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt heraus mit dem Artikel "Flatternde Talare" von Heinrich Braune, Hamburg, aus dem 'Sozialdemokratischen Pressedienst' vom 11.11.1967 zur Rektoratsfeier an der Uni Hamburg am 9.11.1967.
Q: SHB-TU: Flatternde Talare, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

SHB TU SHB TU SHB TU SHB TU SHB TU SHB TU SHB TU SHB TU SHB TU

Flatternde Talare

Von Heinrich Braune, Hamburg

Große Aufregung um eine gestörte Rektoratsfeier der Hamburger Universi
Die Schuldfrage ist natürlich leicht zu beantworten: Schuld haben die
denten, die vor ihren Professoren in ihren feierlichen flatternden Tal
behängt mit Amtsketten, mit Samtbaretts auf dem Gelehrtenkopf ein Tran
parent aufspannten mit dem despektierlichen Text "Unter den Talaren Mu
von 1000 Jahren". - Unerhört so was! Verletzung der Würde der Universi
Machwerk Berliner Hetzer!

Aber was bleibt einem geduldigen AStA weiter übrig, als die Provokatio
wenn er jahrelang fast nur mit Redensarten abgespeist wird. Im Ruhrgeb
haben erstaunlicherweise einige Offizielle nicht so sehr die allgemein
Proteste der Bergarbeiter erschreckt und aufgescheucht, als die roten
Fahnen, die plötzlich die Demonstrationen beherrschten. Aber eine Radi
lisierung der Bergarbeiter wird selbstverständlich ernster genommen al
die Radikalisierung der Studenten, obwohl der Zahl nach die Größenordn
durchaus übereinstimmen. Jedoch hinter der einen Gruppe steht eine kam
bereite Gewerkschaft, die nicht mit sich spaßen läßt. Aber wer steht h
ter den Studenten?

Beide Male geht es um die Zukunft, beide Male geht es um ein äußerst e
stes Strukturproblem. Denn daß die Universitäten mit ihrer mittelalter
chen Verfassung, in der der vermoderte Obrigkeitsstaat noch ein Schein
sein führt, ebenfalls schleunigst sich einer strukturellen Anpassung a
moderne Industriegesellschaft befleißigen müssen, das weiß jeder, der
gerade ein Samtbarett für das Symbol der Würde hält. Eins scheint fest
stehen: Mit den bisherigen Methoden der sanften Überredung der Rektore
konferenz durch die Ministerien ist eine wirklich durchgreifende Hochs
und Studienreform, eine Anpassung unseres Universitätsbetriebes an die
derungen der modernen Gesellschaft in absehbarer Zeit nicht zu erreich

Darum muß auch die Öffentlichkeit störrischen Vertretern alter Zöpfe v
etwas gröber sagen, daß man ihrer Alleinherrschaft überdrüssig geworde
ist. Wenn sie aber nicht gern allein über ihren eigenen Schatten sprin
muß man ihnen dabei ermunternd helfen. Wenn sie sich weiter hinter den
verschlissenen Vorhang ihrer akademischen Würde verbergen, dann muß ma
diesen wegziehen. Eins ist merkwürdig: Wenn man mit einem von ihnen al
spricht, dann ist er so aufgeschlossen, wie man es nur wünschen kann.
wenn sie als hierarchisch organisierte Gruppe auftreten, dann hat man
das Gefühl, sie bewegen sich wie ein Geleitzug: Das Tempo bestimmt der
nige, der am langsamsten fährt! Warum haben die Politiker bisher sovie
Langmut gezeigt? Sie dachten wohl, da brennt's noch nicht. Das hat woh
in Anbetracht anderer Probleme, die wirklich auf den Nägeln brennen, n
ein bißchen Zeit.

Und dann dieser urdeutsche Respekt vor dem Professorentitel: Man kann
ehrenwerten Leute doch nicht so vor den Kopf stoßen, man läuft vielle
noch Gefahr, die ganze, schließlich notwendige Ordnung überhaupt ins W
ken zu bringen. - In Wirklichkeit sind das alles Lange-Bank-Reden. Was
scheinend fehlt, ist ein wirklich überzeugendes Modell, das sich um ke
Traditionen und alte Rechte schert, aber praktikabel und anpassungsfäh
wäre. Die Forderung nach immer weitergehender Mitbestimmung der Stude
ist doch zum Teil nur eine verzweifelte Reaktion auf den offiziellen I
bilismus. Aber solange man die Splitter im Weißen des Studentenauges s
und nicht den Balken in der eigenen, starr auf die Tradition gerichtet
Pupille, werden Störungen der Rektoratsfeiern, wie jetzt in Hamburg, a
Tagesordnung bleiben, auch wenn sie niemandem besonders zusagen.

Aus: Sozialdemokratischer Pressedienst v. 14.11.67
SHB-TU Riecker, Ref.f.Pol.Bildu

13.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) berichtet von den Folgen der Rektoratsfeier (vgl. 12.11.1967, 14.11.1967), dass der Rektor Ehrlicher, laut 'AStA-Info' Nr. 6, die Teilnahme an der für den 17.11.1967 geplanten Podiumsdiskussion absagte.
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 5

14.11.1967:
Nach einem Bericht von Schlomann/Friedlingstein beginnt eine Reise des Vorsitzenden der FSP/ML, Günter Ackermann, nach Albanien, die bis zum 21. Nov. dauert.
Q: Schlomann, Friedrich Wilhelm; Friedlingstein, Paulette: Die Maoisten, Frankfurt 1970, S. 248

14.11.1967:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt heraus zu den Hearings über die Notstandsgesetze (NSG), die am 9.11.1967 begannen, in dem die morgige Verteilung des "Manifestes der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze" angekündigt wird.
Q: AStA FU: Kommilitoninnen und Kommilitonen!, Berlin 14.11.1967

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, 14. Nov. 1967
Garystr. 2o
Tel.: 76 9o 421

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Am 9. November 1967 begannen in Bonn die öffentlichen Hearings zu den Notstandsgesetzen. Die ersten Personen, die angehört wurden, sind Professoren und Staatsrechtler, und diese waren in der Mehrzahl der Ansicht, Notstandsgesetze seien an und für sich gar nicht abzulehnen, allerdings bedeute der Regierungsentwurf eine schwerwiegende Kompetenzbeschneidung der Legislative, nämlich durch die Konstruktion eines Notparlaments; damit sei die Macht bei wenigen Auserwählten konzentriert und demokratische Kontrolle der Spitze durch die Basis sei nicht mehr gewährleistet.

In denselben Hearings wurde allerdings auch klar, daß es nicht mehr darauf ankommen kann, eine Kontrolle der Exekutive durchzuführen, denn Innenminister Lücke, Notstandsapologet der Regierung, gab bekannt, die Alliierten hätten bereits vor 5 Jahren mitgeteilt, eine deutsche Notstandsverfassung müsse nicht zwangsläufig zur Aufgabe der alliierten Vorbehaltsrechte führen. Aber gerade damit hatte die Bundesregierung jahrelang argumentiert: Notstandsgesetze würden der Bundesrepublik endlich die lang ersehnte Souveränität schenken.

Diese permanente Verschleierung von Tatsachen durch die Bundesregierung läßt die professorale Argumentation während des Hearings in sich zusammenfallen: Kontrolle der Regierung wird bewußt unmöglich gemacht!
Deshalb können wir nicht die Liberalisierung der Notstandsgesetze fordern, sondern
- Zurücknahme der einfachen Notstandsgesetze,
- Nichtverabschiedung der Notstandsverfassung,
- Beendigung aller Notstandsvorbereitungen,
- Auflösung von Werkschutzorganisationen

Der AStA der Freien Universität ruft deshalb die Studentenschaft und alle demokratischen Bürger Westberlins auf, sich der Kampagne gegen die Notstandsgesetze anzuschließen!

Ab morgen wird der Text des "Manifestes der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze" verteilt, und wir fordern Sie auf, dieses Manifest unterschrieben im AStA abzugeben.

gez. Helmut Giesa
Referent

14.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Studentenvertretung ein Flugblatt "Parlaments-Neuwahlen !!!" heraus zur Auflösung des Studentenparlaments auf seiner Sitzung am 13.11.1967.
Q: SV-TU: Parlaments-Neuwahlen !!!, Berlin 14.11.1967

S T U D E N T E N V E R T R E T U N G der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BE

- V O R S T A N D -

I N F O R M A T I O N

Parlaments-Neuwahlen!

am 12., 13. und 14. Dezember

Der Vorstand - Dieter Läpple / Hubert Borns - hat vor seiner Wahl am 2.November 1967 dem Parlament erklärt, dass er sich bei der kommenden Urabstimmung für eine Auflösung des Parlaments einsetzen wird. Er begründete seine Haltung wie folgt:

- Das Parlament hat in den Sitzungen dieser Legislaturperiode gezeigt, dass es mit den anstehenden Problemen nicht fertig wird. Anstatt inhaltlich über die Probleme zu diskutieren, verlor sich das Parlament in Geschäftsordnungsdebatten, die sich oft über Stunden hinzogen (bei der Sitzung am 13.11.67 konnte der Parlamentspräsident nach 1 1/2 Stunden Sitzung verkünden: "Wir treten jetzt in den Tagesordnungspunkt 1 ein".).

- Das Parlament bildete bei den Abstimmungen Fraktionen, die mehr durch persönliche als durch sachliche oder politische Gründe bestimmt waren.

- Das Parlament sprach sich für widersprechende Anträge aus, die erhebliche Zweifel am politischen Verständnis und an reinem Sachverstand dieses Parlamentes aufkommen liessen.

- Das 22.Studentenparlament ist unter unpolitischen Gesichtspunkten gewählt worden.
  Es zeigte sich jedoch, dass die Aufgaben und Probleme des Studentenparlaments wie Studienreform, Hochschulreform, Wahlrechtsänderung, Disziplinarrecht, Humanistisches Studium etc. von grosser gesellschaftspolitischer Relevanz sind und somit nur mit politischem Verständnis bewältigt werden können.

Bei seiner 5.a.o.Sitzung am 13.November 1967 löste sich das 22.Studentenparlament mit 42 : 16 Stimmen selbst auf und setzte für den 12., 13. und 14.Dezember 67 Neuwahlen an.

Der Vorstand hofft, dass das neue Parlament nach betont politischen Gesichtspunkten gewählt wird und damit seiner hochschul- und gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht werden kann.

gez.: Dieter Läpple
gez.: Hubert Borns

1 Berlin 12,den 14.11.67

14.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Redaktion der 'Anrisse' ein Flugblatt heraus mit der Ankündigung des Reaktionsschlusses für die nächste Nummer.
Q: SV-TU: An alle Fachschaften und Referate, O. O. (Berlin) 14.11.1967

Studentenvertretung der TU - A N R I S S E 14. 11. 1967

AN ALLE F A C H S C H A F T E N UND R E F E R A T E

Am 21. 11. 1967 erscheint die nächste Ausgabe von ANRISSE. Redaktionsschluß ist Freitag, der 17. 11. 1967.

Wir bitten Sie, Bekanntmachungen der Fachschaften und Referate, d. h. Aktivitäten, Termine, Veränderungen, bis einschließlich 17. 11. in der Redaktion, Hauptgebäude Zimmer 2126, abzugeben.

Nutzen Sie die Möglichkeit der Offentlichkeitsarbeit durch Ihre Studentenzeitung.

Die Redaktion
i.A. h. Matthäi
(Matthäi)

WICHTIG WICHTIG
WICHTIG

14.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) berichtet von den Folgen der Rektoratsfeier (vgl. 13.11.1967, 15.11.1967), dass der Rektor, laut 'AStA-Info' Nr. 8, Gesprächsbereitschaft zeigt und eine Diskussion für den 15.11.1967 vorschlage, der AStA aber auf der Einladung für den 17.11.1967 beharrte.
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 5

15.11.1967:
In Stuttgart rufen Mitte November, laut deutscher Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale, Eugen Eberle und Mitglieder der KPD zur Gründung der Demokratischen Linken (DL) auf (vgl. März 1967, 22.11.1967).
Q: VS-deutsche Sektion: Internes Bulletin Nr. 1, o.O. Dez. 1967

15.11.1967:
Der SDS Tübingen gibt für die Bechtoldt-Vorlesung sein 'Vietnam-Info' Nr. 3 (vgl. 8.11.1967) heraus, das uns in zwei Fassungen, davon eine unter der Überschrift "Wir werden diskutieren" vorlag.

Aufgerufen wird zu "einer ersten öffentlichen Vorlesungsrezension" am 16.11.1967 im Clubhaus, "als Beginn einer kritischen Gegenvorlesung".
Q: SDS: Vietnam-Info Nr. 3, Tübingen 15.11.1967

WIR WERDEN DISKUTIEREN

"Die Universität, das ist wahr, kann sich nicht von d Gesellschaft trennen, deren Teil sie ist. Aber die G meinschaft der Lernenden kann auch nicht einfach einer gegebenen Politik des Staates zustimmen, so a ob diese Politik selbst einer 'verantwortungsvoll kritischen Prüfung Grenzen setzt, so als ob es die eigentliche Funktion des Lernenden, und zwar die ei zig angemessene ist, die technischen Möglichkeiten zur Verwirklichung dieser Politik zu ersinnen. Die eigentliche Funktion des Lernenden..., ist, alle nur möglichen Fragen zu stellen und danach zu fragen, was klug und was töricht gemacht wurde und was die Antworten auf diese Fragen für die Zukunft bedeute (W. Fulbright (u.a. Ehrendoktor der Uni Tübingen), in: Die Arroganz der Macht, p 47).

"Wissenschaft liefert die sachliche Information, die Entscheidung fällt woanders." (H. Bechtoldt, in seiner Vorlesung am 9.11.67).

Herr Bechtoldt versteht sich und seine 'wertfreie Wissenschaft' als LIEFERANT. Er LIEFERT auf Bestellung Fakten, mit jeder anfangen kann, was er will. Nach dieser Auffassung muß zu den Fakten eine Ideologie treten Fakten + Ideologie ergeben Politik. Politik ist wegen Ideologieverdacht nicht 'neutral' und wird deswegen des Hörsaals verwiesen. Herr Bechtold ist sich nicht darüber klar, daß er selbst Ideologie reproduziert. Eine Ideologie, die ihn zwar Bombenkrieg bedauern läßt, es ihm jedoch gleichzeitig erlaubt, mit der caritativ-hilflosen Gebärde: 'alles sei tragisch Verstrickung' die Gründe für diesen Krieg zu verschleiern und zu entstellen.

Die Gründe sind nicht, wie Herr Bechtoldt uns weismachen will: die Abmachungen von Personen an Teetischen bei Konferenzen, sondern sie sind der verzweifelte, seit über 2o Jahren geführte, revolutionäre Befreiungskampf des ausgepoverten vietnamesischen Volkes gegen die Ausbeutung un Unterdrückung durch die reichen westlichen Industrieländer - natürlich auf Kosten der Armen - gegen Franzosen, Japaner, Amerikaner und der von ihnen geschützten Schicht von korrupten Generälen und Großgrundbesitzern.

Ein hoher US-Diplomat: "Vietnam interessiert uns nicht als strategische Ziel und nicht einmal als politischer Stützpunkt; es interessiert uns als Probe aufs Exempel... Dieser Konflikt ist typisch. Wie kann ein Land eine Großmacht wie die unsere ihn siegreich bestehen ? Wie kann ein Land, das über ein enormes militärisches und ein minderes politisches Potential verfügt, an einen beliebigen Ort über einen Gegner siegen, der militärisch unterlegen aber politisch stark ist ? Das ist die Frage, vor die wir uns gestellt sehen. Es ist für uns keine Frage auf Leben un Tod, wenigstens nicht hier und jetzt. Aber hier und jetzt müssen wir Methoden erlernen, mit denen wir dasselbe Problem in beliebigen Teilen Asiens, Afrikas und vor allem Lateinamerikas lösen können, wenn es eines Tages wirklich um Tod oder Leben geht." (zit. nach Kursbuch 2, p 158).

IN VIETNAM HEIßT DAS HEUTE VÖLKERMORD DURCH DIE USA .

b.w.

Herr Bechtoldt läßt es mit der Phrase: von der "tragischen geographischen Situation" bewenden. In dieser lässigen Geste entlarvt sich die zynische Perversion von "Wissenschaftlichkeit", der sich auch Herr Bechtoldt bedient.
Nicht nur die Unterschlagung wichtiger Fakten (deshalb: SDS Vietnam In
nicht nur der autoritäre Gestus: Diskussion, wann ich es will,
nicht nur, daß Herr Bechtoldt seine Quellen verschweigt und bis jetzt keine bibliographischen Hilfsmittel angab (deswegen die SDS Bibliogr
phie),

- sondern die vor allem auch von ihm als "Wissenschaft' geliebte Trennung von Theorie und Praxis (Politik raus aus der Uni!) ist ideologisches Indiz: "Zweckfreie Wissenschaft" ist nur der Deckmantel für die praktische Ahnungslosigkeit der Ordinarien. Daß dieses Nichtwissen unter dem geheiligten Namen "akademische Objektivität" unpolitisch sei, ist ein weitverbreiteter und folgenschwerer Irrtum. Im gegenteil - siehe Universität und Faschismus im 3. Reich, wo die Wissenschaft sich freiwillig zum unkritischen Instrument in der Hand der Machthaber zwangsverpflichten und mißbrauchen ließ - im Gegenteil : die bewußte Distanzierung ist stillschweigende Unterstützung der jeweils Herrschenden und ihrer Interessen.

Die Intention solcher Art 'Wissenschaft' besteht darin, die kritischen Hörer in unkritische Konsumenten zu verwandeln. Damit liefert die Universität und die an ihr gelehrte 'Wissenschaft' das manipulative Instrument, das den Herrschenden willkommenes "objektiv-wissenschaftliches" Alibi bereitstellt. So ist Herrn Bechtoldts Vietnam-Vorlesung nichts anderes als eine unkritische, unwissenschaftliche Parteiveranstaltung, die sich zum hilfswilligen Komplizen der amerikanischen Intervention in Vietnam macht.

Bechtoldt-Vorlesung: Donnerstags, 10.00 - 12.00 Hörsaal Schlachthof.

Wir rufen alle Studenten zu einer ersten öffentlichen Vorlesungsrezension auf, als Beginn einer kritischen Gegenvorlesung !

Donnerstag, 16.11.67, nachmittags 17 .00 c.t.
Clubhaus Raum 3 +)

Sozialistischer Deutscher Studentenbund SDS Tübingen

+) Prof. Bechtoldt ist von uns eingeladen worden.

Vietnam-Info 3 15.11.67

"Die Universität, das ist wahr, kann sich ni
von der Gesellschaft trennen, deren Teil sie
Aber die Gemeinschaft der Lernenden kann auc
nicht einfach einer gegebenen Politik des St
tes zustimmen, so als ob diese Politik selbs
einer 'verantwortungsvollen' kritischen Prüf
Grenzen setzt, so als ob es die eigentliche
tion des Lernenden, und zwar die einzig ange
messene ist, die technischen Möglichkeiten z
Verwirklichung dieser Politik zu ersinnen. D
eigentliche Funktion des Lernenden ist..., a
nur möglichen Fragen zu stellen und danach z
fragen, was klug und was töricht gemacht wur
und was die Antworten auf diese Fragen für d
Zukunft bedeuten." (W.Fulbright, Die Arrogan
der Macht, s.47)

"Wissenschaft liefert die sachliche Information,
die Entscheidung fällt woanders." (H.Bechtoldt,
in seiner Vorlesung am 9.11.67)

Herr Bechtoldt versteht sich und seine "wertfreie Wissenschaft" al
"Lieferant". Er l i e f e r t auf Bestellung Fakten, mit denen j
der anfangen könne, was er wolle. Nach dieser Auffassung muss zu d
Fakten eine Ideologie treten: Fakten + Ideologie ergeben Politik.
Politik ist wegen Ideologieverdachtes nicht"neutral" und wird des-
halb des Hörsaals verwiesen. Herr Bechtoldt ist sich nicht darüber
klar, dass er selbst Ideologie reproduziert. Eine Ideologie, die i
zwar Bombenkrieg bedauern lässt, es ihm jedoch gleichzeitig erlaub
mit der caritativ-hilflosen Gebärde: 'alles sei tragiscge Verstri
kung' die Gründe für diesen Krieg zu verschleiern und zu entstelle

Die Gründe sind nicht, wie Herr Bechtoldt uns weismachen will; die
Abmachungen von Personen an Teetischen bei Konferenzen, sondern si
sind der verzweifelte, seit über zwanzig Jahren geführte, revoluti
näre Befreiungskampf des armen vietnamesischen Volkes gegen die Un
drückung durch die reichen - natürlich auf Kosten der Armen - gege
Franzosen, Japaner, Amerikaner und der von ihnen geschützten Schic
von korrupten Generälen und Grossgrundbesitzern.

Die Amerikaner sagen: "Vietnam interessiert uns nicht als strategi
sches Ziel und nicht einmal als politischer Stützpunkt; es interes
uns als Probe aufs Exempel...Dieser Konflikt ist typisch. Wie kann
eine Grossmacht wie die unsere ihn siegreich bestehen? Wie kann ei
Land, das über ein enormes militärisches und ein minderes politisc
Potential verfügt, an einem beliebeigen Ort über einen Gegener sie
der militärisch unterlegen aber politisch stark ist? Das ist die
Frage, vor die wir uns gestellt sehen. Es ist für uns keine Frage
Leben und Tod, wenigstens nicht hier und jetzt. Aber hier und jetz
müssen wir Methoden erlernen, mit denen wir dasselbe Problem in be
liebeigen Teilen Asiens, Afrikas und vor allem Lateinamerikas lös
können, wenn es einen Tages wirklich um Tod oder Leben geht." (s.
Kursbuch 2,S.158)

IN VIETNAM HEISST DAS HEUTE VÖLKERMORD DURCH DIE USA.

Herr Bechtoldt lässt es mit der Phrase: von der "tragischen geogra
phischen Situation" bewenden. In dieser lässigen Geste entlarvt si
die zynische Perversion von "Wissenschaftlichkeit", der sich auch
Herr Bechtoldt bedient. Nicht nur die Unterschlagung wichtiger Fa
ten (vgl. VIETNAM-INFO 1 und 2), nicht nur der autoritäre Gestus:
' Diskussion, wann ich es will', nicht nur, dass Herr Bechtoldt se
Quellen verschweigt (vgl. die SDS-Bibliographie) - sondern die v
auch von ihm als"Wissenschaft"gelieferte Trennung von Theorie und
Praxis (Politik raus aus der Uni!) ist ideologiesches Indiz:
"Zweckfreie Wissenschaft" ist nur der Deckmantel für die praktisch
Ahnungslosigkeit der Ordinarien. Daß dieses Nichtwissen unter dem
geheiligten Namen "Akademische Objektivität" unpolitisch sei, ist
weitverbreiteter Irrtum. Im Gegenteil - vergleiche Universität und
Faschismus im Dritten Reich, wo die Wissenschaft sich freiwillig z
unkritischen Instrument in der Hand der Machthaber zwangsverpflich
und missbrauchen liess - die bewusste Distanzierung ist stillschwe
gende Unterstützung der jeweils Herrschenden und ihrer Interessen.

Die Intention solcher Art von Wissenschaft besteht darin, die krit
schen Hörer in unkritische Konsumenten zu verwandeln. Damit liefer
die Universität und die an ihr gelehrte Wissenschaft das manipulat
ve Instrument [illegible], das den Herrschenden willkommenese "objek
wissenschaftliches" Alibi bereitstellt. So ist Herrn Bechtoldts
Vietnam-Vorlesung nichts anderes als eine unkritische, unwissensch
liche Parteiveranstaltung, die sich zum stillschweigenden Kompli-
zen der amerikanischen Intervention in Vietnam macht.

<u>Wir rufen alle Studenten zu einer ersten öffentlichen Vorlesungs-
rezension, (als Beginn einer Gegenvorlesung) auf.</u>

Donnerstag, 17 h c.t., Clubhaus, Raum III

Sozialistischer Deutscher Studentenbund
(SDS) Tübingen, Wilhelmstr.9o

P.S. Prof.Bechtoldt ist von uns eingeladen worden.

15.11.1967:
Der 'Rote Morgen' berichtet:"
In Ulm kam es am 15. November während einer NPD-Veranstaltung zu lauten Protesten. Polizeitrupps besetzten daraufhin die Halle und knüppelten die NPD-Gegner nieder".
Q: Roter Morgen, Hamburg Dez. 1967

15.11.1967:
An der FU Berlin soll heute das "Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze" des AStA der Uni Frankfurt vom Okt. 1967 verteilt werden.
Q: AStA FU: Kommilitoninnen und Kommilitonen!, Berlin 14.11.1967; AStA Uni: Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze, Frankfurt Okt. 1967

Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze

Der Rückzug der Hochschulen vom politischen Alltag und das Votum eines Teils der deutschen Akademiker für reaktionäre und faschistische Strömungen hat den Untergang der ersten deutschen Republik mitverschuldet. Wissenschaft, die sich den politischen Kämpfen der Zeit autoritär gegenüberstellt, gibt ihr Prinzip humanitärer Rationalität auf. Dagegen setzen wir unsere von kritischer Vernunft geleitete politische Aktion.

Seit acht Jahren strebt die Bundesregierung die Generalrevision des Grundgesetzes durch Notstandsartikel an. Als sich der Kalte Krieg zwischen den Großmächten in Europa seinem Ende zuneigte, begannen die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik, unter dem Vorwand der Vorsorge und unter Ausnutzung des berechtigten Sicherheitsstrebens der Bevölkerung, ihre großangelegte Kampagne zur Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheiten. Nur die Unruhe und die politischen Aktionen unabhängiger Kräfte haben bisher die Verstümmelung der Verfassung verhindert, die ein Bollwerk gegen jede Form der Willkürherrschaft sein soll.

Im Sommer 1965 hat der Deutsche Bundestag sieben teilweise verfassungswidrige Notstandsgesetze in scheindemokratischen Schnellverfahren beschlossen, die ein Programm der totalen Militarisierung des öffentlichen und privaten Lebens darstellen. Nur die Krise der Finanzwirtschaft hat die Realisierung dieser Pläne verzögert, die immer noch als Recht und Gesetz gelten.

Die Notstandsgesetz-Entwürfe der Großen Koalition halten an den diktatorischen und militaristischen Tendenzen fest, die schon alle früheren Vorlagen gekennzeichnet haben.

Außenpolitisch bedeuten die vorgesehenen Vorbereitungen auf einen „Zustand der äußeren Gefahr", der von den herrschenden politischen Kräften jederzeit beliebig behauptet werden kann, eine Störung der Bestrebungen zur Festigung und zum Ausbau der internationalen Beziehungen in Europa. Die Notstandsgesetze sind kein Schutz vor Kriegsgefahr, sie blockieren Friedenssicherungen.

Mit der Einrichtung eines kleinen gemeinsamen Ausschusses von Spitzenpolitikern wird die Möglichkeit geschaffen, unter Ausnutzung internationaler Krisensituationen

scheinbar legal ein Diktaturregime zu errichten. Die Entscheidung über Krieg und Frieden würde ganz und gar in diesen Exklusivzirkel verlagert.

Innenpolitisch würde die Einrichtung dieses Ausschusses die Macht der Exekutive noch mehr stärken und den Verfall kritischer demokratischer Kräfte in Öffentlichkeit und Parlament perfektionieren, weil die Information und Diskussion außen- und verteidigungspolitischer Probleme dort hinter verschlossenen Türen nach Belieben der Regierung erfolgen könnte. Es soll zulässig werden, daß der Bundestag seine Gesetzgebungsbefugnis an diesen Ausschuß abtritt und sich damit selbst völlig entmachtet, wie es die letzte Volksvertretung von Weimar mit dem Ermächtigungsgesetz im März 1933 getan hat, mit dem die faschistische Machtergreifung den Schein der Legalität erhielt. Schließlich soll der gemeinsame Ausschuß sogar von sich aus die Gesetzgebungsbefugnis des Parlaments übernehmen können, wenn es beschlußunfähig ist; die Existenz der Volksvertretung wird damit den jeweiligen Interessen eines Teils der Abgeordneten ausgeliefert.

Der Hauptstoß der Notstandsgesetze richtet sich gegen die große Masse der abhängig arbeitenden Bevölkerung und gegen ihre Interessenvertretung. Schon in Friedenszeiten soll eine Arbeitsdienstpflicht ermöglicht werden, die den verpflichteten Arbeitern und Angestellten das Streikrecht nimmt und damit ihre gewerkschaftliche Vertretung entmachtet. Zudem soll jene herrschende Rechtsprechungspraxis, die in zwanzig Jahren fortschreitender Aushöhlung der aktiven demokratischen Kraft der Gewerkschaften zur Einengung des Streikrechts geführt hat, nun auch noch verfassungsrechtlich zementiert und damit die Streikfreiheit willkürlich eingeschränkt werden.

Sogar das Militär soll in innenpolitischen Auseinandersetzungen gegen die Bevölkerung eingesetzt werden können. Den wahren Zweck der Notstandspläne hat der Innenminister in ungenierter Offenheit enthüllt: Der Staat müsse für den Augenblick gerüstet werden, in dem die „Sonne der Konjunktur" nicht mehr scheine.

Diesem System der Notstandsrüstung der Gewalt entspricht die Herbeiführung tatsächlicher Notstände durch die Notstandsplaner selbst. Am 2. Juni ist der Notstand der Demokratie erschreckend deutlich geworden. Der Aufmarsch eines Heeres von Polizeikräften beim Besuch des persischen Diktators und die von der verselbständigten Exekutive Westberlins provozierte Erschießung unseres Kommilitonen Benno Ohnesorg haben zuletzt unzweideutig gezeigt, daß Teile des Establishments schon heute die Legalität verlassen, wenn das die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft erfordert.

Gleichzeitig werden die sich verschärfenden wirklichen Notstände auf vielen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens geleugnet oder verschleppt. Schon heute bedroht ein wachsender Bildungsnotstand die Zukunft unserer Gesellschaft, ohne daß in absehbarer Zeit Abhilfe zu erwarten wäre. Die Auswirkungen der Wirtschaftsrezession werden auf die sozial schwachen Gruppen abgewälzt.

In Griechenland hat ein Militärputsch die durch freie Wahlen bevorstehende Ablösung der für den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Notstand des Landes Verantwortlichen verhindert. Auch jene Putschisten versuchten, ihrem Gewaltstreich durch Berufung auf Notstandsartikel den Anschein der Legalität zu geben.

Die Notstandspläne der Bundesregierung sind darauf angelegt, in Krisensituationen den Weg der Gewalt zu weisen.

In Solidarität mit allen Gegnern der Notstandsverfassung und mit den Gewerkschaften fordern wir deshalb die Ablehnung des verfassungsändernden Notstandsentwurfes und die Rücknahme der bereits verabschiedeten „einfachen" Notstandsgesetze.

WIR ERKLÄREN:

Wir werden bei den nächsten Wahlen zum Deutschen Bundestag keinem Abgeordneten unsere Stimme geben, der für diese Verfassungsänderung stimmt. Wir rufen alle Demokraten auf, dies den Parteien und Abgeordneten unmißverständlich zu erklären.

Politisches Referat des AStA Frankfurt am Main — Im Oktober 1967

Folgende Vertreter der Studentenschaft haben dieses Manifest bisher unterschrieben:

Klaus R. Allerbeck, BV des LSD, Bonn
Elmar Altvater, 8 München 54, Karlingerstraße 49
Harald Bichel, SHB Karlsruhe, PH Karlsruhe
H. J. Birkholz, AStA Frankfurt, Vorsitzender
Dietrich Bruhn, Polit. Ref., Bonn
Winfried Bux, Studentenrat, PH Schwäb. Gmünd
Günther Dengel, TH München, AStA-Vorsitzender
Rudi Dutschke, Berlin
Wolfgang Eßbach, AStA-Vorsitzender, Göttingen
Gerd Försch, Landesverband VDS Niedersachsen
A. Gabler, AStA-Vors., PH Karlsruhe
Hartmut Häußermann, AStA-Vors., FU Berlin
Volker Haubitz, VDS, AStA-Vors., MU-HO Köln
Henning Hansen, AStA-Vors., PH Dortmund
Wolf-Dieter Hasenclever, AStA-Vors., Freiburg
Joachim Heimbucher, H. f. Gestaltung, Ulm
Edo Hofland, AStA-Vors., Mainz, Auslands- und Dolmetscherins.
Wolfdietrich Huy, 2. BV der HSU Marburg
N. Jankowski, AStA-Vorstand Hamburg
Siegfried Krame, AStA-Vors., PH Lüneburg
Klaus Kreppel, Polit. Ref., Frankfurt am Main
Wolfgang Lefèvre, Berlin
Erdmann Linde, BV des SHB, Bonn
Wolfgang Motzkau, ESGiD, Bonn
Joachim Münster, HSU-HG-PH Karlsruhe
Rolf Naschke, G.S.F. Ref., Aachen
Dieter Oelschlaegel, AStA-Vorsitzender PH Berlin
Bjorn Pätzoldt, AStA- Vorstand, Hamburg
Manfred Pflitsch, AStA-Vorsitzender HFBK Berlin
Rolf Pohle, AStA-Vorsitzender München
Dietrich Rockstroh, AStA-Vors. d. PH Heidelberg
Burkhard D. Schirmer, Stv. Vors. d. AStA Gießen
Rainer Silkenbeumer, AStA-Vors. d. PH Hannover
Bernhard Späth, AStA-Vorsitzender des AStA der PH Weingarten
Karsten D. Voigt, Frankfurt am Main
Karl D. Wolff, SDS-Bundesvorstand

Bisher haben das Hochschulmanifest gegen die Notstandsgesetze unterzeichnet:

Prof. Dr. W. Abendroth, Marburg
Prof. Dr. F. Alten, Hannover
Prof. Dr. L. Alsdorf, Hamburg
Prof. Dr. K. O. Frh. v. Aretin, Darmstadt
Prof. Dr. Hans Albert, Heidelberg
Prof. Dr. M. Ashworth, Saarbrücken
Prof. Dr. E. Brenner, München
Prof. Dr. A. Beiß, Braunschweig
Prof. Dr. W. Buckel, Karlsruhe
Prof. Dr. G. Brauer, Freiburg
Prof. Dr. Annemarie Christiansen, Reutlingen
Prof. Dr. R. Döcker, Stuttgart
Prof. Dr. D. von Denffer, Gießen
Prof. Dr. L. Dussler, München
Prof. Dr. H. Dinges, Frankfurt am Main
Prof. Dr. R. Furch, Tübingen
Dr. R. Führer, Assist., München
Prof. Dr. E. Fels, München
Prof. Dr. H. Freund, Kiel
Prof. Dr. Klara M. Faßbinder, Bonn
Prof. Dr. W. Fabian, Frankfurt am Main
Prof. Dr. W. Gerstenberg, Tübingen
Prof. Dr. K. Gerth, Hannover
Prof. Dr. W. Gleissberg, Frankfurt am Main
Prof. Dr. J. L. Gampp, Karlsruhe
Prof. Dr. W. Grünewald, Bayreuth
Prof. Dr. R. Gutbier, Stuttgart
Prof. Dr. H. Glockner, TH Braunschweig
Prof. Dr. K. Günther, FU Berlin
Prof. Dr. G. Gollwitzer, Stuttgart
Prof. Dr. H. Grisebach, Freiburg
Prof. Dr. H. M. Heinrichs, Berlin
Prof. Dr. H. J. Heydorn, Frankfurt am Main
Prof. Dr. R. Hoppe, Gießen
Prof. Dr. H. Haffner, Würzburg
Prof. Dr. K. Heckmann, München
Prof. Dr. H. Heyse, Göttingen
Prof. Dr. T. Herrmann, Braunschweig
Prof. Dr. E. Hückel, Marburg
Prof. Dr. K. Heitmann, Marburg
Prof. Dr. W. Jaenicke, Erlangen
Prof. Dr. H. R. Jauß, Konstanz
Dr. Gernot Koneffke, Frankfurt am Main
Prof. Dr. K. Kreeb, Stuttgart
Prof. Dr. L. Kohl-Larsen, Lindau
Prof. Dr. K. Kolle, München
Prof. Dr. W. Kramp, Berlin
Prof. Dr. P. Karlson, Marburg
Prof. Dr. K. Krejci-Graf, Frankfurt
Prof. Dr. H. Kremers, Kettwig
Prof. Dr. E. Köhler, Heidelberg
Prof. Dr. A. von Kügelgen, Kiel
Prof. Dr. W. Koch, München
Prof. Dr. G. Kinzer, München
Prof. Dr. K. Krickeberg, Heidelberg
Prof. Dr. R. W. Kaplan, Frankfurt am Main
Prof. Dr. H. G. von Klöden, Hannover
Prof. Dr. A. König, Kiel
Prof. Dr. D. Laugwitz, Darmstadt
Prof. Dr. W. Leibbrand, München
Priv. Doz. Dr. Annemarie Leibbrand-Wettley, München
Prof. Dr. P. H. List, Marburg
Prof. Dr. H. Möller, München
Prof. Dr. E. Meyer, Saarbrücken
Dr. K. Meschkat, Berlin
Prof. Dr. G. Müller, Heidelberg
Prof. Dr. H. Michler, Gießen
Prof. Dr. Hans Mayer, Hannover
Assistent Claus Offe, Frankfurt am Main
Prof. Dr. P. Pitzen, Grünwald
Prof. Dr. Helge Pross, Gießen
Prof. Dr. P. Pulewka, Tübingen
Prof. Dr. Renate Riemeck, Freiburg
Prof. Dr. H. Reiher, Stuttgart
Prof. Dr. H. Ridder, Gießen
Prof. Dr. H. Rothe, Karlsruhe
Prof. Dr. A. Roedig, Würzburg
Prof. Dr. J. Raabe, München
Prof. Dr. H. Rasch, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Maria Schug-Kösters, München
Prof. Dr. W. Scheidt, Lindau
Dr. Jürgen Seifert, Akad. Rat Frankfurt am Main
Prof. Dr. D. Seckel, Heidelberg
Prof. Dr. L. Steinberger, München
Prof. Dr. F. P. Schneider, Würzburg
Prof. Dr. E. Schomburg, Hannover
Prof. Dr. K. Schlechta, Darmstadt
Prof. Dr. R. Sanner, Bielefeld
Prof. Dr. A. Unsöld, Kiel
Prof. Dr. W. Vogel, Bonn
Prof. Dr. F. Vonessen, Freiburg
Prof. Dr. W. Wagenfeld, Stuttgart
Prof. Dr. O. Walger, Karlsruhe
Prof. Dr. E. Weigelin, Bonn
Prof. Dr. Gertrud Weismantel, Frankfurt am Main
Prof. Dr. H. Wilbrandt, Göttingen
Prof. Dr. K. E. Wohlfarth-Botermann, Bonn
Prof. Dr. K. Wildermuth, Tübingen
Prof. Dr. K. Wezler, Frankfurt am Main
Prof. Dr. K. Ziegler, Göttingen

Mit dem Text dieses Manifestes erkläre ich mich einverstanden.

Name _____

Anschrift _____

15.11.1967:
An der FU Berlin gibt der Hauptwahlleiter vermutlich Mitte dieser Woche das Flugblatt "Endgültig" heraus, zur Frist für die Kandidatur für den Konvent.
Q: FU-Hauptwahlleiter: Endgültig, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

ENDGÜLTIG

letzter Termin

für Kandidatenmeldungen

FREITAG 17. Nov.

17 h

Verlängerung bis 19. Nov. ist eine Fehlinformation

Christian Müller
Hauptwahlleiter

15.11.1967:
An der TU Berlin werden vermutlich Mitte dieser Woche zu den Wahlen zum Studentenparlament (StPW) "Informationen für Kandidaten" und auch für Wahlhelfer veröffentlicht. Enthalten sind auch "Einige Fragen an die Kandidaten", die auch separat in leicht veränderter Fassung als "Fragen-Katalog" verbreitet werden.
Q: TU-Hauptwahlleiter: Informationen für Kandidaten, O. O. (Berlin) O. J. (1967); N. N.: Fragen-Katalog, O. O., (Berlin) O. J. (1967)

I N F O R M A T I O N E N für K A N D I D A T E N

Nach § 5.6 ist der Hauptwahlleiter verpflichtet, die Kandidatenlisten zu veröffentlichen. Dies soll in Form einer Wahlzeitung geschehen, in der der Kandidat die Gelegenheit hat, sich dem Wähler durch 1.) BILD
2.) TEXT vorzustellen.

ad 1) Von jedem Kandidaten benötigt die Druckerei das Negativ eines Paßbildes. Um den Kandidaten Kosten zu sparen, habe ich veranlaßt, daß sich am

Dienstag, 21.11.67 von 16.oo - 18.oo Uhr
Donnerstag, 23.11.67 von 15.oo - 18.oo Uhr
Freitag, 24.11.67 von 17.-19.oo Uhr

ein Fotograph im F a c h s c h a f t s r a u m der Studentenvertretung (Raum 2136) bereithält, um die Kandidaten kostenlos zu fotographieren.

Bitte beachten Sie: Schluß der Kandidatenliste
Sonnabend, 25.11.67 um 12.oo Uhr

ad 2) Der Kandidat sollte sich zur Person äußern:

a) Lebensalter
b) Semesterzahl
c) Studienrichtung
d) Zugehörigkeit zu einer Partei oder politischen Hochschulgruppe

Weiter wäre es wünschenswert, wenn Sie zu folgenden Fragen in Ihrem Text Stellung nehmen: (Ich verweise ebenso auf das Plakat "Neuwahlen", "Kandidieren Sie?", auf dem bereits einige Fragen formuliert wurden.)

Ausdrücklich sei bemerkt, daß es dem Kandidaten überlassen bleibt, zu welchen Problemen er Stellung nehmen will.

- bitte wenden -

Einige Fragen an die Kandidaten:

Kennen Sie die Möglichkeiten der Mitsprache und Mitbestimmung, die de Hochschulgesetzentwurf von Senator Stein der Studentenschaft bietet?

Halten Sie die vorgesehene Regelung für ausreichend?

Halten Sie die Formulierungen des § 17 für eindeutig genug?

Wie stehen Sie zu dem Verteilerschlüssel 1:1:1 in den akademischen Gremien?

Ist der Versicherungsbeitrag von 96,-- DM für die DSKV der sozialen Lage des Studenten angemessen?

Welche Maßnahmen würden Sie empfehlen, falls wichtige Vorstellungen der Studentenschaft im endgültigen Gesetz nicht berücksichtigt werden

Werden Sie sich für den Status der Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts einsetzen, entgegen den Vorstellungen des § 1 des HGE?

Befürworten Sie die Stellung des Rektors nach § 6.5 HGE in Verbindung mit § 4.2 HGE?

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den Vorgängen in der Dritten Welt, unserer industrialisierten Gesellschaft und den Hochschulen?

Halten Sie die Zwangsexmatrikulation für ein Mittel der Studienreform?

Darf der Vorlesungsbetrieb in der heutigen Form beibehalten werden?

Sehen Sie in den Notstandsgesetzen auch eine Gefahr für die Universität?

Sind Demonstrationen sinnvoll?

Ist die Forderung nach Wertfreiheit der Wissenschaften unpolitisch?

Was ist ein teach-in?

Haben Sie die Universitätstage der TU-Studentenschaft besucht?

Glauben Sie, daß die Aufgabenstellung der Universität eine Demokratisierung zuläßt?

Wie stehen Sie zu der Charta des VDS von 1962?

Sind Sie über den Stand der Arbeiten in Ihrer Fachschaft informiert?

Hat unser Humanistisches Studium den notwendigen gesellschaftspolitischen Bezug?

Meinen Sie, daß die Kritische Universität diesen notwendigen gesellschaftspolitischen Bezug herstellt?

NAME: ..... VORNAME: ....

Geburtsdatum: ..... Matrikel-Nr. .....

Anschrift: 1 Berlin .....

Telefon: ....

TEXT (ca 150 - 200 Worte)

Datum: ....

....

Unterschrift

Anweisung für die Wahlhelfer:

1.) die Wahlzeitungen aller Fachschaften haben auszuliegen (ohne handschriftliche Zusätze)

2.) die Wahlordnung hat auszuliegen

3.) der Studentenausweis des Wählers muß kontrolliert werden und folgende Merkmale aufweisen:

a) Semesterstempel

Wintersemester
1967/68
zugelassen

b) Der Wahlstempel darf noch nicht vorhanden sein.

4.) Sind diese Merkmale vorhanden, erhält der Wähler einen Stimmzettel seiner Fachschaft.

5.) In den Studentenausweis neben dem Semesterstempel den Wahlstempel / W / drücken.

6.) Hat der Studnntenausweis den Urlaubsstempel

beurlaubt
Wintersemester
1967/68

so erhält der Wähler keinen Stimmzettel. Bitte verweisen Sie ihn dann in die Wahlleitung im Seminarraum der Studentenvertretung, Hauptgebäude-Nordflügel Zi. 2129 Tel. 9

Bei Unstimmigkeiten bitte die Wahlleitung benachrichtigen:
Heinrich Schiffer, Seminarraum der Studentenvertretung
Straße des 17. Juni 135
Tel. 31 07 81 App. 989,964 oder 441

Falls Sie sich als Wahlhelfer zur Verfügung stellen wollen, tragen Sie sich bitte in die im Seminarraum ausliegenden List ein!

gez. Heinrich Schiffer
(Hauptwahlleiter)

F R A G E N - K A T A L O G

Kennen Sie die Möglichkeiten der Mitsprache und Mitbestimmung, die der Hochschulgesetzentwurf von Senator Stein der Studentenschaft bietet?

Halten Sie die vorgesehene Regelung für ausreichend?

Halten Sie die Formulierungen des § 17 für eindeutig genug?

Wie stehen Sie zu dem Verteilerschlüssel 1:1:1 in den akademischen Gremien?

Ist der Versicherungsbeitrag von 96,-- DM für die DSKV der sozialen Lage des Studenten angemessen?

Welche Maßnahmen würden Sie empfehlen, falls wichtige Vorstellungen der Studentenschaft im endgültigen Gesetz nicht berücksichtigt werden?

Werden Sie sich für den Status der Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts einsetzen, entgegen den Vorstellungen des § 14 des HGE?

Befürworten Sie die Stellung des Rektors nach §,6,5 HGE in Verbindung mit §4,2 HGE?

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den Vorgängen in der Dritten Welt, unserer industrialisierten Gesellschaft und den Hochschulen?

Halten Sie die Zwangsexmatrikulation für ein Mittel der Studienreform?

Darf der Vorlesungsbetrieb in der heutigen Form beibehalten werden?

Sehen Sie in den Notstandsgesetzen auch eine Gefahr für die Universität?

Sind Demonstrationen sinnvoll?

Ist die Forderung nach Wertfreiheit der Wissenschaften unpolitisch?

Was ist ein teach-in?

Haben Sie die Universitätstage der TU-Studentenschaft besucht?

Glauben Sie, daß die Aufgabenstellung der Universität eine Demokratisierung zuläßt?

Wie stehen Sie zu der Charta des VDS von 1962?

15.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) berichtet von den Folgen der Rektoratsfeier (vgl. 14.11.1967, 16.11.1967), dass der Rektor Ehrlicher eine Pressekonferenz gebe und dort drei Gruppen studentischer Störer unterscheide:"
1. Jene Studenten, die auf den Umsturz unserer Gesellschaft abzielen; 2. jene, die dem 'Initiativ-Ausschuß' angehören. Sie hätten eine Aversion gegen das Establishment und gegen jede weitere Autorität; 3. jene, die auf Grund der Studienbedingungen in ihrer latenten Bereitschaft geschickt manipuliert worden seien mitzumachen.". Prof. Spuler habe ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt.

Am Abend findet eine öffentliche Diskussion zwischen Studenten sowie Rektor Ehrlicher und den Professoren Borck, Gäffgen und Weiss statt, die für die Studenten unbefriedigend bleibt und am nächsten Tag fortgesetzt werden soll.
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 5

15.11.1967:
An der Universität Köln erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Warum Streit mit dem Kanzler?" der Aktion 67 - Arbeitsgemeinschaft für aktive Hochschulpolitik zum Streit um den KVB-Beschluß des Studentenparlaments. Vorgestellt werden die eigenen Kandidaten für die Studentenparlamentswahlen (StPW) vom 13. bis 15.12.1967.
Q: Aktion 67: Warum Streit mit dem Kanzler?, O. O. (Köln) O. J. (1967)

AKTION 67

Arbeitsgemeinschaft für aktive Hochschulpolitik

INFORMATION + INFORMATION + INFORMATION + INFORMATION + INFORMATION + INFORMA

Warum Streit mit dem Kanzler ?

AKTION 67 begrüßt die Vollversammlung, weil hier die Studentenschaft in aller Öffentlichkeit Gelegenheit hat, Gründe und Hintergründe der Krise zu diskutieren.
Sieht man von allen persönlichen Querelen - Strafandrohungen, Pressekonferenzen etc. - ab, so sind dies die Tatsachen:

1) Der Kanzler hat unberechtigterweise durch seine Drohung mit Schadensersatzprozessen wegen des KVB-Beschlusses in die Willensbildung des Studentenparlaments eingegriffen.
2) Der Kanzler hat dem Asta-Vorsitzenden in einer wichtigen Angelegenheit bewußt die Unwahrheit gesagt.
3) In der Wohnheim-Frage hat der Kanzler dem Studentenparlament und der Studentenschaft die Reife abgesprochen, in solchen Fragen mitentscheiden zu können.

Wie hat die offizielle Studentenvertretung darauf reagiert?

1) Sie hat den Eingriff in die Studentische Selbstverwaltung zurückgewiesen und Rektor, Senat und Kultusminister angerufen.
   Dieses Vorgehen war richtig.
2) Darüber hinaus ist ein Sonderdruck der "perspektiven" erschienen, in dem neben sachlichen Beiträgen auch das "Gutachten" eines "renommierten" Diplom-Psychologen abgedruckt war.
   Mit diesem "Gutachten" wurde die Ebene einer sachlichen Auseinandersetzung verlassen und ausschließlich in unseriöser Weise auf die Person des Kanzlers abgestellt.
   AKTION 67 billigt nicht die Ansicht des Kanzlers, ist aber der Meinung, daß mit diesem "Gutachten" den besseren Argumenten der Studenten ein schlechter Dienst erwiesen wurde. Mit diesem

taktlosen Vorgehen wurde u.a. verhindert, daß auch viele Professoren sich in der Sache auf die Seite der Studentenschaft stellten. Erreicht wurde bei den Professoren nur eine negative Solidarisierung mit dem Kanzler gegen die Studentenvertretung. Eine gute Chance wurde so leichtfertig vertan. AKTION 67 bedauert, daß sich Rektor und Senat bisher nicht mit den sachlichen Vorwürfen der Studentenschaft gegen den Kanzler befaßt haben, obwohl der Streit schon seit Monaten besteh

3) SDS, SHB, LSD und HSU haben in Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit ein gemeinsames Flugblatt ausgegeben, in dem der Rücktritt des Kanzlers gefordert wird.
Obwohl AKTION 67 nicht verkennt, daß es nicht nur um juristische sondern auch um politische Fragen geht, ist die Rücktrittsforderung maßlos und wirklichkeitsfremd.

4) Mit Beschimpfungen des Kanzlers wie "erzreaktionärer Schelm" (SDS-Bubenberger) und "Exponent reaktionärer Bürokratie" (SDS-Simon) disqualifiziert man sich nur selbst und fällt den Studenten, die man angeblich vertreten will, in den Rücken.

KONSEQUENZEN : In dieser Situation braucht die Kölner Studentenscha Studentenvertreter, die hart, aber sachlich die Freiheit der Student schen Selbstverwaltung verteidigen, nicht aber unüberlegte Eiferer, die letztlich doch nicht zu ihren großen Reden stehen können.
AKTION 67 wird Ihnen bei der Wahl zum 13. SP vom 11. - 15. Dezember geeignete Studentenvertreter vorschlagen.
Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Ihre Kandidaten der AKTION 67

WiSo-Fak.:	Thomas Koester, Karin Krieger, Christoper Mahembe, Gerhard Seinsche, Jörg Staufenbiel, Victor Stier
jur. Fak.:	Hubertus Kretschmer, Franz-Georg Rips, Joachim Weiler
phil.Fak.:	Jürgen Eberle, Manfred Hoss, Helmuth Kluger, Christoph Peck
med. Fak.:	Erwin Esch, Rolf Keymer, Arend Rahner, Gottfried Schnell
math-nat.Fak.:	Felicitas Allweins, Dieter Kleinofen, Wilma Weyrather, Aurobindo Xavier

16.11.1967:
An der FU Berlin gibt der Wahlkreisleiter der Studentenvertretung der Math.-Nat. Fakultät das Flugblatt "Sind Sie im 2. Studiensemester?" heraus, das zur Kandidatur für den Konvent auffordert.
Q: Math.-Nat. Fakultät-SV-Wahlkreisleiter: Sind Sie im 2. Studiensemester?, Berlin 16.11.1967

EOFO 2

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Studentenvertretung
Math.-Nat. Fakultät
-Der Wahlkreisleiter-

1 Berlin 33, den 16.11.67
Hüninger Str. 44
Tel.: 76 90 3344

Sind Sie im 2. Studiensemester? 1)

Wollen Sie im nächsten Jahr neben Ihrem anstrengenden Studium auch Kenntnisse und Erfahrungen im Umgang mit Menschen sammeln?

Wollen Sie, daß es an Ihrer Universität demokratisch zugeht ?

Wollen Sie so studieren, daß es Ihnen auch Spaß und Freude bereitet?

Ja? DANN SOLLTEN SIE KANDIDIEREN ! 2)

Wollen Sie, daß der Rektor bestimmt, wer Sie vertritt ? 3)

Möchten Sie in einer Stadt und an einer Universität studieren, wo A.C. Springer unwidersprochen zum Progrom hetzen darf? 4)

Möchten Sie, daß an der FU Friedhofsruhe einzieht und alte Herren (etablierte Autoritäten) bestimmen, wofür Sie demonstrieren dürf

Wollen Sie den Konvent arbeitsunfähig machen und dazu beitragen, daß alle Übergriffe schweigend erduldet werden ?

Ja ? DANN SOLLTEN SIE NICHT KANDIDIEREN

1) § 6 Abs. III. der Satzung der Studentenschaft bestimmt: "Das passive Wahlrecht haben diejenigen Studenten, die mindestens im zweiten Studiensemester stehen, mit Ausnahm der Studenten, deren Zugehörigkeit zur Studentenschaft vo Ablauf der Wahlperiode endet."

3) Rektor Lieber in einem während der Urabstimmung verteilte Flugblatt: "Wenn die Studentenschaft den Konventsbeschluß verwirft, ...(also den Studentenvertretern das Mißtrauen ausspricht)... - dann aber auch nur dann - wäre der Weg frei von Disziplinarverfahren,-..,abzusehen."

2) Den umseitig abgedruckten Kandidatenmeldebogen können Sie bis morgen (17.11.) im Konventsbüro, Garystr.20 oder bei mir (Adresse siehe Kopf) abgeben.

4) BILD forderte am 14.12.66: "Polizeihiebe auf Krawallköpfe um den möglicherweise doch vorhandenen Grips locker zu machen".

5) Sollten Sie mit dem politischen Teil dieses Flugblattes nicht einverstanden sein, so kann ich Ihnen nur empfehlen zu kandidieren.

gez. Hans Gellhardt
-Wahlkreisleiter -

Ich erkläre hiemit meine Kandidatur für die Wahlen zum
20.Konvent der Freien Universität Berlin

im Wahlkreis .....
(Fakultät)

Bitte deutlich schreiben!

Name:..... Geb.Datum:.....
Vorname:..... Geb.Ort:.....
Wohnung:..... Matrikel.Nr.:.....
..... Semesterzahl:.....
Telefon:..... Immatrikuliert am:.....
Fachrichtung:.....

....
(eigenhändige Unterschrift)

Erfroderlich: 2 Bilder á 7/10; weiß/glänzend/hart

Fragen, um deren Beantwortung für die Wahlzeitung alle Kandidaten
für die Wahlen zum 20.Konvent gebeten werden:

1. Name und Vorname:.....
2. Alter (in Jahren):.....
3. Semesterzahl:.....
4. Fakultät:..... Fachrichtung:.....
5. Gehören Sie einer studentischen Gemeinschaft oder Verbindung an
.....

5a)Wenn ja, welcher? .....

Kurzgefaßter Lebenslauf mit besonderer Berücksichtigung eventueller
früherer Mitarbeit in der Studentenvertretung und Ihrer Anregungen
und Vorstellungen für die Arbeit des 20. Konvents.
(Länge allerhöchstens 10 Schreibmaschinenzeilen)

16.11.1967:
An der FU Berlin gibt der Geschäftsführende Direktor des OSI, Prof. Schwan, das Flugblatt "Zum Vorgehen der 'Ac-hoc-Gruppe'" heraus, zu deren Flugblatt zu Löwenthal und ihren drei Papers zur Studienreform.
Q: Schwan, Alexander: Zum Vorgehen der 'Ac-hoc-Gruppe', Berlin 16.11.1967

CTTC - SUHR - INSTITUT
Der Geschäftsführende Direktor
Prof. Dr. Alexander Schwan

Berlin, den 16. Nov. 1967

ZUM VORGEHEN DER "AD - HOC - GRUPPE"

In den letzten Tagen haben die "Ad-hoc-Gruppe" bzw. einige ihrer Mitglieder drei Studienreform-papers und ein gegen Herrn Prof. Löwenthal gerichtetes Flugblatt veröffentlicht. Ohne die darin vorgebrachte Kritik pauschal verwerfen zu wollen, möchte ich doch klarmachen, dass einige von der Ad-hoc-Gruppe gewählte und in den Flugblättern zum Ausdruck kommende Praktiken aufs äusserste verwundern müssen und alle Angehörigen des Otto-Suhr-Instituts, nicht zuletzt die Studierenden, bedenklich stimmen sollten.

Ich frage:

- Wie kann es geschehen, dass der Stellvertretende Ältestenratsvorsitzende, Herr Schweichel, in missbräuchlicher Ausnutzung der schweren Erkrankung des 1. Fachschaftssprechers sich herausnimmt, für die Fachschaft zu sprechen und in ihrem Namen Herrn Löwenthal in ungehörigem Ton anzugreifen und sich solidarisch mit der "Kritischen Universität" zu erklären?

- Was geht vor sich, wenn die Ad-hoc-Gruppe auf Vorschlag der Fachschaft und auf meine Einladung vier (statt zwei) ihrer Mitglieder zu einer Hearing mit der Paritätischen Kommission entsendet, bei dem sich ergibt, dass die Situation bezüglich der Weiterbehandlung der vorgelegten neuen Prüfungsordnung noch völlig offen ist, und dann andere Mitglieder im Namen der ganzen Ad-hoc-Gruppe ein "Studienreform-paper (No. 3) unterzeichnen, in dem der Paritätischen Kommission Praktiken und Absichten unterstellt werden, über deren Unrichtigkeit die vier abgesandten Mitglieder die Gruppe hätten informieren können, und in dem gegen die Prüfungsordnung in einer Weise polemisiert wird, als hätte es das Hearing nie gegeben? Wer kann da noch als verantwortlicher Gesprächspartner gelten, mit dem wir uns auseinandersetzen könnten?

- Warum weichen die "papers" immer noch einer inhaltlichen, detaillierten und begründeten Kritik der vorgelegten neuen Prüfungsordnung (mit konkreten Belegen für die Behauptung, dass sie keine wesentlichen Verbesserungen bringe) aus, obwohl meine Kollegen und ich in einer Besprechung am Freitag, dem 10.11., und während des erwähnten Hearings - beide von jeweils 2 1/2 Stunden - wiederholt und nachdrücklich dazu aufgefordert haben? Wir haben versichert, dass wir eine solche konkrete und begründete Kritik ernsthaft prüfen und uns mit ihr konfrontieren würden. Stattdessen hören wir immer wieder nur pauschale und vage Anschuldigungen und Verurteilungen. Wohl noch nie ist im CSI von studentischer Seite so grundsätzliche Kritik so naiv, unvorbereitet, unspezifiziert, anmassend und bar aller Selbstkritik vorgebracht worden. Wie sollen wir diese Haltung als Basis einer Auseinandersetzung akzeptieren, in der jede Seite klare Vorstellungen unterbreiten, sich aber auch infragestellen lassen muss?

- Wieso startet die Ad-hoc-Gruppe eine Fragebogenaktion über die Studienbedingungen am OSI, ohne sich mit denjenigen von uns in Verbindung gesetzt zu haben, die sich - auf Antrag dieser Gruppe - bereit erklärten,

eine Übung zu diesem Thema im kommenden Semester durchzuführen? Für diese Übung müsste die Fragebogenaktion Material erbringen. Ist man an der Realisierung eigener Vorschläge vielleicht nicht mehr interessiert, sobald wir positiv darauf eingegangen sind? Ich frage nach den Verantwortlichen für Planung, Durchführung und Kontrolle solcher Untersuchungen.

Angesichts der genannten Beispiele für Verfahrensarten der Ad-hoc-Gruppe stellt sich die grundlegende Frage, ob diese Gruppe ihre Kritik substantiell und in konstruktiver Absicht oder vage, hinhaltend und in destruktiver Tendenz vorbringen will. Von der Beantwortung dieser Frage und ihres Erweises in der Praxis wird abhängen, wie positiv oder negativ diese Kritik zu würdigen ist und ob Folgerungen aus ihr gezogen werden können. Erst wenn hierüber mehr Klarheit gewonnen werden kann, vermögen wir weiter inhaltlich mit der Gruppe zu diskutieren. Ebenso wie wir tragen auch alle Studenten des CSI Verantwortung dafür, diese Frage zu prüfen und entsprechend aktiv zu werden. Das Otto-Suhr-Institut ist nicht nur Sache der Professoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Ad-hoc-Gruppe, sondern Ihrer aller Angelegenheit!

Prof. Dr. Alexander Schwan

16.11.1967:
Der SHB an der TU Berlin lud mit einem Flugblatt in einer Auflage von 1 000 Stück ein zu seinem Vortrags- und Diskussionsabend mit Knut Nevermann zum Thema "Student in Berlin" im Studentenhaus am Steinplatz.
Q: SHB TU: Kommilitoninnen und Kommilitonen!, Berlin O. J. (1967)

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

SOZIALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND
Gruppe an der TU Berlin

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Mit Ihrer Immatrikulation sind Sie Mitglied einer Studentenschaft geworden, deren politischer Anspruch in der Öffentlichkeit bisweilen zwar geleugnet, deren politisches Handeln aber registriert und als Politikum anerkannt wird, auch wenn es sich den Anschein des Apolitischen gibt.

Daß Hochschulpolitik gesellschaftspolitisch bedingt ist, ja daß echte hochschulpolitische Verbesserung einhergehen muß mit Veränderungen und neuen Denkprozessen in der Gesellschaft, wurde Berliner Studenten oft schmerzhaft bewußt gemacht durch die Verquickung politischer Instanzen mit autoritären Hierarchien der Universität und mit der "öffentlichen Meinung" als Reaktion auf studentische Aktivitäten der letzten Semester.

Fehlte diesem Bewußtsein am Anfang dieses Jahres noch die breite Resonanz in der Studentenschaft der TU, so griff sie nach den Ereignissen des 2. Juni auf einen wirklich repräsentativen Teil der Studenten, der Assistenten und sogar auf einige Professoren über. Wenn auch der ereignisbedingte Elan inzwischen nachgelassen hat, zwingen doch die dadurch aufgerissenen und durch den Hochschulgesetzentwurf akut gemachten Probleme zu einer Lösung.

Wesentliche Träger dieser Entwicklung sind die politischen Studentenverbände, deren Gewicht zwangsläufig steigen muß. Wenn Sie also in der Zukunft bei Veränderungen unserer Hochschulstruktur mitbestimmen wollen, sollten Sie sich über die derzeitige hochschulpolitische Arbeit der politischen Studentengruppen informieren.

Der SHB an der TU lädt Sie zu einem Vortrags- und Diskussionsabend ein:

Knut Nevermann:

S t u d e n t i n B e r l i n .

am Donnerstag, den 16. November 1967 um 19.30 Uhr in der Teestube des Studentenhauses am Steinplatz (Alte Mensa)

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

16.11.1967:
Der AStA der Universität Göttingen gibt seine 'Göttinger Nachrichten' (GN) Nr. 6 (vgl. 2.11.1967, 5.12.1967) heraus mit dem Leitartikel "Ärger mit dem Wahlrecht. Kompromiß zwischen Studentenrat und Senat?".

Weitere Artikel sind:
- "Bissig, Demagogisch, Faschistisch?" zur Kritik an den GN;
- "Die Professoren zogen aus. Hamburg zeigte wie man es machen könnte" zur Rektoratsfeier am 9.11.1967;
- "Kultusminister soll den Studentenrat bremsen" zum RCDS und den Korporationen;
- "Senat geht auf Reformkurs";
- "gn fragt Dekane zur Mitbestimmung";
- "was die Hochschulgruppen meinen: RCDS und politisches Mandat";
- "Der AStA antwortet: Notstand und Studentenpolitik";
- "Soziale und sexuelle Probleme";
- "Mao und die Göttinger Polizei" zum Verkauf der Mao-Bibel im Ausgangsflur der Nord-Mensa;
- "Disqualifiziert?" zur Ablehnung Mützelburgs im Rechtspflegeausschuß;
- "Meinungsfreiheit an der Universität- Eine Erklärung der Herausgeber des 'Politikon'";
- "'Durchgangsstadium zum Klassenkampf'. Kritische Universität in Berlin, Hamburg und Münster";
- "Hierarchie und Mitbestimmung"; sowie
- Leserbriefe.

Q: Göttinger Nachrichten Nr. 6, Göttingen 16.11.1967

16.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) berichtet von den Folgen der Rektoratsfeier (vgl. 15.11.1967, 17.11.1967), dass heute die 228. Sitzung des StuPa zugunsten einer Podiumsdiskussion mit dem Rektor Ehrlicher, den Dekanen Carstensen (phil.), Lohff (theol.) und Gollnick (WiSo) sowie den Professoren Borck, Gäfgen, Roemer, Schmidhäuser und Walter und den AStA-Vorsitzenden Pätzoldt und Jankowski sowie den Studenten Litten, Albers, Behlmer, Roth und Harms statt. Die Professoren ziehen nach einem Zwischenruf "Seien Sie nicht so arrogant!" geschlossen aus dem Audimax aus.
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 5; Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 383

17.11.1967:
Die 'Peking Rundschau' der VR China (PR - vgl. 14.9.1971) berichtet über die "Hauptfinanzkrisen der kapitalistischen Welt seit 1967" (vgl. März 1968, 18.8.1971):"
Sieben aufeinanderfolgende ernsthafte Finanzkrisen sind vom November 1967 bis August 1971 hindurch in der kapitalistischen Welt ausgebrochen. Eine beziehungsweise zwei davon schlugen zwar direkt das englische (britische, d.Vf.) Pfund Sterling und den französischen Franc an, waren aber in Wirklichkeit ein Schlag für das Finanz- und Währungssystem der kapitalistischen Welt, dessen Rückgrat der US-Dollar ist. Diese sieben Finanzkrisen traten stürmisch, in großem Ausmaß und in immer kürzeren Abständen auf. Es folgt eine kurze Zusammenfassung darüber:

Die erste Krise: Am 17. November 1967 beginnend, erhob sich ein Sturm hektischen Verkaufs von Pfund Sterling und US-Dollars und panikartigen Ankaufs von Gold. Die britische Regierung war gezwungen, eine 14, 3%ige Abwertung des Pfundes zu erklären, nämlich die offizielle Parität von einem Pfund Sterling gleich 2, 8 US-Dollar sank auf ein Pfund gleich 2, 4 US-Dollar. Dies zog in mehr als 20 Ländern bzw. Gebieten eine Währungsabwertung nach sich."
Q: Peking Rundschau Nr. 37, Peking 14.9.1971, S. 16

17.11.1967:
In Berlin erscheint ein Flugblatt "An die Westberliner Bevölkerung!" zur Militärjunta in Griechenland, herausgegeben von der Gemeinschaft der Griechen, dem Verein griechischer Studenten und Akademiker in Berlin, dem AStA der FU, der Studentenvertretung der TU, der Fachschaftsvertretung Architektur an der TU, dem AStA PH, der Kampagne für Abrüstung (KfDA), den SJD die Falken, dem Republikanischen Club (RC), der Gewerkschaftlichen Studentengruppe (GSG), dem SHB, dem LSD, der HU, dem SDS, den Demokratischen Katholischen Arbeitskreis und der ESG.
Q: Gemeinschaft der Griechen et al.: An die Westberliner Bevölkerung!, Berlin 17.11.1967

10.11.67

AN DIE WESTBERLINER BEVÖLKERUNG!

Seit über 200 Tagen herrschen in Griechenland Terror und Gewalt. Die faschistische Militärjunta bleibt weiterhin sowohl im Inneren Griechenlands wie auch international isoliert.

Sie muß immer mehr den Terror gegen das griechischie Volk verstärken, damit sie sich an der Macht halten kann. Obwohl sie den unmittelbaren Auswirkungen einer faschistischen Diktatur ausgesetzt sind, leisten die griechischen Demokraten immer entschiedener Widerstand. Die demokratische Bewegung im griechischen Volk soll durch brutale Verfolgung, Verhaftungen und Massenprozesse unterdrückt werden. In diesen Tagen finden in Athen und Saloniki zwei Prozesse gegen 72 griechische Widerstandskämpfer statt. Einer der Mitangeklagten, der weltberühmte Komponist und Politiker, Mikis T h e o d o r a k i s (Alexis Sorbas) befindet sich z.Zt. in größter Lebensgefahr. Nach dem offiziellen medizinischen Gutachten, soll er sich bereits im "koma-ähnlichen Zustand" befinden und "jeder Transport seinen Tod bedeuten" können.

Die Tatsache, daß dieser Zustand des 42jährigen Theodorakis während der Untersuchungshaft im berüchtigten Athener Polizei-Gefängnis in der Bouboulinas Straße herbeigeführt wurde, deutet auf die Behandlung hin, die Theodorakis, genau wie vielen andren politischen Häftlingen, zuteil wurde. Wir rufen alle demokratisch gesinnten Bürger dieser Stadt auf, sich für die REttung von Mikis Theodorakis und der anderen griechischen politischen Häftlinge einzusetzen, Fordern Sie, daß die Bundesregierung und der Senat von Westberlin Stellung nimmt zu den verbrecherischen Vorhaben der griechischen Diktatoren und nicht ihren Unterstützung zukommen läßt. Während sich die demokratischen Europäischen Staaten eindeutig gegen die Militärjunta ausgesprochen haben, ist die Militärhilfe der Bundesregierung im Rahmen der NATO nicht unterbrochen worden.

Ähnlich wie in der Bundesrepublik wird von der griechischen Militärmission versucht, die Kooperation Westberliner Behörden bei der Verfolgung engagierter griechischer Oppositioneller zu erreichen.

Stellen Sie sich auf die Seite der griechischen Demokraten, indem Sie nicht zulassen, daß griechische Bewohner dieser Stadt dem Terror der Militärjunta ausgeliefert werden.

Gemeinschaft der Griechen e.V.
Verein griechischer Studenten und Akademiker in Berlin
AStA der FU
Studentenvertretung der TU
Fachschaftsvertretung Architektur an der TU
AStA PH
Kampagne für Abrüstung
Falken
Republikanischer Club
Gewerkschaftliche Studenten gemeinde
Sozialdemokratischer Hochschulbund
Liberaler Studentenbund Deutschland
Humanistische Union
Sozialistischer Deutscher Studentenbund
Demokratischer katholischer Arbeitskreis
Evangelische Studentengemeinde

Berlin, den 17. November 1967

17.11.1967:
An der FU Berlin geben die Vereinigten Arbeitsgemeinschaften (VAFU) vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt "Versäumt 2" heraus zur Studienreform.
Q: VAFU: Versäumt 2, Berlin O. J. (1967)

6. 12. 1967

2

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

Versäumt

haben AStA und Konvent die Studienreform sinnvoll voranzutreiben.

AStA und Konvent verhinderten eine wirksame Arbeit der Studienreformkommissionen:
Sigrid Fronius (Asta):

> aus der Studienreformkommission haben wir uns mangels Erfolg schon zurückgezogen (Beratungen über eine Gegenuniversität am 18. 6. 1967)

AStA und Konvent suchten in den Studienreformkommissionen nicht die sachbezogene Diskussion, sondern sahen in der Auseinandersetzung in der Studienreformkommission ein wirksames Mittel zur Politisierung der Studenten:
Czeskleba (KU):

> die Studienreformkommissionverhandlungen lassen sich gut als Mittel zur Politisierung der Phil. Fak. zumindest verwenden. (Beratungen über eine Gegenuniversität am 18. 6. 1967).

AStA und Konvent betreiben Studienreform als Alibi:
Sigrid Rüger:

> Wir müssen zweigleisig arbeiten. Nicht: wir machen Libido in Politik, ihr dürft Euch an Studienreform frustrieren. (Beratungen über eine Gegenuniversität am 18. 6. 1967)

Wir sind der Meinung:

- **Eine kritische Bestandaufnahme** der bisher geleisteten Arbeit in den Studienreformkommissionen muß angestrengt und die Arbeit in fairer Diskussion über neue Vorschläge aller Beteiligten vorangetrieben werden.
- **Kritische Reflexion** ist Grundlage eines jeden Studiums; Ideologiekritik muß gerichtet sein gegen jede sich absolut setzende Position — politischer oder weltanschaulicher Art.
- **Freiheit von Forschung Lehre** müssen vor jedem totalitären Anspruch geschützt werden. Für die Erhaltung der Freiheit von Forschung und Lehre sind alle Mitglieder der Universität verantwortlich.
- **Abstimmung der Studienpläne** aufeinander und Untergliederung des Studienganges sind unumgänglich; das Grundstudium muß unbeschadet einer straffen Ordnung die Möglichkeit zu selbständiger Arbeit und kritischer Reflexion garantieren.
- **Die Forderung eines allgemeinen Ausbildungsförderungsgesetzes,** die Anhebung der Förderungsmeßbeträge auf den tatsächlichen Bedarf und die erhebliche Erhöhung der Freigrenze der Unterhaltsverpflichteten bei der Vergabe von Stipendien sind dringend erforderlich.
- **Neue, einseitig ausgerichtete studentische Institutionen** sind ebensowenig ein Beitrag zur Studienreform wie Zwangsexmatrikulation und Numerus clausus.

Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN)
Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur)
Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fak. (APhil)
Arbeitsgemeinschaft an der WiSo-Fakultät (AWiSo)

Auskunft erteilt:
Johannes Epping Tel.: 76 07 38

Fortsetzung folgt!!

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

17.11.1967:
An der TU Berlin geben Hubert Wolf und weitere fünf Kandidaten zu den Wahlen zum Studentenparlament (StPW) vermutlich Ende dieser Woche ein Flugblatt heraus mit der Einladung zur Informationsveranstaltung am 23.11.1967. Position wird bezogen zum Disziplinarrecht und man bekennt sich zur "politischen Verantwortung" der Studentenschaft.
Q: Wolf, Hubert et al.: Kommilitonen!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

POLITISCHE VERANTWORTUNG

Wir bekennen uns zur politischen Verantwortung der Studentenschaft.
Hochschul- und Bildungspolitik kann nicht isoliert von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden. Andererseits beeinflußt das Bildungswesen alle Bereiche der Gesellschaft. Diese wechselseitige Abhängigkeit weist der Hochschule die Aufgabe kritischer Reflexion und Mitgestaltung der politischen Wirklichkeit zu. Die Studentenschaft ist daher über den hochschul- und bildungspolitischen Bereich hinaus zu verantwortlichem politischem Handeln verpflichtet.
Grundlage dafür ist das uneingeschränkte Eintreten für die Verwirklichung der Menschenrechte sowie für eine sozialgerechte Gesellschaftsordnung auf der Basis der parlamentarischen Demokratie.

DISZIPLINARRECHT

Das bestehende Disziplinarrecht, das dem Studenten eine besondere Verhaltensweise auferlegt um Würde und Ansehen der Universität zu wahren, lehnen wir als anachronistisch ab. Der Student ist Staatsbürger wie jeder andere auch. Wir befürworten eine "Hausordnung", die lediglich den reibungslosen Ablauf des Universitätsbetriebes gewährleisten muß.

Hubert Wolf
Peter Matthias
Klaus-Dieter Schemmann
Brun Osterloh
Klaus Kühn
Rolf Vieten

KOMILITONEN !

Die Entwicklung in der Studentenvertretung unserer Hochschule in der letzten Zeit ist Ihnen bekannt.

Wenn Sie Einfluß nehmen wollen, ist es nicht nur wichtig, daß Sie wählen, sondern auch entscheidend, daß Sie sich für eine Kandidatur zum Studentenparlament zur Verfügung stellen. Die Unterzeichner dieses Flugblattes, sämtlich Vorgänger der jetzt tätigen Studentenvertreter, stellen Ihnen hiermit die Probleme dar, die sie für vordringlich halten, gelöst zu werden:

Organisation von Forschung und Lehre
Mitbestimmung der Studentenschaft
Humanistisches Studium
Kritische Universität
Vorlesungsrezensionen
Numerus clausus
Zwangsexmatrikulation
Disziplinarrecht
Selbsthilfeeinrichtungen
Ausbildungsförderung
Politische Verantwortung

Wir werden Gelegenheit nehmen, Ihnen unsere Behandlung dieser Dinge darzustellen

am Donnerstag, 23. Nov. 1967
um 10.00 Uhr im H 2136 (Fachschaftsraum)
im neuen Hauptgebäude

Wenn Sie unsere Ansichten durch eine Kandidatur und durch spätere Arbeit im Studentenparlament unterstützen wollen, kommen Sie zu dieser Informationsveranstaltung.

Zwei Punkte aus unserem Programm wollen wir Ihnen kurz etwas näher erläutern.

b.w.

17.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) berichtet von den Folgen der Rektoratsfeier (vgl. 16.11.1967), dass im Audimax eine Vollversammlung und teach-in stattfindet. Anträge zum numerus clausus (NC), zur Kritischen Universität (KU) und zur Zwischenprüfung werden nach Änderungen beschlossen und dem ASTA mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Man wolle ihn auch zur nächsten Sitzung des Akademischen Senats begleiten.

Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtet von der gestrigen Diskussion über die Professoren:"
Sie antworteten am nächsten Tag, als sich AStA und Diskussionsleiter nicht bereitfanden, sich für die Äußerungen zu entschuldigen, mit dem Ausschluß der erst wenige Semester vorher zugelassenen zwei Studentenvertreter aus dem Akademischen Senat. Dieser Schritt des Rektorats bewog nur noch mehr Studenten, sich mit dem AStA-Vorstand zu solidarisieren, und brachte die beiden stärksten politischen Studentenverbände, SHB und SDS, zum Bündnis. Die erhoffte Isolierung der 'Radikalen' war abermals mißlungen; stattdessen entstand eine studentische Einheitsfront aller progressiven Hochschulgruppen gegen die Übergriffe der Universitätsbürokratie. Die ersten Vollversammlungen in der Geschichte der Hamburger Universität wurden zu machtvollen Demonstrationen für die Entschlossenheit immer größerer Teile der Studentenschaft, sich gegen die repressiven Maßnahmen der akademischen und staatlichen Obrigkeiten zur Wehr zu setzen …

Die unerbittlich autoritäre Haltung von Rektor, Senat und Fakultäten zwang den AStA zunächst in die Defensive. Erst die vorwärtstreibende Kritik des SDS und die massive Unterstützung durch mehrere studentische Vollversammlungen ermöglichte dem Studentenausschuß ein härteres Auftreten.
…
Der Rektor gestand noch im November die Gründung von Reformgremien auf Seminar- und Institutsebene zu, die zu gleichen Teilen aus Studenten, Assistenten und Dozenten bestehen sollten".
Greifbare Ergebnisse seinen bei Germanisten, Historikern und in der Philosophischen Fakultät erzielt worden.
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 383f; Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 5

19.11.1967:
Laut Schlomann/Friedlingstein wird auf einer Nationalkonferenz in La Louviere (Belgien) die Parti Communiste (Marxiste-Leniniste) de Belgique (PCMLB) konstituiert. Erster Sekretär wird Jules Vanderlinden, das Zentralorgan heißt 'Clarte'.

Das ZK der PCMLB Belgien (vgl. 29.6.1970) berichtet über spätere Mitglieder der Universitäten-Fabriken-Union (vgl. Mai 1968), derzeit noch Mitglieder der PCMLB:"
Warum haben sie die Partei verlassen?

Wenn wir heute den Beitrag der Konferenz der Partei in La Louviere im Nov. 1967 bemessen, müssen wir ihren Hauptbeitrag behandeln. Sie war ein Akt des totalen unwiderruflichen Bruchs der gesamten Partei mit dem revisionistischen Agenten Grippa. Sie bestätigte, daß die Partei, was auch ihre Schwächen gewesen sein mochten, Grippa entlarven und ihn völlig schlagen konnte. Gegenüber der belgischen Arbeiterbewegung, gegenüber den marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt war dies ein Hauptakt. Und in diesem Sinn kann man sagen, daß die Konferenz von La Louviere eine historische Tat war.

Aber es gab wichtige Fehler. Es ist sicher, daß die Partei in ihrem Willen schnell zu machen, Grippa ins Gesicht zu schlagen, ihn feierlich anzuklagen, bestimmte Probleme nicht in die Tiefe verfolgt hat, von denen es klar war, daß sie sich verschärft stellen würden. Und in der Tat, im Verlauf der Konferenz gab es eine Gegenüberstellung zweier Linien. Bestimmte aktive Brüsseler Studenten wollten die Partei liquidieren, um sie durch eine 'Bewegung' zu ersetzen, die nicht der proletarischen Disziplin und dem demokratischen Zentralismus unterworfen sein sollte. Die offizielle Position der Führer dieser Linie war, 'daß die Bedingungen noch nicht vorhanden seien für eine marxistisch-leninistische Partei'. Aber in der Tat behaupteten einige, indem sie sich an eine karikaturhafte Interpretation der großen Proletarischen Kulturrevolution hielten (genau jene der Revisionisten und Grippas), daß heute die Partei nicht mehr notwendig sei!

Der Fehler, den die Partei gemacht hat, war, nicht bis zum Grund der Diskussion zu gehen; nicht die

Widersprüche zu analysieren und die Ursprünge zu suchen; eine Einheit um jeden Preis, ein äußerliche Einheit herstellen zu wollen.

Unter diesen Bedingungen war die Spaltung unvermeidlich und hat stattgefunden."
Q: KSB/ML Freiburg: Zur Einheit aller Revolutionäre, besonders der Marxisten-Leninisten, Freiburg o.J. (1970), S. 9ff; Schlomann, Friedrich Wilhelm; Friedlingstein, Paulette: Die Maoisten, Frankfurt 1970, S. 147

19.11.1967:
Aus der Universität Frankfurt berichtet das Landgericht (vgl. 20.11.1967), laut SC, so:"
In einem Flugblatt und auf einer Wandzeitung hatte Tage vorher der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) angekündigt, er wolle Prof. Dr. Schmid zu einer Stellungnahme zu den Notstandsgesetzen veranlassen und hatte zu einem 'Go-in' aufgerufen. Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Rüegg, hatte am 19.11.1967 in einem Telegramm an den SDS, Ortsgruppe Frankfurt/Main, und in einem zur Verteilung gekommenen Flugblatt vor dem 'beabsichtigten Bruch des Hausfriedens der Universität' gewarnt und gefordert, unverzüglich 'die geplante Terroraktion rückgängig zu machen'."
Q: SC: Info Nr. 2, Frankfurt 26.4.1969

20.11.1967:
Für den AStA der Universität Hamburg (vgl. Dez. 1967) berichtet Jakob von Uexküll vom heute in Kopenhagen, Dänemark, beginnenden Vietnamtribunal, welches bis zum 1. Dezember dauert.
Q: Auditorium Nr. 51, Hamburg Dez. 1967, S. 4ff

Jakob v. Uexküll

»Zur Hölle mit der Weltmeinung«

Bericht vom Vietnam-Tribunal in Kopenhagen vom 20. November — 1. Dezember 1967

Die dänische Presse entlieh das Springerwort für unliebsame Realitäten: in Roskilde bei Kopenhagen tagte das „sogenannte" Vietnam-Tribunal. Es untersuchte, ob und in welchem Umfang die USA in Vietnam Kriegsverbrechen begehen und gegen internationale Verträge verstoßen, zu deren Einhaltung sie verpflichtet sind, unter anderem die Genfer Konventionen gegen Gas und andere „Inhumane" Waffen (1925), über die Rechte der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen (1949) sowie der Kellogg-Briand-Pakt, der den Angriffskrieg zum „internationalen Verbrechen" stempelte (1928), die UN-Konvention gegen Völkermord und das Genfer Indochina-Abkommen (1954), welches jegliche ausländische Einmischung in Vietnam verbot.

Vorerst unlegitimiert

In einer kommenden Sitzung wird das Tribunal die Frage der persönlichen Schuld entscheiden nach den Normen der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg und Tokio, denn sagte nicht damals der US-Hauptankläger Jackson: „Falls gewisse Handlungen verbrecherisch sind, dann sind sie es gleichviel, ob die USA oder Deutschland sie begehen. Wir haben nur das Recht, die Angeklagten zu verurteilen, weil wir selbst bereit sind, uns denselben Gesetzen zu unterwerfen."

Das Tribunal kann nur informieren; es es ist machtlos und — vorerst — unlegitimiert. „Legitimieren", sagt Tribunal-Präsident Jean-Paul Sartre, „können uns nur die Völker der Welt, indem sie unser Urteil bestätigen."

Anträge, das Tribunal möge sich ihrer Sache annehmen, strömen aber schon jetzt von den Unterdrückten, den Eingesperrten, den Vertriebenen dieser Erde: aus Palästina, Kurdistan, Griechenland, Algerien usw. Legitimieren sie das Tribunal? Wer legitimierte Nürnberg?

Parallelen zu Nürnberg sind leicht zu finden: 1. Beide Tribunale lehnen ein Aufwiegen der Verbrechen des Angreifers durch den Gegenterror der Angegriffenen ab. 2. Göring 1946: „Die Richter sind nur von Staaten bestellt, die in diesem Krieg die eine Partei gewesen sind."
— Die Kritiker des Vietnam-Tribunals: Alle Jury-Mitglieder seien bekannte Gegner der amerikanischen Vietnam-Politik.

Maßstab Nürnberg

Doch die deutlichsten Parallelen liegen in den Anklagepunkten: Die Anklage in Nürnberg sagte, die Partisanenbekämpfung sei nur ein Vorwand gewesen für die Ausrottung der Bevölkerung, und Göring gab zu, daß man Vieh und Lebensmittel wegführte, die Bevölkerung verschleppte und in Arbeitslager steckte.

Man vergleiche mit Vietnam: Es sind bis in die Einzelheiten dieselben Verbrechen. Wer Gefangene macht, bleibt für sie verantwortlich.

Die Schuld der US-Truppen in Vietnam wird also nicht geringer, weil sie ihre Gefangenen durch Vietnamesen foltern lassen. Jackson 1946: „Das wissentliche Anzetteln und Planen ist genauso verbrecherisch wie das Ausführen . . . Jene, die an der Formulierung oder Ausführung eines die verschiedenen Verbrechen umfassenden Planes teilnehmen, werden für alle begangenen Straftaten belangt."

Daß die USA in Vietnam Verbrechen begehen, meinen wir seit Jahren sagen zu können, hauptsächlich auf Grund amerikanischer Pressemeldungen. Doch das Tribunal lieferte wichtige, bisher unbekannte Einzelheiten, Genaues über Ausmaß und Systematik und über den völkerrechtlichen Aspekt. Nicht ob das Urteil schon vorher feststand ist von Bedeutung, sondern nur, ob dieses Urteil korrekt war. Die US-Regierung wollte sich in Roskilde nicht verteidigen. Aber ihre Argumente sind bekannt. Die Rechtfertigungsversuche gipfeln in dem Satz:

„In Vietnam ist eine völlig neue Form der Aggression gegen ein unabhängiges Volk ausgelöst worden, das seinen eigenen Weg in Frieden und Freiheit zu gehen wünscht." Denn dieser Satz, so wahr er ist, bezieht sich nicht auf die US-Aggression, sondern auf eine angebliche Aggression Vietnams gegen sich selbst.

Aber nicht Hanoi invadierte den Süden, sondern die USA planten schon 1956 die Besetzung Nordvietnams und der chinesischen Insel Hainan (General Gavin in Newsweek), und seit 1961 werden Guerillas und Sabotagetrupps, meist mit US-Offizieren, nach Nordvietnam eingeschleust, jedoch von der Bevölkerung sofort festgenommen.

»anti-personnel«

Denen, die mit Sartre meinen, es gäbe keine Alternative außer Frieden und totaler Krieg, sei also gesagt, daß dieser Krieg selbst ein Verbrechen ist. Diejenigen, die nicht glauben wollen, „daß die USA plötzlich ein Land von Verbrechern und Sadisten geworden sein sollen" (dänischer Abgeordneter), seien daran erinnert, daß nicht alle Deutschen Sadisten und Verbrecher waren — und doch war Auschwitz wahr. Daß die USA in Vietnam absichtlich nach genauester Luftaufklärung Dörfer, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen, Pagoden und Staudämme bombardieren, meist mit grausamen ‚anti-personnel' Splitterbomben, Zeitzünderbomben, die bis zu vier Tagen später explodieren, und mit Napalm: Europäer finden es unglaublich, die Bewohner Hiroshimas aber kaum.

Die große dänische Zeitung ‚Berlingske Tidende' meint, die US-Presse hätte so wenig vom Tribunal berichtet, weil all dies „schon bis zur Trivialität bekannt ist." Aber noch im März dieses Jahres be-

Zeitgewinn

Dieses Wort hat für die Leser der ZEIT einen zweiten Sinn, im Sinne von ZEIT = Gewinn: Es ist unmöglich, ein intelligenter Mensch von heute zu sein und diese große Zeitung ohne Gewinn zu lesen. Ein Drüberweghuscheblatt ist die ZEIT allerdings nicht. Man muß sie lesen, wenn man merken will, wie gut sie ist.

hauptete ‚Time', bis jetzt sei kein einziger Fall eines napalmverbrannten Kindes bekanntgeworden. Und laut ‚The Economist' wird, „falls bei einem geplanten Angriff irgendeine Möglichkeit besteht, daß Zivilisten zu Schaden kommen, das Ganze meist eingestellt."

Der junge US-Soldat Martinson, der dem Tribunal berichtete, wie er zum Kriegsverbrecher wurde („Ich bin ein normaler Durchschnittsamerikaner, kein langhaariger Typ, kein Marquis de Sade"), konnte seine Eltern von seiner Schuld, von seiner Teilnahme an Folterungen, nicht überzeugen. Ein Neger, ein Indianer wäre weniger skeptisch gewesen.

Strategische Ziele

Die USA zerstörten, laut eigenen Angaben, in Vietnam nur strategische Ziele, aber „die Moral der gegnerischen Bevölkerung ist ein sehr wichtiges strategisches Ziel." (Ludendorff.)

Plötzlich wurden in Roskilde die Menschen hinter den anonymen Zahlen, den sachlichen Presseberichten, lebendig. Ruhig, ohne Übertreibung, ohne Propaganda, berichteten vietnamesische Zeugen von ihren Leiden.

Es folgten die amerikanischen Zeugen. Nicht Deserteure, nicht Kriegsgefangene, sondern aus Vietnam in Ehren zurückgekehrte, medaillenbehängte Offiziere und einfache Soldaten bestätigten, daß die Vietnamesen nicht Ausnahmen, sondern Alltägliches geschildert hatten. Diese GI's waren weder Helden noch Verräter. Sie waren nicht aus Publicity-Sucht gekommen, sondern um gegen den Mißbrauch ihres Idealismus zu protestieren. Sie waren ausgezogen im Glauben, die Freiheit eines Volkes verteidigen zu müssen. Aber man befahl ihnen, dieses Volk zu foltern und zu ermorden, sein Land zu verbrennen, seine Städte und Dörfer dem Erdboden gleichzumachen, seine Lebensmittel und sein Wasser zu vergiften.

„Unser Offizier sagte: ‚Ihr könnt alle umbringen, die Schlitzaugen haben.'" (Zeuge Campbell.)

„Von meinen 17 Einsätzen als Bomberpilot waren 12 absichtlich gegen rein zivile Ziele gerichtet." (Zeuge J. Clark Child.)

„Ich habe selbst gefoltert, und ich kenne Hunderte von Fällen, wo Amerikaner selbst gefoltert haben. Wir konnten über Leben und Tod der Gefangenen entscheiden: Nichts passiert, wenn einer stirbt. Zuerst prügelten wir, dann folterten wir mit Strom — auch Frauen . . . Wir werfen Gasgranaten in die Tunnel und Schutzräume der Bevölkerung. Wegen der hohen Konzentration wirkt auch sogenanntes Tränengas dort oft tödlich, besonders wenn die Opfer Kinder, Greise oder Kranke sind. Ich sah ein junges Mädchen an einer Gasvergiftung sterben, weil man es nicht ins Lazarett bringen wollte, bevor man es verhört hatte . . . Ein 18jähriger US-Infanterist sagte mir einmal: ‚Mann, du hättest das Mädchen sehen sollen, das ich gestern erschoß!'" (Zeuge Martinson.)

„Gefangene werden oft erschossen, besonders wenn es schwierig ist, sie mitzunehmen oder wenn wir vor kurzem Verluste gehabt haben . . ." (Zeuge Tuck.)

„Bei den Special Forces wird den Soldaten schon in den USA das Foltern beigebracht. Der Ausbilder erwähnt verschiedene Methoden . . . aber vor allem ermuntert er seine Klasse, ihre Phantasie zu gebrauchen. Sie müssen aber Methoden vermeiden, die Spuren hinterlassen. Der Ausbilder weist darauf hin, daß Foltern offiziell verboten ist und legt allen strengste Schweigepflicht auf, denn, wie wir scherzhaft sagten: „Die Mütter Amerikas würden das alles nicht schön finden." Im Gegensatz zu anderen US-Einheiten gehören den Special Forces immer auch Südvietnamesen an und wir empfahlen, diesen das Foltern beizubringen und, soweit möglich, zu überlassen." (Donald Duncan, Offizier und Ausbilder der Special Forces, zeitweiliger Berater McNamaras.)

und die Opfer

Wer in Süd-Vietnam ‚subversiver Absichten' verdächtig ist, kann u. a. mit folgenden ‚Behandlungsmethoden' rechnen:

„Ein eisernes Gestell wurde um meinen Kopf gelegt und immer enger geschraubt, bis meine Augen aus ihren Höhlen traten. Seitdem bin ich zu dreiviertel blind." (Junger Vietnamese.)

„Im Gefängnis von Poulo Condor . . . bekamen wir einmal vergiftetes Essen vorgesetzt: 1000 Gefangene starben. Oft bekommen die Gefangenen nichts zu essen und keine medizinische Betreuung, falls nicht ihre Angehörigen sich darum kümmern können." (48jährige Frau.)

„Nirgends in Süd-Vietnam traf ich auf eine vollzählige Familie." (Zeugin Madeleine Riffaud.)

Newsweek schätzt, daß auf jeden getöteten Guerilla zehn tote Zivilisten kommen.

Die US-Generäle drücken sich immer klarer aus:

„Wir müssen sie in die Steinzeit zurückbombardieren." (Le May.) Forts. S. 6

kritische diskussion oder entspannendes gespräch

den individuellen rahmen bietet die

teestube im bauzentrum

kleine speisekarte - alle getränke

bauzentrum esplanade 6a 355485

Gala

Auf eine vertrackte Weise ist dieses Buch ein Gegenstück zu der „Geschichte der O". Weder da noch dort erfährt man etwas über die wirkliche Identität der Autorin — beide beschreiben sie kaum verschleiert ganz offenbar echte und eigene sexuelle Erlebnisse von einer Konzentration und Abwegigkeit, die einem den Atem nimmt — da aber hört die Parallele auf. Die „O" ist eine Masochistin — die „Heldin" des vorliegenden Buches ist eine verlotterte Lolita, eine etwa Zehnjährige, die auf ein nach dem Tode des Vaters auseinanderfallendes Familienmilieu, auf die ununterbrochenen Sexualattacken von Brüdern, Gespielen, Erwachsenen mit einem Gemisch aus Kleinmädchen-Lüsternheit, Schläue, Rachsucht und einer sadistischen Grausamkeit reagiert, die schließlich zwei Brüder und eine hochschwangere Schwester zu Tode bringt, und einen von der Kleinen mehr verführten als sie verführenden Mann unter den Füßen einer lynchenden Menge verschwinden läßt. Bei den grellen Sexualvorgängen denkt man an die „Mutzenbacher" — aber nur auf den ersten Blick. Auf den zweiten ergeben sich fundamentale Unterschiede: diese unbekannte neue Autorin ist eine Mutzenbacher von erstaunlicher literarischer Begabung, ihre Darstellung einer ganzen Galerie von Kinder- und Erwachsenencharakteren ist auf eine gräßliche Weise brillant und zweifellos „Kunst" — vor allem die Darstellung ihrer eigenen Kind-Person. Was sie berichtet, ist die Entwicklung eines lüsternen und verlotterten Kindes zu einem Hexchen — in drei Jahren wird sie eine voll ausgewachsene junge Hexe sein, in mittelalterlichen Zeiten hätte man sie verbrannt.

Dabei ergibt sich, je weiter man liest, ein fortschreitendes Hinüberwechseln aus der grellen Sexual-Realität in eine erstaunlich-umheimliche Welt der erotischen Phantasie — ein Prozeß, der den Leser besorgt sein läßt, ob dieses Hexchen die drei Jahre zur Vollreife auch wirklich erleben wird. Wie die „Geschichte der O" endet auch dieses Buch mit einem Fragezeichen. Wohin führt dieser Weg? In den Wahnsinn? In den Tod? Jedenfalls scheint mir — wie im Fall der „O" — dieses in mehr als einem Sinn einmalige Buch nicht der Anfang einer literarischen Karriere zu sein. Eine erstaunlich hohe Begabung; doch ich fürchte: die das geschrieben hat, hat einen „Bestseller" geschrieben — aber sie schreibt nicht noch einmal.

Robert Neumann

Jo Imog »Die Wurliblume«.
354 Seiten, Ganzleinen DM 25,-

Gala

Fortsetzung von Seite 5

„Wir werden sie solange bluten lassen, daß es für sie mehrere Generationen lang eine Katastrophe sein wird." (Westmoreland.)

„Wir müssen alles zerstören, was dem Feind hilft, das heißt: Alles!" (McConnell, Stabschef der Luftwaffe.)

„Hundert vietnamesische Leben sind nicht so viel wert wie ein einziges amerikanisches! Zur Hölle mit der Weltmeinung." (Kongreßabgeordneter Mendell Rivers, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses.)

Eisenhower meinte vor Jahren, 80 % der Bevölkerung unterstütze die Befreiungsfront. (Jetzt dürften es noch mehr sein.) Die Ausrottung der „Vietkong" ist deshalb fast identisch mit der Ausrottung des gesamten Volkes.

In bewährter Goebbels-Terminologie berichtet die westliche Presse ungeniert, „Vietkong-verseuchte" Gebiete seien „gesäubert" worden, als kämpfe die USA gegen Bakterien!

Was tun?

Unser Kampf gegen diesen Krieg muß mit allen Mitteln auf allen Ebenen geführt werden. Es ist unsere Pflicht, das vietnamesische Volk zu unterstützen.

„Die Nationale Front für die Befreiung Süd-Vietnams ist stets für den Zusammenschluß aller Bevölkerungsschichten, aller Klassen, aller Nationalitäten, aller politischen Parteien, aller Organisationen, aller Religionen, aller patriotisch gesinnten Persönlichkeiten, aller Menschen und aller patriotischen, fortschrittlichen Kräfte ohne Unterschied der politischen Richtung eingetreten." (Programm der NLF, August 1967.)

Das ist eine deutliche Absage an Fanatismus und Purismus, eine Absage auch an jene Gruppen in der BRD, die versuchen, die Vietnam-Bewegung zu extremisieren und zu polarisieren. Auch wir müssen eine breite Front schaffen, in der jeder willkommen ist, auch wenn er sich nur aus humanitären Gründen gegen diesen Krieg wendet, aber politisch nicht Stellung nehmen will.

Eine breite Front schafft man nicht durch Flugblätter, die sogar den intellektuellen Horizont ausgebildeter Juristen übersteigen (Berliner Aktion). US-Soldaten, die oft nicht einmal wissen, wo Vietnam liegt, überredet man nicht zur Desertation durch Handzettel voll feiner Ironie.

Wo anfangen?

Erstens, in jedem Ort und vor allem in die Nähe jedes Amerika-Hauses gehört ein Vietnam-Haus, ein Informationszimmer, eine Bude, ein Stand oder ein Schaukasten. Zweitens sollte man alles Material über deutsche Unterstützung des Krieges sammeln, ob von offizieller oder privater Seite. Die NLF glaubt, daß einige der in Vietnam eingesetzten Giftgase in der BRD hergestellt werden.

Bis dieser Krieg beendet ist, muß Vietnam die erste Priorität bleiben. Vietnam geht vor Hochschulreform! In Vietnam geht es nicht um Reformen, sondern um die Existenz.

Helga Bauer

Und es begab sich zu der Zeit . . .

. . . daß Kaiser Ruhnau ein Gebot ausgehen ließ, daß ein Exempel statuiert werde. — Aber man muß die Geschichte von Anfang an erzählen: Er sah aus wie der Dritte der Heiligen Drei Könige, — der aus dem Morgenland. Pragmatischer als diese betete er nur ab und zu und widmete sich im übrigen der Kinderheilkunde; und als er Bilder von Kindern aus Vietnam sah, ging er hin und demonstrierte. Und als man ihn gewaltsam fortschleppte, weil ein Hauptbahnhof nicht zum sit-in, sondern zum Gehen, Würstchenessen und Reisen da sein soll, wehrte er sich kaum. Und als er dann auf der Polizeiwache als letzter zurückgeblieben war, sagte ein Beamter am Telefon: „Hier ist kein M e n s c h mehr, nur noch ein Neger."

Er wurde freigelassen, aber nach drei Tagen kamen sie wieder. Sie brachten ihn zum Flugplatz und unter Polizeischutz mußte Obi Ifeobu in seine Heimat Nigeria zurück. Eine Heimat, in der nach blutigen Massakern seit Jahren Unruhen herrschen, in der er als Stammesangehöriger der Ibo besonders gefährdet ist.

Und siehe, es geschahen Wunder: ein Rektor protestierte, Springer- und Nicht-Springer-Zeitungen fragten sich, wie liberal wohl ein Hamburger Innensenator sei.

Auch der mächtige Despot der Innenbehörde stellte sich offensichtlich diese Frage. Einige Wochen später ließ er durchblicken, Obi Ifeobu habe zwar ein gerichtliches Verfahren zu erwarten, dessen Ausgang ungewiß sei, die Möglichkeit bestände aber wohl, die Ausweisung zu befristen.

Ein eifriger Briefwechsel begann: AStA, Rektor und Obis Rechtsanwalt beeilten sich, die Einreise zu bewerkstelligen. Ein Schriftsteller, der nicht genannt sein will, spendete 1500 DM für den Rückflug. — Und nun könnte die Geschichte happy-enden mit den Worten: und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heut. Er aber, der anfangs verzweifelt Briefe schrieb, schwieg auf einmal, und alle Briefe kamen als unzustellbar zurück. Seine Freunde sorgten sich einst, er würde zuviel Semester verlieren, — jetzt sorgen sie sich um sein Leben. In der Freien und Hansestadt Hamburg wurde ein Exempel statuiert, ein Exempel, das die Initiatoren vor den Folgen ihres Handelns schaudern lassen müßte. Vermutlich aber werden sich die Verantwortlichen die Hände in Unschuld waschen und bedauern, sie hätten derartiges natürlich nicht voraussehen können (vielleicht kann man von einer Innenbehörde auch nicht erwarten, daß sie außenpolitische Zustände kennt). Und ihren Kindern werden sie nun bald einen schokoladenbraunen Weihnachtsmann schenken: „Friede auf Erden".

Vietnamesische Literatur

- Alle Publikationen aus **Hanoi** und von der
- **Nationalen Befreiungsfront** in englischer, französischer und spanischer Sprache

sind erhältlich bei

- **Peuple et Culture**
  CH 1227 Genf (Schweiz)
  45, rue Caroline

Verkauf in Hamburg durch

Versandbuchhandlung Erna Mayer · 2 Hamburg 62

Langenhorner Chaussee 107 · Tel. 59 34 56

20.11.1967:
In Berlin geben die Studentenvertretungen von TU und FU vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt heraus mit dem Aufruf zur Podiumsdiskussion "Pressekonzentration in Berlin" zur Springerpresse am 23.11.1967 in der TU und zur "Dokumentation Griechenland" des Berliner Ensembles am 27.11.1967 im Audimax der FU.

Q: Studentenvertretungen TU und FU: Pressekonzentration in Berlin, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

E0702

STUDENTENVERTRETUNG der TECHNISCHEN und der FREIEN UNIVERSITÄT

PRESSEKONZENTRA-TION IN BERLIN

PODIUMSDISKUSSION

DISKUSSIONSBEITRÄGE wurden vorbereitet:

BERND RABEHL und CHRISTIAN SEMLER: Die Losung – Enteignet Springer

PETER SCHNEIDER: Ziel und Funktion des Springertribunals

KOJO HEIMANN : Springers Springerkampagne

RUDI DUTSCHKE: Die Notwendigkeit des antimanipulativen Kampfes

DONNERSTAG, 23. NOV. 19.30 UHR

TECHNISCHE UNIVERSITÄT, STRAßE des 17. JUNI, HORSAAL HE 101

AXEL SPRINGER VERLAG GmbH WURDEN GEBETEN, DISKUSSIONSBEITRÄGE ZU BENENNEN!

Studentenvertretung der Freien Universität

DOKUMENTATION GRIECHENLAND

zusammengestellt und vorgetragen von Mitgliedern des

BERLINER ENSEMBLE

MONTAG, 27. Nov.

AUDI — MAX

20 15 UHR

Eintritt: DM 2,--

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt der Europäisch-Föderalistische Studentenverband (EFS) vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Wahlen zum 20. Konvent" heraus mit dem er seine beiden Kandidaten vorstellt.
Q: EFS FU: Wahlen zum 20. Konvent, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

W a h l e n zum 20. K o n v e n t

Treffen Sie eine politische Wahl !

Von Ihrer Stimme wird es abhängen, welches Profil die Studentenschaft der Freien Universität , vertreten in ihren Organen Konvent und ASTA, in der Öffentlichkeit haben wird.

Die Alternative, vor der Sie bei der Wahl Ihrer Kandidaten stehen, liegt nicht in der Unterscheidung zwischen reçhts und links, sondern in der Entscheidung für einen politischen oder unpolitischen Kandidaten.

Treffen Sie eine Entscheidung für das politische Mandat!

Wählen Sie einen progressiven und kritischen Konvent. Geben Sie Ihre Stimme einem Kandidaten, der sich für die beschleunigte Durchführung der Studienreform und für eine moderne Hochschulpolitik einsetzt. Die Mitbestimmung der Studenten muß auf allen Ebenen erweitert werden. Nehmen Sie eine humane Haltung zur Problematik Vietnam und Griechenland ein und teilen Sie unsere kritische Haltung gegenüber der Notstandsgesetzgebung. Legitimieren Sie durch Ihre Wahl den Kandidaten, sich mit allen Kräften für die Durchsetzung Ihrer Interessen gewaltlos einzusetzen

Gewaltlosigke it muß nicht Machtlosigkeit,
Gesetzlichkeit nicht Resignation bedeuten.

Ihre Kandidaten an der:

Wi So Fak.

Romin R e i c h
EFS-Vors. an der FU

Phil Fak.

Helmut Horst
EFS-Landesvors.

EUROPÄISCH - FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND
Hochschulgruppe an der FU

20.11.1967:
An der FU Berlin geben SHB und SDS vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Wahlkampf der Verschleierungen!!" zur Aktion 20. Konvent und zur VAFU heraus.
Q: SHB, SDS: Wahlkampf der Verschleierungen!!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB
SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

WAHLKAMPF DER VERSCHLEIERUNGEN!!

Glücklicherweise ist der FU-Wahlkampf immer noch politischer als die Sympathiewerbung der Parteien anläßlich der Wahlen.

Dennoch: So mancher Programmpunkt gleicht sich jetzt auf allen Flugblättern - die Disziplinargerichtsbarkeit z.B., vor Jahren noch heftig umstritten, wird heute von Rechten wie Linken gemeinsam abgelehnt.

Nach welchen Gesichtspunkten sollten Sie sich also entscheiden?

Wir meinen:
nicht nach dem Aussehen,
nicht allein nach kurzen Kandidatenvorstellungen und
nicht nach einem politischen Profil nur für zwei Wahlkampfwochen!

sondern:
Der Wähler soll sich aufgrund der Politik der vergangenen Legislaturperioden für die Kandidaten einer politischen Gruppierung entscheiden, weil nur durch diese die Kontinuität einer effektvollen Konventsarbeit gewährleistet wird.
Wer die Hochschulpolitik des neuen Konvents beurteilen will, muß die politischen Aktivitäten der Kandidaten und ihrer Hochschulgruppen bewerten.

Wir sind:
im Konvent und ASTA
in Vollversammlungen und durch Aktionen in der Öffentlichkeit,
durch Presseerklärungen, Memoranden und Dokumentationen
hervorgetreten.

bitte wenden

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS
SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

SHB SH B SHB SHB SHB SHB SHB

Aktion 20. Konvent

ist doch nur eine Wahlkampfbezeichnung für RCDS und Co.

VAWU

nennen sich die "Burschen" und andere "Unpolitische", wenn sie gewählt werden wollen.

Wir glauben, eine gute Politik gemacht zu haben. Also fordern wir Sie auf, diejenigen zu wählen, die sich als Mitglieder unserer Verbände zu unseren politischen Aktionen bekennen.

verantw. Knut Langenbach

SHB SH B SHB SHB SHB SHB

SDS SDS SDS SDS SDS SDS

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt das Wahlkuratorium vermutlich in dieser Woche sein erstes Flugblatt unter dem Titel "…eine halbe Sache?" heraus. Vorgestellt werden die Kandidaten zum Konvent.
Q: Wahlkuratorium: …eine halbe Sache?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

... eine halbe Sache?

Halbe Sachen machen ist oft schädlicher, als gar nichts zu unternehmen. Deshalb sind wir gegen halbe Sachen. Deshalb sind wir zum Beispiel gegen eine Studienreform * ohne ausführliche experimentelle Phase

** ohne Abbau der herrschenden Ordinariatsstrukturen

*** ohne dauernde Unterrichtung und Beteiligung der Öffentlichkeit (nicht nur an der halben Sache).

Denn was dabei herauskommt, haben wir ja hinreichend gesehen: Eine Studienreform ohne Hochschulreform besteht fast nur noch aus administrativen Maßnahmen, wie Zwangsexmatrikulation, rein selektiven Zwischenprüfungen und einem Unterrichtssystem, das den Studienerfolg von einer unkritischen Lernhaltung abhängig macht.

Deshalb wird sich das WAHLKURATORIUM gegen alle rein administrativen Maßnahmen wenden und die rationale, öffentliche Diskussion fordern, fördern und führen.

WAHLKURATORIUM Blatt 1

20. Konvent

IHRE KANDIDATEN:

JUR.-FAK.

Helmut Jorsten
Rudolf Rogler
Günter Schmidt

MED.-FAK.

Rieke Alten
Walter Köhle
Tim Peters
Guido Vogt
Wolfgang Wagner

WISO.-FAK.

Horst Arndt
Hannelore Börgel
Hans Utz Foerderreuther
Günter Greiff
Stefan Grzimek
Günter Hedderich
Frank Herterich
Bernhard Klingmüller
Franz Ring
Gerd Röder
Rolf D. Rosenbrock
Eike Schweichel
Siegfried Stahn
Peter Strotmann
Klaus J. Walsleben
Gerd Weghorn
Hans Joachim Ziesing

PHIL.-FAK.

Peter Anhalt
Martin Bellermann
Peter Bracht
P. Efstathiadis-Stangos
Hans Joachim Funke
Annemarie Garrels
Werner Heuler
H.J. v. Kondratowitz
Malte Ludin
Jutta Menschik
Ursel Rütt-Förs
H.J. Siepmann
Mathias Sommer
Winfried Tremper
Eberhard Wesche
A. Wiesand

wahlkuratorium

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt das Wahlkuratorium vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt heraus. Vorgestellt werden die Kandidaten zum Konvent.
Q: Wahlkuratorium: Helfen Sie durch Ihre…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

WAHLKURATORIUM

Helfen Sie durch Ihre Stimme mit, daß die Bemühungen um eine fortschrittliche Hochschul- und Studienreform jetzt nicht unterbrochen werden!

WÄHLEN SIE NUR KANDIDATEN, DIE SICH FÜR FOLGENDE FORDERUNGEN EINSETZEN:

- ABSCHAFFUNG DES DISZIPLINARRECHTS
- DEMOKRATISIERUNG DER UNIVERSITÄTS-STRUKTUR DURCH ÖFFENTLICHKEIT ALLER UNI-GREMIEN, EINSPRUCHSRECHT DER STUDENTEN, ABBAU DER ANTIQUIERTEN RECHTE DER ORDINARIEN UND NEUORDNUNG DES AKAD. MITTELBAUS.
- EINFÜHRUNG EINES STUDIENHONORARS (ALLG. AUSBILDUNGSFÖRDERUNGSGESETZ)
- HOCHSCHUL- UND STUDIENREFORM MIT DER KRITISCHEN UNIVERSITÄT
- ABSCHAFFUNG UND VERHINDERUNG JEDER FORM VON ZWANGSEXMATRIKULATION UND NUMERUS CLAUSUS

ES [illegible] ZUR ZEIT MODERN, SICH FÜR REFORMEN AUSZUSPRECHEN - SIE [illegible]ERDEN DAS IM WAHLKAMPF BEMERKT HABEN. WÄHLEN SIE NU[illegible] KANDIDATEN, DIE AUCH IN DER LAGE SIND, DIESE REFORMEN DU[illegible]CHZUFÜHREN! WÄHLEN SIE DIE KANDIDATEN DES WAHLKURATORIUMS

Phil. F[illegible]K.:

ARNOLD
BELLERMANN
BRACHT
BRUCKER
BUCHRUCKER
BÜCHNER
EFST.-STANGOS
FISCHER
FUNKE
GARRELS
HEULER
KONDRATOWITZ
KOTOWSKI
MEINKEN
MENSCHIK
PLOGSTEDT
SCHERER
SIEPMANN
SOMMER
TREMPENAU
TREULIEB
UMBACH
WESCHE
WIESAND

Wiso-Fak.:

ARNDT
BÖRGEL
FÖRDERR[illegible]
GREIFF
GRZIMEK
HEDDERICH
HERTERICH
KLINGMÜLLER
RING
ROSENBROCK
SCHWEICHEL
STAHN
STROTMANN
WALSLEBEN
WEGHORN
ZIESING
RÖDER

Med. Fak.:

ALTEN
KÖHLE
PETERS
VOGT
WAGNER

Jur. Fak:

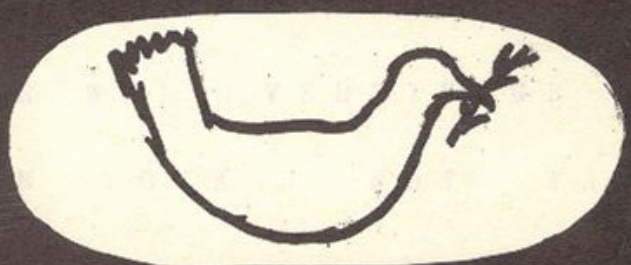
JORSTEN
ROGLER
SCHMIDT

20.11.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Make love - not war: wählt Volker Schröder", der sich für Gewaltlosigkeit und Verständigung einsetzt.
Q: Schröder, V.: Make love - not war: wählt Volker Schröder, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

make love-not war:
wählt Volker Schröder

Fordert nicht: Enteignet
den Kapitalisten!
Fragt lieber: Unternehmer,
wärest Du nicht glück=
licher, wenn Du durch
einen Verzicht auf Dein
Eigentum mithelfen würdest
zu verhindern, daß so un=
endlich viel Leid auf
der Welt entsteht?

Nur wer die Herzen bewegt,
bewegt die Welt.



bitte nach der lektüre weitergeben oder in den papierkorb werfen - nicht in der gegend herumflattern lassen - aus liebe zu den reinmachefrauen und straßenfegern!

Wie peinlich, daß jemand glaubt, mit solchem "sentimental-romantischen Zeug" "kritisch-rational denkende Studenten" bewegen zu können!

Dabei meine ich es ernst:

Das Rad der Geschichte dreht sich nach links.
Einige wollen es schneller drehen. Sie werfen mit Steinen und möchten Revolution machen.
Andere wollen es anhalten oder rückwärts drehen. Sie führen Kriege, weil sie ihr jetztiges System für so gut halten, daß es sich lohnt und erlaubt ist, andere dafür totzuschlagen.
Ich möchte mich für kein System totschlagen lassen; ich halte es nicht einmal für zulässig, daß zur Erhaltung irgendwelcher Systeme irgendwelche Nachteile für den einzelnen Menschen entstehen dürfen. - So ist es doch ganz gleichgültig, wieviel anerkannte Deutschlands es gibt, wenn wir dafür im Sommer nach Heiligendamm an die Ostsee fahren können oder Tante Marte aus Wedding ihre Nichte am Alex treffen kann.

Ihr alle wißt aber, daß wir von Leuten regi ert werden, die um gewisse Phrasen willen solches verhindern.
Und ihr wißt auch, daß sich unsere Regierung darüber hinaus mit Leuten solidarisiert, die ihre Söhne um solcher Phrasen willen totschlagen lassen.

Wie man in dieser Situation unpolitisch bleiben kann, verstehe ich nicht. Wer heute meint, daß die Würde der Universität verletzt wird, wenn sie sich in die Lösung dieser Fragen einmischt, ist ein Träumer!

Da unsere Väter es nicht geschafft haben, die Gegensätze zu überwinden ist es jetzt unsere Pflicht, für Verständigung zu sorgen!

J U G E N D D E R W E L T V E R E I N I G E D I C H !

M A K E L O V E - N O T W A R !

Volker Schröder

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt die Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN) in den Vereinigten Arbeitsgemeinschaften (VAFU) vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Wahlen zum 20. Konvent!" heraus, in dem die Kandidaten der ABN vorgestellt werden.
Q: ABN: Wahlen zum 20. Konvent, Berlin O. J. (1967)

5.12.67 Foto 2

Arbeitsgemeinschaft

Berliner

Naturwissenschaften

in der **VAFU**

Wahlen zum 20. Konvent!

Die Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler ist eine Vereinigung von Studenten der Mathematisch Naturwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin. Sie hat primär eine wissenschaftliche Zielsetzung, indem sie versucht, über das rein fachliche hinaus gehende Probleme der einzelnen Studienfächer in Arbeitskreisen zu behandeln und die an der Universität vernachlässigte Verbindung zwischen der Theorie des Faches und der Praxis des Berufslebens herzustellen.

Aus der jetzigen hochschulpolitischen Situation, deren gefährliche radikaldemokratische Tendenzen nicht mehr zu verkennen sind, haben sich einige ihrer Mitglieder entschlossen, für den 20. Konvent zu kandidieren, um nicht nur die Meinung derjenigen Studenten zu vertreten, die sich bis jetzt nicht für die Politik von AStA und Konvent interessiert haben und damit auch keinen Einfluß auf diese Politik ausgeübt haben, sondern auch um zu verhindern, daß die Freie Universität einer weiteren Radikalisierung entgegengeht, in der die Freiheit von Forschung und Lehre nicht mehr gegeben ist.

Die Kandidaten der
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler
setzen sich für folgendes hochschulpolitische Programm ein:

- Sinnvolle Erweiterung des Berliner Modells durch konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Mitgliedern der Universität.
- Unverzügliche Auseinandersetzung mit dem neuen Hochschulgesetzentwurf.
- Kritische Bestandsaufnahme und Weiterführung der Arbeit in den Studienreformkommissionen.
- Erprobung neuer Formen von Lehrveranstaltungen.
- Einführung interfakultativer Gemeinschaftskollegs, die aktuelle Probleme der Fächer und ihrer Grenzgebiete behandeln.
- Verbesserung der Förderungsbedingungen durch ein neues Ausbildungsförderungsgesetz.
- Beschränkung des bestehenden Disziplinarrechtes.

Gerhard Schaefer (26),
8 Sem. Chemie, seit SS 1964 an der FU.

Gerhard Holzmann (26),
13 Sem. Chemie, seit SS 60 an der FU

Joachim Petermann (21),
6 Sem. Mathematik, seit SS 65 an der FU

Eckhard Graudenz (27),
13 Sem. Chemie, Mitglied des 19. Konvents

Unterstützen Sie uns in der Verwirklichung dieses Programms, indem Sie zur Wahl gehen und ihre Stimme den Kandidaten der ABN geben.

Paul Müller (24),
2 Sem. Pharmazie, seit SS 67 an der FU

Dietrich O. Mülller (30),
16 Sem. Geographie, seit SS 57 an der FU

Michael Foof (21),
6 Sem. Mathematik, seit SS 65 an der FU

Joh. Michael Nebe (26),
11 Sem. Geographie, seit WS 62 an der FU

Auch Ihre Meinung muß im Konvent vertreten sein!
Gehen Sie zur Wahl!

Wählen Sie die Kandidaten der

Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN)!

Gerhard Schaefer, 1 Berlin 38, Potsdamer Chaussee 31—33

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

20.11.1967:
Am OSI der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, ein Flugblatt "Gegendarstellung" von Gerd Weghorn zur Polemik von L. Rininsland gegen die ad-hoc Gruppe.
Q: Weghorn, Gerd: Gegendarstellung, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

10.11.

Gerd Weghorn: Gegendarstellung

WARUM DIFFAMIERT L.RININSLAND?

1.Der Sachverhalt:
Herr R. führt in seiner bösartigen Polemik gegen die ad-hoc Gruppe eine Aussage von mir an, die in dieser Form und mit der von R. unterstellten Intention nicht vorgebracht worden ist. Ich hatte in meiner Beurteilung der Lage am OSI, die zu meinem Fazit führte, daß gegenwärtig weder im Lehrkörper noch im Gros der Studentenschaft die Bereitschaft zu einer Studienreform in unserem Sinne bestehe, eine Differenzierung der typischen Haltungen auch im Lehrkörper versucht.Ich meinte zwei Motivationen dieser ablehnenden Haltung feststellen zu können: Ein Teil des Lehrkörpers versuche, der objektiven Zwanlage, der sich das OSI durch einen Massenandrang von Politolog konfrontiert sieht, durch eine weitgehend reglementierte Ausbi zu begegnen dung, und deshalb schon theoretisch nicht in der Lage sein könn die von uns intendierte umfassende Studienreform mitzuvollzieh das mangelnde Interesse an Experiment und Diskussion als Vorbe dingung einer wirklichen Prüfungsordnungs-Reform,versuchte ich durch eine traditionalistische Grundhaltung, die"konservativ bis faschistoid" sei, zu erklären. Die Diskussion über den letten Begriff ergab eine Ablehnung desselben, weil dieser,historisch vorbelastet, den Sachverhalt nicht treffen kann.

2. Die Stellungnahme:
Was intendiert Herr R. mit dieser Wiedergabe einer aus dem Kontex gelösten, von mir hypothetisch-provokativ verstandenen Aussage? Da er oftmals Teilnehmer unserer für jeden offenstehenden Sitzungen in der ESG (Montags 13,30) gewesen ist, hätte er - wenn ihm an einer sachlichen Kritik liegen würde mich nochmal um eine Stellungnahme gebeten. Denn:
Lutz Rininsland war nicht bis zum Ende der Diskussion anwesend gewesen!
Er weiß aus diesem Grunde auch detailliert um die einzelnen Schritte unserer ernsthaften Bemühungen, die Studienreform-Diskussion anzuregen und durch Projekte zu konkretisieren. Ihren Niederschlag haben diese Aktivitäten auch in den Info-Diensten 93-97 und in den Studienreform-Papern ihren Niederschlag gefunden (Vorschläge zur Lehrplangestaltung, Fragebogen zur Zwischenprüfung, Konzeption einer Gruppe zur"empirischen Analyse der Studienbedingungen am OSI").An diesen Taten sollte die Gruppe gemessen werden, und auch diesbezüglich hätten wir an H errn R. in der Vollversammlung einige Fragen zu stellen, die - soweit es bei ihm möglich ist - sachlich zu beantworten wären.
FRAGE 1: Warum diffamiert Lutz Rininsland?

Gerd Weghorn

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt die Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fakultät (APhil) in den Vereinigten Arbeitsgemeinschaften (VAFU) vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Wir stellen zur Wahl: Permanente Reform" heraus, in dem die Kandidaten der APhil vorgestellt werden.
Q: APhil: Wir stellen zur Wahl: Permanente Reform, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

7.12.67

E 702

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

A Phil

Wir stellen zur Wahl:

Permanente Reform

Die Freiheit von Forschung und Lehre muß vor jedem totalitären Anspruch geschützt werden; Ideologiekritik hat sich gegen jede sich absolut setzende Position zu richten — sei sie politischer oder weltanschaulicher Art.

Nur eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Mitgliedern der Universität wird auf lange Sicht zu einer sinnvollen Erweiterung des Berliner Modells führen. Von einem 20. Konvent muß nach kritischer Bestandaufnahme die Weiterführung der **Arbeit** der Studienreformkommission gefordert werden.

Wir setzen uns für neue Formen von Lehrveranstaltungen ein; namentlich die Vermittlung der fachlichen Praxis durch deren Repräsentanten sollte zu einer ständigen Einrichtung des Lehrplans werden.

Ulrich Steinmüller

Claudia Schmölders

Eckard Düwal

Klaus Garnatz

Elisabeth Dickmann

Peter Rosumek

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE KANDIDATEN!

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt die Aktion 20. Konvent vermutlich in dieser Woche ihre Wahlzeitung der Phil.-Fak. heraus.
Q: Aktion 20. Konvent: Wahlzeitung der Phil.-Fak., O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Eckel
5.12.67

AKTION 20. KONVENT FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

Die progressive Alternative

WAHLZEITUNG der PHIL.-Fak.

Peter A. Philipp
23, 7. Sem. Politologie
Mitglied des 19. Konvents.

Das Recht der freien Meinungsäußerung ist nicht nur ein wesentlicher Bestandteil des Grundgesetzes, sondern vor allem ein unveräußerliches Menschenrecht. Die Demonstration ist das legale Mittel einer Minderheit, ihre politische Überzeugung zu verkünden. Den Demonstranten muß die größtmögliche Verbreitung ihrer Ansichten gewährleistet werden, dazu gehört notwendigerweise auch die freie Wahl von Ort und Zeitraum. Eine Verweigerung der Demonstration aus „verkehrstechnischen Gründen" lehnen wir ab, da sie als Mittel des Staates zur Unterdrückung einer unbequemen Meinung dienen kann. Die polizeiliche Genehmigung soll prinzipiell ein formeller Akt sein, bei dem jedoch Freiheit der Demonstranten und Freiheit der Unbeteiligten gegeneinander abgewogen werden müssen. Es ist klar, daß große Menschenansammlungen Reibungen hervorrufen, keinesfalls darf aber aus der Demonstration eine Aktion geplanter Übergriffe werden. Dies zu verhindern ist ebenso Aufgabe der Ordnungsmacht, wie der Schutz der Demonstranten vor Andersdenkenden.

Christian Hacke

Ich studiere im 4. Semester Politologie und bin Mitglied der „Aktion 20. Konvent". Sie erliegen einem Vorurteil, wenn Sie meinen, diese Aktion wäre der verlängerte Arm des RCDS, dem ich nicht angehöre. An dieser Aktion ist z. B. auch ein SPD-Mitglied beteiligt. Ich selbst gehöre keiner Partei und keiner Hochschulgruppe an.

Ich bin Mitarbeiter an der Zeitschrift „Der Politologe" und gehörte im letzten Semester der Fachschaft des OSI an, als ich in Zusammenarbeit mit dem Öffentlichkeitskomitee des AStA die Aktion „Studenten in die Schulen" leitete.

Ich bin für ein Vorpreschen der Studentenschaft, um durch eigene Aktivität die Hochschulreform voranzutreiben, wenn die Universität zur Selbstreform nicht fähig ist und aus diesem Grunde stimme ich der KU zu. Aber sie muß zum Beispiel umfassender Reformversuche werden und nicht, wie ich manchmal die Befürchtung habe, eine Übergangsstufe zu einer Gegenuniversität mit antiparlamentarischer Zielsetzung.

Ich will mir aber selbst an Hand der Realität ein Urteil bilden, der KU beitreten, und im Aktionszentrum für Schüler mitarbeiten, um zu sehen, ob die KU tatsächlich so ideologiebelastet ist.

Unser Ziel ist nicht eine Universität von Studenten durch Studenten und Studentendozenten oder gar Verneinung der Professorenschaft.

Nein, wir müssen den mittelalterlichen Zunftherren klar machen, daß neue Denk- und Lehrmethoden nötig sind, aber wir wollen sie doch nicht gleich ins Exil schicken.

Wir müssen uns an den progressiven Teil der Professoren wenden, den es gibt, um einen herrschaftsfreien Dialog in die Wege zu leiten, auch an der KU.

Dazu bedarf es noch eines weiteren:

Ich habe manchmal die Befürchtung als ob wir hier an der Universität nur noch eins gemeinsam haben: Die Gemeinsamkeit des Vorurteils:

horizontal, indem wir einfache Schwarz-Rot-Malerei machen,
vertikal, indem wir die gesamte Professorenschaft als reaktionär oder sogar faschistoid abstempeln, sie aber auch nicht zimperlich ist, uns mit Kosenamen zu belegen.

Diese verharschten Fronten müssen aufgebrochen werden, damit eine Vertrauensgrundlage geschaffen wird. Dies ist die Grundlage für jeden sachlichen und herrschaftsfreien aber auch harten Dialog.

Wolfgang Popp

21, Abitur 1967 an der Erich-Hoeppner-Schule, Berlin. SS 1967 immatrikuliert, 2. Fachsemester Geschichte, 1. Fachsemester Politologie

Seit der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Berlin in der Frage des politischen Mandats ist die Diskussion in ein neues Stadium getreten. Wurde das politische Mandat bisher vom AStA und Konvent praktiziert und gab es dazu verschiedene Rechtsauffassungen, so ist nun die offizielle Rechtsauffassung in der Ablehnung des politischen Mandats verharrt, das Gericht konnte sich nicht zu einem richtungsweisenden Entschluß durchringen, was äußerst bedauerlich ist.

Trotz dieses Gerichtsurteils, das zwar noch nicht rechtskräftig ist, das aber aller Voraussicht nach auch in den nächsten Instanzen bestätigt werden wird, sollte vom AStA und Konvent das politische Mandat in vernünftiger Weise gehandhabt werden. Dann wird es sich zeigen, ob die Administration immer aufs Neue die Beschlüsse für unzulässig erklärt, oder ob sie wie bisher diese Beschlüsse stillschweigend hinnimmt.

Auf alle Fälle muß im neuen Hochschulgesetzentwurf die rechtliche Möglichkeit zum politischen Mandat verankert sein.

In der letzten Woche fand eine spontane Demonstration vor der griechischen Militärmission statt, zu der auch ich im Audi-Max. aufgerufen hatte. Es scheint mir eine unbedingte Notwendigkeit zu sein, direkte Aktionen gegen das griechische Militärregime zu unternehmen, will man nicht mitschuldig werden an der Etablierung der Diktatur in Griechenland. Die Demonstration war ein erster Ansatz zu direkten Aktionen, es wird auch die Aufgabe des nächsten Konvents sein müssen, zu diesem Regime Stellung zu nehmen und konkrete Aktionen der Studentenschaft vorzuschlagen. Sollte ich gewählt werden, werde ich mich mit allen Mitteln im Konvent und darüberhinaus in der Studentenschaft für solche Aktionen einsetzen.

Til Petersen

22, 6. Sem. Romanistik/Geschichte, geb. Berlin, Mitglied der SPD

Als ich 1965 selbst zum ersten Male durch meine Stimme einen Konvent mitgestalten half, wählte ich „links" — getreu meinem sozialdemokratischem Background. Auch heute noch würde ich sagen, daß ich in der damaligen Situation richtig gewählt habe, obwohl ich in der Zwischenzeit zu einem entschiedenen Gegner der AStA-Politik geworden bin. Die hochschulpolitischen Reformideen, die mich damals zu meiner Wahl bestimmten, sehe ich nach zwei Jahren nur ansatzweise verwirklicht, und ihre Realisierung scheint mir durch die ständige Verknüpfung mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen ernsthaft gefährdet. Die Studentenschaft der FU befindet sich also zur Zeit in einer Situation zwischen Skylla und Charibdis — auf der einen Seite eine starre hierarchische Struktur der Lehrenden, die größtenteils bemüht sind, ihre traditionellen Vorrechte zu wahren — auf der anderen Seite eine ebenso starre ideologisch festgelegte Gruppe von Studenten, die jegliche Studienreform mit gesellschaftspolitischen Forderungen verbindet, und somit die dringend anstehende Lösung der uns alle betreffenden Probleme behindert.

Der einzige Ausweg aus dieser Lage scheint mir ein verstärkter Pluralismus im Konvent. Prominente Hochschulgruppen wie SHB, LSD, HSU müßten ihre Angst, Wähler zu verlieren, überwinden und sich ein Profil zulegen, in Sachfragen klare Programme ausarbeiten und zu einer — gemäß ihres politischen Standortes differenzierten Beurteilung der gesellschaftlichen Situation zu finden. Wir brauchen den SDS in seinen hochschulpolitischen Anregungen — wir täten dem SDS aber den schlechtesten Gefallen, wenn wir ihn nicht durch Alternativen zwängen, seine eigene Konzeption ständig zu reflektieren.

Die in der AKTION 20. KONVENT vereinten Kandidaten haben nach langer gemeinsamer Diskussion ein Arbeitspapier verabschiedet, das Grundlage unserer Arbeit nach der Wahl sein soll. Bitte machen Sie sich die Mühe, sich mit unserem 11-Punkte-Programm kritisch auseinander zu setzen. Lohnen Sie damit die Mühe, die wir uns gemacht haben, Ihnen eine Alternative zu bieten.

Albrecht Förschler

20, 3. Sem. Politologie, geb. Sevilla/ Spanien. Abitur 1963, seit WS 1966 FU

Martin Kempe

24, 3. Sem. Politologie, Abitur 1964, seit WS 1966/67 an der FU Mitglied des 19. Konvents

Ingrid Dreyer

21, 4. Sem. Politologie, geb. in Horst/ Holstein. Abitur 1966, seit SS 1966 an der FU

Marion Werner

19, 3. Sem. Romanistik/Anglistik, seit WS 1966/67 FU

Klaus-Peter Schönherr

25, 6. Sem. Politologie, Elektromonteurlehre, Vorstudienanstalt (ABF), Universität Halle

Othmar Nicola Haberl

24, 8. Sem. polit. Wiss. Osteuropa, geboren in Sarajevo, seit WS 1965 an der FU

AKTION 2. KONVENT FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

Rolf-Peter Lange

23, 5. Sem. Politologie, geb. in Neuruppin, Abitur 1963, Verlagskaufmann, seit WS 1965 an der FU

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

20.11.1967:
An der Phil. Fak. der FU Berlin gibt die Aktion 20. Konvent vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Die progressive Alternative" heraus.
Q: Aktion 20. Konvent: Die progressive Alternative Phil, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

AKTION 20. KONVENT
FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

Die progressive Alternative

Nicht nur auf gesamtuniversitärer Ebene, sondern besonders in einer so vielschichtigen Fakultät, wie der Philosophischen, müssen fachspezifische Studienreformen an den einzelnen Instituten durchgeführt werden, z. B. die Zusammenfassung mehrerer korrespondierender Fächer zu Abteilungen und die Errichtung von Zentralinstituten für langfristige Forschungsprojekte. Außerdem müssen die Richtlinien für das Grundstudium neu geordnet und vereinheitlicht werden. **Das Grundstudium kann nicht als einzigen Sinn die Anhäufung von Wissen haben, ohne wirklich wissenschaftlich darüber zu arbeiten.** Zur Zeit wird jedoch die wissenschaftliche Arbeit kaum gefördert.

Über die engen Grenzen der Fakultät hinaus, sollten **ständige Studienreform-Kommissionen** errichtet werden, die, **paritätisch besetzt, permanente Studienreform** betreiben müssen. Darüberhinaus sollte das **politische Mandat** in vernünftiger Weise vom Konvent **gehandhabt werden.**

Es kandidieren an der Philosophischen Fakultät folgene Kandidaten für die AKTION 20. KONVENT, die alle ihre Unterstützung benötigen:

Marion Werner
Ingrid Dreyer
Martin Kempe,
Mitglied des 19. Konvents
Peter A. Philipp,
Mitglied des 19. Konvents
Wolfgang Popp
Til Petersen
Albrecht Förschler
Othmar Nicola Haberl
Rolf-Peter Lange
Klaus-Peter Schönherr

Wählen Sie diese Kandidaten, wählen Sie en bloc!

engagiert **progressiv** **demokratisch**

Verantwortlich: AKTION 20. KONVENT – FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

20.11.1967:
An der WiSo-Fak. der FU Berlin gibt die Aktion 20. Konvent vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Die progressive Alternative" heraus.
Q: Aktion 20. Konvent: Die progressive Alternative WiSo, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

E 5702

AKTION 20. KONVENT
FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

Die progressive Alternative

Auch an dieser Fakultät kandidieren Mitglieder der AKTION 20. KONVENT. Wie an den anderen Fakultäten, so wollen sich auch diese Kandidaten für eine fachspezifische, allein auf die einzelnen Fächer bezogene Studienreform einsetzen. **Besonders sollen die sozialwissenschaftlichen Fächer einer grundlegenden Reform unterzogen werden. Dazu wäre die Zusammenfassung dieses Gebietes in einer eigenen Abteilung von großem Nutzen.** Es sollte auch daran gedacht werden, interdisziplinäre Institute zu errichten.

Im gesamtuniversitären Bereich sollte die Arbeit der Hochschul- und Studienreformkommissionen – paritätisch besetzt – ihre Arbeit, die durch den AStA blockiert wurde, intensiv wiederaufnehmen.

Wählen Sie deshalb auch an dieser Fakultät die Kandidaten der AKTION 20. KONVENT, die wir Ihnen nochmals namentlich vorstellen wollen:

Ute Koch

Wighard Härdtl, ehem. Pressereferent AStA-Mainz

Dieter van Helt

Norbert Engel

engagiert **progressiv** **demokratisch**

Verantwortlich: AKTION 20. KONVENT – FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraß

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt die Aktion 20. Konvent vermutlich in dieser Woche ihre Wahlzeitung der WiSo-Fak. heraus.
Q: Aktion 20. Konvent: Wahlzeitung der WiSo-Fak., O. O. (Berlin) O. J. (1967)

AKTION 20. KONVENT
FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

Die progressive Alternative

WAHLZEITUNG der WiSo-Fak.

Ute Koch

22, 4. Sem. Politologie, geb. in Berlin. Seit SS 1965 an der FU. Wird sich für eine umfassende Hochschul- und Studienreform einsetzen. Revolution als Mittel zur Durchsetzung berechtigter stud. Forderungen lehnt sie ab. Sie befürwortet eine kritische FU, aber keine KU, die die bestehende FU ablehnt, sich aber nicht ernsthaft bemüht, sie durch Reformen zu verbessern. Mitglied im RCDS.
Aktion 20. Konvent.

Wighard Härdtl

Geb. 31. 3. 1943 in Tetschen/Elbe. Abitur 1964 in Mainz. Studium der Politologie an der Universität Mainz, dort zwei Semester im AStA (Presse-referat) und danach Abgeordneter im Studentenparlament. Seit WS 1965/ 1966 am Otto-Suhr-Institut der FU. Zwischenprüfung im SS 1966.

Die Diskussion an der Universität um eine Studien- und Hochschulreform wurde im Laufe der letzten Zeit in den Hintergrund gedrängt. Das ist nicht verwunderlich, denn die Interessen des AStA liegen auf einem anderen Gebiet. Durch sein Plakat „den rechten weg wählen" hat er seine Ziele offenbart. **Die Studentenschaft wird diesen Weg nicht gehen, nämlich eine Studienreform über Kritische Universität, Politisches Mandat, Griechenland, Lateinamerika und Vietnam** zu erreichen. Wir wollen nicht einen Irrweg durch einen politischen Dschungel gehen, sondern auf geradem Wege eine Studien- und Hochschulreform erkämpfen. In AStA und Konvent ist diese Frage zu einem formalen Aushängeschild geworden. Das politische Mandat, dessen Berechtigung ich u. a. aus historischen Gründen erkenne, wurde überstrapaziert und lenkte von den eigentlichen Problemen der Studentenschaft ab. Hier müssen die Prioritäten gesehen werden.

Die Kritische Universität ist für mich nicht ein Mittel zur Studienreform, sondern ein Instrument im angestrebten Klassenkampf, das mit Geldern der Studentenschaft finanziert werden soll. Ich bitte Sie eindringlich, das KU-Programm einmal kritisch zu studieren und verweise besonders auf den Abschnitt „Die Gegenuniversität in der Kritischen Universität" auf Seite 40, wo die Ziele deutlich genannt sind. Schon mehrmals kam es in der Vergangenheit vor, daß entscheidende Veröffentlichungen nicht gelesen und richtig verstanden wurden. Die KU gibt sich einen wissenschaftlichen Anstrich, glücklicherweise schimmert jedoch der Untergrund durch. Nehmen sie beispielsweise den Arbeitskreis 8 „Springertribunal" (S. 52). Im Vorspann heißt es: „Seit langem benutzt der Springerkonzern sein Pressemonopol in Westberlin, um die Bevölkerung gegen die studentische Opposition aufzuhetzen" und als Facit: „Die Springerblätter sind an die Stelle der faschistischen Massenorganisationen getreten!" Die Zielrichtung wird am Ende festgelegt: „Die Ergebnisse des AK bilden die Grundlage des in diesem Semester stattfindenden Springertribunals." **Das vorgefaßte Ergebnis soll also wissenschaftlich untermauert werden.** Eine wissenschaftliche Analyse muß sich aber wenigstens um Objektivität bemühen und nicht aus einer verständlichen Ablehnung von Springers Pressemonopol heraus das Untersuchungsergebnis vorwegnehmen.

Ich bekämpfe die KU, weil sie die Freie Universität zerstören will und ihre Reform hemmt. Niemand hindert den AStA daran, Parallelveranstaltungen oder eigene Seminare durchzuführen und mitreformfreudigen Professoren und Assistenten neue Wege im Studium zu finden. Ich werde im Konvent nur einen AStA unterstützen, der die Hochschulpolitik eindeutig in den Vordergrund stellt.

Dieter van Helt,

21 Jahre, 4. Semester Politologie,
geb. in Werlte/Niedersachsen.
Seit SS 1967 an der FU.

Ich möchte mich ganz besonders an die Studenten wenden, die keine Revolution der Gesellschaft wollen, sondern denen es um eine echte Reform der Universität geht. Das besagt nicht, daß ich mich gegenüber den durchaus bestehenden Strukturdefekten unserer Gesellschaft blind stelle, vielmehr glaube ich an die Nowendigkeit einer systemimmanenten, durchgreifenden Reform unseres Staatswesens, auch von der Seite der Studenten; denn der Student steht nicht außerhalb unserer Staatsordnung, sondern er sollte sich bemühen, als aktiver Bürger unsere Gesellschaft mitzugestalten.

Das ernste Bemühen um eine Studien- und Hochschulreform muß sich in erster Linie in der Arbeit des 20. Konvent widerspiegeln. Mir scheint jedoch eine Hochschulreform ohne umwälzende Studienreform undiskutabel zu sein.

Als Hauptforderungen einer Studienreform sehe ich:

1. Gestaltung der Vorlesungen als Colloquien mit intensiver Diskussion zwischen Studenten und Professoren.

2. Ablösung der bisherigen enzyklopädischen Standardvorlesungen durch Problemvorlesungen und Ablösung der Grundvorlesungen durch Vorlesungsskripten.

3. Ständige Lehrveranstaltungen über die neueste Literatur auf dem Fachgebiet.

4. Verpflichtung des Dozenten vor Semesterbeginn Inhalt, Aufbau, Voraussetzungen und Ziel seiner Übungen mitzuteilen.

5. Institutionalisierung von Vorlesungsrezensionen.

6. Neuordnung der Prüfungs-, Promotions- und Habilitationsverfahren.

Als effektive Möglichkeit der Durchsetzung dieser studien- und hochschulreformerischen Forderungen sollte der Konvent einen Gesetzesentwurf mit großer Mehrheit verabschieden und sich einer breitesten Unterstützung aller Studenten durch eine Urabstimmung vergewissern. Auf dieser gefestigten Grundlage sollte dann die Studentenschaft in eine energische Diskussion mit den übrigen Mitgliedern der Universität und den zuständigen staatlichen Stellen eintreten.

Norbert Engel

21, 3. Sem. Politologie, geb. in Brühl. Seit SS 1967 an der FU. Setzt sich für eine tiefgreifende Hochschul- und Studienreform ein, z. B. Aufhebung des Disziplinarrechts, verstärkte stud. Mitbestimmung in den akad. Selbstverwaltungsgremien, Ablehnung der Zwangsexmatrikulation und des Numerus clausus, Neugliederung der Universität, Neuordnung des Promotions- und Habilitationsverfahrens, Forderung nach wirksamerer stud. Sozialversicherung. Bereit, eine KU zu unterstützen, aber Ablehnung dieser KU wegen einseitig-ideologischer Ausrichtung.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Aktion 20. Konvent.

AKTION 20. KONVENT FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt das Wiso-Wahlkuratorium vermutlich in dieser Woche sein erstes Flugblatt unter dem Titel "Wir stellen uns vor" heraus. Vorgestellt werden die Kandidaten zum Konvent. Kritisiert werden die Aktion 20. Konvent und die VAFU.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: Wir stellen uns vor, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

WISO-WAHLKURATORIUM
1. Flugblatt

WIR STELLEN UNS VOR

Diese Mannschaft will die Kontinuität der Arbeit der WiSo-Studentenvertretung sichern.

** S T A T T UNPOLITISCHER NAIVITÄT:
HOCHSCHULPOLITISCHE KONZEPTION!

** S T A T T FLOSKELN ÜBER SACHLICHE ARBEIT:
TATSÄCHLICHE ARBEIT!

** S T A T T MONATELANGER, UNVERBINDLICHER DISKUSSION ÜBER DETAILFRAGEN:
PRAKTISCHE HOCHSCHULREFORM MIT DER KRITISCHEN UNIVERSITÄT!

Horst Arndt	(-)	
Hannelore Börgel	(BDV)	Zul.-Beauftragte WiSo, 19. Konv
Hans Utz Foerderreuther	(-)	Obertutor d. stud. Tutoren
Günter Greiff	(BDV)	
Stefan Grzimek	(SHB)	AStA-Ref. 1966, Mitgl. 19. Konv
Günter Hedderich	(SPD)	Zulassungsreferent WiSo, 19. Ko
Frank Herterich	(SPD)	Mitgl. d. 19. Konvents
Bernhard Klingmüller	(SDS)	
Franz Ring	(LSD)	
Gerd Röder	(BDV)	WiSo.-Fak.-Sprecher, 19. Konv.
Rolf Rosenbrock	(BDV)	
Eike Schweichel	(SDS)	OSI-Ältestenratsmitglied
Siegfried Stahn	(SHB)	
Peter Strotmann	(SDS)	
Klaus J. Walsleben	(SPD)	
Gerd Weghorn	(SDS)	
Hans Joachim Ziesing	(-)	AStA-Ref.66,Kurator.-Spr.67, Mitgl. d. 18. u. 19. Konv.

Über folgende Themen werden wir Sie in den nächsten Tagen unterrichten:

* Arbeit der paritätischen Studienreformkommission an der WiSo: Sachliche Nebensachen.

* KRITISCHE UNIVERSITÄT an der WiSo

* Zwischenprüfung à la Wissenschaftsrat: Regulierzng der Studentenzahlen.

* Möglichkeiten zur praktischen Studienreform

* KONZEPTION EINES GRUNDSTUDIUMS

* Disziplinarrecht: Wie man Reform durch Veto erzwingt

* STUDENT UND GESELLSCHAFT, WISSENSCHAFT UND POLITIK: Ja zur politischen Verantwortung!

Die "Aktion 20. Konvent", die FAVU und die Unpolitischen treten unter dem Motto an: Die Studentenvertreter wolle die Weltrevolution und versäume die Studienreform. Die Rechten und die Unpolitischen kultivieren Springers Buh-Männer. Sie tragen "linke" Reformparolen vor sich her und mimen Fortschrittlichkeit.
Unsere Antwort:
Wir berichten Ihnen aus der praktischen Arbeit der Studentenvertretung. Wir berichten Ihnen von unseren Erfahrungen in Kommissionen und akademischen Gremien.

20.11.1967:
An der TU Berlin gibt das Aktionskomitee für politische Arbeit (APA) vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt "Hallo Ihr Spießer" heraus, das uns in zwei Farben vorlag.
Q: APA: Hallo Ihr Spießer, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

APA

Hallo Ihr Spießer
von mehr oder weniger rechts

Ihr seid gegen Politik
an der TU
aber um das durchzusetzen
müßt Ihr erst mal
welche machen
merkt Ihr denn nicht
daß etwas durchzusetzen
Politik machen bedeutet

Ihr fordert
Appartementwohnungen für Studenten
und versprecht zum Wahl - Nikolaus
wofür Wir schon lange
auf der Liste der politischen Polizei stehen
aber Euer Katalog ist zum gähnen
weil ihm nie folgen werden
Aktionen gegen die Herrschenden
von deren Gunst Ihr profitiert

in Wirklichkeit wollt Ihr uns so vertreten
daß der Rektor in Ruhe
sein autoritäres Hochschulgesetz genießt
die Kurras- und Fritz Teufel-Justiz
ungescholten bleibt
der Shah wiederkommen kann
und Springers Dreckschleuder
nicht enteignet wird

somit Ruhe und Ordnung herrschen
wenige das Wort haben
uns aber
die Gelegenheit zum Reden
genommen werden soll

Wir haben keine CDU-Kasse
und keine Alten Herren hinter uns
Wir sind auf TU-Studenten angewiesen

Ihr werdet Euch wundern
TU-Studenten wählen progressiv

APA

Hallo Ihr Spießer
von mehr oder weniger rechts

Ihr seid gegen Politik
an der TU
aber um das durchzusetzen
müßt Ihr erst mal
welche machen
merkt Ihr denn nicht
daß etwas durchzusetzen
Politik machen bedeutet

Ihr fordert
Appartementwohnungen für Studenten
und versprecht zum Wahl - Nikolaus
wofür Wir schon lange
auf der Liste der politischen Polizei stehen
aber Euer Katalog ist zum gähnen
weil ihm nie folgen werden
Aktionen gegen die Herrschenden
von deren Gunst Ihr profitiert

in Wirklichkeit wollt Ihr uns so vertreten
daß der Rektor in Ruhe
sein autoritäres Hochschulgesetz genießt
die Kurras- und Fritz Teufel-Justiz
ungescholten bleibt
der Shah wiederkommen kann
und Springers Dreckschleuder
nicht enteignet wird

somit Ruhe und Ordnung herrschen
wenige das Wort haben
uns aber
die Gelegenheit zum Reden
genommen werden soll

Wir haben keine CDU-Kasse
und keine Alten Herren hinter uns
Wir sind auf TU-Studenten angewiesen

Ihr werdet Euch wundern
TU-Studenten wählen progressiv

20.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Unabhängige Aktionsgemeinschaft (UAG) ein Flugblatt heraus zur Auflösung des Studentenparlaments.
Q: UAG: Unser erstes Ziel…, Berlin 20.11.1967

UNABHÄNGIGE AKTIONS-GEMEINSCHAFT

Unser erstes Ziel ist erreicht. Das Studentenparlament ist aufgelöst. Die Neuwahlen sollen dem Willen des Vorstands und seiner Anhänger entsprechend „nach betont politischen Gesichtspunkten durchgeführt" werden. Damit soll ein Organ geschaffen werden, daß in den politischen Auseinandersetzungen die Meinung der gesamten Studentenschaft „repräsentiert".

Wir meinen

daß Hochschulpolitik im Mittelpunkt der Arbeit studentischer Vertretungen stehen muß.

Wir wollen

ein Studentenparlament, dessen Abgeordnete sich verpflichtet fühlen:

- die Hochschulreform konstruktiv voranzutreiben. Nicht gegen, sondern mit der Universität;
- zum Hochschulgesetz eine Stellungnahme zu erarbeiten.

  Dabei müssen folgende Fragen im Vordergrund stehen:
  1. die Gliederung in Abteilungen,
  2. die kollegiale Leitung von Instituten,
  3. ständige Kommissionen für Studien- und Hochschulangelegenheiten.
  4. die Einführung des Präsidialsystems,
  5. die Abschaffung der Disziplinarordnung;
- endlich die Reform des Humanistischen Studiums in Angriff zu nehmen. Dann brauchen wir auch keine Kritische Universität.
- unsere sozialen Probleme zu lösen. Honnefer Modell, Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes, Studentenwohnheime, . . .
- eine intensive Studienberatung zu organisieren und Studienpläne und Prüfungsordnungen mitzugestalten;
- die verstärkte Mitverantwortung in den akademischen Gremien zu fordern.

Diese Aufgaben liegen uns am Herzen, deshalb haben wir die UAG gegründet. Wir wollen Kandidaten für ein Parlament finden, das diese Dinge in den Vordergrund stellt. Helfen Sie mit! Kandidieren Sie selbst! Fordern Sie Ihre Kommilitonen dazu auf! Wir helfen allen, die bereit sind, in diesem Sinne zu kandidieren. Melden Sie sich bei uns im H 1002 c montags—freitags zwischen 10 und 14 Uhr oder telefonisch: Hausapparat 3564.

Helfen Sie uns durch eine Spende auf das Konto der Berliner Bank Nr. 99/83 520 (auf die unten angegebenen Namen, betr. Sonderkonto Unabhängige Aktionsgemeinschaft).

Berlin, den 20. 11. 1967 Unabhängige Aktionsgemeinschaft

Verantwortlich für den Inhalt: Hans Rudolf Koch
Jürgen Matthes

UAG UAG UAG

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

20.11.1967:
An der TU Berlin geben Hans Albrecht und weitere dreizehn Kandidaten zu den Wahlen zum Studentenparlament (StPW) vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt heraus mit der Einladung zur Informationsveranstaltung am 23.11.1967.

Beigefügt sind die drei Flugblätter der Serie 'Wahlinformation':
- Nr. 1, "Überlegungen zur Hochschulreform", das sich auch gegen die Zwangsexmatrikulation wendet;
- Nr. 2, "Ausbildungsförderung", das sich auch gegen das anachronistische Disziplinarrecht wendet; und
- Nr. 3 "Mitbestimmung der Studentenschaft", das sich auch gegen den Numerus Clausus (NC) ausspricht.
Q: Albrecht, Hans: Kommilitone!, O. O. (Berlin) O. J. (1967); Wahlinformation 1 Überlegungen zur Hochschulreform; O. O. (Berlin) O. J. (1967);Wahlinformation 2 Ausbildungsförderung; O. O. (Berlin) O. J. (1967);Wahlinformation 3 Mitbestimmung der Studentenschaft; O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Kommilitone!

Bisher hat sich ein Kreis von 14 Kandidaten zusammengefunden, die sich unter einem bestimmten Programm zur Wahl stellen.

Als Anlage übersenden wir Ihnen drei Flugblätter, die wir bisher hêrausgegeben haben. In den folgenden Wahlinformationen werden wir weitere Punkte ausführen. Zur Wahl wollen wir im letzten Flugblatt eine eindeutige Wahlempfehlung geben.

Wenn Sie bereit sind mit uns zu kandidieren, kommen Sie bitte Donnerstag 13.00 Uhr zu uns. Sie finden uns in der Studentenvertretung, neues Hauptgebäude, 2. Stock, Raum des Fakultätenrates, Zimmer 2134. Wenn Sie nicht selbst kommen können, hinterlassen Sie bitte eine Notiz im Sekretariat der Studentenvertretung.

gez. Hans Albrecht Moser (Fak. V)
Gerd Martiny (Fak. V)
Bengt Bohnstedt (Fak. V)
Viktor v. Schöning (Fak. V)
Bernd Gurack (Fak. IX)
H.-P. Reibnitz (Fak. IX)
Wolfgang Streng (Fak. IX)
Hans Jürgen Oppelland (Fak. VIII)
Hubert Wolf (Fak. VIII)
Horst Walter Richter (Fak. VIII)
Heinz Kretzmer (Fak. VIII)
Peter Matthias (Fak. VIII)
Klaus Kühn (Fak. VIII)
Rolf Vieten (Fak. VIII)

F.d.R.

1

WAHLINFORMATION

Überlegungen zur

HOCHSCHULREFORM

Die Lehre muß neben der Forschung als gleichberechtigte Aufgabe der Universität anerkannt werden. Daraus folgt die Forderung, Erkenntnisse der Hochschuldidaktik endlich in die Praxis umzusetzen.
Das Prinzip, daß Lehrstuhl und Institut in den meisten Fällen identisch sind, ist überholt. Durch die starre, oft willkürlich gezogene Abgrenzung wird die interdisziplinäre Forschung erheblich erschwert.

Die hohen Ausgaben für die Forschung an der Hochschule würden rentabler, wenn wir zu einer Zusammenarbeit in Fachbereichen kämen. Verwandte Gebiete müßten in der Forschung in Großinstituten zusammenarbeiten. Das beinhaltet, daß wir vom Ordinariatsprinzip abgehen und zum Kollegialitätsprinzip kommen. Außerhalb der Universität hat man schon seit langer Zeit erkannt, daß Teamwork nicht nur die angemessenere Form der Menschenführung, sondern auch weitaus effizienter ist. Auch im Bereich der Wissenschaft zeigt z.B. die Organisation in den Instituten der Max-Planck - Gesellschaft, daß man so verfahren kann.

Organisationsform für die Lehre ist die Abteilung. Im Normalfall werden die Abteilungen mit den vorhandenen Studienrichtungen identisch sein. Es muß aber gewährleistet sein, daß darüber hinaus Studiengänge möglich sind, die den Rahmen einer Abteilung überschreiten. In der Regel ist der Personenkreis im Institut und in der Abteilung identisch. In einigen Fällen wird es erforderlich sein, daß Mitarbeiter nur in der Forschung im Institut oder auch nur im Bereich der Lehre in der Abteilung tätig sind.

b.w.

ZWANGS-

EXMATRIKULATION

Die Zwangsexmatrikulation und die befristete Zulassung lehnen wir **grundsätzlich** ab, da administrative Maßnahmen unserer Meinung nach nicht geeignet sind, die Studienreform voranzutreiben. Vielmehr werden durch die Vorspiegelung eines "reibungslosen Funktionierens" überalterte Studiengänge weiter konserviert.

Weitere W A H L I N F O R M A T I O N E N folgen.

IHRE KANDIDATEN

Fak. V

Hans Albrecht Moser
Gerd Martiny
Bengt Bohnstedt

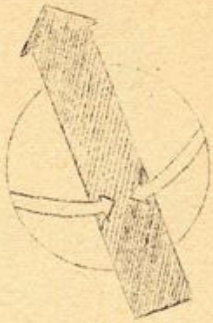
Fak. IX

Bernd Gurack
H,-P. Reibnitz
Wolgang Streng

Fak. VIII

Hans Jürgen Oppelland
Hubert Wolf
Horst Walter Richter
Heinz Kretzmer
Peter Matthias
Klaus Kühn
Rolf Vieten

2 WAHLINFORMATION



AUSBILDUNGSFÖRDERUNG

Im Rahmen eines bundeseinheitlichen Ausbildungsförderungsgesetzes muß die bestehende Förderung nach dem Honnefer Modell ausgeweitet werden.

Auch im ersten Teil des Studiums Förderung während der vorlesungsfreien Zeit.

Erhöhung des Grundbetrages, da die heute ausgezahlten 290 DM den sozial Schwächeren zur Werkarbeit zwingen und somit ihn im Studium entscheidend benachteiligen.

Erhöhung der Freibeträge beim Einkommen und Vermöger der Eltern.

Nicht weiterhin Leistungsstipendium. Wir lehnen ab, daß der sozial Schwächere nur dann gefördert wird, wenn er befriedigende Leistungen erbringt. Solange er ausreichende Leistungen vorweist, die zum Studienabschluß führen, muß eine Förderung erfolgen.

Es ist nicht selten, daß die Eltern eine Unterstützung nicht gewähren. Gründe sind z.B.: Wahl einer nicht genehmen Studienrichtung, nicht akzeptiertes politisches Engagement, Abschluß einer ersten Berufsausbildung. Heute besteht nur die Möglichkeit, die Eltern zu verklagen. Vor diesem letzten Schritt weichen verständlicherweise die meisten aus. Um diese Konflikte zu lösen, könnten wir uns vorstellen, daß grundsätzlich jeder, der keine Honnef Förderung erhält, Anspruch auf ein zinsloses Darlehen hat. Die Tilgungsrate muß die persönlichen Verhältnisse des Darlehensnehmer berücksichtigen.
Wir sehen die Gefahr des Mißbrauchs. Es muß versucht werden, eine Lösung zu finden. Aber aufgrund der geschilderten Schwierigkeiten nicht weniger Studenten, darf nicht aus Angst vor evt. Mißbrauch die Diskussion abgebrochen werden.

bitte wenden

DISZIPLINARRECHT

Das bestehende Disziplinarrecht, das dem Studenten eine besondere Verhaltensweise auferlegt um Würde und Ansehen der Universität zu wahren, lehnen wir als anachronistisch ab. Der Student ist als Staatsbürger wie jeder andere auch den Rechtsnormen der Gesellschaft gegenüber verantwortlich.

Wir befürworten eine "Hausordnung", die lediglich den reibungslosen Ablauf des Universitätsbetriebes gewährleisten muß.

IHRE KANDIDATEN

Fakultät V
Maschinenbau

Bengt Bohnstedt
Gerd Martiny
Hans Albrecht Moser

Fakultät IX

Bernd Gurack
H. - P. Reibnitz
Wolfgang Streng

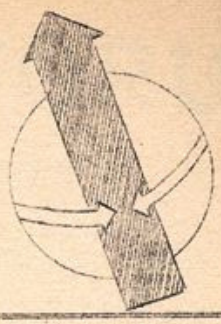
Fakultät VIII
Wirtschaftsingenieurwesen

Hans Jürgen Oppelland
Heinz Kretzmer
Hubert Wolf
Horst Walter Richter

Betriebswirtschaft

Klaus Kühn
Peter Matthias
Rolf Vieten

3 WAHLINFORMATION



MITBESTIMMUNG

DER STUDENTENSCHAFT

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß eine Diskussion bei den derzeitigen Stimmenverhältnissen in den akademischen Gremien nicht oder nur mangelhaft stattfindet.
Wir sind jedoch der Meinung, daß sinnvolle Entscheidungen Diskussionen voraussetzen, in denen die zu entscheidenden Probleme möglichst von allen Seiten durchdacht werden.
Das ist z. B. nicht gewährleistet, wenn im akademischen Senat 20 Ordinarien, einem a.o. Professor und einem Privatdozenten (alle mit Stimmrecht) zwei Studenten mit Stimmrecht und ein Assistent ohne Stimmrecht gegenüber sitzen.

Wir fordern daher, daß die Stimmverhältnisse in den akademischen Gremien so verändert werden, daß vor Entscheidungen Diskussionen nicht umgangen werden können.
Ein mögliches Modell wäre (wobei wir die heutigen Bezeichnungen benutzen)

Ordinarien:Nichtordinarien einschl. Assistenten: Studenten

1 : 1 : 1

Darüberhinaus müssen die Sitzungen unserer Meinung nach grundsätzlich öffentlich sein.

HUMANISTISCHES STUDIUM

Das Humanistische Studium in der heutigen Form (Sonderstudium) lehnen wir ab, da es sich als eine unsinnige Mehrbelastung für die Studenten erwiesen hat. Wir sind der Meinung, daß das derzeitigen Fachstudium so umgestaltet werden muß, daß die Gesellschaftsbezogenheit des Faches klar zum Ausdruck kommt.

bitte wenden

NUMERUS CLAUSUS

Den numerus clausus lehnen wir ab, da er ein Mittel ist, um den Hochschulausbau und die Hochschulreform zu verhindern. Wenn er vorübergehend eingeführt werden muß, dann nur, wenn von unabhängiger Seite u.a. ein Gutachten zur Kapazität der entsprechenden Fachrichtung vorliegt, das gleichzeitig haushaltmäßige Alternativen aufzeit.
Das in diesem Falle anzuwendende Verfahren kann nur das Losverfahren sein, da nachgewiesen ist, daß keine Korrelation zwischen Abiturzeugnis und Studienerfolg besteht.

WEITERE W A H L I N F O R M A T I ONN E N FOLGEN.

IHRE KANDIDATEN:

Fak. V
Maschinenbau

Bengt Bohnstedt
Gerd Martiny
Hans Albrecht Moser
Karl Viktor v. Schöning

Fak. IX

Bernd Gurack
H.-P. Reibnitz
Wolfgang Streng

Fak. VIII
Wirtschaftsingenieurwesen

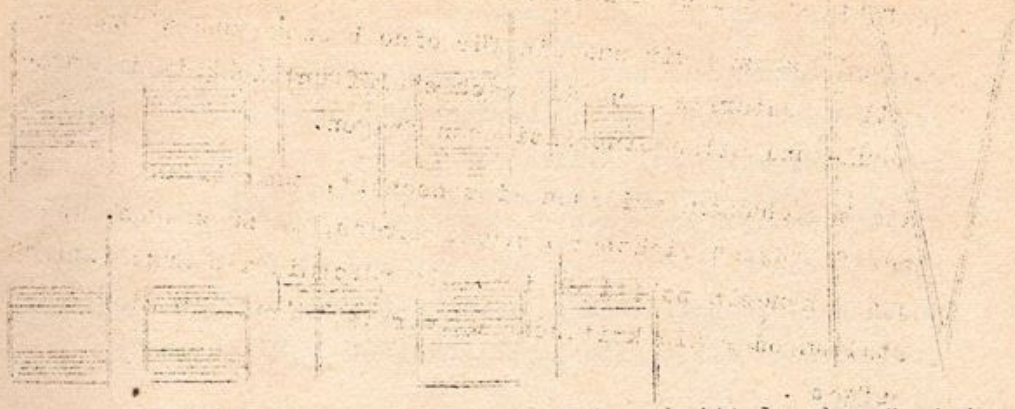
Heinz Kretzmer
Hans Jürgen Oppelland
Hubert Wolf
Horst Walter Richter

Betriebswirtschaft

Peter Matthias
Klaus Kühn
Rolf Vieten

20.11.1967:
An der Fakultät 4 der TU Berlin geben Bernd Rüdiger Fein und weitere 9 Kandidaten zum Studentenparlament, die teilweise in SHB, SPD und Conföderation Iranischer Studenten (CIS) organisiert sind, vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt "Linke (?) Fakultät" heraus.
Q: Fein, B.-R. et al.: Linke (?) Fakultät, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

l i n k e (?) f a k u l t ä t



lassen sie sich von der aufwendigen 'waschmittelwerbung" einiger gruppen beeindrucken?
wir glauben (immer noch), daß argumente besser sind als schöne (und schön gedruckte) sprüche. (z.b. "... wer uns wählt, wählt die Universität ...". was soll das?)
wählen sie progressive kandidaten, fragen sie nach programmen und konkreten vorstellungen!

die weitere verbesserung des studienablaufs (ausbau des interdisziplinären studiums, effektivere gestaltung des übungsbetriebes, z.b. in darstellender geometrie) halten wir für eine vordringliche aufgabe. das bedeutet, daß die bisherige fachschaftsarbeit kontinuierlich fortgesetzt wird.

wir setzen uns für eine neuregelung der studienförderung ein, und zwar im sinne eines modifizierten studienhonorars. dabei soll der druck der ständigen leistungsnachweise durch eine studienüberwachung etwa in form von studienberatungen mit rücksprachen usw. ersetzt werden. wirtschaftliche unabhängigkeit ist die voraussetzung für die verwirklichung der lernfreiheit.

wir unterstützen den vom vorstand der studentenvertretung und dem APA vorgelegten entwurf einer HOCHSCHULKONZEPTION. es liegt uns fern, die von einigen leuten befürchtete holzhammermethode zu benutzen, um eine demokratisierung der hochschule zu erreichen. wir glauben allerdings, daß demokratie sich nicht in dem wohlwollen der professoren sondern in demokratischen institutionen ausdrückt - d.h. in einem mitsprache- und mitentscheidungsrecht der studenten.

die rechtliche voraussetzung für eine demokratische struktur garantiert jedoch keine demokratie in der hochschule.

deshalb setzen wir uns ein für eine bessere und wirkungsvollere unterrichtung der hochschulöffentlichkeit in hochschul- und allgemeinpolitischen fragen.

die beziehungen zwischen wissenschaft, technik und gesellschaft müssen sichtbar gemacht werden, um zu zeigen, daß jedes handeln politisch ist. ein reformiertes humanistisches studium oder die kritische universität erfüllen diese aufgabe.

wenn sie mehr über unsere vorstellungen wissen wollen, fragen sie die kandidaten:

F e i n , bernd rüdiger
H e i n r i c i , jürgen

H e n g g e , werner (SPD+SHB)
K l i p p e l , paul

M e t t i n , konrad
M ö l l e r , gerd

S c h l ü p m a n n , hartmut
S c h u p p e n e r , bernd (SPD)

U d e m , eberhard
V a r z a n d e h , behrouz (CIS)

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt der RCDS vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt "Der RCDS fragt" heraus mit der Einladung zur Veranstaltung "Zukunft der CDU als Reformpartei" mit Helmut Kohl am 23.11.1967 im Audimax der FU.
Q: RCDS: Der RCDS fragt, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

E0702
23.11.67

Der RCDS fragt - Der RCDS fragt

den engagierten CDU-Reformer

Dr. Helmut Kohl

Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz

zur: # Zukunft der CDU als Reformpartei

Dr. Helmut Kohl ist . . .

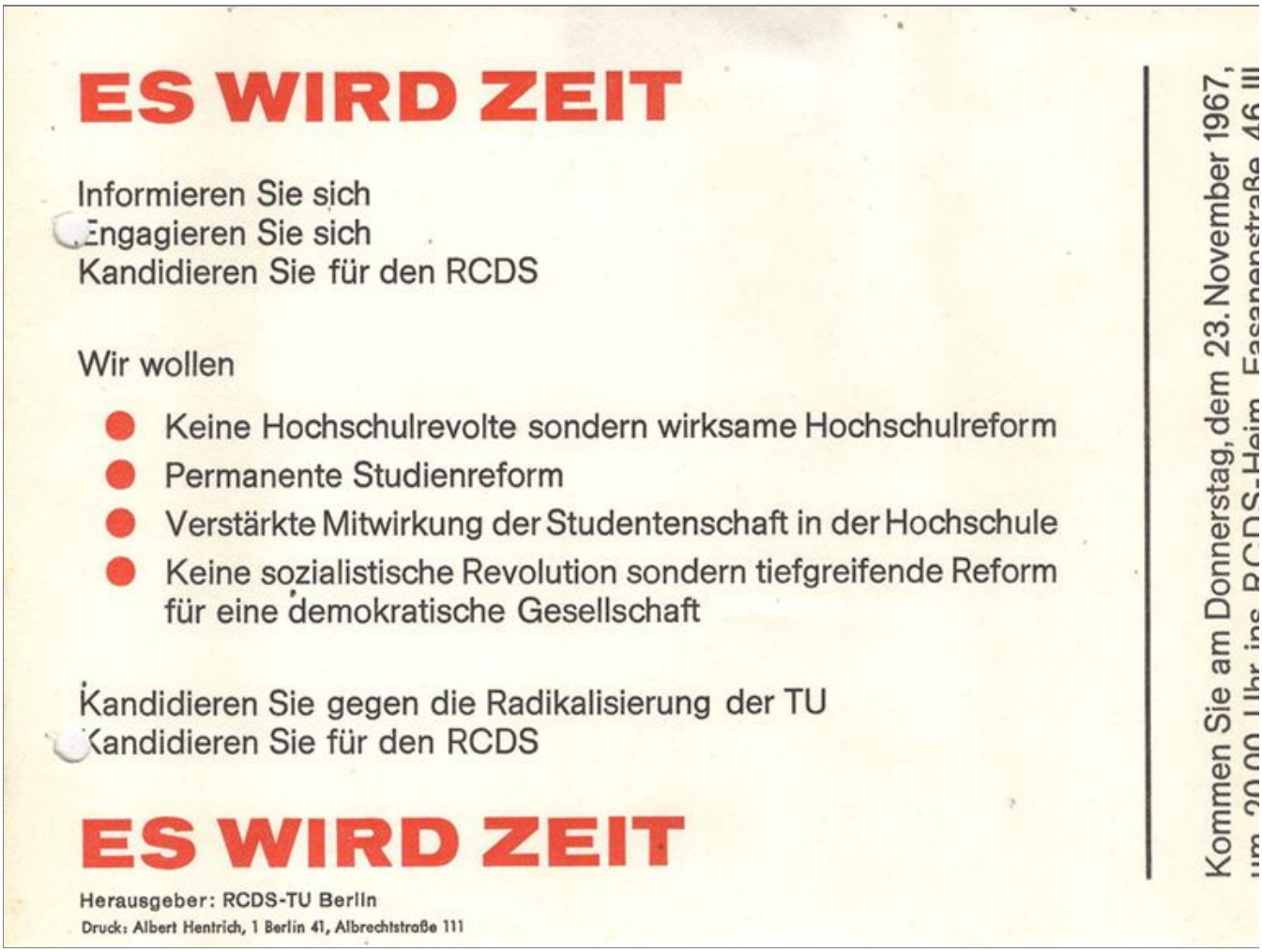
. . . bekannt für wissenschaftliche Planung der Politik
. . . bekannt für moderne Kulturpolitik
. . . undoktrinär und aufgeschlossen
. . . bereit zur Diskussion

Mit: **Klaus Franke,** MdA.
Jürgen Bernd Runge, Vorsitzender des RCDS-FU
Benno Ennker, Stellv. Vorsitzender des RCDS-FU
Leitung: **Roland Wagner**

Überprüfen Sie eventuelle Klischees und Vorurteile. Kommen Sie am Donnerstag, dem 23. November, um 20 Uhr ins Auditorium Maximum und diskutieren Sie mit uns. - Fragen Sie den RCDS und Dr. Helmut Kohl.

Druck: Albert Hentrich, Berlin-Steglitz

20.11.1967:
An der TU Berlin gibt der RCDS vermutlich Anfang dieser Woche einen Handzettel "Es wird Zeit" heraus mit der Aufforderung zum Studentenparlament zu kandidieren und der Einladung zur Versammlung am 23.11.1967 im RCDS-Heim in der Fasanenstraße 46 III.
Q: RCDS TU: Es wird Zeit, Berlin O. J. (1967)



ES WIRD ZEIT

Informieren Sie sich
Engagieren Sie sich
Kandidieren Sie für den RCDS

Wir wollen

- Keine Hochschulrevolte sondern wirksame Hochschulreform
- Permanente Studienreform
- Verstärkte Mitwirkung der Studentenschaft in der Hochschule
- Keine sozialistische Revolution sondern tiefgreifende Reform für eine demokratische Gesellschaft

Kandidieren Sie gegen die Radikalisierung der TU
Kandidieren Sie für den RCDS

ES WIRD ZEIT

Herausgeber: RCDS-TU Berlin
Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

Kommen Sie am Donnerstag, dem 23. November 1967,

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt der SHB vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Springer der Freund und Helfer…" zur Presseberichterstattung über Aktion 20. Konvent und VAFU heraus.
Q: SHB: Springer der Freund und Helfer…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

SHB . SHB . SHB . SHB . SHB . . . SHB . SHB . SHB . SHB

S P R I N G E R D E R F R E U N D U N D H E L F E R .....

Monatelang spucken die Zeitungen des Springerkonzerns Gift und Galle auf u
Studenten. Die konzertierte Hetzkampagne hatte guten Grund. Die Studenten=
schaft erwies sich als lebendiges kritisches Element gegen den Springer -
gemanagten Meinungsbrei. Studenten waren es,die die heiligen Kühe der Berl
Ideologie öffentlich angriffen.

J E T Z T K A N N S P R I N G E R A U F A T M E N .....

Endlich können Springer-Zeitungen etwas über positive Studenten berichten
Es gibt nicht mehr nur Studenten,die sich über den Vietnam Krieg,die Hoch=
schulreform und die Notstandsgesetze Sorgen machen,sondern es gibt:
die Aktion 20.Konvent - die VAFU .

Kaum ein Tag vergeht,in den nicht in Springer-Organen von diesen Vereinigu
berichtet wird.
Jeder Pups der Rechten wird bei Springer kommentiert.

Die Aktion 20. Konvent - Slogan progressiv-demokratisch - segelt im Spri
Wind. Auch sonst scheint der RCDS und die VAFU potente Gönner zu haben.
Mit ungeheurem finanziellem Aufwand verkünden die Rechten ihre Parolen.

Allerorts werden VAFU und Aktion 20.Konvent gefragt ob es stimmt,daß sie i
Geld von Schering,Springer,Alten Herren usw. erhalten haben.
Aber die beiden Verbände antworten nicht!

Darum fragen Sie diese Verbände bei allen öffentlichen Versammlungen,und
sammeln Sie die Antworten!

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt der SHB vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Eine demokratische Universität" mit der Liste seiner Kandidaten zum 20. Konvent heraus.
Q: SHB: Eine demokratische Universität, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Eine demokratische Universität

Das heißt eine Universität

- **die ihre politische Rolle in der Demokratie reflektiert und sich an der Ausgestaltung des demokratischen und sozialen Rechtsstaats aktiv beteiligt,**
- **die auch in ihrer Binnenstruktur demokratischen Prinzipien gerecht wird,**
- **die ohne unwissenschaftliche Auslese jedem die Möglichkeit zu freier, umfassender Bildung bietet.**

Die STRUKTUR der Universität ist so neu zu ordnen,

- daß irrationale und unfunktionale Machtstrukturen abgebaut werden,
- daß kein Mitglied der Universität durch sachfremde Abhängigkeiten an freier wissenschaftlicher und politischer Betätigung gehindert wird,
- daß anstelle isolierter, hierarchisch strukturierter Lehrstühle kooperative Formen der wissenschaftlichen Arbeit eingeführt werden und dadurch die Möglichkeit zur Kommunikation über enge Fachgrenzen hinaus gegeben ist,
- daß für sämtliche hochschulpolitische Entscheidungen ein Instanzenweg eingerichtet wird, der in öffentlicher Diskussion eine gesamtuniversitäre Willensbildung von unten nach oben garantiert, wobei in den jeweiligen Gremien die Stimmen unter den verschiedenen Interessengruppen so zu verteilen wären, daß institutionell ein Zwang zur Diskussion gegegeben ist.

Für das STUDIUM muß die Garantie gegeben sein,

- daß die zur Lehrfreiheit (Art. 5 GG) komplementäre Lernfreiheit nicht eingeschränkt wird zugunsten berufsfunktionaler Ausbildung (wie vom Wissenschaftsrat vorgesehen),
- daß durch die Möglichkeit zu ständiger Kommunikation (Arbeit in kleinen Gruppen) und ein ausreichendes Angebot an arbeitsökonomisch sinnvollen Lehrveranstaltungen die Voraussetzungen für ein interessantes und intensives Studium geboten werden,
- daß die wissenschaftlichen Anstrengungen der Studenten nicht durch Zwischenprüfungen (die nicht Beratungs- sondern Auslesecharakter haben) und überalterte Examensanforderungen abgewürgt und durch rezeptives Lernen ersetzt werden müssen,
- daß die Voraussetzungen für eine sinnvolle Studienzeit geschaffen werden, und niemand gegen seinen Willen von wissenschaftlicher Betätigung an der Universität ausgeschlossen werden kann,
- daß die kritische Erkenntnisfähigkeit als Ziel des Studiums nicht unmöglich gemacht wird durch repressive Studienpläne.

bitte wenden!

Die Universität muß jedem wissenschaftsfremden Erziehungsanspruch entgegentreten und darf deshalb

- nicht ihr Prinzip aufgeben, daß studentische Vereinigungen, die sich an der FU betätigen wollen, ihre demokratische Legitimation nachzuweisen haben,
- nicht länger einen elitären Erziehungsanspruch, wie er sich im Disziplinarrecht darstellt, erheben (abgesehen davon, daß sich das Disziplinarrecht längst als Mittel zur politischen Disziplinierung entlarvt hat).

Die Auslese der Studenten darf nicht nach sozialen Kriterien, die Wahl der Fachrichtung nicht nach ökonomischen Abhängigkeiten erfolgen. Deshalb muß eine familienunabhängige, kostendeckende Ausbildungsförderung für alle Studenten (Studienhonorar) eingeführt werden, um den Zugang zur Universität für alle sozialen Schichten zu ermöglichen.

Wolfgang Roth, AStA-Vorsitzender 1964/65
Niels Kadritzke, AStA-Vorsitzender 1965/66
Knut Nevermann, AStA-Vorsitzender 1966/67
Hartmut Häußermann, AStA-Vorsitzender 1967

Diese Vorstellungen werden vertreten von den

Kandidaten des SHB

Phil. Fak.

Wieland Eschenhagen
Wolfgang Gehlen
Gerhard Heckmann
Irmgard Kohlhepp
Knut Langenbach
Hella Lingfeld-Giowannini
Jutta Menschik
Michael Mohs
Rosalinde Sartorti
Götz Schwarzrock

Med. Fak.

Uwe Aldag

WiSo.-Fak.

Stefan Grzimek
Lutz Rininsland
Siegfried Stahn

Jur. Fak.

Klaus-Uwe Benneter
Hans-Joachim Dohmeier
Peter Fassmann
Klaus Fleischmann
Hans F. Flemming
Herwig Pohl

SHB · Sozialdemokratischer Hochschulbund · SHB

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

20.11.1967:
An der FU Berlin gibt der SHB vermutlich in dieser Woche Handzettel mit der Liste seiner Kandidaten zum 20. Konvent heraus.
Q: SHB: Der SHB schlägt…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

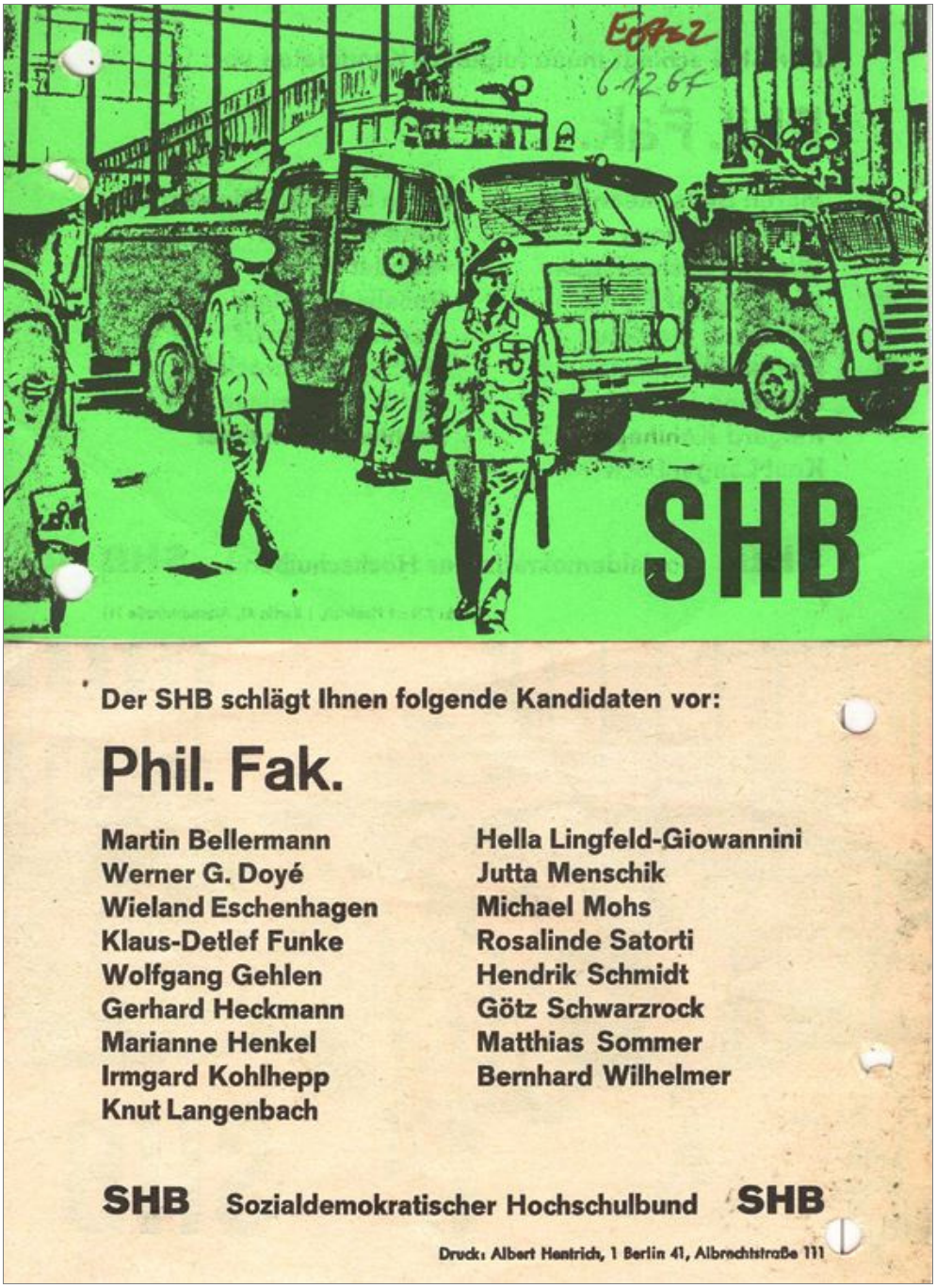
Der SHB schlägt Ihnen folgende Kandidaten vor:

Phil. Fak.

Martin Bellermann
Werner G. Doyé
Wieland Eschenhagen
Klaus-Detlef Funke
Wolfgang Gehlen
Gerhard Heckmann
Marianne Henkel
Irmgard Kohlhepp
Knut Langenbach
Hella Lingfeld-Giowannini
Jutta Menschik
Michael Mohs
Rosalinde Satorti
Hendrik Schmidt
Götz Schwarzrock
Matthias Sommer
Bernhard Wilhelmer

SHB Sozialdemokratischer Hochschulbund **SHB**

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111



20.11.1967:
In Berlin erscheint, laut der FU-Dokumentation heute, herausgegeben vom Axel Springer Verlag das Flugblatt "Springer enteignen? Beiträge zur Diskussion über die Pressekonzentration" mit dem Leitartikel "Die Ereignisse des 2. Juni im Spiegel der Berliner Presse".

Weitere Artikel und Abschnitte sind:
- "Schlagzeilen in BILD";
- "Anzeigen, Vertrieb, Jugendzeitschriften";
- "Kommentare in Zeitungen des Hauses Springer";
- "Notstand" zu den Notstandsgesetzen;
- "Zitate";
- "Vietnam";
- "Kampagne der Kampagne";
- "Personalia"; sowie
- "'Die Diktatur am Fuße der Akropolis'" zu Griechenland.

Q: Axel Springer Verlag: Springer enteignen? Beiträge zur Diskussion über die Pressekonzentration, Berlin Nov. 1967

Springer enteig

Beiträge zur Diskussion über die Presseko

Die Ereignisse des 2. Juni im Spiegel der Berliner Presse

In einer von Studenten der Politologie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität herausgegebenen Dokumentation „Demokratie und Presse in Berlin" wurde die Behauptung aufgestellt, die „Springer-Presse" habe im Zusammenhang mit den Ereignissen am 2. Juni vorsätzlich Nachrichten unterdrückt oder entstellt. Nachstehend ein Auszug aus einer Untersuchung, die sich mit dieser Dokumentation auseinandersetzt.

Mahler-Pressekonferenz

Der Rechtsbeistand der Witwe Ohnesorgs, des in Untersuchungshaft befindlichen Studenten Fritz Teufel und des Kommunemitglieds Rainer Langhans, Rechtsanwalt Horst Mahler, gab am Sonntag, dem 4. Juni, 20.00 Uhr, auf einer Pressekonferenz die erste nicht behördliche Stellungnahme zu den Demonstrationsvorfällen ab, in der er auch den Tötungsverlauf — nach Zeugenaussagen — rekonstruierte.

Behauptung der „Dokumentation": Die Springer-Zeitungen hätten in ihren Montagsausgaben keine Zeile über diese Pressekonferenz veröffentlicht, in den Dienstagsausgaben nur unzulänglich ihre Leser darüber unterrichtet.

Widersprüchliche Behauptung

Zitat: „Obwohl die erste Agenturmeldung Sonntag erst gegen 22.30 Uhr herauskam, **dürfte** sie die meisten Zeitungen noch vor Redaktionsschluß erreicht haben" (Seite 6). Fünf Seiten später ist zu lesen: „Die Aussagen des Rechtsanwalts Mahler auf seiner Pressekonferenz vom Sonntag, ... wurden von dpa so spät gemeldet (22.30 Uhr und 23.15 Uhr), daß sie für die Montagsausgaben **wohl nicht mehr** berücksichtigt werden konnten." Die beiden Behauptungen widersprechen sich.

Ergebnis der Untersuchung

Die BERLINER MORGENPOST erschien am Montag, dem 5. Juni, nicht. WELT, BZ und BILD-ZEITUNG berichteten über die Pressekonferenz nicht, weil in der Tat die dpa-Meldungen für die Montagsausgabe zu spät kamen.

Darüber hinaus: Zu dieser Pressekonferenz war keine einzige der genannten Zeitungen eingeladen worden, was einem Ausschluß dieser Blätter von der Veranstaltung gleichkommt. Dies hätte die Redaktionen veranlassen können, von einer Wiedergabe der Meldung gänzlich abzusehen. Die WELT und die BERLINER MORGENPOST brachten jedoch Auszüge daraus in ihren Dienstagsausgaben vom 6. Juni 1967, dem frühesten ihnen möglichen Termin.

An diesem Tag hat die WELT 24 Zeilen, die BERLINER MORGENPOST 14 Zeilen nachgezogen. „Nachrichtenpolitik" haben nicht die Zeitungen der Axel-Springer-Verlagsgruppe getrieben, sondern der Rechtsanwalt Mahler, der durch die Nichteinladung die Chancen einer Veröffentlichung in den genannten Blättern zumindest sehr verringert hat.

Es ist nicht vertretbar, Zeitungen Vorwürfe zu machen, sie berichten nicht, wenn diese Zeitungen Opfer eines Nachrichtenboykotts desjenigen sind, der auf die Berichterstattung Wert legt. Ein solches Verfahren läuft der in der demokratischen Welt geübten Pressepraxis zuwider.

Nach einem anderen Gesetz

BZ und BILD haben die Meldung „Mahler-Pressekonferenz" am 6. Juni nicht nachgetragen. Als aufkumentation" von der BERLINER MORGENPOST, der BZ und der BILD-ZEITUNG abgehoben. Diesen Blättern wird zwar bescheinigt, daß sie 52 Zeilen (BERLINER MORGENPOST), 58 Zeilen (BZ) und 25 Zeilen (BILD-ZEITUNG) gebracht haben. Gleichzeitig wird jedoch ohne jeden Beweisantritt der Vorwurf erhoben, „daß sie sich an despektierlichen Äußerlichkeiten aufgehalten" und deshalb „keine profunden Informationen geboten" haben.

Ergebnis der Untersuchung

Unter den Schlagzeilen „Die Reaktionen an den Hochschulen auf die Berliner Krawalle", „Erregung und Empörung dauern an" berichtete die WELT in ihrer Ausgabe vom 6. Juni 1967 137 Zeilen lang über den lebhaften Verlauf der Sitzung des 19. Studentenkonvents im Henry-Ford-Bau der FU und die nach fünfeinhalbstündiger stürmischer Debatte gefaßte Resolution, in der es heißt: Der Tod des Studenten und die „zynischen Bemerkungen, die die politische Spitze dieser Stadt ihrem Opfer nachrief", seien unfaßbar. In 100 Zeilen werden Auszüge aus der Resolution zitiert.

Die BILD-Zeitung überschreibt die 25-Zeilen-Meldung über die Diskussion zwischen den Professoren und Studenten während der Sitzung mit „sachlich". Sie zitiert ebenfalls den Kernsatz der Resolution wie die WELT (siehe oben). BZ brachte die Schlagzeilen: „FU-Studenten streiken"; „Die stundenlangen Debatten verliefen sachlich und diszipliniert". Aus den Ansprachen des 2. AStA-Vorsitzenden Bernhard Wilhelmer und von FU-Rektor Professor Dr. Hans-Joachim Lieber werden wichtige Sätze wiedergegeben (Wilhelmer bezeichnete die angekündigten Maßnahmen des Senats als „faktische Notstandsübung") und kommentiert (Lieber „stellte sich auf die Seite der Studenten"). In der BERLINER MORGENPOST wurde auf den FU-Konvent durch eine dreispaltige Schlagzeile hingewiesen: „FU-Konvent fordert den Rücktritt von Albertz." Der Bericht ist wie in den

anderen
Konvents
Auszügen

Die Les
durch de
„Drei Ver
selben Se
versetzt,
den — ein
denn alle
der Parte
teiligter
teiligter
in die Au
scheinen
des Abge
fälle am
verstreich

These

Behaup
der BERI
sie in ih
„die vorl
sichtigend
und BILI
bis zum
stellung z
licht.

Verschi
„Spiegel"
breitete M
Student C
ben. Der
3. Juni 19
gab die
Notwehr
Senatsspr
Beamte
Querschlä
offizielle
Karl-Hein
anwalt n
schüsse a

Fortsetzu

Schlagzeilen i

In einer vom Presse-Arbeitskreis des Republikanischen Clubs herausgegebenen Broschüre unter dem Titel „Springer enteignen?" werden auf Seite 19 und 20 Schlagzeilen der Berliner Ausgabe der BILD-Zeitung zitiert, und zwar für den Zeitraum Juli bis September 1967. Nach dieser Broschüre lauteten die BILD-Schlagzeilen vom 1. Juli bis 19. August so:

Juli

1. Mörder und Mörderin heirateten im Zuchthaus Tegel
3. Stefanie Burgmann klagt um 20 000 DM
4. 4-Zentner-Heizkörper stürzte auf zwei Kinder
5. Skandal um Polizeirevier 141: Vier Beamte strafversetzt!
6. Kleinkind ertrank in diesem Planschbecken
7. Bonn: Alles wird halb so schlimm
8. Kiesinger: Wir haben gehandelt, jetzt seid Ihr dran
10. 17jährige überfiel Rentnerin: Sie brauchte Geld für die Hochzeit ...
11. Frauenmord! In der Wohnung erdrosselt
12. Wenn Sie den Polizisten verteidigen, bringen wir Ihr Kind um! – Berlin: Anwalt des Kripo-Ober-

4. Temp
5. Mutt
aus!
7. Segle
– Ert
8. Zeitz
9. (Wirt
10. Richt
läßt,
11. Skan
schw
12. Kind
platz
14. Frau
seher
15. Berli
16. Berli
verha
17. Vors
Auto
18. Bran
19. 64 de

Die Sc

Die Ereignisse des 2. Juni

Fortsetzung von der ersten Seite

(Ausgabe vom 7. Juni 1967) sagte Kurras: „Ich bin von einer Personengruppe lebensgefährlich mit Messern bedroht worden. In dieser Notlage griff ich zur Waffe, um Warnschüsse abzugeben. Dabei wurde meine Hand, in der sich die Waffe befand, hin- und hergerissen, und ein Schuß löste sich."

Ergebnisse der Untersuchung

Die WELT („Die Widersprüche über den Tod sind noch nicht aufgeklärt") und die BERLINER MORGENPOST („Drei Versionen über den Tod des Studenten Ohnesorg") veröffentlichten in ihrer Ausgabe vom 6. Juni 1967 die verschiedenen Darstellungen nebeneinander. Die von den offiziellen Stellen gemachten Angaben werden ebenfalls registriert wie die Darstellung, die Rechtsanwalt Mahler nach Zeugenaussagen von Demonstranten in seiner Pressekonferenz vom Sonntag, dem 4. Juni 1967, gegeben hat. Beide Blätter stellten fest: „Die bisherigen Darstellungen widersprechen sich erheblich."

Die Frage nach der Veröffentlichung der nichtoffiziellen Todesversionen reduziert sich auf die Frage nach der Berücksichtigung der „Mahler-Pressekonferenz" (siehe Punkt 1). Die Darstellungen, welche BZ und BILD ihren Lesern von der Erschießung des Studenten gegeben haben, stützten sich weitgehend auf eigene Recherchen, welche mit der amtlichen Notwehr-These übereinstimmten. Das BZ-Interview mit dem Todesschützen schien diese Version zu bestätigen. Am Vortag (Dienstag, dem 6. Juni 1967) hatte das Blatt den Tatverlauf an Hand von Fotos rekonstruiert, die ein BZ-Reporter am Tatort gemacht hat. BZ und BILD veröffentlichten außerdem den offiziellen Obduktionsbefund. Sie informierten ihre Leser gleichzeitig darüber, daß die Gerichte sich mit der Aufklärung der tatsächlichen Vorgänge befassen würden.

Das Verhalten der „kaisertreuen" Perser

Die Agenturmeldungen, die bis zum Redaktionsschluß vorgelegen haben sollen, sind unklar und geben kein Bild von Umfang und Bedeutung der Zusammenstöße zwischen „schahfreundlichen" und „schahfeindlichen" Demonstranten. Wer wen provoziert hat — das wird offengelassen. Das geben selbst die Verfasser der „Dokumentation" — Seite 14 — zu.

Behauptung der Dokumentation: „Die vier Zeitungen geben eine Darstellung des Verlaufs der Geschehnisse vor dem Rathaus Schöneberg, nach der massive Verbalinjurien und das Malträtieren der Perser mit allerhand Wurfgeschossen seitens der Demonstranten den Anlaß gaben, daß die kaisertreuen Perser in geradezu gerechtfertigter Empörung auf die Demonstranten eindrangen."

Ergebnis der Untersuchung

Die WELT-Berichterstattung ist widersprüchlich, da sich auch den journalistischen Zeugen das Ereignis offenbar verschieden dargeboten hat. Bereits die WELT-Ausgabe vom Samstag, dem 3. Juni 1967, enthält den Satz:

„Plötzlich springen die Kaisertreuen über die Barrieren, drehen die Plakate um und schlagen mit den Holzstöcken, einer sogar mit einer Stahlrute, auf ihre Widersacher ein ..."

Die BERLINER MORGENPOST berichtete in Fettdruck — ebenfalls am 3. Juni 1967: „Vor allem zwischen den Persern selbst, zwischen Schahanhängern und -gegnern, war es zu schweren Schlägereien gekommen, bei denen die Schah-Freunde mit Stöcken und Totschlägern auf die Demonstranten losgingen."

Ein Foto auf Seite 6 der Ausgabe zeigt die auf Demonstranten einschlagenden „Jubelperser".

BILD berichtete in einer Bildreportage: „Schahtreue Studenten gingen mit Holzstöcken gegen die Randalierer vor." Von diesen heißt es einen Satz vorher: „Radikalinskis warfen Rauchbomben, johlten und grölten ‚Mo, mo Mossadeq!' Es wird kein Zweifel daran gelassen, welche der Gruppen mit den Tätlichkeiten den Anfang gemacht hat."

Die BZ wies am 3. Juni 1967 darauf hin: „Vor der eigentlichen Absperrung standen etwa 80 persische Studenten ... Gerade diese schahfreundlichen Demonstranten sorgten für die Verschärfung der ersten Zwischenfälle."

Nur zu einem Ereignis

Ausgerechnet jedoch die BZ-Berichterstattung wurde in der Dokumentation gerügt, sie habe den Eindruck erwecken können, daß der „normal empfindende" Berliner [illegible] ähnlich provoziert

das Verhalten der Jubelperser allerdings keine Berücksichtigung. Wichtigere Nachrichten — beispielsweise die letzte amtliche Version über den Tod Ohnesorgs — und aktuellere Nachrichten — die Protestkundgebung der Studenten, Haftbefehl gegen Fritz Teufel, der mißglückte Anschlag eines Persers auf den Autokonvoi des Schahs — wurden den Lesern der Zeitung mitgeteilt.

Schlußfolgerungen

Im vorstehenden ist auf die Unzulänglichkeiten der „Dokumentation" hingewiesen worden. In einigen Fällen geht sie von nicht zutreffenden Voraussetzungen aus, in anderen ist sie unsorgfältig, ferner wird das Bemühen um eine negative Interpretation deutlich. Gelegentlich weist sie auch auf Fehler in der Berichterstattung hin, die besser vermieden worden wären.

Die „Dokumentation" bleibt jedoch jeden Beweis für ihre Behauptung schuldig, daß „eindeutig zuungunsten einer unbequemen Minderheit" — der Studenten — berichtet worden wäre.

Es kann auch nicht die Rede davon sein, daß — wie die „Dokumentation" behauptet — mehr über die äußere Form studentischer Aktionen als über ihre Probleme und Argumente berichtet wurde. Das trifft weder für die WELT noch für die BERLINER MORGENPOST zu. Die Berichterstattung der beiden Kaufzeitungen BZ und BILD unterlag den vorhin geschilderten Gesetzmäßigkeiten. Wieweit die Berichterstattung aller vier Zeitungen durch die Pressepolitik dritter Stellen (der amtlichen Stellen ebenso wie der von Rechtsanwalt Mahler) behindert wurde, wäre gesondert zu untersuchen. Die These vom einheitlich gelenkten Meinungsmonopol, das eine „objektive Berichterstattung der untersuchten Zeitungen „nicht erlaube", widerlegt die Dokumentation selbst, wenn sie Unterschiede in der Nachrichtengebung der einzelnen Blätter hervorhebt. Was niemanden, der die Konstruktion des VERLAGSHAUSES AXEL SPRINGER kennt, in Erstaunen versetzen mag, scheint die Autoren der Dokumentation zu beeindrucken.

Die Beschränkung der „Dokumentation" auf die Berichterstattung der Blätter der Axel-Springer-Verlagsgruppe in Berlin kann nicht als wissenschaftlich anerkannt werden. Nach der verkauften Auflage im ersten Quartal 1967 haben zwar die Blätter aus dem VERLAGSHAUS AXEL SPRINGER BERLIN am Markt der in Berlin erscheinenden Blätter (nicht zu verwechseln mit dem Markt der in Berlin gelesenen Blätter) einen Anteil von etwa zwei Drittel. Zu dem in der „Dokumentation" unberücksichtigt gebliebenen restlichen Drittel kommen aber noch die auch in Berlin verbreiteten Tageszeitungen und Zeitschriften aus dem ganzen Bundesgebiet, die sich in der Studentenfrage ausführlich mit den Vorgängen befaßt haben, hinzu. Die umfangreiche aktuelle Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen gehört ebenfalls zum Gesamtbild des Marktes an Informationen und Meinungen. Sie fand in der „Dokumentation" überhaupt keinen Niederschlag.

Die Informationen der amtlichen Stellen, auf welche die Zeitungen in erster Linie angewiesen waren, werden von den Verfassern der „Dokumentation" überhaupt nicht überprüft.

Die Berichtszeit der „Dokumentation" vom 2. bis einschließlich 10. Juni 1967 ist unzureichend und irreführend. Offenbar wollen die Verfasser der „Dokumentation" den Eindruck erwecken, es sei ein Urteil über die Objektivität der Presse-Berichterstattung zu einem Komplex möglich, der die Öffentlichkeit noch für Monate, wenn nicht Jahre beschäftigen wird.

Die vollständige Untersuchung über die Berichterstattung der Ereignisse am und nach dem 2. Juni erscheint demnächst unter dem Titel „Studenten und Presse in Berlin".

Anzeigen, Ver
Jugend-Zeits

Die jetzt erschienene Broschüre des Republikanischen Clubs, „Springer enteignen?", enthält eine Fülle von Behauptungen, die sich gegen das Haus Springer richtet. Bereits auf den ersten Blick ist folgendes dazu zu sagen:

1. Falsch ist die Behauptung, das Verlagshaus Axel Springer sei mit 8,8 Millionen Exemplaren an der Gesamtauflage der deutschen Zeitungen von 21,3 Millionen beteiligt (Seite 4). Die Verfasser der Schrift haben die Auflage des vor einigen Monaten eingestellten

Kommentare in Zeitungen des Springer-Hauses

Immer wieder werfen Kritiker den Zeitungen des Springer-Hauses vor, sie würden unison eine politische Haltung vertreten. Daß die Redaktionen völlig unabhängig voneinander arbeiten, wird nicht erwähnt.

Hier einige Beispiele unterschiedlicher Kommentierung.

Zum Thema „Beschlagnahme des Braunbuchs auf der Buchmesse in Frankfurt" schreibt die WELT in ihrem Kommentar am 18. 10. 67 auf Seite 9 unter anderem:

„Vier Tage lang — am fünften, kurz vor dem Ende der Messe, schritt der Frankfurter Amtsrichter Pawlik zur Tat. Er ließ das Buch — aus welchem juristischen oder politischen Antrieb auch immer — konfiszieren. Die Folge: Sämtliche „DDR"-Verlage brachen ihre Stände a tempo ab, und dreiunddreißig Verleger aus der Bundesrepublik und dem Ausland sollen protestiert haben.

Gewiß, Amtsrichter Pawlik hat ein Recht auf seine staatsbürgerlichen Prinzipien. Er ist vermutlich nicht — wie auf improvisierten Pressekonferenzen behauptet wurde — im Auftrag anderer tätig geworden, die das mühsam zusammengebastelte Einvernehmen der beiden deutschen Börsenvereine in Sachen Frankfurter Messe endgültig stören wollen. Vielleicht ging er einer Anzeige nach und meinte, zwangsläufig zu handeln. Ob er aber recht verfuhr oder nicht: Die Frage lautet, ob der Richter keine Möglichkeit hatte, sich von der Zurückhaltung der Betroffenen leiten zu lassen, die gewiß ihre Gründe hatten."

Die BERLINER MORGENPOST schreibt zum gleichen Thema in der Ausgabe von 18. 10. 67 in ihrem Kommentar auf Seite 2 unter der Überschrift „Scherbenhaufen von Frankfurt" unter anderem:

„Der absolute Höhepunkt des Frankfurter Spektakels aber wurde erreicht, als gestern einige Verleger den Zonen-Vertretern ihr Bedauern darüber ausdrückten, daß das ‚Braunbuch' durch Initiative eines Amtsrichters beschlagnahmt wurde. Diese feinsinnige

Notstand

Am 16. November 1967 fand in Bonn das zweite öffentliche Hearing zur Notstandsgesetzgebung statt. An diesem Tage kamen vor allem die Vertreter der Gewerkschaften zu Wort, die in Opposition zu der geplanten Gesetzgebung stehen.

Den Zeitungen des Hauses Springer wird vorgeworfen, sie unterstützten eine Notstandsgesetzgebung und sie ließen gegenteilige Meinungen in diesem Zusammenhang kaum zu Wort kommen.

Hier die Zeilenzahl der Berichte in „DIE WELT", „Frankfurter Allgemeine", „Der Tagesspiegel" und „BERLINER MORGENPOST" in den Ausgaben vom 17. November über das öffentliche Notstandshearing vom 16. November 1967.

DIE WELT (Seite 1 und Seite 6) insgesamt
rund 330 Zeilen

Frankfurter Allgemeine (S. 1 und S. 4) insgesamt
rund 200 Zeilen

Der Tagesspiegel (S. 1 und S. 6) insgesamt
rund 200 Zeilen

BERLINER MORGENPOST (S. 1 und S. 9) insgesamt
rund 400 Zeilen

Reaktion muß erstaunen bei Leuten, die tagelang tatenlos zusahen, als andere Aussteller und Verlage in der unglaublichsten Weise beschimpft und bedroht wurden.

Die morbide Position dieser Zartbesaiteten wird dadurch nicht besser, daß der hessische Generalstaatsanwalt Bauer schon zu Beginn der Messe jede Verunglimpfung und Verleumdung der Bundesrepublik und ihres obersten Repräsentanten im voraus sanktioniert hatte. Gerade Bauer, der durch seine Bemühungen um Aufklärung und nachträgliche Aburteilung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen bekannt geworden ist, wäre in hohem Maße verpflichtet gewesen, Lüge und Terror, gleichgültig aus welchem Lager sie sich hervorwagen, entgegenzutreten. Mit der Beschwerde der Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen die Beschlagnahmeaktion des Amtsrichters Pawlick hat sich jedoch die zur Sachlichkeit verpflichtete Anklagebehörde in peinliche Nähe von Anbetern radikaler Macht begeben, die Schriftsteller einsperren, wenn sie nicht parteikonform und — fromm

ihrer Ausgabe vom 18. 10. 67 unter der Überschrift „Der Richter und das Buch" unter anderem so:

„BILD meint:

1. **Herr Dr. Pawlik soll sich keine Sorgen machen, wenn er Schwierigkeiten bekommen sollte. Viele Menschen in Deutschland, die einfach die Nase voll haben, sich jede Provokation der Kommunisten gefallen zu lassen, werden diesen Richter unterstützen. Während die Staatsanwälte sich tagelang nicht darüber klar werden konnten, ob eine Beleidigung, eine Verleumdung oder einfach eine kommunistische Unverschämtheit vorliegt, hat Dr. Pawlik gehandelt.**
2. **Wir sind keineswegs immer mit Herrn Lübke einverstanden, aber wir respektieren den freigewählten Bundespräsidenten Deutschlands, ganz gleich, ob er Lübke, Schmidt oder Schulze heißt, ganz gleich, welche Schule oder Zwergschule er besucht hat.**
3. **Jedes Kind weiß, daß Deutschlands gegenwärtiger Bundespräsident nicht Deutschlands bester Redner ist. Aber ist das ein Grund, zuzulassen, daß er von den Mauermördern mit Dreck beworfen werden darf?**

Amtsgerichtsrat Pawlik hat an Stelle von Wortklaubern und Leisetretern gehandelt. Wir danken."

Richteramt geschädigt

Die WELT schreibt in ihrer Ausgabe vom 20. 10. 67 unter der Überschrift „Pawlik" unter anderem:

„Diese – im untechnischen Sinne – ‚Amtsanmaßung' schädigt, und das bleibt am meisten zu beklagen, zugleich das Ansehen des Richteramtes im ganzen. Der Richter, der seine Aufgabe nicht allein im rechtlichen Wahrspruch sieht, sondern sich als Verfolgungs- und Überführungsorgan mißversteht, untergräbt das Vertrauen in die Unabhängigkeit und Objektivität der Rechtspflege. Allein aus diesem Grund ist die rasche Aufhebung des Pawlikschen Beschlagnahmebeschlusses zu begrüßen."

Zum Thema „Kiesinger" brachte die BILD-Zeitung in ihrer Nummer vom 11. 11. 66 die Schlagzeile „Viel Glück, Herr Kiesinger!" In einem Kommentar dieser Zeitung vom gleichen Tage heißt es unter anderem:

„Die CDU hat lange gebraucht, aber sie hat schließlich eine gute Wahl getroffen. Unter den gegebenen Verhältnissen war es die beste Wahl.

Die Fähigkeiten von Kiesinger, seine Leistungen für unseren jungen, demokratischen Staat wiegen mehr als ein politischer Fehltritt vor 33 Jahren.

Und deshalb wünscht BILD ihm Glück. Glück, eine Regierung auf möglichst breiter Basis zustande zu bringen. Eine Regierung, die glaubhaft von sich sagen kann, daß sie das g a n z e Deutschland gut vertritt."

Die BERLINER MORGENPOST schreibt am 11. 11. 1966 in ihrem Kommentar unter der Überschrift „Kiesinger — eine Ausflucht":

„In der CDU/CSU grassiert gegenwärtig in der Tat die galoppierende Schwindsucht. Alle Gruppen und Grüppchen in der Union konkurrieren miteinander, das Falsche zum falschen Zeitpunkt zu tun. Unter schmerzlichen Wehen zerschnitt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dieser Tage das Tischtuch zwischen sich und Bundeskanzler Ludwig Erhard. Gestern nun wählte sie Kurt Georg Kiesinger zum Nachfolgekandidaten, einen Mann also, der wie kein anderer Christdemokrat in seinen Stärken und Schwächen als Ebenbild Erhards gelten darf. Das verstehe, wer will.

Kiesinger ist wie Erhard ein redlicher, liebenswürdiger, von besten Motiven beseelter und populärer Politiker. Er ist ein Mann des Floretts, nicht des schweren Säbels, ein Herr, nicht ein hemdsärmeliger Manager. Nur leider fehlt es ihm an zielstrebiger Energie, an Mut zu raschen Entscheidungen. Wie weiland Erhard neigt Kiesinger zur behäbigen Beobachtung der Dinge, zum Zögern, zum Zaudern, zu Tugenden also, die im Jahre 1955 bei einem Bonner Regierungschef noch hingehen mochten, die heute aber, angesichts des innenpolitischen Scherbenhaufens und der erschreckenden außenpolitischen Isolierung Deutschlands nahezu Untugenden sind.

Permanente Kapitulation

Schon einem ‚starken' Kandidaten der CDU/CSU wäre es schwer, bitterschwer gefallen, in den Gesprächen mit der SPD und der FDP die Voraussetzungen für eine Koalition zu schaffen, in der man den Ausgleich des Haushalts und eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte in der Sicherheits-, Ost-

Kampagne der Kampagne

Die Konzentration der Angriffe auf das Verlagshaus Axel Springer stellt die Frage nach den Initiatoren der immer heftiger werdenden Kampagne. Die Kräfte scheinen sich um einen Punkt zu sammeln. Dazu liegen zwei Schriftstücke vor, die von der Geschäftsführung des Zentralen Ausschusses der „Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner" Interessenten zur Verfügung gestellt werden.

Das erste Papier ist ein

„Protokoll über eine Zusammenkunft von Vertretern der Studentenverbände LSD, SHB, SDS, der Allgemeinen Studentenausschüsse der Universitäten Tübingen, Heidelberg, Mainz, Freiburg, Bochum, Frankfurt, TH Hannover, der Studentengewerkschaft Bonn, der Kampagne für Abrüstung, des Republikanischen Clubs und des Berliner Extradienstes. Gegenstand der Beratung war die Kampagne gegen den Springer-Konzern. Die Beratung fand statt am 6. Oktober 1967 in Offenbach.

1. In der Diskussion wurde der Versuch gemacht, Leitlinien der Argumentation festzustellen, die von den unterschiedlichen an der Kampagne gegen den Springer-Konzern beteiligten Gruppierungen akzeptiert werden können. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich drei Aspekte unterscheiden lassen:

- Die generellen Schwierigkeiten für die Pressefreiheit unter den Bedingungen einer Pressestruktur, die auf private Gewinnmaximierung und Konsumwerbung ausgerichtet ist und der Tendenz der Konzentration unterliegt,
- die spezifische Form der Pressekonzentration in der Bundesrepublik, die nicht zur Konkurrenz mehrerer gleichgewichtiger Zeitungskonzerne, sondern zur eindeutigen und in dieser Weise einmaligen Vormachtstellung des Springer-Konzerns geführt hat,
- die spezifische politische Tendenz des Springer-Konzerns, die innenpolitisch für autoritäre Verhältnisse, außenpolitisch gegen Entspannung wirkt.

Kampagne mit Entschiedenheit

Die Koalition gegen Springer sollte all jene Kräfte umfassen, die zumindest in ihren Forderungen zu den Punkten 2) und 3) einig und bereit sind, die Kampagne gegen Springer nicht nur etwa unter der Parole „Stoppt Springer", sondern mit jener Entschiedenheit zu führen, die sich u. a. in der Parole „Enteignet Springer" ausdrückt ...

2. Es wurde festgelegt, daß in den nächsten Monaten zur öffentlichen u n d internen Meinungsbildung Diskussionen unter dem Motto „Soll Springer enteignet werden?" veranstaltet werden sollten ...

3. Der Berliner Extradienst legt ein Angebot vor für eine Anti-Springer-Zeitung „extrablatt". „Die Westberliner Zeitungs GmbH schlägt vor, eine Ausgabe des „extrablatt" der Anti-Springer-Kampagne zu widmen. Die GmbH stellt — unter Beratung interessierter Verbände — das „extrablatt" redaktionell und technisch her. Der Druck soll in Westberlin erfolgen. Die entstehenden Kosten werden von der GmbH vorfinanziert."

In diesem Protokoll werden offen einige Techniken der Kampagne gegen Springer dargelegt. Wie eng die im Protokoll erwähnten Gruppen zusammenarbeiten wollen, geht aus einem weiteren Auszug hervor:

„4. Die Vertreter der Allgemeinen Studentenausschüsse berichten, daß an den Universitäten für das Wintersemester bereits vielfältige Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen in der Kampagne gegen den Springer-Konzern vorbereitet werden.

5. Die Verbände haben folgendes Material zur Verfügung bzw. in Vorbereitung:

Berliner Extradienst, 1 Berlin 15, Wielandstr. 27: Plakette „Enteignet Springer", Schutzgebühr 2,— DM, bei größeren Abnahmen können Sonderpreise verabredet werden.

Kampagne für Abrüstung, 605 Offenbach 4, Postfach 648: Plakette „Bild macht dumm", feste Schutzgebühr 1,— DM, bei Abnahme zum Weiterverkauf ab 20 Stück 0,40 DM je Stück. Plakette „Bildung macht frei — BILD macht dumm", feste Schutzgebühr 1,— DM, bei Abnahme zum Weiterverkauf ab 20 Stück 0,40 DM je Stück. Sonderausgabe der Zeitschrift der Kampagne INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG mit Beiträgen zur Information und Meinungsbildung über den Springer-Konzern, Stückpreis 1,— DM, bei Abnahme zum Weiterverkauf ab 10 Stück 0,35 DM je Stück.

Bei Großabnahmen Sonderpreis

In Vorbereitung: Taschenbuch-Sammelband über

Somit dürften wohl alle Zweifel beseitigt sein, daß es sich bei der Kampagne gegen Springer noch um „spontane Aktionen" einiger Gruppen handelt. Es bleibt vielmehr festzuhalten, daß die Aktionen einen eindeutig ausgerichteten politischen Charakter haben und daß sie gesteuert werden.

Dazu einige Auszüge aus dem Referat von Dr. Andreas Buro*, das sich unter der Überschrift „Überlegungen zur Springer-Aktion der Kampagne" mit den ideologischen Zielen beschäftigt:

„Die Beteiligung der Kampagne für Abrüstung an der Aktion ‚Enteignet Springer!' ist nicht selbstverständlich. Bisher bestand zwischen den Aktionen der Kampagne und ihrem ausgesprochenen Ziel der Friedenssicherung durch Abrüstung ein unmittelbar einsichtiger Zusammenhang. Dies trifft auch noch für das Auftreten der Kampagne gegen die Notstandsgesetze zu, die auf die Militarisierung der Gesellschaft zielen. Bei der Aktion Springer ist der Zusammenhang zu den Zielen der Kampagne zum Teil jedoch nur mittelbar gegeben, zumindest jedoch nicht unmittelbar für jedermann einsichtig. Für uns folgt daraus, daß wir die Bedeutung des Falles Springer für die Friedenssicherung und Abrüstung herausarbeiten, ferner aber auch unsere Selbstverständigung über die Aktion Springer innerhalb der Kampagne so weit vorantreiben müssen, daß eine wenigstens in den Grundzügen gemeinsame Plattform für diese sicher langfristige Aktion entsteht."

Dr. Buro schreibt weiter: „Für die Kampagne ergibt sich nun die eingangs gestellte Frage, welchen Inhalt sie ihrer Aktion Springer geben will. Will sie sich mit den allgemeinen Problemen der Neuordnung und Umstrukturierung des Pressewesens in der BRD befassen, oder soll sie sich auf den Fall Springer konzentrieren? Ich trete für eine Konzentration auf den Fall Springer ein, und zwar aus folgenden Gründen:

■ Die Arbeit der Kampagne richtet sich auf die breite Öffentlichkeit. Sie muß daher auch so angelegt sein, daß sie in der breiten Öffentlichkeit verständlich ist. Dies ist nur in dem extremen Fall Springer überzeugend möglich ...

■ Bewährte Arbeitsmethode der Kampagne war es, von der gegenwärtigen Situation auszugehen und hieran anknüpfend nächste Schritte vorzuschlagen. Beispiel hierfür ist das Sofortprogramm. Die ersten Schritte in Sachen Meinungsfreiheit müssen ohne Zweifel auf die Entmachtung Springers gerichtet sein. Hier darf es keine Verzettelung geben. Springer ist der Domino in der Partie und nicht die FAZ, der Rheinische Merkur, Christ und Welt oder die Lokalpresse ...

„Die Diktatur am Fuß

Den Zeitungen des Springer-Hauses wird vorgeworfen, sie würden Regierungen in anderen Ländern, die von undemokratischer Verfassung sind, wohlwollend betrachten oder sie sogar unterstützen. Zum Beispiel Griechenland.

Dazu zwei Textauszüge.

Die BERLINER MORGENPOST schreibt in ihrer Ausgabe vom 23. 8. 67 in ihrem Kommentar unter der Überschrift „Der Gnadenakt" unter anderem:

„Die Begnadigung des früheren griechischen Außenministers Evangelos Averoff durch König Konstantin lenkt wieder einmal das Augenmerk auf Griechenland — vier Monate nach dem Offiziersputsch. Auf den ersten Blick ist man geneigt, in dem Gnadenakt einen bemerkenswerten Beweis für die noch immer wirksame Kraft eines gesunden Rechtsgefühls zu sehen.

Bei längerem Nachdenken wird man nicht umhin können, Verwunderung oder auch Entrüstung über beides zu empfinden, über die Verurteilung aus nichtigem Anlaß (Averoff hatte mehr als fünf Leute gleichzeitig zu sich nach Hause eingeladen), aber auch über die Freisprechung von der Strafe durch den König. Der letzte demokratische griechische Ministerpräsident Stephanopoulos hatte dies als einen Mangel an objektiven Rechtskriterien bezeichnet. In welchem demokratischen Staat käme schon — selbst bei einem politischen Urteil — ein derartiges Hinwegsetzen über ein Gerichtsurteil durch das Staatsoberhaupt vor.

Man unterstelle ruhig, daß die Offiziere das Beste für Griechenland gewollt haben und noch wollen. Messen muß man sie jedoch an ihren Taten. Sie hätten ein Regiment der nationalen Versöhnung errichten müssen, sollte in Griechenland nicht die Möglichkeit für den demokratischen Weg auf viele Jahre verschüttet werden.

20.11.1967:
Aus der Universität Frankfurt berichtet das Landgericht (vgl. 19.11.1967, 2.12.1968), laut SC, so:"
Am 20.11.1967 hielt Prof. Dr. Carlo Schmid in der Zeit von 11.15 Uhr bis 13.00 Uhr seine regelmäßige Vorlesung im Hörsaal VI der Universität Frankfurt/Main. …
Der Hörsaal VI war bei Vorlesungsbeginn überfüllt; Zuhörer standen dichtgedrängt bis zu den Vordereingängen und blockierten den Eingang zum Hörsaal. Auch in dem Vorraum standen noch zahlreiche Personen, unter ihnen auch einige Professoren und Rektor Dr. Rüegg. Eine Gruppe von Studenten - … - versuchte Flugblätter zu verteilen, stellte ihr Vorhaben aber ein, als sie von Mitgliedern der Universitätsverwaltung dazu aufgefordert wurde. Prof. Dr. Rüegg hatte auf dem Flur eine kurze Diskussion mit dieser Gruppe, die wegen der Blockierung des Eingangs nicht in den Saal gelangen konnte. Gegen 11.40 öffnete ein im Saal befindlicher Zuhörer, …, den auf Anordnung des Rektors von innen verschlossenen hinteren Eingang des Hörsaales. Kurze Zeit später betrat eine Gruppe von 15 - 20 Personen durch diese Tür den Hörsaal und 20 - 30 Personen begaben sich dann aus dem Hörsaal auf die Rednertribüne. Sie gruppierten sich im Abstand von einigen Metern um den am Rednerpult stehenden Prof. Dr. Carlo Schmid. … Die auf dem Podium befindliche Gruppe begann nun mit Diskussionen untereinander, störte durch einzelne Zwischenrufe und Sprechchöre oder rhythmisches Händeklatschen und schrieb an die Wandtafeln hinter dem Vortragenden Bemerkungen, die sich auf die Notstandsgesetzgebung und die Einstellung Prof. Dr. Schmids zu diesen Gesetzen bezogen. Ein oder zwei Angehörige dieser Gruppe traten an Prof. Dr. Schmid heran und forderten ihn auf, über die Notstandsgesetze mit ihnen zu diskutieren. Dieser unterbrach … darauf kurz seinen Vortrag und erklärte dies den Zuhörern im Saal. Durch Sprechchöre und Zurufe erhob sich erheblicher Widerspruch dagegen. Prof. Dr. Schmid lehnte das Ansinnen ab und fuhr mit seiner Vorlesung fort." Es kam zwar weiter zu Störungen, aber er sei auch durch eine in der Pause vom AStA-Vorsitzenden organisierte Abstimmung unterstützt worden. Gegen eine Reihe von Personen, die in der Störergruppe vermutet werden, kommt es zur Anklage.
Q: SC: Info Nr. 2, Frankfurt 26.4.1969

20.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg gibt sein 'Auditorium - Hamburger Studentenzeitung' Nr. 50 (vgl. Okt. 1967, Dez. 1967) für November vermutlich in dieser Woche in einer Auflage von 10 000 und einem Titelbild "Scherereien" zum Konflikt um die Rektoratsfeier am 9. November 1967 heraus. Leserbriefe befassen sich mit dieser Feier sowie mit der von Jens Litten behandelten Enteignung Springers. Holger-Jens Riemer befasst sich im Editorial mit einer weiteren Leseräußerung, "Der Maoismus des auditorium langweilt seine Leser Nummer für Nummer." Und fragt die Leser ob diese Einschätzung berechtigt sei.

Frithjof Rendtel berichtet in "May im November" vom Brechtabend mit Gisela May im Audimax der Universität Hamburg. nn befasst sich in "Ouvertüre" mit der Rektoratsfeier, wozu es auch von ch in "Zehn Tage … … chronologisch" eine Chronik gibt (vgl. 7.11.1967, 17.11.1967).

Hilkes berichtet in "Abu Yussef oder… in Eurem Bunde der Dritte" von Geheimdienstbesuchen bei palästinensischen Studenten in Frankfurt, Hamburg, Köln und Marburg sowie von den Taten der

Geheimdienste Indonesiens und Südkoreas in der Bundesrepublik. Peter Münder berichtet in "'… in hohem Maße kreditwürdig' - Über Jubel-, Trubel- und Kurzzeitperser" über die Berichterstattung des 'Spiegel' Nr. 46 über iranische Studenten in der Bundesrepublik sowie den Iran selbst und seinen Geheimdienst SAVAK. M. W. stellt in "Hamburg mathematisch" eine Dokumentation der Fachschaft Mathematik-Physik über die Missstände an ihrer Fakultät vor. Der Leser Rainer Hagen berichtet von der Fachschaft Germanistik. Reinhold dj Oberlercher befasst sich in "Wenke - oder die Unmöglichkeit einer Rezension" mit diesem Pädagogen, ordnet ihm ein NS-Zitat zu. Jens Litten verfasste den Artikel "Formierter Plural - Zu Kritik einer Kategorie spätbürgerlicher Demokratie" über den Pluralismus. Peter Schütt berichtet in "KapUttgefeiert" über die Kritische Universität (KU) in West-Berlin (vgl. 4.11.1967), Hamburg (vgl. 21.10.1967), Frankfurt, Münster und München und deren Lob durch die Springerpresse.

Vorgestellt werden die neuen AStA-Referenten für Presse (Thomas Walde), Sport (Claus Hollmann), Finanzen (Rudolf Ziesing) und Soziales (Jürgen Bruhn).

Berichtet wird u.a. aus Berlin von einer Anti-Springer und Vietnam-Demonstration in der JVA Moabit sowie von der WiSo Fak der FU, über den Boykott der 'Welt der Literatur' durch die Gruppe 47 und aus Hamburg vom SDS (vgl. 7.11.1967). Angekündigt wird das Konzert der City Preachers. Hingewiesen wird auf die Veröffentlichungen:
- Wolfgang Nitsch: Hochschule. Soziologische Materialien.
- Pressearbeitskreis des RC Berlin: Springer enteignen?
- sowie die eigenen AStA-Dokumente Nr. 6: Detlev Albers: Zur Demokratisierung der Universität und Nr. 7 (vgl. Sept. 1967).
Eine Anzeige bewirbt Kai Hermann: Die Revolte der Studenten, wozu auch eine Rezension erscheint.
Weitere Rezensionen behandeln:
- Leo Kofler: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft;
- Hans Blumenberg: Die Legitimität der Neuzeit sowie
- die Bände 16 bis 16 der Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek von Kiepenheuer und Witsch, welches sind: Parlamentarismus (hrsg. Von Kurt Kluxen), Die Entstehung des modernen souveränen Staates (hrsg. Von Hanns Hubert) und Pädagogische Psychologie (hrsg. Von Franz Weinert).
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967

20.11.1967:
Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtet von der Rektoratsfeier (vgl. 9.11.1967) und fährt zu Prof. Wenke (vgl. 4.1.1968), Leiter des PI, fort:"
Spuler blieb nicht der einzige Dozent der 'Braune Universität Hamburg', der während des Wintersemesters von sich reden machte. Der Leiter des Pädagogischen Instituts, Prof. Hans Wenke, der vor drei Jahren durch massive Proteste aus der Öffentlichkeit gezwungen worden war, von seinem Ehrenamt als Bochumer Gründungsrektor zurückzutreten, war in einer Vorlesungskritik in der Novemberausgabe des Hamburger 'auditoriums' als 'alternder Ideologe des pädagogischen Hitlerismus' mehr glossiert als analysiert worden; er hatte daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als seine studentischen Kritiker von der Teilnahme an seinen Vorlesungen und Übungen auszuschließen. Eine Begründung lehnte er ab, ebenso wie eine Debatte über sein Vorgehen und eine Stellungnahme zu den Vorwürfen wegen seiner publizistischen Tätigkeit im 'Dritten Reich', die von zahlreichen Studenten und Hörern seines Kollegs verlangt wurde. Schließlich weigerte er sich, unterstützt von allen Professoren seiner Fakultät, zu lesen, solang die 'Störungen', d.h. die Bitten um Diskussion, anhielten, und ließ für sich durch seine Assistenten und ergeben Studenten, darunter Mitglieder des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB der NPD, d.Vf.), eine Unterschriftensammlung durchführen. Mit Berufung auf den 'Treuebeweis' von 700 Pädagogikstudierenden drohte er allen, die ihn in seiner Vorlesung unterbrechen würden, mit dem Verweis von der Universität. Ohne Erfolg, denn immer mehr Fragesteller meldeten sich zu Wort."

Schütt berichtet auch:"
Als in der Wenke-Vorlesung zwei Beamte der Politischen Polizei entdeckt wurden und wenige Tage später ausgerechnet gegen vier anwesende SDS-Mitglieder, die im übrigen in keiner Weise besonders hervorgetreten waren, ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, schien für den SDS der seit langem erhobene Verdacht bestätigt, daß Polizei und Universitätsbehörden intensiv zusammenarbeiten und ihre Unterlagen permanent austauschen. Der SDS nahm die von der Universitätsverwaltung anberaumte Vernehmung der vier 'Störer' und die Überreichung von mehreren hundert Selbstanzeigen zum Anlaß, um zu einem allgemeinen Go-in beim Rektor aufzurufen."
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 381f und 386

20.11.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. Okt. 1967) kündigte an:"

Am 20. November 1967 startet der AKFF (Arbeitskreis Film und Fernsehen) in Zusammenarbeit mit Film Makers Coop. New York, eine Reihe 'New American Cinema'. Geplant sind 14. Veranstaltungen."
Q: Auditorium Nr. 49, Hamburg Okt. 1967, S. 11

21.11.1967:
Aus Vietnam berichtet Horst Szeponik (vgl. 31.10.1967, 31.1.1968):"
Während einer Offensive der Befreiungsstreitkräfte bei Dac To werden 3 500 US-Soldaten außer Gefecht gesetzt."
Q: Horizont Nr. 46, Berlin (DDR) 2. Novemberwoche 1972, S. 25f

21.11.1967:
An der LMU München gibt die Münchner Wahlgemeinschaft (MWG) ihr Flugblatt Nr. 3 heraus unter der Schlagzeile "Zur Sache: Hochschulgesetz". Die Flugblätter Nr. 1- 5 seien ab dem 23.11.1967 kostenlos zu bekommen in der Libresso-Buchhandlung, Türkenstr. 66 und im Trikont-Cafe, Schellingstr. 16.
Q: MWG 3 Zur Sache: Hochschulgesetz, München 21.11.1967

MWG **Münchner Wahlgemeinschaft**
Hochschulpolitische Arbeitsgemeinschaft von Studentengruppen (DIS, GASt, HSU, LSD, SDS, SHB) und unabhängigen Studenten an der Universität München.
21. 11. 1967
3

ZUR SACHE: HOCHSCHULGESETZ

Studienreform kann nicht isoliert von den Strukturfragen der Hochschule betrachtet werden. Eine grundlegende Reform der Organisation der Hochschule ist eine Voraussetzung für eine Studienreform, die sowohl die berechtigten Forderungen der Gesellschaft auf eine Rationalisierung des Wissenschaftsbetriebs, die Erfordernisse der wissenschaflichen Kooperation in der Forschung und die demokratischen Teilhaberechte aller in der Hochschule vertretenen Gruppen sichern soll.

Die hierarchische Ordnung der Hochschule und die feudalstruktur der Institute, die durch das absolute Verfügungsrecht der Ordinarien über alle wissenschaftlichen Hilfsmittel und durch die persönliche Abhängigkeit aller wissenschaftlichen Mitarbeiter gekennzeichnet ist, entspricht nicht den Erfordernissen der modernen Wissenschaft.

Strukturreformen der Universität können nur von außen durch den Gesetzgeber eingeleitet werden, weil

1) die Universität sich in den letzten 20 Jahren als unfähig erwiesen hat, die notwendigen Reformen selbst durchzuführen, und

2) die Strukturreformen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts einer gesetzlichen Grundlage bedürfen.

GRENZEN UND AUFGABEN EINES HOCHSCHULGESETZES

Die Autonomie der Hochschulen muß erhalten bleiben. Daher sind in einem Hochschulgesetz zwar die neuen organisatorischen Formen der Hochschulen festzulegen, aber dem Staat dürfen keine laufenden Eingriffe in den Hochschulbetrieb gesetzlich ermöglicht werden. Auch gegen den Willen der Professoren die Hochschulstrukturen auf gesetzlichem Wege zu reformieren, ist also keineswegs ein Eingriff in die Hochschulautonomie, sondern der einzig gangbare Weg, um den Immobilismus der feudalen Ordinarienhochschule zu überwinden.

In folgenden Bereichen der Hochschule können durch ein fortschrittliches Hochschulgesetz Verbesserungen erreicht werden:

1) Ein Hochschulgesetz muß das Ziel der wissenschaftlichen Ausbildung neu bestimmen, nämlich Forschung, Lehre und Studium in enger Kooperation mit den zukünftigen Berufswegen, ohne starren Bezug auf heute bestehende Berufsbilder zu betreiben, wobei das Ziel sowohl eine wissenschaftliche Durchdringung der Praxis wie auch die Einbeziehung gesellschaftlicher Probleme des Faches ist. Ein außerwissenschaftlicher Erziehungs- oder Bildungsauftrag kann den Hochschulen nicht eingeräumt werden.

2) Ein Hochschulgesetz muß neue Formen der wiss schaftlichen Kooperation anregen und gesetzl verankern. Interdisziplinäre Forschung ist he ebenso notwendig wie gleichberechtigte Koope tion der Habilitierten in einem Fachbereich (si MWG - ZUR SACHE Nr. 1). Daher erwarten von einem Hochschulgesetz die Aufhebung des dinariensystems.

3) Ein neues Hochschulgesetz hat dafür zu sorg daß die Professoren der einzelnen Fachberei nach wissenschaftlicher Qualifikation, nach Viel tigkeit der Spezialgebiete und wissenschaftlic Richtungen unter Einbeziehung von didaktisc Kriterien berufen werden. Sowohl Cliquenweser den Fakultäten und Fachbereichen wie auch troirechte des Ministeriums müssen ausgeschlos werden.

4) Ein Hochschulgesetz hat jegliche Disziplinargev der Hochschulen über die Studenten abzuschaf Ein besonderes akademisches Ethos kann nur der Annahme einer Elitefunktion der Akademi abgeleitet werden und spricht allen demokratisc Prinzipien Hohn. Die im Disziplinarrecht impliz te Doppelbestrafung durch ordentliches Ger und Universität kann nicht aufrechterhalten werd

5) Ein Hochschulgesetz hat die funktionsdifferenz te Teilnahme aller Gruppen der Universität, Professoren (Habilitierten), der Assistenten und Studenten an der Organisation von Forschung Lehre und an der Verwaltung der Institute, Fa täten und der Gesamthochschule zu sichern.

6) Ein Hochschulgesetz hat festzulegen, daß Stud und Prüfungsordnungen nur in Übereinstimmung z schen der interessierten Öffentlichkeit, den in Lehre Tätigen und den Studenten erlassen werd da jede dieser Gruppen berechtigte Interessen ran hat, die aufeinander abgestimmt werden m sen. In der Universität ist dabei die Einricht von paritätischen Studienreformkommissionen setzlich zu sichern.

7) Der Studentenvertretung ist die ihren Aufgaben gemessene Rechtsstellung zu geben, die auf je Fall die zivilrechtliche Rechtsfähigkeit zu bein ten hat. Interessenvertretung der Studenten, ver wortliche Mitgestaltung der Gesamthochschule gleichberechtigte Beteiligung in allen Fragen Studien- und Prüfungsordnungen sind als Ha aufgaben der Studentenvertretung gesetzlich zu chern. Solange nicht durch eine direkte, famil ungebundene Ausbildungsförderung die Notw digkeit sozialer Fürsorgemaßnahmen für die Stu renden beseitigt ist (siehe MWG — ZUR SACH

ist eine maßgebliche Mitwirkung der studentischen Vertreter in den Sozialeinrichtungen der Hochschulen gesetzlich festzulegen.

8) Ein Hochschulgesetz muß endlich das Problem der pädagogischen Ausbildung lösen durch völlige Integration in die Universitäten, was nicht nur dem akademischen Charakter der Lehrerausbildung entspricht, sondern auch die Kooperation zwischen den pädagogischen und den für das Lehrerstudium wichtigen Fächern sichert.

Eine Schulreform mit dem Ziel einer einheitlichen differenzierten Gesamtschule erfordert zudem die völlige Zusammenlegung der Lehrerausbildung an den Universitäten.

VORLIEGENDE ENTWÜRFE

Die bisherigen Hochschulgesetzentwürfe der Bayer. Staatsregierung haben keine dieser Forderungen erfüllt.

Im Gegenteil:

Der letzte Entwurf des Kultusministers und CSU-Fraktionsvorsitzenden Huber sieht vor:

ad 1) die Aufrechterhaltung des bisherigen verschwommenen Bildungsideals der Hochschule,

ad 2) die Festigung des Ordinariensystems,

ad 3) den ministeriellen Oktroi und das Sondervotum bei Berufungen,

ad 4) die gesetzliche Verankerung des Disziplinarrechts,

ad 5) den gesetzlichen Ausschluß der Studenten und Assistenten bei allen entscheidenden Punkten, wie Berufungen, Stellenbesetzungen usw., die Aufrechterhaltung des Systems der Geheimdiplomatie durch Schweigepflicht (Geheimabsprachen ohne Öffentlichkeit),

ad 6) keinerlei Kommissionen für Studien- und Prüfungsfragen unter Beteiligung von Studenten,

ad 7) nach wie vor keine juristisch eindeutige Rechtsstellung für die Studentenschaft und keine ausreichenden Mitgestaltungsrechte der Studenten in der Universität und den Sozialeinrichtungen,

ad 8) einen verschwommenen Status Quo für die Pädagogischen Hochschulen;

zusätzlich aber will dieser Entwurf einführen:

\+ die Abschaffung jeglicher Hochschulautonomie auf dem Gebiete der Hochschulverwaltung,

\+ extensive Möglichkeiten des Kultusministeriums, sich auf den verschiedensten Gebieten laufend in d Betrieb der Hochschule einzumischen,

\+ extreme Oktroimöglichkeiten bei Berufungen,

\+ einen generellen Numerus Clausus,

\+ eine generelle Zwangsexmatrikulation 2 Semes nach Erreichen der Mindeststudienzeit.

STRATEGIE DER STUDENTENSCHAFT

Bis vor 2 Jahren versuchten korporierte, meistens CSU angehörende AStA-Vorsitzende, die CSU und Bayer. Staatsregierung durch Geheimverhandlungen u „Beziehungen" zu kleinen Zugeständnissen vor allem dem peripheren Gebiet der Rechtsstellung der Student schaft zu veranlassen. Als das alles nichts nützte, gi der letzte korporierte CSU-AStA-Vorsitzende Faltlhau (1965/66) offen zur Unterstützung des CSU-Hochschul setzentwurfs gegen die studentischen Vorstellungen und teressen über, während der MWG-AStA mit Unterstützu der gesamten Studentenschaft durch eine große Dem stration die Öffentlichkeit alarmierte und so den Entw zu Fall brachte. Da der neue Entwurf aber nur in we gen Punkten verbessert wurde, muß der AStA auch w ter entschieden nein sagen und die öffentliche Diskussi des Entwurfs durch alle Studenten fördern.

Nur wenn die Staatsregierung merkt, daß die Stud ten nach wie vor nicht bereit sind, ein derart fortschrit feindliches Hochschulgesetz hinzunehmen und entsp chend die Öffentlichkeit informieren, und auf sie Einf nehmen, wird die Studentenschaft Erfolg haben.

Daher:

Nur die MWG garantiert eine entschiedene Stellu nahme gegen die CSU-Pläne. Eine vom RCDS und d Korporierten (MSU) geleitete Studentenvertretung w de wieder wie vor 2 Jahren ihre Loyalität zur CSU ü die studentischen Interessen stellen.

DIE MWG FORDERT DAHER:

- **öffentliche Diskussion der Hochschulentwü durch alle Beteiligten, einschließlich der S denten,**
- **weitere Einflußnahme auf die Gesamtuniver tät, damit die Universität entschieden d staatlichen Dirigismus entgegentritt,**
- **Einflußnahme auf die Abgeordneten und Fra tionen des Landtags ohne wieder in Gehei diplomatie zu verfallen mit dem Ziel, wen stens einen Teil der oben genannten Strukt reformen gesetzlich zu sichern.**

ES GEHT UM IHRE INTERESSEN —
WÄHLEN SIE DIE KANDIDATEN DER MWG

Ab Donnerstag, dem 23. 11. 1967 sind die MWG - Flugblätter „Zur Sache" 1-5 zusammen mit dem Grun satzprogramm der MWG an folgenden Stellen kostenlos zu haben:

LIBRESSO - BUCHHANDLUNG, 8 München 13, Türkenstr. 66,
TRIKONT - CAFE, 8 München 13, Schellingstr. 16 (Ecke Amalienstr.).

Verantwortlich: stud. jur. Lothar Schubert, 8 Mü. 13, Barerstr. 46/R. Druck: Dr. J. Herp, 8 Mü. 13, Amalienstr.

21.11.1967:
In Berlin gibt der SDS, laut FU-Dokumentation heute, ein Flugblatt "Klassenjustiz" zum Freispruch von Kurras heraus.
Q: SDS: Klassenjustiz, O. O: (Berlin) O. J. (1967)

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

K L A S S E N J U S T I Z

Der Freispruch für Kurras hat in der Öffentlichkeit, zumal in der studentischen, grossen Protest hervorgerufen; die Kritik lautet: Rechtsbeugung, politische Justiz etc. Das Gericht stellte fest, der Schuss sei zwar rechtswidrig abgegeben, doch sei subjektiv dem Angeklagten eine Schuld nicht nachzuweisen. (Welt 16.11.67). Auch die weitere Urteilsbegründung macht es nicht leicht, ohne weiteres von Rechtsbeugung zu sprechen. Und doch ist das Urteil: politische Justiz am Platze, nur nicht in dem Sinne, dass dieses eine Urteil aus politischen & Motiven ungerechtfertigt ergangen wäre, vielmehr deshalb: weil ein auf objektive und politische Bedingungen zurückführbarer Mord eine Beurteilung erfahren muss, die einzig die subjektiven Gründe des Täters in Betracht zieht. D.h. nicht dieses Urteil ist ein politisches, - solange man unterstellt, das Urteil sei nach bestem Wissen und Gewissen ergangen - sondern hier offenbart sich die politische, nämlich stabilisierende Funktion der Justiz für eine ungerechte Gesellschaft, gerade dann, wenn sie einen politischen Fall in die persönliche Sphäre des Täters verlegt.

Dass diese letztgenannte objektive Funktion der Rechtssprechung jedoch auch eine bewusste des Gerichts war, wird deutlich, wenn gerade in diesem Prozess der Gerichtsvorsitzende auf seine Unabhängigkeit pocht: ....'wäre das Opfer ein Polizist gewesen, das Urteil wäre das gleiche; ...und man müsse ja von dem für den Angeklagten günstigsten Sachverhalt ausgehen'.

Die Zweifel müssen einem nämlich dann kommen, wenn man sich die Prozesse gegen Studenten ansieht, wo alle Schleier fallen, und man eher geneigt ist, von dem für den Angeklagten ungünstigsten Sachverhalt auszugehen. So geschehen im Falle von Uwe Bergmann, dem kein Anklagepunkt nachzuweisen war, wo sich die Belastungszeugen, Polizisten, soweit irrendurften, dass sie einen völlig anderen Ort von Bergmanns Festnahme angaben statt des tatsächlichen; die Strafe wurde damit begründet, dass Polizisten sich nicht irren: wenn sie jemanden festnähmen, dann müsse auch ein Grund vorgelegen haben.

Wenn man diesen Fall und andere ähnliche vor Augen hat, ganz zu schweigen vom Teufel-Prozess, hat man wohl das Recht, auch bei dem so 'einwandfrei geführten' Kurras-Prozess seine Zweifel an der Berliner Justiz zu bekommen.

Erst auf dem Hintergrund der rechtsstaatlichen Grundsätzen spottenden Aburteilung politisch missliebiger Studenten wird klar, inweiweit der Prozess gegen Kurras ein politischer Prozess war. Denn er zeigte, dass der Justizapparat die Grundsätze des bürgerlichen Rechtsstaates zwar auf politische Angepasste, nicht aber auf Oppositionelle anwendet. Damit aber ist der Formalismus der staatlichen Gewaltentrennung tatsächlich aufgehoben und die Justiz offenbart sich als das xxx was sie immer war: Klassenjustiz.

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

21.11.1967:
An der FU Berlin gibt der AStA das Flugblatt "Solidarität" heraus mit dem Aufruf der ASten von FU und TU zur politischen Arbeit angesichts der anstehenden Prozesse.
Q: AStA FU: Solidarität, Berlin 21.11.1967

[redacted]

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politisches Referat -

1 Berlin 33, den 21.11.1967
Garystr. 20
Tel.: 7690 421

SOLIDARITÄT

Zahlreiche Studenten hatten das Pech, nach den Demonstrationen vom 2. Juni oder durch andere politische Aktionen in die Maschinerie der Berliner Justiz zu geraten.

Sie fielen bei der Demonstration Greiftrupps zum Opfer oder sie sagten als Zeugen aus (und bekannten damit ihre Teilnahme) oder sie waren schon Rädelsführer, bevor sie überhaupt demonstrierten.

Die ersten Prozesse sind bereits über die Bühne gegangen. Ohne studentische Öffentlichkeit, teilweise ohne Verhandlung, im Schnellverfahren, wurden die Angeklagten abgeurteilt.

Wir stehen dem bislang hilflos und unbeteiligt gegenüber. Im Vertrauen auf die Gerechtigkeit oder auch nur aus Bequemlichkeit sind wir unserem geordneten Studium nachgegangen, während unsere Kommilitonen im Moabiter Justizpalast allein der Justizbürokratie gegenüberstehen.

Die Studenten und die übrigen Mitglieder der Berliner Hochschulen müssen versuchen, die wegen politischer Delikte angeklagten Kommilitonen wirksam zu unterstützen.

An Verfahren sind noch zu erwarten bzw. haben in den letzten Woche stattgefunden:

- 35 Verfahren wegen der Demonstrationen gegen den Film "africa adio" (Anklage: Hausfriedensbruch, Auflauf, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung, Körperverletzung und zwei Fälle, bei denen "die strafbare Handlung nicht erkennbar" ist). Verurteilt wurde zu Geldstrafen bis zu 200 DM, in fast allen Fällen wurde Berufung eingelegt.
- 25 - 30 Verfahren wegen der Spaziergangdemonstration Dezember 1966 (Anklage: Übertretung von Verkehrsvorschriften und Widerstand gegen die Staatsgewalt).
- ca. 50 Verfahren Teilnahme an den Demonstrationen vom 2. Juni (Anklage: Landfriedensbruch etc.)
- 12 Verfahren wegen der Verteilung des "Steckbriefes" Dr. Dieter Dehnicke (Generalstaatsanwalt). Bislang sind drei Strafbefehle ohne mündliche Verhandlung ergangen (drei Monate Gefängnis ohne Bewährungen). Dagegen wurde Einspruch erhoben.

Kommilitonen, die bereit sind an der Vorbereitung und Durchführung politischer Aktionen teilzunehmen, mögen sich im Politischen Referat des AStA melden.

AStA der FU
AStA der TU

21.11.1967:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt "Letzte Meldung: Kurras freigesprochen!" heraus.
Q: AStA FU: Letzte Meldung: Kurras freigesprochen!, Berlin 21.11.1967

Foto 2
21.11.64

LETZTE MELDUNG:

KURRAS

freigesprochen

ASTA

21.11.1967:
An der FU Berlin erscheint laut einem Eingangsstempel heute das Flugblatt "Kurras freigesprochen!!!" mit einem Offenen Brief von Argument Club, DIS, GSG, Freunde der Publizistik, HSU, LSD und SDS an den AStA, der fordert, dass dieser für den 27.11.1967 aufgrund des Beginns des Prozesses gegen Fritz Teufel eine Arbeitsniederlegung beantragen möge.
Q: Argument Club et al.: Kurras freigesprochen!!!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

21. NOV. 1967

K U R R A S F R E I G E S P R O C H E N ! ! !

O F F E N E R B R I E F A N D E N A S T A

Am Montag beginnt der Prozess gegen Fritz Teufel.
Obwohl inzwischen hinreichend klar ist, daß Fritz Teufel keine Steine geworfen hat, daß Fritz Teufel zwischen anderen Demonstranten sitzend festgenommen wurde (im Gegensatz zu den Aussagen der beteiligten Beamten) soll hier exemplarisch ein Verfahren gegen "den demonstrierenden Studenten" durchgeführt werden.
Die Justiz wird ganz sicher herausfinden, daß Teufel nicht einfach auf der Straße gesessen hat, sondern daß er rädelsführend dasaß.
Wir sind uns darüber im Klaren, daß wir weder politische Prozesse, noch Verurteilungen unserer Kommilitonen, noch auch die Vollstreckung der Urteile verhindern können. Wir haben aber die Möglichkeit, unübersehbar unsere Solidarität mit jenen Kommilitonen zu bekunden, die mehr oder weniger zufällig exemplarisch für uns alle bestraft werden sollen.

Wir fordern deshalb den ASTA auf, beim Rektor eine allgemeine Arbeitsniederlegung an der FU für kommenden Montag zu beantragen, um damit den Studenten die Möglichkeit zu geben, am Montag vormittag gleichzeitig mit dem Beginn des Teufelprozesses im Audi Max über das Verhältnis der Universität zu den anstehenden politischen Prozessen zu diskutieren.
Wir bitten den ASTA, diese Veranstaltung zu organisieren.

Argument Club DIS GSG HSU LSD Freunde der Publizistik SDS

K U R R A S F R E I G E S P R O C H E N ! ! !

21.11.1967:
An der FU Berlin erscheint laut einem Eingangsstempel heute das Flugblatt "Kurras freigesprochen, Prozess gegen Fritz Teufel!" des SHB, das für den 27.11.1967 aufgrund des Beginns des Prozesses gegen Fritz Teufel eine Arbeitsniederlegung fordert.
Q: SHB: Kurras freigesprochen, Prozess gegen Fritz Teufel!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

21. Nov 67

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

KURRAS FREIGESPROCHEN,

PROTEST GEGEN FRITZ TEUFEL!

Demonstrant Fritz Teufel, der als Rädelsführer angeblich Steine warf, sitzt seit über 2 0 0 Tagen in Untersuchungshaft. Seine Unschuld ist durch zahlreiche Zeugenaussagen glaubhaft belegt. Die Anklage stützt sich lediglich auf die widersprüchlichen Angaben zweier Polizeibeamter.

Polizeiobermeister Kurras erschoß den Studenten Benno Ohnesorg. Er saß nicht in Untersuchungshaft. Er wurde von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen.

Die Justiz stützt damit nachträglich die Liquidierung der Demonstrationsfreih it und des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch Methoden des Polizeiterrors.

Demonstrationsteilnehmer werden als Rädelsführer gebrandmarkt und exemplarisch bestraft!

Elementare Grundrechte sind in Berlin zugunsten eines demokratiefeindlichen Prinzips der Ruhe und Ordnung außer Kraft gesetzt! Die Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur bedroht - sie ist aufgehoben!

Der SHB fordert:

Am Montag, den 25.11. sollen die Mitglieder der FU anstelle der Lehrveranstaltungen öffentliche Diskussionen über "Politische Justiz und Rechtsstaatlichkeit" durchführen.

Rektor, Akademischer Senat und die Studentenvertretung sollen sich gemeinsam für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

verantw. S. Stahn

21.11.1967:
An der FU Berlin verfasst der 1. AStA-Vorsitzende, Johann Wolfgang Landsberg, einen als Flugblatt veröffentlichten und auch an die Presse versandten Brief an den Rektor mit der Bitte um Richtigstellung seiner Behauptung von der mangelnden Gesprächsbereitschaft der Studentenvertretung.
Q: AStA FU-1. Vorsitzender: Brief an den Rektor, Berlin 21.11.1967

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

Studentenvertretung
Allgemeiner Studentenausschuß
- 1. Vorsitzender -

1 Berlin 33 (Dahlem), den 21.11.1967
Garystraße 20
Telefon: 76 90 2027
[Vermittlung: 76 90 1]
La / Wi

Sr. Magnifizenz
dem Rektor der
Freien Universität Berlin
Herrn Professor Dr. Ewald Harndt

1 B e r l i n 33

Ihnestr. 24

Ew. Magnifizenz !

Der WELT vom 18. Nov. d.J. entnehme ich, anläßlich eines Gesprächs zwischen Ihnen und der Journalistin Voß-Dietrich folgende Passage:
'Während er nach wie vor bereit sei, mit der Studentenvertretung zu sprechen, scheine offenbar auf der anderen Seite dieses Entgegenkommen im Augenblick nicht vorhanden zu sein. Dafür war offenbar etwas anderes vorhanden, die Absicht, die angeblich "braune" Vergangenheit des neuen Rektors bloßzustellen.'
Im TAGESSPIEGEL vom 19. Nov. d.J. wurde eine Äußerung von Ihnen abgedruckt, nach der Sie sogar gesagt haben sollen:
'"Die Studentenvertretung stört diese Gemeinschaft, weil sie sie nicht will."'
Bereits zwölf Stunden nach meiner Wahl habe ich in meiner Gratulation zu Ew. Magnifizenz' Amtsübernahme die Notwendigkeit von Gesprächen über die anstehenden Probleme betont. Nach zwölf Tagen erhielt ich Ihre Antwort, deren Stil und Inhalt einem Schreiben Ihres Vorgängers an meinen Vorgänger ähnelt, und kaum "den Willen zur Zusammenarbeit" Ihrerseits erkennen läßt. Daraufhin habe ich Sie mit meinem Schreiben vom 14. Nov. mit dezidierten Themen um einen Termin für eine Unterredung gebeten; der Konventsvorsitzende, Herr Lefévre, hat bei Ihnen am 17. Nov. in dieser Sache noch einmal mündlich angefragt. Es war Ihnen bisher innerhalb von 8 Tagen nicht möglich, zu einem drängenden Thema, wie der Universitätsordnung, für ein gemeinsames Gespräch einen Termin vorzuschlagen. Ich glaube kaum, daß mir deshalb der fehlende Wille zur Zusammenarbeit unterstellt werden kann.

- 2

Ihre Bemerkung über die Nachforschungen bezüglich Ihrer "braunen" Vergangenheit kann ich nur so erklären, daß Ew. Magnifizenz sich ohne Kenntnis der Sachlage dazu geäußert hat: Recherchen dieser Art sind vom Allgemeinen Studentenausschuß niemals angestellt worden. Im Gegenteil ist vielmehr wahr, daß ich nie an Ihrer Integrität bezüglich Ihrer Tätigkeiten während des nationalsozialistischen Regimes gezweifelt habe, und zwar auf Grund eines in meinem Bekanntenkreise dargestellten Berichts einer Ihrer Schülerinnen. Dies habe ich dann den Studenten, die mich nach Ihrer Wahl daraufhin ansprachen, eindeutig gesagt. Es muß jedoch betont werden, daß heute derartige Nachforschungen prinzipiell nicht unumgänglich sind und ihre Peinlichkeit weder den Rechercheuren noch den unbegründet Recherchierten anzulasten sind, sondern vielmehr einen Vorwurf an eine Gesellschaft darstellen, die solche Nachforschungen trotz der Greuel des Faschismus notwendig macht, wie es die Dokumentation der Studentenvertretung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät bereits eindeutig bewiesen hat.

Zu Ew. Magnifizenz Ausführungen muß ich demnach feststellen, daß sowohl der angeblich fehlende Wille zur Zusammenarbeit als auch die Unterstellung bezüglich Ihrer Vergangenheit die Funktion haben, die inneruniversitäre Situation zu verschärfen. Um dies zu verhindern, bitte ich Ew. Magnifizenz dringend um eine Richtigstellung in der Presse. Ich werde mir erlauben, einen Durchschlag dieses Schreibens der Presse zu übergeben.

Hochachtungsvoll

Joh. W. Landsberg

(Johann Wolfgang Landsberg)
- 1. AStA-Vorsitzender -

Nachdem Magnifizenz sich diesbezüglich noch nicht öffentlich geäußert hat, was er in einem Gespräch mit dem AStA am 23.11. auch bereits ablehnte, die Presse die gegen mich erhobenen Beschuldigungen nicht berichtigt hatte und ich während des Wahlkampfs mehrfach auf die Artikel in der WELT und im TAGESSPIEGEL angesprochen wurde, sah ich mich gezwungen, diesen Brief der Studentenschaft bekanntzugeben.

gez. Landsberg

21.11.1967:
Im Berliner 'Tagesspiegel' erscheint in der Rubrik "Studenten über ihre Probleme" ein Leserbrief "Studentische Opposition gegen AStA und Konvent" von Johannes Epping für die Vereinigten Arbeitsgemeinschaften (VAFU), der auch als Flugblatt verbreitet wird.
Q: N. N.: Studenten über ihre Probleme, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

6. DEZ. 196

Studenten über ihre Probleme

Diese den Studentenschaften zur Verfügung gestellte Rubrik erscheint regelmäßig in jeder Dienstagausgabe unserer Zeitung. Für den Inhalt der darin veröffentlichten Artikel übernimmt unsere Redaktion nicht die Verantwortung; Sie liegt bei der jeweils unterzeichnenden Studentenvertretung oder Studentengruppe. Die heute unterzeichnenden Vereinigten Arbeitsgemeinschaften an der FU sind ein Zusammenschluß der Arbeitsgemeinschaften verschiedener Fakultäten, der sich aus Anlaß der 20. Konventswahl gebildet hat.

Die Herausgeber

Studentische Opposition gegen AStA und Konvent

Die Freie Universität Berlin steht in Gefahr, zum Kampfmittel politischer Auseinandersetzung zu werden. Programm der Kritischen Universität, S. 41: „Sie (die Kritische Universität — Die Verfasser) entwickelt sich in dem Maße von der Kritischen zur Gegenuniversität, in dem ihre Arbeit und deren Ergebnisse direkt als gesellschaftliche Kampfmittel eingesetzt werden können. Es muß der Kritischen Universität gelingen, den aufkeimenden Widerstand unter den arbeitenden Massen dieser Stadt theoretisch zu artikulieren und damit praktisch voranzutreiben." Fragt man Vertreter der „Kritischen Universität", warum sie ihre politischen Ziele nicht durch Zusammenarbeit mit einer Partei oder durch Parteineugründung zu erreichen versuchen, so kann man hören, das sei aussichtslos. Tatsächlich zeigen die vergangenen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und den an sie angelehnten politischen Hochschulgruppen, daß die Parteien nicht gewillt sind, auf die Vorstellungen der radikalen Gruppen in dem von diesen gewünschten Maße einzugehen.

Angesichts ihrer Erfolglosigkeit sind diese studentischen Hochschulgruppen dazu übergegangen, das Renommee der Universität als Stätte wissenschaftlicher Forschung und Lehre dazu zu benutzen, ihre revolutionären politischen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen durchzusetzen. Dies geschah in der Weise, daß sich die Organe der Studentenschaft (AStA und Konvent) innerhalb der bestehenden Universität ein politisches Mandat anmaßten (Vietnam-Beschluß, Notstands-Brief an die Alliierten, Che-Guevara-Telegramm, usw.). Da die Rechtsaufsicht diesen Anspruch in Frage stellt, versuchen sie unter dem Vorwand der Studienreform durch Gründung der „Kritischen Universität" ein Organ der Studentenschaft zu errichten, das nicht den rechtlichen Beschränkungen der bereits bestehenden Organe unterliegt.

In den letzten Jahren haben im Konvent die ideologisch ausgerichteten Studentengruppen Einheitsfronten gebildet. Die Studenten aber, die nicht in politischen Hochschulgruppen organisiert sind — diese sind in der Mehrzahl — und die die Universität in erster Linie zur wissenschaftlichen Ausbildung besuchen, kandidierten nur vereinzelt. Diese Kandidaten haben keine Unterstützung gefunden und konnten sich gegenüber den taktischen Maßnahmen der aktiven Politiker im Konvent nicht behaupten. Sie wurden entweder von den politischen Gruppen eingemeindet oder resignierten und kamen ihrem Mandat nicht mehr nach. Um zu gewährleisten, daß die Studentenvertretung eine repräsentative Vertretung der Studenten wird und nicht Sprachrohr politischer Gruppen bleibt, haben sich an den verschiedenen Fakultäten Arbeitsgemeinschaften gebildet, deren Anliegen eine sachbezogene Hochschulpolitik ist. Jene Arbeitsgemeinschaften — Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK), Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN), Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur), Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fakultät (APhil) und Arbeitsgemeinschaft an der WiSo-Fakultät (AWiSo) — haben sich nun zusammengeschlossen zu den „Vereinigten Arbeitsgemeinschaften an der Freien Universität".

Die augenblickliche Aufgabe der Vereinigten Arbeitsgemeinschaften besteht darin: 1. Probleme der Universität zu diskutieren, 2. Kandidaten aufzustellen, die eine sachgerechte Hochschulpolitik anstreben, 3. die Kandidaten im Wahlkampf zu unterstützen und 4. den gewählten Kandidaten im Konvent Rückhalt zu geben. Das hochschulpolitische Programm bezieht sich auf folgende Punkte: Versachlichung der Diskussion, die durch revolutionäre Bewegungen entgleist ist; Kritik innerhalb der Universität aber nicht als Gegenuniversität, deshalb Rückverlagerung der Kritik in die Universität selbst; verantwortungsbewußte Arbeit in der Hochschul- und Studienreform; Sicherung der sozialen und rechtlichen Stellung der Studenten; Trennung der Aufgaben von Studentenvertretung und studentischen Hochschulgruppen.

Vereinigte Arbeitsgemeinschaften an der Freien Universität
Im Auftrag Johannes Epping

Sonderdruck aus DER TAGESSPIEGEL
Nr. 6750 vom 21. November 1967

21.11.1967:
An der FU Berlin geben die Vereinigten Arbeitsgemeinschaften (VAFU) das Flugblatt "Apomada 3" heraus zum Allgemeinpolitischen Mandat des AStA, das abgelehnt wird.
Q: VAFU: Apomada 3, Berlin 21.11.1967

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

APOMADA*

3

Allgemein-politisches Mandat des AStA

- **Keiner bestreitet** den studentischen Vereinigungen und den einzelnen Studenten das Recht, zu Fragen allgemein-politischen Inhalts Stellung zu nehmen.
- **Keiner bestreitet,** daß es Pflicht der Studentenschaft und ihrer Organe ist, an hochschulpolitischen Aufgaben mitzuarbeiten.
- **Keiner bestreitet,** daß der AStA die Aufgabe hat, politische **Informations**veranstaltungen im Rahmen der wissenschaftlichen Ausbildung durchzuführen.

ABER:

Jeder Student muß seine Verantwortung für eigene politische Entscheidungen behalten und darf nicht seine politische Mündigkeit an AStA und Konvent verlieren.

DENN:

- Auf Grund seiner Immatrikulation ist der Student zwangsweise Mitglied des Organs „Studentenschaft".
- Beschlüsse der Studentenvertretung sind für jeden Studenten bindend (§ 14, IV der Satzung der Studentenschaft)
- Die Anmaßung des allgemein-politischen Mandats durch AStA und Konvent ist daher nach geltendem Recht unzulässig (Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts vom 17. 10. 1967, Aktenzeichen VG II A 17. 67) und führt zwangsläufig zur politischen Entmündigung des Einzelnen.
- Die rechtswidrige Anwendung des allgemein-politischen Mandats dient AStA und Konvent als Vollmacht zur Durchsetzung gesellschafts-revolutionärer Ziele.

Wir fordern die Beschränkung des politischen Mandats auf den hochschulpolitischen Bereich und verurteilen darüber hinaus die Gleichschaltung der politischen Meinungen an der Freien Universität.

Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN)
Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur)
Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fak. (APhil)
Arbeitsgemeinschaft an der WiSo-Fakultät (AWiSo)

Auskunft erteilt:
Johannes Epping Tel.: 76 07 38

21. 11. 1967

* **Wir sind nicht für APOMADA, dafür ist jeder selber da!**

Fortsetzung folgt!!

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

21.11.1967:
An der FU Berlin gibt das Wiso-Wahlkuratorium, laut einer handschriftlichen Datierung heute, sein zweites Flugblatt unter dem Titel "Studienreformkommission der WISO: Sachliche Nebensache" heraus. Vorgestellt werden die Kandidaten zum Konvent.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: Studienreformkommission der WISO: Sachliche Nebensache, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

E07.2 21-11-6

Studienreform-kommission der WISO: Sachliche Nebensache

WISO-WAHLKURATORIUM
2. Flugblatt

Am 22. Juni 66 veranstalteten 3.000 Kommilitonen ein 10-stündiges sit-in im HFB. Der Grund war: Einführung der Zwangsexmatrikulation an zwei Fakultäten und die versuchte politische Bevormundung der Studentenschaft durch den Rektor.

Der Erfolg des sit-ins: Rücknahme der "Raumvergabe-Richtlinien" und Einrichtung von paritätischen Kommissionen auf allen Ebenen zur Beratung und Durchführung einer umfassenden Hochschul- und Studienreform. Der erste ernsthafte Anlauf der Universität zur überfälligen Selbstreform war durch studentischen Massenprotest erreicht worden.

WAS GESCHAH SEITDEM AN DER FU ?.

In allen Fakultäten und vielen Fächern wurden Kommisionen eingerichtet, die die Vorschläge einer paritätischen Zentralkommission aufgreifen und für ihre Fachgebiete konkretisieren sollten. Über 100 Kommilitonen arbeiteten im letzten WS an diesem Unternehmen mit.

* Die Kommission auf Universitätsebene hat Januar 67 ein Gutachten den Empfehlungen des Wissenschaftsrates herausgebracht. Darin wurde eine umfassende Kritik an dessen Konzeption geübt und gleichzeitig die Möglichkeit einer Hochschulreform nach wissenschaftlichen Prinzipien aufgewiesen. Die Zwangsexmatrikulation wurde strikt abgelehnt. Erfolg? .... KEINER: Die Zwangsexmatrikulation an der Jur. und Med.Fak. besteht bis heute. Ein professorales Mitglied der Kommission bezeichnet heute die Verhandlungsergebnisse als "unverbindli[illegible]". Der Vorsitzende der Kommission, Prof. Borinski, postulier[illegible] in seinem Gutachten zur KU einen so do[illegible]tisch einseitigen, unkritischen Begriff von Wissenschaft[illegible]ne erfolgreiche Fortführung dieser Reformkommissio[illegible] mehr erwartet werden kann.

* Die meisten [illegible]missionen auf Fakultäts- und Fachebe[illegible] sind [illegible]nzwischen s[illegible] entsch[illegible]fen. Weil die [illegible]ommissionen ohnehin [illegible]ine Kompeten[illegible] haben - und die Professore[illegible] wenig Zeit.

WAS GESCH[illegible] SEITDE[illegible] AN DER WISO ?

An der Wis[illegible]este[illegible] eine paritätische [illegible]on bis heute. Ihr gehören an[illegible] Pro[illegible], 4 Stud., 1 Assist.[illegible]agte achtmal. Damit hat sich d[illegible] WiSo-[illegible]rofessorenschaft als [illegible]geschlossen erwiesen. Die Beschl[illegible]se wa[illegible]:

+ Stellungn[illegible]me zum Gu[illegible]achten des Wissenschaftsrates (Einrichtung großer Forschun[illegible]institute wurde z.B. vorgeschlagen).
+ Die Fachabteilu[illegible]n sollen Studienpläne ausarbeiten
+ Eine Kommission soll zeitliche Vorlesungsüberschneidungen prüfen und Terminänderungen vorschlagen.

aber ...

aber...

+ Zur entscheidenden Frage der Durchführung und Kontrolle von Lehrexperimenten konnte in der Kommission nichts beschlossen werden, weil solche Reformen "den Ordinarien selbst überlassen bleiben müßten!"
+ Der Beschluß der Kommission, ihre Existenz im neuen Hochschulgesetz zu institutionalisieren, wurde von der HOHEN FAKULTÄT abgewiesen, weil eine so verbindliche Regelung den Ordinarien zu weit geht.

Sachlich, ABER NEBENSÄCHLICH!

Die Arbeit der WiSo-Kommission brachte einige kleinere Ergebnisse (siehe oben). Das soll vermerkt werden. Diese Kommission stell aber ein besonders gutes Beispiel dafür dar, wie studentischer Reformeifer in ein kompetenzloses und unverbindliches Diskussionsforum geleitet werden kann. Die wichtigeren Initiativen der Studentenvertretung wurden nicht weiter behandelt. Die entscheidenden Fragen der Fakultätsreform wurden noch nicht einmal angeschnitten:

* Strukturreform der WiSo, Einführung von Departments, Mitbestimmung der Assistenten an den Institutshaushalten und Forschungsprojekten.
* Inhaltliche Neuzusammenstellung und Bestandsaufnahme der Lehrinhalte, Kritik der Propädeutik-Skripten, Kritik der Didaktik.

Die"Aktion 2o. Konvent", die VAFU (die "Basta"-Leute) und die Unpolitischen empfehlen uns: Seid sachlich, seid nicht so radikal, dann kommt die Hochschulreform.

Das ist blanker Hohn oder schlichte Naivität!

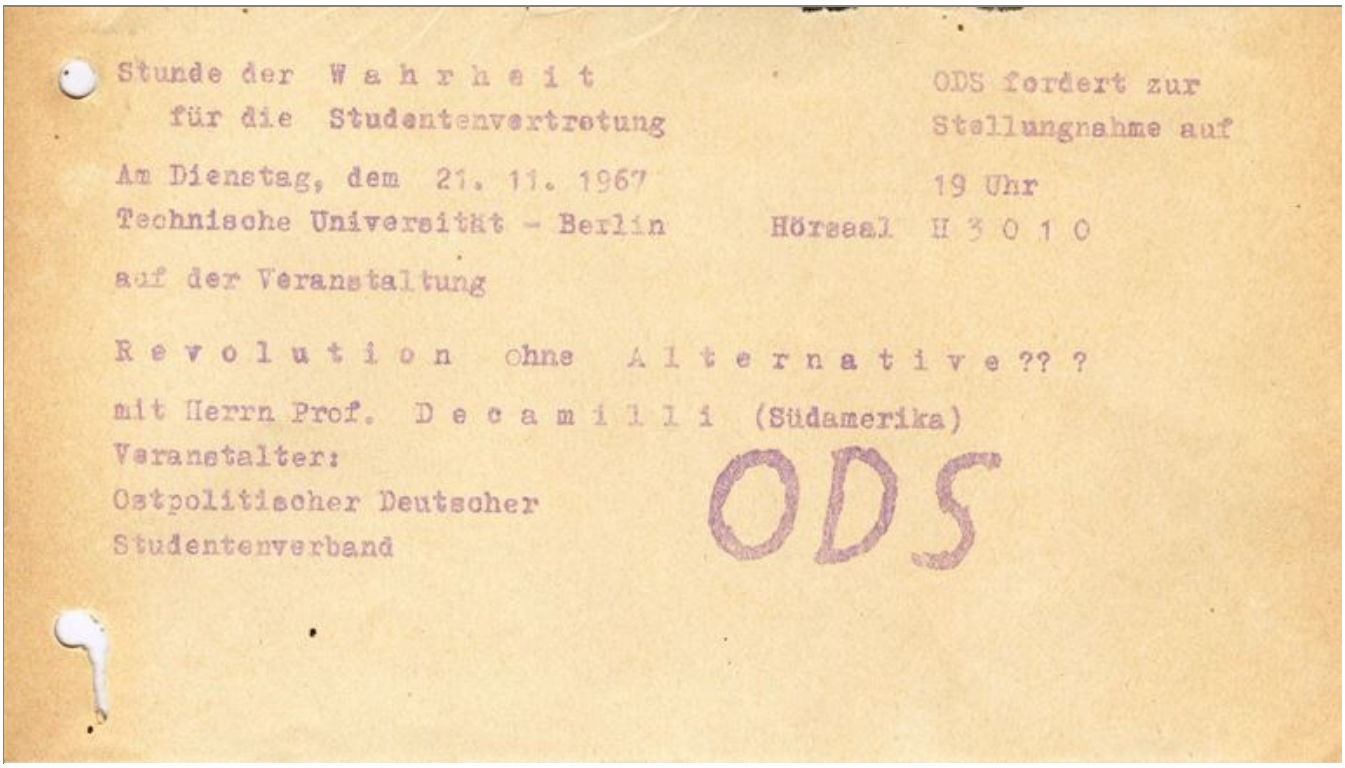
Deshalb: STATT UNPOLITISCHER NAIVITÄT: HOCHSCHULPOLITISCHE KONZEPTION!

Deshalb: STATT FLOSKELN ÜBER SACHLICHE ARBEIT: TATSÄCHLICHE ARBEIT!

Deshalb: IHRE KANDIDATEN:

Horst Arndt (-)
Hannelore Börgel (BDV)
Hans Utz Foerderreuther (-)
Günter Greiff (BDV)
Stefan Grzimek (SHB)
Günter Hedderich (SPD)
Frank Herterich (SPD)
Bernhard Klingmüller (SDS)
Franz Ring (LSD)
Gerd Rüder (BDV)
Rolf Rosenbrock (BDV)
Eike Schweichel (SDS)
Siegfried Stahn (SHB)
Peter Strotmann (SDS)
Klaus J. Walsleben (SPD)
Gerd Weghorn (SDS)
Hans J. Ziesing (-)

21.11.1967:
An der TU Berlin lud der Ostpolitische Deutsche Studentenverband (ODS) mit einem Handzettel "Stunde der Wahrheit für die Studentenvertretung" ein zur Veranstaltung "Revolution ohne Alternative??" mit prof. Decamilli aus Südamerika.
Q: ODS: Stunde der Wahrheit für die Studentenvertretung, O. O. (Berlin) O. J. (1967)



Stunde der W a h r h e i t
für die Studentenvertretung

ODS fordert zur
Stellungnahme auf

Am Dienstag, dem 21. 11. 1967 19 Uhr
Technische Universität - Berlin Hörsaal H 3 0 1 0
auf der Veranstaltung

R e v o l u t i o n ohne A l t e r n a t i v e ?? ?
mit Herrn Prof. D e c a m i l l i (Südamerika)
Veranstalter:
Ostpolitischer Deutscher
Studentenverband

ODS

22.11.1967:
In Stuttgart besuchen, laut deutscher Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale, 1 100 die Gründungsveranstaltung der Demokratischen Linken (DL), von denen 600 in die DL (vgl. 15.11.1967) eintreten. Zum ersten Landesvorsitzenden wird Eugen Eberle gewählt, zum zweiten August Locherer (ex , nach dem Krieg KPD dann für die DFU im Stadtrat). Rekrutierungsschwerpunkte der DL seien Stuttgart, Mannheim, Ulm, Freiburg, Göppingen und Friedrichshafen.
Q: VS-deutsche Sektion: Internes Bulletin Nr. 1, o.O. Dez. 1967

22.11.1967:
In Berlin geben das Komitee Freiheit für Griechenland und der AStA der FU vermutlich Ende dieser Woche ihre 'Griechenland-Information' Nr. 3 (vgl. 24.11.1967) heraus mit der Einladung zur Griechenland-Dokumentation am 27.11.1967 und zur Podiumsdiskussion am 4.12.1967.
Q: Griechenland-Information Nr. 3, Berlin O. J. (1967)

28.11.-4.12.67 E0702

GRIECHENLAND-INFORMATION
Nr. 3

Nach einer dreißigjährigen Herrschaft rechtsradikaler Kräfte, die durch Faschismus, Besatzung und Rechtsextremismus gekennzeichnet war, gelang es 1963 bei den durch den Druck der Bevölkerung ohne Terror auf dem Land und Wahlmanipulationen durchgeführten Wahlen der Zentrumsunion unter der Führung von Georg Papandreou die relative Mehrheit zu erringen. Papandreou weigerte sich, eine Koalition mit der linken EDA zu bilden und so eine regierungsfähige Mehrheit zu bekommen. Bei den Wahlen vom 16. Februar 1964 konnte die Zentrumsunion die absolute Mehrheit (53%) der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Damit waren der Entscheidungsfreiheit der Krone, der im Widerstreit zersplitterter Parteiungen verfassungsmäßig ein großer Bewegungs- und Entscheidungsspielraum zur Verfügung stand, deutliche Grenzen gesetzt.

Nachdem Papandreous Reformprogramm (wirtschaftliche Planung, Reform des Erziehungswesens und Demokratisierung der Armeeführung) anlief, versuchten die früher Herrschenden durch die von ihnen inszenierte Aspida-Affäre ihre Machtposition wiederzuerlangen. Die Aspida-Affäre war nicht die Aufdeckung einer umstürzlerischen Verschwörung, sondern der raffinierte Versuch der Reaktion, sich durch Säuberungen im Unteroffizierskorps die Führung der Armee (ihres alten Werkzeugs) zu sichern.

Da Papandreou auf der Demokratisierung der Armee bestand, wurde er am 15. Juli 1965 gestürzt. Eine Reihe nachfolgender, vom König ernannter Regierungen konnte keine Mehrheit im Parlament finden. Wahlen, die einziger verfassungsmäßige Lösung, wurden erst nach zwei Jahren, als eine weitere Verzögerung unmöglich war, für den 28. Mai 1967 ausgeschrieben.

Diese Wahlen hätten mit Sicherheit einen Sieg der Zentrumsunion bedeutet; deswegen mußten sie verhindert werden. Einziger Ausweg blieb für die Rechtsextremisten schließlich die offene Diktatur.

Herausgegeben und verantwortlich für den Inhalt:
Komitee für die Demokratie in Griechenland
Allgemeiner Studentenausschuß der Freien Universität Berlin

27. November 1967 um 20.15 Uhr im Auditorium Maximum der FU

‚Dokumentation Griechenland'

zusammengestellt und aufgeführt von Mitgliedern des

Berliner Ensembles

Eintritt 2,— DM

4. Dezember 1967 um 19.30 Uhr im Hörsaal B im Henry-Ford-Bau

Podiumsdiskussion

‚Griechenland als Militärdiktatur'

Teilnehmer: Goldberg CDU, Oxford FDP, Zehden BNS,
Beck SPD, Richter DGB

Diskussionsleitung: N. N.

22.11.1967:
An der FU Berlin geben die Vereinigten Arbeitsgemeinschaften (VAFU) ein Flugblatt heraus mit einem Brief an Justizsenator Oxfort zum Prozeß gegen Kurras und den Prozessen gegen Studenten wegen dem 2. Juni 1967. Gefragt wird: "Mit welcher Begründung wird im Falle Fritz Teufel die Untersuchungshaft aufrechterhalten?".
Q: VAFU: An den Senator für Justiz, Berlin 22.11.1967

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

- Abschrift -

22.11.67

An den Senator
für Justiz

1 Berlin 62
Salzburger Str. 21

Sehr geehrter Herr Senator!

Aus Anlaß des für uns schwer verständlichen Urteils im Kurras-Prozeß möchten wir an Sie einige detaillierte Fragen richten, um deren schnelle Beantwortung wir Sie bitten, da in den Reihen der Studenten Zweifel an der Rechtssprechung auftauchen. Eine baldige und umfassende Aufklärung wird dazu beitragen, die Vorfälle frei von Polemik und Provokation zu klären.

1. Wieviele Ermittlungsverfahren sind im Zusammenhang mit den Studente nunruhen seit dem 2. Juni 1967 eingeleitet worden? Wegen welcher strafbaren Handlungen?
   a) gegen Studenten im Zusammenhang mit den Ereignissen des 2. Juni?
   b) gegen Polizisten im Zusammenhang mit den Ereignissen des 2. Juni?
   c) gegen Dritte (insbesondere die sog. Jubelperser) im Zusammenhang mit den Ereignissen des 2. Juni?
   d) gegen Studenten in anderem Zusammenhang (z.B. Verteilung bestimmter Flugblätter)?
   e) gegen Dritte in anderem Zusammenhang (z.B. wegen Körperverletzung bei der US-Militärparade in Neukölln)?

2. In jeder der unter 1. genannten Kategorien:
   a) Wieviele Ermittlungsverfahren richteten sich gegen Unbekannt, wieviele gegen namentlich bekannte Personen?
   b) Wieviele Ermittlungsverfahren wurden von der Staatsanwaltschaft eingestellt? Wieviele wegen Beweismangels? Wieviele wegen Geringfügigkeit und in welchen Fällen wurde diese bejaht?
   c) In wievielen und in welchen Fällen wurde Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt, in wievielen und welchen Fällen wurde Anklage erhoben? Vor welchen Gerichten?
   d) Haben Gerichte beantragte Strafbefehle verweigert bzw. haben sie die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt?

e) Welche Strafbefehle und Urteile sind ergangen? Welche Strafen wurden ausgesprochen? Sind die Entscheidungen rechtskräftig geworden?
f) Sind gegen die Einstellung von Verfahren Klageerzwingungsverfahren angestrengt worden?

3. Sind in den Verfahren Weisungen des Senators für Justiz an die Staatsanwaltschaften ergangen? Wenn ja, welche?

4. Welche Erfahrungen gibt es bezüglich des Beweiswerts, den Gerichte und Staatsanwaltschaften den Aussagen von Polizeibeamten im Vergleich zu Aussagen anderer Personen, insbesondere Demonstranten, beigemessen haben? Gibt es Urteile, in deren Begründung derartige Aussagewürdigungen vorgenommen wurden? Sind diese Urteile zugänglich?

5. Mit welcher Begründung wird im Falle Fritz Teufel die Untersuchungshaft aufrechterhalten?

Die Studentenschaft sieht den Prozeß Kurras im Zusammenhang mit den anderen angeführten Fragen, und es könnte der Eindruck unterschiedlicher Behandlung der einzelnen Fälle entstehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

VEREINIGTE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN AN DER FU

Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN)
Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur)
Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fak. (APhil)
Arbeitsgemeinschaft an der WiSo - Fakultät (AWiSo)

gez. Volker Henn gez. Gerhard Schaefer gez. Christoph Flügge

gez. Eckard Düwal gez. Katharina Frowein

Volker Henn, 1 Berlin 33, Im Dol 5o

22.11.1967:
In Hamburg erscheint das 'Hamburger Extrablatt' Nr. 5 (vgl. 8.11.1967, 6.12.1967) mit einem Leitartikel "Der beste Rat für politische Häftlinge: Maul halten und brummen" über Herbert Stolte, der wegen landesverräterischer Beziehungen bestraft wurde. Zum ZDF bzw. der am 20.10.1967 erstmals ausgestrahlten Sendung "Aktenzeichen XY … ungelöst" von Eduard Zimmermann erscheint der Artikel "Menschenjagd. Mainzelmännchen wünschen Waidmannsheil". Aufgerufen wird:"Werft Gott aus dem Justizpalast!". Zum Frauenstrafvollzug erscheint der Artikel "Wenn eine Frau in deutschen Gefängnissen ihre Haft antritt, heißt es als erstes: Schlüpfer fassen!", von der Gefangenenarbeit wird berichtet in "Mit 90 Pfennig Großverdiener", in "Erschlagen - Erschossen" wird berichtet über das UG Hamburg, in dem vier Häftlinge starben und aus Bernau, wo zwei flüchtige Häftlinge erschossen wurden. In "Witwe hungert" wird berichtet von der Witwe des Kölner Klingelpütz-Häftlings Wasilenko. Aus dem Jugendstrafvollzug wird berichtet in "Gebt ihm doch den besen".

In "150 Taxifahrer sind enttäuscht: Die Polente kam zu früh" wird berichtet über einen Lynchmob, der einen Pakistani und dessen deutsche Freundin fast totschlug sowie über weitere Gewalttaten von Autofahrern und Taxifahrern.
Q: Hamburger Extrablatt Nr. 5, Hamburg 22.11.1967

EXTRA

HAMBURGER EXTRABLATT

-,10

Nr. 5/67 22. Nov. erscheint 14tägig

Bei uns wird viel zu s
U.-Haftanstalten sind üb
dreht, wird verprügelt.
folge. Bis es zum Prozeß
Im Gefängnis sitzen Pro
nellen in einer Zelle. Aus
Strafrechtsreform werden
voller sein; und sinnlose
rauskommt, ist endgültig

Der beste Rat für politische Häftlinge:

Maul halten und brummen

Hamburg. Ein Jahr lang saß Herbert Stolte in Haft, ohne zu wissen weshalb. Er war wegen landesverräterischer Beziehungen verhaftet worden. Mehr sagte man ihm nicht. Das Verfahren wurde für „geheim" erklärt. In seiner Isolierzelle und auf dem Gefängnishof durfte Stolte mit niemandem sprechen.

Vom Oberlandesgericht wurde er schließlich abgeurteilt: Noch eineinhalb Jahre Haft. In erster und letzter Instanz. Der Bundesanwalt, der für politische Fälle zuständig ist, hatte seinen Fall abgegeben. Das darf er bei geringfügigen Fällen.

Stolte hielt sich für unschuldig, aber sein Anwalt konnte nichts für ihn tun. Er bekam die Anklageschrift nie zu Gesicht. Der Berliner Gefängnisfürsorger Heinz Kraschutzki, an den sich Stolte wandte, konnte ihm nur raten: „Sitzen Sie Ihre Strafe ab und halten Sie den Mund. Wenn Sie mir von Ihrem Prozeß erzählen, werden Sie wieder angeklagt: wegen Landesverrats."

weiter auf S.

In deutschen Gefängnissen:
Schlüpfer fassen!
Lesen Sie den Bericht Seite 2

Menschen

Mainzelmännchen wünschen W

Kriminal-Autor Zimmermann ▶

Alle zwei Monate bricht die Nation zur Menschenjagd auf. 11 Millionen bundesdeutsche Fernsehbesitzer können mit Frau, Kind, Kegel und Oma Polizei spielen.

Regisseur Zimmermann macht's möglich!

Denunzieren, anzeigen,

Werft Gott aus dem Justizpalast!

Das Gebäude der Justiz ist baufällig. Baufällig, wie die Gefängnisbauten aus dem 19. Jahrhundert, die unsere Städte verunzieren. Ebenso unfähig, den Ansprüchen der Zeit zu genügen. Hundert Jahre zu alt.

Alarmierende Meldungen dringen aus den düsteren Mauern an die Öffentlichkeit. Von Verwaltungsbeamten, die grob ihre Pflicht verletzen. Von Wärtern, die ihre Befugnisse weit überschreiten. Von Anstaltsärzten, die Kranke an den Füßen vom Lager zerren, weil sie nicht schnell genug vor ihnen stramm stehen. Vom Tod Gefangener, die noch nicht einmal verurteilt waren.

Risse tun sich auf zwischen Gesinnung und Wirklichkeit. Nicht nur auf der

länger den Alltag widerspiegeln, schleichen sich Willkür und Gleichgül-

Selbstgerechtigkeit bleibt zurück.

Autorität bezieht sich

Angetippt

„Welcher Gefangene hätte nicht die Erfahrung machen müssen, daß nichts unausrottbarer ist als der ernsthafte oder nicht ernsthafte Glaube, alle Gefangenen lügen und alle Beamten sagen die Wahrheit?"

Kassiber eines unbekannten Gefangenen aus der Strafanstalt Fuhlsbüttel.

Herr Häftling

Hamburg. Der Untersuchungshäftling Herman Bremer, 47, wollte im Strafgesetzbuch lesen. Man gab es ihm. Nach zwei Stunden forderte der Oberwachtmeisteranwärter Bernhard Grimm, 43, es zurück. Bremer versuchte dem Beamten zu erklären, daß er noch ein wenig lesen wolle, doch Grimm schlug sofort zu. Mehrere brutale Schläge brachen dem Häftling den Unterkiefer. Auf dem Weg zum Arzt drohte Grimm mit weiteren Schlägen, falls Bremer auspacken solle. So schwieg der Untersuchungshäftling.

Die Sache kam dennoch heraus.

Grimm wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Das einzige, was er über Untersuchungshäftlinge wußte, war, „daß sie noch nicht verurteilt sind und mit Herr angeredet werden."

Angerechnet

In der Schweiz wurde ein Gefangener zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Das Gericht betonte allerdings, daß die Untersuchungshaft von 192 Tagen angerechnet würde.

Todesstrafe

Obwohl in Großbritannien die Todesstrafe abgeschafft wurde, ist die Zahl der Morde

Wenn eine Frau in deutschen Gefängnissen ihre Haft antritt,

Schlüpfer fass

Generalstaatsanwalt Fritz Bauer

Sie ist eine Frau um vierzig, dunkelhaarig, sympathisch. „Ein Hemd, ein BH, ein Unterrock". Der Raum ist nüchtern. Sie steht diesseits des Tresens". ... ein Paar Strümpfe, ein Rock, eine Bluse, eine Halskette". Jenseits des Tresens zwei kräftige Beamtinnen in weiß „ ... eine schwarze D halt, ein Lippenstift re." Sie gibt ihre Pr fängt andere. Sie w chen, zwei Schürze Schlüpfer, ein Tasche

Ein Neuzugang. Acht Wochen Gefängnis, Verkehrsdelikt. Grob fahrlässig. Alkohol am Steuer. Nach einer Familienfeier.

Entkleidung einer Staatsbürgerin?

Skandale machen diese Frage notwendig. Deutschlands Strafvollzug sitzt auf der Anklagebank. Die Gefängnisse und Zuchthäuser sind überfüllt. Untersuchungshäftlinge werden mit Gefängnisinsassen zusammengesperrt. Die Strafe bessert den Verurteilten nicht. Reform tut not. Besonders beim Gesetz.

Vierzehn bekannte deutsche Professoren haben der Bundesregierung einen Alternativ-Entwurf vorgelegt. Das Gesetz muß radikal umgekrempelt werden. Der Strafvollzug darf nicht länger die Privatsache der Gefängnis- und Zuchthausdirektoren bleiben.

Die kleinen Fahrlässigkeitstäter sollen nicht mit Kriminellen zusammengesperrt werden, Darum soll die Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr abgeschafft und durch Geldstrafen ersetzt werden.

Die Professoren fordern weiter:

- Schafft die Zuchthausstrafe ab, weil sie den Täter für sein Leben zum „Zuchthäusler" abstempelt. Dadurch ist eine Rückführung in die Gesellschaft nach der Entlassung unmöglich.
- Setzt Strafen bis zu zwei Jahren zur Bewährung aus wenn die Besserungschancen günstig sind.

Maul halten!

Hier starben vier Menschen: die Hamburger „Glokke". Vorne das Bett, hinten die Toilette.

Fortsetzung von Seite 1

Landesverräterische Beziehungen hat ein Bundesbürger, der z.B. einem Bekannten aus der DDR erzählt, daß er sich jeden Morgen darüber ärgert, wenn an seinem Haus vorbei Panzer zum Übungsplatz donnern.

Kraschutzki: „In politischen Prozessen ist der Angeklagte völlig rechtlos."

Fehlleistungen sind geheim

In der Rechtsprechung gilt der Grundsatz: Im Zweifel für den Angeklagten. Bei der Verhaftung ist es umgekehrt. Die Fehlleistungen der Justiz bleiben geheim. Nur Niedersachsen veröffentlichte genaue Zahlen. 1959 wurden 6105 Personen verhaftet.

Davon wurden

- 1396 Verfahren eingestellt, Geldstrafen verhängt oder zur Bewährung ausgesetzt.
- 137 Freisprüche
- 293 Strafen verhängt, die kürzer waren als die Dauer der Untersuchungshaft.

Das sind knapp 30 Prozent ungedeckter oder nicht völlig gedeckter Verhaftungen.

Flucht und Verdunkelung

U-Haft darf nur aus zwei Gründen angeordnet werden: Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr. Das heißt, der vermeintliche Täter wird wahrscheinlich flüchten oder Beweismaterial vernichten.

Redselig

Das Gesetz sieht die Verhaftung n a c h Abschluß der Ermittlungen als Normalfall an. Aber in 90 Pro-

Denkzettel dienen, besonders bei Tätern, die später mit Bewährung oder Geldstrafen davonkommen würden.

- Die Verhaftung soll abschreckend wirken.
- Oft läßt die lange Haft den Angeklagten Geständnisse unterschreiben, die er während der Verhandlung nicht abgelegt hätte.

Haftungewohnte drehen nicht selten durch. Wärter nennen das „Zuchthausknall". Oder sie werden verrückt. „Knastmeise" sagen die Mithäftlinge.

Haftgrund

Dem Gesetz nach kann der U-Häftling vielerlei Beschwerden einlegen, wenn er sich benachteiligt fühlt:

- Verlangt er die mündliche Verhandlung über den Haftbefehl, so entscheidet der Richter, der den Haftbefehl

Foto: United Artists

Häftlinge sind in den Gefängnissen nicht mehr sicher. Allein in Hamburg wurden vier

ERSCHLA

In Bernau machten Justizbeamte Jagd auf Menschen. Ergebnis: zwei wurden

ERSCHOS

Mit 90 Pfennig

Großverdiener

Hamburg. „Die Arbeit in den Haftanstalten sollte dazu da sein, die Leute ins normale Leben zurückzuholen." Das erklärte der schwedische Psychologe Enblad, dessen Land den fortschrittlichsten Strafvollzug hat.

Sein Hamburger Kollege Schulte-Weckmahr zu EXTRA: „In Deutschland ist es noch lange nicht so weit. In unseren Gefängnissen wird die Arbeit als eine zusätzliche Strafe angesehen. Wie im Mittelalter." Früher mußten Gefangene schwere Eisenkugeln von einer Seite des Gefängnishofes zur anderen tragen, heute müssen sie Erbsen sortieren oder Körbe flechten.

Wer Körbe flechten darf, ist in deutschen Gefängnissen allerdings schon Großverdiener.

Autofahrer Conrad Reuter (29), der nach einem feucht-fröhlichen Abend zeitweilig zum Körbeflechter wurde, berichtet: „Ich hatte es gut, weil ich im Akkord arbeiten durfte. 30 Körbe am Tag schafft man leicht. Und bei der Bezahlung von drei Pfennig pro Korb sind das immerhin 90 Pfennig."

Die Hälfte davon durfte Reuter während der Haft ausgeben. Wir haben uns erkundigt: Von seinem Lohn, den die Korbfabrik zahlen muß, behält die Gefängnisleitung täglich etwa 25 Mark ein.

Dazu Reuter: „Dafür hätte man mir und den vier anderen Gefangenen in meiner Zelle wenigstens ein Klo mit Wasserspülung geben können. Der Gestank war manchmal unerträglich."

Witwe hungert

Ihr Mann wurde totgeprügelt, doch das Ermittlungsverfahren gegen die beiden Beamten Naudet und Fuchs, die Wasilenko in der Badewanne „zehn Minuten lang mit Gummiknüppeln schlugen, bis die Haut in Fetzen herunterhing und das Badewasser sich blutrot

allerdings fühlt sich nicht verantwortlich für die Vollzugssünden der vorigen Landesregierung.

Die Witwe muß aller Wahrscheinlichkeit nach auch weiterhin um ihr Auskommen besorgt sein.

Axel Herrmann, ehemaliger Aufseher im Kölner Klingelpütz, hat sich der Strafverfolgung durch die Flucht ins Ausland entzogen. Gegen ihn liegt ein Strafantrag wegen Totschlags vor. Nach Zeugenaussagen hat er den Häftling Anton Wasilenko „wie eine Katze an die Wand geklatscht".

131 Untersuchungsverfahren, die seither gegen das Personal von Untersuchungsgefängnissen angestrengt werden mußten, zeigen: Herrmann ist kein Einzelfall.

Traurigen Rekord halten seine Kollegen von der Hamburger „Glocke", in der vier Häftlinge sterben mußten.

- Dem halbseitig gelähmten und geistesgestörten Häftling Beiße wollte dort der Aufseher Lorenz die „Meinung geigen". Er warf ihn mit einem Judogriff auf den Boden und brach ihm den Schädel.
- Nach fünftägigem „Glocken"-Aufenthalt – im Jargon des Gefängnispersonals „Sonderbehandlung" genannt – starb Paul Karczewski.
- Im Fall Haase wurde nur ein Beamter für schuldig befunden, Glocke-Häftling Haase viermal in die Rippen getreten zu haben. Wer ihm mit mindestens 25 Stockschlägen „den Arsch zu Butter schlug" (Obermedizinalrat Reuß) war nicht herauszufinden.

Vernachlässigten hier Vollzugsbeamte ihre Aufsichtspflicht, so sind in anderen Fällen Anstaltsärzte für den Tod von Gefangenen verantwortlich. Es kam vor, daß Ärzte (falsche) Diagnosen durchs Telefon stellten und lebensgefährliche Krankheiten ausschließlich mit wirkungslosen Kopfschmerztabletten behandelten.

- So starb im UG Berlin-Moabit der 34-jährige Häftling Akgün an einem taubeneigroßen Eiterherd im Mittelohr. Der Anstaltsarzt hatte ihn zuvor nur mit Beruhigungstabletten behandelt.
- Ein weiterer Fall aus der „Glocke": An eitriger Bauchfellentzündung und Herz- und Kreislaufschwäche starb der Gefangene Hans Schmidt. Der verantwortliche Arzt hatte ihm ein Klistier gegeben.

Soldat Claus W
von seinem Feldw
Flüchtende zu Re
es ja gut, wenn er g
Unschuldiger, dann
gegen den Schütze
kann."

Solche Theorien
licht: der 20 Jahr
starb durch eine
gleichaltrigen Gefr
Weg zur Arrestzell
suchte.

Recht u

Was Soldaten
zugsbeamten billig
und W. Weinert (3
bislang als „libera
Bernau, flohen ins
deren Häftlingen v
kamen.

Vier der fünf be
meister nahmen d
gaben zwölf Warns
dann gezielt.

Motzkeit erlitt e
mark. Weinert eine
Tod trat nach w

Mit Nac

Die Untersuchun
Die beiden Häftling
brauch der Schuß
können. Aber die
Strafvollzugsordnu
Gefangene mit Na
sind und dieser N
Schüssen bestehen
„sofern nicht a
Flucht verhindern
offensichtlich in de

Bernau ist ke
dem: an eine Re
von Schußwaffe
ken. Motzkeit
nicht die letzte
teten Strafrecht
recht ausarten ka

EXTRA
HAMBURGER EXTRABLATT
-,10
Nr. 5/67 22. Nov.

1 50 Taxifahrer sind enttäuscht:

Die Polente kam z

Der Pakistani Thomas Tang glaubte in einem zivilisierten Land zu sein. Rund 150 Taxifahrer prügelten ihm diese Ansicht über die Bundesrepublik mit Fäusten und Stiefeln aus.

Lebensgefährlich verletzt wurde er zusammen mit seiner Freundin Gabriele von Ginsheim in ein Krankenhaus gebracht. Die Polizei war noch rechtzeitig erschienen. Einige Minuten später, und Thomas und Gabriele hätten nur noch Aufnahme im Leichenschauhaus gefunden. Verbittert meinte einer der Lynchjustizer: „Die Polente kam einfach zu früh."

Das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Justiz war von jeher zwiespältig. Wo die Einen das Rechtsempfinden des 19. Jahrhunderts für heutige Verhältnisse als zu streng empfinden, fordern die anderen bei Kapitalverbrechen schlicht: „Rübe ab".

Deutsche Frauen, Männer, Soldaten, Priester, ob Protestanten oder Katholiken, nehmen Recht und Gesetze gern in die eigenen Hände. Allen voran die Autofahrer. Und unter ihnen besonders die Taxifahrer.

Nach jedem Mord an einem ihrer Kollegen (64 seit 1945) fordern sie lauthals die Todesstrafe. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, blockierten sie im Oktober 1966 die Düsseldorfer Innenstadt, verprügelten Passanten und versuchten harmlose Jugendliche zu lynchen.

Ähnlich bedacht auf „Gerechtigkeit" waren die Frankfurter Taxifahrer. Weil der Hessische Landtagsabgeordnete Pless mit seinem Auto angeblich den Wagen eines Taxifahrers geschnitten hatte, wurde er von einem ganzen Rudel Taxifahrer verfolgt. Im letzten Augenblick konnte Pless sich in ein Polizeirevier retten.

Deutschlands Autofahrer eifern den Taxifahrern erfolgreich nach. Wegen kleinster Ursachen fallen sie übereinander her. Die Straße wird zur Kampfarena.

So lieferten sich zwei Nürnberger und vier Mainzer Autofahrer am 13. Juli 1966 ein Gefecht mit Zaunlatten, Brettern und Pistolen. Resultat: Ein Toter, fünf Verletzte. Ursache der blutigen Schlacht war ein scharfes Überholmanöver.

Überholen bringt deutsches Blut in Wallung. Davor sind auch Akademiker nicht gefeit. In Frankfurt ohrfeigten sich ein Bankdirektor und ein Rechtsanwalt, stießen sich mit den Füßen in den Bauch und beschimpften sich. Grund: der Porsche des Rechtsanwaltes war schneller als der Sportmercedes des Direktors.

Auch vor dem Ausland macht deutsche Selbstjustiz nicht halt. Ein eindrucksvolles Beispiel vom deutschen Rechtsbewußtsein demonstrierten der Berliner Werner Kodisch und der Wuppertaler Hinz auf der Brennerstraße, kurz vor Innsbruck. Sie kämpften mit Regenschirm und Messer, bis Kodisch einen Stich in der Lunge hatte und Hinz blutend am Boden lag. Sie fühlten sich beide im Recht.

Gebt ih

den B

Noch während Franz Bo
gefängnis eine Haftstrafe w
hatte er Angst vor seiner E
gefangenen sagte er: „Mit
beginnt für mich der schli
Seine Befürchtungen w
Nachdem er eine Zeitlan
las er in der Zeitung: „Str
bewarb sich und sollte s
Aber als er auf dem Frag
straft? " mit „Ja" ausfüllt

Foto: dpa

Wenige Tage später beging er wieder einen Diebstahl und wurde zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Gefängnisfürsorger stellte sich dazu auf den Standpunkt, nicht Franz Bodenstein sei für den Rückfall verantwortlich, sondern seine Mitmenschen, die ehemalige Gefängnisinsassen wie Menschen zweiter Klasse behandeln.

„Was hätte Franz eigentlich bei der Straßenreinigung stehlen können? " fragte er, „da man ihm keinen Besen

ZITAT

„Das Kriminalrecht steht der Bekämpfung der Seuchen oder der Regelung des Gas- und Wasserwesens näher, als dem, was gemeinhin als Ethik und Moral bezeichnet wird".
Fritz Bauer, Generalstaatsanwalt von Hessen.

Herausgeber und Chefredakteur Rüdiger Freiherr von Hanxleden, Hamburg-Altona, Königstr. 30
Produktion: Peter P. Dahl
Redaktion: Rolf Stegelmeyer (verantwortlich)
Mitarbeiter: Gerhard Has, Hans Peter Herbst, Hans Jürgen Plaumann, Günter Schlenska, Thomas Schwieger, Rolf Stegelmeyer, Helma Weber, Mathias Wessel,
Anzeigen: Heinrich Havekost.
Verlag: Hamburger Extrablatt Tel. 22-73-46
Commerzbank Hamburg Kto.-Nr. 38/67264
Rollenoffset: Rundschau GmbH & Co, KG Itzehoe

Anzeige
Zur Allgemeinbildung gehört auch der Führerschein
Gratis bekommen Sie zwei Übungsfahrten für jede neue Empfehlung. Bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Grundgebühr 20 Mark, Übungsfahrt 7,50 Mark (25 Min)
Fahrschule Kloniger 2Hamburg 13
333 Damenschritte von der Uni entfernt

EXTRA-Foto: Ist das Rex

23.11.1967:
In Berlin verfasst der Senator für Inneres eine Erklärung zum Urteil gegen Kurras.
Q: Landespressedienst Nr. 230, Berlin 23.11.1967, S. 1

Landespressedienst | BERLIN

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78 01 33 09

23 November 1967
Nr. 230

KURRAS

ERKLÄRUNG DES SENATORS FÜR INNERES

Der Bürgermeister und Senator für Inneres, Kurt Neubauer, teilte am Donnerstag, dem 23. November, auf Anfrage zum Urteil der 14. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin im Verfahren gegen den Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras mit:

"Das Gerichtsverfahren gegen Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras ist durch den Revisionsantrag des Generalstaatsanwalts noch nicht abgeschlossen. Bis zum rechtskräftigen Urteil bleibt der Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras auf jeden Fall vom Dienst suspendiert. Mit Erhebung der Anklage hat der Polizeipräsident ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Eine Entscheidung im Disziplinarverfahren wird nach dem rechtskräftigen Urteil getroffen werden."

+

ERKLÄRUNG DES SENATORS FÜR JUSTIZ

Zu den Vorwürfen - vor allem studentischer Organisationen - gegen das Urteil der 14. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin im Verfahren gegen den Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras teilte auf Anfrage am Donnerstag, dem 23. November, der Senator für Justiz, Hans-Günter Hoppe mit:

"Niemandem soll das Recht zur Kritik an Urteilen unabhängiger Gerichte abgesprochen werden. In den öffentlichen Protesten habe ich jedoch sachliche Kritik nicht finden können. Es gab vielmehr bösartige Polemik, die den Richtern politische Motive unterstellte. Alle unvoreingenommenen Beobachter dieses Prozesses haben bestätigt, daß sich das Gericht ohne jede politische Wertung nur um eine Rekonstruktion des Tathergangs bemüht hat. Da diese Tat aber nach Ansicht des Gerichts nicht bis zur letzten Gewißheit aufgeklärt werden konnte und somit Zweifel an einer Schuld des Angeklagten blieben, mußte ein Freispruch erfolgen.

Das Gericht selbst hat in seiner Urteilsbegründung deutlich gemacht, daß der Freispruch nicht befriedigen kann. Die politische Wertung des Geschehens, das zu dem bedauerlichen Todesfall geführt hat, ist aber nicht Sache des Gerichts. Das Gericht ist an das geltende Recht gebunden und kann sich bei seiner Entscheidung nicht von politischen Motiven leiten lassen. Es bleibt ein Zweifel an der Schuld. Im Strafrecht gilt nun einmal zum Schutz des Bürgers der Grundsatz: Im Zweifel für den Angeklagten. Wer diesen Grundsatz aufgibt, rückt in die gefährliche Nähe faschistischer Methoden, die man zu bekämpfen vorgibt.

Als Justizsenator dieser Stadt kann ich entgegen aller öffentlichen Polemik nur begrüßen, daß das Gericht in anerkennenswerter Weise den Versuch einer sachlichen Aufklärung des Geschehens unternommen hat. Die Grenzen menschlicher Erkenntnisfähigkeit und des Erinnerungsvermögens dürfen nicht den Richtern zum Vorwurf gemacht werden."

- - -

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Heinz Fanselau

23.11.1967:
In Berlin erscheint, laut einem Eingangsstempel heute, das Flugblatt 'Außerparlamentarische Opposition Extra' Nr. 4 (vgl. 13.11.1967, 27.11.1967) datiert auf Ende November unter der Überschrift "Kurras darf wieder" mit dem Aufruf zum Prozess gegen Teufel am 27.11.1967 zu kommen.

Auf der Rückseite erscheint der Comic "Die Teufels-Austreibung. Ein Märchen der 1002. Juninacht" von R. Hachfeld.
Q: Außerparlamentarische Opposition Extra Nr. 4, Berlin Ende November 1967

23. NOV.

Außerparlamentarische OPPOSITION

EXTRA

(Verantwortlich für diese Flugschrift: Carl L. Guggomos. Regelmäßige Informationen über die Außerparlamentarische Opposition erhalten Sie durch den zweimal wöchentlich erscheinenden "Berliner EXTRA-Dienst" über seinen Verlag in Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon: 883 40 74)

Flugblatt Nr. 4
Ende November 1967

Kurras darf wieder

Todesschütze Kurras, Obermeister der Politischen Polizei, ist freigesprochen worden. Der Schuldige am Tode des Studenten Benno Ohnesorg ist wieder im Dienst. Kurras darf nun wieder das Grundgesetz hüten und oppositionelle Studenten beschnüffeln, ihre Versammlungen überwachen, an Greiftrupps gegen unliebsame Demonstranten teilnehmen, sie prügeln und über den Asphalt schleifen. Der Prozeßliebling von Moabit wird nun wieder seine Dienstpistole im Schulterhalfter tragen und seine amerikanisch lizensierte Zweitpistole (die ihm auch während des Prozesses niemand abnahm) sorgfältig pflegen können. Für's nächste Mal. Kurras und seine Pistolen werden noch gebraucht. Mackie Kurras, dem man nichts beweisen konnte, wird bald wieder "Störer" aufstöbern und "Rädelsführer" festnehmen dürfen. Seht Euch vor, Ihr linksoppositionellen Halunken, Kurras geht um, Kurras schützt den Staat, Pistolen-Kurras fackelt da nicht lange.

Und am kommenden Montag geht es gegen den Studenten Fritz Teufel. Da kann Moabit zeigen, was in unserer Justiz steckt. An Teufels Fingern klebt zwar kein Polizisten-Blut, nicht einmal solches von Studenten. Aber am Anti-Schah-Demonstranten Teufel muß nun ein Exempel statuiert werden. Ob der Teufel einen Stein geworfen hat, wie zwei Polizisten behaupten, oder nicht, ist wurscht (wie der anständige Berliner sagt). Mag ja sein, daß beide Polizisten gelogen haben, daß es Fotos gibt, die das glatte Gegenteil beweisen. Glaubt denn wirklich jemand, Moabit würde so einen Linksintellektuellen ein halbes Jahr lang einsperren, um ihn dann laufen zu lassen? Dieser Teufel wird mindestens ein halbes Jahr Gefängnis bekommen - ohne Bewährung, versteht sich. Wenn nicht wegen Steinwurfs, dann eben deshalb, weil er überhaupt an der Schah-Demonstration teilgenommen hat. In unserer ordentlichen Demokratie ist auch das Landfriedensbruch.

Dafür sorgt schon Landgerichtsdirektor Pahl. Kennen Sie Pahl? Pahl wird Teufel richten. Berufs-Rechtssprecher Pahl hat einen sicheren Rechtssinn: Er war der Richter im Thyssenbank-Prozeß. Ein paar der kleinen Fische saßen dort über fünf Jahre lang in Untersuchungshaft, bis die Europäische Menschenrechtskommission die Bundesregierung deshalb verklagte. Aber die zentrale Figur dieses Skandals, bei dem immerhin ein Schaden von 18 Millionen DM entstand, der Kudamm-Bankier Ernst Decot, wurde eben erst außer Strafverfolgung gesetzt, ohne je einen Tag im Knast verbracht zu haben. Der Mann wurde ja auch bloß beschuldigt, sich lumpige 6 Millionen DM zum Schaden der Thyssenbank in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben. Weil Decot nun wieder Ehrenmann seiner Klasse sein darf, hat Klasse-Richter Pahl Zeit für Teufel. Und das wird wieder eine schwere Arbeit für Pahl.

Helfen wir Pahl dabei. Am kommenden Montag ab 14 Uhr im Moabiter Justizpalast.

23.11.1967:
An der FU Berlin lud der Internationale Club ESG für heute ein zum Griechischen Abend.
Q: ESG FU - Internationaler Club: Griechischer Abend, Berlin O. J. (1967)

I N T E R N A T I O N A L E R C L U B D E R E S G F U
1 Berlin 33
Gelfertstr. 45
Telefon 769 10 41

23. 11. 1967, 20 Uhr

G R I E C H I S C H E R A B E N D

ESSEN
GRIECHISCHE
SPEZIALITÄTEN

KURZER SITUATIONSBERICHT KZ
(GEORG RAPTIS)

GEDICHTE
AUS DEM
WIDERSTAND

FOLKLORE

23. 11. 1967, 20 Uhr

I N T E R N A T I O N A L E R C L U B D E R E S G F U
1 Berlin 33
Gelfertstr. 45
Telefon 769 10 41

23.11.1967:
In Berlin geben die Studentenvertretungen von TU, FU, PH, Kirchlicher Hochschule (KiHo) und HfbK ein Flugblatt mit ihrem Offenen Brief an die Rektoren ihrer Hochschulen heraus mit der Bitte, den Lehrbetrieb am 27.11.1967 einzustellen.

Aufgerufen wird zur Vollversammlung am 27.11.1967 im Audimax der FU.
Q: Studentenvertretungen TU, FU, PH, KiHo, HfbK: Offener Brief, Berlin 23.11.1967

E07.2

O F F E N E R B R I E F

der Studentenvertretungen an die Rektoren der TU, FU, PH, KiHo, HfBK

Ew. Magnifizenzen!

Wie die Debatten des Abgeordnetenhauses nach dem 2. Juni gezeigt haben, ist die Legislative nicht in der Lage, sich mit den berechtigten Protesten der demokratischen Opposition auseinanderzusetzen. Sie beschränkt sich vielmehr darauf, das Verhalten der Exekutive nachträglich zu sanktionieren:

Der Bericht des Parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses, der die Rechtfertigung vom damaligen Innensenator Büsch übernommen hat, wurde ohne inhaltliche Diskussion und unter Strafandrohung als offizielle Version über die Ereignisse des 2. Juni akzeptiert.

Die Androhung von Schnellgerichten und der Erlaß eines generellen Demonstrationsverbotes durch die Exekutive widersprechen einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und stellen den Gipfelpunkt einer längeren Entwicklung dar.

Die Rechtsprechung der letzten Wochen hat eindeutig die politische Parteinahme der Gerichte gezeigt. Während ein bereits vielfach angezweifeltes psychiatrisches Gutachten singulär und ohne weitere Überprüfung zur Begründung des Freispruches des Todesschützen Kurras benutzt wurde, wird zur gleichen Zeit der Demonstrant Fritz Teufel auf widersprüchliche Zeugenaussagen zweier Polizisten hin bisher vier Monate in Untersuchungshaft gehalten, und werden Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition wegen der Verteilung von Flugblättern ohne Prozeß zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. Die Beweisführung der Gerichte orientiert sich einseitig an der politischen Haltung der jeweils Angeklagten.

Exekutive, Legislative und die "Dritte Gewalt" haben versagt. Hand in Hand versuchen sie kritisch oppositionelle Bestrebungen zu unterdrücken.

Es ist an der Zeit, daß die Hochschulen die daraus auch für sie entstehende Gefahr erkennen. Die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Kritik des Bestehenden muß gewährleistet sein. Bestehen die Hochschulen nicht auf der Durchsetzung dieses demokratischen Grundrechtes, geben sie sich selbst auf.

Daher bitten wir Ew. Magnifizenzen, den Lehrbetrieb am Montag, den 27. November 1967, einzustellen, um der Studentenschaft die Möglichkeit zu geben, in einer Veranstaltung aller Berliner Studenten die aktuelle Situation zu beraten.

Die Studentenvertretungen

Berlin, den 23. 11. 1967

Schon jetzt notieren: MONTAG, 27. November 1967, um 10. 30 Uhr

HENRY-FORD-BAU der FU

23.11.1967:
An der FU Berlin gibt das Wiso-Wahlkuratorium, laut einer handschriftlichen Datierung heute, ein Flugblatt "Ja zur politischen Verantwortung!" heraus zum politischen Mandat.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: Ja zur politischen Verantwortung!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

25. NOV. 1967

JA ZUR POLITISCHEN VERANTWORTUNG!

WISO-WAHLKURATORIUM

Die "Aktion 20. Konvent" und "VAFU" bestreiten der Studentenvertretung die Berechtigung politische Beschlüsse zu fassen.

Wir stellen fest:

* Konvent, 19.1.1950: "Die Studentenvertretung der FU hat den bisher von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg aufmerksam verfolgt und ist der Meinung, daß sie sich der Haltung der Bundesregierung anschließen kann."
* 19./20.12.1950: Die Studentenschaft spricht sich in einer Urabstimmung für einen deutschen Wehrbeitrag aus.
* Konvent, 2.2.1951: Der Konvent erklärt sich solidarisch mit der Wiedervereinigungspolitik Konrad Adenauers.
* Konvent, 15.5.1957: Der Konvent appeliert an die Atommächte, die Atomwaffenversuche einzustellen.

Die Reihe ließe sich verlängern. Es war von jeher unbestrittenes Recht einer politisch mündigen Studentenschaft zu entscheidenden staatspolitischen Angelegenheiten Erklärungen abzugeben.

UND HEUTE?

Seit die Studentenschaft der herrschenden politischen Meinung zunehmend kritischer gegenüberstand, tauchte die Frage auf, ob sie zu Stellungnahmen berechtigt sei. Auf einmal sollte die Studentensc nur noch für Mensa-Essen und Studienreform "zuständig" sein. Tender Mit formaljuristischer Argumentation soll ein kritisches Element in der Gesellschaft mundtot gemacht werden. Es wird eine irrationale weil willkürliche Trennung eingeführt: hier "sachliche" Entscheidun da "politische" Entscheidung! Wir meinen: Jede Entscheidung eines öffentlichen Gremiums ist eine politische Entscheidung!

Wer den Zusammenhang von "sachlich" und "politisch" nicht reflektiert, denkt kurzsichtig. Aber er denkt bequem. Bequem und gefahrl für diejenigen, die kritische Infragestellung ihrer politischen und gesellschaftlichen Position fürchten müssen.

Auch ein Verwaltungsgerichtsurteil kann daran nichts ändern. Es wurde Revision eingelegt, weil es in keiner Hinsicht (auch in juristischer nicht!) einer Überprüfung standhält.

Wer ist zuständig für politisches Denken?

Der 19. Konvent faßte u.a. folgende politische Beschlüsse:

Er protestierte

* gegen die Machtergreifung des Militätrs in Griechenland

* gegen den amerikanischen Vernichtungskrieg in Vietnam

Er begrüßte

* den Widerstand des DGB gegen die Notstandsgesetze

Nach Ansicht der Rechten und der "Unpolitischen" ist das RADIKALISMUS! Nach ihrer Ansicht sind solche Beschlüsse VERBOTEN!

Sie basteln eifrig an Springers Buh-Männern (Radikal ist, wer sich gegen den Vietnamkrieg und Notstandsgesetze engagiert) und behaupten: Eine politische Studentenvertretung könne ihren Aufgaben nicht nachkommen.

Das Gegenteil ist der Fall! Der Konvent erfüllte seine satzungsgemäßen Aufgaben. Davon mag sich jeder überzeugen. (WISO-Abgeordnete der Rechten waren aber auf kaum einer Fakultätsausschuß-Sitzung zu sehen!)

Die Frage ist nicht: Wollen wir einen politischen oder unpolitischen Konvent? Die Frage ist: In welchem Sinn ist der Konvent politisch?

Die Frage ist nicht: Muß die Studentenvertretung sachlich arbeiten oder politisch diskutieren? Die Frage ist: Hat sie eine diskutable Konzeption?

Fragen sie die Kandidaten nach ihrer politischen Meinung!

Wählen sie bewußt politisch! Politisch wählen sie sowieso. Nur Bewußtsein vom eigenem Tun kann aber Mündigkeit heißen.

Wir sagen: Ja zur politischen Veranwortung der Studentenschaft!

Horst Arndt (-)
Hannelore Börgel (BDV)
Hans Utz Foerderreuther (-)
Günter Greiff (BDV)
Stefan Grzimek (SHB)
Günter Hedderich (SPD)
Frank Herterich (SPD)
Bernhard Klingmüller (SDS)
Franz Ring (LSD)
Gerd Röder (BDV)
Rolf Rosenbrock (BDV)
Eike Schweichel (SDS)
Siegfried Stahn (SHB)
Peter Strotmann (SDS)
Klaus J.Walsleben (SPD)
Gerd Woghorn (SDS)
Hans J. Ziesing (-)

23.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Studentenvertretung ein Flugblatt heraus zur Rektoratsübergabe, zur Schirmherrschaft von Springer für das Wohltätigkeitsfest und zum Kurras-Prozeß.
Q: TU-SV: Information, Berlin 23.11.1967

STUDENTENVERTRETUNG der Technischen Universität Berlin

- V O R S T A N D -

==========

I N F O R M A T I O N

==========

1.) Der 22. Fakultätenrat beschloß auf seiner 1o.a.o. Sitzung am 14.11.1967 in Bezug auf die

R e k t o r r a t s ü b e r g a b e:

Der Vorstand und Fakultätenrat bitten Magnifizenz Weichselberger aus Anlaß der feierlichen Rektorratsübergabe, nicht, wie bisher üblich, einen Fachvortrag zu halten, sondern der gegenwärtigen Hochschulsituation entsprechend in einem Vortrag auf die anstehenden Probleme unserer Universität einzugehen, speziell auf die Fragen einer Hochschulreform und auf den Beitrag der Technischen Universität zum Universitätsgesetzentwurf.

2.) Der 22. Fakultätenrat beschloß auf seiner 11. a.o. Sitzung am 2o. 11.1967 in Bezug auf die

S c h ü t z (e n) - H i l f e für S p r i n g e r:

Der Fakultätenrat und die Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin protestieren dagegen, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin, Schütz, die Schirmherrschaft für ein Wohltätigkeitsfest übernommen hat, das von dem Zeitungsverleger Axel Springer veranstaltet wurde.
Wir begrüßen zwar den Zweck der Veranstaltung; es ist jedoch offensichtlich, daß Axel Springer die Sympathie der Berliner Bevölkerung für das israelische Volk dafür ausnutzt, um sein angeschlagenes Image durch diese Aktion wieder zu sanieren.
Der Regierende Bürgermeister Schütz müßte wissen, wie umstritten die Person Axel Cäsar Springer in der Berliner Studentenschaft ist. Sein Engagement für Springer verstehen wir als Affront gegen die Berliner Studenten.

3.) Presseerklärung des Vorstandes vom 21.11.1967 in Bezug auf den

K U R R A S - P r o z e s s

Die Studentenvertretung der Technischen Universiäät Berlin ist über den Verlauf des Verfahrens Kurras und den erfolgten Urteilsspruch sehr beunruhigt. Sie befürchtet, daß durch diesen Freispruch in Zukunft jeder Demonstrant Freiwild polizeilicher Willkür ist.
Wir protestieren insbesondere gegen die Begründung des Freispruchs, die das Verhalten von Kurras isoliert von der Polizei führung betrachtet und so einen nächsten Fall Kurras von vorhherein begünstigt.
Wir fragen, wie die bereits mehrmonatige Haft von Fritz Teufe aufgrund eines unbewiesenen Steinwurfes in Relation zu diesem Freispruch zu setzen ist.

gez. Dieter Läpple (1. Vorsitzender)

gez. Hubert Berns (2. Vorsitzender)

Berlin, den 23. 11. 1967

24.11.1967:
In Berlin lädt die Internationale Liga für Menschenrechte (ILM) vermutlich Ende dieser Woche mit einem Flugblatt ein zu ihrem in Verbindung mit der Humanistischen Union (HU) und der Studentenvertretung der TU veranstalteten öffentlichen Forum "Ziele und Methoden der außerparlamentarischen Opposition in Deutschland und in den USA" am 28.11.1967 um 20 Uhr in der TU.

Auf der Rückseite fordert die ILM: "Freiheit für Griechenland".
Q: ILM: Öffentliches Forum, Berlin O. J. (1967)

Eo 7.2
erh. 25-11-6
Tauentzien

ÖFFENTLICHES FORUM

der Internationalen Liga für Menschenrechte/Berlin in Verbindung mit der Humanistischen Union und der Studentenvertretung der TU

Ziele und Methoden der außerparlamentarischen Opposition in Deutschland und in den USA

An der einleitenden Podiumsdiskussion nehmen teil

Keith Chamberlain (Vice-Chairman der US-Campaign/Berlin)
Rudi Dutschke (SDS-Berlin/FU-Berlin)
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch (Humanistische Union/Berlin)
Kurt R. Großmann/New York
Rudolf Luster M. d. A. (CDU)
Prof. Dr. Charles Nichols (Amerika-Institut der FU)
Hermann Oxfort M. d. A. (FDP)
Marianne Regensburger (Republikanischer Club/Berlin)
Peter Riecker (Studentenvertretung der TU/Berlin)
SPD: N. N. (Auch die SPD-Berlin ist gebeten worden, einen Sprecher zu benennen.)

Diskussionsleitung: Dr. Wolfgang F. Haug (Liga)

Begrüßung: Dr. Curt Radlauer (Präsident der I. L. f. M./Berlin)

Die Veranstaltung findet statt am

Dienstag, den 28. 11. 1967, 20.00 Uhr

in der

Technischen Universität Berlin

Nordgelände am Ernst-Reuter-Platz, Straße des 17. Juni 134, im Hörsaal für Elektrotechnik HE 101

Da mit einem starken Besucherandrang zu rechnen ist, bitten wir Sie um möglichst frühzeitiges Erscheinen.

INTERNATIONALE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE/SEKTION BERLIN

Postanschrift: Berlin 37, Jänickestraße 23 (Telefon: 80 11 23)
Postscheck: Berlin-West 30 24

Freiheit für Griechenland

Die Internationale Liga für Menschenrechte/Berlin fordert Bundestag und Bundesregierung auf:

- alles in ihrer Macht Stehende zur Beseitigung der Militärdiktatur und zur Wiederherstellung der Menschenrechte und der Demokratie in Griechenland zu unternehmen und die demokratischen Kräfte in Griechenland zu unterstützen;
- allen griechischen Bürgern, die aus politischen Gründen ihr Land verlassen müssen oder dorthin nicht zurückkehren können oder wollen, Asyl zu gewähren und die persönliche Sicherheit zu garantieren;
- alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit den in Berlin und Westdeutschland lebenden Griechen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erteilt werden können;
- bestehende Auslieferungsverträge nicht anzuwenden, solange die Rechtssicherheit in Griechenland nicht gewährleistet ist;
- sich für die Befreiung der unter menschenunwürdigen Bedingungen lebenden Gefangenen in Griechenland einzusetzen, ein Verfahren gegen das herrschende Regime vor der **Europäischen Menschenrechtskommission** wegen Verletzung der auch von Griechenland unterzeichneten **Europäischen Menschenrechtskonvention** zu beantragen, sowie Beschwerde bei der **UN-Menschenrechtskommission** einzulegen;
- Griechenland unter dem gegenwärtigen Regime keine Kapital-, Entwicklungs- und Militärhilfe zu gewähren;
- die Einstellungen der Zahlungen an Griechenland auf Grund des Assoziierungsvertrages mit der **EWG** bis zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Griechenland zu verlangen;
- einen Besuch des griechischen Königs in der Bundesrepublik, angesichts der Rolle, die der Monarch seit zwei Jahren bei der Beseitigung der Demokratie in Griechenland spielt, abzusagen.

Die Liga hält außerdem die Mitgliedschaft einer Militärdiktatur in der **NATO** für unvereinbar mit den Grundsätzen dieser Paktorganisation.

Alle Deutschen werden aufgefordert, bis zur Wiederherstellung der Menschenrechte in Griechenland, Reisen in dieses Land zu unterlassen.

INTERNATIONALE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE/SEKTION BERLIN

i. A. gez. Wolfgang P. Schaar (stellvertr. Vorsitzender) gez. Dr. Curt Radlauer (Präsident)

An den Bundestag und die Bundesregierung
53 Bonn/Rh.

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident!
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Den obigen Forderungen der
Internationalen Liga für Menschenrechte/Berlin
schließe ich mich an.

Name _____ Berlin, den _____

Anschrift _____ Unterschrift _____

24.11.1967:
In Berlin geben das Komitee Freiheit für Griechenland und der AStA der FU vermutlich Ende dieser Woche ihre 'Griechenland-Information' Nr. 4 (vgl. 22.11.1967) heraus mit der Einladung zur Griechenland-Dokumentation am 27.11.1967 und zur Podiumsdiskussion am 4.12.1967.
Q: Griechenland-Information Nr. 4, Berlin O. J. (1967)

25.11. ~~A.12.67~~ Dorbl. E8

GRIECHENLAND-INFORMATION Nr. 4

Was will die Junta? Ihre fadenscheinige Behauptung, sie wäre mit ihrem Putsch einer unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Machtergreifung zuvorgekommen, ist mittlerweile in Anbetracht des Fehlens jeglicher sachlicher Begründung als Lüge zusammengebrochen und übrig blieb die Wahrheit: die Durchführung der Parlamentswahlen vom 28.Mai d. J. sollte auf jeden Fall verhindert werden. Dahinter stand jedoch keineswegs die Laune dieser Handvoll unverantwortlicher Männer; handfeste Interessen einer das ganze Leben im Lande beherrschenden dünnen Bevölkerungsschicht sah ihre Vorrechte und Privilegien durch die programmatisch angekündigten Reformen der Zentrumsunion, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit diese Parlamentswahlen gewonnen hätte, bedroht.

Kristallisationspunkt und zugleich Spiegelbild der Intentionen und Ziele der Militärjunta und ihrer Hintermänner wird sicherlich die neue "Verfassung" sein, die bereits im Dezember d.J. fertiggestellt werden soll. Obwohl über die Arbeiten der mit der Ausarbeitung des Verfassungstextes beauftragten Verfassungskommission strenges Stillschweigen gewahrt wird, sind inzwischen wichtige Teile dieser "Verfassung" auf legalem bzw. illegalem Wege bekanntgeworden. Sie lassen unschwer erkennen, welche Art von parlamentarischer Demokratie nach dem Willen dieser Kreise in Griechenland errichtet werden soll.

In einem Memorandum an die Verfassungskommission formulierte der derzeitige Ministerpräsident Kollias die Vorstellung der Militärjunta, die in der neuen Verfassung ihren Niederschlag finden sollen. Die wichtigsten sind:

- die Exekutive soll von der Legislative völlig getrennt werden, damit die Parlamentsmitglieder sich nicht in die Regierungsarbeit "einmischen" können (Neue Züricher Zeitung vom 4.11.1967); die Exekutive müsse das Recht haben, nach eigenem Ermessen jederzeit auf dem Verordnungswege zu regieren;
- die Immunität der Abgeordneten soll eingeschränkt werden;
- die Parteien sollen als Körperschaften organisiert und deren Tätigkeit durch ein noch zu schaffendes Oberstes Verfassungsgericht überwacht werden;
- die Schwurgerichte werden durch Strafgerichte ersetzt. Diese Forderung ist inzwischen realisiert worden.
- der Verwaltungsapparat soll "reorganisiert" werden.

Ferner soll in der Verfassung verankert werden:

- niemand, der in den letzten zehn Jahren politisch tätig war, soll für ein neues Amt kandidieren dürfen;
- nur Männer, die Militärdienst geleistet haben und seit 20 Jahren ununterbrochen in Griechenland ihren Hauptwohnsitz haben, kommen für politische Ämter in Frage (Der Spiegel vom 15.5.1967)

Sollten diese Forderungen Verfassungswirklichkeit werden, woran kaum zu zweifeln ist, wenn der aktive Widerstand nicht rechtzeitig organisiert wird, dann würde dies praktisch einer Legalisierung des heutigen Zustandes gleichkommen. Griechenland würde auf lange Zeit ein faschistoider Staat sein. Was werden die westlichen Demokratien zur Unterstützung des Widerstandes tun?

Herausgegeben und verantwortlich für den Inhalt:
Komitee für die Demokratie in Griechenland
Allgemeiner Studentenausschuß der Freien Universität Berlin

27. November 1967 um 20.15 Uhr im Auditorium Maximum der FU

‚Dokumentation Griechenland'

zusammengestellt und aufgeführt von Mitgliedern des

Berliner Ensembles

Eintritt 2,— DM

4. Dezember 1967 um 19.30 Uhr im Hörsaal B im Henry-Ford-Bau

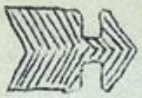
Podiumsdiskussion

‚Griechenland als Militärdiktatur'

Teilnehmer: Goldberg CDU, Oxford FDP, Zehden BNS,
Beck SPD, Richter DGB

Diskussionsleitung: N. N.

24.11.1967:
In Berlin erscheint vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt "Fahrt nicht nach Griechenland".
Q: Papanastasiu, K.: Fahrt nicht nach Griechenland, Berlin O. J. (1967)



F A H R T N I C H T N A C H G R I E C H E N L A N D

F A H R T N I C H T N A C H G R I E C H E N L A N D

Griechenlands Sonne ist schön !
Sein Meer und sein Himmel sind blau.
Das griechische Volk ist gastfreundlich.
Ein schönes Reiseland !

Griechenlands Gefängnisse aber sind voll.
Kahle Inseln mit primitiven Behausungen und schlechte Verpflegung beherbergen die geistige Elite Griechenlands.
Keine Fürsorge für die Kleinkinder, deren Eltern eingesperrt sind.

Terror und Erpressung sind die Methoden der Militärjunta.

Der Haß und das Mißtrauen im Volke werden geschürt.

Das Singen, Summen, Pfeifen und Anhören der Musik von Mikis Theodorakis wird mit 5 Jahren Gefängnis bestraft.
Klassische Dramen dürfen nicht gespielt werden.
Aeschilos und Sophokles werden zensiert.
Aristophanes wird abgesetzt.
Über 2,5 Tausend in- und ausländische Bücher wurden verboten. etc.

Dagegen kann jeder etwas tun !
Dagegen m u ß jeder etwas tun !
Das ist nicht nur eine lokale griechische Angelegenheit !

Man soll protestieren, demonstrieren, helfen, die Wahrheit zu verbreiten.
Auf keinen Fall die Militärjunta unterstützen.

F A H R T N I C H T N A C H G R I E C H E N L A N D !

Nicht nach Griechenland zu fahren wäre auch eine Art des Widerstandes. Man darf Patakos keine Devisen bringen und vor allem nicht das Gefühl der Anerkennung.
Dadurch helft ihr auch uns den Kampf weiterzuführen.
Wir brauchen entschlossene Freunde.
Helft Griechenland befreien !

Fahrt nicht nach Griechenland solange die Militärjunta widerrechtlich regiert.

Unterstützt nicht die Erhaltung und Neuerschaffung von KZ's !
Unterstützt nicht die Etablierung der Diktatur !
Fahrt nicht nach Griechenland !

Verantwortlich für den Inhalt: Konstantin Papanastasiu, 1 Berlin 31, postlagernd

24.11.1967:
Der Landesverband Berlin des SDS gibt das Flugblatt "Glückwünsche für die politische Justiz" u.a. zu Kurras und Teufel heraus, mit dem Aufruf am 27.11.1967 um 10 Uhr 30 ins Audimax der FU zu kommen.
Q: SDS-LV: Glückwünsche für die politische Justiz, Berlin 24.11.1967

24. Nov

GLÜCKWÜNSCHE FÜR DIE POLITISCHE JUSTIZ

in der Weimarer Republik

In der Zeit von 1918 - 1922 wurden 376 politische Morde begangen:

354 Morde von Rechten — 22 Morde von Linken

Gesühnt oder teilweise gesühnt wurden:

28 Morde der Rechten — 18 Morde der Linken

Dauer der Einsperrungen je Mord:

4 Monate bei Rechten — 15 Jahre bei Linken

---

in der Bundesrepublik

Wegen Beihilfe zum Mord in 300 000 Fällen, begangen während des Dritten Reiches in Ungarn, wurde der NS-Verbrecher Krumrey zu insgesamt 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

1956 wurde der Funktionär der "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" und Mitglied der KPD zu 2 Jahren Gefängnis und Nebenstrafen verurteilt.
Grund: Verbrechen und Vergehen der Förderung einer verfassungsverräterischen Vereinigung, Geheimbündelei, Teilnahme an einer kriminellen Vereinigung in verfassungsverräterischer Absicht und einfache Mitgliedschaft in der KPD.
1963 wurde die Strafe auf ein Jahr neun Monate Gefängnis reduziert.

---

in Westberlin

Nov. 1967: Karl-Heinz Kurras wird von der Anklage der fahrlässigen Tötung, begangen an dem Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni, freigesprochen

i n d u b i o p r o r e o

Juni - Nov. 1967: Fritz Teufel, angeklagt des schweren Landfriedensbruch, seit ca. 140 Tagen Untersuchunshaft

i n d u b i o p r o j u s t i t i a

BZ Meint: WER TERROR PRODUZIERT, MUSS HÄRTE IN KAUF NEHMEN

Kommilitonen, kommt am

Montag, 27. November 1967
ins Audi Max
um 10.30 Uhr

SDS Landesverband Berlin 24. November 1967 SDS Landesverband

24.11.1967:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt "Akademischer Senat der HfBK und PH beschliessen Arbeitsruhe für den 27.11. wann tagt der Akademische Senat der FU und beschliesst dasselbe?" heraus zum Prozess gegen Fritz Teufel.
Q: AStA FU: Akademischer Senat der HfBK und PH beschliessen Arbeitsruhe für den 27.11. wann tagt der Akademische Senat der FU und beschliesst dasselbe?, Berlin 24.11.1967

Foto 2

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Studentenvertretung
Allgemeiner Studentenausschuß

1 Berlin 33, den 24.11.1
Garystr. 20
Tel. 7690 2246

AKADEMISCHER SENAT der HfBK und PH beschliessen ARBEITSRUHE für den 27.11.

wann tagt der AKADEMISCHE SENAT der FU und beschliesst dasselbe?

24.11.1967:
An der FU Berlin lädt die Gruppe des Europäisch-Föderalistischen Studentenverbandes (EFS) mit einem Flugblatt zur Veranstaltung "Europa und die deutsche Frage" mit Prof. Heinrich Schneider um 20 Uhr ein.
Q: EFS FU: Heute 20.00 Uhr, Berlin 24.11.1967

E F S +++ E F S +++ E F S +++ E F S +++ E F S

24. NOV. 19

EUROPÄISCH - FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND

HEUTE 20.00 UHR HEUTE

Freitag,
24.November 1967

Prof.Dr.Heinrich S c h n e i d e r

"Europa und die deutsche Frage"

im Europa-Haus Berlin
Berlin-Grunewald, Bismarckallee 46/48
Fahrverbindung: Bus a 19, a 17 bis Hagenplatz

Wir möchten mit Ihnen u.a. folgendes diskutieren:

1. Wäre eine Anerkennung der D D R im nationalstaatlichen Rahmen ein Beitrag für eine Politik zur europäischen Friedensordnung ?

2. Wir werden den Status quo in der Deutschlandpolitik nur verlassen, wenn wir den Status quo in Europa anerkennen. Die Garantierung der gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa muß als eine unabdingbare Voraussetzung für eine gesamteuropäische Politik betrachtet werden.

3. Deutschland wird sich als europäische Nation nur verwirklichen, wenn wir Deutsche über die Nation hinausdenken.

Wir erwarten Sie heute Abend um 2o.oo Uhr.

Romin Reich
Vorsitzender der FU-Gruppe

EUROPÄISCH - FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND
Europa Haus Berlin +++ Telefon 89 61 13

24.11.1967:
An der FU Berlin gibt der SDS, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Konvent und Kritische Universität" heraus zur KU, die vom neuen Konvent unterstützt werden müsse.
Q: SDS: Konvent und Kritische Universität, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

24 nov. 196

KONVENT UND KRITISCHE UNIVERSITAT

Was die Universität 1945 nicht geleistet hat, muß die Student
schaft jetzt nachholen.
Obwohl sich nach dem Zusammenbruch die grundsätzliche Frage n
dem Verhältnis der deutschen Universität zum Staat und ihre A
gaben in der Gesellschaft dringender denn je stellt - ihr Sch
gen und Mißbrauchtwerden während des Dritten Reichs war die K
sequenz einer "wertfreien" Wissenschaft - beharrt sie auf die
alten Selbstverständnis, zog nach 1945 lediglich vorübergehen
personelle Konsequenzen und beschenkte die Studentenschaft mi
einer leerlaufenden Selbstverwaltung.
Ende der 50er Jahre wurde der Ablauf des Universitätsbetriebs
gefährdet, Vorlesungen und Seminare waren überfüllt, Lehrmitt
unzureichend, der Lehrkörper zu klein etc. Dieser Misere woll
man auf Kosten der Studierenden durch Maßnahmen Herr werden,
in der Zwangsexmatrikulation gipfelten. D.h. administrative R
nung des Studiums sollte den Universitätsbetrieb rationalisie
ohne ihre Struktur und die Inhalte der universitären Wissensc
ten anzutasten. Als 1966 an der med.Fak. der FU Zwangsexmatri
kation eingeführt wurde, an der jur.Fak. verschärfte Bestimmu
gen erlassen wurden, kam es zum sit-in am 22./23.6.1966, wo d
Studenten die Forderung nach paritätisch besetzten Kommission
durchsetzten, die Modelle zur Studienreform entwickeln sollte
Die Reformpläne, die in diesen Kommissionen von Studenten vor
legt wurden, konnten nicht in die Praxis umgesetzt werden, we
nur wenige Ordinarien bereit waren, diese Vorschläge zu verwi
lichen. Von pragmatischen Einzelheiten abgesehen, gab es kein
Änderungen. Von studentischer Seite konnte es darauf nur eine
Antwort geben: Selbstorganisierung in der KRITISCHEN UNIVERSI

Auf dem sit-in war sich die Studentenschaft über den Zusammen
hang von autoritären Herrschaftsformen in Universität und Ges
schaft klar. In der damals angenommenen Resolution heißt es:

> Was hier in Berlin vor sich geht, ist ebenso wie in der
> Gesellschaft ein Konflikt, dessen Zentralgegenstand weder
> längeres Studium noch mehr Urlaub ist, sondern der Abbau
> oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokra-
> tischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wissenschaft, die in ihrem eigenen Bereich, dem der Universit
die Herrschaftsverhältnisse der Gesellschaft kritiklos reprod
ziert, ist zur Kritik dieser Gesellschaft unfähig. Diese Unfä
keit zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit nach dem 2.JU
Die akademische Wissenschaft konnte dem Entsetzen und der Em-
pörung, die die Studenten und weite Teile der Professorenscha
angesichts dieses ersten Versuchs der physischen Liquidierung
der außerparlamentarischen Opposition erfüllten, zu keinem
wissenschaftlichen Ausdruck verhelfen. Ausgearbeitete Modelle
und angesammeltes Wissen vieler Jahre erwiesen sich als irre-
levant angesichts der konkreten Gewalt.

b.w.

SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*S

Studenten, die die Aggressivität des Systems gegenüber unbequ
Abweichlern am eigenen Leib erlebt hatten, gründeten die KU a
den Versuch, die spontanen Regungen gegenüber den Ereignissen
auf den Begriff zu bringen.
Die akademische Wissenschaft wirft der KU vor, sie suche nur
nach Begründungen für vorgegebene Ergebnisse.
-Jawohl, die Ergebnisse sind vorgegeben, aber nicht durch uns
Belieben, sondern durch die Maßnahmen der Herrschaftsorgane i
Staat und Universität. Durch die Untersuchung und Denunzierun
der Herrschaftsmechanismen in unserer Gesellschaft stellt sic
die Wissenschaft der KU bewußt auf die Seite der Unterdrückte
und Ausgebeuteten, und erneuert damit die durch die etablierte
Wissenschaft verratene Tradition wirklich kritischer Vernunft.

Aufgabe des neuen Konvent muß es sein, die KRITISCHE UNIVERSI-
TÄT in jeder Weise zu unterstützen, als ein Beispiel von Stu-
dienreform, die nicht durch "Maßnahmen" verordnet wurde, sonde
die sich bildete und weiter bildet im Prozeß des Begreifens
unserer historischen Situation.

SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*SDS*S

24.11.1967:
An der FU Berlin geben die VAFU das Flugblatt "AStA Go out 4" heraus zum Teach-In des LSD vom 21.11.1967.
Q: VAFU: AStA Go out 4, O. O. (Berlin) 24.11.1967

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

AStA Go out 4

Falsche Fünfziger?

Die wahltaktischen Maßnahmen radikaler Studentengruppen drohen, die Hochschulreform ernsthaft zu gefährden. Beim „teach in" des LSD vom Di., dem 21.11.67, wurden die 50 Professoren, die in einer 12-Punkte-Erklärung Reformwillen gezeigt hatten, ultimativ unter Druck gesetzt

1) **mit der Forderung,** ihre Erklärung sofort zu konkretisieren und in die Tat umzusetzen,
2) **mit der Forderung,** sofort den akademischen Senat zu einer inhaltlichen Stellungnahme zur Kritischen Universität zu „zwingen",
3) **mit der Forderung,** sich sofort für eine Einstellung des Lehrbetriebes am Montag, dem 22.11., zugunsten einer Diskussion über das Kurras-Urteil und die „Rechtsbeugung" durch die Berliner Justiz einzusetzen.

Mit diesem Vorgehen versuchen die radikalen Hochschulgruppen, nur um die Wahl zu gewinnen, die Studentenschaft gegen die Professoren zu solidarisieren, selbst unter Gefährdung der hochschulreformerischen Bestrebungen.

Drohungen wurden von dem AStA-Vorsitzenden Landsberg ausgesprochen: Er werde sich nicht mehr mit der Forderung nach paritätischer Besetzung der Hochschulgremien zufrieden geben, und die Studentenschaft werde „zu schärferen Maßnahmen greifen als bisher".
Landsberg bezeichnet „Revolution im Hörsaal" als „Demonstration am Objekt" (Informationen für Studentenvertreter Nr. 4, Oktober 1967).

Sind Sie mit dieser Studentenvertretung noch einverstanden?

Das Klischee Herrscher contra Beherrschte zieht nicht mehr!

Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN)
Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur)
Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fak. (APhil)
Arbeitsgemeinschaft an der WiSo-Fakultät (AWiSo)

Auskunft erteilt:
Volker Henn Tel.: 76 38 18

24. 11. 1967

Fortsetzung folgt!!

84

Druck: Albert Henrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

24.11.1967:
An der FU Berlin gibt das Wiso-Wahlkuratorium vermutlich Ende dieser Woche sein viertes Flugblatt unter dem Titel "Praktische Studienreform??" heraus. Vorgestellt werden die Kandidaten zum Konvent.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: Nr. 4 Praktische Studienreform??, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

EGRO.
Dez.67

WISO 4

WAHLKURATORIUM

PRAKTISCHE STUDIENREFORM??

Erstmalig wurden in diesem Semester Kleingruppenübungen in verschiedenen Fächern eingerichtet. So wie diese Form der Leh u. Lernveranstaltungen grundsätzlich zu bejahen ist, so grundsätzlich muß jedoch gefordert werden:

** Jeder Reformschritt ist als Experiment zu begreifen, der in der VORBEREITUNG und der DURCHFÜHRUNG von ALLEN Beteiligten, auch den Betroffenen diskutiert, bestimmt und getragen wird.

Diese Experimente stehen jedoch alleine unter der Leitung von Professoren einzelner Lehrstühle, wobei an der Vorbereitung noch nicht einmal Mitglieder der paritätischen Studienreformkommission beteiligt wurden. Hier zeigt sich erneut deutlich die Funktion derartiger Kommissionen: Beruhigung der Studenter Vorspielung"sachlicher"Arbeit, in Wirklichkeit aber unverbindliche Diskussionen.

Studienreform stellt nicht alleine eine effektivere Gestaltung des bisherigen Lernbetriebes dar, sondern bedeutet UMGESTALTUN von FORM und INHALT des gelehrten Stoffes. Dies ist jedoch nicht allein durch die Einführung kleiner Arbeitsgruppen möglich, sondern muß begleitet sein von:

** Diskussion über die Funktion von Arbeitsgruppen

** Gründliche DIDAKTISCHE und FACHLICHE Vorbereitung der Arbeitsgruppenleiter,

** ERFOLGSKONTROLLE des Experiments durch Teilnahme von Betroffenen an Rückkoppelungsgesprächen.

** Protokollierung der gemachten Erfahrungen, um si für ähnliche Experimente auswerten zu können.

Sehen wir bei den bisherigen Experimenten, daß diese Forderungen nicht erfüllt werden, so müssen wir z.B. bei JURA jegliche Anstrengung vermissen. Denn die Massenveranstaltungen können nur noch mit Hohn als Übungen bezeichnet werden:

** MASSENÜBUNGEN in Jura müssen durch kleine Arbeitsgruppen ersetzt werden,

sofern die jur. Grundausbildung für alle Wirtschaftswissenschaftler als notwendig erachtet wird.

b.w.

Kleingruppen stellen dann keine Studienreform dar, solange s
nur die Funktion haben, den bisherigen Universitätsbetrieb z
rationalisieren!

Solange weiterhin die Vorlesungsanarchie besteht, solange das Vorlesungsangebot und die Vorlesunginhalte einem stochastischem Prozess gleichen, solange als Ausgangspunkt von Veränderungen nicht die Kritik am bisherigen Studien- und Hochschulsystem betrachtet wird,

solange ist praktische Studienreform durch Einzelmaßnahmen nich zu bewirken.

Auch die paritätische Studienreformkommission hat sich in der Vergangenheit als nicht geeignet zur Verwirklichung von Studienreformen erwiesen. (s. WISO-WAHLKURATORIUM, Flugblatt Nr. 2

Es kann nur Opportunismus oder Unkenntnis sein, die Parole aufzustellen durch "Weiterführung der Arbeit der Studienreformkommission" seien Veränderungen zu erreichen.

Studienreformkommission JA,
aber nicht mehr als funktionsloses akademisches Diskussionsgremium, sondern mit

** öffentlichen Sitzungen
** Hearings zur Studienreform
** Kompetenzen, um Reformen durchsetzen zu können.

Dafür werden sich die Kandidaten des WAHLKURATORIUM einsetzen.

Horst Arndt	(-)	
Hannelore Börgel	(BDV)	Zul.-Beauftr. WISO, Mitgl. 19.Ko
Hans Utz Foerderreuther	(-)	Obertutor, Mitgl.d.par.Stud.Ref.
Günter Greiff	(BDV)	
Stefan Grzimek	(SHB)	AStA-Ref. 66, Mitgl. 19.Konv. Mitgl. d. par. Stud.Ref.Komm.
Günter Hedderich	(SPD)	Zulassungsref. WISO, 19. Konv.
Frank Herterich	(SPD)	Mitgl. d. 19.Konv., 2.Spr. WISO-
Bernhard Klingmüller	(SDS)	
Franz Ring	(LSD)	
Gerd Röder	(BDV)	19. Konv.,Spr.WISO.-Fak., par.St Ref.Komm.
Rolf D. Rosenbrock	(BDV)	
Eike Schweichel	(SDS)	OSI-Ältestenratmitglied
Siegfried Stahn	(SHB)	
Peter Strotmann	(SDS)	
Klaus J. Walsleben	(SPD)	
Gerd Weghorn	(SDS)	
Hans Joachim Ziesing	(-)	AStA-Ref. 66, Kurator.-Spr. 67, Mitgl. d. 18. u. 19. Konvents.

24.11.1967:
An der TU Berlin erschien zur heutigen Rektoratsübergabe bzw. dem Universitätsfest zur Feier der Übergabe ein Flugblatt "Akademischer Mummenschanz" des Kuratoriums zur Konservierung Akademischer Zöpfe.
Ein anonymes Flugblatt fordert auf: "Kommilitonen, lasst euch nicht provozieren!".
Aufgerufen zur Feier wurde auch vom LSD und von der Fachschaft Architektur.
Die Rede von Dieter Läpple wird von der Studentenvertretung auch als Flugblatt verbreitet.
Q: Kuratorium zur Konservierung Akademischer Zöpfe: Akademischer Mummenschanz, O. O. (Berlin) O. J. (1967); LSD TU: Kommilitoninnen und Kommilitonen!, O. O. (Berlin) O. J. (1967);TU-FS Architektur: Zur feierlichen Rektoratsübergabe, O. O. (Berlin) O. J. (1967);N. N.: Kommilitonen, lasst euch nicht provozieren!, O. O. (Berlin) O. J. (1967);TU-SV: Rede zur Rektoratsübergabe 1968/69, Berlin O. J. (1967)

24.11.1967:
In der ESG an der FU Berlin gibt Studentenpfarrer Hasselmann den 'Informationsbrief' Nr. 6 heraus, u.a. zu den Auseinandersetzungen in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche (KWG).
Q: ESG FU: Informationsbrief Nr. 6, Berlin 24.11.1967

Studentenpfarrer Karl-Behrnd Hasselmann
1 Berlin 33
Gelfertstr. 45

24.11.1967

INFORMATIONSBRIEF NR. 6

Liebe Freunde!

Just aus Westdeutschland zurück, sehe ich auf dem Schreibtisch in der ESG noch den Brief an die Gemeinden liegen, den Kurras- und Teufel-Prozeß betreffend. Der Brief ist deshalb so wichtig, weil wir als die Hauptaufgabe unserer Informationsarbeit die Unterrichtung der Berliner Gemeinden intensivieren wollen. Er muß also heute noch weg; ich kann Ihnen aber leider diesen Brief nicht mehr beilegen.

Gleichfalls auf dem Schreibtisch der ESG finde ich die Ankündigung, am Montag Moabit den Teufel auszutreiben. Erlauben Sie Ihrem Popen und seien Sie ihm nicht allzu böse, wenn ich all denen, die vorhaben vor dem Justizpalast zu demonstrieren, ganz dringend sagen und Sie herzlich bitten möchte, nicht zu provozieren. Ich selbst werde auch dasein; wir sollten es unbedingt vermeiden, uns in irgendeiner Weise mit der Polizei anzulegen.

Im übrigen bringe ich aus Bochum außer der Nachricht eines unglaublichen Echos unserer Auseinandersetzung mit der KWG den Vorschlag eines Verlages mit, so schnell wie möglich ein Buch über die letzten Jahre der ESG/FU zu schreiben. Dieses Projekt wird zunächst von einigen Alten und Uralten zunächst durchgesprochen, ehe ich Ihnen weiteres bekanntgebe.

Die Auseinandersetzung mit der KWG ist noch nicht in dem Stadium, daß ich Sie über klare Entscheidungen unterrichten könnte. Heute, Freitag, den 24.11., wird der hoffentlich letzte Gesprächsversuch mit dieser Gemeinde sein.

Sonntag, den 26.11., predigt Pfarrer Graf zu Lynar über das 5. Gebot; Pfarrer Tietz wird am 3.12. die Reihe mit einer Predigt über das 6. Gebot fortsetzen.

Alle Arbeitskreise werden in der kommenden Woche wieder voll arbeit also auch meine in dieser Woche ausgefallenen am Mittwoch und Freit Fräulein Schönknecht weist mich auf den Arbeitskreis "Entwicklungsländer" hin, der am 29.11., 20 Uhr, in der Limonenstraße stattfinde sie referiert über "Schwarzafrika als Modellfall für die Erziehungs und Bildungsprobleme". Missionsinspektor Seeberg von der Goßner-Mission wird als Gast anwesend sein.

Für den Dienstagabend stehen zwei Fragen zur Debatte, die kurzfrist entschieden werden müssen; alle, die Referate über das KU-Programm übernommen haben, bitte ich, an diesem Abend dazusein, damit wir die Analyse des Programms zum Abschluß bringen. Es ist aber auch möglich, daß die Auseinandersetzung mit der KWG-Gemeinde eine schnelle und klare Entscheidung von uns verlangt. Deshalb sollten auch alle, die in dieser Hinsicht Interesse haben, dasein. Ich werd einige Vorschläge zur weiteren Verhandlung dieser Streitfrage vorle

Das wär's. Mit allen guten Wünschen für bessere Nerven am Montag

Ihr

Karl-Behrnd Hasselmann.

24.11.1967:
An der FU Berlin gibt die ESG vermutlich heute das Flugblatt "Was will der Rektor?" heraus mit dem Brief des Bundesverbandes der DIS an den Rektor vom 24.11.1967, der diesem heute überreicht worden sei.
Q: ESG FU: Was will der Rektor?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

28.11.67 E 670

ESG/FU ESG/FU ESG/FU ESG/FU ESG/FU
EVANGELISCHE STUDENTENGEMEINDE AN DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

W A S W I L L D E R R E K T O R ?

Die Akademische Verwaltung der FU spielt ein doppeltes Spiel:

Während der Urabstimmungsaktion im Mai dieses Jahres griff der Rektor aktiv in die Abstimmungsvorbereitungen ein, um die politisch engagierte Studentenvertretung zu stürzen. In einer Vorlesung von Prof. Weischedel warnte Rektor Lieber die Studenten, daß ein politisch agierender AStA nur die Kräfte von rechts wecke. Mit Bestürzung habe er morgens von der Gründung des NHB an der FU erfahren (die Nachricht stellte sich damals noch als Falschmeldung heraus).
Heute läßt der neue Rektor Harndt (Lieber als Prorektor) den nun wirklich gegründeten NHB in die Räume der FU.

Wie ernst nimmt der Rektor die Gefahr von rechts ?

War die Argumentation Rektor Liebers vom Mai dieses Jahres nur eine Farc

Folgender Brief wurde dem Rektor heute überbracht:

Der Bundesverband
Deutsch-Israelischer Studiengruppen
Der Bundesvorstand

1 Berlin 42, 24.11.67
Kunigundenstr. 1

Dem Rektor der
Freien Universität
1 Berlin-Dahlem

Magnifizenz,

mit großem Erstaunen und mit erheblicher Erschütterung entnehmen wir Anschlägen, daß der "Nationaldemokratische Hochschulbund" (NHB) sich heute abend, am 24.11.1967, um 19.30 Uhr im Hörsaal B des Henry-Ford-Baues der FU vorstellen wird.

In einem Telephongespräch mit uns am gestrigen Donnerstag, dem 23.11.1967, erklärte der Universitätsdirektor der FU, Herr Völz, die FU habe mit dem NHB einen Mietsvertrag für den genannten Hörsaal abgeschlossen.

Herr Völz verwies andererseits in einem ebenfalls gestern nachmittag geführten Gespräch mit Vertretern des AStA der FU

auf die Zuständigkeit des Kurators der FU fürden Vertragsabschluß

Sie selbst erklärten gestern abend gegenüber dem Dekan der Philosophischen Fakultät, Herrn Prof. L o o s, der Hörsaal sei einem Studenten der FU als Privatperson zur Verfügung gestellt worden.

Angesichts dieser sich widersprechenden Aussagen drängt sich uns der Eindruck auf, daß die Kernfrage, ob nämlich die FU es zulasse daß Veranstaltungen des nicht als förderungswürdiger Studentenverband anerkannten NHB in Räumen der FU stattfinden dürfen, von Seiten der Administration der FU ausweichend benatwortet werden so

Wir sind der Überzeugung, daß es angesichts des demokratischen Anspruches der FU unerträglich ist, daß der Studentenverband einer Partei, die auf ihrem letzten Bundesparteitag in Hannover öffentlich an nationalsozialistisches Gedankengut angeknüpft hat, in den Räumen der Freien Universität für diese Ideen werbende Veranstaltugen durchführen darf.

In der Zustimmung der Verwaltung der FU zur Durchführung einer solcheh Veranstaltung des NHB in den Räumen der FU müssen wir eine stillschweigende Förderung rechtsradikaler Strömungen in unserer Gesellschaft sehen.

Um diesen schwerwiegende Bedeutung tragenden Eindruck sich nicht festigen zu lassen, bitten wir Sie hiermit um eine sofortige Überprüfung des Sachverhaltes und um Ihre eindeutige Stellungnahme als Hausherr der FU.

In Anbetracht der Kürze der Zeit, die uns für gegebenenfalls weitere zu ergreifende Schritte bleibt, erwarten wir Ihre Stellungnahme auf schriftlichem Wege oder in einem persönlichen Gespräch bis heute, den 24.11., um 16 Uhr. Sie erreichen uns in den Räumen des AStA.

Die Unterrichtung der studentischen und außerstudentischen Öffentlichkeit behalten wir uns vor. Wir erlauben uns, einen Durchschlag des Briefes an die Professoren Gollwitzer, Loos, Sontheimer, Szondi und Taubes zu senden.

In Erwartung Ihrer Antwort bleiben wir

24.11.1967:
An der Kirchlichen Hochschule (KiHo) Berlin geben der SDS, der LSD, der SHB und die ESG, laut einer handschriftlichen Datierung heute, ein Flugblatt heraus zum Prozess gegen Fritz Teufel am 27.11.1967.
Q: SDS KiHo, LSD KiHo, SHB KiHo, ESG KiHo: Am Montag beginnt…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

24. Nov 6

Am Montag beginnt der Prozeß gegen Fritz Teufel.
Inzwischen scheint sich herausgestellt zu haben, daß Fritz Teufel keine Steine geworfen hat, daß er zwischen anderen Demonstranten sitzend festgenommen wurde (im Gegensatz zu den Aussagen der beteiligten Beamten).
Die bisherige Behandlung des Falles Fritz Teufel und anderer Fälle durch die Justiz läßt befürchten, daß hier ein exemplarisches Verfahren gegen "den demonstrierenden Studenten" durchgeführt werden soll.

Wir sind uns darüber im klaren, daß wir weder in politische Prozesse eingreifen noch die Verurteilung von Kommilitonen verhindern können.
Wir sehen aber die Gefahr, daß die jetzt anlaufenden Prozesse nach dem gleichen Muster ablaufen werden wie die bisherigen Behandlung des Falles Fritz Teufel.
Wir halten es für nötig, uns über die Anzahl und die Gründe der jetzt anlaufenden Prozesse auch aus anderen Quellen als der hiesigen Presse zu informieren.
Wir sehen die Möglichkeit dazu in der Veranstaltung, die am Montag im Auditorium maximum der FU stattfinden soll.
Wir fordern deshalb den AStA auf, beim Rektor eine Arbeitsniederlegung für den betreffenden Zeitraum zu beantragen, und damit den Studenten die Möglichkeit zu geben, am Montag morgen 9 Uhr, gleichzeitig mit dem Beginn des Teufel-Prozesses, im Auditorium maximum der FU über das Verhältnis der Studenten zu den anstehenden politischen Prozessen zu diskutieren.

SDS KiHo
LSD KiHo
SHB KiHo
ESG KiHo

24.11.1967:
In Berlin rufen die Landesverbände von LSD und SHB sowie die DIS FU, die HSU FU und der AStA der Kirchlichen Hochschule (KiHO) zum Go-In bei der Veranstaltung des NHB in der FU auf.
Q: SHB (Berlin) et al.: Go-In - dabei sein, Berlin O. J. (24.11.1967)

2 8. NOV. 19

SHB(Berlin) LSD(Berlin) DIS(FU) HSU(FU) AStA (KiHo)

GO-IN —

DABEI SEIN

Der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB), Studentenorganisation der NPD veranstaltet heute abend um 19.30 h. im Hörsaal B des Henri-Ford-Baus - in einem Raum der FU - eine Informationsveranstaltung unter dem Motto: Dabei sein. Wir rufen alle Studenten Berlins, die gegen den Neofaschismus in unserer Gesellschaft sind, auf, heute abend tatsächlich dabei zu sein und mit einem Go-In ihre Stellungnahme zu faschistischen Strömungen zu demonstrieren!

HEUTE ABEND

TREFFPUNKT:

19⁰⁰ h

IM HÖRSAAL B

(HENRY FORD B.)

SHB(Berlin) LSD(Berlin) DIS(FU) HSU(FU) AStA(KiHo)

24.11.1967:
In Frankfurt wurde, laut 'Roter Morgen', "die von der 'Antifaschistischen Aktion' geplante Protestkundgebung gegen eine Veranstaltung der NPD kurzfristig verboten wegen 'möglicher Gefährdung von Sicherheit und Ordnung'. Dennoch fanden sich etwa 800 Bürger zu einer illegalen Demonstration ein."
Q: Roter Morgen, Hamburg Dez. 1967

24.11.1967:
Der SDS wird, laut IAK (vgl. 27.11.1967), von seinen Rechten als Hochschulgruppe an der Universität Frankfurt suspendiert.
Q: Internationale Arbeiter Korrespondenz Nr. 10/11, Eschborn Okt./Nov. 1967

24.11.1967:
Im Audimax der Universität Hamburg findet eine Diskussion zwischen Rudolf Augstein und Rudi Dutschke statt.
Q: Auditorium Nr. 51, Hamburg Dez. 1967, S. 12; Hamburger Extrablatt Nr. 6, Hamburg 6.12.1967, S. 4

25.11.1967:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt "An die Mitglieder des Lehrkörpers der Juristischen Fakultät" heraus mit dem Aufruf zur Vollversammlung "Schielende Justiz?" am 27.11.1967 im Audimax und zur Arbeitsniederlegung.
Q: AStA FU: An die Mitglieder des Lehrkörpers der Juristischen Fakultät, Berlin 25.11.1967

Allgemeiner Studentenausschuß Berlin, den 25.11.

An die Mitglieder des Lehrkörpers der
Juristischen Fakultät

Die Situation in der Berliner Justiz besonders seit dem 2. Juni beunruhigt die Studentenschaft. Die Art der Rechtsprechung in den letzten Wochen erscheint uns eindeutig eine politische Parteinahme der Gerichte zu zeigen. Während ein bereits vielfach angezweifeltes psychatrisches Gutachten singulär und ohne weitere Überprüfung zur Begründung des Freispruches des Todesschützen Kurras benutzt wurde, wird zur gleichen Zeit der Demonstrant Fritz Teufel auf widersprüchliche Zeugenaussagen zweier Polizisten hin bisher vier Monate in Untersuchungshaft gehalten, und werden Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition wegen der Verteilung von Flugblättern durch Strafbefehl zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

Es geht den Studenten und den mit ihnen von der tiefgreifenden Bedeutung dieser Ereignisse überzeugten Professoren und Assistenten nicht um die Frage der Aburteilung von Kurras. Es geht uns im Grunde auch nicht so sehr darum zu prüfen, nach welchen Kriterien in Einzelfällen Urteil gesprochen wurde. Uns scheint viel wichtiger die Fragenach dem Anspruch und der Aufgabe, dem Selbstverständnis und der objektiven politischen Situation des deutschen Richtersund damit die Frage nach dem Ursprung des von uns so kritisierten Verhaltens der Berliner Justiz.

Liegt die Verantwortung für die Geisteshaltung nicht nur einzelner Richter, sonders des gesamten Justizapparatesnicht auch vor allem bei seiner Ausbildungsstätte, der Juristischen Fakultät, deren Theoretiker immer noch festhalten an der Formel von der Unabhängigen Dritten Gewalt und nicht kritisch unter Berücksichtigung von sozialpsychologischen, soziologischen und politischen Fragestellungen lehren?

Es ist an der Zeit, daß die Jurististische Fakultät die daraus auch für sie entstehende Gefahr erkennt. Die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Kritik des Bestehenden muß gewährleistet sein. Bestehen die Mitglieder der Universität nicht auf der Durchsetzung dieses demokratischen Grundrechtes, geben sie sich damit selbst auf.

Deshalb haben Studenten, Professoren und Assistenten für Montag, den 27. November, eine Vollversammlung einberufen, auf der diese Problemediskutiert werden sollen. Wir bitten Sie daher auch im Falle einer negativen Entscheidung des Akademischen Senats, am Motag Ihre Lehrveranstaltungen zugunsten der Vollversammlung im Auditorium Maximum um 10.30 Uhr ausfallen zu lassen und selbst dort zu erscheinen.

Hochachtungsvoll

gez. Marianne Henkel

VOLLVERSAMMLUNG

Schielende Justiz?

10:30 h audi max

heute

ARBEITSNIEDER-

LEGUNG

25.11.1967:
An der FU Berlin beginnt das Wochenendseminar "Wirtschaftskrise und Sozialpolitik in Westberlin" der Kritischen Universität (KU) im Clubhaus der Studentenschaft.
Q: KU: Wirtschaftskrise und Sozialpolitik in Westberlin, Berlin O. J. (1967)

KRITISCHE UNIVERSITÄT
C/o AStA der FU
Berlin 33, Garystr.2o
Tel. 7 69 04 21

zum 25./26.XI.67

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,

Der Initiativ-Ausschuß der Kritischen Universität lädt Sie ein zu einem Wochenendseminar am

Sonnabend/Sonntag, den 25./26.November 1967

im Klubhaus der Studentenschaft der FU, Berlin 37, Goethestr.

Thema des Seminars:

WIRTSCHAFTS-KRISE + SOZIALPOLITIK IN WESTBERLIN ——

Teilnehmerbeitrag DM 2.-; Anmeldung im AStA, politisches Referat ist erforderlich.

gez. Rolf Czeskleba

Programm:

Sonnabend, 11 Uhr Karl-Heinz Stanzick, Institut f. Konzentrationsforschung: "Die Situation der West-Berliner Wirtschaft. Analyse und Prognose"

15 Uhr Ulrich Ströhle: Vergeudungskapitalismus und tote Kosten

Sonntag, 11 Uhr Marianne Bauer/Helmut Giese: Aufklärungsversuche in den Gewerkschaften und im Öffentlichkeits-Komitee

15 Uhr Zur Programmatik des KU-Arbeitskreises über "West-Berliner Wirtschaftskrise und Sozialpolitik" (Nr.7)

Für die Verpflegung kritischer Kommilitoninnen und Kommilitonen ist gesorgt.

26.11.1967:
Die Studentenvertretung der TU Berlin versendet eine Presseerklärung an die DPA zu der Bitte an die Rektoren der Berliner Hochschulen, am 27.11.1967 vorlesungsfrei zu geben, um den besuch der Veranstaltung um 10 Uhr 30 zu ermöglichen, wozu der Rektor der TU sich nicht geäußert habe. Auch das Plakat für die Veranstaltung habe nicht ausgehängt werden dürfen.
Q: TU-SV: Presseerklärung, Berlin 26.11.1967

P R E S S E E R K L Ä R U N G
26,11.1967

der Studentenvertretung der TUB
Pressereferat

An dpa um 21.45 Uhr

Die Rektoren der Berliner Universitäten wurden am Donnerstag, dem 23.11.67 in einem offenen Brief darum gebeten, am 27.11. vorlesungsfrei zu geben, um den Mitgliedern der Universitäten Gelegenheit zu geben, die Veranstaltung um 10.30 Uhr in der FU an diesem Tage zu besuchen.

Der Rektor der TU hat bis heute trotz zahlreicher Aufforderungen - u.a. in der Rede des 1. Vorsitzenden der Studentenvertretung , D. Läpple, am Freitag, bei der Rektoratsübergabe - sich nicht dazu geäußert. Auf einen Anruf am Sonntag Abend bei Prorektor Gundlach erhielt die Studentenvertretung die Auskunft, man kenne diesen offenen Brief nicht, er sei wohl von der Bürokratie noch nicht weitergegeben worden.

Eine Bitte, den Aushang des Plakates zur Veranstaltung am 27.11.67 zu genehmigen wurde abschlägig beantwortet: Da im Plakat zur Arbeitsniederlegung von Dozenten, Assistenten und Studenten aufgefordert werde, sei es beamtenrechtlich nicht möglich. Daraufhin bot die Studentenvertretung an, den Satz unkenntlich zu machen. Trotzdem wurde keine Genehmigung zum Aushang erteilt, weil der Prorektor sonntags nicht mit solchen Dingen belästigt werden wolle und aus prinzipiellen Gründen. Das Plakat war erst am Sonntag herausgekommen.

Die Studentenvertretung ist der Meinung, daß die Verweigerung des Aushanges und die Nichtbeantwortung des Briefes aus so fadenscheinigen Gründen nicht hingenommen werden kann. Hier wird der Versuch gemacht, durch administrative Maßnahmen ohne rechtliche Grundlage eine Aktion der Studentenvertretung zu unterdrück Wir stellen fest, daß das Rektorat der TU offenbar alles unternimmt, um die Spannungen zwischen ihm und der Studentenvertretung noch zu verschärfen.

26.11.1967:
Der 'Rote Morgen' berichtet:"
Über 2 000 Duisburger protestierten am 26. November vor der Mercator-Halle gegen eine Kundgebung der NPD. Mehrere Hundertschaften der Polizei waren im Einsatz, um den Faschisten den Eingang freizuhalten".
Q: Roter Morgen, Hamburg Dez. 1967

27.11.1967:
H. Hansmann, Angeklagter im Kölner Vietnamprozeß (vgl. 9.9.1975), berichtet mit Hilfe der 'SZ':"
Daß die Regierung der BRD über die Devisenausgleichszahlungen des Zeitraums von 1961 - 1973 über 34 Milliarden DM, das entspricht der eineinhalbfachen Summe des Rüstungshaushaltes von 1972, den Vietnamkrieg indirekt mitfinanziert hat, wird auch von der Süddeutschen Zeitung vom 27.Nov. 1967 zugegeben. es heißt:

'Wir werden uns auch eingestehen müssen, daß wir auf diese Weise den Krieg in Vietnam indirekt mitfinanzieren.'"
Q: Nachrichtendienst Vietnamprozeß Nr. 2, Köln o.J. (Sept. 1975), S. 10

27.11.1967:
Vermutlich frühestens in dieser Woche erscheint die Nr. 10/11 der 'Internationalen Arbeiterkorrespondenz' (IAK - vgl. Apr. 1967, Aug. 1968) für Okt. / Nov. 1967 als Sondernummer zum 50. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution.

Aus Ungarn wird über die eigenen Freunde berichtet (vgl. Mai 1967).

Berichtet wird aus der IGM Nordbaden-Nordwürttemberg, dem Bergbau in NRW an der Ruhr (IGBE-Bereich) sowie aus Hessen der Gummiindustrie (CPK-Bereich) und vom SDS an der Uni Frankfurt (vgl. 24.11.1967).

Im SDS gäbe es die Traditionalisten um Lederer in Köln in NRW, Eisner in Bayern in München und Frank Deppe vom rechten Flügel der Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition (ASO) Marburg sowie auf der anderen Seite die neuen Anarchos um Dutschke in Berlin und Krahl in Frankfurt.
Q: Internationale Arbeiter Korrespondenz Nr. 10/11, Eschborn Okt./Nov. 1967

27.11.1967:
In Berlin erscheint das Flugblatt 'Außerparlamentarische Opposition Extra' Nr. 5 (vgl. 23.11.1967, 11.12.1967) unter der Überschrift "Warum demonstrieren wir heute gegen die Moabiter Justiz?" zur Demonstration gegen das heutige Urteil von Kurras und dem Beginn des Prozesses gegen Teufel.

Auf der Rückseite erscheint der Comic "Die Teufels-Austreibung. Ein Märchen der 1002. Juninacht" von R. Hachfeld.
Q: Außerparlamentarische Opposition Extra Nr. 5, Berlin 27.11.1967

EXTRA

(Verantwortlich für diese Flugschrift: Carl L. Guggomos. Regelmäßige Informationen über die Außerparlamentarische Opposition erhalten Sie durch den zweimal wöchentlich erscheinenden "Berliner EXTRA-Dienst" über seinen Verlag in Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 4O 74)

Flugblatt Nr. 5 / 27.11.67

Warum demonstrieren wir heute gegen die Moabiter Justiz?

Seit heute früh um 9 Uhr wird im Moabiter Justizpalast gegen den Studenten Fritz Teufel verhandelt. Wegen schweren Landfriedensbruches. La § 125, 2 des Strafgesetzbuches, auf dem die Anklage beruht, müßte Teufel mit Gefängn nicht unter sechs Monaten oder sogar mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft werden. Doch die Mindeststrafe wird Fritz Teufel abgesessen haben, wenn im Januar das Urtei ergeht. Er sitzt dann bereits sechs Monate lang in Untersuchungshaft.

Was wird Fritz Teufel vorgeworfen? Er soll sich während der Schah-Demonstration a 2. Juni vor der Oper als "Rädelsführer" betätigt und sogar einen Stein geworfen haben Die Justiz stützt sich dabei auf die Aussage zweier Polizisten. Der Verteidiger Fritz Teufels legte schon im Juni eindeutige Gegenbeweise vor. Es gibt einen Fernsehfilm, de einen der beiden Polizisten als Lügner überführt. Es gibt eine Menge Fotos, die Teufel zu dem Zeitpunkt, als er einen Stein geworfen haben soll, mit verschränkten Armen inmitten einer Gruppe auf dem Bürgersteig sitzend zeigen. Und es gibt Dutzende Augenzeu en, die aussagen können, daß Teufel sich völlig passiv verhielt.

Aber diese Unschuldsbeweise nahm das Gericht bisher nicht zur Kenntnis. Für Moabit politisierende Justiz gilt wie zu Kaisers, Hindenburgs und Hitlers Zeiten: eine, wenn au noch so unglaubwürdige Aussage von zwei Polizisten gilt mehr als das, was "Zivilisten" zu bezeugen wissen.

Wenn der Vorwurf des schweren Landfriedensbruches ernsthaft aufrecht erhalten werde soll, müßte die Justiz tausende Studenten festnehmen und verurteilen. Nämlich alle die, die sich an den Demonstrationen beteiligten. Das damit verbundene politische Risiko wol die Moabiter Herren natürlich nicht eingehen. Deshalb möchten sie Teufel exemplarisch sprich: zur Abschreckung aller anderen, bestrafen. Sie wählten sich Teufel dafür aus, w sie ihn für genügend diskreditiert hielten. Teufel hatte ja bereits Verfahren am Halse: E sollte gegen den US-Vizepräsidenten Humphrey eine Bombe gefertigt haben, die sich spä als ein Topf Pudding erwies. Und er sollte zum Anzünden unserer Warenhäuser aufgeruf haben, was sich als politische Satire gegen den amerikanischen Massenmord in Vietnam entpuppte und die ungebildeten Richter und Staatsanwälte in einem ersten Verfahren blam te. Moabit hat sich mit Teufel gründlich verkalkuliert. Daß man jetzt trotzdem das Verfa en eröffnet, ist nichts als eine "Flucht nach vorn", ist Justizwillkür.

Das ist nicht nur ein Angriff auf alle Studenten. Es ist ein Angriff auf alle Bürger dieser Stadt, die die verfassungsmäßigen Rechte ernst nehmen. Es ist ein Angriff auf alle Unzufriedenen, die sich nicht mit Lohndruck, Entlassungen oder Mietswucher abfinden wollen Diesen Terror gilt es demokratisch zu brechen. Deshalb demonstrieren wir heute ab 14 Uhr vor dem Moabiter Justizpalast (Turmstraße).

Und wir demonstrieren gegen den Freispruch des Polizisten Kurras, der den Studenten Benno Ohnesorg erschoß. Was könnte diese Justiz mehr entlarven als die Gegenüberstel lung der beiden Verfahren Kurras und Teufel?

27.11.1967:
In Berlin findet die Demonstration "'Treibt Moabit den Teufel aus'" statt. Aufgerufen wird auch mit Aufklebern.

Der SDS verbreitet eine Karte und ruft auf: "KEINE Auseinandersetzung mit der Polizei". Es solle nur passiver Widerstand geleistet werden.

Aufgerufen wird auch vom Wahlkuratorium der Philosophischen Fakultät der FU.
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 7, Göttingen 5.12.1967, S. 1f; N. N. (SDS): Ergebnis einer Diskussion im SDS, O. O. (Berlin) O. J. (1967);Wahlkuratorium Phil. Fak.: Schaffen wir zwei-, dreitausend Landfriedensbruchprozesse!, O. O. (Berlin) O. J. (1967);N. N.: Aufkleber Treibt Moabit den Teufel aus!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

vergrößerten „Ausstoß" an Absolventen zu zwingen. Sie erledigt so ihre eigentliche Aufgabe, finanzielle Prioritäten für Hochschul- und Bildungspolitik zu ersetzen und dann mit einer umfassenden Studienreform endlich zu beginnen, und zwar unter Beteiligung der Studenten und nicht gegen sie.

Die Studenten werden sich gegen die Ministeriumsvorschläge energisch wehren – wir hoffen, die Professoren auch. rdm

Terror?

Es muß doch nicht gleich „faschistischer Terror" sein, wenn es Flugblätter regnet, wenn provozierende Plakate zu Immatrikulationsfeierlichkeiten eingeschleppt werden, wenn Professoren- und Prominentenmonologe durch Zwischenrufe und Forderung nach „Diskussion" in etwas belebtere Redeformen überführt werden.

Mit dieser Vokabel sollte auch Prof. Rüegg, Rektor der Frankfurter Universität, etwas vorsichtiger umgehen. Der Vorwurf ist zu leicht, das diskriminierende Wort zu gängig geworden.

Es sind doch nicht die Erscheinungsformen, mögen einen auch noch so verstimmen, die Inhalte sind es wohl, die solche harten Vorwürfe rechtfertigen könnten. Und welches sind die Inhalte? Kurz: Hochschulreform, Demokratisierung und Mitbestimmung, der Wunsch der „aktiven Minderheiten, daß sich die Studenten endlich der (hochschul-)politischen Lage bewußt werden. Bedeutet das Faschismus? Ist das ungeduldige, heftige Verlangen nach Durchsetzung dieser Ziele Terror? Kann so etwas überhaupt Terror werden, auch wenn die Aktionsformen nicht gerade akademisch seriös sind?

Wem jahrelang wirklich wirkungsvolle Gespräche und effektive Stimmbeteiligung bei wesentlichen Entscheidungen versagt blieben, der kann nicht ruhig und verhalten bleiben. ek

Ist der AStA wirklich

Kreist der Pleitegeier über dem AStA-Gebäude? Nach Ansicht des AStA-Finanzreferenten Wilfried Seibel zieht dieser Raubvogel permanent seine Kreise über dem Nikolausberger Weg. Die Referenten kratzen bereits den Bodensatz aus der AStA-Kasse. Zur freien Verfügung liegen noch ganze 287,– DM bereit. Das Volumen des AStA-Haushaltsetats umfaßt 123 000 DM. Die Haupteinnahmequelle ist der 5 DM-Beitrag, den jeder Student für die studentische Selbstverwaltung zahlen muß. Die Göttinger Universität liegt weit unter den üblichen Sätzen an anderen deutschen Hochschulen. Uni München 9 DM, TH Braunschweig 10 DM, Uni Bochum 13,35 DM. An der PH Göttingen zahlen die Studenten gar 17 DM.

Die Beitragsverpflichtungen an den Verband deutscher Studentenschaft (VDS) (31 650 DM), die Gehaltszahlungen an die Büroangestellten und die Referenten – rund 42 000 DM – verschlingen den größten Teil des Jahresetats.

Es sind nicht die gesellschaftspolitischen Aktivitäten, die eine Ebbe in der Kasse herbeiführten – die Informationskampagne zur Notstandsgesetzgebung kostete bisher 2 DM – sondern die Bürokosten sind im letzten Jahr um mehr als die Hälfte angestiegen. Einsparungen sind hier kaum möglich, im Gegenteil, es wird dringend eine dritte Bürokraft gebraucht.

Wollten die AStA-Mitglieder nur das Mindestmaß einer einigermaßen effektiven Tätigkeit verwirklichen, so benötigte der Hochschulreferent z. B. etwa 15 000 DM (bisher 7600 DM), der Auslandsreferent für den Veranstaltungsposten 1500 DM. Das Sozialreferat verwaltet lediglich den Darlehens- und Beihilfefond. Dieser Referent ist bei seiner Aktivität – z. B. Vortragsreihe zur Sexualität, Organisation einer Kinderkrippe – vollständig auf Spenden angewiesen.

Daher ist es nur zu verständlich, daß der AStA sich ernsthaft den Austritt aus dem VDS überlegt, um diese Kosten einzusparen. Wirksamer wäre jedoch eine Erhöhung der Studentenbeiträge

GESUCHT

werden verantwortungsfreudige, an Fragen der Hochschul- und Studienreform interessierte, über Mißstände und Mängel der einzelnen Studienfächer unzufriedene Studenten, die bereit sind, in der Fachschaftssprecherwahl im Januar 1968

für das Amt des Fachschaftssprechers ihrer Fachrichtung

zu kandidieren.

Bewerber werden gebeten, sich beim Hoschulreferenten des AStA, Dirk Seelig, dienstags, mittwochs, donnerstags, 10–12 h, vorzustellen.

„Treibt Moa den Teufel

Eine Protestdemonstration von mehr als 1000 Berliner Studenten vor dem „Justizpalast" wurde von einem Riesenaufgebot von Polizei mit Wasserwerfern auseinandergetrieben, zahlreiche Studenten wurden verhaftet. Drinnen hatte der Prozeß gegen Fritz Teufel begonnen, der mit einer Unterbrechung seit dem 2. Juni in Untersuchungshaft saß, weil er verdächtigt wird, einen Stein geworfen zu haben. Der Prozeß findet im gleichen Raum statt, in dem eine knappe Woche zuvor Kurras freigesprochen wurde, der den Studenten Ohnesorg erschoß. Wer bei dem Prozeß zuhören wollte, mußte einen gültigen Lichtbildausweis vorzeigen und sich gefallen lassen, daß anhand einer Liste überprüft wurde, ob er nicht zu „unerwünschten Personen" gehöre.

Das Vorgehen gegen die Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude

Interesse ist gar nicht vorhanden und daß kein englischer Student bei einer Wirtin, die so über Ausländer denkt, sich einmieten würde.

Wer trägt Schuld daran, daß so etwas bei uns möglich ist? Zunächst ganz besonders das Studentenwerk, das diese Diskriminierung praktiziert. Dann aber auch Herr Dr. Heise (Mentor der ausländischen Studenten), den die Regelung des Studentenwerkes zwar nicht begeistert, der jedoch angesichts des Nachfrageüberhanges nach Zimmern diese „Lösung" als „verzweifelt kluge Idee" bezeichnet. Die Ausländer wüßten dann wenigstens, „woran sie sind".

Schließlich unsere ausländischen Kommilitonen selbst, die noch keine

Treibt Moabit den Teufel aus

Fortsetzung von Seite 1

gen Demonstranten vorzugehen". Diese Befürchtung ist gerechtfertigt – wem aber nützt eine Verurteilung von Kurras? Zwar sollte er nicht wieder mit Schußwaffen eingesetzt werden, da das psychiatrische Gutachten ausdrücklich seine nervöse Labilität in Ausnahmesituationen betont, und die Gefahr besteht, daß er wieder ähnlich handelt, aber mit dieser individuellen Bestrafung wird nichts an dem Vorgehen der Polizei geändert.

Das Unbefriedigende am Kurrasurteil ist nicht der Freispruch eines Beamten, der „scharf gemacht" gegen Studenten das tat, was er für seine Pflicht halten mußte, sondern das Versäumnis der Justiz und der politischen Führung der Stadt, die Ausbildungsformen der Polizei und ihre Aufgaben zu untersuchen, damit das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit nicht weiter durchlöchert wird. Die Verhandlungsweise im Teufelprozeß wird zeigen, ob sich die Justiz noch als dritte Gewalt neben Legislative und Exekutive versteht. Erstes Ergebnis: seit Freitag ist Teufel wieder frei. – Wie lange?

göttinger nachrichten

Meldungen und Meinungen aus der Studentenschaft, herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß der Georgia Augusta. Erscheint 14tägig im Semester, monatlich in den Ferien. – Redaktion: Dieter Mützelburg (verantw.), Ekkehard Kleine (stellv.), Birgit Berndt, Gerd Köhler, Werner W. Blinda, H. D. Heidenreich (Photoreporter). – Mitarbeiter: Inge Brose, A. Schaub, M. Dreyer. – Anzeigenleitung: Peter Fröhlich – Alle 34 Göttingen, Nikolausberger Weg 1 Telefon 4 49 84.

Druck: Buchdruckerei H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstraße 9 a.

Jura-Assistenten:

Höflichkeit oder Angst?

Die Assistenten der Juristischen Fakultät haben sich formiert. Es war eine schwere Geburt. Die Notwendigkeit der Assistenten, sich zusammenzuschließen, wurde ursprünglich mit dem Einwand abgetan: „Wir brauchen keine Institution, weil die Ordinarien für uns sorgen." Mit diesem Selbstbewußtsein begann die Arbeit der Assistentenschaft. In der Kommission für Studienfragen der Fakultät, wo den Assistenten schon vier Plätze freigehalten werden (auf studentische Initiative) beanspruchte man nach zähem Feilschen drei Sitze, ursprünglich sollten es nur zwei sein, weil man nicht „die Stimmung bei den Professoren anheizen" wolle. Studentische Hoffnung auf Drittelparität? Unterstützung berechtigter Forderungen durch Assitenten? Wir sind um eine Hoffnung ärmer. **plu** –

Beschluß aufgehoben

Im zweiten Anlauf wählte der akademische Senat nun doch den verantwortlichen „gn"-Redakteur Dieter Mützelburg als Vertreter in den Disziplinarausschuß. Auch das gewichtigste Argument der Ablehnung Mützelburgs im ersten Wahlgang, er habe sich durch seine „gn"-Tätigkeit für ein „Richteramt disqualifiziert", wird inzwschen nicht mehr aufrecht erhalten.

Studienreform bei den Juristen

Die Zweiteilung des Studiums diskutieren jetzt auch die Göttinger Juristen. In der von Studenten und Professoren paritätisch besetzten Fakultätskommission für Studienfragen wird derzeit ein Plan zur Neuordnung des Studiums beraten, der für die drei juristischen Hauptgebiete jeweils eine zweisemestrige Hauptvorlesung für die Anfangssemester mit gekoppelten Arbeitsgemeinschaften und Übungen vorsieht. Für die höheren Semester (ab 4.) sollen die Vorlesungen dann nur noch erweiterte Vertiefungsvorlesungen sein. Nach Ansicht der Studenten gliedert dieser Plan das Studium sinnvoll, erlaubt eine bessere begleitende Studienkontrolle und vermindert die Zahl der für das Examen notwendigen Pflichtscheine.

Student beruft Professor

FUsp. Zum erstenmal wirkt jetzt bei der Berufung eines Ordinarius ein Student mit. Zu der Kommission der Philosophischen Fakultät an der FU Berlin zur Berufung eines neuen Professors für Publizistik gehört auch der studentische Fakultätssprecher.

Eskalation

Nach „Hamburger Muster" protestierten Studenten an der TU Berlin und in München während der Rektoratsübergabe, in Heidelberg während der Gründungsfeier.

Frankfurt

Der Rektor der Frankfurter Uni hat nach einem „Go-In" bei Carlo Schmid den SDS suspendiert. Er beruft sich dabei auf die Zulassungsordnung der Hochschule, die ihm diese Möglichkeit zugesteht.

Prag

Auch hier kam es im November zu Studentenunruhen. Die Polizei griff ein. Die Presse berichtete unfreundlich und „machte Stimmung" in der Öffentlichkeit gegen die Studenten. Für Mitte Dezember sind neue Demonstrationen geplant.

AUTO-GROSS-VERLEIH

HILLEBRECHT

Göttingen - Friedländer Weg 12 - Telefon 5 90 14

Opel Kadett - Opel Rekord - VW Export - VW Bus
Ford 17 M

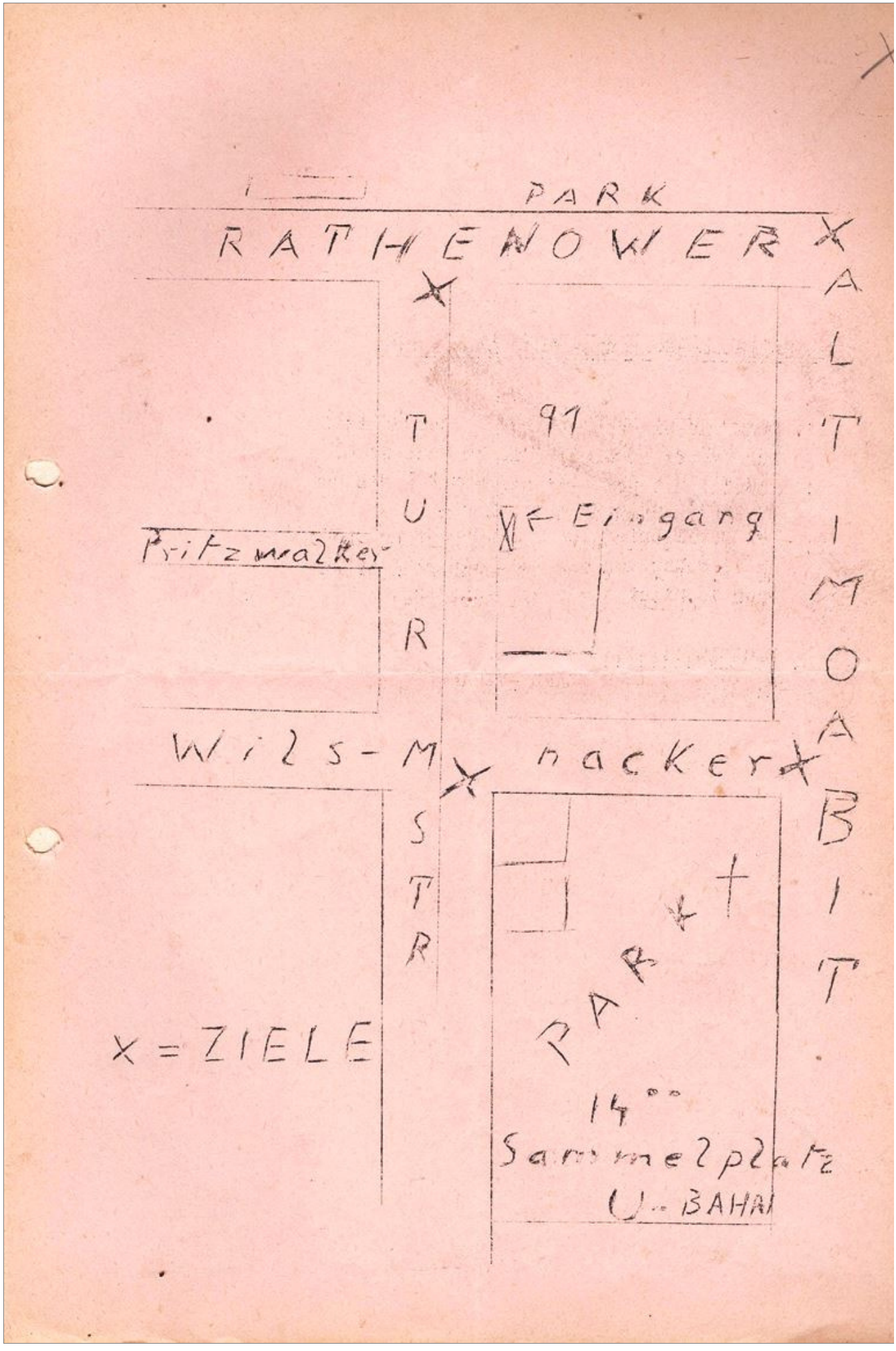
■ Klein-Lkw zum Transport ■

FÜR STUDIERENDE GÜNSTIGE Preise

Ergebnis einer DISKUSSION im SDS

1. KEINE Auseinandersetzung mit der Polizei
2. Nur passiver - gewaltloser Widerstand
3. Blockierung des Gerichtsgebäudes bis zum Geschäftsschluss um 17.3o Uhr
4. Bei Totalabriegelung PROTESTDEMONSTRATION um 18.ooUhr vor dem Rfathaus Tiergarten (nur 1o Minuten von der Turmstr.)

5. WICHTIG!!!!!!!!
   2o.ooUhr GRIECHENLAND -VERANSTALTUNG


PARK
RATHENOWER
ALTIMOABIT
TURMSTR
91
Eingang
Pritzwalker
Wils-Mnacker
PARK
14°°
Sammelplatz
U-BAHN
x = ZIELE

schaffen wir zwei-, dreitau-send LANDFRIEDENs-bruchprozesse!

Denn: zwei oder drei (und noch ein paar mehr) sind anscheinend zuwen
um allen klar zu machen, was sich in der letzten Zeit abgespielt hat
und weiter sich abspielen wird, wenn nicht endlich eine Öffentlichke
moblisiert wird, die den Skandal der Berliner Justiz offenlegt. Es i
festzustellen, daß die Berliner Justiz einseitig und parteiisch "rec
spricht. Sie hat sich zum Handlager des Senats gemacht, der seiner-
seits diese Un-Rechtsprechung aus Eigeninteresse deckt.

Wir haben jedes Vertrauen verloren in eine Justiz, die

* einen Polizeipräsidenten, der eindeutig des Meineids schuldig ist, unbehelligt läßt;
* einen Abgeordneten (Schmitz, CDU), der zum Landfriedens-bruch auffordert, ebenfalls nicht verfolgt;
* gegen Jubelperser erst nach monatelangem Zögern eine schleppende Untersuchung einleitet;
* einen Kurras weiter "Rädelsführer jagen" läßt;
* flugblattverteilende Studenten aber zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Verbale Proteste haben bisher nichts erreicht - die Berliner Presse informierte (wie gewohnt) ungenau, falsch oder gar nicht. Wir müssen deshalb endlich zu geschlossenen Aktionen finden. Unsere Solidarität mit den für uns alle exemplarisch angeklagten (oder bereits verurtei ten) Kommilitoninnen und Kommilitonen muß sich - für Bürokratie und Öffentlichkeit - sichtbar manifestieren.

Widerechtlich sitzt Fritz Teufel - mit einer kurzen Unterbrechung- seit dem 2. Juni unschuldig in Untersuchungshaft. H E U T E wird de zweite Versuch gemacht, Fritz Teufel zu verurteilen. Aus diesem Anla legen die Studenten aller Berliner Hochschulen die Arbeit nieder und planen die notwendigen Aktionen.
Demonstrieren auch Sie gegen eine TEUFEL-ische Justiz!!!

WAHLKURATORIUM der Phil. Faf.

Friedhelm Arnold	Hans-Joachim Funke	Renate Scherer
Martin Bellermann	Annemarie Garrels	H.-Joachim Siepmann
Peter Bracht	Werner Heuler	Mathias Sommer
Tilman Brucker	H.-J. v. Kondratowitz	Winfried Trempenau
Johannes Buchrucker	Hannah Kotowski	Jürgen Treulieb
Ulrike Büchner	Alex Meinken	Detlef Umbach
P. Efstathiadie-Stangos	Jutta Manschik	Eberhard Wesche
Ulrich. Fischer	Sybille Plogstedt	Andreas Wiesand

27.11.1967:
An der FU Berlin ruft der AStA mit einem Flugblatt zur "Dokumentation Griechenland" des Berliner Ensemble am Abend auf. Auf der Rückseite werden "Amerikanische Stimmen zu Griechenland" dokumentiert.
Q: AStA FU: Dokumentation Griechenland, Berlin 27.11.1967

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politisches Referat -

1 Berlin 33, den 27.11.67
Garystr. 20
Tel.: 7690 421

DOKUMENTATION GRIECHENLAND

zusammengestellt und aufgeführt von Mitgliedern des

BERLINER
ENSEMBLE

Christos Bistis
Christine Gloger
Annemone Hase
Alexander Lang
Renate Richter
Alexander Stillmark

Klavier: Nehring
Gitarre: König

gez.: Helmut Giesa
Polit.Referent

AMERIKANISCHE STIMMEN ZU GRIECHENLAND

12. März 1947, Harry S. Truman , Präsident der Vereinigt. Staat

"Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, daß das Überleben und die Integrität der Griechischen Nation in einem viel größeren Zusammenhang von außerordentlicher Bedeutung ist. Wenn Griechenland unter die Kontrolle einer bewaffneten Minderheit geraten würde, so hätte das eine unmittelbare und ernste Wirkung auf die benachbarte Türkei. Die Konfusion und Unordnung könnte sich ebenfalls über den gesamten Nahen Osten ausbreiten."

30. April 1967, Dean Rusk

"Ich bin glücklich, feststellen zu können, daß Griechenland weiterhin eine kräftige Stütze der NATO bilden wird. Was die Verhaftungen betrifft: Der amerikanische Botschafter hat Zusicherungen weitgehender Art erhalten, die zufriedenstellend sind."

30. September 1967, General van Fleet

"Als es sich aber offenbarte, daß die äußerste Linke einen immer entscheidenderen Einfluß errang und daß es für Griechenland möglich schien, ein neutrales Land zu werden oder sogar aus der NATO auszutreten, als sich die antiamerikanischen Demonstrationen mehrten, erfuhr ich mit der größten Freude, daß die Armee eingriff und das Land rettete."

9. Oktober 1967, Senator Mors

"Einziges Ziel unseres Hilfeprogramms für Griechenland ist, eine starke, proamerikanische Militärregierung dort an der Macht zu halten, welche allen Forderungen des Pentagon nachkommen wird, vor allem, was die NATO betrifft."

27.11.1967:
Der Landesverband Berlin des SHB gibt ein Flugblatt heraus, in dem er sich für eine friedliche Demonstration nach Moabit ohne Steinwürfe ausspricht.
Q: SHB LV: Wir haben den Vorschlag…, Berlin 27.11.1967

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

Wir haben den Vorschlag gemacht ,heute, zum Beginn des Teufel-Prozesses sollte die Universität "ein Forum sein" ,-Senat, Abgeordnetenhaus, Justiz, Öffentlichkeit und Universität sollten die "Politische Justiz" diskutieren.
Die SPD-Fraktion hat als erste erklärt, sie "lasse sich keine Diskussion aufzwingen"...

Wir haben uns gegen eine autoritäre Universitätsadministration gegen feudalsitische Senatspraktiken und von der Polizei inszenierten Schlägereien gewehrt,-wir werden auch gegenüber einer Klassenjustiz nicht kuschen!

Unsere Demonstration nach Moabit hat aber nur dann eine Funktion, wenn wir auch jetzt das Mittel der Gewaltlosigkeit anwenden. Zerbrochene Fensterscheiben könnnen der Bevölkerung dieser Stadt sowenig wie bluti ge Köpfe unsere Politik verdeutlichen. Gegen die subtile Gewalt der Justizmaschine hilft aber nur die Solidarität der Betroffenen-und den Arbeitern müssen wir zeigen, daß beim erstbesten Streik sie die Betroffenen sein werden.

Die Gewaltlosigkeit fordert- um effektiv zu sein-
Solidarität !

Einzelne Steinwerfer schaden der gesamten Demonstration!
Und die Justizmaschinerie arbeitet auch schon bei Sitzstreiks.
Jeder von uns kann der nächste Rädelsführer und Landfriedensbrecher sein.

Sozialdemokratischer Hochschulbund
Landesverband Berlin
27. November 1967

27.11.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt, das die Termine der Wahlvollversammlungen zum 20. Konvent in den Fakultäten bekanntgibt.
Q: N. N.: Wahlvollversammlungen zum 20. Konvent, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

WAHL-VOLLVERSAMMLUNGEN

zum 20. Konvent

Phil.	Mitt. und Donn.	29. Nov. 30. Nov.	[illegible] 14h - [illegible]	[illegible]
Math-Nat.	Donn.	30. Nov.	12h - 1[illegible]h	[illegible]
Wi-So.	Fr.	1. Dez.	17h - 20h	[illegible]
Jur.	Fr.	1. Dez.	13h - [illegible]	[illegible]
Med.	1.	Termin wird noch Gebrauchsgegenstand		[illegible]
	2.	Fr.	1. Dez.	10h - 13h	[illegible]
	3.	Mi.	29. Nov.	15h - 18h	[illegible]
Ve. med.		Fr.	1. Dez.	14h - 15h	[illegible]

27.11.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Lay out contra Sit-in" des SDS zum RCDS bzw. dessen Aktion 20. Konvent.
Q: SDS: Lay out contra Sit-in, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

SDS

L A Y O U T C O N T R A S I T - I N

oder

WIE DIE FREIHEITSSCHÜTZER DER AUCTION 20. CONVENT DIE ERRUNGENSCHAFTEN DER LINKEN GEGEN DIE LINKEN VERTEIDIGEN

Der Wahlkampf 67 ist der witzigste Wahlkampf, den es je gab. Der RingCDS hat sich in eine Kabarettagentur verwandelt und günstelt um die Stimme der Wähler. Aufgemöbelt durch die neusten Erkenntnisse des Kleindruckes präsentiert die Auction 20. Convent ein neues Programm in ihren Flugblättern: das reformistische Lay out. Die Charaktere der Kandidaten sind durch das harte Training der Werbepsychologie gegangen, nun sind sie: nüchtern, unbestechlich, aber konstruktiv. Jeder hat zwei Weissmacher: einen für rechts und einen für links, weil man für die Reinefreiheit ist. Weh dem reaktionären Rektor, weh dem gegen diesen aufmuckenden Studenten. Denn die Freiheit ist unfassbar.

Das Contragramm des RingCDS heisst:

1. Für eine tiefgreiferische Reform der Progressivität,
2. für die Einübung eines mittelmässigen politischen Mandates,
3. für eine schöne Unabhängigkeit.

Dieses Contragramm ist äusserst kompliziert und bedarf einer Läuterung. Jederman weiss: die Linken sind alte Vorprescher. Kaum wird die Zwangsexmatrikulation verordnet, da organisieren sie ein sit-in statt zu protestieren und erzwingen Studienreformkommissionen, die - hätte der RingCDS das gewusst - er schon immer gefordert hätte. Vor dem sit-in war der RingCDS ernstbar besorgt und erhob sein Fingerchen gegen die selbstmörderischen Methoden der Linken. Danach war er erleichtert und gab seine Freude in einem Jubelflugblatt kund. Der RingCDS wusste schon immer, dass es sich nicht lohnt, verdrossen zu sein, verwahrte sich aber aufs Schärfste gegen die Verwendung des Hintern auf dem sit-in als Mittel der Hochschulpolitik. Der RingCDS weist darauf hin, dass nur Sprache und Schrift legale Mittel der Auseinandersetzung sind, das heisst der RingCDS bekennt sich zum Schreibtischtätertum. Danach verteidigte der RingCDS diese gegen ihn erzwungenen Fortschritte gegen fiktive Angriffe, die in der Ausübung des politischen Mandats der Studentenschaft liegen sollten. Nicht dass der RingCDS gegen das politische Mandat wäre, aber es muss in netter Form den Herrschenden dargereicht werden. Ausserdem darf das po-

litische Mandat nicht einseitig, sondern es muss doppelbödig sein. Wer einseitig ist, der fordert: Amis raus aus Vietnam. Jeder ordentliche Christdemokrat und braver wissenschaftlicher Student muss objektiv sein und ausserdem fordern: V i e t c o n g r a u s a u s U S A . Denn nur wer beide Seiten nicht versteht ist objektiv, weil eine kräftige Objektivität eine schöne Unabhängigkeit garantiert. Denn unabhängig ist dieser RingCDS - unabhängig von den Studenten. Anders als die Linken, die die Zustimmung der Studenten brauchen. Ihn binden nur diejenigen, die dem Faustrecht gegen Studenten, dem Entzug von Astageldern, dem Import von Berufsoffizieren der Bundeswehr an die FU und anderen progressiven Alternativen zu den konservativen Methoden der Linken das Wort reden.

Nur wer diese Dialektik begreift weiss, wie progressiv die Forderungen des RingCDS sind, als da lauten:

Vietcong raus aus USA

Haut mit dem Geld von Springer
den Linken auf die Finger

Freiheit für Fritz Justitia

Nieder mit den Räten
alle Macht den Gräten

27.11.1967:
An der FU Berlin gibt die Aktion 20. Konvent vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "HSU - SDS - Wahlkuratorium" heraus. Bekanntgegeben wird, dass in der Aktion neben Unabhängigen der RCDS, die Freiheitliche Studentengruppe (FSG) und der ND-Hochschulring mitarbeiten.
Q: Aktion 20. Konvent: HSU - SDS - Wahlkuratorium, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

H S U + S D S - W A H L K U R A T O R I U M

Das Wahlkuratorium stellt sich als eine der unabhängigen Aktionen im Konventswahlkampf vor.

Es fragt sich, was sich hinter dem Wahlkuratorium verbirgt. Diese Frage entstammt keiner unfeinen Neugier, die Antworten sollen keine Polemiken sein, sondern wir möchten nur wissen, mit welchen Partnern oder Gegnern wir es im Wahlkampf zu tun haben, was der Wähler von der Gruppe zu erwarten hat.

Im Wahlkuratorium kandidieren 13 Mitglieder des SDS, der HSU des LDS und ehemalige AStA-Mitglieder oder jetzige AStA-Mitarbeiter, also eindeutige linke bis linksradikale Gruppen.

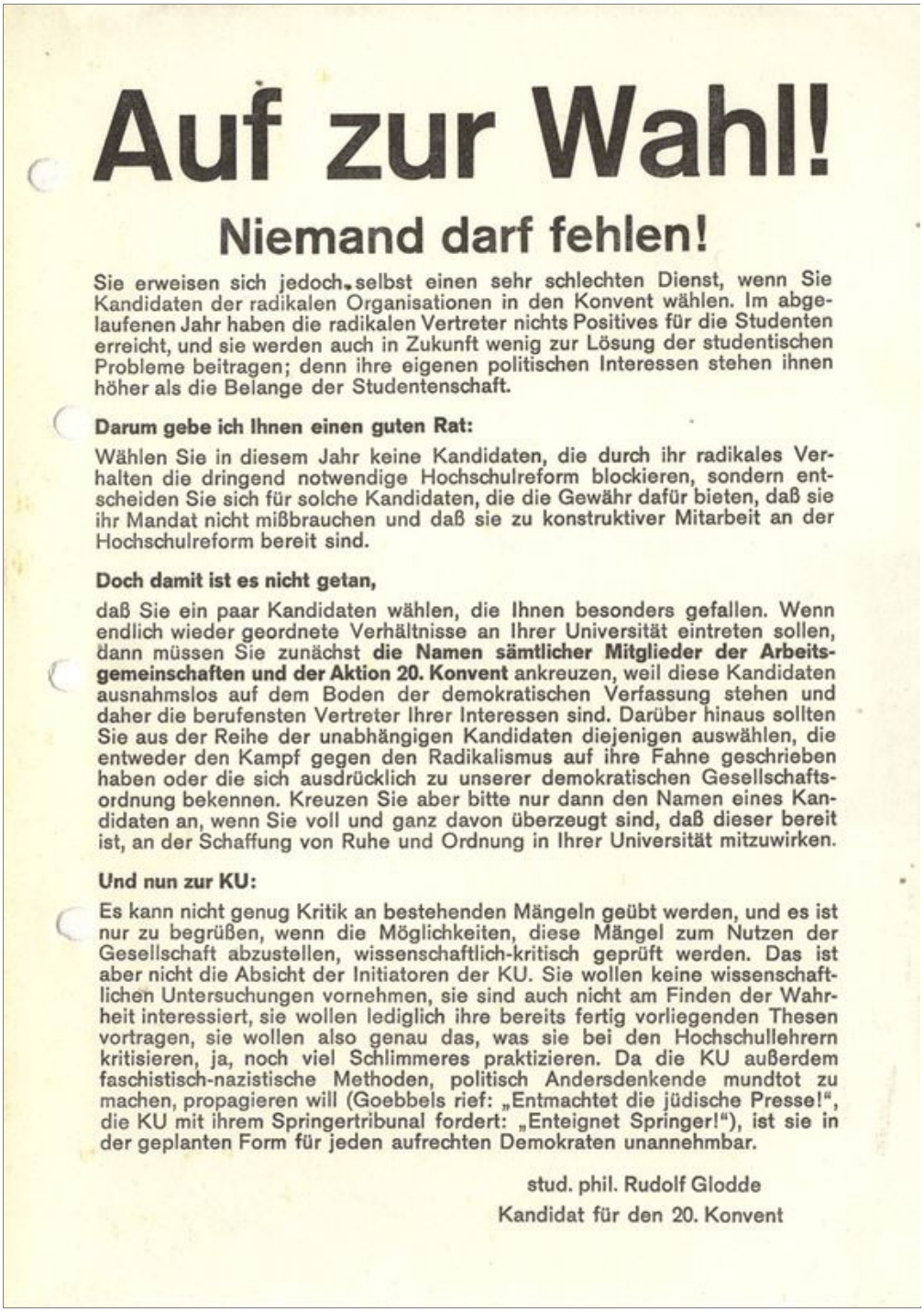
Auch die anderen sog. unabhängigen Kandidaten des Wahlkuratoriums sind politisch schon, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in gleicher politischer Richtung hervorgetreten:
Spiritus rector des Wahlkuratoriums ist der HSU-Vorsitzende und SDS-Mitglied Andreas Wiesand, der auch den Gründungsaufruf zur Sammlungsbewegung der "Unabhängigen" über die HSU herausga
Wiesand ist mit viel Geschick umsichtig bemüht, dem WaKu das Image eines harmlosen, nicht politisch gebundenen Wahlbündniss zu geben. Auf die programmatischen politischen Aussagen des WaKu haben wir bisher vergeblich gewartet. Was verbirgt sich wirklich num hinter den bisher rein pragmatisch vorgetragenen politischen Äußerungen des WaKu? Seit wann gebärdet sich der SDS pragmatisch und nicht ideologisch? Offentsichtlich nur, wenn es gilt, Wählerstimmen zu bekommen.
Wir nehmen es übel, wenn die Kandidaten ihre wirklichen politischen A bsichten nicht offen darlegen, sondern sich als una bhängiger Wahlverein präsentieren. Das muß der Wähler mit Unwillen quittieren.

Wer aber nicht extrem links wählen will, der sollte dem Wahlkuratorium mit äußerster Skesis gegenüberstehen.

AKTION 20.KONVENT FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT AKTION 20.KONVENT

Mitglieder der Aktion 20.Konvent sind: RCDS, FSG, ND-Hochschulring und unabhängige Kandidaten.

27.11.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt "Auf zur Wahl! Niemand darf fehlen!" von Rudolf Glodde, der sich gegen die KU ausspricht.
Q: Glodde, Rudolf: Auf zur Wahl! Niemand darf fehlen!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)



Auf zur Wahl!

Niemand darf fehlen!

Sie erweisen sich jedoch selbst einen sehr schlechten Dienst, wenn Sie Kandidaten der radikalen Organisationen in den Konvent wählen. Im abgelaufenen Jahr haben die radikalen Vertreter nichts Positives für die Studenten erreicht, und sie werden auch in Zukunft wenig zur Lösung der studentischen Probleme beitragen; denn ihre eigenen politischen Interessen stehen ihnen höher als die Belange der Studentenschaft.

Darum gebe ich Ihnen einen guten Rat:

Wählen Sie in diesem Jahr keine Kandidaten, die durch ihr radikales Verhalten die dringend notwendige Hochschulreform blockieren, sondern entscheiden Sie sich für solche Kandidaten, die die Gewähr dafür bieten, daß sie ihr Mandat nicht mißbrauchen und daß sie zu konstruktiver Mitarbeit an der Hochschulreform bereit sind.

Doch damit ist es nicht getan,

daß Sie ein paar Kandidaten wählen, die Ihnen besonders gefallen. Wenn endlich wieder geordnete Verhältnisse an Ihrer Universität eintreten sollen, dann müssen Sie zunächst **die Namen sämtlicher Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften und der Aktion 20. Konvent** ankreuzen, weil diese Kandidaten ausnahmslos auf dem Boden der demokratischen Verfassung stehen und daher die berufensten Vertreter Ihrer Interessen sind. Darüber hinaus sollten Sie aus der Reihe der unabhängigen Kandidaten diejenigen auswählen, die entweder den Kampf gegen den Radikalismus auf ihre Fahne geschrieben haben oder die sich ausdrücklich zu unserer demokratischen Gesellschaftsordnung bekennen. Kreuzen Sie aber bitte nur dann den Namen eines Kandidaten an, wenn Sie voll und ganz davon überzeugt sind, daß dieser bereit ist, an der Schaffung von Ruhe und Ordnung in Ihrer Universität mitzuwirken.

Und nun zur KU:

Es kann nicht genug Kritik an bestehenden Mängeln geübt werden, und es ist nur zu begrüßen, wenn die Möglichkeiten, diese Mängel zum Nutzen der Gesellschaft abzustellen, wissenschaftlich-kritisch geprüft werden. Das ist aber nicht die Absicht der Initiatoren der KU. Sie wollen keine wissenschaftlichen Untersuchungen vornehmen, sie sind auch nicht am Finden der Wahrheit interessiert, sie wollen lediglich ihre bereits fertig vorliegenden Thesen vortragen, sie wollen also genau das, was sie bei den Hochschullehrern kritisieren, ja, noch viel Schlimmeres praktizieren. Da die KU außerdem faschistisch-nazistische Methoden, politisch Andersdenkende mundtot zu machen, propagieren will (Goebbels rief: „Entmachtet die jüdische Presse!", die KU mit ihrem Springertribunal fordert: „Enteignet Springer!"), ist sie in der geplanten Form für jeden aufrechten Demokraten unannehmbar.

stud. phil. Rudolf Glodde
Kandidat für den 20. Konvent

27.11.1967:
An der FU Berlin geben SHB und SDS das Flugblatt "Das politische Hochschulgesetz" heraus mit dem Aufruf zur Podiumsdiskussion am 28.11.1967 im Audimax der FU.
Q: SHB, SDS: Das politische Hochschulgesetz, Berlin 27.11.1967

28 NOV 1967

S H B S D S S H B S D S SH B S D S S H B S D S S H B S D S

D A S P O L I T I S C H E H O C H S C H U L G E S E T Z

D

Berlin, den 27

Liebe betroffene Kommilitonen !

An der Freien Universität treten wir in eine entscheidende Phase unseres Kampfes um den Erfolg unserer Politik. Innerhalb und außerhalb der Universität formieren sich die Kräfte, die die Position der politisch bewußten Studentenschaft in Berlin diskriminieren und bedrohen. Nicht nur der frühere FU-ASTA-Chef Lummer heute (CDU MdA) beklagt sich in einer kläglichen Broschüre darüber, daß in Berlin "Schnellgerichte angekündigt, aber nicht praktiziert wurden."
Nicht nur dieser Herr Lummer denkt an die Religierung von Studenten eine Einschränkung der Freizügigkeit, die Nichtverlängerung oder Kündigung von Arbeitsverhältnissen bei (universitären Angehörigen des öffentlichen Dienstes)...(und) bevorzugte Zulassung von Abiturienten "die Soldat auf Zeit waren" (oder).."Wehrpflicht abgeleistet haben," vorzunehmen. Nicht nur dieser Herr will Opposition, die sich nicht an fetischisierte Regeln hält, vollends mundtot machen. Dieser Herr Lummer steht für viele.
Der Fall Fritz Teufel steht nicht allein. Die [illegible] Ordnung stiftende Politik macht vor den Toren der Universität nicht halt.
Vor diesem Hintergrund gewinnt der Entwurf des Hochschulgesetzes politisches Gewicht und seine Brisanz. Er stellt die Weichen für das künftige Studienschicksal unserer Kommilitonen, für die Reform oder Restauration unserer Universität, für die Möglichkeiten studentischer Politik und Einflußnahme.
Wir werden den Anspruch dieses Gesetzentwurfes, fortschrittlich zu sein zu diskutieren und an unseren eigenen Ideen und Vorschlägen zu messen haben. Die Studentenschaft muß sich an dieser Diskussion umfassend beteiligen. Nur so können wir den Kampf um politische Fortschritte und entscheidende Veränderungen in Berlin erfolgreich führen. Nur durch breite Diskussion können unsere Argumente an öffentlich sichtbarer Qualität gewinnen.
Disziplinarrecht, zwangsweise Regelung der Studienzeit, die Kompetenz des Rektors, die Mitbestimmung der Studenten, die Demokratisierung der Hochschulstruktur, die Politiknähe der Wissenschaft-all dies sind Probleme, über deren Lösung ein Hochschulgesetz richtungweisend entscheidet. Auf dem Spiele stehen mit ihm die Zukunft studentischer Politik überhaupt und die Zukunft Berlins.
Deshalb: Kommen Sie zur Diskussion mit Senator Stein, bilden Sie sich ein Urteil. Informieren Sie sich besser als Ihre Professoren.
Machen Sie Politik-auch innerhalb der Freien Universität.

KRITIK AM HOCHSCHULGESETZ ENTWURF (Podiumsdiskussion)

Teilnehmer: Senator für Wissenschaft und Kunst, Professor Werner Ste
Prof. Schwan, Wolfgang Lefèvre, Ulf Kadridzke, Gert Börnsen

Zeit: Dienstag, den 28.11. 67 20 00

Ort : Auditorium Maximum der Freien Universität

Sozialdemokratischer Hochschulbund

Sozialistischer Deutscher Studentenbund

27.11.1967:
An der FU Berlin gibt das Phil. Fak.-Wahlkuratorium vermutlich in dieser Woche sein zweites Flugblatt heraus zum Hochschulgesetzentwurf. Es wird die Liste der Kandidaten bekanntgegeben.
Q: Phil. Fak.-Wahlkuratorium: Nr. 2 An dieser Universität…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

PHIL. FAK. WAHLKURATORIUM * NR. 2

An dieser Universität soll auch in Zukunft nicht GEMEINSAM BERATEN - es soll weiterhin dekretiert werden.

Hier der Beweis:

1) Der HOCHSCHULGESETZENTWURF von Senator Stein beinhaltet eine Vergrößerung der Machtstellung des Rektors, der
   * akademische Gremien mit ihm genehmen Vertretern besetzen kann (z. B. bei Auszug der Studenten aus den Disziplinargerichten)
   * Beschlüsse aller Universitätsgremien aufheben darf
   * die Rechtsaufsicht ausübt (incl. Berechtigung zur Gasthörerschaft in allen Universitätsgremien)
   * auf 3 Jahre gewählt wird (nicht abwählbar)

2) Der Senator für Wissenschaft und Kunst erläßt "verbindliche Grunlagen" für die Studienpläne und Prüfungsordnungen. (Die Fakultät übernehmen diese Richtlinien freiwillig, sonst werden sie ihnen aufoktroyiert.)

3) Die neue Universitätsordnung bestimmt, daß Studenten nur noch fü durch Prüfungen begrenzte Studienabschnitte zugelassen werden. Bei nicht "ordnungsgemäßem" Studium sowie bei "Nichteignung" erfolgt Exmatrikulation. (Was "Nichteignung" ist und wer sich nicht "ordnungsgemäß" verhält, bestimmt freilich die Administration. Man wird also demnächst auch mit der Zwangsexmatrikulation in der Philosophischen Fakultät rechnen müssen. Mit dem bewährten Trick, den Entwurf für eine neue Universitätsordnung im Rechtsausschuß statt im Verfassungsausschuß des Akad. Senats auszuarbeiten, umging man die "störende" studentische Mitwirkung.)

Gegenüber solchen Entwürfen anerkennen mittlerweile auch immer mehr Professoren die Brauchbarkeit der "Kritischen Universität" als Mode für die Hochschul- und Studienreform. Nur eine starke Studentenvertretung kann die Diskussion hierüber führen. Den zunehmenden Versuchen, die Studentenvertretung zu disziplinieren und zu entmachten muß endlich Einhalt geboten werden. Es darf nicht hingenommen werd daß der Studentenschaft einfach 47ooo DM gestrichen werden.

Die neue Studentenvertretung, der 20. Konvent, muß deshalb die folgenden Forderungen energisch verfechten:

* Beteiligung der Studenten an allen Entscheidungsprozessen
** Keine weiteren Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit
*** Vetorecht in allen Gremien, die studentische Belange verhandeln-nur so wird die umfassende Diskussion erzwungen)
**** Abschaffung des Disziplinierungsrechts (auch Disziplinarrecht genannt)

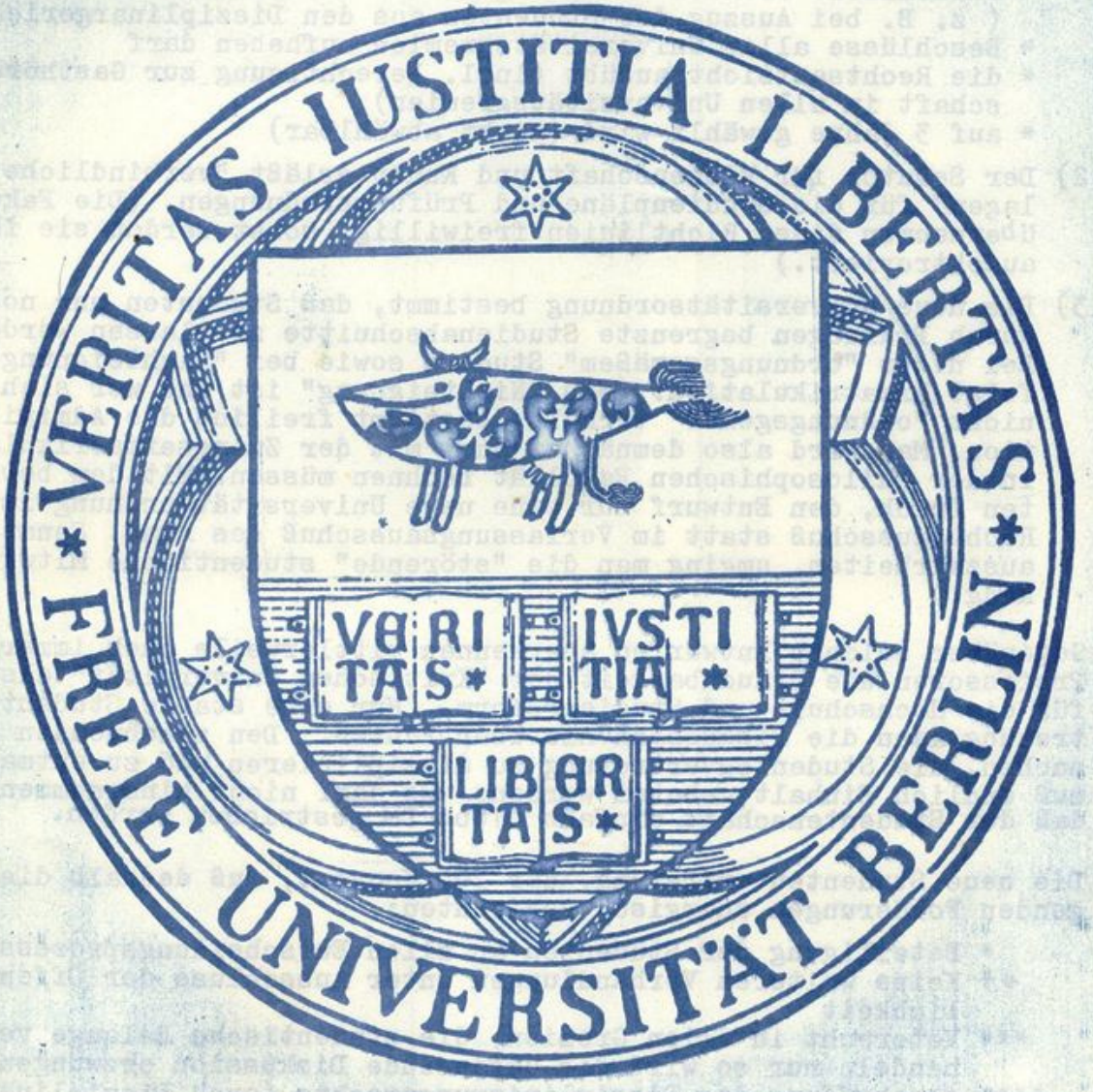
Darum: FORTSCHRITTLICHE ABGEORDNETE IN DEN KONVENT! Ihre Kandidaten

Friedhelm Arnold	Hans-Joachim Funke	Renate Scherer
Martin Bellermann	Annemarie Garrels	H.-J. Siepmann
Peter Bracht	Werner Heuler	Mathias Sommer
Tilman Brucker	H.-J. von Kondratowitz	Winfried Trempenau
Johannes Buchrucker	Hannah Kotowski	Jürgen Treulieb
Ulrike Büchner	Alex Meinken	Detlef Umbach
P. Efstathiadis-Stangos	Jutta Menschik	Eberhard Wesche
Ulrich Fischer	Sybille Plogstedt	Andreas Wiesand

****

* Phil.-Fak. * WAHLKURATORIUM * 24 Kandidaten * WAHLKURATORIUM * Phil.-Fa

****


VERITAS IUSTITIA LIBERTAS
FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
VERI TAS
IVS TI TIA
LIB ER TAS

27.11.1967:
Vermutlich an der WiSo-Fak. der FU Berlin gibt die Aktion 20. Konvent vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Die progressive Alternative 2" heraus.
Q: Aktion 20. Konvent: Die progressive Alternative 2, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Die 2 progressive Alternative

In diesem Flugblatt sollen einige weitere Vorstellungen zu aktuellen Problemen entwickelt werden.

Die Politik der gegenwärtigen Studentenvertretung an der FU begreift sich als Modellfall für die politische Praxis der außerparlamentarischen Opposition, die antiparlamentarisch ist.

Es geht dem AStA nicht um konkrete, zielbewußte Interessenvertretung der Studenten, nicht um durchgreifende Studien- und Hochschulreform, sondern um die bewußt herbeigeführte Konfrontation in der Universität und der Gesellschaft. Durch die Verstärkung zweifellos bestehender Interessenkollisionen in der Universität wird versucht, ein Konfliktbewußtsein zu erzeugen, und dieses zu einer Demonstration von Klassenkampfsituation auszunetzen. Die Studentenschaft soll aus diesem Konfliktbewußtsein heraus alles Bestehende negieren und die Revolutionierung der Universität und der Gesellschaft anstreben.

Das kann und darf nicht Ziel einer vernünftigen Interessenpolitik für die Studentenschaft sein. Es ist das Ziel der AKTION 20. KONVENT – FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT konkrete Interessenpolitik zu betreiben. Wir fordern daher u. a. zur sozialen Situation der Studenten:

- Erhöhung des Förderungsmeßbetrages auf 420,– DM
- Anhebung der Freibeträge
- Durchgehende Förderung in der vorlesungsfreien Zeit
- Abschaffung des Zwangsdarlehens
- Ausbau der Studienförderung zu einer sozialen Förderung ohne Eignungskriterien; d. h. ohne eine besondere Qualifikation der Geförderten
- Einschluß der Studentenehe in die soziale Förderung

Verantwortlich: AKTION 20. KONVENT – FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41 (Steglitz), Albrechtstr. 111

27.11.1967:
An der WiSo-Fak. der FU Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Kleine Maos", das sich gegen die rechten Kandidaten richtet.
Q: Schallock, O. et al.: Kleine Maos, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

KLEINE MAOS

Foto

BRAUCHEN WIR NICHT! Da sind wir uns wohl alle einig! Nicht einig sind wir uns mit den Verfassern mancher **(vafu)**schten und re**(aktion)**ären Flugblättern, die uns suggerieren, wer die bisherige Politik von AStA, Konvent und Fakultätsausschuß im großen und ganzen billigt, müßte kleine Maos wählen.

Als Alternative preisen jene Flugblätter Leute an, von denen wir sagen müssen:

KLEINE LÜBKES

BRAUCHEN WIR SCHON GAR NICHT! Denn was wollen diese Lüblinge unserer im Grunde gerechten nur mit kleinen Schönheitsfehlern behafteten Demokratie und freiheitlichen Gesellschaft tun, wenn sie im Konvent sitzen:

Mit allen reden: über Studienreform und so

Nicht reden: über Politik und so

Über alles reden: KU und so

Nur nicht das Notwendige tun . . .

Irgendein Staatstragender könnte ja betroffen sein, oder das hochheilige Ansehen der FU einen Kratzer abbekommen. Metaphysik – leicht hochschulpolitisch, scheint ihr Engagement zu sein.

Eines hat sich doch an der FU gezeigt:

Mit Glacéhandschuhen und Musterschülermanieren haben wir gar nichts erreicht. Auch nicht mit Diskussionen und Verhandlungen hinter dicken Türen. Damit soll keinen funktionslosen und unüberlegten Aktionen das Wort geredet werden. Aber einer Studentenvertretungspolitik, die das Notwendige mit klaren realitätsbezogenen Zielvorstellungen anstrebt.

Mittelwahl kann dabei nicht irgendeinem Knigge von 1870/71 unterworfen sein, sondern nur utopiefreien Gegebenheiten.

Wählen Sie Kandidaten, deren Wahlkampf nicht von ominösen Spendern finanziert wird. Wählen Sie Kandidaten, die nicht Rücksicht zu nehmen brauchen auf Ruhe-ist-die-Hauptstudentenpflicht-Fanatiker.

Wählen Sie:

Hannelore Börgel
Hans Utz Förderreuther
Günter Greiff
Stefan Grzimek
Günther Hedderich
Frank Herterich
Bernhard Klingmüller
Ernst Thomas Malsch
Gerd Röder
Rolf D. Rosenbrock
Siegfried Stahn
Peter Strotmann
Klaus J. Walsleben
Gerd Weghorn
Hans Joachim Ziesing

Peter Schallock
(Sprecher der WiSo-Fak. 1964)
Peter Seyd
(Sprecher der WiSo-Fak. 1966)
Hans Heuer
(Sprecher der WiSo-Fak. 1965)
Wolfgang Roth
(AStA-Vors. 1964/65)

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

27.11.1967:
An der TU Berlin gibt das Aktionskomitee für politische Arbeit (APA) vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt "Wie unabhängig ist die UAG?" heraus.
Q: APA: Wie unabhängig ist die UAG?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

APA APA APA

WIE UNABHANGIG IST DIE UAG ?

Kommilitonen,

Wußten Sie schon, daß die erste Pressemeldung über eine Urabstimmung an der TU zum Sturze der Studentenvertretung vom Rektorat lanciert wurde ?

Erst 5 Tage danach begann die UAG Unterschriften zu sammeln.

Frage also: Wer handelte in wessen Auftrag ?

Zur Pflege warmer, menschlicher Kontakte stellte Seine Magnifizenz den Freunden von der UAG auch gleich einen Raum im Hauptgebäude zur Verfügung (mit Telefon und Putzfrau).

Heute haben sie sich so ins Herz geschlossen, daß die smarten UAG-Flugblätter 4 Tage vor der Veröffentlichung bereits dem Rektorat vorliegen.

Der Urabstimmungsplan der Jubelstudenten verflüchtigte sich durch die Selbstauflösung des Parlamentes schnell., Doch das ging den freundlichen Aposteln Seiner Magnifizenz zu schnell.

2 Tage nach Bekanntgabe der Neuwahltermine drohte Herr Matthes von der UAG nach Rücksprache mit Herrn v. Beckerath(Leiter der Rektoratskanzlei) mit der Terminanfechtung vor dem Verwaltungsgericht. Zur Begründung diente ihm eine eigenwillige Auslegung der Satzung der studentischen Selbstverwaltung.

Wollte die UAG plötzlich keine Neuwahlen mehr ? Oder war ihre Wahlkampffinanzierung nur noch nicht gesichert ?

Es liegt nahe, die Geldgeber der UAG dort zu vermuten, wo die Mitglieder herkommen. Die Initiatoren stammen aus der CDU und ihren Untergruppen, das Fußvolk aus Burschenschaften und Korporationen.

In des CDU-Abgeordneten Jürgen Wohlrabes "Berliner Studentenzeitung" annonciert die UAG gemeinsam mit der VA an der FU (rechts von Runges RCDS). Ihre Flugblätter an FU und TU gleichen sich wie eineiige Zwillinge.

Ihre Forderungen für die Universitätsreform haben sie von den Linken geklaut und ein bißchen verwässert. Bloß wie sie diese Forderungen durchsetzen wollen, das wissen sie nicht.

Ihren ideologischen Hintergrund illustrieren folgende Herren:

Lummer: Reserveoffiziere an die FU !

Wohlrabe: Totales Demonstrationsverbot !

Schmitz : Aufforderung zur Lynchjustiz .

Reddmann: Unterstützt Springer !

SO UNABHANGIG IST DIE UAG !

APA APA APA

27.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Unabhängige Aktionsgemeinschaft (UAG) vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt "Beantwortung von Fragen, die auf Vollversammlungen der Fachschaften den gestellt wurden, durch die Kandidaten der UAG" heraus.
Q: UAG: Beantwortung von Fragen, die auf Vollversammlungen der Fachschaften den gestellt wurden, durch die Kandidaten der UAG, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

U A G U A G U A G U A G U A G

Beantwortung von Fragen, die auf Vollversammlungen der Fachschaften den Kandidaten gestellt wurden, durch die Kandidaten der U A G.

1. Was verstehen Sie unter politischem Mandat?
Wie stehen Sie zum politischen Mandat der Studentenschaft?

Die Definition für den Begriff "Mandat" lautet nach Brockhaus Band 7 (letzte Ausgabe von 1955) "die Vollmacht zur ~~Ausübung~~ von Kompetenzen, die der Substanz nach dem Vollmachtgeber verbleiben". Unter dem politischen Mandat der Studentenschaft ist demnach sinngemäß zu verstehen:
~~Die Vollmacht der~~ Organe der ~~Studentenschaft~~, d.h. Studentenparlament und Studentenvertretung als Mandatsträger, die Studentenschaft als Vollmachtgeber in allen politischen Fragen zu vertreten.
Diese Vollmacht ist aber bis heute von keiner Studentenschaft an die entsprechenden Organe vergeben worden. Sie bedürfte wegen des Umstandes, daß die Studentenschaft eine Zwangskorporation ist, auch der Zustimmung jedes einzelnen Studenten.

Anders verhält es sich mit dem "politischen Mandat" in Hochschul- und bildungspolitischen Fragen. Von der Sachaufgabe her handelt es sich bei der Beschäftigung mit und bei der Stellungnahme zu diesen Fragen ausdrücklich um das, was als "Wahrnehmung der Interessen der Studentenschaft" in den meisten Studentenschaftssatzungen bezeichnet wird. Eine exakte Abgrenzung dieses Komplexes zu Fragen der allgemeinen, im Besonderen der Gesellschaftspolitik wird nie ganz leicht sein. Die Schwierigkeit, zu dieser Abgrenzung zu gelangen, darf aber auch nicht damit beseitigt werden, daß man diese Abgrenzung überhaupt nicht mehr macht.

Aus diesen Gründen

V E R N E I N E N W I R
das "Allgemeinpolitische Mandat"
und bestreiten der Studentenvertretung und dem Studentenparlament das Recht zu tages- und allgemeinpolitischen Fragen für die Studentenschaft Stellung zu beziehen.

W I R B E J A H E N
die politische Verantwortung jedes einzelnen Studenten und die Pflicht der Studentenvertretung, die Studentenschaft umfassend und objektiv zu informieren.

W I R B E J A H E N
das politische Mandat des Studentenparlamentes und der Studentenvertretung in allen hochschul- und bildungspolitischen Fragen - in "Wahrnehmung der berechtigten Interessen der Studentenschaft".

2. Wenn Sie das allgeinpolitische Mandat bejahen, ...

Antwort entfällt!

3. Wie stehen Sie zur Kritischen Universität?

Wir lehnen die "Kritische Universität", wie sie sich an der Freien Universität etabliert und wie sie sich im Programmverzeichnis dokumentiert hat, ab! Wir sind der Meinung, daß eine Vielzahl von Äußerungen der Vertreter, der die KU in der Hauptsache tragenden Verbände und politischen Hochschulgruppen es ausschließen, daß diese "Kritische Universität" ihre Hauptaufgabe in der "Kritischen Reflexion" und in einer studienimmanten Reform der Studiengänge durch qualitative Veränderung (Verbesserung) der Lehrinhalte, Lernbedingungen und Prüfungsformen haben wird.
Vielmehr muß geschlossen werden, daß die tragenden Kräfte die "Kritische Universität" lediglich als Instrument betrachten, die dazu Willigen in ihrem Sinn politisch bewußt und in der Folge bereit zu machen, die bestehende Gesellschaftsordnung und damit auch die Struktur der Universität durch revolutionäre Methoden zu verändern. Dazu dienen höchst zweifelhafte wissenschaftliche Methoden.

Wir bejahen die Idee einer "Kritischen Universität".

Diese Kritik muß aber in der Universität und weder gegen die Universität noch außerhalb der Universität angesiedelt werden.

Wir meinen, daß durch eine Reform des "Humanistischen Studiums" die das Ziel sowohl in einer Fach- als auch Gesellschaftsbezogenheit der zu studierenden Fächer haben mußte, die kritische Reflexion des Fachstudiums in Beziehung zu der Aufgabenstellung in der Gesellschaft ermöglicht wird.

Eine studienimmanente Reform der Studiengänge wird darüber hinaus aber nur erreicht, wenn durch das künftige Berliner Hochschulgesetz gewährleistet wird, daß Lehrende und Lernende sich miteinander und nicht gegeneinander in paritätisch besetzten, permanenten Reformkommissionen über Zielvorstellung und den daraus folgenden qualitativen Veränderungen der Lehrinhalte, Lernbedingungen und Prüfungsformen in den jeweiligen Studiengängen klar werden.

Dieses Ziel streben wir an.
Wir lehnen die "Kritische Universität" ab, weil sie zur Erreichung dieses Zieles ungeeignet ist.

4. Welchen Arbeiten wollen Sie sich im Rahmen der Fachschaften widmen?

Welche Aufgaben wir im Rahmen der Fachschaftsarbeit im einzelnen übernehmen werden, können wir zu diesem Zeitpunkt nicht angeben. Wir erklären uns aber bereit, auch wenn wir nicht gewählt werden, im Rahmen der Fachschaft die bisher geleistete Arbeit konstruktiv und konsequent fortzusetzen. Im Besonderen wollen wir dazu beitragen, daß in der Diskussion um eine neue Studien- und Prüfungsordnung, die von der bisherigen Fachschaftsvertretung konstruktiv begonnen wurde, diese konstruktiv sachlich, aber bestimmt fortgeführt wird.

5. Wie sehen Sie die Hochschulpolitik?

   a. Welche Gruppe hat den besten Entwurf anzubieten?
   b. Können Sie die wichtigsten Einzelvorschläge nennen?
   c. Sind Sie für die generelle Einführung eines Studienhonorars?
   d. Hat heute die Existenz einer Disziplinarordnung für Studenten noch eine Berechtigung?

ad a: Wir glauben nicht, daß irgendeine Gruppe den "besten Entwurf" auf dem Gebiet der Hochschulpolitik, d.h. ein Patentrezept, in allen anstehenden Fragen, anzubieten hat. Auch wir nehmen das für uns nicht in Anspruch. Das gilt besonders auch für die derzeitige Diskussion über den Hochschulgesetzentwurf. Wir meinen vielmehr, daß nur durch eine gründliche Diskussion mit allen Gruppen ein vielleicht "bester Entwurf" und nicht nur in dieser Frage erarbeitet werden kann.

ad b: Einige der für uns wichtigen Vorschläge sind:

1. Gliederung in Abteilungen
2. Kollegiale Leitung von Instituten
3. Ständige paritätisch besetzte Kommissionen für Studien- und Hochschulangelegenheiten
4. Einführung des Präsidialsystems
5. Angemessene Beteiligung der Studentenschaft in den Selbstverwaltungsgremien der Hochschule
6. Mitbestimmung bei der Berufung

ad c: Wir lehnen die Forderung, ein generelles Studienhonorar einzuführen, ab , weil wir der Meinung sind, daß ein Studienhonorar im Widerspruch zu dem Prinzip des sozialen Rechtsstaates, wie ihn das Grundgesetz definiert, steht und diese Forderung sowohl gesellschaftspolitisch als auch sozialpolitisch durch nichts gerechtfertigt wird.
Wir fordern hingegen die Schaffung eines bundeseinheitlichen Ausbildungsförderungsgesetzes, das die materielle Verwirklichung des Grundrechtes auf gleiche Ausbildungschancen gewährleistet. Wir gehen dabei mit den seit Jahren vom VDS artikulierten Forderungen konform.

ad d: Wir halten das bestehende Disziplinarrecht für widerrechtlich und anachronistisch. Wir fordern die Abschaffung der bestehenden Disziplinarordnung und den Ersatz durch eine einfache Hausordnung, die den universitätsinternen Ablauf sichern soll.

6. Wie stehen Sie zu den Vorkommnissen während der Rektoratsübergabe?

Wir bedauern die Ablehnung des neuen Rektors, der Bitte des Fakultätenrates und der Studentenvertretung nachzukommen, an Stelle des sonst üblichen Fachvortrages einen Vortrag zu den anstehenden Problemen zu halten. Wir bedauern und verurteilen schärfstens, daß eine Reihe von Studenten sich in der Wahl der Mittel - wie schon so oft vorher - vergriffen hat. Wir halten hysterisches Benehmen, Beleidigungen und Flugblattregen mit sachfremdem Inhalt nicht für die Art der Artikulierung unserer Anliegen, die uns weiterbringen kann.
Mit der Pervertierung des Demonstrationsrechtes zu einer billigen show dient man Presse und Fernsehen, aber nicht dem Anliegen der Studentenschaft.

7. Welches Mittel würden Sie zur Durchsetzung studentischer Interessen anwenden?

In erster Linie befürworten wir die sachliche Diskussion innerhalb und außerhalb der Universität. Das setzt unsererseits aber voraus, daß wir in der Lage sind, unsere Ansichten exakt zu artikulieren und über unser Ziel zu informieren. Darüber hinaus sehen wir jedes Mittel, das sich im Rahmen der gesetzlichen Ordnung bewegt, als legitimes Mittel auch zur Durchsetzung studentischer Interessen an. Dazu gehört auch die Demonstration, ein teach-in oder ein Vorlesungsstreik.

8. Sind Sie der Meinung, daß die Kommilitonen gegenwärtig über die Arbeit der Fachschaften und des Parlamentes ausreichend informiert sind?

a. Welche Verbesserungsvorschläge würden Sie machen?

N E I N

ad a.: Einführung einer Fachschaftszeitung - Flugblätter - Bessere Gestaltung der Fachschaftsbretter - Durchführung von Fachschaftsvollversammlungen, mindestens einmal im Semester - Mehr Artikel in den "Anrissen" - Voraussetzung ist aber auch ein größeres Interesse bei den Studenten der Fachschaft.

9. Werden Sie statt pauschaler Aufforderungen zur Mitarbeit konkreten Bedarf an Mitarbeit und Personen am Fachschaftsbrett annoncieren?

a. Werden Sie gesonderte Möglichkeiten zu Diskussionen und zur Information über noch in Arbeit befindliche Dinge (etwa Prüfungsordnung) angeben?

b. Oder werden Sie diese Diskussionen erst nach Erstellung der Entwürfe führen?

J A

ad a.: Wir meinen, daß es notwendig ist, bei widrigen Fragen, wie bei der Frage einer neuen Prüfungsordnung einen möglichst großen Kreis zu interessieren und an der Grundsatzdiskussion zu beteiligen. Das setzt gründliche Information, aber auch erkennbares Interesse zur konstruktiven Mitarbeit voraus.

ad b.: Sinnvoll ist es auf jeden Fall, wenn die Fachschaftsvertretung erst einmal die Grundlagen für eine Diskussion in Form von Entwürfen schafft, die dann nach der Diskussion überarbeitet werden müssen.

10. Welche Präferenzen würden Sie in dem Ihnen vorliegenden Fragenkatalog setzen?

Wir meinen, daß in dem von dem Fachschaftssprecher vorgelegten Fragenkatalog eine Reihe von zu lösenden Fragen nebeneinander gestellt worden sind, deren Lösung gleichzeitig angestrebt werden muß.

Vorrangig erscheinen uns für die kommenden Wochen:

- die Erarbeitung einer Stellungnahme zu dem Hochschulgesetzentwurf des Senators für Wissenschaft und Kunst -
- die Diskussion des seit fast einem Jahr in der Schublade liegenden Entwurfs für eine Neuordnung des Humanistischen Studiums -
- Diskussion um neue Studien- und Prüfungsordnung! Insbesondere in der Fachschaft Wirtschaftsingenieurwesen -

11. Sind Sie bereit bei wichtigen anstehenden Fragen Ihr Studium zurückzustellen?

12. Sind Sie sich darüber im Klaren, daß die Fachschaftsarbeit einen wesentlichen Teil Ihrer Zeit belegen wird?

Unsere Bereitschaft, jetzt zu kandidieren und mitzuarbeiten, schließt auch ein, daß wir bereit sind, Zeit zu opfern.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß unsere wichtigste Aufgabe die Fachschaftsarbeit ist und diese entsprechend auch einen Großteil der aufzuwendenden Zeit in Anspruch nehmen wird.

13. Würden Sie meinen, daß unter den gegebenen Voraussetzungen eine Revolution die einzige Möglichkeit zur Veränderung gesellschaftlicher Gegebenheiten ist?

Nein!

Im übrigen - was soll diese Fragen an die Kandidaten für das 23. Studentenparlament der TU?

27.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Unabhängige Aktionsgemeinschaft (UAG) vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt "Beantwortung der 13 Fragen, die auf der Vollversammlung der Fachschaft Wirtschaftsingenieurwesen am 23.11.1967 gestellt worden sind, durch die Kandidaten der UAG" heraus.
Q: UAG: Beantwortung der 13 Fragen, die auf der Vollversammlung der Fachschaft Wirtschaftsingenieurwesen am 23.11.1967 gestellt worden sind, durch die Kandidaten der UAG, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

U A G U A G U A G U A G U A G

Beantwortung der 13 Fragen, die auf der Vollversammlung der Fachschaft Wirtschaftsingenieurwesen am 23.11.1967 gestellt worden sind, durch die Kandidaten der U A G.

---

1. Was verstehen Sie unter politischem Mandat?
   Wie stehen Sie zum politischen Mandat der Studentenschaft?

Die Definition für den Begriff "Mandat lautet nach Brockhaus Bd. 7 (letzte Ausgabe von 1955) "die Vollmacht zur Ausübung von Kompetenzen, die der Substanz nach dem Vollmachtgeber verbleiben". Unter dem politischen Mandat der Studentenschaft ist demnach sinngemäß zu verstehen:
Die Vollmacht der Organe der Studentenschaft, d.h. Studentenparlament und Studentenvertretung als Mandatstrager, die Studentenschaft als Vollmachtgeber in allen politischen Fragen zu vertreten.
Diese Vollmacht ist aber bis heute von keiner Studentenschaft an die entsprechenden Organe vergeben worden. Sie bedürfte wegen des Umstandes, daß die Studentenschaft eine Zwangskorporation ist, auch der Zustimmung jedes einzelnen Studenten.

Anders verhält es sich mit dem "politischen Mandat" in Hochschul- und bildungspolitischen Fragen. Von der Sachaufgabe her handelt es sich bei der Beschäftigung mit und bei der Stellungnahme zu diesen Fragen ausdrücklich um das, was als "Wahrnehmung der x Studentenschaft" in den meisten Studentenschaftssatzungen bezeichnet wird. Eine exakte Abgrenzung dieses Komplexes zu Fragen der allgemeinen, im Besonderen der Gesell schaftspolitik wird nie ganz leicht sein. Die Schwierigkeit, zu dieser Abgrenzung zu gelangen, darf aber nicht damit beseitigt werden, daß man diese Abgrenzung überhaupt nicht mehr macht.
Aus diesen Gründen

V E R N E I N E N E N W I R das "Allgemeinpolitische Mandat" und bestreiten der Studentenvertretung und dem Studentenparlament das Recht zu tages- und allgemeinpolitischen Fragen für die Studentenschaft Stellung zu beziehen.

x der Interessen

W I R B E J A H E N die politische Verantwortung jedes einzelnen Studenten und die Pflicht der Studentenvertretung, die Studentenschaft umfassend und objektiv zu informieren.

2. Wenn Sie das allgemeinpolitische Mandat bejahen, ...

Antwort entfällt!

3. Wie stehen Sie zur Kritischen Universität?

Wir lehnen die "Kritische Universität", wie sie sich an der Freien Universität etabliert und wie sie sich im Programmverzeichnis dokumentiert hat, ab! Wir sind der Meinung, daß eine Vielzahl von Äußerungen der Vertreter, der die KU in der Hauptsache tragenden Verbände und politischen Hochschulgruppen es ausschließen, daß diese "Kritische Universität" ihre Hauptaufgabe in der "Kritischen Reflexion" und in einer studienimmanenten Reform der Studiengänge durch qualitative Veränderung (Verbesserung) der Lehrinhalte, Lernbedingungen und Prüfungsformen haben wird.
Vielmehr muß geschlossen werden, daß die tragenden Kräfte die "Kritische Universität" lediglich als Instrument betrachten, die dazu Willigen in ihrem Sinn politisch bewußt und in der Folge bereit zu machen, die bestehende Gesellschaftsordnung und damit auch die Struktur der Universität durch revolutionäre Methoden zu verändern. Dazu dienen höchst zweifelhafte wissenschaftliche Methoden.

Wir bejahen die Idee einer "Kritischen Universität".

Diese Kritik muß aber in der Universität und weder gegen die Universität noch außerhalb der Universität angesiedelt werden.

Wir meinen, daß durch eine Reform des "Humanistischen Studiums", die als Ziel sowohl eine Fach- als auch die Gesellschaftsbezogenheit der zu studierenden Fächer haben müßte, die kritische Reflexion des Fachstudiums in Beziehung zu der Aufgabenstellung in der Gesellschaft ermöglicht wird.

Eine studienimmanente Reform der Studiengänge wird darüber hinaus aber nur erreicht, wenn durch das künftige Berliner Hochschulgesetz gewährleistet ist, daß Lehrende und Lernende sich miteinander und nicht gegeneinander in paritätisch besetzten, permanenten Reformkommissionen über Zielvorstellung und den daraus folgenden qualitativen Veränderungen der Lehrinhalte, Lernbedingungen und Prüfungsformen in den jeweiligen Studiengängen klar werden.

Dieses Ziel streben wir an. Als zur Erreichung dieses Ziels ungeeignet, lehnen wir die "Kritische Universität" ab!

4. Welchen Arbeiten wollen Sie sich im Rahmen der Fachschaften widmen?

Welche Aufgaben wir im Rahmen der Fachschaftsarbeit im einzelnen übernehmen werden, können wir zu diesem Zeitpunkt nicht angeben. Wir erklären uns aber bereit, auch wenn wir nicht gewählt werden, im Rahmen der Fachschaft die bisher geleistete Arbeit konstruktiv und konsequent fortzusetzen. Im Besonderen wollen wir dazu beitragen, daß in der Diskussion um eine neue Studien- und Prüfungsordnung, die von der bisherigen Fachschaftsvertretung konstruktiv begonnen wurde, diese konstruktiv sachlich, aber bestimmt fortgeführt wird.

5. Wie sehen Sie die Hochschulpolitik? a. Welche Gruppe hat den besten Entwurf anzubieten? b. Können Sie die wichtigsten Einzelvorschläge nennen? c. Sind Sie für die generelle Einführung eines Studienhonorars? d. Hat heute die Existenz einer Disziplinarordnung für Studenten eine Berechtigung?

ad a. Wir glauben nicht, daß irgendeine Gruppe den "besten Entwurf" auf dem Gebiet der Hochschulpolitik, d.h. ein Patentrezept in allen anstehenden Fragen, anzubieten hat. Auch wir nehmen das für uns nicht in Anspruch. Das gilt besonders auch für die derzeitige Diskussion über den Hochschulgesetzentwurf. Wir meinen vielmehr, daß nur durch eine gründliche Diskussion mit allen Gruppen ein vielleicht

"bester Entwurf" und nicht nur in dieser Frage erarbeitet werden kann.

ad b. Einige der für uns wichtigsten Vorschläge sind:

1. Gliederung in Abteilungen
2. Kollegiale Leitung von Instituten
3. ständige paritätisch besetzte Kommissionen für Studien- und Hochschulangelegenheiten
4. Einführung des Präsidialsystems
5. Angemessene Beteiligung der Studentenschaft in den Selbstverwaltungsgremien der Hochschule
6. Mitbestimmung bei der Berufung

ad c. Wir lehnen die Forderung, ein generelles Studienhonorar einzuführen, ab, weil wir der Meinung sind, daß ein Studienhonorar im Widerspruch zu dem Prinzip des sozialen Rechtsstaats, wie ihn das Grundgesetz definiert, steht und diese Forderung sowohl gesellschaftspolitisch als auch sozialpolitisch durch nichts gerechtfertigt wird.
Wir fordern hingegen die Schaffung eines bundeseinheitlichen Ausbildungsförderungsgesetzes, das die materielle Verwirklichung des Grundrechtes auf gleiche Ausbildungschancen gewährleistet. Wir gehen dabei mit den seit Jahren vom VDS artikulierten Forderungen konform.

ad d. Wir halten das bestehende Disziplinarrecht für widerrechtlich und anachronistisch. Wir fordern die Abschaffung der bestehenden Disziplinarordnung und den Ersatz durch eine einfache Hausordnung, die den universitätsinternen Ablauf sichern soll

6. Wie stehen Sie zu den Vorkommnissen währen der Rektoratsübergabe?

Wir bedauern die Ablehnung des neuen Rektors, der Bitte des Fakultätenrates und der Studentenvertretung nachzukommen, an stelle des sonst üblichen Fachvortrages einen Vortrag zu den anstehenden Problemen zu halten. Wir bedauern und verurteilen schärfstens, daß eine Reihe von Studenten sich in der Wahl der Mittel - wie schon so oft vorher - vergriffen hat. Wir halten hysterisches Benehmen, Beleidigungen und Flugblattregen mit sachfremdem Inhalt nicht für die Art der Artikulierung unserer Anliegen, die uns weiterbringen kann.

Mit der Pervertierung des Demonstrationsrechtes zu einer billigen Show dient man Presse und Fernsehen, aber nicht dem Anliegen der Studentenschaft.

7. Welche Mittel würden Sie zur Durchsetzung studentischer Interessen anwenden?

In erster Linie befürworten wir die sachliche Diskussion innerhalb und außerhalb der Universität. Das setzt unsererseits aber voraus, daß wir in der Lage sind, unsere Ansichten exakt zu artikulieren und über unser Ziel zu informieren. Darüber hinaus sehen wir jedes Mittel, daß sich im Rahmen der gesetzlichen Ordnung bewegt, als legitimes Mittel auch zur Durchsetzung studentischer Interessen an. Dazu gehört auch die Demonstration, ein teach-in, oder ein Vorlesungsstreik.

8. Sind Sie der Meinung, daß die Kommilitonen gegenwartig über die Arbeit der Fachschaft und des Parlaments ausreichend informiert sind?

N E I N

ad a. Einführung einer Fachschaftszeitung - Flugblätter - bessere Gestaltung der Fachschaftsbretter. Durchführung von Fachschaftsvollversammlungen, mindestens einmal im Semester - mehr Artikel in den "Anrissen". Voraussetzung ist aber auch ein größeres Interesse bei den Studenten der Fachschaft.

9. Werden Sie statt pauschaler Aufforderungen zur Mitarbeit konkreten Bedarf an Mitarbeit und Personen am Fachschaftsbrett annoncieren? a. Werden Sie gesonderte Möglichkeiten zu Diskussion und Information über noch in Arbeit befindliche Dinge (etwa Prüfungsordnung) angeben? b. Oder werden Sie diese Diskussionen erst nach Erstellung der Entwürfe führen?

J A

a. Wir meinen, daß es notwendig ist, bei widrigen Fragen, wie bei der Frage einer neuen Prüfungsordnung einen möglichst großen Kreis zu interessieren und an der Grundsatzdiskussion zu beteiligen. Das setzt gründliche Information, aber auch erkennbares Interesse zur konstruktiven Mitarbeit voraus.

b. Sinnvoll ist es auf jeden Fall, wenn die Fachschaftsvertretung erst einmal die Grundlagen für eine Diskussion in Form

von Entwürfen schafft, die dann nach der Diskussion überarbeitet werden müssen.

10. Welche Präferenzen würden Sie in dem Ihnen vorliegenden Fragenkatalog setzen?

Wir meinen, daß in dem von dem Fachschaftssprecher vorgelegten Fragenkatalog eine Reihe von zu lösenden Fragen nebeneinandergestellt worden sind, deren Lösung gleichzeitig angestrebt werden muß. Vorrangig erscheinen uns für die kommenden Wochen:
- die Erarbeitung einer Stellungnahme zu dem Hochschulgesetzentwurf des Senators für Wissenschaft und Kunst
- die Diskussion des seit fast einem Jahr in der Schublade liegenden Entwurfs für eine Neuordnung des Humanistischen Studiums und
- in unserer Fachschaft:
die Diskussion um die neue Studien- und Prüfungsordnung!

11. Sind Sie bereit bei wichtigen anstehenden Fragen Ihr Studium zurückzustellen?
12. Sind Sie sich darüber im Klaren, daß die Fachschaftsarbeit einen wesentlichen Teil Ihrer Zeit belegen wird?

Unsere Bereitschaft, jetzt zu kandidieren und mitzuarbeiten, schließt auch ein, daß wir bereit sind, Zeit zu opfern. Wir sind uns darüber im Klaren, daß unsere wichtigste Aufgabe die Fachschaftsarbeit ist und diese entsprechend auch einen Großteil der aufzuwendenden Zeit in Anspruch nehmen wird.

13. Würden Sie meinen, daß unter den gegebenen Voraussetzungen eine Revolution die einzige Möglichkeit zur Veränderung gesellschaftlicher Gegebenheiten ist?

Nein! Im übrigen - was soll diese Frage an die Kandidaten für das 23. Studentenparlament der TU?

27.11.1967:
An der TU Berlin geben Hubert Wolf und weitere fünf Kandidaten zu den Wahlen zum Studentenparlament (StPW) vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt heraus mit ihrem "Programm zur Wahl zum 23. Studentenparlament".
Q: Wolf, Hubert et al.: Programm zur Wahl zum 23. Studentenparlament, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

P R O G R A M M

zur WAHL ZUM 23. S T U D E N T E N P A R L A M E N T

1) EINIGE WESENTLICHE ÜBERLEGUNGEN ZUR HOCHSCHULREFORM

Die Lehre muss als wesentliche Aufgabe der Universität anerkannt werden. Daraus folgt die Forderung, Erkenntnisse der Hochschuldidaktik endlich in die Praxis umzusetzen. Unserer Meinung nach sollte das Lehrstuhlprinzip zugunsten einer kollegialen Leitung auf Institutsebene verändert werden. Darüberhinaus erscheint uns der Ausbau der interdisziplinären Forschung und Lehre notwendig.

2) NUMERUS CLAUSUS

Den numerus clausus lehnen wir ab, da er ein Mittel ist, um den Hochschulausbau und die Hochschulreform zu verhindern. Wenn er vorübergehend eingeführt werden muss, dann nur, wenn von unabhängiger Seite u.a. ein Gutachten zur Kapazität der entsprechenden Fachrichtung vorliegt, das gleichzeitig haushaltmässige Alternativen aufzeigt.
Das in diesem Falle anzuwendende Verfahren kann nur das Losverfahren sein, da nachgewiesen ist, dass keine Korrelation zwischen Abniturzeugnis uhd Studienerfolg besteht.

3) ZWANGSEXMATRIKULATION

Die Zwangsexmatrikulation und befristete Zulassung lehnen wir grundsätzlich ab, da administrative Massnahmen unserer Meinung nach nicht geeignet sind, die Studienreform voranzutreiben. Vielmehr werden durch die Vorspiegelung eines "reibungslosen" Funktionierens überalterte Studiengänge weiter konserviert.

4) VORLESUNGSREZENSIONEN

Wir bejahen Vorlesungsrezensionen als eine Form der Kritik. Aus Gründen der Fairness muss aber dem Kritisierten gleichzeitig Gelegenheit zur Gegendarstellung gegeben werden.

5) POLITISCHE VERANTWORTUNG

Wir bekennen uns zur politischen Verantwortung der Studentenschaft.
Hochschul- und Bildungspolitik kann nicht isoliert von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden. Andererseits beeinflusst das Bildungswesen alle Bereiche der Gesellschaft. Diese wechselseitige Abhängigkeit weist der Hochschule die Aufgabe kritischer Reflexion und Mitgestaltung der politischen Wirklichkeit zu. Die Studentenschaft ist daher über den hochschul- und bildungspolitischen Bereich hinaus zu verantwortlichem politischem Handeln verpflichtet.
Grundlage dafür ist das uneingeschränkte Eintreten für die Verwirklichung der Menschenrechte sowie für eine sozialgerechte Gesellschaftsordnung auf der Basis der parlamentarischen Demokratie.

6) MITBESTIMMUNG DER STUDENTENSCHAFT

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine Diskussion bei den derzeitigen Stimmenverhältnissen in den akademischen Gremien nicht oder nur mangelhaft stattfindet.
Entscheidungen setzen jedoch Diskussionen voraus.
Wir fordern, dass die Stimmenverhältnisse in den akademischen Gremien so verändert werden, dass vor Entscheidungen Diskussionen nicht umgangen werden können.
Ein mögliches Modell wäre:
Habilitierte: Nichthabilitierte: Studenten: = 1:1:1
Die Sitzungen müssen darüberhinaus grundsätzlich öffentlich sein.

7) HUMANISTISCHES STUDIUM

Das Humanistische Studium in der heutigen Form (Sonderstudium) lehnen wir ab, da es sich als eine unsinnige Mehrbelastung für die Studenten erwiesen hat. Wir sind der Meinung, dass das derzeitige Fachstudium so umgestaltet werden muss, dass die Gesellschaftsbezogenheit des Faches klar zum Ausdruck kommt.

8) KRITISCHE UNIVERSITÄT

Grundsätzlich ist die Idee der KU zu unterstützen, wenn neben Experimenten zur Hochschul- und Studienreform eine wissensehaftliche Diskussion über relevante gesellschaftspolitische Probleme stattfindet. Stellt sich heraus, dass die KU eine Stätte der Vermittlung einer Doktrin wird, ist die Voraussetzung für eine Beteiligung nicht mehr gegeben.

9) AUSBILDUNGSFÖRDERUNG

Die bestehende Förderung ist unzureichend. Daher fordern wir einen Ausbau des Honnefer Modells im Rahmen eines bundeseinheitlichen Ausbildungsförderungsgesetzes:
Anhebung des Förderungsbetrages, 12-monatige Förderung ab dem 1.Semester, Anhebung der Freibeträge bei Eltern und Ehegatten etc
Darüberhinaus muss jeder Student die Möglichkeit haben, mit Hilfe eines günstigen Darlehens sein Studium zu finanzieren.

10) DISZIPLINARRECHT

Das bestehende Disziplinarrecht, das dem Studenten eine besondere Verhaltensweise auferlegt um Würde und Ansehen der Universität zu wahren, lehnen wir als anachronistisch ab.
Der Student ist Staatsbürger wie jeder andere auch.
Wir befürworten eine "Hausordnung", die lediglich den reibungslosen Ablauf des Universitätsbetriebes gewährleisten muss.

11) SELBSTHILFEEINRICHTUNGEN

Wir befürworten Selbsthilfeeinrichtungen, wenn sie im Interesse der Studentenschaft liegen. Allerdings ist es notwendig, dass die Selbsthilfeeinrichtungen von Zeit zu Zeit auf ihren Sinn und Zweck überprüft werden müssen.

gez.: Hubert Wolf — Klaus Kühn
Peter Matthias — Rolf Vieten
Brun Osterloh — Klaus-Dieter Schemmann

27.11.1967:
An der FU Berlin erscheint, laut der FU-Dokumentation, auf der heutigen VV das Flugblatt "Nach Moabit marschieren??" des RCDS, das sich dafür ausspricht, nicht an der Demonstration teilzunehmen, sondern die Solidarität mit Fritz Teufel in einer sachlichen Diskussion auszudrücken.
Q: RCDS FU: Nach Moabit marschieren??, Berlin O. J. (1967)

Foto 2
28-11-6

Nach MOABIT marschieren??

Der RCDS hat immer klar Stellung bezogen, wenn es darum ging Angriffe gegen unsere Grundrechte abzuweisen:

Das geschah in seinen Stellungnahmen bei der Beschlagnahmung der SDS-Mitgliederkartei, der Frage der Förderungswürdigkeit des SDS an der FU, den Ereignissen des 2.Juni, der Androhung von Schnellgerichten und der Verhängung des Demonstrationsverbots durch den Berliner Senat.

Wir haben uns allerdings n i e als Mitläufer des SDS, <u>als Teil der außerparlamentarischen Opposition betrachtet.</u> Mag auch ihre Kritik am Urteil im Kurras-Prozeß berechtigt, mag auch die Tatsache ein Justizskandal sein, daß Fritz Teufel seit dem 2. Juni mit einer kurzen Unterbrechung in Untersuchungshaft ist so ist doch das Ziel der außerparlamentarischen Opposition nicht die Verbesserung auftretender Mängel innerhalb unserer Demokratie, sondern der Umsturz unserer Gesellschaftsordnung.

Wir sind über die <u>bedenkliche Tendenz</u> beunruhigt, die im Kurras-Urteil zum Ausdruck kommt. Seit 4 Monaten - mit einer Unterbrechung - wird Fritz Teufel unter allen möglichen Vorwänden im Gefängnis festgehalten, eine Tatsache, die unsere Justiz schwer belastet. Wir teilen die Sorge, daß sich das Gericht veranlaßt sehen könnte, die lange Zeit der Untersuchungshaft nachträglich zu legitimieren. <u>Wir weigern uns jedoch, durch Massendemonstrationen dem Gericht die Möglichkeit zur Objektivität zu nehmen.</u>

SOLIDARITÄT MIT DEM INHAFTIERTEN FRITZ TEUFEL KANN MAN EBENSODEUTLICH DURCH EINE SACHLICHE DISKUSSION IM AUDI.-MAX. DEMONSTRIEREN. Wir wollen diese Diskussion, wir wollen über die Fehler und Schwächen, die Mißstände und Diskrepanzen innerhalb unserer demokratischen Gesellschaft sachlich diskutieren, wir wollen nach gangbaren Wegen der Veränderung suchen.
Wir wollen jedoch nicht die bestehende Situation durch unkritische, unreflektierte, sachlich fragwürdige und ungeeignete AKTIONEN anheizen.

<u>DESHALB FORDERN WIR ALLE KOMMILITONEN AUF, SICH NICHT AN DER DEMONSTRATION VOR DEM AMTSGERICHT MOABIT ZU BETEILIGEN.</u> Wir alle sollten uns nicht in unserer Kritik an der Berliner Justiz ins Lager der außerparl. Opposition begeben und hinter <u>schwarzen</u> und <u>roten Fahnen</u> nach MOABIT marschieren (s. EXTRA-Dienst).

RCDS an der FU, 1 Berlin 15, Fasanenstraße 46 Tel.: 883 31 11

27.11.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche eine Broschüre der Aktion 20. Konvent unter Redaktion von Jürgen-Bernd Runge mit dem Inhalt:
- "Vorwort" von Jürgen-Bernd Runge;
- "Programm der Aktion 20. Konvent - für eine freie Universität";
- - "I. Situation an der Freien Universität";
- - "II. Politischer Auftrag der Universität";
- - "III. Notwendige Hochschulreform";
- - "IV. Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie";
- - "V. Evolution oder Revolution";
- - "VI. Provokation oder bewußte Interessenvertretung";
- - "VII. Die wirtschaftliche Stellung des Studenten in der Gesellschaft";
- - "VIII. Interdependenz von Schul- und Hochschulreform";
- - "IX. Disziplinarrecht und Hausordnung";
- - "X. Zwangsexmatrikulation, befristete Immatrikulation und Numerus Clausus" (NC);
- - "XI. Kritische 'Freie Universität' und 'Kritische Universität' des AStA"
- "Thesen zur 'Kritischen Universität und einer Alternative";
- - "1. Kritische Wissenschaft";
- - "2. KU - politisches Kampfmittel";
- - "3. KU und revolutionäre Vorstellungen";
- - "4. Politisierte Wissenschaft";
- - "5. Reduzierung der politischen Wirklichkeit auf eine ideologische Doktrin";
- - "6. Einseitige Indoktrination und studentische Hybris";
- - "7. KU als Mittel zur Studien- und Hochschulreform?";
- - "Alternative zur Kritischen Universität"; sowie
- "Stellungnahme zum Universitätsgesetzentwurf von Wissenschaftssenator Stein".
Q: N. N.: Wahlvollversammlungen zum 20. Konvent, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

27.11.1967:
An der FU Berlin gibt die ESG vermutlich heute das Flugblatt "Warum schweigt der Rektor?" heraus zur Veranstaltung des NHB bzw. dem Brief des Rektors an den Bundesverband der DIS vom 24.11.1967 und dessen Antwort vom 25.11.1967.
Q: ESG FU: Warum schweigt der Rektor?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

ESG-FU ESG-FU ESG-FU ESG-FU ESG-FU ESG-FU ESG-FU ESG-FU 28. NOV

WARUM SCHWEIGT DER REKTOR?

Wir protestieren entschieden gegen die Fadenscheinigkeit mit der der Rektor Harndt die Raumvergabe an den NHB begründet.
Zu einer Zeit, in der der Senat das Verfahren gegen die Förderungswürdigkeit des SDS eingeleitet hat, fördert der Rektor einen Hochschulverband, der eindeutig das neonazistische Programm der NPD vertritt. Die Innenministerien der Länder haben bereits 1966 anhand von Analysen festgestellt, daß die NPD in ihrer Tendenz neofaschistisch ist. Davon scheint Rektor Harndt nichts zu wissen. Er beantwortete am 24.11. die Anfrage der DIS folgendermaßen:

An den Bundesverband der DIS
Sehr geehrte Herren!
Auf Ihr Schreiben vom 24.11.1967 teile ich Ihnen folgendes mit:
Ende Oktober 1967 stellte der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) beim Rektor einen Antrag auf Zulassung als förderungswürdige Vereinigung an der FU. Gemäß der Universitätsordnung wurde dieser Antrag dem Konvent mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Eine solche liegt bisher nicht vor. Am 3.11.1967 beantragte der NHB beim Rektor für eine allgemeine Informationsveranstaltung über Aufgaben und Ziele welche sich der NHB allgemein und an der FU speziell gestellt habe den Hörsaal B im Henry-Ford-Bau.
Da der Rektor der erforderlichen Stellungnahme des Konvents zum Antrag des NHB auf Zulassung als förderungswürdige Vereinigung nicht vorgreifen und zugleich den Studenten der Fu die Möglichkeit geben wollte, sich über diese Vereinigung zu i nformiere wurde dem NHB ein Raum gegen Entgelt vermietet, wohingegen als förderungswürdig anerkannte Vereinigungen der Universität für ihre Veranstaltungen Räume bekannterweise kostenlos erhalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.E.Harndt

--- Auf diesen Brief antwortete der Bundesverband der DIS: (am 25.11.)

Magnifizenz,
weder Ihr Antwortschreiben an uns vom 24.11. noch Ihre am selben Tage der Presse übergebenen Erklärung sind auf die Kernfrage unseres von neun studentischen Körperschaften mitunterzeichneten Briefes vom 24.11. eingegangen.

Wir müssen feststellen: Ihre Erklärungen sind nicht dazu angetan, den Eindruck zu beseitigen, daß in der Zustimmung der Verwaltung der FU zur Durchführung einer Veranstaltung des NHB in den Räumen der FU eine stillschweigende Förderung rechtsradikaler Strömungen in unserer Gesellschaft gesehen werden müsse.
Sie beschränken sich auf formale Feststellungen, die für die von uns aufgeworfene Frage unerheblich sind und darüber hinaus kaum überzeugen können: Ihre Behauptung nämlich, mit der Zulassung der fraglichen Veranstaltung den Informationsmöglichkeiten der Studenten dienen zu wollen, wird zur bloßen Absurdität angesichts der Tatsache, daß der NHB von jedem Studenten, der diese "Informationsmöglichkeit" wahrnehmen wollte, 1,50DM forderte, ohne daß diese zwangsläufige finanzielle Unterstützung des NHB auf den Plakaten angekündigt worden wäre.
Es bleibt uns, Ihnen mitzuteilen, daß nach den eindeutigen, und unsere gegebene Charakteristik bestätigenden Ausführungen des stellvertretenden NPD-Vorsitzenden in der Versammlung die große Mehrheit der bei Ende dieser angeblichen Informationsveranstaltung Anwesenden Sie durch Abstimmung aufgefordert haben,"in Zukunft Veranstaltungen solch faschistoider Gruppen in Räumen der FU nicht mehr zu ermöglichen."
Mit dem 1.Konventsvorsitzenden der FU sind wir uns einig in der Aufforderung an Sie, die aus der Vermietung des Hörsaales eingegangenen Gelder Verfolgten des Nazi-Regimes zukommen zu lassen.
In Erwartung Ihrer eindeutigen Stellungnahme zur Gefahr jeder rechtsradikalen Gruppierung wie NHB und NPD

bleiben wir hochachtungsvoll

gez.Michael Lewy(1.Bundesvorsitzender)
gez.Ulrich Kusche(Referent im Bundesvorstand)

ESG-FU ESG-FU ESG-FU ESG FU ESG-FU ESG-FU ESG-FU ESG-FU ESG-FU

27.11.1967:
An der Jur. Fak. der FU Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche die "Wahlinformation Nr. 2" der Kandidaten des SHB zum Thema "Das akademische Disziplinarrecht".
Q: Benneter et al.: Wahlinformation Nr. 2, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Wahlinformation Nr.2

Das akademische Disziplinarrecht

§1 der Satzung der FU Berlin bezeichnet diese als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Diese Definition erklärt indessen nicht alle organisationsrechtlichen Phänomene der Universität. Die Bereitstellung von sachlichen Mitteln wie Bibliotheken und Laboratorien, für die Benutzungsordnungen gelten, deutet dagegen auf anstaltliche Momente hin. In dieser Hinsicht muß die Universität als eine Anstalt, müssen akademische Lehrer und Studenten als Anstaltsbenutzer angesehen werden. Der Rechtsnatur der Universität muß demnach ein Doppelcharakter zugesprochen werden.

Soweit die Universität als Anstalt gilt, ist das Disziplinarrecht nur in der Anstaltsgewalt begründet. Danach können nur Störungen der inneranstaltlichen Ordnung disziplinar geahndet werden. Diese Gewalt soll also ausschließlich gewährleisten, daß die bereitgestellten Mittel sachgemäß behandelt werden und die Anstaltsnutzung nicht gestört wird.

Da die derzeitige Praxis des Disziplinarrechts nicht als Ausfluß der Anstaltsgewalt gesehen werden kann, ist das Verhältnis von Disziplinargewalt und Körperschaftscharakter der Universität zu untersuchen.

Nach § 1 der Universitätsordung hat die Universität die Aufgabe der Lehre, Forschung und Berufsausbildung. Aus ihrer körperschaftlichen Autonomie muß der Universität das Recht zugesprochen werden, gegenüber ihren Mitgliedern Maßnahmen zu ergreifen, die die Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 1 UniOrd gewährleisten. Zu diesen Aufgaben kann nicht gezählt werden, das Ansehen der Universität nach außen zu wahren. Zum zweiten erscheint die Ableitung der Disziplinargewalt aus der Körperschaftsstruktur deshalb zweifelhaft, weil ihr nur ein kleiner Teil der Mitglieder unterworfen ist: Die akademischen Lehrer unterstehen zwar der (völlig anders gearteten) beamtenrechtlichen, nicht aber der akademischen Disziplinargewalt.

Als nächstes ist die formelle Ausgestaltung des Disziplinarrechts zu untersuchen.

Das Disziplinarverfahren ist kein Straf-, sondern ein Verwaltungsverfahren. Der Disziplinarrichter erläßt Verwaltungsakte, deren Rechtmäßigkeit vor dem Verwaltungsgericht angegriffen werden kann. Die Disziplinar"strafen" sind also Maßnahmen der Verwaltung, die darauf wirken sollen, daß sich ein Verstoß gegen die Rechtsvorschriften der Universität nicht wiederholt. Für die Verfolgung von Verstößen gilt das Opportunitätsprinzip nicht das strafrechtliche Legalitätsprinzip (§§ 1 und 5 Disz Ord). Durch diese Ausgestaltung als Verwaltungsverfahren wird formell eine Kollision mit Art. 103 III GG -"ne bis in idem"- vermieden, der eine Doppelbestrafung wegen derselben Tat verbietet. Ein materieller Verstoß gegen Art.103 III GG scheidet deshalb aus, weil die DiszOrd kein allgemeines Strafgesetz ist. Dogmatisch läßt sich also das Disziplinarrecht durchaus mit Art. 103 III GG in Einklang bringen.

Es ist aber nicht zu leugnen, daß sich trotz dieser Ausgestaltung des Disziplinarrechts praktisch als Strafrecht auswirkt und vom Betroffenen auch so empfunden wird. Für den Studenten macht es keinen Unterschied, ob ihn ein Verwaltungsbeamter oder ein Richter vom Studium ausschließt. Der Spruch des Disziplinarrichters enthält stets ein diskriminierendes Unwerturteil und wirkt daher trotz seiner Form als Verwaltungsakt repressiv auf begangenes Unrecht.

Aufgrund dieser Überlegungen fordern die unterzeichnenden Studenten die Abschaffung eines besonderen akademischen Disziplinarrechts. Sie halten eine solche Konstruktion für ein Relikt vergangener Zeiten, als sich die Universität noch die Funktion einer Elitebildung mit besonderem Ehrenkodex gab. Als Studentenvertreter werden sie sich bemühen, eine Neuformulierung des § 4 II des Universitätsgesetzentwurfes zu erreichen, der als Pflicht von den Mitgliedern de Universität fordert, ihr Verhalten so einzurichten, daß der Universität kein Schaden entsteht. Leider läßt die amtliche Begründung erkennen, daß auch nach diesem Entwurf das Verhalten außerhalb der Universität den Argusaugen der Verwaltung nicht entzogen bleibt: Schaden wird nicht nur materiell, sondern auch ideell begriffen, und darunter kann man genausoviel subsumieren wie bisher. An die Stelle eines derart ausgestalteten Disziplinarrechts muß eine Anstaltsordnung treten, der nur eine inneruniversitäre Ordnungsfunktion beigelegt werden kann.

gez.Benneter- Faßmann- Gaebler- Krause- Kröning-
Dohmeier- Schmidt

28.11.1967:
In erscheint, laut einem Eingangsstempel heute, ein Flugblatt des Demokratisch-Katholischen Arbeitskreises (DKA), der seine am 21.10.1967 beschlossenen Leitsätze vorstellt.
Q: DKA: Demokratisch-Katholischer Arbeitskreis, Berlin O. J. (1967)

2 8. NOV 1967

Demokratisch - Katholischer Arbeitskreis

Der Demokratisch-Katholische Arbeitskreis hat am 27. Oktober 1967 folgende Leitsätze für seine Arbeit beschlossen

- Der christliche Glaube muß sich in verantwortlichem Handeln in der Welt und für die Welt verwirklichen. Konzil und gegenwärtige Theologie bekräftigen als Voraussetzung dafür die Notwendigkeit einer offenen Auseinandersetzung mit allen Gegebenheiten der modernen Welt.

- Das bedeutet in unserer Situation konkret: Engagement der Christen für die mündige, plurale und demokratische Gesellschaft. Diese ist jedoch kein fertiger Zustand, sondern steht vor der Aufgabe, sich in ständiger Prüfung ihrer Strukturen zu einer freieren, gerechteren und damit menschlicheren Ordnung zu entwickeln.

- Die Gesellschaft muß daher von der Kirche erwarten, daß sie sich nicht nur für die Vertretung ihrer partikularen Interessen einsetzt, sondern sich auch für die Aufgaben der gesellschaftlichen Entwicklung verantwortlich weiß.

- Das Konzil hat die Entwicklung zur fortschreitenden Mündigkeit auch für die Kirche bejaht. Es fordert die selbständige und eigenverantwortliche Aktivität aller Glieder der Kirche und einen offenen und umfassenden innerkirchlichen Dialog.

-Die gegenwärtig immer noch monologisch-hierarchische Verfassung der Kirche steht der Erfüllung dieser Forderung entgegen. Der Demokratisch-Katholische Arbeitskreis sieht daher sein Ziel vor allem darin, demokratisches Denken und demokratische Strukturen in der Kirche zu entwickeln und in der Gesellschaft zu stärken.

- Daraus ergeben sich folgende Schwerpunkte, für die der Kreis besondere Arbeitsgruppen bildet:

1. In öffentlichen Vortragen und in Diskussionen sollen theologische Grundfragen und ihre praktischen Konsequenzen erörtert werden.

2. Zur innerkirchlichen Struktur in Berlin sollen aufgrund kritischer Analysen Reformvorschläge erarbeitet werden (z. B. in Fragen der Repräsentation der Kirche in öffentlich-rechtlichen Institutionen, der Demokratisierung der Pfarr-Dekanats- und Diözesanausschüsse, einer verstärkten Mitbestimmung bei der kirchlichen Finanzverwaltung, der Umstrukturierung der KSG, der kirchlichen Informationspolitik und einer plutalistischen Meinungs- und Willensbildung in der Kirche).

3. Im gesellschaftspolitischen Bereich richtet sich das Engagement des Demokratisch-Katholischen Arbeitskreises angesichts der gegenwärtig an den Hochschulen anstehenden Probleme zunächst in erster Linie auf die Mitarbeit an den Bestrebungen, die Hochschulen zu demokratisieren und die Wahrnehmung ihres politischen Mandats zu fördern.

Demokratisch - Katholischer Arbeitskreis

Sprecher:	Prof Dr. Alexander Schwan stud.phil. Manfred Krämer Dr. Hans Friemond
Postanschrift:	D K A c/o Dr. H. Friemond 1 Berlin 15 Ludwig-Kirch-Str. 10 Tel.: 8 83 68 16
Konto:	Berliner Disconto Bank DKA Kto. Nr. 265/0000/03

28.11.1967:
An der FU Berlin erscheint, laut einem Eingangsstempel heute, das Flugblatt "Alle Jahre wieder…" der Hochschulpolitischen Arbeitsgruppe im Demokratisch-Katholischen Arbeitskreis (DKA), die u.a. auf das Flugblatt Nr. 3 der VAFU eingeht.
Q: DKA - Hochschulpolitische Arbeitsgruppe: Alle Jahre wieder…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

28. NOV

A L L E J A H R E W I E D E R . . .

... schreitet der Student zur Wahl. Diesmal läuft er, denn er weiß ja, worum es geht!

E S G E H T U M :

--- eine studentische Mitentscheidung in allen universitären Belangen. Die Universität, wie jede gesellschaftliche Institution, muß sich ihrer gesellschaftspolitischen Rolle bewußt sein. Die Hochschule ist k e i n e E n k l a v e d e r r e i n e n W i s s e n s c h a f t . Autoritäre Strukturen in der Gesellschaft verhindern eine Demokratisierung der Hochschule. Gerade daraus ergibt sich für die Universität die Notwendigkeit, sich ihrer politischen Verpflichtung bewußt zu werden. Es geht also um:

E I N A L L G E M E I N E S P O L I T I S C H E S

M A N D A T D E R S T U D E N T E N S C H A F T .

--- Die KU stellt den Versuch dar, diese wissenschafts- und gesellschaftspolitische Dimension in die Universität hineinzunehmen. Wer die KU pauschal kritisiert, setzt sich dem Verdacht aus, unkritisch Wissenschaft in den Dienst der bestehenden Institutionen zu stellen. Es geht also um:

D I E K U A L S K R I T I S C H E N B E S T A N D -

T E I L D E R U N I V E R S I T Ä T ,

der sich aber auch selbst vor einseitig dogmatischen Fisierungen bewahren muß.

E S G E H T A L S O N I C H T D A R U M :

--- wie die VAFU (finanziert von "akademischen und Wirtschaftskreisen") eine "Beschränkung des politischen Mandats auf den hochschulpolitischen Bereich" (Flugblatt Nr. 3) zu fordern, und gleichzeitig auf das E i n g r e i f e n d e s S t a a t e s zu rein technischen Verbesserungen der Studienmöglichkeiten (Ausbildungsförderungsgesetz etc.) zu warten. Wer reine Sachlichkeit will, überläßt das p o l i t i s c h e H a n d e l n den andern. Wohin das führt und geführt hat, zeigt die Erfahrung ...
Dem Vorwurf der "Gleichschaltung der politischen Meinungen an der FU" kann man nur dadurch begegnen, daß man

p o l i t i s c h w ä h l t !

Hochschulpolitische Arbeitsgruppe

im Demokratisch-Katholischen Arbeitskreis

Heribert Kohl Tel.: 6862604

Albert Statz Tel.: 3020401

28.11.1967:
An der FU Berlin erscheint, laut einem Eingangsstempel heute, das Flugblatt "Die Pleite von Maobit" der VAFU zu VV und Demonstration am 27.11.1967.
Q: VAFU: Die Pleite von Maobit, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

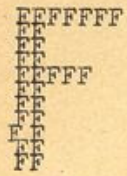
2 8. NOV. 1967

DIE PLEITE VON MAOBIT

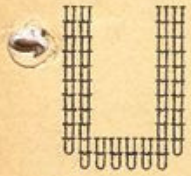
Zur Unterrichtung der Studentenschaft:

Der AStA "organisierte" am 27.11.67 eine Vollversammlung im Audim zur Diskussion des Kurras-Urteils und des Teufel-Prozesses.

Folgendes kam dabei heraus:



1. Es wurden einige weitschweifige und großenteils inaktuelle Vor träge gehalten, die Emotionen wecken sollten, Dokumentation fe
2. Die Verlesung der einzigen Information (eine vorläufige Darste lung zu den anstehenden Fragen) wurde vom AStA unterbrochen, d sie nicht von ihm kam und nicht in sein "vorgeformtes Programm (Rouette) paßte.



3. Eine Abstimmung, die gegen einen AStA-Vorschlag ausfiel, soll ignoriert werden.
4. Diskussion sollte mit Gewalt unterbunden werden. Daß wenigsten während der letzten halben Stunde diskutiert wurde, ist nicht dienst des AStA.
5. "Erst demonstrieren - dann Argumente" (Kadritzke auf dieser Vo versammlung).
6. Abweichende Meinungen wurden niedergeschrieen.
7. Die gerade beginnende Diskussion wurde abgebrochen, um zur Dem stration zu fahren.

Zur Demonstration in Moabit:

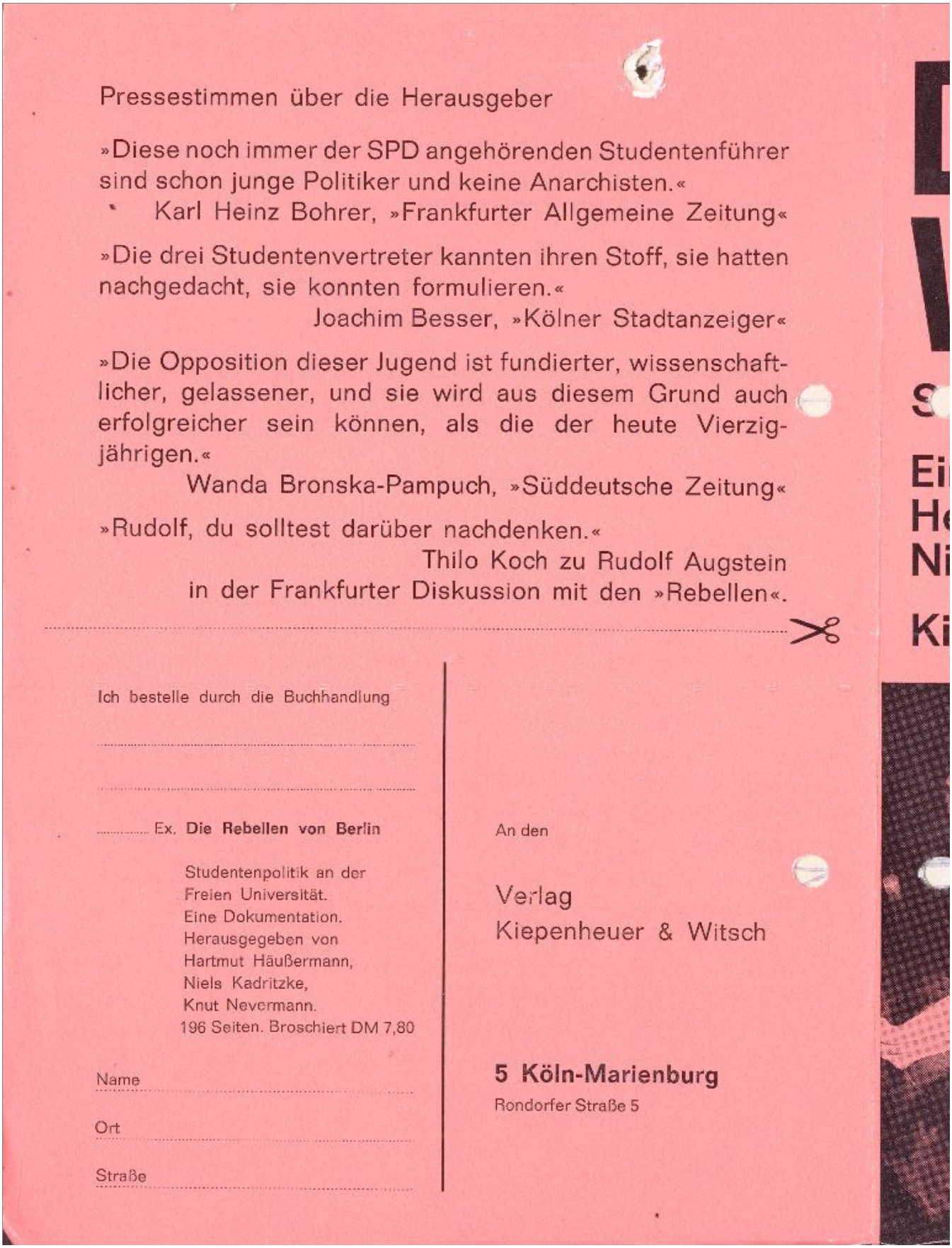
Beschluß des SDS: "Keine Auseinandersetzung mit der Polizei" -
Aber eine Demonstrationsgenehmigung war nicht beantragt worden.

"Nur passiver, gewaltloser Widerstand" -
Aber auf Dutschkes Aufforderung hin wurden die Absperrungen durch- brochen, und es wurde mit den üblichen Gegenständen geworfen. Erge nis: Festnahme von 5 Studenten. Dutschke flog nach Bremen:

"A U F D E R F L U C H T" (1. Teil)

Friedrich Toepffer

28.11.1967:
An der FU Berlin wird, laut einer handschriftlichen Datierung heute, ein Werbeflugblatt für das Buch "Die Rebellen von Berlin" von Jens Hager verbreitet.
Q: Kiepenheuer & Witsch (Hrsg.:) Die Rebellen von Berlin, Köln O. J. (1967)



Pressestimmen über die Herausgeber

»Diese noch immer der SPD angehörenden Studentenführer sind schon junge Politiker und keine Anarchisten.«
Karl Heinz Bohrer, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

»Die drei Studentenvertreter kannten ihren Stoff, sie hatten nachgedacht, sie konnten formulieren.«
Joachim Besser, »Kölner Stadtanzeiger«

»Die Opposition dieser Jugend ist fundierter, wissenschaftlicher, gelassener, und sie wird aus diesem Grund auch erfolgreicher sein können, als die der heute Vierzigjährigen.«
Wanda Bronska-Pampuch, »Süddeutsche Zeitung«

»Rudolf, du solltest darüber nachdenken.«
Thilo Koch zu Rudolf Augstein
in der Frankfurter Diskussion mit den »Rebellen«.

Ich bestelle durch die Buchhandlung

..... Ex. **Die Rebellen von Berlin**

Studentenpolitik an der
Freien Universität.
Eine Dokumentation.
Herausgegeben von
Hartmut Häußermann,
Niels Kadritzke,
Knut Nevermann.
196 Seiten. Broschiert DM 7,80

Name .....

Ort .....

Straße .....

An den

Verlag
Kiepenheuer & Witsch

5 Köln-Marienburg
Rondorfer Straße 5

Ist es »immatrikulierter Mob«, den »die Lust am Rabatz« auf die Straße treibt? Eine »akademische Variante des Gammlertums«? Oder demonstrieren sie, weil ihre »Sensibilität für die Verletzung der Menschenrechte« sie gegen das zu protestieren anhält, was in Vietnam, in Persien, bei uns geschieht?

Die Meinungen über die oppositionellen Studenten von Berlin gehen weit auseinander. Doch fehlt in vielen Fällen bisher die sachliche Information. Die Herausgeber und der Autor dieses Buches sind Studenten an der Freien Universität. Sie erläutern und begründen mit dieser ausführlichen Dokumentation ihre Absichten und Ziele und zeigen, wie sich aus einer Protesthaltung gegenüber der Universität eine politische Bewegung entwickelte, deren Vorgeschichte weit über den 2. Juni zurückreicht.

28.11.1967:
An der FU Berlin wird, laut einem Eingangsstempel heute, ein Werbeflugblatt für den Studentenladen verbreitet.
Q: Studentenladen: … billiger im Studentenladen, Berlin O. J. (1967)

28. NOV. 1967

..... billiger im STUDENTENLADEN

Werner Lüdke
1 Berlin 33
Ladenbergstr. 1

Telefon: 76 23 86
Mo.-Fr. 12,00 - 18,30 U
Sa. 11,00 - 14,00 U

zwischen Corrensplatz und Habelschwerdter Allee

Sehr geehrte Kommilitonen !

Als Studenten sind Sie gewohnt, besonders vorteilhaft einzukaufen.
Unser umfangreiches Lieferprogramm umfaßt auch weiterhin - jedoch zu teilweise noch günstigeren Preisen als bisher - folgende Waren und Warengruppen:

Schreibmaschinen der Firmen OLYMPIA, TRIUMPH, OLIVETTI, PRINCESS, und viele andere mehr; selbstverständlich auch alle Rechenmaschinen. Schreibmaschinen und Rechenmaschinen sind in den meisten Fällen im Studentenladen vorrätig und können sofort mitgenommen werden. Alle Maschinen haben 1 Jahr Garantie und den bewährten Berliner Schnell-Kundendienst.

Alle Fotoapparate und Schmalfilmkameras, Wechselobjektive, Filter, Universaltaschen, Filme, Stative, Blitzlichtgeräte, Filmleuchten, Dia-Betrachter, Laufbildbetrachter, Klebepressen, Projektoren, Projektionswände und Dunkelkammerzubehör.

Alle Rundfunkgeräte, Autosuper, Kofferradios, komplette Stereo-Anlagen, Plattenspieler, Tonband- und Fernsehgeräte, sämtliche Schallplatten, alle Tonbänder, Batterien und sonstiges Zubehör.

Kühlschränke, Waschmaschinen, Geschirrspülautomaten, alle elektr. Haushaltsgeräte, wie Staubsauger, Bügeleisen, Kaffeemühlen, Toaster, Mixgeräte, Tauchsieder, Haartrockner, Trockenrasierer, Höhensonnen, Ventilatoren, Heizlüfter Lampen, auch Glühlampen von 25 - 100 Watt, Heimwerkgeräte der Firmen BOSCH, BLACK & DECKER, AEG, METABO, Farbspritzanlagen sowie Rasenmäher.

Wir führen auch Nähmaschinen, Möbel, Teppiche und Gardinen sowie Musikinstrumente, ARISTO-Rechenstäbe und Reißzeuge.

Auf Grund langjähriger Erfahrung mit den Berliner Lieferfirmen können wir jetzt mit Sicherheit sagen, daß es sehr leistungsfähige und weniger leistungsfähige Großhändler gibt.

Die Adressen sorgsam ausgewählter Großhandelsfirmen vieler Branchen haben wir in dem "GELBEN BRIEFUMSCHLAG" für Sie zusammengestellt.

Sie kaufen also künftig direkt beim Berliner Großhandel zu Nettopreisen folgende Waren:

Damen- und Herren-Oberbekleidung, Wäsche aller Art, Oberhemden, Strickwesten und Herrenhüte.

SELBSTVERSTÄNDLICH KÖNNEN SIE UNVERBINDLICH ANPROBIEREN.

Uhren, Goldschmuck und Brillanten.

Autozubehör, Bereifung, Chromteile, Pflegemittel, Werkzeuge und Ersatzteile.

Autoschonbezüge.

Farben, Tapeten, Lacke und Auslegware jeder Art.

Pelzmäntel, Pelzjacken, Nerzstolen und Colliers.

Nähmaschinen, alle bekannten Marken.

Porzellan, Kristall und Bestecke.

Gemälde.

Alles für den gesunden Schlaf: Daunen-, Stepp- und Rheumadecken, Kissen, Matratzen, Bettfedern und Bettwäsche.

Fahrräder, Kinderfahrzeuge, Kinderwagen und Puppenwagen.

Den "GELBEN BRIEFUMSCHLAG" mit den Adressen der Berliner Großhändler erhalten Sie kostenlos im Studentenladen, wenn Sie sich dort völlig unverbindlich in die Stammkunden-Liste eintragen lassen. Sie können sicher sein, daß wir immer bemüht sein werden, Ihren Wünschen genau zu entsprechen. Überzeugen Sie sich von den gebotenen Vorteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr STUDENTENLADEN

P.S. Bitte fragen Sie uns, welche Waren preisgebunden sind.

ZUR PREISENTWICKLUNG

Zum 1.1.1968 hat uns der Bundestag die Mehrwertsteuer beschert. Das ist keine erfreuliche Nachricht, denn es ist sicher, daß dadurch alle Industrie-Erzeugnisse um ca. 5-10% teurer werden.

Erfreulich jedoch ist, daß bis zum 31.12. dieses Jahres noch billig eingekauft werden kann.

Bitte bedenken Sie das.

28.11.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich zur heutigen VV am OSI das Flugblatt "4 Fragen und eine Bitte an Prof. Löwenthal" zu Prof. Gottschalch bzw. zur KU.
Q: Agnoli, Johannes et al.: 4 Fragen und eine Bitte an Prof. Löwenthal, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Nr 2 1967

4 FRAGEN UND EINE BITTE AN PROF. LÖWENTHAL

Wilfried Gottschalch verglich in einem Beitrag für das "Extra-Blatt" die Wahlen in Westberlin mit denen in Polen. Er übersah die ungehinderte Propaganda der SED-W., die sehr wohl die "gesellschaftspolitische Grundordnung umgestalten" will.

FRAGE: Hält Richard Löwenthal eine journalistische Oberflächlichkeit bereits für ein Kennzeichen der "Gegner unserer freiheitlichen Demokratie"?

In einem Referat bei der Eröffnung der Kritischen Universität hat Gottschalch unsere Gesellschaft als Gesellschaft des "organisierten, des formierten Kapitalismus" bezeichnet, und ergänzt, formierter Kapitalismus sei latenter Faschismus.

FRAGE: Ist das Resultat einer wissenschaftlichen Analyse, die sich auf die Forschungsergebnisse Hilferdings, Barans und Sweezys stützen kann, ein Attentat auf die "freiheitliche Demokratie"? Ist nicht vielmehr eine Grundordnung problematisch, die die Formierung des Kapitalismus gestattet und latenten wie virulenten Faschismus erträgt?

In derselben Rede beklagte Gottschalch den Zustand und die Praxis des westdeutschen Parlaments. Man mag gegen Gottschalch den Vorwurf erheben, er habe mit seinen Aussagen wenig Originelles zur Debatte über das Dilemma des Paralamentarismus beigetragen. Tatsächlich haben schon 1910 die Sozialistischen Monatshefte (Organ des reformistischen Flügels der SPD) das Parlament einen "Registrierapparat außerparlamentarischer Kraftübungen" genannt und bekanntlich hat Laski diese alte Kritik [illegible] variiert, als er das Parlament als eine "Registriermaschine parlamentfremder Entscheidungen" bezeichnete. Leibholz, heute Richter am Bundesverfassungsgericht, übernahm diese These und Viola Bethusy-Huc hat sie empirisch verifiziert.

FRAGE: Ist Löwenthal - ein ausgezeichneter Analytiker internationaler Konflikte - zeitlich so überfordert, daß er innenpolitische Konflikte nicht zur Kenntnis nehmen kann und ihm die Beurteilung dieser Probleme zur bloßen Gesinnungsfrage wird?

Als "freiheitlicher Demokrat" tritt Löwenthal für das Recht Gottschalchs ein, seine Meinung zu äußern und hat "Bedenken dagegen ausgesprochen, daß man diese Meinungsäußerung zur Grundlage eines Disziplinarverfahrens gemacht hat".

FRAGE: Will Löwenthal, der ein Disziplinarverfahren gegen Gottschalch ablehnt, die Freiheit von Lehre und Forschung nur an der Pädagogischen Hochschule, nicht aber am OSI gelten lassen?

Wilfried Gottschalch ist in vielerlei Hinsicht Paul Sering * geistig verwandt.

Gottschalch interpretierte den Begriff "Organisierter Kapitalismus"in seiner KU-Rede:" Die Bezeichnung 'organisierter Kapitalismus' meint, daß die Phase des Unternehmerkapitalismus abgelöst ist von der Phase des Monopolkapitalismus, in dem nicht mehr einzelne Unternehmer relativ offen und durchsichtig miteinander konkurrieren, sondern komplexe Kapitalorganisationen den Wettbewerb ... heimlich weitertreiben".

---

* Unter diesem Namen schrieb Richard Löwenthal [illegible]

Sering charakterisierte die Entwicklung der bürgerlichen produktionsweise so: "Anstelle einer Vielfalt von frei konkurrierenden Egentümer-Kapitalisten tritt auf der einen Seite eine Vielzahl von Abhängigen Unternehmungen und eine noch größere Anzahl von zu Rentiers reduzierten Eigentümern, auf der anderen Seite eine begrenzte Anzahl von industriellen und finanziellen Oligarchien..."

Gottschalch: "...so legalisieren die Parlamente längst und anderswo gefaßte Beschlüsse. Die Unternehmerorganisationen wissen das auch. Sie schicken deshalb nur noch ihre zweite Führungsgarnitur in die Parlamente."

Sering: "Das Monopol ist ... kein 'rein ökonomischer' Phänomen im Sinne der klassischen Theorie der Marktwirtschaft - es ist seiner Natur nach eine organisierte wirtschaftliche Machtstellung, ein Organ privater Wirtschaftspolitik. Als solches tendiert das Monopol von vornherein zur Beeinflussung des Staates.... Im kapitalistischen Staat haben die Monopolkapitalisten normalerweise genügend Einfluss auf den Staatsapparat und die regierende Partei, um ihre Forderung durchzusetzen..."

WIR BITTEN RICHARD LÖWENTHAL, SICH FÜR EINEN LEHRAUFTRAG AN

P A U L S E R I N G ZU VERWENDEN.

Johannes Agnoli	Udo Kollenberg	Dietrich Staritz
Wolfgang Arns	Ekkehard Krippendorff	Gerhard Tersteegen
Leon Bieber	Joachim Leppack	Winfried Trempenau
Gert Börnsen	Sigrun Marks	Jürgen Treulieb
Wieland Eschenhagen	Walter Momper	Andreas Wiesand
Hans-Joachim Funke	Wolfgang Müller	Bodo Zeuner
Gerhard Heckmann	Rolf Niemann	
Georg Herrmann	Gerald Scheidler	
Ulrich Huttenlocher	Günter Schmidt	
	Eike Schweichel	
	Hans-Joachim Siepmann	

28.11.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich zur heutigen VV am OSI das Flugblatt "Studienreform" der Hochschulgruppe FU des LSD.
Q: LSD FU: Studienreform, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD

studienreform

28. NOV. 1967

Nachsicht mit Anfängern ! Keine Nachsicht mit ihren Fehlern !

Es ist erfreulich,daß durch Aktionen der ad-hoc-Gruppe endlich eine inhaltliche Studienreformdiskussion am Otto-Suhr-Institut auf etwas breiterer Basis in Gang gekommen ist.
Die vorgetragene Kritik ist berechtigt,wenn auch allzu vage gehalten.Nur Wenige bestreiten das und doch gebärdet sich die ad-hoc-Gruppe,als stehe sie einer Welt von Feinden gegenüber. Das ist Schülermitverwaltung mit Unbehagen aber ohne Programm.

Man kämpft gegen die manipulierenden Institutionen und meint selbst erst dadurch,daß man sich einer solchen (Ältestenrat u. Fachschaft) auf undemokratische Weise bemächtigt,politische Aktionen durchführen zu können.Der Revolutionär bemächtigt sich erst des Titels (stellv.Ältestenratsvors,bzw.Fachschaft),um dann zur Manipulation zu schreiten.Eine etwas absurde Situation.
Als Entschuldigungsgrund wird die Dringlichkeit der Aktion genannt also eine Notstandsmaßnahme,weil's demokratisch angeblich nicht geht.
Ebenso unsicher-autoritär reagiert man auf den politischen Kontrahenten (Prof.Löwenthal),man "verbittet" sich seine Agitation,statt gegen sie zu agitieren.
Konsequent produziert diese verfolgte Unschuld auch eine Verschwörertheorie der Institutionen(Fachschaft u.Paritätische Studienreformkommission).Sie diffamieren die im Auftrag der Studentenschaft geschaffenen PK,weil sie den gegebenen Auftrag erfüllt,statt den Auftrag wegen seiner oder die Auftraggeber wegen ihrer Beschränktheit anzugreifen.Die PK hat einen Entwurf zur Änderung der Prüfungsordnung vorgelegt,der dem unkritischen Bewußtsein der Mehrheit der Studenten an diesem Institut entspricht.Diesen bedauernswerten Hintergrund muß man angreifen.
Dazu verlangen jene ad-hoc noch das Verständnis für ihre polemische Kritik,ohne alternative Vorschläge zu unterbreiten, was ja nicht in §§-Form zu geschehen braucht,aber doch so konkret,daß die Argumentation aus dem Negativen heraustritt und Alternativen erkennen läßt.Da wo das Konzept fehlte,wurden gar Dialektiker zu Positivisten,da sie offenabr glauben aus den Ergebnissen jenes Fragebogens(Paper-No.2) irgendwelche Schlüsse ziehen zu können.
Der Versuch einer Verhinderung der Änderung der PO durch die ad-hoc-Gruppe mit der Begründung,eine jegliche auch positive Reform verunmögliche eine grundlegende Reform der Studienbedingungen,da sie reformerischen Eifer im Vorgeplänkel verpuffen lasse,beweist statisch-modellhaftes Denken,den Perfektionismus von puristischen Theoretikern,Sie verlangen,daß jegliche Reform zu unterbleiben habe,bis sie ihre Untersuchungen "abgeschlossen" hätten,als wenn es abgeschlossene Forschung gäbe,gar eine beendete Diskussion,statt einer dynamischen Konzeption zu folgen die den Zustand von Instutionen als permanent provisorisch und deshalb auch Untersuchungen und Diskussion als niemals abgeschlossen begreift.

-2-

Eine Studienreform muß experimentell angegangen werden, desha b muß eine Studien-und Prüfungsordnung auch permanent provisorisch sein, ihre kodifizierten Bestandteile flexibel für Experimente. Die Verhinderung von Teilreformen ist zudem unsozial gegenüber denen, denen durch verspätete Reformen nicht mehr geholfen werden kann.
Wir schlagen der Vollversammlung deshalb vor, dem von Herrn Rininsland und Herrn Prof. Schwan vorgeschlagenen Weg zuzustimmen der eine Änderung der alten PO vorsieht, gemäß den Empfehlungen der PK. Gleichzeitig soll mit den Untersuchungen begonnen werden

Da die "Studienreform-Papers" der ad-hoc-Gruppe konkreten Vorschlägen zur Studienreform bisher ausgewichen sind, legt der LSD hiermit Vorschläge zur Änderung des Grundstudiums und der Z ischenprüfung vor:

1) Abschaffung der traditionellen Vorlesungen -
statt dessen Colloquien in denen alternative Thesen vorgetra und der Diskussion ausgesetzt werden; dazu parallele Übungen; zu: Methoden, Staats-u. Verfassungsrecht, Völkerrecht (hist.u. polit. Entwicklung, Konfrontation mit der Verfassungswirklichk Geschichtscollqu. statt Repetitorien, oekonom. Ressourcen der Industrieländer und der Dritten Welt statt Geographierepet. kapit.u. marxist. Oekonomie, Wirtschaftspol. BRD u. DDR.

2) Abschaffung der Repetitorien -
statt dessen werden bis zum Abschluß des Grundstudiums in de vier o.a. Gebieten Hausarbeiten angefertigt; das kann auch dur kleine Arbeitsgruppen in Teamarbeit geschehen, wenn der Proze der wissenschaftl. Cooperation aller Gruppenteilnehmer sichtb gemacht werden kann; der Hausarbeit folgt ein Beratungsgespr das zur Bewertung herangezogen wird.

3) Abschaffung der Klausuren -
statt dessen werden wie bisher in den Übungen Arbeiten verge

4) Abschaffung der traditionellen Zwischenprüfung -
statt dessen ein das Grundstudium abschließendes Prüfungs- gespräch oder Disputation über die in den o.a. Bereichen in dem der Student die Fähigkeit nachweisen muß, bei ausreichend Grundwissen, analytisch vorzugehen und die Zusammenhänge der historischen, oekonomischen und Herrschaftsverhältnisse zu erfassen und darzustellen. Die Prüfungsgespräche sind öffentl alle Anwesenden sind zur Disputation zugelassen; das Gleiche für die Diplom-Prüfung, bei der am Beispiel eines Spezialber die Fähigkeit zur politologischen Arbeit nachgewiesen werden muß.

Aus dem o.a. ergibt sich, daß wir keinen grundlegend anderen Ansa bei der Studienreformdiskussion haben, nur eine andere Strategi bei ihrer Verwirklichung vorschlagen und schon jetzt bereit si konkrete Vorschläge zur Diskussion zu stellen. Hätte dies die ad-hoc-Gruppe getan, das Theater einer künstlichen Auseinander setzung hätte man sich erspart und die Glaubwürdigkeit der studentischen Reformbemühungen wäre erhalten geblieben.

LIBERALER STUDENTENBUND DEUTSCHLAND
Hochschulgruppe an der FU

Hans Frey

-2-

28.11.1967:
An der FU Berlin findet eine VV am OSI statt zur Diplomprüfungsordnung (DPO) bzw. zur Studienreform.
Q: Siepmann, H.-J.: Protokoll der Vollversammlung vom 28.11.1967, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Protokoll der Vollversammlung vom 28.11.1967

Ort: Otto-Suhr-Institut, Hörsaal A/B
Zeit: 28.11.1967, 13 - 17 h
Vorsitz: Rolf Niemann (Vorsitzender des Ältestenrates)
Protokoll: Hans-Joachim Siepmann

1. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung, deren einziger Punkt "Beratung über die Diplomprüfungsordnung" einstimmig in "Beratung über die Studienreform" umbenannt wurde, antwortete Herr Prof.Dr. Schwan auf einen Brief des Ältestenratvorsitzenden Niemann. Darin sind dem Direktorium des Hauses acht Fragen gestellt worden, die sich auf den Vorlesungsplan für SS 68 und auf die finanzielle, juristische und faktische Stellung des OSI an der FU bezogen.

2. Das studentische Mitglied der Paritätischen Kommission (PK), Herr Falter, gab seinen Austritt aus dieser Kommission bekannt und begründete ihn mit dem Vorgehen der ad-hoc-Gruppe gegen die Arbeit der PK und mit seiner bevorstehenden Diplomprüfung.

3. Die Herren Schulte und Funke erläuterten die Vorstellungen der ad-hoc-Gruppe, die eine neue Diplomprüfungsordnung (DPO) in den größeren Rahmen von Studien-, Hochschul- und Gesellschaftsreform gestellt sehen will. Gegen eine Modifizierung der gegenwärtig gültigen DPO sei dann nichts einzuwenden, wenn das ausdrücklich nur als Übergangslösung angesehen werde und auch in Zukunft eine permanente Diskussion zwischen allen Beteiligten über die Probleme des Studiums am OSI erfolge. Die ad-hoc-Gruppe betrachte die geplante Modifikation zwar als wichtiges Anliegen, messe ihr aber keine zentrale Bedeutung zu.

4. Für die PK sprachen die Herren Prof. Schwan und Dr. Skuhr. Grundsätzlich wurde die Aktivität der ad-hoc-Gruppe begrüßt, da dadurch eine Auseinandersetzung der Studentenschaft mit ihrem Studium erzielt worden sei. Auch für die PK stelle die Modifikation der geltenden DPO nicht die angestrebte Reform dar. Heftige Kritik jedoch wurde am Vorgehen und an Äußerungen einzelner Mitglieder der ad-hoc-Gruppe und der Gruppe ins-

gesamt geübt und der Inhalt der bisher veröffentlichten Studienreformpaper teilweise als unwissenschaftlich disqualifiziert. Herr Weghorn gab dazu eine Gegendarstellung, doch vertagte die Vollversammlung eine weitere diesbezügliche Diskussion auf die Wahlvollversammlung am Donnerstag, den 30.11., da die Auseinandersetzung den Rahmen der Tagesordnung sprengte.

5. Der 1. Fachschaftssprecher, gleichzeitig Mitglied der PK, Herr Rininsland, stellte den Antrag auf Modifikation der DPO in bestimmten Punkten (s. unten), der von der Vollversammlung mit einer Gegenstimme angenommen wurde.

6. Die modifizierte DPO wird der Lehrstuhlinhaberbesprechung als Empfehlung der Vollversammlung überwiesen.

R. Niemann
(Präsident der Vollversammlung)

H.-J. Siepmann
(Protokoll)

I. Antrag Rininsland:

Die Vollversammlung beauftragt die Fachschaftsvertretung, sich auf der Lehrstuhlinhaberbesprechung am 2.12.67 in folgendem Sinne einzusetzen:
Die Studentenschaft am Otto-Suhr-Institut ist nicht der Meinung daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt und beim Stand der laufenden Diskussion der von der Paritätischen Kommission (PK) vorgelegte Entwurf verabschiedet werden kann.
Die Studentenschaft schlägt der Lehrstulinhaberbesprechung vor folgenden Weg zu gehen:

1. Die Verabschiedung einer neuen Diplomprüfungsordnung (DPO) wird zurückgestellt.
2. Die bestehende DPO wird in folgenden Punkten abgeändert:
   a) Verlängerung der Abgabezeit der Diplomprüfungsarbeit von sechs Wochen auf drei Monate.
   b) Das Ergänzungsfach "Neuere Geschichte" in der Diplomprüfung fällt weg.
   c) Wissenschaftstheoretische Methoden sollen bereits im Grundstudium in Übungen diskutiert werden.
3. Für die Neufassung der DPO wird es notwendig sein, der begonnenen Diskussion breiten Raum zu gewährleisten. Über die Formen dieser Diskussion möchte die Fachschaftsvertretung nach weiteren Vollversammlungen noch diesem Semester der Lehrstuhlinhaberbesprechung eine Konzeption vorschlagen.

II. Antrag Quassowski:

Die Vollversammlung beauftragt die Fachschaftsvertretung, den beschlossenen Antrag über Änderung der alten DPO nicht als einzige und ausschließliche Änderungswünsche der Vollversammlung zu betrachten und auf der Lehrstuhlinhaberbesprechung zum Ausdruck zu bringen, daß ggf. weitere konkrete Änderungswünsche folgen.

29.11.1967:
An der LMU München gibt die Münchner Wahl Gemeinschaft (MWG) ihren 'MWG-Kurier' heraus mit dem Leitartikel "Der frische Wind in der Münchner Hochschulpolitik" zum ab Juni durch die MWG gestellten AStA.

Weitere Artikel sind:
- "Die Antis" zu CSU, MSU und RSD;
- "Kritische Universität - Praktische Hochschulpolitik" zur KU;
- "Bildungssystem und Wirtschaft";
- "Wer finanziert die MWG?";
- "Zur sozialen Lage der Studenten";
- "Ausländer in der BRD" zu den ausländischen Studenten;
- "Kiesingers geistig-seelischer Besitz";
- "Anpassung oder Widerstand?";
- "Die MWG an den Fakultäten";
- "Sensationell: Mao steht voll hinter AStA und MWG" mit einem fiktiven Briefwechsel und nebenstehender Werbung des Trikont Verlags für 'China im Bild' und 'Peking Rundschau'; sowie
- "Test: Sind Sie der typische MWG-Wähler?".

Anzeigen werben auch für den DGB und die SPD.
Q: MWG-Kurier, München 29.11.1967

MWG-Ku

Mittwoch, 29. November 1967

Die Antis

Der AStA ist für die Liebe. Er macht Anti-Baby-Pillen zugänglich. Die Rechten (CSU, MSU, RSD usw.) sind dagegen. Hier und andernorts. „‚Mit Antibabypillen soll der Widerstand der Studentinnen gegen die kommunistische Infiltration und Subversion gebrochen werden.' Aufruf einer ‚Jungen National-Union' an der Frankfurter Universität gegen den ‚Terror der Linksradikalen'." (FR 24. 6. 67)

Der Geifer der Entrüstung dürfte von dem Wasser kommen, das einem im Munde zusammenläuft, wenn einem der Schnabel sauber bleiben muß (‚Anstand muß sein!'). Die Ambivalenz der Entrüstung geht bei der MSU so weit, daß sie den Text eines unpolitisch-pubertären Ulk-Flugzettels zur Immatrikulationsfeier selbst in vieltausendfachem Eigendruck verbreitet — zum Zweck des Anstoßnehmens über den „beschämenden Vorfall", versteht sich.

Statt verschämt-lüstern ist der DENKZETTEL Nr. 2 verdrückt-aggressiv. „Der Kopp muß rollen!", heißt es dort mit unterschwellig raunendem Appell an das Volk der Dichter und Henker. Vielleicht sollte auch der „Denkzettel für die MWG" am liebsten mit Knüppeln oder Säbeln verabreicht werden . . .

Offen appelliert an Aggressions- und Destruktionslust der RSD, getreu der den Helm eines GIs in Vietnam schmückenden Devise „MAKE WAR NOT LOVE" (FR 23. 9. 67). „Krieg" und „Militärputsch" lauten die programmatischen Blickfänge der bunten RSD-Flugblätter. „Krieg als Mittel der Politik ist durch das Völkerrecht bislang nicht zweifelsfrei verboten", jubelt das erste. Das zweite scheint zu trauern: „Militärputsch als Therapie gegen Linksbewegungen (nach griechischem Muster) ist deutschen Verhältnissen nicht adäquat." Gemeint ist: noch nicht. Wenn wir erst die Notstandsgesetze haben . . .

„Daß AStA-Gelder für Anti-Notstandspropaganda verwendet werden", moniert konsequenterweise der DENKZETTEL Nr. 2. Denn „da sich der Konvent innerhalb der Befugnisse der Studentenvertretung zu halten hat, haben nur Fragen der Hochschulpolitik auf seinen Sitzungen Platz", lautet die MSU-Losung (Wir nehmen Stellung, S. 13 unter „6. Tagespolitik"). Ob die Liebe noch unter „Fragen der Hochschulpolitik" fiele? Wenn es nach den sexualfeindlichen Aggressionsverherrlichern von rechts geht, si-

Der frische

Münchner H

Als im Juni 1966 ein neuer AStA die fast fünfjährige Herrschaft der RCDS und der Korporationen (heute unter dem Namen MSU auftretend) beendet hatte, stand die Münchner Studentenvertretung vor einem Neubeginn.

Aktuellstes Thema war das Bayerische Hochschulgesetz. Der AStA entschloß sich zu öffentlichem Protest unter Mitwirkung aller Studenten. 10 000 Studenten folgten dem Aufruf zur Demonstration. Der Erfolg blieb nicht aus, da unter maßgeblicher Beteiligung des Münchener AStA ein ausführlicher Gegenentwurf ausgearbeitet und als Petition dem Landtag und der Öffentlichkeit übergeben worden war.

Die folgenden Diskussionen mit dem Senat der Universität über das Hochschulgesetz und die beginnenden Studienreformmaßnahmen zeigten der Münchner Wahlgemeinschaft (MWG), die maßgeblich im AStA vertreten war, daß

1. man nicht ohne sorgfältige wissenschaftliche Analysen auskommen konnte und wissenschaftliche Ergebnisse in der Arbeit der Studentenvertretungen immer mehr die persönlichen Erfahrungen rücktreten lassen müssen
2. man die unpolitische T nung der Hochschulpolitik der Gesellschaftspolitik mehr aufrechterhalten ko

Die Münchner Wahlgem schaft (MWG) entschloß sic her zur Gründung eines wis schaftlich arbeitenden schulpolitischen Arbeitskre Im Februar 1967 traf man das erste Mal u. begann sic Hand der aktuellen praktis Themen (Das Thema „V sungsrezensionen" stand am

Kritische

Pra

Die Unzufriedenheit mit Studienbetrieb an unseren schulen nimmt immer meh Ein nicht mehr zu realisi der Wissenschaftsbegriff mangelnde Kapazitäten ma Form und Inhalt der akad weise zu einer Farce. Da veau sinkt ständig.

Mit Hilfe kritischer Reze

Bildungssystem und Wirtschaft

Wer in Wochen denkt, sät Gras,
Wer in Jahren denkt, pflanzt Bäume,
Wer in Jahrzehnten denkt, erzieht Menschen.

Gib einem Hungernden einen Fisch, so wird er einmal satt;
Lehre den Hungernden fischen, so wird er immer satt werden.

Chinesische Sprichwörter

Die Wirtschaft der Bundesrepublik wuchs in der Zeit zwischen 1950 und 1962 um durchschnittlich 7,3 Prozent pro Jahr. Man nannte diese rasante Wirtschaftsentwicklung das Wirtschaftswunder. Der Rückgriff auf den Wunder-Mythos schien die Analyse des Wachstums überflüssig zu machen, bis Verlangsamung der Wachstumsraten, konjunkturelle Krise (man nennt sie im Stile von Touropa-Reiseprospekten allerdings „Talsohle der Konjunktur"), Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Mangel an qualifizierten Fachkräften, „technologische Lücke" zwischen Westeuropa und den USA zu Fragen nach den Aussichten der wirtschaftlichen Entwicklung der BRD veranlaßten. Die Aussichten sind nicht günstig. In allen mittelfristigen Prognosen der EWG oder OECD für die Zeit bis 1970 und danach rangiert die Bundesrepublik bezüglich der Wachstumsraten hinter Frankreich oder Italien.

Das hat unmittelbare Folgen für die westdeutsche Wirtschaft: Die günstige Weltmarktposition ist gefährdet und verlangsamtes Wirtschaftswachstum heißt unter Umständen auch: permanenter Bodensatz von Arbeitslosen mit den daraus resultierenden sozialen und politischen Problemen.

Bildung als Wachstumsfaktor

Nachdem schon Georg Picht die „deutsche Bildungskatastrophe" prophezeit hatte, Wissenschaftsrat und Kultusministerkonferenz die prekäre Situation im Bildungssystem analysiert hatten und insbesondere Hildegard Hamm-Brücher hierzulande auf den Bildungsrückstand gegenüber anderen Staaten aufmerksam gemacht hatte, begann man immer mehr, Bildung als einen wirtschaftlichen Wachstumsfaktor zu betrachten.

Diese Betrachtung war aber zumindest von seiten der Bundesregierung einseitig. Im „Forschungsbericht I" heißt es, daß „zwischen einem hohen Stand des Bildungswesens und einem hohen Stand der wissenschaftlichen Forschung ... ein enger Zusammenhang besteht." Wenn also, wie in der „mittelfristigen Finanzplanung" bis 1971 vorgesehen, die Mittel für Wissenschaft und Forschung um durchschnittlich 16 Prozent pro Jahr ansteigen sollen, dann muß auch dementsprechend das Bildungssystem angespannt werden, um die qualifizierten Fachleute für Forschung und Entwicklung zu gewinnen.

Aber Ergebnisse von Forschung und Entwicklung sollen ja in der Wirtschaft anwendbar sein. Dann aber muß das Bildungswesen nicht nur Fachleute für die Forschung heranbilden, sondern entsprechend den technologischen Erfordernissen qualifizierte Arbeitskräfte in allen Wirtschaftsbereichen. Ohne ständige Bildungsanstrengungen ist daher wirtschaftliches Wachstum auf die Dauer nicht möglich. Der Wandel der Qualifikationsstruktur der Arbeit, der vom Bildungssystem ermöglicht werden muß, ist Voraussetzung des wirtschaftlichen Wachstums.

Die Universität ist von dieser Entwicklung besonders betroffen. Sie hat erstens qualifizierte Fachleute auszubilden und zweitens Forschungs- und Entwicklungsergebnisse bereitzustellen. Durch diese Aufgabenstellung ist die Universität in den Wirtschaftskreislauf integriert und je wichtiger sie für das reibungslose Funktionieren des Kreislaufs wird, desto einschneidender werden die Konsequenzen für Struktur, Funktion und Selbstverständnis der Universität und ihrer „Bürger".

Das braucht nicht unbedingt negative Folgen zu zeitigen. Es wäre eine Hochschulreform denkbar, die den ökonomischen

Fortsetzung auf Seite 2

Mit Hilfe kritischer Rezen
nen in Studentenzeitschri
wird zaghaft der Versuch un
nommen, eine neue Form
öffentlicher Diskussion in
Hochschule zu finden. Die a
ritäre Haltung der meisten
fessoren, die Kritik von stu
tischer Seite nicht ertragen
nen, macht leider die Anony
tät der Rezensionen erfor
lich. So sehr die Notwendig
dieser Anonymität einsic
ist, so sehr wird auch dad
die Grenze dieser Form der
tik offensichtlich. Denn ge
die Wiedereinführung des
senschaftlichen Gesprächs
schen Professoren und Stu
ten, und im Augenblick durch
einseitige Form der Dida
die passive Konsumenter
tung des Studenten verhin
wird dadurch nicht erreicht

Richtig ist zweifellos das
zip, Lehrveranstaltungen
wohl in Hinsicht auf ihre F

Wer finanziert di

Wir glauben, daß die Wähler ein Recht haben zu erfahren, teilweise recht aufwendige Wahlkampf gespeist wird, verma Hinweise auch auf „geistige Verbindungen" zu geben.

Die Münchner Wahlgemeinschaft jedenfalls hat im diesjäh
gen:

MWG-Programm
Vervielfältigte Flugblätter (Fachschaftsblätter etc.)
Plakate
Gedruckte Flugblätter „(Zur Sache" 1—5, „Wer ist die MSU?
MWG-Kurier
Porti und Telefonate
Gesamtsumme

Die Einnahmen dagegen betragen:
Anzeigenerlös (DGB, SPD, Luchterhand, Frankfurter Rundscha
kont-Verlag, Libresso-Buchhandlung)
Persönliche Spenden einzelner MWG-Mitglieder (Einnahmen
gen, Fernsehinterviews, Referaten u. ä. von Jendis, Gabler, P
Eigenbeiträge der Kandidaten (33 à 5 DM)
Gesamtsumme

Zur näheren Erläuterung sei nur noch vermerkt, daß die A
teilweise „Unterstützungsanzeigen" sind; das gilt insbesondere
sche Hypobank beispielsweise, die in der MSU-Broschüre gan
im MWG-Kurier zu inserieren.

Schließlich unterstützte die „Gewerkschaft Erziehung und W
indem sie alle MWG-Kandidaten zu einem kostenlosen Woche
lud.

Der frische Wind in der Münchner Hochschulpolitik

Fortsetzung von Seite 1

rechtigte, funktionsdifferenzierte Teilnahme der Dozenten, Assistenten und Studenten an allen Entscheidungen über Universitätsangelegenheiten.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn es der Studentenschaft gelingt, durch Engagement für ihre unmittelbaren Interessen demokratisches Bewußtsein zu entwickeln.

Das demokratische Bewußtsein der Studenten darf jedoch nicht allein das politische Handeln im Bereich der Hochschule prägen, sondern muß zum Bewußtsein der Verantwortung für die gesamte Gesellschaft führen.

Ein „politisches Mandat" im Sinne eines von den hochschulpolitischen Aufgaben der Studentenvertretung isolierten, zusätzlichen Rechtes gibt es nicht; die Interessen der Studenten müssen notwendigerweise im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gesehen und vertreten werden."

Ulf Kadritzke und Reiner Jendis referierten über „Studienreform als Aufgabe der Studentenvertretung", „Hochschulstruktur in der Bundesrepublik" und „Soziale Lage der Studentenschaft". Dabei wurde das Schwergewicht auf die Diskussion gelegt. Man versuchte zu praktizieren, was man forderte: „Abschied von der rein konsumtiven Haltung der Studenten in den Veranstaltungen der Universität wie beim gesellschaftlich-politischen Handeln, das war wohl die wichtigste Forderung, auf die sich die Teilnehmer einigten.

Dies läßt sich jedoch nur dann erreichen, wenn die Studenten an allen Entscheidungen der Hochschule, insbesondere in den Instituten und Seminaren, als gleichberechtigte Partner beteiligt werden. Eine studienbezogene Aufgabenstellung, volle politische Verantwortung, direktes Engagement aller Studenten und ein möglichst vollständiger Konsens zwischen der Studentenschaft und ihrer Vertretung, vermittelt u. a. durch eine umfassendere, vor allem fachbezogene Information und durch Urabstimmungen, sind Voraussetzung für die Durchsetzung der studentischen Interessen. Dieses, durch ein hohes Niveau sich auszeichnende Grundsatzseminar (so das Urteil des ev. Studentenpfarrers Joelsen) verspricht, für die kommende Arbeit der Münchner Studentenvertretung wegweisende Impulse zu geben." So schrieb damals die „Information".

Aus den Diskussionen dieses Seminars gingen viele Anregungen für die praktische Arbeit hervor. Bald erschienen die ersten fachbezogenen Informationsblätter (als erstes das der sehr rührigen Germanistenfachschaft). Die Schnellinformationen wurden geschaffen. Mit der Herausgabe einer „Münchner Studentenzeitung" (MSZ) beschritt der AStA einen neuen Weg der Kommunikation zwischen den Studenten und ihrer Vertretung. Öffentlichkeit in allen Diskussionen in der Hochschule und Durchsichtigkeit aller Entscheidungsprozesse wurde zur wichtigsten Forderung der MWG und des AStA. Die Auseinandersetzung um die Öf lichkeit der Senatssitzungen im Wintersemester geführt den.

Im Laufe des Sommers sters schuf sich die MWG grundlegendes Programm z len wichtigen Fragen der H schulpolitik. Sie können es stenlos erhalten in der Libr Buchhandlung, 8 München Türkenstraße 66 und im Tri Café, 8 München 13, Schel straße (Ecke Amalienstraße)

Wer sich für eine Mita im Hochschularbeitskreis MWG interessiert, wende bitte an MWG c/o LSD, 8 chen 13, Barerstraße 46.

Bildungssystem und Wirtscha

Fortsetzung von Seite 1

Bedingungen Rechnung trägt und dennoch ihrer demokratischen und Bildungsfunktion gerecht wird. Ein konkretes Modell ist von Nitsch, Offe, Preuß in der Schrift „Hochschule in der Demokratie" entwickelt worden.

Jedoch gehen die offiziellen Reformpläne — etwa der Vorschlag des Wissenschaftsrates — einen anderen Weg. Er heißt: Erhöhung der Leistungsansprüche, die vor allem von den Studenten zu erfüllen sind. Die stungsansprüche spiegeln inhaltlich genau den W spruch zwischen technologi Erfordernissen der wirtsch chen Entwicklung und den mühen, überkommene schaftsstrukturen in Unive und Gesellschaft zu erh Das wird zum Beispiel deutlich, daß die Effizien Bildungssystems am Krit des Arbeitsmarktes gem wird.

Ausbildung und Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt ist den Prinzipien privater (ökonomischer) Machtausübung unterworfen. Daher ist vom Arbeitsmarkt als Mittler zwischen Universität und Wirtschaft nicht zu erwarten, daß auf ihm Qualifikationen nachgefragt werden, die jenseits des geforderten technisch-funktionalen Wissens kritisch telligenz verkörpern und Prinzipien oligarchischer schaftsausübung in Frage st

Die Ausrichtung des Bild systems auf die Nachfrag Arbeitsmarktes findet dah Pendant in der Struktur de dungssystems. Die für das

Deutscher Gewerkschafts-Bund

Die gesellschaftlichen Aufgaben, die aus den Erkenntnissen der Wissenschaften und der
soziale Kulturpolitik zu bewältigen. Unsere Gesellschaft bedarf zu ihrem Bestehen und
Forschung können nur dann ihrer Bedeutung und den ihnen gestellten Anforderungen
zielle Mittel für die Wissenschaftsförderung aufwenden, als das bisher geschehen ist.
Bundesländergrenzen hinausgehenden Planung.

Die bestehenden Hochschulen sind ausz
fordernissen zu errichten.

Deshalb ist die Vermehrung der Lehrstü
licher Hilfskräfte erforderlich.

Allen zum Studium Befähigten ist der Z
renden aus Arbeitnehmerfamilien muß d

Durch eine Reform des Prüfungs- und
namischen Industriegesellschaft Rechnu

Das Hochschulstudium muß gebührenfr
den.

Die studentische Selbstverwaltung ist w

Unser Bildungs- und Erziehungswesen genügt weder den gegenwärtigen noch den
dringliche Aufgabe.

Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) 1963

Zur sozialen Lage der Studenten

Nach den Vorstellungen der staatlichen Stellen, die für die Richtlinien der Stipendien zuständig sind, soll ein Student mit 290 DM im Monat auskommen. Auch die Amtsrichter, die in — allerdings sehr seltenen — Klagen von Studenten gegen ihre Eltern wegen der Unterhaltspflicht zu entscheiden haben, gehen in der Regel von einem Betrag von 250 DM aus; gerade läuft in Warburg ein Prozeß, in dem ein Student seit drei Semestern vergeblich nachzuweisen versucht, daß er mit den ihm von seinem wohlhabenden Vater zugestandenen 250 DM nicht auskommen kann. Dabei hat eine Untersuchung des Deutschen Studentenwerks (DSW), die in diesen Tagen herauskam und wegen der Abhängigkeit des DSW von staatlichen Stellen mit Vorsicht zu genießen ist, immerhin nachgewiesen, daß die Lebenshaltungskosten mindestens 380 DM im Monat betragen. In München liegen sie wegen der überhöhten Zimmermieten und der teuren Netzkarte für die öffentlichen Verkehrsmittel noch höher. Das Durchschnittseinkommen von Berufstätigen der studentischen Altersgruppe liegt bei mindestens 600 DM, wobei nicht vergessen werden darf, daß Studenten zusätzliche Ausgaben für ihr Studium haben (für Studiengebühren allein an die 180 DM im halben Jahr). Der Lebensstandard der Studenten gleicht sich von diesen Voraussetzungen her dem der untersten sozialen Schicht der Gesellschaft an, und bei den einfachsten Bedürfnissen wie Essen und Wohnen wird es deutlich, daß Studenten häufig fast untragbaren Bedingungen ausgesetzt sind (Untermiete, Mensaessen usw.).

Zu dieser schlechten materiellen Versorgung kommt eine völlige Abhängigkeit in nahezu allen Bereichen des Studiums, die der Phrase von der „akademischen Freiheit" Hohn spricht. Die Lage des Studenten ist der des Arbeiters ähnlich, wenn auch Unterschiede in der Bewußtseinslage da sind: der Arbeiter nimmt auch heute noch häufig seine Abhängigkeitsverhältnisse wahr und versteht seine berufsständischen Zusammenschlüsse als politische Organisationen zur Durchsetzung elementarer Rechte, während der Student von seinem politischen Habitus her bereits beim Eintritt in die Hochschule durch die Erziehung im meist bürgerlichen Elternhaus und in der autoritär strukturierten Schule auf Anpassung getrimmt ist und sich die Ersatzbefriedigung der Identifikation mit einer möglichen Führungsrolle in der Zukunft schafft. Daß sich Studenten zusammenschließen, um politische Forderungen wie Mitbestimmung an der Hochschule oder Abbau der Feudalstruktur der Institute durchzusetzen, ist jüngsten Datums und wird selbst in liberalen Kreisen als Radikalismus apostrophiert.

Die Abhängigkeit der Studenten beschränkt sich nicht allein auf ihre Position im Wissenschafts- und Lernprozeß, wo sie weder zwischen Angebotenem echt auswählen können, noch Einfluß auf die Lehrveranstaltungen oder die Forschungsgegenstände haben.

Eine Abhängigkeit übrigens, die der Student selten wahrnimmt, weil er sein Studium als Durchgangsstadium versteh lediglich angebotenes W konsumiert, um dies auf Ve gen unter Beweis zu st Was ihm eher bewußt wir die Abhängigkeit, die er zu friedigung elementarer Be nisse eingehen muß: die f zielle Abhängigkeit. Stipe ten, von den Eltern unterst Studenten und auch — v gleich nicht in dem Maße w beiden ersten — „Selbstfina rer", müssen Abhängigk eingehen, die sich mit der Wissenschafts- und Lernp geforderten Freiheit nicht tragen. Honnefempfänger Schwierigkeiten, wenn si Studium wechseln wollen, wenn sie — die Studienr vorwegnehmend — sich z. Jurist 1 oder 2 Semester m ziologie beschäftigen und

Fortsetzung auf S

Ausländer in der BRD

Unerfreuliche Ereignisse der letzten Monate, die einer großen Anzahl von ausländischen Kommilitonen verschiedener Nationalität zum Teil irreparablen Schaden zugefügt haben, zeigten noch einmal in unmißverständlicher Kraßheit die wirkliche Situation der ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik. Das Prinzip, demnach der ausländische Student als **gleichberechtigt** mit den deutschen Kommilitonen zu betrachten ist, wird seit langem von allen interessierten Stellen als richtig angesehen. Umso mehr erwies die Erfahrung, wie irrational begründet der zweite Teil dieses Leitsatzes ist, nämlich daß die **Gleichberechtigung** durch die **Gleichbehandlung** der ausländischen und deutschen Studenten zu verwirklichen sei.

Die Undurchführbarkeit dieser doppelten Forderung bzw. der Widerspruch, der aus der Gleichsetzung der Begriffe Gleichberechtigung und Gleichbehandlung entsteht, wird durch eine objektive Einschätzung der Situation bzw. durch das Aufzeichnen der zusätzlichen Schwierigkeiten, die der ausländische Student während seines Studiums zu bewältigen hat, nur zu deutlich gemacht.

Im folgenden werden diese zusätzlichen Schwierigkeiten in den entsprechenden Abschnitten der Vorschläge zur Neuordnung der Ausländerbetreuung behandelt.

Die Betreuung (Solidarität oder Partnerschaft nach dem neueren Sprachgebrauch des

eines Seminars, und ist schon des öfteren versucht den. Eine weitgehende A gibt es bereits: Das Fachr ren-Programm, das in d Aachen durchgeführt wurd ausgezeichnete Ergebnisse sitiver Richtung zeitigte. I schiedenen Instituten, Fächer als besonders sch galten, wurden zusätzliche mäßige Assistentenstelle Kultusministerium gene Diese Assistenten (Fachr ren) halten zusätzliche U stunden nur für Ausländ ihre Sprechstunden könn von Ausländern in Anspru nommen werden. Frei Zwischenprüfungen ohne auf das offizielle Prüfu gebnis geben dem Studie die Möglichkeit, sich üb Stand seines Wissens zu mieren und machen ihn d hinaus mit der Prüfungs

Fortsetzung auf

Kiesingers geistig-seelischer Besitz

Kiesingers geistig-seelischer Besitz

In der Bundestagsdebatte über die Studienreform und die Wissenschaftsförderung bezeichnete der Abgeordnete Moersch (FDP) des Kanzlers Besorgnis um die geistig-seelischen Kräfte barsch als Plattheit. Kiesinger erwiderte, daß das, was Moersch für eine Dummheit des Kanzlers ansehe, der geistige Besitz all derer sei, die sich mit den großen Erziehungs- und Bildungsproblemen befaßten.

Nachzulesen in der SZ vom 17. Dezember. Die SZ hat wohl durch die visionäre Gewalt des Vorgebrachten etwas die Orientierung verloren.

Hut ab vor Kanzler Kiesinger! Hat er doch diesen Moersch da avec Elegance glatt ad absurdum geführt. Denn Dummheit ist ja bekanntlich die Unfähigkeit, die Dummheit des andern zu erkennen und eben das hat Herr Moersch vollständig verhauen. Wie konnte er nur den besagten geistigen Besitz mit Dummheit verwechseln?! Kanzler Kiesinger, mit Prudence, hat es gleich begriffen: Eben das ist die Dummheit des Herrn Moersch! Gesagt hat er's natürlich nicht, er ist ja ein Mann des behutsamen Ausklammerns, und da es bei dieser etwas läppischen Opposition sowieso immer irgendwo klemmt, kann er seinem Taktgefühl weiten Spielraum lassen. Und wie parfait er die dräuende Gefahr für den geistig-seelischen Besitz angesichts der Abgeordneten mittels seiner espritzigen Sprachforce gleich deutlich werden ließ! Inevitable wird wohl in kürzester Zeit ein Gesetz zur Erhaltung des geistig seelischen Besitzes verabschiedet werden, weil erstens die Abgeordneten gerne verabschieden, zweitens der Bildungsnotstand solches verlangt und drittens erwiesenermaßen weder Geist noch Seele den Bundeshaushalt und die große Koalition bis jetzt in Difficulté bringen konnten. Daß diese geistig-seelische Verrottung die anfälligsten Gesellschaftsgruppen bereits ergriffen hat, wies Professor Spuler bei der Studentenschaft Hamburg nach: Er empfahl den Kommilitonen wärmstens das KZ, weil sie offensichtlich zur Pflege des geistig-seelischen Besitzes, als da wären Talare, Feierstunden, Bachouvertüren und Gummibäume, nicht mehr zu verwenden seien. Ich hoffe, die Bundesregierung wird diesen Plan sofort aufgreifen, würde doch damit die Erhaltung des geistig-seelischen Besitzes, die Universitäten als Tagungsstätten für die Adenauer-Stiftung und die vernünftige Reduzierung der frechen Studikerhorden gesichert sein.

Während derselben Debatte gab der Kanzler dankenswerterweise einen weiteren Gout seiner aphoristischen Begabung, als er verkündete: „Der Mensch muß stets größer bleiben als seine Werke!" Ich darf dem Herrn Bundeskanzler reinen Herzens versichern, daß er sich da keine unnötigen Sorgen zu machen braucht. Doch wie werden wir die Zukunft, also die Werke unserer Regierung überstehen? „Wir werden die Welt von morgen nur bestehen, wenn wir Menschen bleiben." (Kiesinger) Fürwahr! Das meiste haben wir ja schon beinahe überstanden, die Wiederbewaffnung, die Notstandsgesetze, zwanzig Jahre CDU und bald auch Heinrich Lübke. Frohlocket, wir werden Menschen bleiben. Bliebe nur noch das jüngste Gericht zu überstehen. Ich hoffe aber sehnlichst, daß die Regierung in enger Zusammenarbeit mit dem Vatikan auch noch einen Weltuntergangsfahrplan herausgibt. Man weiß ja nie beim lieben Gott. Bei der CDU weiß man's. — Diese Debatte hat in schonungsloser Offenheit enthüllt, daß die zunächst höchst unverständliche Ansetzung derselben schon ihre tieferen Gründe hatte, was ja aus den Reden leicht zu entnehmen ist. Sie aber, lieber Kommilitone, können Ihren alten Hut getrost wieder aufsetzen. Sie sind noch einmal davongekommen. Gott mit Ihnen und Ihrem geistig-seelischen Besitz!

zusätzlichen Schwierigkeiten in den entsprechenden Abschnitten der Vorschläge zur Neuordnung der Ausländerbetreuung behandelt.

Die Betreuung (Solidarität oder Partnerschaft nach dem neueren Sprachgebrauch des VDS und diverser Betreuungsorganisationen) soll wie folgt neugegliedert werden:

1. Studienbezogene Fachberatung

Die 1967 vom Deutschen Studentenwerk herausgegebene Untersuchung von Oehler und Pabel[1]) zeigt noch einmal, wie schlecht die ausländischen Studenten in den deutschen Hochschulen abschneiden. Sieben Zahlen seien aus der Untersuchung herausgegriffen, die ein ungefähres Bild von der Erfolgsquote der ausländischen Studierenden geben: „Ein Abschlußexamen bestanden 55,5 % der Studierenden der Land- und Forstwirtschaft, 39,2 % der Medizinstudenten, 30,6 % der Techniker, 29,9 % der Naturwissenschaftler, 6,4 % der Kulturwissenschaftler und 3,0 % der Dolmetscher"[2]).

Diese geringe Erfolgsquote, die weit unter der der deutschen Studenten liegt, ist auf viele Ursachen zurückzuführen. Unzureichende Sprachkenntisse, grundsätzlich andere Hochschuldidaktik als im Heimatland, Nichtzusammenschließen in Arbeitskreisen, anders geartete Lern- und Prüfungstechnik — dies sind einige der Gründe des Mißerfolges, wenn man von den psychologischen Ursachen und der ungenügenden Vorinformation im Heimatland absieht.

Diese Gründe einzeln zu analysieren wäre eher die Aufgabe

auf das offizielle Prüfu
gebnis geben dem Studier
die Möglichkeit, sich übe
Stand seines Wissens zu
mieren und machen ihn da
hinaus mit der Prüfungste

Fortsetzung auf S

Anpass

Die bis ins Grab Ge
wollen partout nicht von i
sen, bald jedoch wird es
ihr leidenschaftlichster L
ber gewahr werden, sie
in die Jahre, die gute, ewi
ge alma mater. Zeitgemä
sie werden, meinen ihre
alten, ihre alten neuen Ve
und das heißt doch wo
stungsfähiger. Nach dem
und Trachten ihrer hartnä
Galane soll und will sie
fragen. Längst hat sie ih
schuld verloren. Wie w
zimperlich, auch wenn si
gerne mit der Aura der
ren Dame umgab. Doc
Söhne wurden erwachse
erkannten ihr schlimmes
ben. Sie wurden kritisch b
te Studenten, die sich in ih
der Gesellschaft und de
versität auferlegte Rolle
fügen wollen und könne
sie in ihr teils überflüssig
nen, teils tatsächlich über
sind, Studenten, die ihr S
nicht primär als nun einm
wendige Durchgangsstati
der Reise in den elitären
der Gesellschaft sehen, w
ihnen bereitwillig Amt un
den offeriert, sondern vi
als Suche nach der Wahrh
Gegebenen, die die W

Atheistenklub?

Intelligenzlerverein?

Liberale Verschwörun

Bitte informieren Sie sich selbst über „Die merkwürdigste einigung der Nachkriegsgeschichte" (DER SPIEGEL)

Ich bestelle kostenloses Aufklärungsmaterial über die HU
NISTISCHE UNION (8 München 23, Destouchesstr. 48)

Name, Adresse: .....

.....

Zur sozialen Lage der Studenten

Fortsetzung von Seite 3

halb die Förderungsdauer überschreiten. Von den Eltern finanzierte Studenten müssen in vielen Fällen mit zermürbenden Vorhaltungen oder gar mit Geldentzug rechnen, wenn sie sich politischen Gruppen anschließen oder zeitweise für die Studentenvertretung tätig sind. Auf die unbewußte Beeinflussung in der Studienwahl soll nur hingewiesen werden.

Diese Manipulation des Studenten durch den Universitätsbetrieb führt zum bekannten Ansehen der Studenten in der Öffentlichkeit. Während dem Professor der höchste Prestigeindex zugeschrieben wird, werden Studenten als unreif, unfertig, den Steuerzahlern auf der Tasche liegende Individuen angesehen. Man nimmt einen Studenten nicht für voll und erwartet von ihm, auf bestimmte Dinge zu verzichten, die man einem gleichaltrigen Berufstätigen ohne weiteres zubilligt (z. B. Heirat).

Daß sich die Studenten deshalb in meist ständischen, von elitärem Bewußtsein umflorten Gruppen zusammenschließen, ist bei dieser Lage nicht weiter verwunderlich, wobei ein zweiter Grund entscheidend dazu beiträgt: die Studenten kommen zu über 90 Prozent aus den mittleren und oberen Gesellschaftsschichten, während gerade die stärkste Gruppe der Bevölkerung, die Arbeiter, nur zu 5 Prozent vertreten sind.

Diese Sozialstruktur der Studentenschaft führt zu einer bedenklichen Erscheinung: die Universität ergänzt sich weitgehend selbst. Die Kreise, die den entscheidenden Einfluß auf die Anlage des Bildungssystems haben, werden es zwangsläufig so anlegen, daß es ihren Bedürfnissen entspricht. Es entstehen deshalb Bildungsbarrieren, durch die die Erfolgsquote von Schülern und Studenten aus unteren sozialen Schichten alarmierend klein bleibt. Die Experimente mit Gesamtschulen haben nachgewiesen, daß gerade soziokulturelle Faktoren (Sprache, Milieu usw.) sich ganz entscheidend auf den Erfolg auswirken und weit mehr über Erfolg oder Mißerfolg entscheiden als die Intelligenz. Wenn aber in der Universität schon bestimmte Schichten unterrepräsentiert sind, ist auch die in einer Demokratie notwendige schichtensoziologische Fluktuation der sogenannten Führungseliten nicht gewährleistet.

Neben den schon erwähnten Gründen (soziale Struktur und Lebensstandard) hat eine nach dem Kriege forcierte Aktivität der Studentenschaft wesentlich zur Isolation von der Bevölkerung beigetragen: die sogenannte soziale Selbsthilfe. Die Studentenvertreter erkannten zwar ihre materielle Misere und waren bereit, sie zu verbessern, aber sie setzten mit ihren Verbesserungen nicht am System an, sondern akzeptierten die Voraussetzungen für ihre Situation und versuchten, mit kleinen Verbesserungen ihre Lage zu erleichtern. Was herauskam, waren Privilegien für Studenten: Studentenreisen, Studentenwohnheime, Studentenbäder, Studentenbälle, Studentenkinos, Studentenkaufstätten. Heute haben sich die Studenten bereits in eine Lage hineinmanövriert, die ihnen soviele Subventionen verschafft, daß eine Forderung nach Erhöhung der Stipendien oft schon nicht mehr als berechtigt angesehen wird. Die Studentenvertreter verstanden sich mehr als ständische Lobby, denn als Teil der Gesellschaft. Die Sozialreferenten sahen ihre Aufgabe in der Beratung über vom Staat ohne ihren Einfluß erlassene Richtlinien und Bestimmungen und in der Forderung nach zusätzlichen Sonderrechten oder der quantitativen Änderung von Förderungssrichtlinien. Bis heute hat der Verband deutscher Studentenschaften seine Initiative in der Ausbildungsförderung — vorgebracht in diesem Jahr bei der „Aktion 1. Juli" mit einem Riesenaufwand von Werbemitteln und Demonstranten — auf formale Forderungen beschränkt: Erhöhung des ausgezahlten Betrags und bundeseinheitliche Regelung. Die einzige Universität, die bei dieser Aktion vor fünf Monaten weitergehende Forderungen gestellt hat und den Abbau der studentischen Selbsthilfe und dafür die Einrichtung einer familienunabhängigen Ausbildungsförderung forderte, war die Universität München, deren Konvent sich mit lediglich neun Gegenstimmen für die Abschaffung des immer noch praktizierten Subsidiaritätsprinzips aussprach. Auch in der jetzt gebildeten FDP-VDS-Kommission für eine Gesetzesvorlage zur Neuregelung der Ausbildungsförderung konnte sich die Spitze der Studer nicht zu einer grundsätzlic Reform der alten Förderungs xis entschließen. Möglich, der VDS fürchtet, unglaubwü zu werden, wenn er einers nach Subventionen für die denten ruft und andererseits ne Angleichung ihrer Lage die der übrigen Bevölker verlangt.

Daß die Abhängigkeitsverh nisse der Studenten nicht al durch eine familienunabhän Ausbildungsförderung abge werden können, ist klar; wes lich muß dazu eine Reform Struktur und des Inhalts Universität beitragen. Aber Enrichtung einer völlig ne Förderung und der dadurch n liche Abbau der Sonderpri gien wäre eine wesentliche aussetzung für die Überwind der Isolation der Studenten der Gesellschaft.

Ausländer in der BR

Fortsetzung von Seite 3

vertraut. Die diese Kurse besuchenden Ausländer haben im Durchschnitt bessere Ergebnisse als ihre deutschen Kommilitonen des selben Semesters erreicht. Diese Hilfe geht bis zum Vordiplom. Ein solches Programm haben die Westdeutsche Rektoren-Konferenz (Aktenzeichen XLVI/4 f) [3]) und der VDS befürwortet.

2. Gesellschaftsbezogene Betreuung

Sie kann in Form von Vorträgen, Seminaren, Arbeitskreisen stattfinden, wobei zu bemerken ist, daß eine propagandistische Ausnützung scharf abgelehnt werden muß.

3. Kulturelle Betreuung

Wiederum in Form von Vorträgen, aber auch in der Form von Studienreisen zu befürworten. Reisen jedoch und Gesellschafts- oder Tanzabende, die einzig die Unterhaltung der Teilnehmer bezwecken, wie heute ziemlich üblich, sind wenig sinnvoll.

4. Rechtshilfe und finanzielle Unterst zung

Wir sollten uns im klaren daß der ausländische Stud der in der BRD studiert, ents den mehr Schwierigkeiten überwinden hat als der deut Kommilitone. Wenn wir von schon erwähnten Schwierig ten (direkt innerhalb der H schule) absehen, ergeben aus seiner Eigenschaft als dent im Ausland eine Reihe derer Situationen, mit denen der deutsche Student nicht z fassen braucht. Das Geldü weisen von seinem (des Au ders) Heimatland ist keines immer einfach, die Erfüllung Auflagen für das Erreichen Aufschubs vom Militärd geht nicht so glatt wie der BRD, die Beibehaltung ses Aufschubs ist sehr schw und allein von der jeweil politischen Situation abhä die Befreiung vom Militärd in den meisten Fällen gar möglich. Das „Unter-die-A greifen" in einer mo

SOZIALDEMOKRATISCHE

PARTEI

DEUTSCHLANDS

SPD

AUS DEM GODESBERGE

Wissenschaftliche Forschu
sind der Öffentlichkeit zugä
für Forschung und Lehre mü

Der Staat hat Vorsorge
Schaden der Menschheit miß

Ein unabhängiger Forsch
schung helfen, jeweils vord
der Förderung wissenschaft
Wissenschaft ausgenommen

Die Bewältigung der poli
sich entwickelnden Industr
Freiheit in ihr verlangen den
Menschen und der Gesellsc
an Intensität dem entsprech
und Technik geleistet wird.

Freiheit und Unabhängigk
schulen können aber nicht is
und sollten darum mit ande
insbesondere mit den Einri
beiten.

Eine großzügige Förderu
Ausbildung sichern. Allen S
schaftliche Grundbildung ve

Ein modernes Bildungsw
Wissen, Urteilsvermögen u
erziehung zu erwerben und
im demokratischen Staat un

Die MWG an den F

1. Philosophische Fakultät

Auf die katastrophalen Studienverhältnisse in den Massenfächern der Philosophischen Fakultät braucht nicht mehr hingewiesen zu werden; eine Studienabbruchquote von etwa 55 Prozent, eine Durchfallrate von 40 Prozent im Staatsexamen, eine Durchschnittsstudiendauer von 13 Semestern für Lehramtskandidaten und eine noch längere für Doktoranden — dies alles ist schon seit langem bekannt. Auch die Folgen für den einzelnen Studenten und die Gesellschaft: Fehlinvestitionen von Zeit und Geld; ständige psychische Belastung; Unmöglichkeit, den Bedarf an qualifizierten Akademikern, insbesondere Lehrern, zu decken, weil diese zu lang an der Universität zurückgehalten werden.

„Die bisherige Ausbildungspraxis kann sich — von Oberflächenkorrekturen abgesehen — weiter fortschleppen. Man kann sich auch der reinen Effektivitätsforderung im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrats unterwerfen, die der Mehrheit der Studenten zwar ein kürzeres Studium bringt, aber keinen Zuwachs an fachlicher Fundierung, kritischem Überblick, Freiheit von repressiver Didaktik. **Die einzige Alternative ist ein umfassender Prozeß der ‚Selbstreflexion' (Habermas) aller am Wissenschaftsbetrieb beteiligten Personen — Studenten, Mittelbau, Professoren — mit dem Ziel einer Veränderung der inneren Strukturen"**, heißt es dazu im Programm des Germanistischen Arbeitskreises, der von MWG-Mitgliedern und ihnen nahestehenden Assistenten initiiert wurde.

Freilich, dieser Prozeß der Selbstreflexion kann nur langsam in Gang gesetzt werden — dazu dienen Vorlesungs- und Seminarrezensionen, Vollversammlungen, auf denen Form und Inhalt des Studiums eingehend diskutiert werden, dazu dienen kritische Arbeitskreise wie der eben genannte. Am Ende dieses Prozesses könnte etwa ein Studium stehen wie das hier skizzierte:

Dezentralisierung der Proseminare in kleine Gruppen, die sich wöchentlich treffen und ein begrenztes Thema aus dem Seminar unter Anleitung älterer Studenten gemeinsam bearbeiten. Alle 2—3 Wochen eine Plenarsitzung, auf der die protokollierten Arbeitsergebnisse vorgetragen und diskutiert werden. Der Assistent oder Dozent hat die Aufgabe, die Arbeit der einzelnen Gruppen zu koordinieren und auf verschiedene methodische Ansätze hinzuweisen. Am Ende des Semesters werden im Plenum die Ergebnisse zusammengestellt und ungelöste Probleme herausgearbeitet, außerdem über Zuverlässigkeit und Brauchbarkeit der benutzten Literatur berichtet. Während der Ferien erarbeitet ein Team mit Vertretern jeder Gruppe eine Rezension des gesamten Seminars, die, wie die Arbeitsprotokolle, jedem Teilnehmer zugestellt wird. Nach etwa vier bis fünf Semestern ist der Student in der Lage, mit Hilfe des auf diese Weise angeeigneten methodischen Grundwissens und unter Beratung eines Dozenten eine eigenständige längere Arbeit über ein Thema seiner Wahl anzufertigen. Diese Arbeit soll ihm, zusammen mit einer Prüfung über die in den Proseminaren behandelten Gebiete, die Einschätzung seiner wissenschaftlichen Qualifikation ermöglichen. Im nun folgenden Hauptstudium leitet der Student selbst Anfängergruppen, erweitert sein Wissen durch den Besuch von Vorlesungen, die mit den neuesten Forschungsproblemen vertraut machen, und nimmt an Hauptseminaren teil, die ähnlich organisiert sind wie die Proseminare, in denen das Hauptgewicht jedoch auf gemeinsamer Forschung liegt.

Eine solche Studienorganisation setzt voraus:

1. **„Exemplarisches" Studieren;** d. h. Aufgabe des Studiums ist weniger das Anhäufen von Faktenwissen als der Erwerb der zum wissenschaftlichen Umgang mit dem Stoff nötigen methodischen Fähigkeiten; entsprechende Änderung der Prüfungsordnungen.
2. Weitgehende **Einschränkung des Vorlesungsbetriebs** zugunsten von Übungen und Seminaren.
3. **Aufhebung der strikten Trennung von Forschung und Lehre, von Lehrenden und Belehrt-werdenden** zugunsten einer gleichberechtigten Zusammenarbeit aller am Wissenschaftsprozeß Beteiligten.
4. **Befreiung insbes. der Assistenten von reinen Verwaltungsaufgaben.**
5. **Beseitigung aller wissenschaftsfremden Abhängigkeiten** auf seiten der Studenten wie der Dozenten (Verlagsinteresssen).
6. **Verstärkte Bildungsinvestitionen** statt restriktiver Studienbeschränkungsmaßnahmen (Zwischenprüfung, Zwangsexmatrikulation).

Flavien Bihina-Bandolo
Eberhard Büssem, ehem. AStA-Vorsitzender, Mitglied der historischen Fachschaft
Volker Dahm, Redakteur der MSZ
Peter Engel, Mitglied der historischen Fachschaft
Hermann Friedrich Kopp, AStA-Pressereferent, Chefredakteur der MSZ, Mitglied des Germanistischen Arbeitskreises
Thomas A. Kuby
Roman Ritter, Polit. Referent des AStA, Redakteur der MSZ, Mitglied des Germanistischen Arbeitskreises
Otto-Friedrich Schlemper, Redakteur der MSZ
Amélie Schlüter, Mitglied der psychologischen Fachschaft, Kandidatin für das Amt des Fachschaftssprechers
Linda de Vos

Die Mißstände im Lehrb
der Universität sind offen
lich. Die Fakultät platzt au
Nähten. Die Studenten s
den Anforderungen der za
chen Fächer meist hilflos g
über. Mehr als 70 % err
ihr Examen nur über den
titor.

Die bisherige Fakultätsv
tung (MSU) war nicht i
Lage, diese Mängel auch n
erkennen (siehe Fachscha
tigkeitsbericht).

Die Hohe Fakultät sah
nur in Verwaltungsmaßna
(z. B. Zwangsexmatriku
Zwischenprüfungen zum
ausprüfen", Numerus Cl
Möglichkeiten einer „Refo

Zu diesem wichtigsten
blem der Fakultät liegt kei
gene Stellungnahme der
tätsvertretung vor.

Die Kandidaten der Mür
Wahlgemeinschaft bemühe
um die Ausarbeitung des
wendigen Entwurfs zur St
reform. Dabei sind unsere
vorstellungen:

3. Staatswirtschaftliche Fakultät

Eine Prüfungsordnung (sei es Diplom- oder Zwischenprüfung) ist eine zu ernste Sache für jeden von uns, als daß sie vom Fakultätssprecher allein im stillen Hinterstübchen mit den Professoren ausgehandelt werden sollte. Wir sind der Meinung, daß die Studenten in dieser und in allen anderen Fragen nicht nur das Recht zu einer rechtzeitigen und umfassenden Information haben, sondern auch z. B. auf Vollversammlungen den Studentenvertretern Richtlinien für ihre Verhandlungen geben sollten.

Der Münchner Wahlgemeinschaft (MWG) angehörende Fachschaftssprecher haben bereits Studiengruppen eingerichtet (zu denen wir sie hiermit auch einladen wollen), um Mißstände und Unzulänglichkeiten an unserer Fakultät aufzudecken und Vorschläge zu ihrer Behebung auszuarbeiten. Zum Beispiel:

- Studiengruppe „Modernisierung der Lehrveranstaltungen" der Volks- und Betriebswirte.
  Diese Gruppe beschäftigt sich u. a. mit den Fragen: Sind die von der Universität angebotenen Vorlesungen, Übungen, Seminare ausreichend (hinsichtlich der Themenauswahl und des wissenschaftlichen, pädagogischen Inhalts)? Im welchem Verhältnis stehen Vorlesungsangebot zu Form und Inhalt bzw. Benotung der Klausuren? Welche neuen Organisationsformen für Übungen und Seminare könnte man einführen, um mehr Studenten eine produktive Mitarbeit zu ermöglichen?
- Studiengruppe „Numerus Clausus" der Soziologen.
  Wegen angeblich drohender Überfüllung des Instituts rufen die Ordinarien nach einem Reglement, das nur durch fundierte Vorschläge der Fachschaft unseren Interessenten angepaßt werden kann.
- Studiengruppe „Verbesserung der Examensbedingungen" der Volks- und Betriebswirte. Die Gruppe bereitet u. a. eine Fragebogenaktion unter den Absolventen der letzten Jahre vor, um ein genaues Bild der Prüfungsschwierigkeiten zu erhalten (z B. ist die juristische Ausbildung in Vorlesungen und Übungen im Verhältnis zu den Prüfungsanforderungen unzureichend, die Benotung durch Professoren der jur. Fak. unseren Maßstäben nicht angepaßt).

Neben der Beseitigung von Mängeln im Lehrbetrieb sehen wird es auch noch als Aufgabe der Fachschaften an, eigene Initiativen zu ergreifen auf Gebieten, die von der Universität vollständig vernachlässigt werden:

- Bildung von Arbeitsgemeinschaften zu den Hauptvorlesungen und Übungen,
- Organisation des Wirtschaftspolitischen Forums, um die aktuellen wirtschaftspolitischen Positionen auf Podiumsdiskussionen darzustellen und in der Diskussion zu prüfen,
- Unterstützung des AIESEC-Komitees, das den internationalen Praktikanten-Austausch vermittelt,
- Organisierung eines Arbeitskreises der Soziologen über den vom Institut ausgeklammerten Methodenstreit.

Joachim Jaudas, 3. Vorsitzender des AStA und Finanzreferent
Fred Hänle
Erich Langmantel, Fachschaftssprecher der Volkswirte
Klaus Lauber, Mitglied im Arbeitskreis „Numerus Clausus"
Rolf Pohle, 1. Vorsitzender des AStA
Horst Przytulla, Ausländsreferent im AStA
Sigrid Sperk, Beauftragte für das Wirtschaftspolitische Forum
Reiner Jendis, Mitglied im Hochschulausschuß des VDS

Naturwissenschaftliche Fakultät
Medizinische Fakultät

Über die ausführlichen Programme der MWG für die Naturwissenschaftliche und die Medizinische Fakultät informieren unsere Fakultätsblätter. Es kandidieren für die MWG an der **Naturwissenschaftlichen Fakultät:**
Rainer Born
Dietrich Gabler, Hochschulreferent und Senatssprecher der Studentenschaft
Horst Gottfried
Helena Kaimaki
Alfred Schrempf, Konventspräsident
Peter Steinberg
Jürgen Teichmann, Dipl.-Phys., ehem. Kulturreferent des AStA;
an der **Medizinischen Fakultät:**
Jürgen Klingelhöfer
Matthias Richter
Wilhelm Ritthaler

P
LI
München 13

Sensationell:

Mao steht voll hinter AStA und MWG

Der AStA der Universität München hat sich, schon um Verdächtigungen und Diffamierungen von gewissen konservativen Kreisen entgegenzuwirken, dazu entschlossen, den Studenten, deren Interessen er vertritt, Einblick auch in interne Aktivitäten zu geben. Keine Geheimdiplomatie, keine unkontrollierbaren Machenschaften — das ist einer der Grundsätze der amtierenden Studentenvertretung. Die Studenten sollen wissen, daß auch Persönlichkeiten von geradezu historischer Bedeutung an den Problemen der Münchner Studentenschaft Anteil nehmen. Wir veröffentlichen einen Auszug aus dem Briefwechsel zwischen dem politischen Referat des AStA und dem großen Vorsitzenden Mao Tse-tung, der rötesten Sonne in unserem Herzen.

An den großen Vorsitzenden 5. 10. 67
Mao Tse-tung pol. Ref.
den größten Marxisten-Leninisten
den großen Steuermann
den großen Lenker und Lehrer
den Größten

Lieber Mao,

gestatte mir, auch diesmal jene Anrede zu gebrauchen, die unserer jahrelangen freundschaftlichen Verbundenheit entspricht, obwohl dieses Schreiben nicht nur Privates, sondern auch eine mehr offizielle Bitte an Dich enthält. Zuerst aber möchte ich Dir, röteste Sonne in meinem Herzen, danken für die prompte Übersendung der von uns so sehnlichst erwünschten Plaketten. Ich glaube, daß vor allem die mit der Aufschrift „MAO vor noch ein Tor" und „Ma-o Ma-o Ma-o haut den Springer ka-o" ein echtes Bedürfnis der Anhänger Münchner Fußballvereine und der revolutionären Studenten befriedigt. Ich bin sicher, daß bald von vielen Rockaufschlägen revolutionäres Bewußtsein in die unterdrückten Klassen ausstrahlt. Auch danke ich Dir für das Wort, das Du mir neulich persönlich gewidmet hast, um mein politisches Bewußtsein zu stärken: „Die Revolution ist wie ein Radieschen, innen nahrhaft und außen rot". Ich habe über dieses Wort, das wie eine geistige Atombombe auf mich wirkte, lange nachgedacht, und ich gestehe Dir, es hat meinem Leben einen neuen Sinn gegeben.

Nun aber zu meiner Bitte: es finden hier in Kürze die Wal zum neuen Konvent statt. Könntest Du nicht ein paar aufmunter und revolutionäre Worte an die Münchner Studentenschaft rich damit diejenigen Studenten, die noch sehen und hören, wis welchen rechten Weg sie zu gehen haben, und damit in allen He endlich die röteste Sonne aufgeht?

Nimm doch ein kleines erfrischendes Bad im Yang-tse-kiang sprich.

Mit maoistischen Grüßen
Ro-man-Ri

An den großen AStA der Universität München die rötesten Sonnen in meinem Herzen die großen Steuermänner die großen Lenker und Lehrer

Mao Tse-tung
Vorsitzender
Peking
Volksrepublik China

Liebe Genossen!

gern erfülle ich Euch Eure rote Bitte. Der große Vorsitzende erk

Revolutionäre Münchner Studentenmassen!

Ich erkläre mich solidarisch mit Eurem antikapitalistischen faschistischen antibürokratischen antiautoritären antirevisio schen antidogmatischen antiimperialistischen antiklerikalen bourgeoisen antiMSUistischen Kampf gegen Unterdrückung Ausbeutung für Frieden und Fortschritt. Haltet hoch das große Banner der Ideen der MWG und Eures großen Vorsitzenden Pohle, der allerrötesten Sonne in unserem Herzen!

Nieder mit der Reaktion, sprecht den Schwarzen roten H

Nieder mit der MSU, hört dem großen Steuermann zu!

Schlitzt dem Strauß die Schwarten, alle Macht den roten Gar

Der große Vorsitzende erklärt:

Nicht nur Tausende von Münchner Studenten, sondern 700 M nen Chinesen stehen hinter den Forderungen der roten Studer garden!

Mit maoistischem Gruß
Mao Tse-tung

PS: Eine Sendung von 20 000 roten Ballonmützen ist unterweg

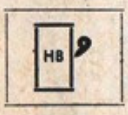
TEST: Sind Sie der typische MWG-Wähler?

Der moderne Mensch braucht Gewißheit. Er stürzt sich nicht aus romantisch-irrationalen Beweggründen in irgendwelche Abenteuer. Keine Experimente — das ist seine Devise. Der moderne Mensch möchte alles genau wissen, vor allem auch, ob und wie er wählt. Eine Gruppe führender Psychologen hat für die Konventswahlen des WS 67/68 einen Test erarbeitet, der auch Ihnen Klarheit verschafft: sind Sie der typische MWG-Wähler?

1. Was ist „Che Guevara"?
   a) ein Kräutertee — 1 Punkt
   b) ein frühneuhochdeutsches Epos — 2 Punkte
   c) ein lateinamerikanischer Revolutionär — 10 Punkte

2. Mit welcher der drei graphischen Chiffren verbinden Sie den Begriff „Fortschrittlichkeit"?

   a — 0 Punkte

   b 

   — 3 Punkte

   c

   — 20 Punkte

3. Halten Sie einen Studenten, der schon im 14. Semester Examen macht, für
   a) geistig zerrüttet? — 1 Punkt
   b) ein 7-Monats-Kind? — 0 Punkte
   c) einen Studenten des Jahres 1970 nach der notwendigen Studienreform? — 9,5 Punkte

4. Was verstehen Sie unter „MSU"?
   a) kenne ich nicht — 10 Punkte
   b) eine Motorradmarke — 15 Punkte
   c) Karnevalsausschuß der Münchner CSU „Macht Schwarzen Ulk" — 20 Punkte

5. Welcher Persönlichkeit würden Sie folgendes große Wort zuschreiben: „Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmög
   massen zum Sieg über
   a) Jesus Christus
   b) Mao Tse-tung
   c) Wilhelm Lübke

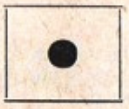
6. (nur für Studenten) Was geschieht, wenn Appetit wünschen?
   a) sie errötet
   b) sie holt Nachschla
   c) gar nichts

7. (nur für Studentinnen) Was geschieht, wenn der letzten Seminarsit
   a) er hat es eilig
   b) er weiß gar nicht,
   c) er beginnt mit Ihne

8. Welche graphische C

   a

   b

   c 

9. Halten Sie die Anred
   a) für die überlieferte
      die einem Dekan z
   b) für eine unverstän
   c) für komisch?

TEST-AUSWERTUNG

100 und mehr Punkte
Sie sind der typische MW
chendem Blick und eine
tionäre Argumente halte
menhänge und Ihrer re
das heißt, Sie versalzen

20—100 Punkte
Sie sind der typische I
bend nach dem Wahrer
genau, was wahr, schön
ist die Hoffnung noch ni

0—20 Punkte
Sie sind der typische M
verklärtem Blick und Pa
jeder Möglichkeit des Fo
schaft beziehen Sie au
Psychologe rät Ihnen: b
batzenbierenbach (120 E

29.11.1967:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt "An die Kandidaten für den 20. Konvent" heraus mit der Einladung zum Wochenendseminar am 2./3.12.1967, dessen Programm bekanntgegeben wird.
Q: AStA FU: An die Kandidaten für den 20. Konvent, Berlin 29.11.1967

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politisches Referat -

1 Berlin 33, den 29.11.1967
Garystr. 20
Tel. 76 90 421

An die
Kandidaten für den 20. Konvent

Liebe Kommilitonen !

Der Allgemeine Studentenausschuß führt am

2. / 3. Dezember 1967

ein Wochenendseminar durch, um allen Kommilitonen die Möglichkeit zu geben, sich über aktuelle Probleme der Studentenschaft zu informieren. Das Seminar findet statt im Klubhaus der FU, Berlin-Zehlendorf, Goethe-Str. 49, und beginnt an beiden Tagen um 11.00 Uhr. Wir bitten Sie sehr herzlich, diese Gelegenheit der Information zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Helmut Giesa
- Referent -

P.S.
Anmeldung ist im AStA-Sekretariat bis 17.00 Uhr, Freitag, unbedingt erforderlich, da wir die Essenzahl im Klubhaus entsprechend bestellen müssen.

b.w.

Programm für das Wahlseminar am
2./3. Dezember 1967

Samstag, 2. Dezember 1967

11.oo Uhr	Bernhard Wilhelmer , 2. AStA-Vorsitzender "Das Berliner Modell - Funktion der Gemeinschaft vo Lehrenden und Lernenden"
13.oo Uhr	Mittagessen
14.3o Uhr	Peter Müller, ehem. AStA-Vorsitzender "Studienreformkommission und Kritische Universität"
16.oo Uhr	Kaffee
16.3o Uhr	Hartmut Häußermann, ehem. AStA-Vorsitzender "Der Hochschulgesetzentwurf und die Forderungen der Studentenschaft"
	anschließend Diskussion
19.oo Uhr	Abendessen

Sonntag, 3. Dezember 1967

11.oo Uhr	Wolfgang Landsberg, 1. AStA-Vorsitzender "Das Politische Mandat der Studentenschaft"
13.oo Uhr	Mittagessen
14.3o Uhr	Bernd Rabehl"Studentische Opposition, dargestellt an der Berliner Wirtschaftslage und am Fall Springer
16.oo Uhr	Kaffee
16.3o Uhr	Christian Semler/ Uwe Damm "Möglichkeiten syndikalistischer Politik - Zusammenarbeit mit anderen Bevölkerungsgruppen"
	anschließend Diskussion
19.oo Uhr	Abendessen

29.11.1967:
An der FU Berlin gibt die Arbeitsgemeinschaft Berliner Veterinärmediziner (ABV) in den Vereinigten Arbeitsgemeinschaften (VAFU) ein Flugblatt zur Urabstimmung über die KU heraus.
Q: ABV: ABV, Berlin 29.11.1967

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

ABV

Die Arbeitsgemeinschaft Berliner Veterinärmediziner

stellt fest, daß sich 90 % der Studenten der Veterinärmedizinischen Fakultät gegen das „allgemein-politische" Mandat des AStA ausgesprochen haben und daß 90 % der Studenten der Veterinärmedizinischen Fakultät den AStA aufgefordert haben, eine Urabstimmung durchzuführen mit der Frage, ob die Studentenschaft der FU mit der Errichtung der Kritischen Universität einverstanden ist. (Vollversammlung vom 3. November 1967)

Der AStA wird diese Frage nicht stellen. Er will Sie verdummen.

Geht es in der Urabstimmung wirklich um Sein oder Nicht-Sein der Kritischen Universität? **NEIN!**

Denn: Die Urabstimmungsfrage ist so gestellt, daß Sie Ihre Meinung nur zum Organisationsstatut der Kritischen Universität zum Ausdruck bringen können.

> Text der Urabstimmungsfrage:
> Billigen Sie die Entscheidung der Studentenvertretung der Freien Universität, zusammen mit den anderen Studentenvertretungen West-Berlins sich an der Organisation der Kritischen Universität – (Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch- und Fachschulen von West-Berlin) – in der Weise zu beteiligen, wie es das Organisationsstatut der KU (verabschiedet auf der Gründungsversammlung vom 1. November 1967) vorsieht, wobei keine Mittel aus dem laufenden Haushalt der Studentenvertretung als Zuschüsse an die KU verwendet werden?

Stimmen Sie mit JA, so befürworten Sie die jetzige Form und die Unterstützung durch Konvent und AStA.

Stimmen Sie mit NEIN, so wird nur das Organisationsstatut etwas modifiziert.

Das ist alles!

Ähnlich verfuhren die Initiatoren der Kritischen Universität schon auf der Gründungsvollversammlung: Der Beschluß der Vollversammlung galt nur der Form, nicht dem Inhalt der Kritischen Universität.

Sehen Sie, was Ihre Stimme in der Vollversammlung oder Urabstimmung noch wert ist?

Warum stellt der Konvent seinen Beschluß vom 10. November 1967:

„Der Konvent begrüßt die Konstituierung der Kritischen Universität."

nicht zur Urabstimmung?

Fürchtet die Studentenvertretung eine grundsätzliche Stellungnahme der Studenten zur Kritischen Universität?

Arbeitsgemeinschaft Berliner Veterinärmediziner (ABV)

Auskunft erteilt: Karl Zuschneid, Tel.: 304 66 77

29. 11. 1967

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

29.11.1967:
An der FU Berlin gibt das Wiso-Wahlkuratorium, laut einer handschriftlichen Datierung heute, sein fünftes Flugblatt unter dem Titel "Schielende Justiz" heraus zum Rücktritt der studentischen Mitglieder des Disziplinarausschusses der Wiso Fak. sowie zum Prozess gegen Fritz Teufel und ca. weitere Demonstranten des 2. Juni 1967. Vorgestellt werden die Kandidaten zum Konvent.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: Schielende Justiz, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

29.11.67

WISO 5

WAHLKURATORIUM

SCHIELENDE JUSTIZ

Am 30.6.67 legten die studentischen Beisitzer des Disziplinarausschusses der Wiso Fak. -Wolfgang Burghausen, Karl Hitzbleck und Hans Isenberg- ihr Amt nieder.

W A R U M ?

Weil sie aus Gewissensgründen nicht an Disziplinarmaßnahmen mitwirken wollten, die zum Anlaß die Wahrnehmung politischer Rechte von Kommilitonen hatten, erklärten sie sinngemäß in einem Brief an den Rektor. Dieser strengte im Anschluß an das Sit-in im HFB am 19.4.67 Disziplinarverfahren gegen 5 Kommilitonen - darunter der 1.-und 2. Asta-Vorsitzende - an und bot die Einstellung der Disziplinarverfahren an, wenn sich die Studentenschaft gegen die Vertreter aussprechen würde.
Der Kuhhandel kam nicht zustande, da die Studenten ihren Repräsentanten das Vertrauen aussprachen. Daraufhin leitete der Rektor die Disziplinarverfahren am 17.5.67 ein.

U N T E R D R Ü C K U N G oppositioneller politischer Tätigkeit der Studenten
soll auf diese Art und Weise erreicht werden.
Die Disziplinarverfahren sollen abschrecken und weitere Studenten davon abhalten, von Ihren demokratischen Grundrechten in unerwünschter Weise Gebrauch zu machen. Die Studenten sollen kuschen.

W I R F O R D E R N :

Um Unterdrückung demokratischer Opposition, Doppelbestrafungen und Förderung eines dünkelhaften Standesbewußtseins zu verhindern:

eine Anstaltsordnung (in der Art einer Hausordnung)

a) der alle Universitätsangehörigen gleichermaßen und nicht nur die Studenten unterworfen sind (z.B. Bibliotheks-Benutzungs-Ordnung)
b) die ausschließlich das inneruniversitäre Leben regelt (z.B. Prüfungsbetrug)

P O L I T I S C H E J U S T I Z

In der deutschen Rechtsprechung läßt sich eine Tendenz zur politischen Disziplinierung verfolgen.
Der Demonstrant Fitz Teufel sitzt auf widersprüchliche Aussagen zweier Polizisten hin seit 4 Monaten in U-Haft, und ca. 30 weitere Demonstranten und Flugblattverteiler wurden zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt, während im Prozess gegen einen Kriminalbeamten in dubio pro reo entschieden wurde.

Ihre Kandidaten für den 20. Konvent:

Horst Arndt (-)
Hannelore Börgel (BDV)
Hans Utz Foerderreuther (-)
Günter Greiff (BDV)
Stefen Grzimek (SHB)
Günter Hedderich (SPD)
Frank Herterich (SPD)
Bernhard Klingmüller (SDS)
Franz Ring (LSD)
Gerd Röder (BDV)
Rolf D. Rosenbrock (BDV)
Eike Schweichel (SDS)
Siegfried Stahm (SHB)
Peter Strotmann (SDS)
Klaus J. Walsleben (SPD)
Gerd Weghorn (SDS)
Hans J. Ziesing (1)

29.11.1967:
An der TU Berlin gibt die Studentenvertretung ein Flugblatt heraus zur Überlassung eines Raumes an die UAG durch den Rektor seit 12 Tagen. Dies sei für alle wahlwerbenden Gruppen möglich, die sich daher schriftlich darum bewerben sollen.
Q: TU-SV: Wahlleitung Information, Berlin 29.11.1967

1000 X

S T U D E N T E N V E R T R E T U N G der Technischen Universität Be

W A H L L E I T U N G

I N F O R M A T I O N

Der UAG wurde zur Vorbereitung der Wahl seit mindestens 12 Tagen vom Rektorat ein Raum mit Hausapparat zur Verfügung gestellt.

Um dieser Bevorteilung entgegenzutreten, wandte sich am 23.11.67 der Vorstand der Studentenvertretung an den Rektor mit der Bitte, zur Wahlvorbereitung allen Gruppen Räume zu genehmigen. Am 28.11.67 gegen 18.oo Uhr schrieb Magnifizenz Weichselberger an den Hauptwahlleiter Schiffer, dass man grundsätzlich bereit sei, allen "wahlwerbenden Gruppen" Räume zu überlassen.

Gruppen, die interessiert sind, zur Vorbereitung der Wahl einen Raum zu erhalten, mögen sich mit entsprechender Bitte schriftlich am Donnerstag, dem 3o.11.67 zwischen 9 und 17.oo Uhr an die Rektoratskanzlei wenden. Voraussetzung für die Raumvergabe ist, dass es sich um eine Gruppe handelt, die in der Wahl aktiv in Erscheinung tritt, d.h., dass Kommilitonen unter ihrem Namen kandidieren. An der TU nicht registrierte Gruppen oder Gruppierungen müssen ihren Antrag von zwei zur Gruppe sich zählenden Studenten unterschreiben lassen.

gez.: Heinrich Schiffer
Hauptwahlleiter

1 Berlin 12, d. 29.11.67

29.11.1967:
In Berlin lud der Ostpolitische Deutsche Studentenverband (ODS) für heute in die Schillerstr. 40 in Charlottenburg ein zum Vortrag "Springer und die Pressefreiheit" von Herbert Willmann.
Q: ODS: Springer und die Pressefreiheit, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

29.11.67

ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS

OSTPOLITISCHER DEUTSCHER STUDENTENVERBAND

Liebe Kommilitonen !

Wir laden Sie ein zu dem Vortrag :

SPRINGER

und die

PRESSEFREIHEIT

- Ist unsere Presse- und Meinungsfreiheit bedroht ? -

Referent : HERBERT WILLMANN

früher Journalist beim "KURIER"

Zeit: Mittwoch, den 29.Nov.67 um 2o Uhr o.t.

Ort: 1 Berlin 12 (Charlottenburg), Schillerstr.4o (Hof)

Fahrverbindungen: A86, A89, U-Bahnhof Deutsche Oper

OSTPOLITISCHER DEUTSCHER STUDENTENVERBAND

ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS

30.11.1967:
Der Projektbereich Internationalismus (PBI) des VDS (vgl. Mai 1973) berichtet von der PFL Dhofar, der späteren PFLOAG Oman und Dhofar, über die heute ab Mitternacht erfolgende Unabhängigkeit Südjemens (Adens):"
Die Befreiungsfront vom Jemen kam 1967 an die Regierung und unterstützt seither aktiv die Volksfront für die Befreiung von Oman und vom arabischen Golf. Die DRV Südjemen dient auch als Stützpunkt und Hinterland der Volksfront."
Q: DOS Nr. 20, Dortmund o.J. (1973), S. 14

30.11.1967:
Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) gibt die Nr. 25 ihres Zentralorgans 'Sozialistisches Deutschland' heraus (vgl. 31.10.1967, Dez. 1967) mit den Artikeln:
- "Kommentar zum Revolutionsprogramm der MLPD!", in dem sie gesamtdeutsche Volksrepublik aus BRD und DDR anstrebt und illegale KPD, SED und SED-W als gewöhnliche Reformparteien angreift;
- "Dokument zum IV. Parteitag der MLPD - Abdruck Nr. 10" mit Auszügen "aus der sogenannten Disziplinar- und Strafordnung des Konzentrationslagers Esterwegen";
- "Illegal…" mit Auszügen aus dem Buch von A. Schapowalow; sowie
- "O Stalingrad…" zu dem Gedicht von Johannes R. Becher.
Q: Sozialistisches Deutschland Nr. 25, Berlin 30.11.1967

30.11.1967:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität sein 'Info' Nr. 73 (vgl. 7.11.1967, 20.12.1967) heraus mit dem Leitartikel "Universität - Schule für Sozialrevolutionäre? Stellungnahme des AStA zur Artikelserie der RNZ über das Hochschulgesetz".

Weitere Artikel und Meldungen sind:
- "Lieber Leser";
- "LSD mit neuem Vorstand";
- "Zur Leistungsverbesserung der SKV";
- "Republikanischer Club" zum RC Heidelberg, der am 24.10.1967 von rund 70 Personen, zumeist Studenten, gegründet wurde;
- "Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetz" (NSG);
- "Etat der Studentenschaft";
- "Neuwahl im Wahlkreis 9" für Mathematik / Physik / Astronomie;
- "Juristische Fachschaft";
- "Offener Brief an Regierungsrat Hinz" zum Polizeieinsatz bei der 581. Jahrfeier;
- "Die Würfel sind gefallen" zu Heinrich Albertz bzw. dem ehemaligen SHB Heidelberg; sowie
- "Bucbesprechungen".
Q: AStA Uni: Info Nr. 73, Heidelberg 30.11.1967

30.11.1967:
Der Fachverband Sozialwissenschaften des VDS richtet einen Brief an die Mitglieder des 19. Konvents der FU Berlin, der auch als Flugblatt verbreitet wird und die Arbeitsplanung des Fachverbandes enthält.
Q: VDS-Fachverband Sozialwissenschaften: An die Mitglieder des 19. Konvents der Freien Berlin, Berlin 30.11.1967

vds
Verband Deutscher Studnetenschaften
- Fachverband Sozialwissenschaften -

1000 Berlin 30,
Keithstraße 36-38,
Appt. 735

30. November 1967 ri

An die Mitglieder des 19. Konventes
der Freien Universität Berlin

Betr.: Antrag von Abg. Detlef Perner

Im folgenden werden Ihnen die gegenwärtigen dringlichen Aufgaben und die Planung der weiteren Arbeit des Fachverbandes Sozialwisse schaft dargestellt.

(1) Im Fachverband sind alle Soziologen, Sozialwirte und Politolo zusammengeschlossen.

(2) Der Vorstand wurde auf der 17. o. FVT in München am 9.-12.11. neu gewählt. Seine Zusammensetzung:
1. Vorsitzender: Lutz Rininsland, OSI, Berlin
1. Stellv. Vorsitzender: Günther Schmidt, OSI, Berlin
2. Stellv. Vorsitzende: Ingrid Regelmann, Soziologie, Tüb

(3) Die Diskussion in München beschränkte sich wesentlich auf die folgenden Schwerpunkte aus dem Gebiet der fachbezogenen hoch- schulpolitischen Arbeit:

Untersuchung der Einflußnahme lokaler Fachschaften auf das jeweilige Institut in diesen Bereichen:
a) Einfluß in Entscheidungsorganen des Institutes
b) Einflußnahme auf Lehrplangestaltung, Studienplan und Prüfungs ordnungen
c) Durchführung von Veranstaltungsrezensionen und Prüfungsrezens

(4) Die Bestandsaufnahme hat eindeutig erkennen lassen, daß die Fachschaften im Fachverband die Möglichkeit des Erfahrungsaus tausches haben. Darüber hinaus sollte versucht werden, Richt- linien für die Arbeit auszuarbeiten, die verhindern helfen so daß Fachschaften an relativ zurückliegenden Instituten einen ähnlichen fehlerhaften Weg beschreiten, den andere Fachschaft bereits gegangen sind.

(5) Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, noch in diesem Semester (da offenbar alle Fachschaften gegenwärtig an den unter (aufgeworfenen Fragen arbeiten) zwei Seminare durchzuführen, d im wesentlichen Schulungsseminare sein sollen.

(6) Diese Seminare werden vor allem die Erfahrungen der Berliner Soziologen (siehe Soziologen-Paper Nr. 6) und Politologen (siehe die Unterlagen der ad-hoc-Gruppe, die im übrigen die neue Fachschaft für 1968 stellen wird) sein müssen, weil heut an beiden Instituten wesentlich versucht wird, über die Antei nahme der Studentenschaft an ihren fachbezogenen Problemen ei Veränderung der Studienbedingungen zu erreichen.

(7) Der Vorstand des Fachverbandes hat zur Aufgabe, die gewonnene Erfahrungen in den Verhandlungen mit der Westdeutschen Rektor konferenz und der Kultusministerkonferenz und in direkter Kon aufnahme mit den Institutsleitungen vorzubringen und durchzu- setzen.

(8) Der Fachverband wird ein Schulungsseminar in Berlin durchführe wo versucht werden soll, die offenbar sehr schlechten Informa- tionen über die Arbeit der Studentenvertretung an der Freien Universität aufzufüllen, und dadurch die Arbeit der westdeutsc Fachschaften mitzubestimmen.

Für den FV-Vorstand
gez. Lutz Rininsland

30.11.1967:
An der FU Berlin gibt die DIS das Flugblatt "Freie Universität von morgen?" heraus zur RCDS-Veranstaltung zur Hochschulreform am Abend bzw. zu deren Diskussionsleiter, Heinrich Lummer.
Q: DIS: Freie Universität von morgen?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

30. NOV. 1967

DIS DIS DIS DIS DIS DI S DIS DIS DIS DIS DIS DIS DIS

Freie Universität von morgen ?

Heute abend findet um 20 h im Audi-Max eine Veranstaltung des RCDS über die Hochschulreform statt. Wir wollen es daher nicht versäumen, Sie rechtzeitig mit den Meinungen des Diskussionsleiters, Heinrich Lummer, vertraut zu machen.

Heinrich Lummer, ehemals Student und Asta-Vorsitzender an der FU, heute Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, veröffentlichte kürzlich eine Denkschrift "Unsere Demokratie und ihre Kritiker", die wir ohne Zweifel als Beitrag von "Rechts" zu der Diskussion um die Demokratisierung der Hochschule werten dürfen.

Es ist bekannt, daß die scharfe Kritik der radikaldemokratischen Studenten dem Berliner Establishment unangenehm ist. Bekannt ist auch, daß sie an der FU nicht von allen Leuten begrüßt wird. Neu ist, wie Heinrich Lummer mit den "Radikalinskis", der "Kleinen Gruppe von Unbelehrbaren", fertigzuwerden verspricht:

Durch Relegierung von Studenten, Einschränkung der Freizügigkeit, Kündigung von Arbeitsverhältnissen bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes - man erinnere sich an den "Fall Krippendorf" -, Umfunktionierung der FU in eine Bundesuniversität mit besonderen Zulassungsbedingungen, die die bevorzugte Zulassung von Abiturienten ermöglichen, die Soldaten auf Zeit waren. Worum es Lummer also geht, ist die vorweggenommene Einführung der Notstandsgesetze - unter Bundeskuratel in der Tat erleichtert -, und das in einem gesellschaftlichen Bereich, der sich nach Lummer ebenso wenig demokratisieren läßt wie die Bundeswehr. So weit Heinrich Lummer zur Demokratisierung der Hochschule.

Heinrich Lummer wendet sich gegen die KU, weil sie keine wertfreie Wissenschaft betreiben will. Das haben er und seinesgleichen anscheinend auch nicht im Sinn, sollen doch mit der bevorzugten Zulassung von ehemaligen Bundeswehrangehörigen offensichtlich andere Werte, nämlich die soldatischen Tugend und Disziplin, an der FU zur Geltung kommen. So wird man dann wohl endlich "disziplinierte" Studenten schaffen können. Der RCDS, mit dem sich Lummer neulich überworfen hat, die Korporationen, die ja auch bei uns wieder eingeführt werden sollen, können es also allein nicht schaffen - zumindest hat es den Anschein.

Hochschulreform wird auch bei Heinrich Lummer noch erlaubt, allerdings unter der Voraussetzung politischer "Neutralität". Das aber bedeutet nichts anderes als Unterordnung unter die Inhaber der Macht. - Stimmen dieser Art sind auch in zunehmenden Maße an der FU wieder laut geworden und zu einer "Aktion" organisiert worden. Lummer macht deutlich, wem sie dienen.

Bei einem Wahlerfolg dieser "Aktion" von der "Aktion 20. Konvent" und der "VAFU" dürfte kaum die an der FU zu erwartenden Reformen kein Zweifel bestehen.

Deutsch-Israelische Studiengruppe an der Freien Universität Berlin, 1 Berlin 33, Gelfertstr. 45.

DIS DIS DIS DIS DIS DIS DIS DIS DIS DIS DIS DIS DI DIS DIS

30.11.1967:
An der FU Berlin gibt das Phil. Fak.-Wahlkuratorium, laut einem Eingangsstempel heute, sein drittes Flugblatt unter dem Titel "Akademisches Proletariat?" heraus zum Honnefer Modell und zum Studiengeld in Berlin. Es wird die Liste der Kandidaten bekanntgegeben.
Q: Phil. Fak.-Wahlkuratorium: Nr. 3 Akademisches Proletariat?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

PHIL. FAK. – WAHLKURATORIUM — Nr. 3

30. NOV. 1967

AKADEMISCHES PROLETARIAT ?

ZUR SOZIALEN SITUATION DES STUDENTEN IN UNIVERSITÄT UND GESELLSCHAFT

Nur 15% der Studenten werden aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise gefördert. Auch die Einführung des Honnefer Modells hat keine Veränderung im Sinne der Verwirklichung von CHANCENGLEICHHEIT gebracht. Primäres Kriterium der Förderung ist die "Hochschulgerechte Eignung" (ein kaum zu definierender Begriff) und nicht die soziale Bedürftigkeit.

Zu fordern ist ein "STUDIENHONORAR" aus öffentlichen Mitteln, wie es zum Beispiel in England aufgrund der "Education-Bill" seit 1962 eingeführt wird. Dies entspräche einer progressiven Sozialpolitik, in hochindustrialisierten Ländern. Das Studienhonorar ist die Bezahlung der Arbeit, die Studenten vollbringen, indem sie sich für ihre Aufgaben in der Gesellschaft qualifizieren.

Die Einführung des Studienhonorars im Rahmen eines allgemeinen AUSBILDUNGSFÖRDERUNGSGESETZES würde Schluss machen mit dem bürokratisch-aufwendigen"SOZIAL-KLIMBIM" (Mensa-Freitisch, Reisen, Wohnghettos, Einkauf etc.) Dabei würden nicht nur erhebliche Gelder eingespart, sondern auch ein Teil der sozialen DISKRIMINIERUNG (Absonderung von der Gesellschaft) abgebaut.

WAS GESCHIEHT IN BERLIN ? Eine unsoziale Studiengeldpauschale wird eingeführt, mit dem Versprechen, sie pro Semester um 20 DM zu kürzen. HABEN SIE ETWAS DAVON BEMERKT?

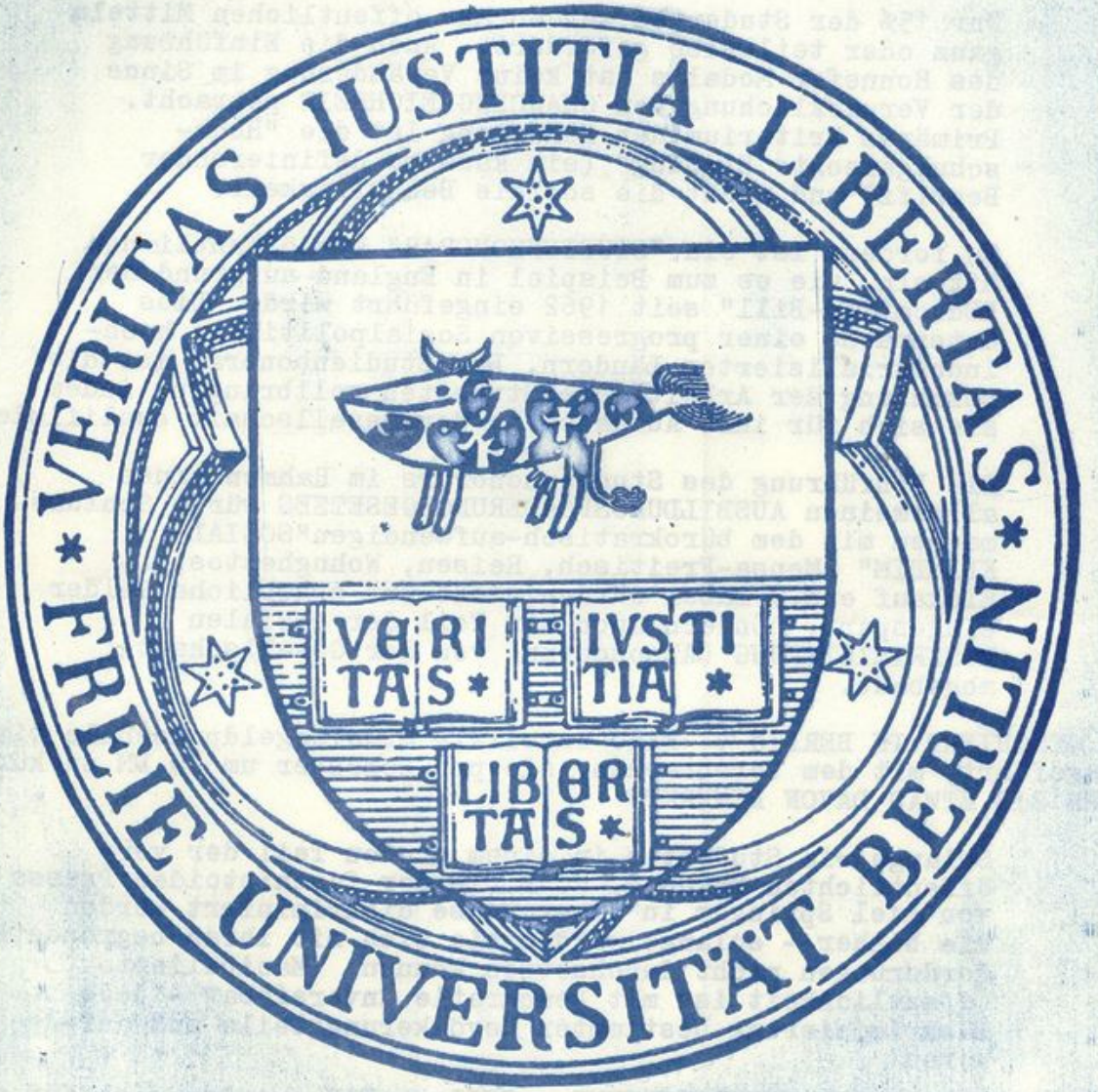
Solange wie Studenten in einem großen Teil der veröffentlichten Meinung, z. B. in der faschistoiden Presse von Axel Springer in einer Weise diskriminiert werden wie bisher – solange werden sie sich mit ihren begründeten Forderungen nicht durchsetzen können. Manipulierte Öffentlichkeit ist mit Demokratie unvereinbar – jede Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsteile muß aufhören!

Die Kandidaten des WAHLKURATORIUMS – PHIL. – FAK. werden sich für eine RESOZIALISIERUNG der Studenten einsetzen.

FORTSCHRITTLICHE Abgeordnete in den 20. Konvent! IHRE KANDIDATEN:

Friedhelm Arnold	Hans-Joachim Funke	Renate Scherer
Martin Bellermann	Annemarie Garrels	H.-J. Siepmann
Peter Bracht	Werner Heuler	Mathias Sommer
Tilman Brucker	H.-J. v. Kondratowitz	Winfried Trempenau
Johannes Buchrucker	Hannah Kotowski	Jürgen Treulieb
Ulrike Büchner	Alex Meinken	Detlef Umbach
P. Efstathiadis-Stangos	Jutta Menschik	Eberhard Wesche
Ulrich Fischer	Sybille Plogstedt	Andreas Wiesand

****
* Phil.-Fak. * WAHLKURATORIUM * 24 Kandidaten * WAHLKURATORIUM * PHIL.-Fa
****


VERITAS IUSTITIA LIBERTAS
FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
VERI TAS
IVS TI TIA
LIB ER TAS

30.11.1967:
An der TU Berlin gibt die UAG ein Flugblatt heraus, in dem sie sich über Angriffe der Wahlleitung und von den Wahlleitern betriebene "Propaganda" für die Demonstration am 27.11.1967.
Q: UAG: Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!, Berlin 30.11.1967

UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG UAG

Liebe Kommilitonninen und Kommilitonen!

Gibt es einen Unterschied zwischen Wahlen in Südvietnam und in der Technischen Universität Berlin?

N e i n ! Denn Manipulation ist ein Kennzeichen beider Wahlen.

Muß ein Wahlleiter objektiv sein? Wir glauben, ja.

Unser Wahlleiter, Herr Heinrich Schiffer, Kandidat der Fachschaft Mathematik, betreibt gehörig Propaganda. Für sich und seine Gesinnungsfreunde.

Hier einige Beispiele:

Am Freitag, dem 24. November, warf Herr Schiffer gegen 23.15 Uhr auf die anwesenden Gäste im Lichthof des Hauptgebäudes die überall sichtbaren kleinen Flugzettel mit Aufschrift "Treibt Moabit den Teufel aus". Professor Pilny stellte ihn zur Rede. Übrigens wurde ca. 1 Stunde später Herr Helmut Matthäi, der Anrisse-Mann und Kandidat der Philosophischen Fakultät, beim Werfen gleicher Zettel von den Professoren Kirchhoff und Valentin ertappt. Für alle, die die Zettel noch nicht kennen sollten, hier ein Tip. Im Neubau des Hauptgebäudes an Türen, Wänden und Fenstern, mit gutem Leim versehen, kleben diese Zettel.

Aber zurück zu unserem Wahlleiter. Er verteilte am gleichen Freitagabend erneut Flugblätter an Professoren, Assistenten und Studenten sowie Gäste. Aus dem Inhalt:

> "Daher meine Aufforderung: Montag, 27. November, ab 14 Uhr vor der Justizpalast in Moabit, Turmstr." 1)

Inzwischen weiß jeder, was das Ziel dieser Demonstration war: Stürmung des Justizpalastes und Befreiung des Teufels. 2)

Dazu hat also der Wahlleiter aufgefordert.

Und natürlich gibt es dann noch enorme Schwierigkeiten bei der Organisation des UAG-Wahlkampfes. Weil wir uns als Opposition gegen die zunehmende Politisierung der Studentenvertretung verstehen, wird uns das Leben schwer gemacht. Das fängt an bei unserem Wunsch nach Adressen unserer UAG-Kandidaten, die erst nach vielem Hin und Her gegeben wurden.
Und geht weiter damit, daß mit dem Hinweis einer angeblichen Bevorteilung der UAG, gegen uns polemisiert wird. 3) Wir hatten während der Unterschriftensammlung vor 3 Wochen beim Rektor einen Raum beantragt, der uns auch gegeben wurde, weil die Studentenvertretung keinen geben konnte. Nur ein Hinweis: APA, SHB, SDS und andere Links-Gruppen benutzen Studentenvertretungsräume, Material und Einrichtungen.
Ganz abgesehen von der Polemik, die Herr Schiffer jedem unserer Leute entgegenbringt. Wir hoffen, daß der Wahlleiter für den Rest des Wahlkampfes eine neutrale Position allen Gruppen, auch der UAG, entgegenbringt.

Berlin, den 30.11.1967 Unabhängige Aktionsgemeinschaft

verantwortlich für den Inhalt Dirk Rogge
Christian Neuling

---

1) Das Flugblatt kann jederzeit im Raum der UAG eingesehen werden.
2) Gemäß Dutschke im Auditorium Maximum der FU am 27.11.1967.
3) Flugblatt vom 29.11.1967, unterzeichnet vom Wahlleiter Schiffer.

30.11.1967:
An der Philosophischen Fakultät der FU Berlin wurde mit einem Flugblatt aufgerufen zur Wahlvollversammlung zum 20. Konvent und zugleich die Liste der Kandidaten bekanntgegeben.
Q: N. N.: Wahl-Vollversammlung der Phil-Fak, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

E07-2

WAHL-VOLL=
VERSAMMLUNG

der PHIL-FAk.

DONNERSTAG,

den 30.11.

im AUDI-MAX.

14.00-18.00 Uhr

Reihenfolge der Kandidaten siehe Rückseite !

Reihenfolge der Kandidaten der Philosophischen Fakultät
Donnerstag, den 30. Nov. 1967

(1) Malte Ludin
Jutta Menschik
Klaus Lüdcke
Gerhard Heckmann
Friedhelm Arnold
Hans-Joachim Funke
Wieland Eschenhagen
Rudolf Glodde
Peter Gramatzky
Tilman Brucker
Michael Mohs
Bernhard Wilhelmer
Peter A. Philipp
Ingrid Dreyer
Ulrich Fischer
Hans Dräger
Wolfgang Popp
Peter Rosumek
Sibylle Plogstedt
Hella Lingrel-Giovannini

(21 Michael La g
[illegible]ter Pro
Hans-Joachim Siepma
Götz Schwarzrock
Christian Hacke
Martin Kempe
Klaus Detlef Funke
Jürgen Treulieb
Othmar N. Haberl
Hans-Peter Rouette
Werner Heuler
Horst Czerlinsky
Elisabeth Dickmann
Klaus Peter Hellmich
Ursel Rutt-Förster
Eckart Düwal
Marion Werner
Werner Doyé

30.11.1967:
An der TU Berlin lud das Kulturreferat der Studentenvertretung ein zur Lesung mit Hermann Kant, einer "der führenden DDR-Autoren.".
Q: TU-SV: Einladung, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

STUDENTENVERTRETUNG TU
- Kulturreferat -

E I N L A D U N G

Hermann Kant ("Die Aula", "Ein bißchen Südsee")

liest am

Donnerstag, den 30. November 1967
um 20.oo Uhr
im Ehrenhof der Technischen Universität Berlin
aus "Die Aula"
"Das Impressum" (unveröffentlicht)

Zur Person: Hermann Kant: 14. Juni 1926 in Hamburg geboren. Besuch der Volksschule. Gesellenprüfung als Elektriker. Solda 1945-49 polnische Kriegsgefangenschaft; Mitbegründer des Antifa-Komitees im Arbeitslager Warschau und Lehre an der Antifa-Zentralschule. Seit 1949 Studium an der ABF. Germanistik-Studium in Berlin. Wissenschaftliche Assistent an der Humboldt-Universität. Redakteur. Danach freischaffend. 1962 Erzählungsband "Ein bißchen Südsee" "Die Aula". Einer der führenden DDR-Autoren.

gez. Bernd Kittlass
Kulturreferent

30.11.1967:
An der FU Berlin lud der RCDS ein zur Veranstaltung "Student und Hochschule in der Welt von morgen" mit Gerhard Stoltenberg im Audimax der FU mit dem Diskussionsleiter, Heinrich Lummer.
Q: RCDS: Student und Hochschule in der Welt von morgen, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Der **RCDS** fragt:

Dr. Gerhard Stoltenberg
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

zum Thema: **Student und Hochsc**
in der Welt von mo

Es diskutieren:

Prof. Dr. Ernst Fraenkel

Wighard Härdtl
Landesvorsitzender des RCDS Berlin

Jürgen-Bernd Runge
Vorsitzender RCDS-Bundeskulturausschuß

Diskussionsleitung
Heinrich Lur

RC

Ring Christlich-Demok

Am Donnerstag, 30. November 1967, 20.00 Uhr
Aud. Maximum der FU, Henry-Ford-Bau, Garystr.

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

30.11.1967:
An der TU Berlin gibt der RCDS einen Offenen Brief an den Rektor und den Lehrkörper heraus, der die Störung der Rektoratsübergabe verurteilt und sich für verstärkte studentische Mitbestimmung einsetzt. Ähnlich wie in Tübingen solle eine Hochschulreformkommission gebildet werden.
Q: RCDS TU: Offener Brief, Berlin 30.11.1967

Ring Christlich-Demokratischer Studenten
Hochschulgruppe an der TU e. V.

Berlin 15
Fasanenstraße 46, III

Berlin, den 30. November 1967

An
den Herrn Rektor
den Herrn Prorektor
die Herren Dekane
die Damen und Herren Mitglieder des Lehrkörpers der TU

im Hause

Magnifizenz! Sehr verehrter Herr Prorektor! Spectabiles!
Sehr verehrte Damen und Herren des Lehrkörpers der TU!

Der RCDS der TU hat mit aller Schärfe die Störungen bei der Rektoratsübergabe verurteilt, da sie erstens mit einer fairen hochschulpolitischen Auseinandersetzung nichts zu tun hat und zweitens den studentischen Anliegen nur schaden können. Es liegt uns aber sehr daran, Ihnen in diesem Schreiben zu erklären, daß auch die meisten derjenigen Studenten, die so wie der RCDS diese Methoden der Auseinandersetzung mißbilligen, ebenfalls eine grundlegende Hochschulreform dringend für notwendig erachten.

Wir streben ein echtes Partnerschaftsverhältnis zwischen allen Gruppen der Universität an, versuchen nicht, eine Gruppe zu verketzern und vermeiden unnötige Auseinandersetzungen, da sie eine sachliche Diskussion nur verhindern können. Für das angestrebte Partnerschaftsverhältnis mitentscheidend ist, daß wir Studenten auch zahlenmäßig in den akademischen Gremien als ernstzunehmende und echte Partner akzeptiert werden und nicht, wie es bisher den Anschein hat, nur als Randfiguren geduldet werden. Wir sind uns darüber im klaren, daß dies sicherlich für viele von Ihnen eine grundlegende Umstellung erfordert. Wir glauben aber, daß dies für eine gute Zukunft unserer Universität notwendig ist.

Die verstärkte Mitbestimmung der Studenten in den Universitätsgremien braucht aber unserer Meinung nicht dadurch zu geschehen, daß die Möglichkeit der Majorisierung der Professoren durch Studenten und Assistenten durch eine Drittelparität geschaffen wird, wie dies andere studentische Kreise lautstark fordern. Wir wollen nicht durch die Maßlosigkeit der Forderungen das uns erreichbar Erscheinende gefährden, dieses aber mit dem Einsatz aller legitimen Mittel durchzusetzen versuchen. Um Ihnen einen Eindruck von dem zu geben, was wir für Erreichbar und erforderlich halten, hier einige unserer Forderungen an eine Hochschul- und Studienreform:

1. Erweiterung der studentischen Mitbestimmung durch:
   a) Besetzung des akademischen Senats mit mindestens einem Drittel Nichtprofessoren
   b) Schaffung eines Konzils, in dem Studenten zu 1/3, Assistenten zu 1/6 und Professoren zur Hälfte vertreten sind. Es soll zweimal im Semester öffentlich tagen, den Rektor wählen, dessen Rechenschaftsbericht diskutieren und mit 2/3 Mehrheit hochschulpolitische Grundsatzentscheidungen treffen, die genau zu spezifizieren sind.
   c) Mitbestimmung von Studenten und Assistenten in den Fakultäts- bzw. Abteilungsgremien.
   d) Schaffung eines Dreiergremiums der im Konzil vertretenen Gruppen zur Beratung des Rektors in allen dringenden Fragen, die eine dieser drei Gruppen betreffen.

OFFENER BRIEF

2. Satzungsrechtliche Verankerung ständiger Studienreformkommissionen in der Zusammensetzung 2 Professoren, 1 Assistent, 2 Studenten. Über die Vorschläge der Kommissionen müssen die Fakultätsgremien in bestimmten Fristen entscheiden und bei Ablehnung Schiedskommissionen angerufen werden.

3. Ersatz des bisherigen Disziplinarrechts durch eine einfache Hausordnung, Verstöße gegen sie können nur mit Konventionalstrafen geahndet werden.

4. Durchforstung der Lehrpläne. Hierbei muß mehr Rücksicht auf die Interessen der Lernenden genommen werden.

5. Beschränkung bei Prüfungen, speziell Vorprüfungen auf klar abgegrenzte Bereiche der einzelnen Prüfungsfächer.

6. Verbesserung des Einspruchverfahrens gegen Prüfungsergebnisse, um Willkür auszuschließen.

7. Integrierung des humanistischen Studiums in das Gesamtstudium durch Einführung geisteswissenschaftlicher Fächer, die
   a) angrenzende Gebiete des Fachstudiums betreffen
   b) klar einen gesellschaftspolitischen Bezug haben und sich kritisch mit Gesellschaftsproblemen und Politik befassen. Hierbei ist ein besonders großes Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht der Studenten zu fordern.

Wir möchten Sie herzlich darum bitten, dafür einzutreten, daß nach der Neuwahl des Studentenparlaments ähnlich wie in Tübingen Anfang Januar eine Hochschulreformkommission in der Zusammensetzung 2/5 Professoren, 1/5 Assistenten, 2/5 Studenten gebildet wird. Diese Kommission soll zwei Aufgaben erhalten:

1. Ausarbeitung inneruniversitärer Reformvorschläge,
2. Ausarbeitung eines für alle Gruppen an der Universität annehmbaren Hochschulgesetzentwurfes.

Die Ergebnisse dieses Ausschusses sollen bis zum 10. Februar vorliegen und sollen, nachdem sie vom Akademischen Senat und Studentenparlament gebilligt worden sind, als gemeinsame Vorschläge dem Senator für Wissenschaft und Kunst vorgelegt werden. In der aufrichtigen Hoffnung, daß Sie unseren Vorschlag wohlwollend prüfen, danken wir Ihnen im voraus!

Mit vorzüglicher Hochachtung
RCDS-TU

Herbert van Hüllen
1. Vorsitzender

Lutz Wicke
2. Vorsitzender

P. S.
Um Ihnen die Möglichkeit der Erstinformation zu geben, werden wir dieses Schreiben erst am kommenden Montag veröffentlichen.

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

30.11.1967:
Laut 'apo press' München, "warf der DGB-Landesbezirk Westberlin mit Walter Sickert an der Spitze die GSG-Gruppe dieser Stadt Ende November 1967 heraus".
Q: apo press Nr. 7, München 25.2.1969, S. 10ff

Letzte Änderung: 01.03.2023

[Zum Seitenanfang] [nächste Zwischenübersicht] [Hauptübersicht] [Impressum]